

Bekanntmachung der Universitätsstadt Siegen

Die 12. Sitzung des Bauausschusses findet am

Mittwoch, 16.03.2022, 17:00 Uhr,

im Bismarckhalle, Bismarckstraße 47, 57076 Siegen, Großer Saal, statt.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Ausführungsplanung zum Umbau des Knotens B54 / L719 "Schleifmühlchen"
2. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 09.02.2022
3. Fragestunde
4. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung
- 4.1 Verzögerung von Baumaßnahmen und deren mögliche Ursachen
- Antrag der SPD- Fraktion
5. Mitteilungen der Verwaltung
6. 101. Änderung des Flächennutzungsplans und Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ im Stadtteil Breitenbach (Feststellungs- und Satzungsbeschluss)
hier: - Auf § 31 GO NW wird hingewiesen –
Zusammenfassende Prüfung und Abwägung aller im Planverfahren eingegangenen Anregungen und Hinweise –
Beschluss der 101. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Stadt Siegen –
Beschluss des Bebauungsplanes Nr. 431 "Reitstall Daub"
7. 1. Novellierung Richtlinie zum Klimaschutz- und -anpassungsförderprogramm der Stadt Siegen

B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 09.02.2022
2. Bauaufsichtliche und planungsrechtliche Angelegenheiten
3. Projektbericht Städt. Hochbaumaßnahmen
- 3.1 Sanierung Rundsporthalle Morgenröthe
- Sachstand -

-
- 3.2 Hallenbad Weidenau
- Sachstand
 - 4. Projektbericht Städt. Tiefbaumaßnahmen
 - 5. Rund um den Siegberg;
hier: Mehrkosten bei der Maßnahme Neubau Musikpavillon
 - 6. Vergabeangelegenheiten
 - 6.1 Neugestaltung Herrengarten - Abbruch Herrengarten 02 und 10
- Vergabe von Nachtragsaufträgen -
 - 6.2 Bertha v. Suttner Gesamtschule, Kolpingstraße
Dreifachturnhalle neu
 - 6.3 Bertha-von-Suttner Gesamtschule Giersbergstraße
 - 6.4 Erweiterung und Sanierungsmaßnahmen Jung-Stilling-Schule
Auftragserweiterung Erd- und Kanalarbeiten
 - 6.5 Erweiterung und Sanierungsmaßnahmen Jung-Stilling-Schule
Gewerk Heizung und Sanitärinstallationen
 - 6.6 Umbau und Erweiterung des Gebäudes der ehemaligen Realschule Am Häusling zu
einer dreizügigen Grundschule
Planungsleistungen
 - 6.7 Neubau Musikpavillon im Schlosspark
Auftragserweiterung Objektplanung
 - 6.8 Neubau Musikpavillon im Schlosspark
Vergabe Erdarbeiten, Stahlbetonarbeiten, Pflasterarbeiten
 - 6.9 Auftragserweiterung Fachingenieur Lüftung
 - 6.10 Umbau/ Erweiterung Hallenbad Weidenau (MN 2065)
Ingenieurleistungen Tragwerksplanung
 - 6.11 Erneuerung Kunstrasenbelag Sportplatz Am Hofbachstadion (Geisweid)
 - 6.12 Sanierung der Rundsporthalle
Auftragserweiterung Maler
 - 6.13 Sanierung der Rundsporthalle Siegen
Auftragserweiterung Stahlbauarbeiten Pavillon

- 6.14 Siegerlandhalle: Dachsanierung Großer Saal
Überstandzeit Gerüst
- 6.15 Stadtgärtnerei Goldammerweg, Austausch der Schattierungsanlagen
- 7. VERSCHIEDENES
- 8. MITTEILUNGEN AN DIE PRESSE

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Stadt Siegen unter www.siegen.de abrufbar.

Siegen, 03.03.2022

Der Bürgermeister

Nachtragsbekanntmachung

zur 12. Sitzung des Bauausschusses

am: **16.03.2022**
um: **17:00 Uhr**
Ort: **Bismarckhalle, Bismarckstraße 47,
57076 Siegen, Großer Saal**

Nachtrag:

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

zu 4.1 **Verzögerung von Baumaßnahmen und deren mögliche Ursachen**
- Antrag der SPD- Fraktion

B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

6.16 **Modernisierung Lüftungszentrale, Siegerlandhalle**

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Universitätsstadt Siegen unter www.siegen.de abrufbar.

Siegen, 08.03.2022

Der Bürgermeister

Nachtragsbekanntmachung

zur 12. Sitzung des Bauausschusses

am: 16.03.2022
um: 17:00 Uhr
Ort: Bismarckhalle, Bismarckstraße 47,
57076 Siegen, Großer Saal

Nachtrag:

B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

- 6.17 Umbau/ Erweiterung Hallenbad Weidenau (MN 2065)
-Ingenieurleistungen Bauphysikgutachten
(Wärme-/Schallschutz, Energiebilanz, Raumakustik)
- 6.18 Umbau/ Erweiterung Hallenbad Weidenau (MN 2065)
- Ingenieurleistungen Brandschutzgutachten

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Universitätsstadt Siegen unter www.siegen.de abrufbar.

Siegen, 11.03.2022

Der Bürgermeister

Ö F F E N T L I C H E N I E D E R S C H R I F T

über die 12. Sitzung des Bauausschusses

vom: **16.03.2022**
von: **17:00 Uhr**
bis: **20:04 Uhr**
Ort: **Bismarckhalle, Bismarckstraße 47,
57076 Siegen, Großer Saal**

Anwesend waren:

Vom Bauausschuss:

Stv Heupel, Rüdiger	- als Vorsitzender
Stv Christian, Thomas	
Stv Cziba, Ansgar	
AM Dietrich, Erik	
Stv Dil, Yilmaz	
AM Dinter, Oliver	vertritt AM Reifenrath, Frank
AM Hellwig, Raimund	
AM Hoffmann, Thomas	vertritt Krämer, Hartmut - bis 20.35 Uhr
Stv Keßler, Silvia	
AM Lohmeier, Heinz Werner	
AM Mäckeler, Bernd	
Stv Pfeifer, Joachim	
AM Rothenpieler, Mark	
AM Schneider, Rainer	vertritt Grisse, Robert
Stv Schulz, Jürgen	
Stv Schwarzer, Michael	
AM Yousuf, Himat	- bis 20.42 Uhr

Beratende Mitglieder:

AM Katz, Heike

Aufgrund besonderer Einladung

Herr Witowski

Ingenieurbüro Klapp + Müller zu TOP 1 öT

Als Zuhörer:

Stv Boller

- TOP 1 öT

Von der Verwaltung:

StBR Schumann

Städt. BD Schreiber

VA Böcking

- bis TOP 4.1 öT

VA Dornseifer

- bis TOP 4.1 öT

VA Born

-- öffentlicher Teil –

VA Jenke

VA Krippendorf

VA Schneider. P.

- bis 20.07 Uhr (TOP 2 nÖT)

VA Meyer

VA Heide

VA Fazzio

StAR Münker

- bis 20.15 Uhr

VA Mockenhaupt

- als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Grisse, Robert

vertreten durch AM Schneider, Rainer

AM Krämer, Hartmut

vertreten durch AM Hoffmann, Thomas

Stv Reifenrath, Frank

AM Münch, Dr. Jochen

AM Özcan, Kürsat

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**1. Ausführungsplanung zum Umbau des Knotens B54 / L719 "Schleifmühlchen"**

Vorlage Nr. VL 828/2022

Die Verwaltungsvorlage des Tagesordnungspunktes wird gemeinsam mit dem Verkehrsausschuss und den Bezirksausschüssen III – Siegen-Ost und IV Siegen-Mitte des Rates der Universitätsstadt Siegen beraten.

Einführend geht Frau Schreiber zunächst auf die Historie des Knotenpunktes ein. Die 2013 beschlossene Entwurfsplanung sei 2018 durch den Zuschussgeber bewilligt worden. Gegenüber dem Fördermittelgeber müsse man sich jährlich rechtfertigen, warum die Fördersummen in Millionenhöhe noch nicht verbaut worden seien und die Bezirksregierung Arnsberg müsse dies gegenüber dem Ministerium tun, warum man die Gelder für die Universitätsstadt Siegen parke und nicht anderen Kommunen zur Verfügung stelle. Aus diesem Grund sei sie dankbar für die gemeinsame Beratung der vier Ausschüsse, um Zeit einzusparen. Lagetechnisch unterscheide sich die Ausführungsplanung von der Entwurfsplanung wenig, dies sei dadurch begründet, dass der Entwurf bereits so geplant worden sei, dass dem Zuschussmittelgeber keine Änderungsanträge mehr vorgetragen werden mussten.

Anschließend erläutert Herr Witowski vom Ingenieurbüro Klapp + Müller anhand einer ausführlichen Präsentation, die aus den Teilbereichen „örtliche Gegebenheiten“, „Ausbau“, „Bauzeitliche Verkehrsführung“ und einer Zusammenfassung besteht, die Ausführungsplanung zum Umbau des Knotens B54/ L719 „Schleifmühlchen“.

➤ *Die Präsentation ist der Druckversion der Niederschrift als Anlage beigelegt. Im elektronischen Dokument ist sie unter dem entsprechenden Punkt zu sehen.*

Die Planung zusammenfassend ist festzustellen, dass der Verkehr in der Hauptachse zwischen Kochs Ecke und Kaan- Marienborn dauerhaft auch während der Bauphasen in beiden Richtungen möglich ist. Notwendig ist für einen Zeitraum die Abtrennung der Zufahrt zum Lindenberg. Der Verkehr in die Fludersbach wird per Ampel gesteuert und ist zeitweilig aus Richtung Kreisel nur als Einbahnstraße möglich. Die gesamte Baumaßnahme wird im Rahmen von 6 Bauabschnitten abgewickelt. Der erste kurze Bauabschnitt dient der Vorbereitung des Hauptabschnittes. Für den 2. Bauabschnitt sind in etwa 12 Monate vorgesehen. Während dieses Abschnittes werden der nördliche Teil des zukünftigen Kreisels sowie die Ufermauer zur Weiß erstellt.

Im Rahmen des 3. Bauabschnittes wird der Bereich Lindenberg hergestellt. Zeitlich geht man von einer Dauer von ca. 8,5 Monaten aus. Wenn die Straße zum Lindenberg wieder nutzbar ist, schließt sich ebenfalls für einen ähnlichen Zeitraum der 4. Bauabschnitt zur Herstellung des südlichen Bereiches des Kreisverkehrsplatzes an. Abschließend erfolgen die Herstellung der Mittelinsel, das Aufbringen der Randsteine sowie das Aufbringen der Gussasphaltdeckschicht. Das Aufbringen der Gussasphaltdeckschicht muss in einem Guss mit wenigen Schnittpunkten erfolgen, was eine Vollsperrung erforderlich macht. Dies wird an einem Wochenende erfolgen. Insgesamt geht man für die Baumaßnahme von einem Zeitraum von 2,5 Jahren aus. Die entscheidendsten Bauabschnitte stellen die Bauabschnitte 2, 3 und 4 dar.

Wunschtermin der Verwaltung für den Spatenstich ist der 1. November 2022. Dann besteht das Provisorium genau 20 Jahre.

Im Rahmen der Ausführungen des Ingenieurbüros sowie der Verwaltung wird darauf hingewiesen, dass die Maßnahme mit allen Beteiligten abgestimmt worden sei. Anlieger und Gewerbetreibende könnten während der gesamten Baumaßnahme ihre Grundstücke erreichen. Auch Rettungsdienste und ÖPNV könnten durchgehend den Knoten befahren, die

Bauabschnitte seien mit ihnen besprochen worden. Hinsichtlich des ÖPNV für den Bereich Lindenberg müssten Ausweichrouten festgelegt werden.

Es wird aber auch seitens der Verwaltung angemerkt, dass mit dem Bau des Knotens „Schleifmühlchen“ nicht alle Verkehrsprobleme der Innenstadt zu lösen seien. Hätte man die Tangente mit dem Siegbergtunnel gebaut, stünde auch mehr Platz zur Verfügung, um die Verkehre optimal zu führen. Seitens der Verwaltung wird dafür geworben, der Planung zuzustimmen, um aus dem derzeitigen Provisorium einen dauerhaften Kreisverkehrsplatz herzustellen.

Alle Verkehrsarten würden während der Bauphase geführt. Die Fertigstellung des Radweges Hainer Hütte vor Beginn der Baumaßnahme „Schleifmühlchen“ sei seitens der Verwaltung nie zugesagt worden. Der AK Radverkehr beschäftige sich auch mit dem Thema. Die Politik wisse, dass die Verwaltung optimiere und auf Vorschläge eingehe, um das Optimale herauszuholen. Man könne nicht von der Verwaltung verlangen, den Radverkehr im Rahmen der Baumaßnahme optimal aus Richtung Innenstadt nach Kaan- Marienborn, den Lindenberg oder in die Fludersbach führen zu können.

Der Ausbau des „Schleifmühlchens“ dürfe nicht mit der anstehenden SVB- Maßnahme in der Löhrstraße kollidieren und könne daher erst beginnen, wenn die Löhrstraße frei befahrbar sei. Gegebenenfalls müsse die Bauabschnittsplanung der Maßnahme „Löhrstraße“ angepasst werden. Die Löhrstraße sei für innerstädtische Ausweichrouten erforderlich. Ob für die innerstädtischen Ausweichstrecken noch Maßnahmen wie z. B. die Anordnung von Haltverboten oder Einbahnstraßenregelungen erforderlich werden, wird im Auge behalten und situationsbedingt erarbeitet, um darauf reagieren zu können wie sich die Verkehrsteilnehmer orientieren. Durch die Straßenverkehrsbehörde im Hause habe die Verwaltung die Möglichkeit, auf Baumaßnahmen im Umfeld, die die Baumaßnahme „Schleifmühlchen“ tangieren könnten, Einfluss zu nehmen. Die derzeitige Baumaßnahme „Koblenzer Straße“ tangiere das „Schleifmühlchen“ nicht.

Während der Bauphasen soll der Verkehr, der aus Richtung Wilnsdorf die Innenstadt erreichen will, weiträumig andere Umleitungen nehmen, wie z. B. über die Autobahn oder über Niederdielfen/ Kaan-Marienborn. Eine Umleitungsbeschilderung bereits in Wilnsdorf ist derzeit nicht vorgesehen. Presseveröffentlichungen werden erfolgen.

Bäume, die im Zuschussantrag enthalten gewesen seien, würden auch gepflanzt. Zum jetzigen Zeitpunkt des Prozesses sei man aber diesbezüglich noch nicht in der Detailplanung.

An der sich ergebenden Aussprache beteiligen sich die Herren Cziba, Wittenburg, Christian, Rompf, Boller, Semper, Dietrich, Hellwig, Heilmann, K. Schulz, Schoew, Kniep, Stinner, Englert, Jagielski sowie Frau Jung und Frau S. Schneider.

Im Rahmen der Aussprache wird thematisiert:

- In die detaillierte Planung sei viel Arbeit eingeflossen. Reibungsverluste werde es während der Bauphasen geben. Durch die ausführliche Beschreibung seien aber die Bedenken verringert worden. Die Planung sei schlüssig und nachvollziehbar. Die Maßnahme

stelle einen Beitrag zur Verkehrssicherheit dar. Bei der Diskussion über die Ausführungsplanung solle man sich nicht in Kleinigkeiten verlieren.

- Von einigen Ausschussmitgliedern wird kritisiert, dass die Verwaltung die Planung in einer Geschwindigkeit umsetzen wolle, die nicht gefalle. Der Lageplan habe erst kurzfristig vorgelegen. Die Planung enthalte noch keine Antworten zu den Baumstandorten, der Führung des Radverkehrs während des Umbaus und die Umleitungsregelungen. Enthalte die Ausführungsplanung derartige Festlegungen nicht, wird eine Beschlussfassung über die Vorlage nicht als möglich angesehen. In diesem Zusammenhang wird in Teilbereichen eine unzureichende Information kritisiert. Sich gewünschte Informationen in der Dienststelle einzuholen, wird nicht als geeignete Information der Öffentlichkeit angesehen.

Man habe durch die Ausführungen viele Informationen erhalten, wenn diese bereits früher vorgelegt worden wären, hätte man diese in den Fraktionen besprechen können. Es spräche nichts dagegen, die heutige Beratung als 1. Lesung zu betrachten, in den Fraktionen zu beraten und dann die Ausführungsplanung in einer weiteren Sitzung zu beschließen.

- Im Kreisverkehr wird der Radverkehr berücksichtigt. Es wird nachgefragt, an welcher Stelle die Radfahrer auf die Radverkehrsführung innerhalb des Kreisverkehrs geleitet werden und welche Verbesserungen sich für Fuß-, Rad- und Autoverkehr nach Fertigstellung des Kreisverkehrs ergeben.

Verbesserungen für den Radverkehr ergeben sich durch eine gezielte Führung und Herausnahme aus dem Mischverkehr. Für den Fußgänger erziele man Verbesserungen durch die höhere Anzahl von Querungsstellen und die Reduzierung der fußläufigen Verbindung sowie das Unterbinden unkoordinierter Quervorgänge. Für den Kraftfahrzeugverkehr finde man eine komfortable Verkehrsanlage vor, die den gültigen Radien und Neigungen entspreche, durch die Bypässe die Situation entlaste und durch eine Verbesserung der Entwässerung die Verkehrssicherheit erhöhe.

- Zur Frage, ob sich durch die Beteiligung an der Initiative Tempo 30 kostenreduzierende Veränderungen am Kreisverkehr oder Verbesserungen für den Radverkehr ergeben könnten, wenn die Geschwindigkeit auf der Frankfurter Straße auf 30 km/h reduziert werde, wird darauf hingewiesen, dass das Thema „Tempo 30“ im Zuge des Klimaschutzkonzeptes untersucht wird. Es werde nichts gebaut, was eine Reduzierung der Geschwindigkeit von 50 km/h auf 30 km/h verhindere.
- Das Bauvorhaben präge die Stadt und beeinträchtige während der Bauphase. Nach derzeitigem Stand betragen die Baukosten 6,5 Mio. €. Es gebe noch einen Ratsbeschluss, die Kostensteigerungen zu erläutern.
- Die Radfahrschleusen seien problematisch, da an mehreren Stellen Sicherheitsabstände nicht eingehalten würden. Diese Gefahrenquellen seien zu beleuchten.
- In der Ausführungsplanung seien die Pläne aus 2018 zur Neupflanzung von 10 Bäumen nicht erwähnt. Eine Einplanung sei bereits zu Beginn erforderlich, damit die Pflanzungen

im weiteren Verlauf nicht den Gegebenheiten, wie Kabel etc. zum Opfer fielen. Die Pflanzpläne für die Bäume müssten nachgeliefert werden.

Der Beschlussvorschlag stelle einen Freifahrtschein für die Verwaltung dar. Außerdem lägen die vom Rat geforderten Informationen noch nicht vor.

- Die Planung enthalte keine Aussage zur Radverkehrsführung während der Bauphase. Der Radweg Hainer Hütte müsse vor Beginn der Baumaßnahme fertiggestellt sein, um eine Umleitung zumindest Richtung Kaan- Marienborn zu gewährleisten.
- Vorgestellt sei nur die Verkehrsführung im Bereich des Kreisverkehrs. Die großflächige Verkehrsführung außerhalb dieser Fläche sei nur angedeutet worden und müsse noch für alle Bauphasen im Bauausschuss konkretisiert werden.
- Nach dem Gutachten von 2012/13 stellt die Abfahrt Lindenberg eine der am wenigsten genutzten Teiltangenten dar. Es wird gefragt, warum der Bypass als nötig erachtet wird und ob die dadurch erreichte Verbesserung so erheblich ist.
- Es wird die Frage aufgeworfen, inwieweit eine Verbesserung der Verkehrssituation in den Spitzenzeiten des Berufsverkehrs erwartet wird.
- Verkehrsteilnehmer würden versuchen, die Baustelle umfahren zu können. Eine Umfahrung sei zum Beispiel der Lohgraben. Bereits jetzt sei jedoch die Ausfahrt aus dem Lohgraben in Richtung Löhrtor problematisch. Damit die Umfahrungen nicht zu einem Problem während der Bauphase werden, wird die Planung der Ausweichstrecken thematisiert.
- Beim fertigen Bauwerk wird Richtung Lindenberg die Radfahrschleuse vermisst. Aus Richtung Lindenberg abwärts Richtung Innenstadt über Hainer Hütte/ Lohgraben stellt sich die Frage einer Verbesserung für den Radfahrer.

Aus Platzgründen ist die Radfahrschleuse am Lindenberg nicht zu erreichen, aber es gibt eine Grundstückszufahrt, wo man mit Hilfe einer Markierung auf der Fahrbahn dem Radfahrer verdeutlichen könnte, dort vom Gehweg wieder auf die Fahrbahn zu fahren. Mehr sei an dieser Stelle aufgrund der Gegebenheiten nicht möglich. Der AK Radverkehr werde sich damit noch beschäftigen. Eine Lösung zum Linksabbieger Richtung Hainer Hütte gibt es noch nicht.

- Die Ausführungsplanung wird als sinnvoll und der Bau als notwendig angesehen. Auch gehe es um die Zuschüsse. Ein weiteres Hinausschieben lasse die Baukosten nicht sinken. Aufgrund des durch den Rat beschlossenen Sperrvermerkes wird angeregt, dass der Bauausschuss dem Rat empfehlen sollte, den Sperrvermerk aufzuheben.
- In Zusammenhang mit dem ÖPNV wird das Zielkonzept begrüßt. Die Planung gefällt. Natürlich bestehen während der Bauphase Einschränkungen. Begrüßt wird ebenfalls der barrierefreie Ausbau der Haltestellen mit Wartehäuschen, die eine Attraktivitätssteigerung darstellen. Die Radverkehrsführung solle über die Gehwege abgewickelt werden, bei der Bypasshaltestelle aus Richtung Kaan- Marienborg Richtung Innenstadt wird ein

gewisses Konfliktpotential mit den Fußgängern bzw. den wartenden Fahrgästen gesehen. Finde dies parallel statt, wird eine entsprechende Markierung angeregt.

- Es werden mögliche Risiken im Bauablauf angesprochen.

Diesen Komplikationen im Bauablauf könne man durch eine ordnungsgemäße Planung entgegenwirken. Dass es Komplikationen geben könne, weil sich Leitungstrassen in der Realität anders darstellen als in den Plänen, davon könne man sich nicht freisprechen. Durch die Planung würden die Risiken auf Unabwägbarkeiten minimiert.

- Großbaustellen, wie z. B. in Eiserfeld, hätten gezeigt, dass sich die Verkehrsteilnehmer auch über Umfahrungen Gedanken machen. Erfolge kein Ausbau des Kreisverkehrs ginge eine 60 %ige Förderung verloren. Das derzeitige Provisorium sei – vor allem für die Zweiradfahrer – verkehrsgefährdend. Die Erneuerung des Provisoriums funktioniere auch nur durch entsprechende Bauphasen, dafür erhalte man jedoch keine Förderung, weiter entfielen die sichere Radverkehrsführung, die barrierefreie Fußgängerführung um den Kreisverkehr herum sowie die Reduzierung der Rückstaulängen in den Spitzenzeiten. Die Versorgungsunternehmen hätten die notwendigen Vorarbeiten der Leitungsverlegungen grundlos ausgeführt, damit seien Steuergelder verschwendet worden. Dem Verwaltungsvorschlag sollte gefolgt werden.
- Das Zerreden der Maßnahme solle vermieden werden. Es gebe einen klaren Beschluss zum Bau des Kreisverkehrs. Man habe eine gute Aufschlüsselung erhalten. Dass bei einer solchen Maßnahme noch Details zu klären seien, stelle eine Normalität dar und sollte auch zugelassen werden. Eine solche Maßnahme könne nicht zu 120 % vorab geplant sein. Hinsichtlich der Bäume habe die Verwaltung entsprechende Aussagen getroffen.

Die aufgeworfenen Fragen der Ausschussmitglieder werden durch Frau Schreiber, Herrn Jenke und Herrn Witowski abschließend beantwortet.

Die offengebliebenen Fragen nach den zeitlichen Verbesserungen während der Spitzenzeiten des Berufsverkehrs und des Bypasses sind in dem Gutachten von 2013 angesprochen worden. Die entsprechenden Zeitanteile werden zur Niederschrift gegeben, so Frau Schreiber.

Antwort der Verwaltung:

Durch den vorgestellten Ausbau des Knotenpunktes „Schleifmühlchen“ verbessert sich rechnerisch die Qualität (Wartezeit) in allen Zufahrten um mindestens eine bis zu fünf Qualitätsstufen (gem. Handbuch zur Bemessung von Straßenverkehrsanlagen HBS). Sowohl in der Morgen- als auch in der Nachmittagsspitze (Berufsverkehr) werden in den Zufahrten Marienborner Straße, Fludersbach, Frankfurter Straße vom Lindenberg die Qualitätsstufe A oder B (Wartezeit < 10 bzw. 20 Sekunden) erreicht. Lediglich nachmittags wird in der Frankfurter Straße von Koch's Ecke kommend die Stufe D erreicht, was jedoch noch immer eine Verbesserung zur heutigen Situation darstellt (derzeit F). Für detaillierte Erläuterungen sei auf die Vorlage 1953/2013 verwiesen.

Man befinde sich in einem Prozess und habe bereits mehrfach deutlich gemacht, dass man solche „Kleinigkeiten“ im Verhältnis zur Gesamtbaumaßnahme noch besprechen könne, so Herr Stadtbaurat Schumann. Er wirbt dafür, die Gesamtbaumaßnahme deshalb nicht in Fra-

ge zu stellen. Es handele sich um Dinge, die möglicherweise noch optimiert werden könnten. Alternativen sei eine komplette Neuplanung oder den Knoten kaputt gehen zu lassen und unkoordiniert zu bauen. Die Verwaltung werde im Arbeitskreis und in den Fachausschüssen die Thematik besprechen, die Umleitungen situativ angehen. Er plädiere dafür, die Verwaltung auf Basis dieser Planung weiterarbeiten und die kleineren Anpassungsmaßnahmen in den nächsten Monaten angehen zu lassen.

Zu den Bäumen ergänzt Frau Schreiber, die Baumkommission habe das Pflanzen von 7 Bäumen im Bereich Schleifmühlchen oder im Stadtgebiet beschlossen. Im Bereich des Kreisverkehrs „Schleifmühlchen“ könnte der Mittelteil des Kreisverkehrs in Frage kommen.

Nach Abschluss der Aussprache wird die Verwaltungsvorlage einschließlich der Empfehlung, den Sperrvermerk aufzuheben zur Abstimmung gestellt.

Die Ausschüsse stimmen getrennt über die Verwaltungsvorlage mit der Ergänzung hinsichtlich des Sperrvermerkes ab.

Beschlussvorschlag:

Der Bauausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, den Knotenpunkt „Schleifmühlchen“ (B 54 Frankfurter Straße / L 719 Marienborner Straße / Fludersbach), wie im beigefügten Lageplan dargestellt unter Berücksichtigung der dargestellten Bauphasen und Verkehrsführung während der Bauzeit, auszubauen und empfiehlt dem Rat der Universitätsstadt Siegen, den Sperrvermerk aufzuheben.

Beratungsergebnis: 11 Stimmen dafür, 6 dagegen (FDP/Volt/Linke/Grüne), 0 Enthaltung(en)

12. BA 16.03.2022

Die Sitzung des Bauausschusses wird für die Zeit von 18.50 Uhr bis 19.05 Uhr unterbrochen.

Vor Fortsetzung der Sitzung und Eintritt in die weitere Tagesordnung beantragt Herr Hellwig, den Tagesordnung 5 des nichtöffentlichen Teils „Musikpavillon“ aufgrund des öffentlichen Interesses an den Kostensteigerungen in den öffentlichen Teil zu verschieben.

Herr Stadtbaurat Schumann und Frau Krippendorf verweisen darauf, dass die Vorlage an mehreren Stellen auf Vergabeinformationen eingehe, so dass die Verwaltung der Auffassung sei, dass die Vorlage im nichtöffentlichen Teil verbleiben müsse. Das Vergabeverfahren sei noch nicht durchgeführt worden. Grundsätzliche Fragen könnten beantwortet werden.

Der Antrag von Herrn Hellwig, die Vorlage „Rund um den Sieberg, Mehrkosten bei der Maßnahme Neubau Musikpavillon“ in den öffentlichen Teil zu verschieben, wird bei

6 Ja- Stimmen und 8 Nein- Stimmen

mehrheitlich abgelehnt. Der Punkt verbleibt im nichtöffentlichen Teil.

Sodann wird die Tagesordnung wie folgt fortgesetzt:

2. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 09.02.2022

Es liegen keine Hinweise zur Niederschrift vor.

12. BA 16.03.2022

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

12. BA 16.03.2022

4. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

4.1 Verzögerung von Baumaßnahmen und deren mögliche Ursachen - Antrag der SPD- Fraktion

Vorlage Nr. AT 185/2022

Vorlage Nr. AT 185/2022 A

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde vorab im Rahmen der Ergänzungsvorlage zur Verfügung gestellt.

Anlass des Antrages sei die letzte Bauausschusssitzung und die dort angesprochen und nicht geklärten Ursachen für die Verzögerungen bei den Vergaben und letztlich die Farce der Abstimmungen im Bau- und im Vergabeausschuss gewesen, so Herr Pfeifer. Im Rahmen der Beschäftigung mit der Thematik sei er auf eine Gesetzgebung des Landes NRW aus 2020 zur Reform der kommunalen Grundsätze gestoßen. Ziel der Reform sei es gewesen, den Kommunen ein praktikables und wirksames Instrument an die Hand zu geben, um die Vergabe öffentlicher Aufträge zu stützen sowie die erforderliche Erneuerung der öffentlichen Strukturen voranzutreiben.

Die Struktur des Vergabeausschusses sei ihm nicht verständlich. Entsprechend der Antwort der Verwaltung sei ein politischer Spielraum stark eingeschränkt, da die Vergabekriterien eine abweichende Auswahl nicht zulassen. Faktisch heiße dies, dass Bau- und Vergabeausschuss lediglich „abnicken“. Die meisten Städte und Kommunen in NRW kämen ohne Vergabeausschuss aus, so dass sich die Frage stelle, warum man dann einen habe. Regelungen für die seltenen Aufhebungen könnten auch anders erfolgen. Er spreche sich für die Abschaffung des Vergabeausschusses aus. Ein Durchlauf durch Bau- und Vergabeausschuss erhöhe den Aufwand und verzögere.

Zur Thematik Wertgrenzen führt er aus, diese seien da, um die Art der Ausschreibung festzulegen. Die Antwort der Verwaltung enthalte keine Nennung der Wertgrenzen. Das Land NRW habe diese Wertgrenzen erheblich erhöht. Davon sei in Siegen nichts festzustellen. Es beste-

he die Möglichkeit, aber in Siegen liege man zwischen 20 und 80% hinter den Möglichkeiten zurück, die das Land einräume.

Weiter gebe es kleinkarierte Vergabevorschriften, die den Aufwand ins absurde führen. Sei zum Beispiel ein Auftrag vergeben worden und irgendwann komme es zu einer Überschreitung der Planung von 5 %, dann bedürfe diese Nachtrag einer neuen Vorlage und eines Durchgangs im Bau- und Vergabeausschusses. In diesem Zusammenhang verweist er auf ein Beispiel bei dem es um den Betrag von 1.500 € ging. Als Gründe seien Korruptionsbekämpfung, Gleichbehandlungs- und Transparenzgrundsätze, Förmlichkeit der Verfahren und die Notwendigkeit organisatorischer Maßnahmen bei Erhöhung der Wertgrenzen genannt.

Sein Fazit sei, dass es um totales Sicherheitsdenken des Verantwortungsbereiches gehe. Möglicherweise gebe es auch Menschen, die Verantwortung vermeiden wollen. Es verbleibe die Frage, warum die Reform des kommunalen Vergaberechtes an der Universitätsstadt Siegen vorbeigegangen sei. Er plädiere für die Abschaffung des Vergabeausschusses und die Erhöhung der Wertgrenzen. Er wünsche sich, dass es im Bauausschuss zu einer entsprechenden Beschlussfassung komme, andernfalls werde die SPD zur nächsten Sitzung einen entsprechenden Antrag stellen.

Die Volt- Fraktion habe den Antrag begrüßt. Hinsichtlich des Verfahrens bei Dringlichkeitsentscheidungen sei eine Anpassung der Vergabevorschriften dringend geboten. Im Ältestenrat sei die Thematik und die Frage der Aufteilung der Vergaben auf die jeweiligen Fachausschüsse angesprochen worden, so Herr Dietrich. Es gehe auch um die Verschlinkung der politischen Strukturen. Er halte jedoch den Bauausschuss nicht für das korrekte Gremium für eine solche Entscheidung, sondern sehe die Zuständigkeit eher im Haupt- und Finanzausschuss bzw. dem Rat.

Aufgrund der Diskussion im Ältestenrat werde die Verwaltung für den Rat einen Vorschlag unterbreiten, wie die Vergaben ohne einen Vergabeausschuss abgewickelt werden könnten. Aufgrund der anstehenden Neuzusammensetzung der Ausschüsse sei der Zeitpunkt passend, darüber sachlich zu diskutieren, so Herr Schumann. In der Regel werde es in den Kommunen so gehandhabt, dass ein Beschaffungsbedarf festgestellt, definiert und beschlossen wird. Die Vergabe als solche ist Sache der Verwaltung. Für die Information der Politik und die Transparenz gebe es auch Sicherungsmechanismen. Die Vorlagenerstellung zur Beratung in den Ausschüssen Sorge für eine massive Verzögerung. Es sei tatsächlich so, dass seitens der Ausschüsse kaum Einfluss bestehe. Die Ausschussmitglieder machten sich sogar bei einer Falschentscheidung schadensersatzpflichtig, wenn dadurch eine Vergabe gestoppt werde, da bei öffentlichen Vergaben eine Einflussnahme durch politische Entscheidungen nicht vorgesehen sei.

Sodann geht er auf die inhaltlichen Punkte von Herrn Pfeifer ein und differenziert zwischen dem Thema „Wertgrenzen, hausinterne Wertgrenzen und Landeswertgrenzen“ und dem Thema Vergabeausschuss.

Durch die kaskadenförmige Anordnung der Art der Ausschreibung steige nicht der Aufwand, da die Beschreibung der Leistung und die Erstellung des Leistungsverzeichnisses immer gleich bleibe. Was sich ändere, sei der Kreis der Beteiligten. Der RPA- Leiter als Antikorrupsionsbeauftragter habe immer wieder betont, den Grad der Vergaben, die innerhalb der

Fachabteilung erledigt werden, zu limitieren. Werde dort die Wertgrenze extrem hoch gesetzt, hätten die Vorgesetzten zwar noch einen Blick darauf, aber keine Vergabestelle oder das RPA sehe was passiere. Daher sei der Grad der Korruptionsanfälligkeit höher als bei einem größeren Kreis der Beteiligten.

Eine Anpassung der Wertgrenzen sei im Februar dieses Jahres erfolgt.

Die eigentliche Arbeit stecke in der Vorbereitung und Ausschussarbeit, um fristgerecht die Vorlagen zu erstellen und bedeute zeitliche Verzögerungen, da für jedes einzelne Gewerk entsprechende Vorlagen zu erstellen seien.

Für die Verwaltung wäre es hilfreich, nicht in den Vergabeausschuss zu müssen und die Grenzen für Geschäfte der laufenden Verwaltung genau zu definieren, so Herr Schumann. Informationen über Projekte lassen sich der Politik auch ohne einen Vergabeausschuss geben, wie zum Beispiel über Statusberichte.

Herr Cziba ist über die Art der Vorlage erstaunt und möchte im Bauausschuss nicht über die Existenz des Vergabeausschusses entscheiden. Der Vergabeausschuss sei möglicherweise ein Mitgrund, nicht aber die Ursache. Ein größerer Bieterkreis führe seines Erachtens automatisch zu anderen Preisgestaltungen. In letzter Zeit seien häufig Vergaben aufgrund zu hoher Preise zurückgenommen worden. Manchmal gebe es lediglich einen Bieter, der dann verlangen könne, was er wolle. Es sei wichtig, dass die Politik mitentscheide und solche schwerwiegenden Entscheidungen mittrage. Dies sei in der Verwaltung nicht zu lösen. Auch wolle er nicht, dass die Verwaltung machen könne, was sie wolle. Die Vorlagen seien häufig die letzte Information über den Stand von Baumaßnahmen. Würden diese Vorlagen entfallen, sei die Politik nicht informiert. Die Politik habe eine hohe Verantwortung, sie wolle nichts verhindern, aber informiert sein. Man befinde sich im Umbruch, es gehe hin zur Elektronik. Die Anzahl der Bieter und Bieterinnen habe in den letzten Jahren abgenommen. Der Baubereich biete aufgrund der großen Summen, die bewegt würden, Anfälligkeit für Korruption.

Herr Christian hält es für sinnvoll, den Antrag als Anregung an die Verwaltung verstanden zu wissen. Man wolle nicht der Verwaltung die alleinige Verantwortung zuschieben, wenn es zu Verzögerungen von Baumaßnahmen komme. Unterbreite die Verwaltung einen Vorschlag, den Vergabeausschuss obsolet zu machen, sehe er die Zuständigkeit des HFA oder Rates. Zur Ankündigung von Herrn Pfeifer eines entsprechenden Antrages, merkt er an, darüber werde die Fraktion entscheiden.

Herr Pfeifer wirbt dafür, da die Landesregierung extra ein Gesetz erlassen habe, um eine Beschleunigung zu erreichen, dass der Bauausschuss initiativ auffordert, die Reformmöglichkeit mitzutragen. Dies entspreche seinem Selbstverständnis als Mitglied des Bauausschusses. Sein Eindruck sei, dass sowohl im Vortrag von Herrn Cziba als auch beim RPA der Wille zur Kontrolle sehr hoch sei. Der eine, weil man nicht wolle, dass die Verwaltung etwas tue, was man nicht nachvollziehen könne, der andere aus Angst vor Korruption, dies sei lähmend und kontraproduktiv.

Die Grundidee des Antrages sei in Ordnung, so Herr Mäckeler. Die Struktur müsse geändert werden, die Vorlage für Bau- und Vergabeausschuss sei die gleiche, man gewinne durch die Abschaffung des Vergabeausschusses nur eine Woche. Es könne aber nicht sein, dass wegen eines geringfügigen Betrages von z. B. den genannten 1500 € ein solches Verfahren notwen-

dig werde. Man müsse an den Strukturen arbeiten und die Grenzen anpassen. Die alleinige Abschaffung des Vergabeausschusses bringe nichts. Die Arbeiten bleiben die gleichen, es fehle auch die Manpower im Baubereich, um die Maßnahmen abarbeiten zu können.

Auch die CDU- Fraktion habe sich mit der Thematik beschäftigt und begrüße, dass die Verwaltung parallel daran arbeite die Strukturen zu verschlanken, so Herr Rothenpieler. Er sehe aber auch die Zuständigkeit von HFA/ Rat.

Die Verwaltung arbeite sowohl an der Neuordnung der Ausschüsse als auch an der Zuständigkeitsordnung. Er tue sich schwer, die Verwaltung unter Generalverdacht zu stellen, sie sei korruptionsanfällig, so Herr Dietrich.

Es ergibt sich eine kurze Aussprache darüber, ob eine Beschlussfassung erfolgen sollte, an der sich die Herren Christian, Heupel, Cziba und Pfeifer beteiligen.

Da er das Selbstverständnis des Bauausschusses vermisst, beantragt Herr Pfeifer als Initiativantrag:

- ❖ Der Bauausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen befürwortet die Überarbeitung der Zuständigkeitsordnung unter besonderer Berücksichtigung des Vergabeausschusses.
- ❖ Der Bauausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen beauftragt die Verwaltung über die Veränderung der Wertgrenzen die Vergaben zu beschleunigen unter Berücksichtigung der Vorgaben des Landes.

Herr Meyer stellt fest, er komme aus der Privatwirtschaft und dort werde den Mitarbeitern mehr Vertrauen geschenkt als in der Verwaltung. Welche Verantwortung er dort getragen und über welche Mittel er zu entscheiden gehabt hätte im Gegensatz zur Handhabung in der Verwaltung, habe ihn irritiert. Die Mitarbeiter verbrauchen sicherlich ca. 30-40 % ihrer Zeit dafür, Vorlagen zu erstellen. Er sei ein Freund der Information. In der Privatwirtschaft gebe es sogenannte Leistungsmeldungen. In regelmäßigen Abständen werde darüber informiert, wie ein Bauvorhaben technisch, terminlich und wirtschaftlich laufe, prognostiziert auf das Ende der Baumaßnahme. Diese Information benötige die Politik, was legitim sei, alles andere obliege der Verwaltung. Wie wenig Vertrauen den Mitarbeitern der Verwaltung entgegen gebracht werde, hätte er nicht erwartet.

Der Antrag von Herrn Pfeifer wird getrennt zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Der Bauausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen befürwortet die Überarbeitung der Zuständigkeitsordnung unter besonderer Berücksichtigung des Vergabeausschusses.

Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür, 4 dagegen (Grüne/ Links), 6 Enthaltung(en)

Beschluss:

Der Bauausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen beauftragt die Verwaltung über die Veränderung der Wertgrenzen die Vergaben zu beschleunigen unter Berücksichtigung der Vorgaben des Landes.

Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür, 4 dagegen (Grüne/ Links), 6 Enthaltung(en)

12. BA 16.03.2022

5. Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

12. BA 16.03.2022

- 6. 101. Änderung des Flächennutzungsplan und Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ im Stadtteil Breitenbach (Feststellungs- und Satzungsbeschluss)**
hier: - Auf § 31 GO NW wird hingewiesen –
Zusammenfassende Prüfung und Abwägung aller im Planverfahren eingegangenen Anregungen und Hinweise –
Beschluss der 101. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Stadt Siegen –
Beschluss des Bebauungsplanes Nr. 431 "Reitstall Daub"

Vorlage Nr. VL 776/2022

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

- die im Verfahren zur 101. Änderung des Flächennutzungsplans und zum Bebauungsplan Nr. 431 "Reitstall Daub" eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 3 und 4), insbesondere die Anregungen und Hinweise aus den Beteiligungen der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 und 2 BauGB und der Beteiligungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 und 2 BauGB, entsprechend der Anlagen 5 und 6 zu behandeln. Die Anlagen sind Bestandteil der Beschlussfassung
- die 101. Änderung des Flächennutzungsplans in der Fassung vom 15.02.2022 (Anlage 7) samt Begründung und Umweltbericht (Anlagen 8 und 9)
- den Bebauungsplan Nr. 431 "Reitstall Daub" (Anlage 11) in der Fassung vom 17.02.2022 als Satzung samt Begründung und Umweltbericht (Anlagen 12 und 13).

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

12. BA 16.03.2022

7. 1. Novellierung der Richtlinie zum Klimaschutz- und -anpassungsförderprogramm der Stadt Siegen

Vorlage Nr. VL 792/2022

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die 1. Novellierung der Richtlinie zum Klimaschutz- und –anpassungsförderprogramm der Stadt Siegen in der vorliegenden Form. Diese bildet fortan die Grundlage für die Bearbeitung der Förderanträge und löst somit die vorherige Version der Richtlinie vom 15.04.2021 ab.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

12. BA 16.03.2022

gez. Heupel
Vorsitzender

gez. Mockenhaupt
Schriftführerin

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4
Bereich: Straßenneubau
Bearbeitet von: Hr. Jenke

Siegen, 25.02.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Bauausschuss	16.03.2022
Verkehrsausschuss	16.03.2022
Bezirksausschuss IV - Siegen-Mitte	16.03.2022
Bezirksausschuss III - Siegen- Ost	16.03.2022

Kurzbezeichnung:

Ausführungsplanung zum Umbau des Knotens B54 / L719 "Schleifmühlchen"

Beschlussvorschlag:

Der Bauausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, den Knotenpunkt „Schleifmühlchen“ (B 54 Frankfurter Straße / L 719 Marienborner Straße / Fludersbach), wie im beigefügten Lageplan dargestellt unter Berücksichtigung der dargestellten Bauphasen und Verkehrsführung während der Bauzeit, auszubauen.

Sachverhalt / Begründung:

1. Historie

Der signalisierte Knotenpunkt – eine Unfallhäufungsstelle - wurde am 01.11.2002 für den Ausbau der Straße „Fludersbach“ als Baustellen-Verkehrsführung umgebaut. Das Provisorium und so genannte „Kminki-Ei“ (nach dem Erfinder Herrn Matthias Kminkowski benannt) hat gute Dienste geleistet.

Am 04.05.2011 wurde die Verwaltung von der Arbeitskommission des Verkehrsausschusses aufgrund des Wegfalls der Feuerwache und einer Spedition mit der Neuzählung der Verkehrsmengen (Fludersbach) und Variantenuntersuchungen zur zukünftigen Verkehrsführung am Knotenpunkt beauftragt. Daraufhin wurde extern ein Verkehrsgutachten mit 7 Verkehrs-

führungsvarianten erstellt, aus dem sich hinsichtlich Verkehrssicherheit und der verkehrlichen Qualität der zweistreifig befahrbare Kreisverkehr mit zusätzlichem Bypass Lindenberg – Kaan Marienborn als Vorzugsvariante herausstellte.

Für diese Ausbauvariante wurde seitens der Verwaltung im Jahr 2016 ein Zuschussantrag bei der Bezirksregierung gestellt, welcher am 03.07.2018 bewilligt wurde. Zuschüsse bekommt man nur für Verbesserungen. Diese Verbesserungen sind in der Vorlage 1953/2013 aufgeführt.

Nach Eingang des Bewilligungsschreibens der Bezirksregierung wurde ein externes Planungsbüro hinzugezogen, um das Projekt zur Ausführungsreife zu führen, den Bau vorzubereiten und zu begleiten. Anfang 2019 nahm das Büro Klapp & Müller aus Eiserfeld die Arbeiten hierzu auf. Vorangegangen war eine öffentliche Ausschreibung des Ingenieurvertrages mit Vergabebeschluss vom 06.12.2018 (VV 2169/2018).

2. Baulicher Zustand

Da das Provisorium größtenteils aus den über 50 Jahre alten Knotenpunktarmen Frankfurter und Marienborner Straße besteht, muss die Substanz grundhaft erneuert werden. Der bauliche Zustand bringt die Verkehrssicherheit insbesondere für Zweiradfahrer an ihre Grenzen. Selbst punktuelle Unterhaltungsmaßnahmen an diesem verkehrswichtigen, eng bemessenen Knotenpunkt unter laufendem Verkehr sind kaum zu verantworten und bautechnisch nicht sinnvoll/dauerhaft.

3. Beschlusslage

Einstimmig empfahl der Verkehrsausschuss und beschloss der Bauausschuss des Rates der Stadt Siegen mit Vorlage Nr. 1953/2013 den Knotenpunkt „Schleifmühlchen“ zum Kreisverkehr mit zweistreifig befahrbarer Kreisfahrbahn, gegebenenfalls optimiert durch die Aufträge/Anregungen die sich aus der politischen Beratung ergeben haben, der Bewilligungsbehörde zur Förderung von kommunalen Straßen vorzulegen.

Am 10.07.2018 hat die Verwaltung dem Bauausschuss die Entwurfsplanung nochmal vorgestellt und mitgeteilt, dass es nach dem Beschluss aus dem Jahr 2013 keine Veränderung mehr gegeben hat.

Bündnis 90/Die Grünen beantragte im Rat am 14.04.2021 das Projekt „Kreisverkehr-Schleifmühlchen“ aus dem Haushalt zu streichen. Begründet wurde dies damit, dass der Rat am 09.06.2015 u.a. auch für den Bereich Schleifmühlchen eine punktuelle Verbesserung, den Verkehrsfluss zu beschleunigen und den Individualverkehr noch stärker auf die HTS zu leiten beschlossen habe und dies nicht gesehen werde. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit (18 Stimmen dafür, 50 dagegen) abgelehnt.

4. Ausführungsplanung

4.1. Allgemein

Es galt bei der Ausführungsplanung die Belange der Fußgänger, der Radfahrer des Öffentlichen Personennahverkehrs und des motorisierten Individualverkehrs auf der zur Verfügung stehenden Fläche, unter Berücksichtigung der Topografie, der fachlichen Vorgaben für Straßenplanungen und des Sicherheitsaudits in einer Kreisverkehrsplanung zu berücksichtigen. Möglichst allen Verkehrsteilnehmern gerecht zu werden war die Aufgabe der Verwaltung und des beauftragten Fachbüros.

Die Erwartung, dass mit der richtlinienkonformen Umgestaltung des Knotenpunktes der Rückstau in der Frankfurter Straße gänzlich entfällt, kann nicht erfüllt werden, da der seit Jahrzehnten existierenden Verkehrsplanung die dies erreichen würde, eine Achse des Tangentenvierecks (Anlage 1) fehlt. Diesem Defizit ist auch geschuldet, dass man aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens den Platz für eine komfortable Radwegführung im Knotenbereich und auf den Knotenpunktarmen nicht hat.

Als wichtigen Eckpfeiler der mittelfristigen Verkehrspolitik in Siegen haben von der Stadt beauftragte Gutachterbüros den Bau des Siegbertgtunnels zur Vervollständigung des Tangentenvierecks mit außerordentlicher Verkehrsentslastungswirkung aus dem Gesamtverkehrsplan 1982 für den Verkehrsentwicklungsplan 2005 und das Klimaschutzteilkonzept 2021 jeweils bestätigt.

Grundsätzlich wurde an der Verkehrsführung im Vergleich zur im Herbst 2013 (VV 1953/2013) vorgestellten Vorentwurfsvariante 7 festgehalten. Die Lage des Kreisverkehrs, sowie Anzahl und Breiten der Fahrspuren wurden beibehalten. Ein Bypass, analog der derzeitigen Führung von Kaan-Marienborn Richtung Innenstadt, ist vorgesehen, wie auch ein zusätzlicher Bypass vom Lindenberg kommend Richtung Kaan-Marienborn. Ansonsten werden alle Verkehrsarme einstreifig in den Kreisverkehr geführt.

Der geplante Kreisverkehr hat einen Durchmesser von 40 m und eine zweistreifig befahrbare Fahrbahn mit 8,00 m Breite.

Durch das Festhalten an den grundsätzlichen Entwurfselementen aus dem Vorentwurf, ergeben sich keine Änderungen in Bezug auf die prognostizierte Leistungsfähigkeit aus dem Gutachten von Brilon/Bondzio/Weiser von 2011 wie auch der generellen Trassenführung der Knotenpunktarme.

4.2. ÖPNV:

Im Knotenpunktbereich sind vier ÖPNV-Haltepunkte vorgesehen. Diese entsprechen in Ihrer Lage, auch nach Umsetzung des geplanten Vorhabens der jetzigen Situation. Im Zuge des Ausbaus werden diese vollumfänglich barrierefrei ausgebaut und um Wetterschutzeinrichtungen ergänzt.

Die Möglichkeit, die Busspur auf der Südseite der Frankfurter Straße als Bypass in die Fludersbach zu führen wurde untersucht, aufgrund mangelnder Platzverhältnisse jedoch verworfen. Somit muss auch die Busspur vom Haltepunkt vor HS-Nr. 84 in den Kreisverkehr geführt werden.

4.3. Radverkehr:

Der Radweg im ausgeschilderten Radroutennetz von NRW führt parallel der Frankfurter Straße über die Straße „Am Lohgraben“ am Schleifmühlchen vorbei.

Da Radfahrenden aus Sicherheitsgründen nicht über die Fahrbahn von zweistreifig befahrbaren Kreisverkehren geführt werden dürfen und die Seitenräume neben den Hauptfahrbahnen die Anlage von separat geführten Radfahrstreifen nicht zulassen, werden die Radfahrer vor dem Knotenpunkt über geeignete Ausfahrrampen (hier: Radfahrschleusen) auf den Gehweg geleitet. Die Gehwege sind als kombinierte Rad-/Gehwege zu nutzen, um den Knotenpunkt zu passieren (ähnlich der Regelung am Kreisverkehrsplatz Eiserfeld Ortsmitte). Die Knotenpunktarme erhalten neben den Fußgängerüberwegen separat markierte Radfurten mit 1,50 m Breite. Radfahrer können somit die Knotenpunktarme wie die Fußgänger bevorrechtigt queren. Hinter dem Knoten kann sich der Radfahrer über Einfahrrampen vom Gehweg wieder in den fließenden Verkehr einschleusen. Die Bereiche, in denen sich Fußgänger und Radfahrer im Knotenpunktbereich die Gehwege teilen, weisen die erforderliche Mindestbreite von 2,50 m auf. Die Aus- und Einfahrrampen werden durch Piktogramme und ange deutete Schutzstreifenmarkierung, sowie Beschilderung kenntlich gemacht.

Auf der Südseite der Frankfurter Straße weisen die Gehwege nicht die erforderlichen Mindestbreiten auf, um Radfahrer auf dem Gehweg fahren zu lassen. Insbesondere wäre hier der Konflikt auf beengtem Raum mit dem ÖPNV-Wartebereich der Haltestelle zu erwähnen. Hier wird der Radfahrer über die geplante Busspur bis kurz vor den Kreisverkehr geführt und erst dann auf den Gehweg geleitet. Hier stehen die erforderlichen Breiten für den kombinierten Rad-/Gehweg wieder zur Verfügung.

Eine Durchfahrung der geplanten Knotenpunktsituation wird durch die getroffenen Maßnahmen für den Radverkehr deutlich verkehrssicherer gestaltet und maßgeblich unter den vorherrschenden Randbedingungen beschleunigt.

An dieser Stelle sei auch nochmals auf die entsprechenden Ausführungen zum Radverkehr im Klimaschutzteilkonzept der Stadt Siegen verwiesen, in dem bereits deutlich gemacht wurde, dass eine durchgängige Berücksichtigung der Belange des Radverkehrs auf der Frankfurter Straße zwischen dem Knoten „Koch's Ecke“ und „Schleifmühlchen“ aufgrund der unzureichenden Flächenverfügbarkeit unter den jetzigen Voraussetzungen nicht möglich ist. Daher wird empfohlen die Alternativroute Häutebachweg – Flurenwende – Am Lohgraben für eine adäquate Radführung auszubauen und entsprechend auszuweisen. Der Bereich „Am Lohgraben“ ist bereits im Rahmen der „Oranje-Route“ und Radroutennetz von NRW als offizielle Radverkehrsführung beschildert und im städtischen Radroutenplan ausgewiesen. Somit kann der Kreisverkehr für die Radbeziehung Kaan-Marienborn – Innenstadt (und umgekehrt) gut umfahren werden. Für den Knoten Schleifmühlchen selber ist im Gutachten angegeben, dass der Radverkehr bei der Planung „in ausreichendem Maße“ zu berücksichtigen ist.

4.4. Fußgänger:

Fußläufig werden alle Gehwege mit Überquerungsmöglichkeiten der Knotenpunktarme vorgesehen. Die Querung der Fahrbahnen erfolgt bevorrechtigt über Fußgängerüberwege („Zebrastrifen“). Sämtliche Querungsstellen werden barrierefrei ausgeführt. Punktuell sind im Gehwegbereich Engstellen vorhanden, wobei jedoch immer eine Mindestbreite von 1,50m zur Verfügung steht.

Die signalisierte Fußgängerfurt Höhe Einmündung Friedrich-Wilhelm-Straße bleibt an gleicher Stelle erhalten bzw. wird lagegleich neu gebaut.

4.5. Beleuchtung:

Das vorhandene Tragnetz wird im Knotenpunktbereich zurückgebaut und durch Einzelleuchten insbesondere zur Ausleuchtung der Fußgängerüberwege ersetzt, so dass eine DIN-gerechte Ausleuchtung des gesamten Knotenpunktes entsteht. Die Planung hierzu erfolgt seitens Westnetz.

4.6. Ufermauer:

Die Planung sieht vor, aufgrund der erforderlichen Querschnittsgestaltung des Knotenarms der Marienborner Str. (L719), den bereits im Bestand vorhandenen Gehweg des Knotenarms vollumfänglich zu erneuern und zur Verhinderung von Einengungen des Abflussprofils des Vorfluters „Weiß“ in Form einer Kragarmkonstruktion oberhalb des Gewässers anzuordnen.

Die derzeit unmittelbar im Knotenpunktbereich beginnende Stützwandkonstruktion des Knotenarms „Marienborner Str. (L719)“ in Fahrtrichtung Kaan-Marienborn muss, aufgrund der geplanten Anlage eines auskragenden Gehweges und der geplanten Aufweitung des Knotenarmquerschnittes entlang des Vorfluters „Weiß“, auf einer Länge von ca. 100 m erneuert werden. Zudem wurde die vorhandene Ufermauer mittels Kernbohrungen untersucht und dabei festgestellt, dass die Bruchsteine untereinander zum Teil keine kraftschlüssige Vermörtelung mehr aufweisen, die Fugen von Wurzeln durchzogen und zum Teil auch lose Steine vorhanden sind. Daher ist die Umsetzung der Planung nur mit vorheriger Erneuerung der Mauer möglich.

Der Neubau der Stützkonstruktion bedingt einen Eingriff in das Abflussprofil des Vorfluters „Weiß“.

Die wasserrechtliche Genehmigung nach § 22 LWG liegt mittlerweile vor.

Die Erneuerung der Ufermauer erfolgt durch Einbringen einer Bohrpfahlwand direkt hinter der vorhandenen Ufermauer. Die Bohrpfähle haben einen Durchmesser von 1,10 m. Nach Herstellung der Bohrpfahlwand kann die alte Mauer abgetragen werden. So entstehen eine Aufweitung des Gewässerbettes und eine Verbesserung des Hochwasserschutzes. Dies ist heute Grundvoraussetzung für eine wasserrechtliche Genehmigung einer solchen Maßnahme durch die Untere Wasserbehörde.

Auf den Bohrpfahlköpfen wird eine Konsole mit auskragendem Gehweg aus Beton hergestellt und mit einem Geländer zur Absturzsicherung versehen.

4.7. Leitungsträger:

Mit den Ver- und Entsorgungsträgern wurden mehrfach Gespräche geführt und Abstimmungen getroffen. Sofern möglich werden Umlegungen und Erneuerungen der Leitungen im Vorfeld durchgeführt (derzeit SVB Richtung Hainer Hütte inkl. Telekom und Gasline).

Der Verrohrung des Fludersbaches (aus der Fludersbach kommend, mündend in die Weiß) wurde seitens ESI ausreichende hydraulische Leistungsfähigkeit und keinerlei Sanierungsbedarf bescheinigt, so dass hier kein Handlungsbedarf einer Erneuerung besteht.

Während der eigentlichen städtischen Baumaßnahme werden nur noch im direkten Knotenbereich Leitungsarbeiten durch Dritte erfolgen, welche sich im Vorfeld nur unter erheblichen Eingriffen in den laufenden Verkehr umsetzen ließen.

5. Bauphasen und Verkehrsführung

Die prognostizierten Zeiträume der einzelnen Bauphasen werden in der Sitzung mündlich vorgestellt und erläutert.

5.1. Bauphase 1

Die erste Bauphase beinhaltet den Rückbau der vorhandenen Mittelinsel und der Fahrbahnteiler, um ausreichend Raum für die nächsten Bauphasen und die Verkehrsführung zu erhalten. Die Flächen werden provisorisch asphaltiert. Dies erfolgt überwiegend in Tagesbaustellen mit geringem Eingriff in den fließenden Verkehr.

5.2. Bauphase 2

In Bauphase 2 (Anlage 2) wird eine signalisierte Baustellenverkehrsführung realisiert, wobei die Verkehrsbeziehung Innenstadt – Kaan Marienborn bevorzugt behandelt wird. Die Fludersbach erhält verkehrsabhängig die Freigabe. Die Frankfurter Straße Richtung Lindenberg wird voll gesperrt, da so die Verkehrsbelastung über die Signalsteuerung deutlich besser abgewickelt werden kann als mit vier Knotenpunktarmen. Durch die Schließung des Knotenarms wird die Verkehrsbelastung des Planungsbereiches maßgeblich abgesenkt und die Aufwände zur Signalisierung der Baustellensituation maßgeblich verringert. Ansonsten sind alle Fahrbeziehungen in beide Richtungen nutzbar. Dies wurde bereits mit Polizei, Verkehrsbehörde, Feuerwehr und VWS abgestimmt. Die Lichtsignalanlage wird mit den Signalanlagen Richtung Innenstadt koordiniert, um hier den Abhängigkeiten im Verkehrsfluss Rechnung zu tragen.

Verkehr von Wilnsdorf/Dielfen kommend ist während der Bauzeit angehalten, die A45 Richtung Siegen zu nutzen bzw. die Umfahrung über Kaan-Marienborn zu wählen. In Gegenrichtung entsprechend.

In der Bauphase 2 wird die Ufermauer zur Weiß auf rd. 100m mittels Bohrpfählen erneuert. Des Weiteren wird ein größerer Teil des Straßenbaus im nördlichen Teil inkl. Bypass, Gehwegbereich und Haltestelle hergestellt.

5.3. Bauphase 3

In Bauphase 3 (Anlage 3) wird der östliche Teil des Kreisverkehrs, halbseitig die Marienborner Straße, die Fahrbahn Richtung Lindenberg und halbseitig die Fludersbach inkl. Seitenbereiche hergestellt. Die Fludersbach ist dabei im Einrichtungsverkehr Richtung Deponie/Kaufland/Bauhof befahrbar. Umfahrungsmöglichkeiten bieten die Friedrich-Wilhelm-Straße, Wetzlarer Straße und Winchenbach.

5.4. Bauphase 4

In Bauphase 4 (Anlage 4) wird der Verkehr auf die bereits hergestellten Verkehrsflächen umgelegt. Der südliche Bereich der Frankfurter Straße inkl. Busspur und die zweite Fahrbahnhälfte Fludersbach werden in dieser Bauphase hergestellt. Die Fludersbach ist weiterhin im Einrichtungsverkehr Richtung Deponie befahrbar. Eine weitere Unterteilung in zwei kleinere Bauabschnitte ist vorgesehen, um die Einmündung Friedrich-Wilhelm-Straße möglichst lange für den Verkehr nutzbar zu halten.

Der bereits hergestellte Knotenpunktarm Frankfurter Straße vom Lindenberg kommend wird in dieser Bauphase wieder in beide Richtungen für den Verkehr freigegeben.

5.5. Bauphase 5

In der 5. Bauphase wird der neue Kreisinnen- und Außenring in herkömmlicher Bauweise (Borde) hergestellt. Aus Gründen der Bauzeitverkürzung und aufgrund von positiven Erfahrungen werden die übrigen Fahrbahnteiler auf die Binderschicht aufgeklebt. Die Verkehrsführung erfolgt weiterhin signalisiert.

5.6. Bauphase 6

Bauphase 6 beinhaltet das Aufbringen der Gussasphaltdeckschicht in allen neu errichteten Fahrbahnflächen. Dies erfolgt idealerweise an ein oder zwei Wochenenden.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
6,645 Mio. €		2,992 Mio. €	3,653 Mio. €	

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im Finanzplan 2022 - 2024	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 6,645 Mio€	Kostenträger/ Investitionscode T120204084 Sachkonto 7852000
----------------------------------------------------------------------	------------------------------------------	-------------------------------	---------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input checked="" type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz Durch den Ausbau des Kreisverkehrs Schleifmühlchen zu einem zweistreifig befahrbaren Kreisverkehr ist eine Reduktion der Rückstaulängen in allen Verkehrsarmen in den Spitzenstunden zu erwarten. Hieraus ergeben sich Reduktionen der CO ₂ -Emissionen.			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

i.A.

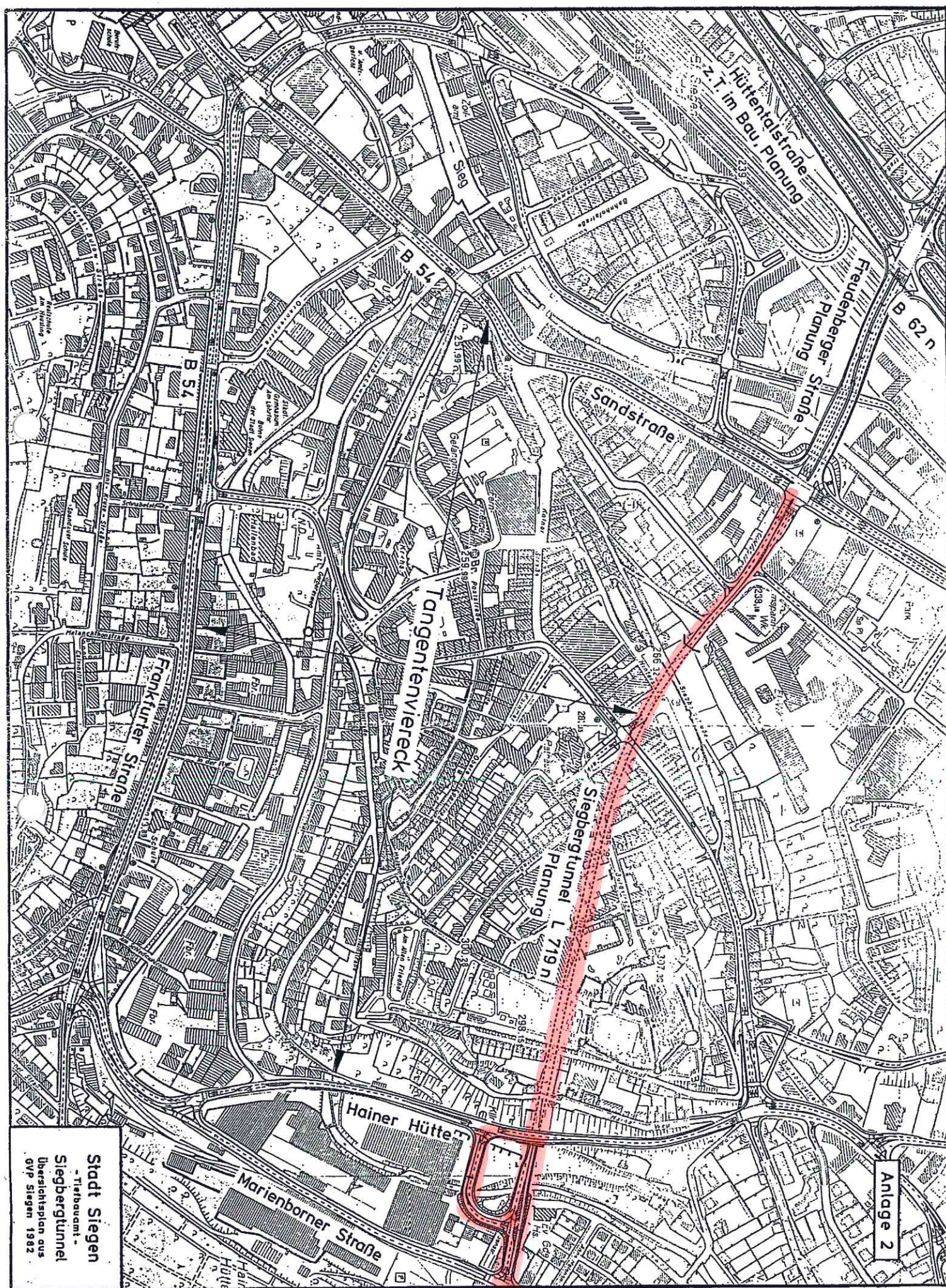
gez.

A. Schreiber
Abteilungsleiterin 4/1

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

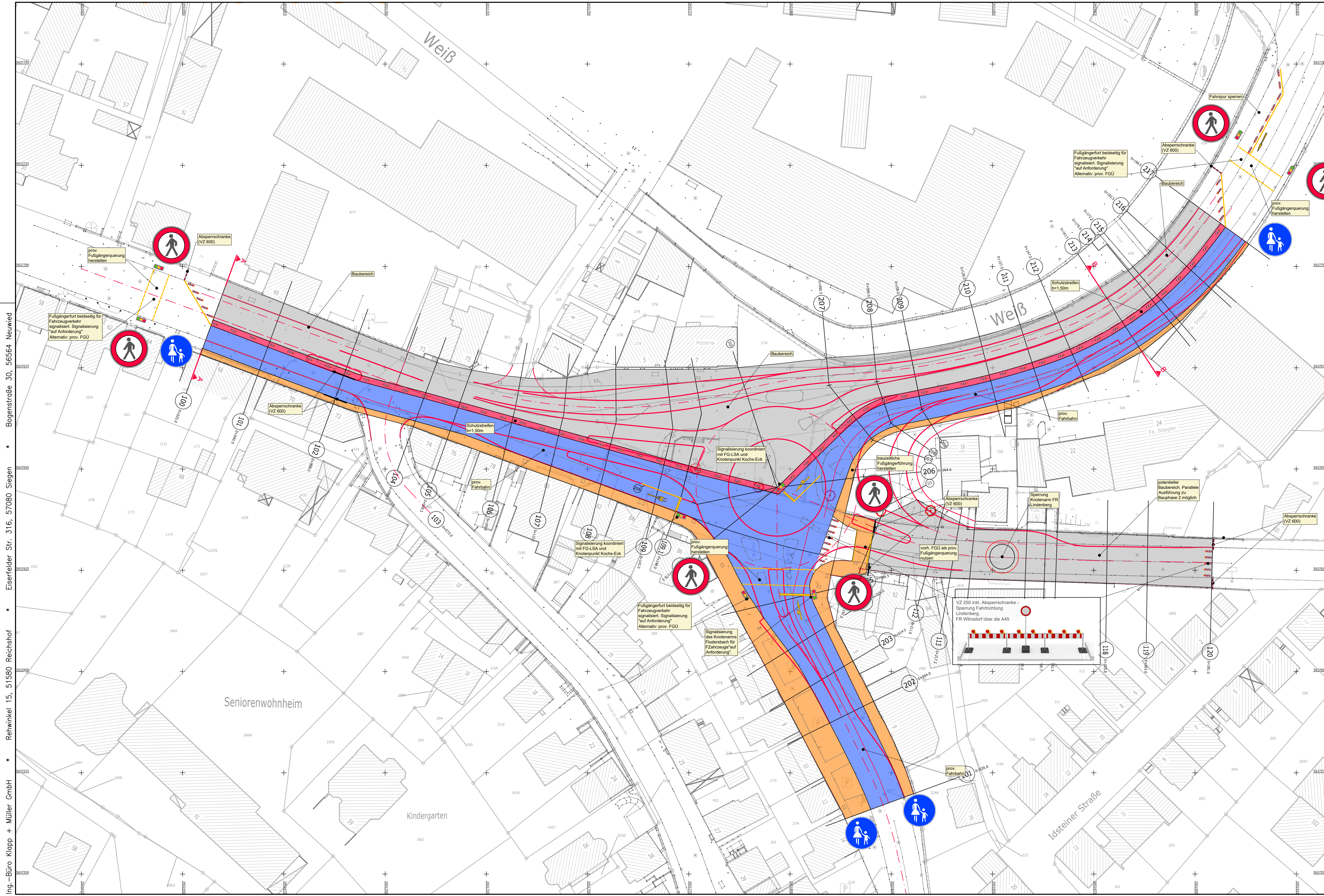
Anlage(n):

1. [Tangentenviereck](#)
2. [Lageplan BP2](#)
3. [Lageplan BP3](#)
4. [Lageplan BP4](#)



Stadt Siegen
- Tiefbauamt -
Siegbertunnel
Überlichtsplan aus
GVF Siegen 1982

Anlage 2

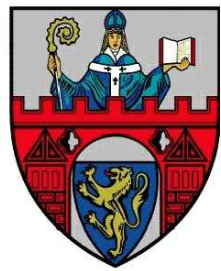


Legende

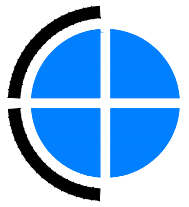
- bauseits herzustellende Fläche
- Schutzstreifen gemäß RSA / ASR A5.2
- Fläche Kraftfahrzeugverkehr
- Fußgängerführung

VORABZUG

Index	Art der Änderung	Datum	bearbeitet	geprüft
-------	------------------	-------	------------	---------



Universitätsstadt Siegen
Fachbereich 7/1 - Straße und Verkehr



KLAPP + MÜLLER GMBH
Ingenieurbüro für Bau- und Umwelttechnik

Rehwinkel 15, 51580 Reichshof-Odenspiel
Telefon (02297) 9107-0 Telefax (02297) 9107-20

www.klapp-mueller.de

Büro Siegen
Eiserfelder Straße 316
57080 Siegen
Telefon (0271) 317971-0
Telefax (0271) 31797129

Büro Neuwied
Bogenstraße 30
50564 Neuwied
Telefon (02297) 9107-0
Telefax (02297) 9107-20

Objekt:

Verkehrsknoten "Schleifmühlchen"
Frankfurter Str. (B54)/Marienborner Str. (L719)

- ASR Planung -

Darstellung:

Lageplan

- Bauabschnitt 2 -

Maßstab:

1:500

Blattgröße :

0,86 x 0,45

Auftrags-Nr.:

1320

bearbeitet:

Witowski

gezeichnet:

Karb

geprüft:

Klein

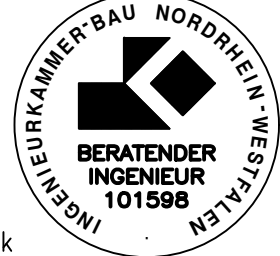
Zeichnungs-Nr.:

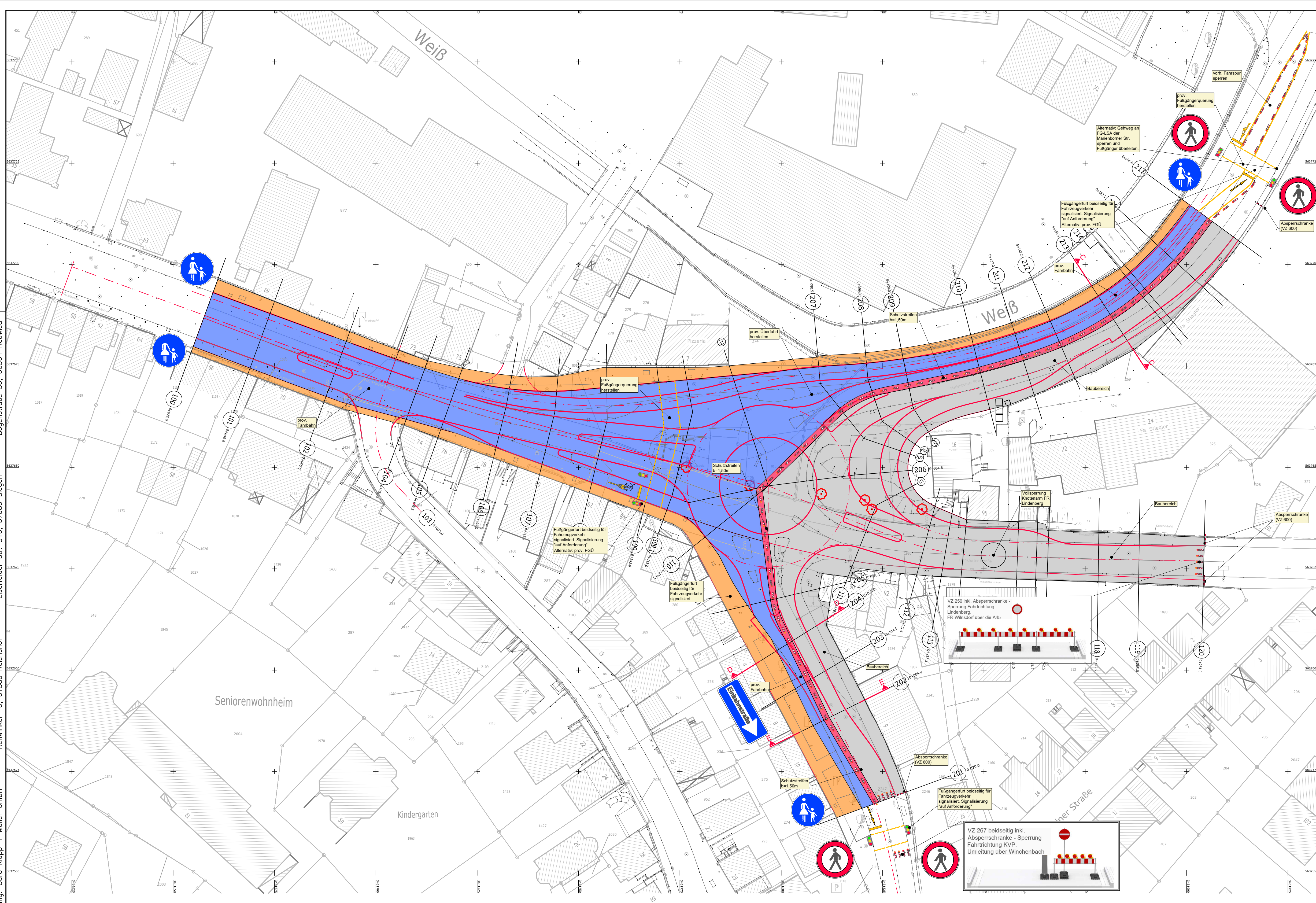
16.2

Der Auftraggeber:

Aufgestellt:
Reichshof, den 15.02.2022

Klapp + Müller GmbH
Ingenieurbüro für Bau- und Umwelttechnik



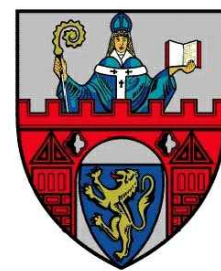


Legende

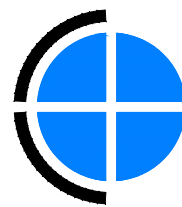
- bauseits herzustellende Fläche
- Schutzstreifen gemäß RSA / ASR A5.2
- Fläche Kraftfahrzeugverkehr
- Fußgängerführung

VORABZUG

Index	Art der Änderung	Datum	bearbeitet	geprüft
-------	------------------	-------	------------	---------



Universitätsstadt Siegen
Fachbereich 7/1 - Straße und Verkehr



KLAPP + MÜLLER GMBH
Ingenieurbüro für Bau- und Umwelttechnik

Rehwinkel 15, 51580 Reichshof-Odenspiel
Telefon (02297) 9107-0 Telefax (02297) 910720
www.klapp-mueller.de

Büro Siegen
Eiserfelder Straße 316
57080 Siegen
Telefon (0271) 317971-0
Telefax (0271) 31797129

Büro Neuwied
Bogenstraße 30
56564 Neuwied
Telefon (02297) 9107-0
Telefax (02297) 9107-20

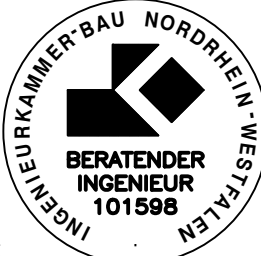
Objekt:
Verkehrsknoten "Schleifmühlchen"
Frankfurter Str. (B54)/Marienborner Str. (L719)
- ASR Planung -

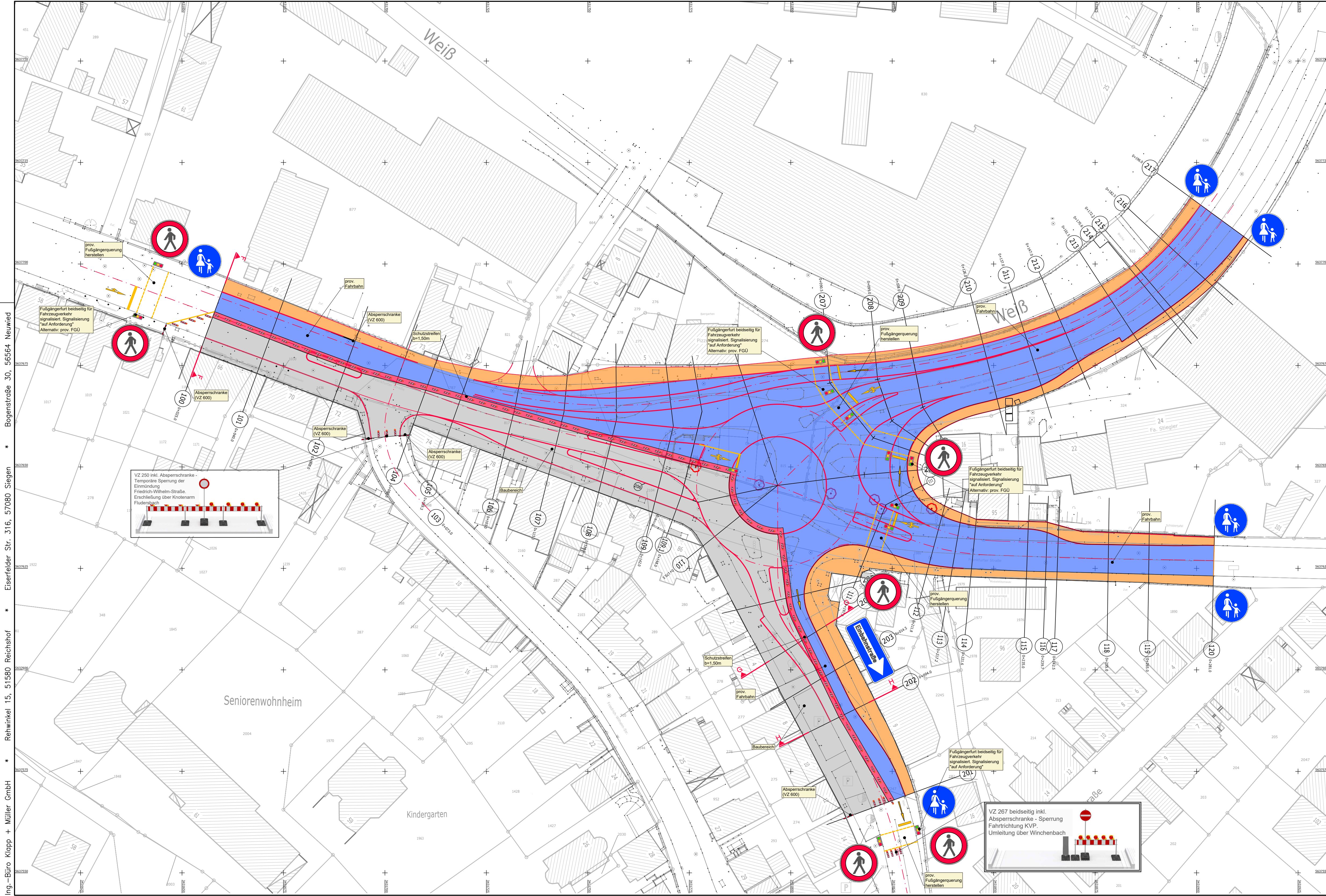
Darstellung:		Maßstab:	
		1:500	
		Blattgröße : 0,86 x 0,45	
Auftrags-Nr.:	bearbeitet:	gezeichnet:	geprüft:
1320	Witowski	Karb	Klein
Der Auftraggeber:		Zeichnungs-Nr.:	
		16.3	

Lageplan
- Bauabschnitt 3 -

Aufgestellt:
Reichshof, den 15.02.2022

Klapp + Müller GmbH
Ingenieurbüro für Bau- und Umwelttechnik



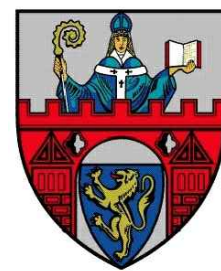


Legende

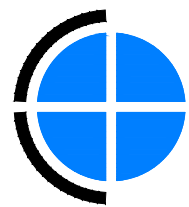
- bauseits herzustellende Fläche
- Schutzstreifen gemäß RSA / ASR A5.2
- Fläche Kraftfahrzeugverkehr
- Fußgängerführung

VORABZUG

Index	Art der Änderung	Datum	bearbeitet	geprüft
-------	------------------	-------	------------	---------



Universitätsstadt Siegen
Fachbereich 7/1 - Straße und Verkehr



KLAPP + MÜLLER GMBH
Ingenieurbüro für Bau- und Umwelttechnik

Rehwinkel 15, 51580 Reichshof-Odenspiel
Telefon (02297) 9107-0 Telefax (02297) 9107-20

www.klapp-mueller.de

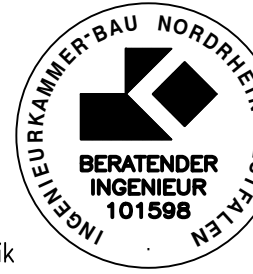
Büro Siegen
Eiserfelder Straße 316
57080 Siegen
Telefon (0271) 317971-0
Telefax (0271) 31797129

Büro Neuwied
Bogenstraße 30
56564 Neuwied
Telefon (02297) 9107-0
Telefax (02297) 9107-20

Objekt:
Verkehrsknoten "Schleifmühlchen"
Frankfurter Str. (B54)/Marienborner Str. (L719)
- ASR Planung -

Darstellung:				Maßstab:
Lageplan - Bauabschnitt 4 -				1:500
				Blattgröße : 0,86 x 0,45
Auftrags-Nr.:	bearbeitet:	gezeichnet:	geprüft:	Zeichnungs-Nr.:
1320	Witowski	Karb	Klein	16.4

Der Auftraggeber:	Aufgestellt: Reichshof, den 17.12.2021			
	Klapp + Müller GmbH Ingenieurbüro für Bau- und Umwelttechnik			





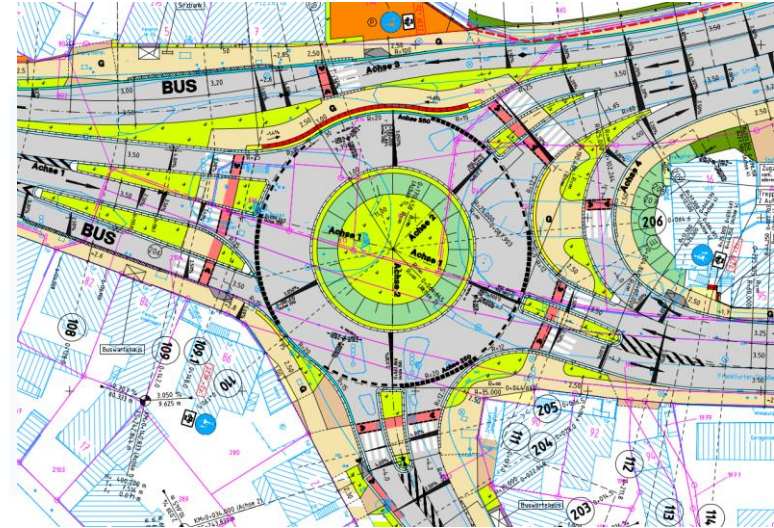


Umbau des Knotens B54 / L719 „Schleifmühlchen“

Ausführungsplanung

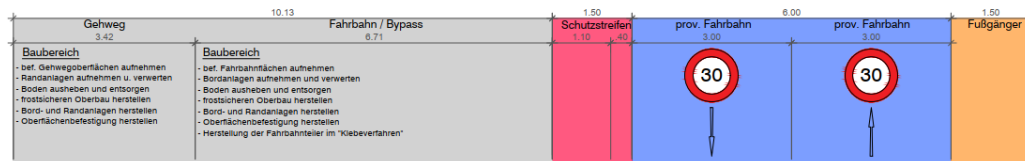
Vorstellung Planung –

Bauausschuss / Verkehrsausschuss
Bezirksausschuss Siegen-Mitte
Bezirksausschuss Siegen-Ost



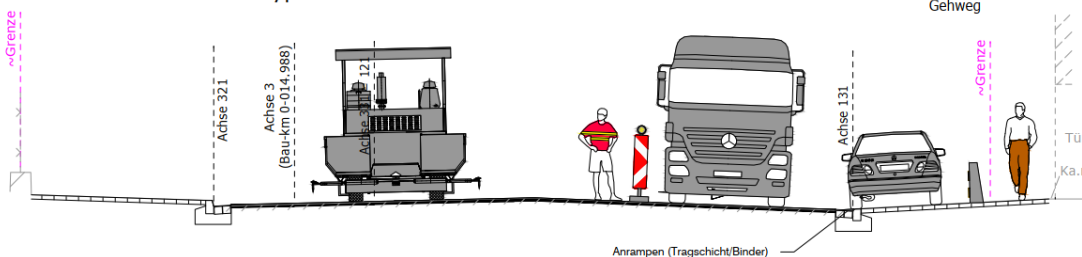
Referent: Jan Witowski, M. Sc.

Bauphase 2
(Profil 100 "Frankfurter Straße West")



Bypass

Gehweg





Gliederung

1. Örtliche Gegebenheiten
2. Planerische Maßnahmen
3. Bauzeitliche Verkehrsführung / Verkehrssicherungsplanung
4. Zusammenfassung

Örtliche Gegebenheiten

Zwangspunkte

- Angrenzender Vorfluter „Weiß“
- Vorh. Zufahrten / Einmündungen / Knotenarme
- Infrastruktur (hier: unterirdische Bauwerke)
- Vorh. Eigentumsverhältnisse



Bauliche Substanz

- Mangelnde Längs- und Querebenheiten
- Absackungen, Verdrückungen, Netzsrisse
- Handlungsbedarf zur Verkehrssicherung



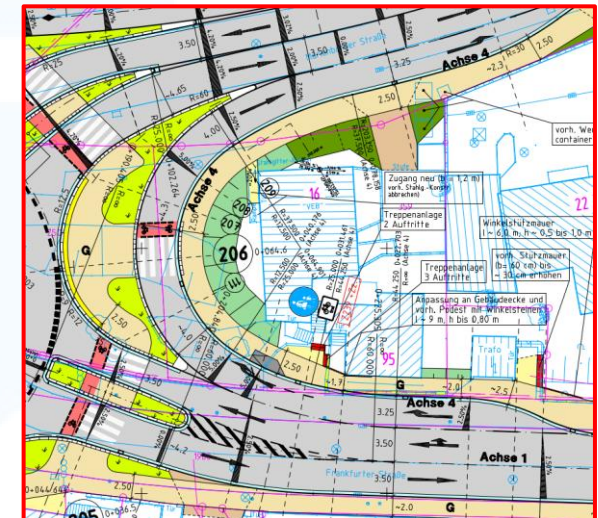
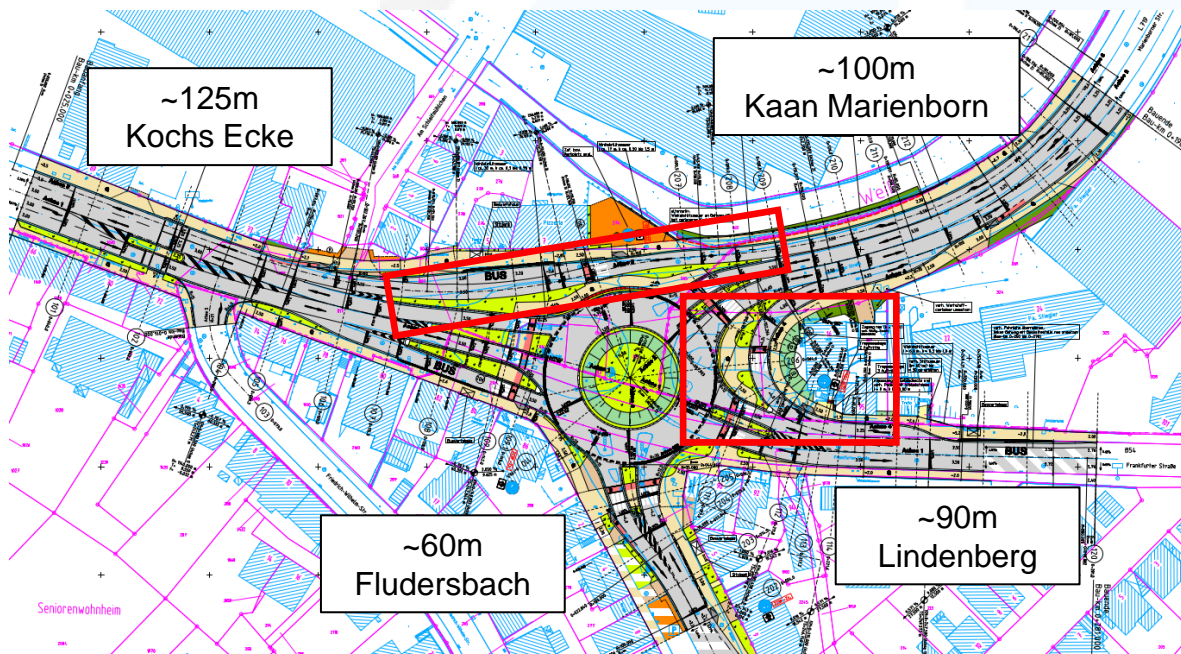
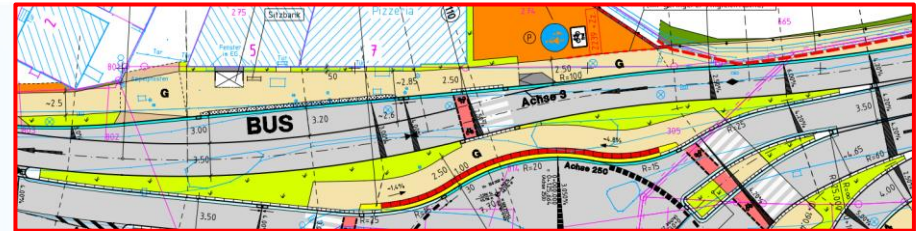
Nutzungsansprüche

- Motorisierter Individualverkehr
- Radverkehr
- Fußgängerverkehr
- ÖPNV
- Barrierefreiheit

Planerische Maßnahmen

Geometrien

- 4-armiger Kreisverkehrsplatz analog zu Entwurfsplanung
- Eingriffsbereiche bis ~125 m in die Knotenpunktarme
- Erhaltung Zufahrtsbeziehungen
- Erhaltung des Bypasses Kaan Marienborn – Kochs Ecke
- Neubau Bypass Lindenberg – Kaan Marienborn

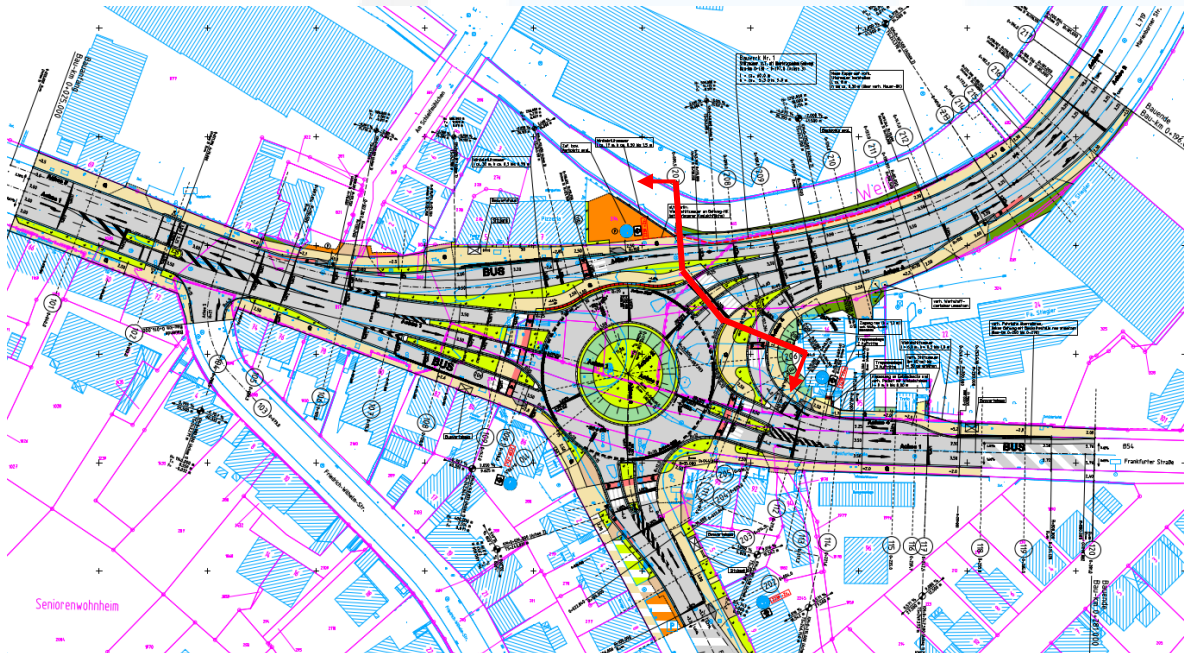
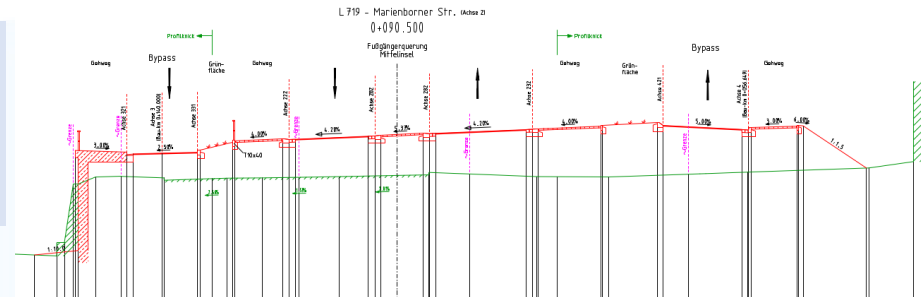


Grundsätzliche Knotenpunktgestaltung gem. Entwurfsplanung!

Planerische Maßnahmen

Höhenplanung

- Anhebung Knotenpunktbereich
- Entschärfung Neigungsverhältnisse
- Optimierung Fahrbahntentwässerung
- Terrassierung des Knotenpunktes



Höhentechnische Optimierung anhand der anstehenden Topografie!

Planerische Maßnahmen

Erneuerung Ufermauer

- Optimierte Querschnittsgestaltung
- Herstellung des Gehweges als Kragplatte
- Wasserrechtliche Genehmigung gem. §22 LWG
- Defizitäre bauliche Substanz des bestehenden Bauwerkes

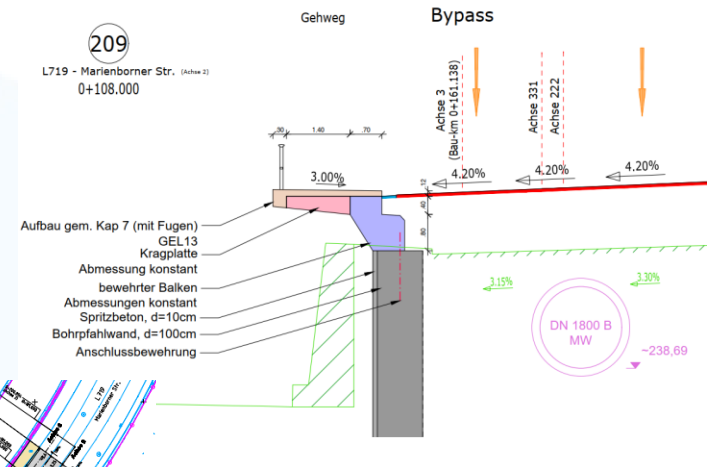
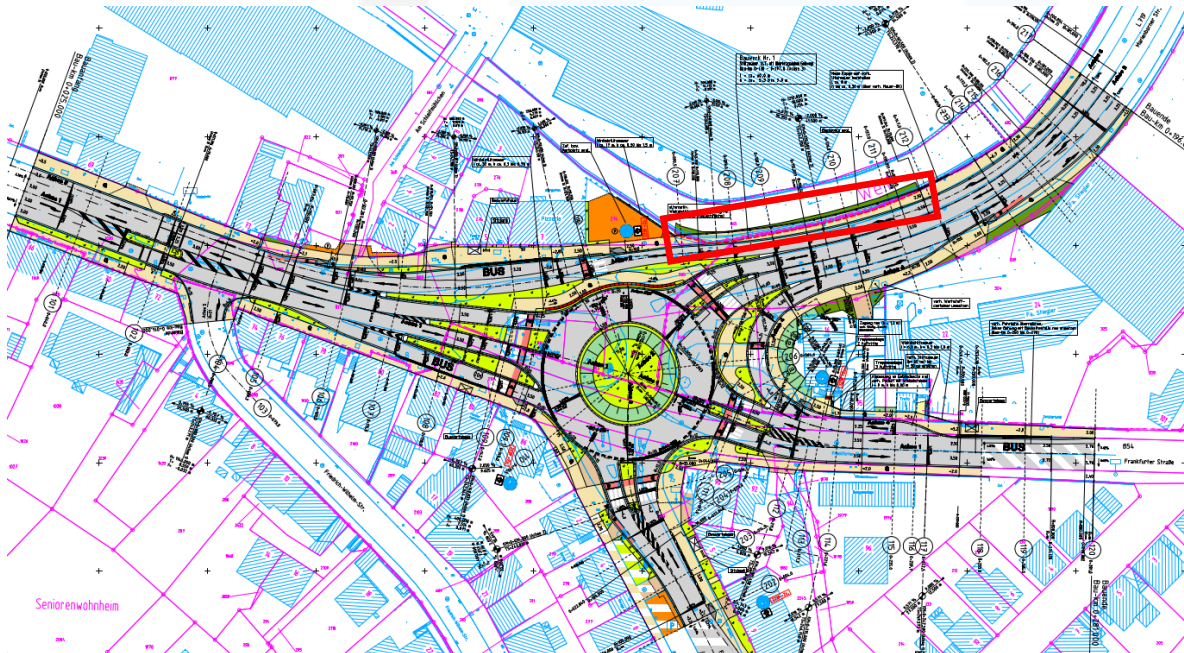


Bild 16: „Händisch“ geöffnetes Mauerwerk bei Bohrkern BK6



Erneuerung des vorh. Stützbauwerkes unter Anwendung von Bohrpfählen!

Planerische Maßnahmen

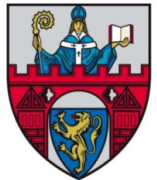
ÖPNV

- Erhaltung bestehender Haltepunkte
- Optimierung der „Anfahrbarkeit“
- Barrierefreier Ausbau
- Wetterschutzeinrichtung

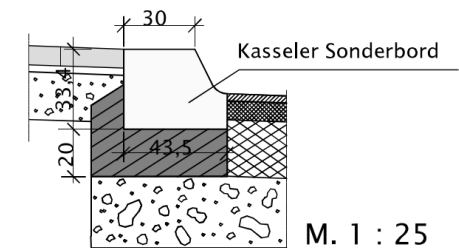
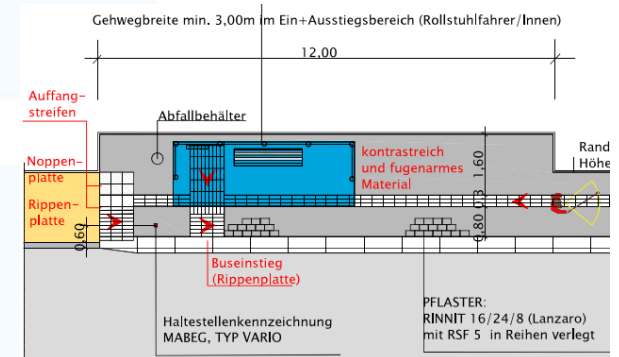
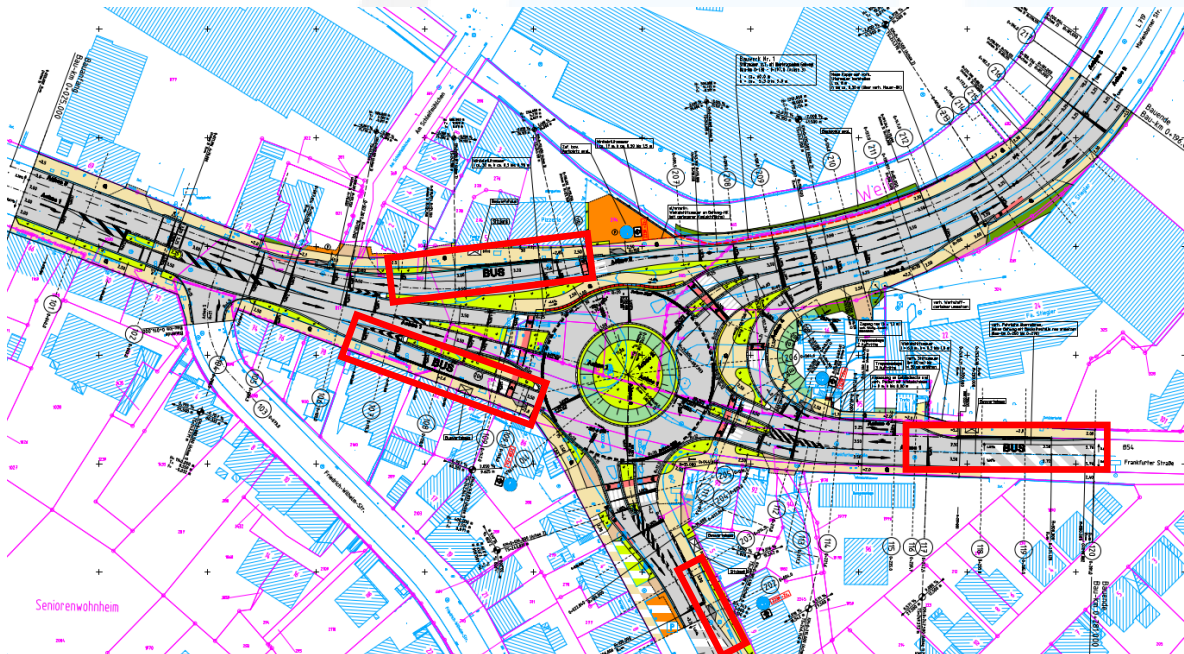
Leitfaden

Barrierefreies Bauen

Im Straßenbereich der Universitätsstadt Siegen



Südwestfalen
Regionale 2013



Förderung des ÖPNV durch geeignete Haltepunkte und barrierefreie Gestaltung!

Planerische Maßnahmen

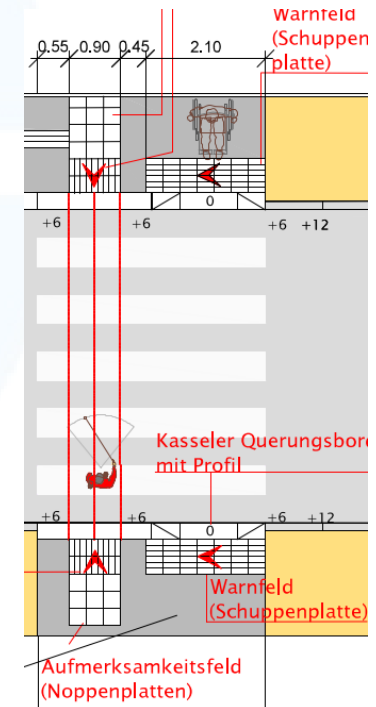
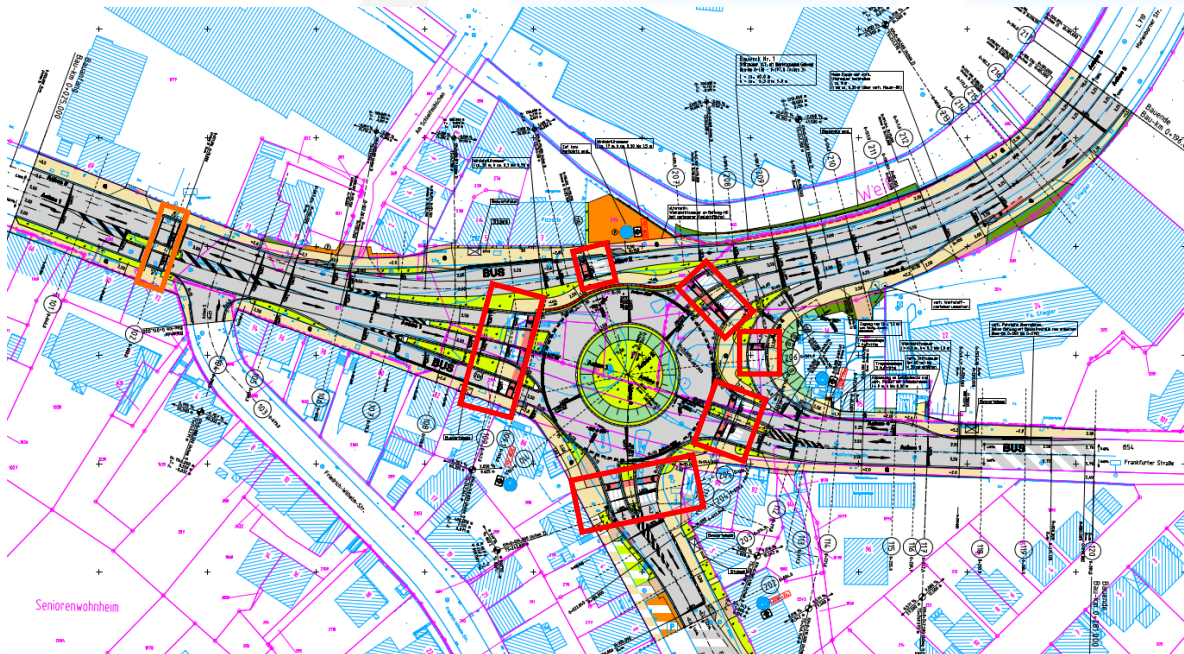
Fußgängerverkehr

- Bevorrechtigung Fußgängerverkehr durch FGÜ
- Querungen in sämtlichen Knotenarmen
- Barrierefreie Gestaltung der Querungsstellen
- Erhalt vorh. LSA
- Leitsystem

Leitfaden

Barrierefreies Bauen

Im Straßenbereich der Universitätsstadt Siegen

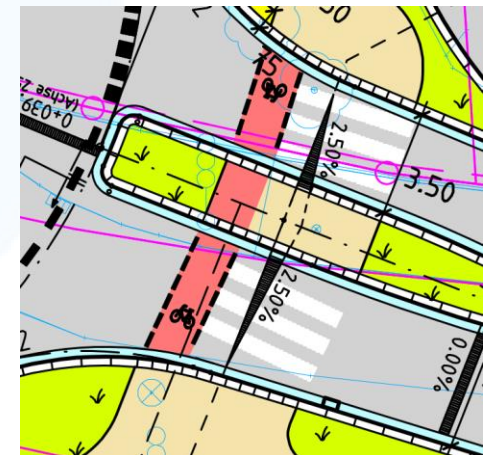
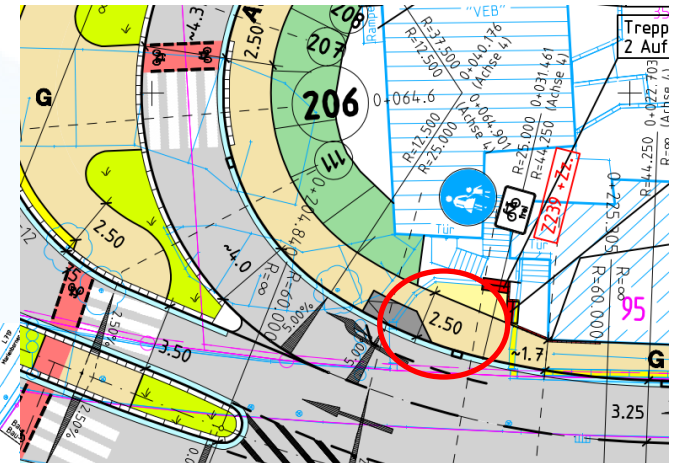
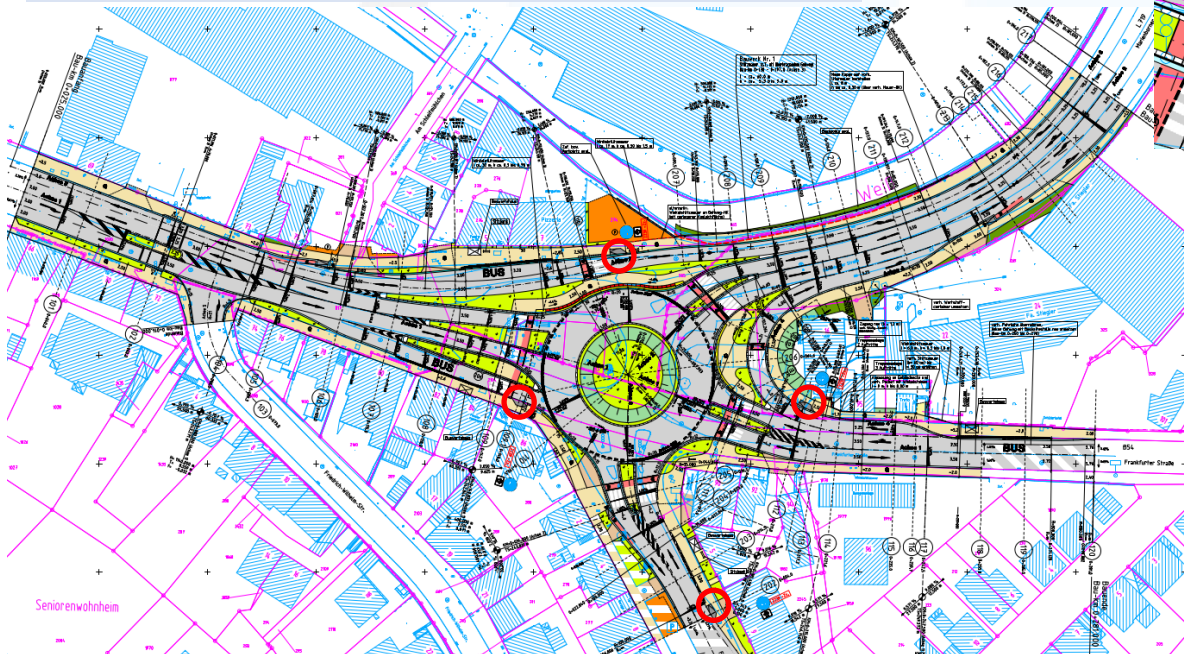


Verkürzung von fußläufigen Verbindungen und Steigerung der Verkehrssicherheit!

Planerische Maßnahmen

Radverkehr

- Führung im Knotenpunkt als Mischverkehr nicht zulässig
- Gehweg mit Zusatz „Radfahrer frei“
- Herstellung von Radfahrschleusen
- Konflikte ÖPNV
- Querungen in sämtlichen Knotenarmen
- Errichtung von Rad-Furten
- Empfehlung Alternativroute

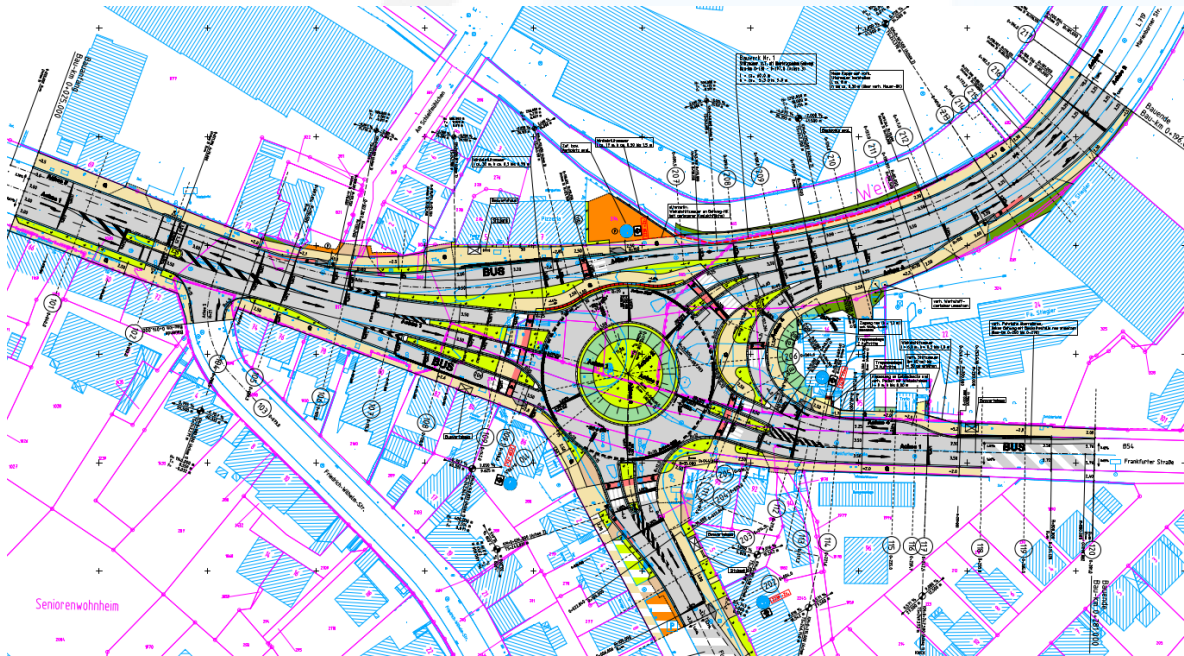


Maximale Förderung des nicht-motorisierten Individualverkehrs unter vorh. Eigentumsverhältnissen!

Planerische Maßnahmen

Infrastruktur + Ausstattung

- Umverlegung zahlreicher Ver- und Entsorgungsleitungen
- Erneuerung Hausanschlüsse durch ESi
- Umfassender Neubau der Knotenpunktbeleuchtung (hier: FGÜ)



Rückbau des vorh. Beleuchtungstragnetzes (hier: Freileitung) und Errichtung von Einzelstandorten!

Reduzierung der Beeinträchtigung durch Synergieeffekte (hier: gemeinsame Maßnahme)!

Bauzeitliche Verkehrsführung

Bauabschnittsbildung

- Umfangreiche Abstimmungen mit Polizei, Feuerwehr und Verkehrsträgern
- Sonderbauweisen als Zwangspunkte
- Vermeidung von „kleinteiligen Bauabschnitten“
- Bauabschnitt 1 als „vorbereitenden Maßnahmen“

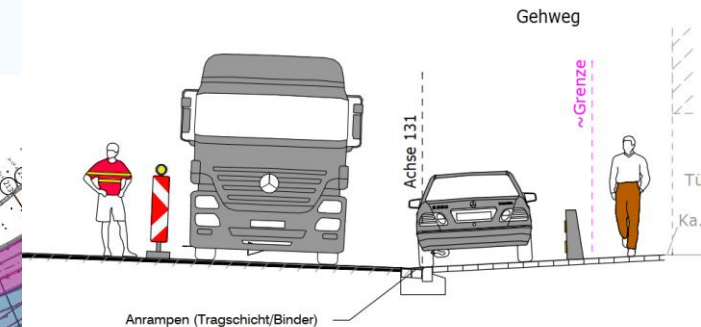
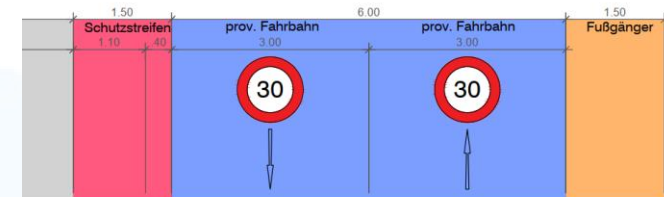
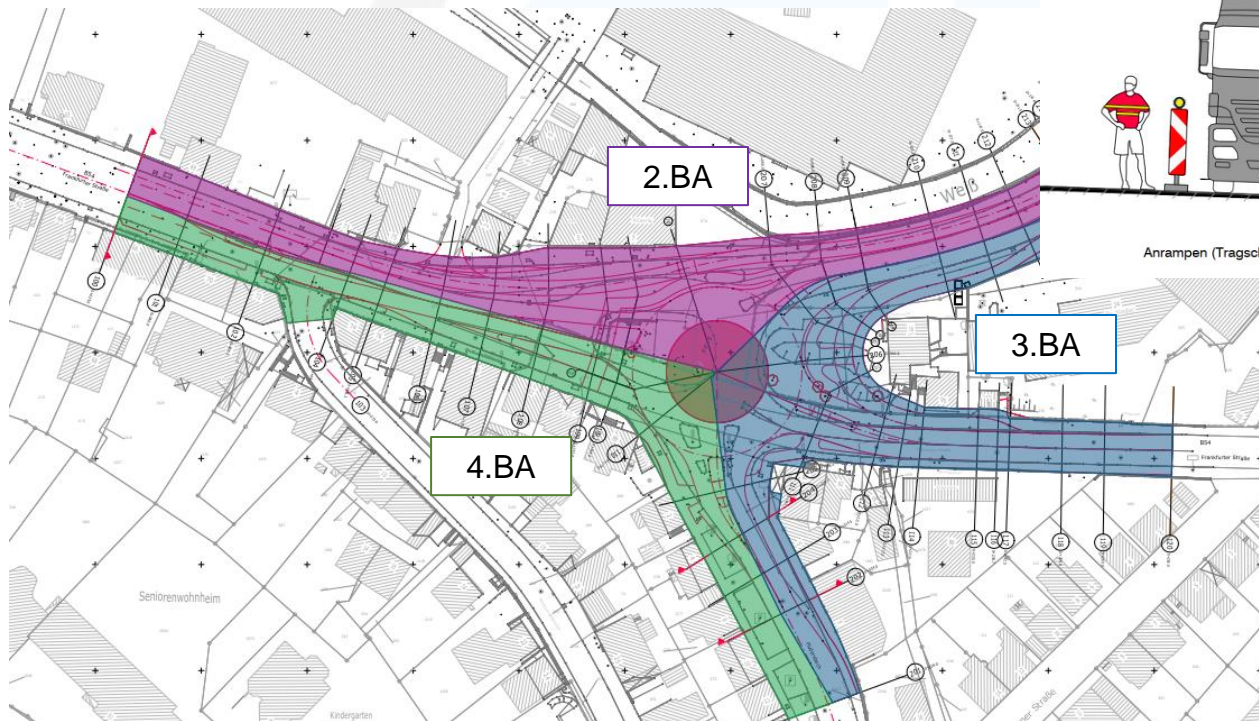


Reduzierung der Beeinträchtigungen durch Beschleunigung der Bauzeit!

Bauzeitliche Verkehrsführung

Bauabschnittsbildung - Grundlagen

- Planung gem. ASR
- Gewährleistung der Verkehrssicherheit Baufirma / Bürger
- Steigerung Flexibilität durch Sonderbauweise „Klebeborde“
- Führung der Verkehre im Zweirichtungsverkehr
- Übergreifende Bauabschnitte - ohne Zwischenzustände



Gewährleistung der Verkehrssicherheit durch Begegnungsfälle und Schutzstreifen!

Verringerung der Beeinträchtigungen durch Erhaltung eines Zweirichtungsverkehrs!

Bauzeitliche Verkehrsführung

1. Bauabschnitt

- Rückbau bestehender Einbauten
- Kleinteilige Ausführung unter Verkehr (Tagesbaustellen)
- Vorrichtung der Bauphasen

Bauzeit ca. 1 Monat

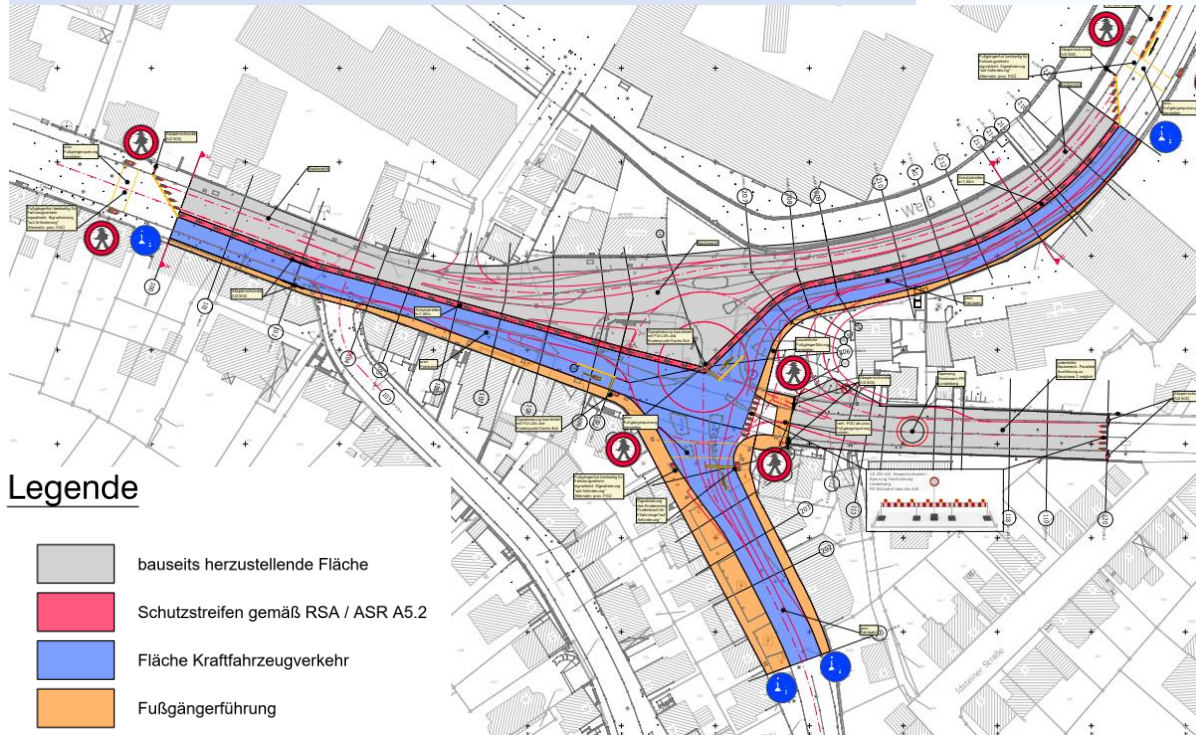


Rückbau der vorh. Fahrbahnteiler/Tropfen und prov. Befestigung mittels Asphalttragschicht!

Bauzeitliche Verkehrsführung

2. Bauabschnitt

- Herstellung Ufermauer „Weiß“ und Frankfurter Straße (Nord).
- Straßenbau in FR Lindenberg
- Sperrung des Knotenarms Lindenberg
- Lichtsignalisierung koordiniert, Fludersbach auf „Anforderung“
- Erhaltung eines Zweirichtungsverkehrs
- Führung FG im Planungsbereich gewährleistet (vorh. + prov.)



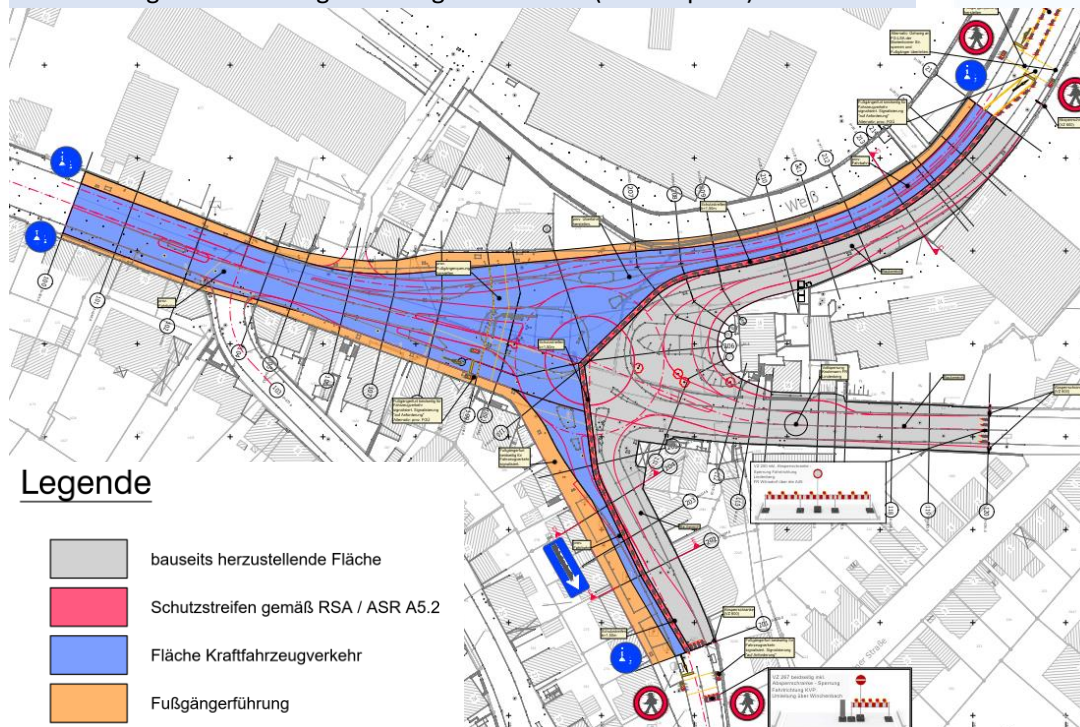
Bauzeit ca. 12 Monate

Sperrung des Knotenarms „Lindenberg“ zur Reduzierung der Verkehrsbelastung!

Bauzeitliche Verkehrsführung

3. Bauabschnitt

- Herstellung Bypass Lindenberg – Kaan Marienborn.
- Straßenbau Knotenarm Lindenberg unter Vollsperrung
- Halbseitige Herstellung des Knotenarms Fludersbach
- Lichtsignalisierung koordiniert
- Knotenarm Fludersbach im Einrichtungsverkehr (Sicherheitsabstände)
- Erhaltung eines Zweirichtungsverkehrs
- Führung FG im Planungsbereich gewährleistet (vorh. + prov.)



Bauzeit ca. 8,5 Monate

Betrieb der Fludersbach im Einrichtungsverkehr aufgrund erf. Sicherheitsabstände!

Bauzeitliche Verkehrsführung

4. Bauabschnitt

- Herstellung Frankfurter Straße (Süd), Einmündung Friedrich-Wilhelm-Str.
- Öffnung des Knotenarms Lindenberg
- Halbseitige Herstellung des Knotenarms Fludersbach
- Lichtsignalisierung koordiniert
- Knotenarm Fludersbach im Einrichtungsverkehr (Sicherheitsabstände)
- Erhaltung eines Zweirichtungsverkehrs
- Führung FG im Planungsbereich gewährleistet (vorh. + prov.)



Bauzeit ca. 8,5 Monate

Betrieb der Fludersbach im Einrichtungsverkehr aufgrund erf. Sicherheitsabstände!

Öffnung der Fahrbeziehung Lindenberg!

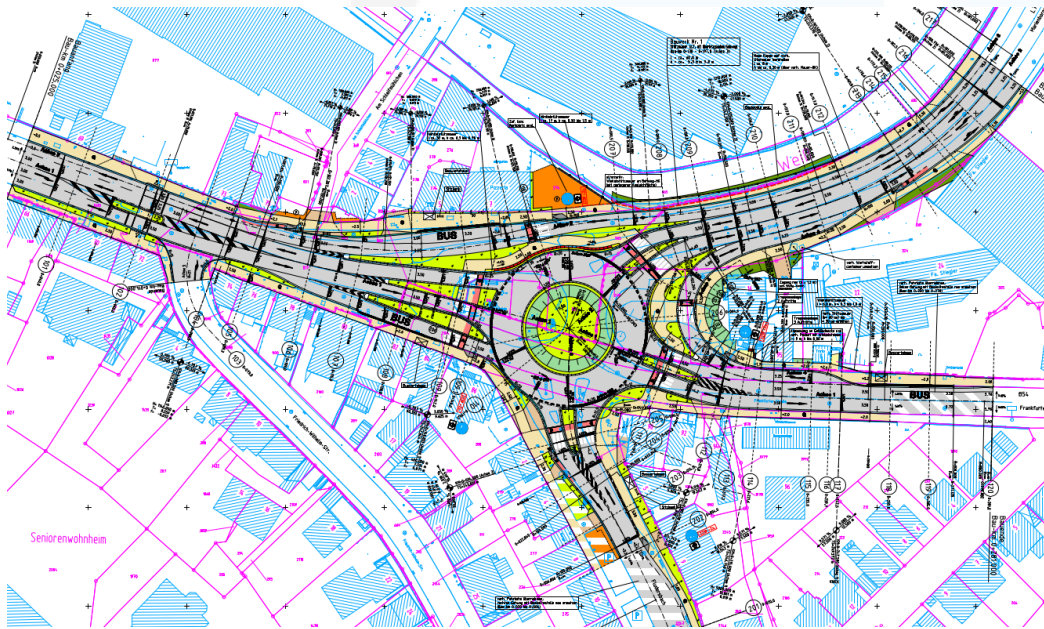
Bauzeitliche Verkehrsführung

5. Bauabschnitt Bauzeit ca. 1 Monat

- Herstellung der Kreisinsel
- Kleinere „Restarbeiten“ in Nebenflächen

6. Bauabschnitt Bauzeit ca. 3 Wochen

- Herstellung der Gussasphaltdeckschicht in sämtlichen Fahrbahnflächen
- Ausführung Wochenends unter Vollsperrung des Knotenpunktes



**Gesamtbauzeit
ca. 2,5 Jahre**

Herstellung der Gussasphaltdeckschicht unter ganzheitlicher Sperrung des Knotenpunktes!

Die geschätzte Bauzeit des Gesamtvorhabens beträgt 2,5 Jahre!

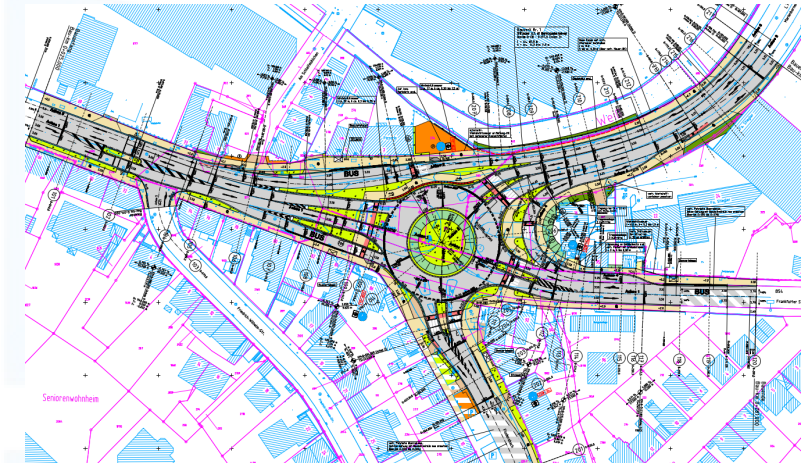
Zusammenfassung

Beeinträchtigungen können nicht vermieden, aber stark reduziert werden.

Vorherrschende Nutzungsansprüche wurden umfassend, sofern möglich, berücksichtigt.

Moderne Verkehrsanlage nach aktuellen Stand der Technik.

Verkürzung der Bauzeiten durch Maximierung der Bauabschnitte.



**Vielen Dank
Für Ihre Aufmerksamkeit!**



Büro Reichshof
Rehwinkel 15
51580 Reichshof- Odenspiel
Tel.: 02297 9107 – 0
Fax: 02297 9107 – 20
info@klapp-mueller.de

Büro Siegen
Eiserfelder Str. 316
57080 Siegen
Tel.: 0271 317971 - 0
Fax: 0271 317971 – 29
siegen@klapp-mueller.de

Büro Neuwied
Bogenstraße 30
56564 Neuwied
Tel.: 02297 9107 – 0
Fax: 02297 9107 – 20
neuwied@klapp-mueller.de

A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Antragsteller/in	SPD- Fraktion
Eingang	01.03.2022
Federführend	GB 4/ Abt. 4/4

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Bauausschuss 16.03.2022

Vergabeausschuss 22.03.2022

Betreff:

Verzögerung von Baumaßnahmen und deren mögliche Ursachen
- Antrag der SPD- Fraktion

EINGANG BÜRGERMEISTER	
- 2. März 2022	
GB	PR
Abt.	INSTITUT

Handwritten: 2, 2VS, 0414, 0 EPA

SPD-Fraktion • Lindenplatz 7 • 57078 Siegen

An die Universitätsstadt Siegen
Herrn Bürgermeister
Steffen Mues
Rathaus Siegen
Markt 2

57072 Siegen

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:
Unser Zeichen:
Unsere Nachricht vom:

Name: Joachim Pfeifer
Telefon: 0271 404 3250
Telefax: 0271 404 2733
E-Mail: spd_fraktion@siegen.de
Aktenzeichen:

Datum: ~~10.03.2020~~
01.03.2022

Antrag gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen zur nächsten Sitzung des Bauausschusses am 16.03.2022

Verzögerung von Baumaßnahmen und deren mögliche Ursachen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die SPD-Fraktion im Rat der Universitätsstadt Siegen bittet, folgenden Antrag auf Beantwortung der Fragen und anschließende Diskussion auf die Tagesordnung der o. g. Sitzung des Bauausschusses am 16.03.2022 zu setzen

In der letzten Bauausschusssitzung am 09.02.2022 stelle der Kämmerer die Verzögerungen bei bereits beschlossenen Bauprojekten als ein zentrales Problem dar. Die Stadt Siegen schiebe eine ‚Bugwelle‘ von 60 Millionen EUR unerledigter Baumaßnahmen vor sich her.

In der gleichen Sitzung des Bauausschusses konnten von 10 Vergaben 8 nur zur Kenntnis genommen werden, weil diese vom Vergabeausschuss zuvor schon beschlossen waren.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen, die sich auf mögliche Zusammenhänge mit der Vergabepaxis der Stadt Siegen beziehen (externe Ursachen sind weitgehend bekannt und wurden auch vom Kämmerer erläutert):

1. Wenn Vergaben im Rahmen der gesetzlichen Regelungen getätigt werden müssen und von der Vergabestelle und dem Rechnungsprüfungsamts geprüft werden, wofür braucht es nach Auffassung der Verwaltung dann noch den Vergabeausschuss und die Befassung des Bauausschusses (viele Städte verzichten auf einen Vergabeausschuss)?
2. Wie groß ist im Schnitt die geschätzte zeitliche Verzögerung der Vergaben durch die Beteiligung der beiden Ausschüsse und das Durchlaufen der Vergaben samt Schreiben der jeweiligen Vorlagen?
3. Am 04.07.2020 ist die Reform der Kommunalen Vergabegrundsätze in Kraft getreten mit dem Ziel ‚Öffentliche Investitionen zu beschleunigen‘. Wir bitten, jeden dieser verkürzt skizzierten Punkte mit der Vergabedienstanweisung der Stadt Siegen und der gängigen Vergabepaxis zu vergleichen und zu bewerten.
 - a. *Direktaufträge beschleunigen* (Auftragswert bis 15.000 Euro Direktvergabe)
 - b. *Vergabe von Bauleistungen durch Gewerke bezogenen Ansatz beschleunigen* (Beschränkte Ausschreibung für jedes Gewerke bis 750.000 Euro, Gesamtauftragswert von 1.250.000 Euro), freihändige Vergabe Einzelauftrag 75.000 Euro, Gesamtauftrag 125.000 Euro)

Anschrift:
SPD-Fraktion
im Rat der Universitätsstadt Siegen
Raum 105
Lindenplatz 7
57078 Siegen

Kontakt:
0271 4043250
0271 4042733 (Fax)
spd_fraktion@siegen.de
www.spd-siegen.de

Bankverbindung:
Sparkasse Siegen
BLZ: 460 500 01
Kto. Nr.: 300 639 60
IBAN: DE34460500010030063960
BIC: WELADED1SIE

Sprechzeiten:
Mo 09.00 - 12.00 Uhr
Di 12.00 - 17.00 Uhr
Termine auf Anfrage

- c. *Bauleistungen zu Wohnzwecken beschleunigen* (beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb bis 1.000.000 Euro, freihändige Vergabe Einzelauftragswert 100.000 Euro)
- d. *Einbezug freiberuflicher Leistungen in die kommunalen Vergabegrundsätze zur Beschleunigung von Planungen* (Direktaufträge freiberuflicher Leistungen bis 25.000 Euro, öffentliche Aufträge an Architekten und Ingenieure bis 150.000 Euro)

Mit freundlichen Grüßen


Joachim Pfeifer
(Stadtverordneter)


Detlef Rujanski
(SPD Fraktionsvorsitzender)

Anschrift:
SPD-Fraktion
im Rat der Universitätsstadt Siegen
Raum 105
Lindenplatz 7
57078 Siegen

Kontakt:
0271 4043250
0271 4042733 (Fax)
spd_fraktion@siegen.de
www.spd-siegen.de

Bankverbindung:
Sparkasse Siegen
BLZ: 460 500 01
Kto. Nr.: 300 639 60
IBAN: DE34460500010030063960
BIC: WELADED1SIE

Sprechzeiten:
Mo 09.00 - 12.00 Uhr
Di 12.00 - 17.00 Uhr
Termine auf Anfrage

A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Antragsteller/in	SPD- Fraktion
Eingang	01.03.2022
Federführend	GB 4/ Abt. 4/4

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Bauausschuss 16.03.2022

Vergabeausschuss 22.03.2022

Betreff:

**Verzögerung von Baumaßnahmen und deren mögliche Ursachen
- Antrag der SPD- Fraktion**

Frage 1:

Wenn Vergaben im Rahmen der gesetzlichen Regelungen getätigt werden müssen und von der Vergabestelle und dem Rechnungsprüfungsamt geprüft werden, wofür braucht es nach Auffassung der Verwaltung dann noch den Vergabeausschuss und die Befassung des Bauausschusses (viele Städte verzichten auf einen Vergabeausschuss)?

Antwort:

Es ist richtig, dass die Zuschlagserteilung für einen öffentlichen Auftrag im Vergaberecht abschließend klar geregelt ist. Grundlage für die Auswahl des wirtschaftlichsten Angebotes ist eine Bewertung, ob und inwieweit das Angebot die Zuschlagskriterien erfüllt. Ein politischer Spielraum ist stark eingeschränkt, denn die vorab bekannt gegebenen Zuschlagskriterien und die Wertung der Angebote lassen eine abweichende Auswahl nicht zu. Allerdings können Verfahren nicht nur durch Zuschlag, sondern auch durch Aufhebung beendet werden, beispielsweise wenn die Politik kein Geld (mehr) bereitstellen möchte oder den Beschaffungs-

bedarf nicht (mehr) befürwortet. Diese Fälle werden bei Bedarf sowohl von Politik als auch von Verwaltung unabhängig vom Vergabeverfahren diskutiert.

Im Vergabewesen ist es daher am sinnvollsten, die grundsätzliche Entscheidung über einen bestehenden Beschaffungsbedarf durch den Beschluss des Haushalts durch den Rat und die Ausschüsse regeln zu lassen, die Durchführung der rechtlich geregelten Vergabeverfahren sollte der Verwaltung obliegen.

Frage 2:

Wie groß ist im Schnitt die geschätzte zeitliche Verzögerung der Vergaben durch die Beteiligung der beiden Ausschüsse und das Durchlaufen der Vergaben samt Schreiben der jeweiligen Vorlagen?

Antwort:

Aufgrund der Einladungsfristen sind Vorlagen 11 Tage vor der Sitzung dem Sitzungsdienst zur Verfügung zu stellen gemäß den geltenden Vorgaben aus den kommunalen Regelungen wie der Dienstanweisung Vergabe oder definierten Ladungsfristen in der Geschäftsordnung, die in Teilen politisch beschlossen sind. Die Vergabeverfahren sind aufgrund gesetzlicher Vorgaben vom Rechnungsprüfungsamt zu prüfen. Der zeitliche Umfang der Prüfung ist abhängig vom Umfang und der Komplexität der zu prüfenden Maßnahme, so dass die Vorlagen ca. 14 Tage vor der Sitzung des Bauausschusses und ca. 2,5 Wochen vor dem Vergabeausschuss fertiggestellt sein sollten. Um diese Zeit verzögert sich die Zuschlagserteilung.

Dies führt dazu, dass die Bindefrist, also die Frist nach der Angebotsöffnung, in der Bieter an ihre Angebote gebunden sind, sehr oft mehr als 30 Kalendertage beträgt. Gemäß § 10 (4) VOB/A soll eine längere Bindefrist als 30 Kalendertage nur in begründeten Fällen festgelegt werden. Längere Bindefristen bedeuten für die Bieter, dass sie in der Zeit nach der Angebotsöffnung bis zur Zuschlagserteilung ihre Ressourcen (Arbeitskräfte, Material usw.) nicht für andere Projekte vorsehen können.

Längere Verzögerungen treten ein, wenn die Vergabevorgänge abgeschlossen sind, jedoch eine Sitzung beispielsweise erst drei oder vier Wochen später stattfindet, wobei die Sitzungstermine im Jahressitzungskalender terminiert sind. Dies kommt ebenfalls häufig vor.

Oftmals kann aber auch die Frist von 14 Tagen vor den Sitzungen nicht eingehalten werden. In diesen Fällen kommt es zu den bekannten Fällen von Nachtragsvorlagen oder Dringlichkeitsentscheidungen.

Die Technische Gebäudewirtschaft hat zu dieser Frage eine zusätzliche Unterlage erarbeitet, die den Antworten beigelegt ist. Die Verzögerung durch die Beteiligung des Bauausschusses und des Vergabeausschusses beträgt demnach mindestens 3 bis zu 6 Wochen.

Frage 3:

Am 04.07.2020 ist die Reform der Kommunalen Vergabegrundsätze in Kraft getreten mit dem Ziel, „Öffentliche Investitionen zu beschleunigen“. Wir bitten, jeden dieser verkürzt skiz-

zierten Punkte mit der Vergabedienstanweisung der Stadt Siegen und der gängigen Vergabepraxis zu vergleichen und zu bewerten.

- a) *Direktaufträge beschleunigen (Auftragswert bis 15.000 Euro Direktvergabe)*
- b) *Vergabe von Bauleistungen durch Gewerke bezogenen Ansatz beschleunigen (Beschränkte Ausschreibung für jedes Gewerk bis 750.000 Euro, Gesamtauftragswert von 1.250.000 Euro), freihändige Vergabe Einzelauftrag 75.000 Euro, Gesamtauftrag 125.000 Euro)*
- c) *Bauleistungen zu Wohnzwecken beschleunigen (beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb bis 1.000.000 Euro, freihändige Vergabe Einzelauftragswert 100.000 Euro)*
- d) *Einbezug freiberuflicher Leistungen in die kommunalen Vergabegrundsätze zur Beschleunigung von Planungen (Direktaufträge freiberuflicher Leistungen bis 25.000 Euro, öffentliche Aufträge an Architekten und Ingenieure bis 150.000 Euro)*

Antwort 3a)

Am 07.02.2022 wurde die Dienstanweisung über das Verfahren bei der Vergabe von Aufträgen geändert. Die Wertgrenzen für Direktaufträge bei Bau-, Liefer- und Dienstleistungen wurden von 3.000 EUR auf 10.000 EUR netto heraufgesetzt. Eine Erhöhung der in der Dienstanweisung festgelegten Wertgrenze auf 15.000 EUR netto vorab geschätztem Auftragswert ist möglich.

Dafür spricht, dass ein Direktauftrag die einfachste Möglichkeit zur Beschaffung ist und die Strukturen für diese Beschaffungsart mit der Dokumentation und der Liste über den Wechsel zwischen beteiligten Unternehmen bei Direktaufträgen geschaffen wurden. Zu bedenken ist, dass eine sinnvolle wertmäßige Abstufung zwischen den Direktaufträgen und der freihändigen Vergabe (derzeit bis 15.000 EUR, im Tiefbau 20.000 EUR) vorhanden sein sollte. Außerdem wird in den Kommunalen Vergabegrundsätzen für Kommunen NRW ausdrücklich auf das Korruptionsbekämpfungsgesetz und die Erläuterungen hierzu hingewiesen. Mit Auftragsvergaben befasste Bereiche gelten gemäß den Vorschriften als korruptionsgefährdet.

Antwort zu 3b)

Nach dem Kommunalen Vergabegrundsätzen sind

- beschränkte Ausschreibungen grundsätzlich zulässig für jedes Gewerk bis zu einem vorab geschätzten Auftragswert von 1 Mio. EUR netto oder bis zu einem vorab geschätzten Gesamtauftragswert von 2 Mio. EUR netto,
- freihändige Vergaben bei Bauleistungen sind zulässig für jedes Gewerk bis zu einem vorab geschätzten Auftragswert von 100.000 EUR oder einem vorab geschätzten Gesamtauftragswert von 200.000 EUR.

Insofern ist es rechtlich möglich, unterhalb des EU-Schwellenwertes beschränkte Ausschreibungen bis zu 750.000 EUR für jedes Gewerk oder freihändige Vergaben für jedes Gewerk bis zu 75.000 EUR vorab geschätztem Auftragswert zuzulassen. Dabei ist folgendes zu berücksichtigen:

1. Über die Wertgrenzen in den Kommunalen Vergabegrundsätzen hinaus besteht bis zum Erreichen der EU-Schwellenwerte die Möglichkeit der freihändigen Vergaben und beschränkten Ausschreibungen, wenn die in der VOB/A genannten Ausnahmetatbestände erfüllt sind. Hierauf wird auch in der Vergabe-Dienstanweisung ausdrücklich hingewiesen.
Ausnahmetatbestände liegen z.B. vor, wenn eine öffentliche Ausschreibung kein annehmbares Ergebnis hatte oder wenn eine Leistung besonders dringlich ist.
2. Bei einer Erhöhung der derzeit bestehenden Wertgrenzen für die sogenannten „nicht-öffentlichen“ Verfahren wäre zu bedenken, dass die Verfahrensarten Öffentliche Ausschreibung, Beschränkte Ausschreibung und Freihändige Vergabe, die sich nach der Zahl der beteiligten Bieter und dem Grad der Formalisierung unterscheiden, in einem Hierarchieverhältnis stehen. Es gibt eine Wechselbeziehung zu den elementaren Grundprinzipien des Vergaberechts, d.h. dem Wettbewerbsgrundsatz, dem Transparenz- und Gleichbehandlungsgebot.
Je größer der Kreis derjenigen ist, die von dem Verfahren erreicht werden, desto breiter ist der Wettbewerb und es erfolgt eine wirtschaftliche Beschaffung der nachgefragten Leistungen. Je förmlicher zudem das Verfahren ausgestaltet ist, desto besser wird dem Gleichbehandlungs- und dem Transparenzgrundsatz bei der Vergabe Rechnung getragen.
3. Hinzu kommt, dass eine Erhöhung der Wertgrenze für freihändige Vergaben organisatorische Änderungen erforderlich machen würde.
Freihändige Vergaben werden ausschließlich von den Abteilungen durchgeführt. Die Zentrale Vergabestelle wird lediglich eingebunden, wenn die Verfahren aufgrund der Ausnahmetatbestände durchgeführt werden (siehe Nr. 1) und über den in der Dienstanweisung genannten Wertgrenzen liegen.

Aufgrund der Pflicht zur e-Vergabe lassen die Kommunalen Vergabegrundsätze eine Angebotseinholung per E-Mail nur bis zu einem vorab geschätzten Auftragswert in Höhe von 25.000 EUR netto zu und legen fest, dass in diesen Fällen die §§ 11a und 14 der VOB/A nicht zur Anwendung kommen.

Die in § 11a VOB/A genannten Grundsätze der Informationsübermittlung beinhalten unter anderem die technische Anforderung, dass elektronische Angebote bis zur Öffnung verschlüsselt sein müssen.

Es müsste also festgelegt werden, dass die Einholung der freihändigen Angebote mindestens ab 25.000 EUR über die Vergabepattform entweder durch die Abteilung oder durch die Zentrale Vergabestelle erfolgt.

Zudem gibt es aufgrund des Ausschlusses der Öffentlichkeit bei beschränkten Ausschreibungen und freihändigen Vergaben Bekanntmachungspflichten, die zu beachten sind. Über beabsichtigte beschränkte Ausschreibungen mit einem voraussichtlichen Auftragswert von 25.000 EUR netto hat der Auftraggeber vorab zu informieren. Nach der Zuschlagserteilung sind bei freihändigen Vergaben Aufträge mit in Höhe von 15.000 EUR netto und bei beschränkten Ausschreibungen ab 25.000 EUR netto Auftragswert ebenfalls bekanntzumachen.

Seit dem 01.10.2020 besteht die Pflicht für öffentliche Auftraggeber zur elektronischen Übermittlung der Daten für öffentliche Aufträge mit einem Auftragswert über 25.000 EUR netto an das Statistische Bundesamt.

4. In der Antwort zu 3a) wurde bereits ausgeführt, dass in den Kommunalen Vergabegrundsätzen für Kommunen NRW ausdrücklich auf das Korruptionsbekämpfungsgesetz und die Erläuterungen hierzu hingewiesen wird.

Antwort zu 3c)

Bauleistungen zu Wohnzwecken werden in Siegen durch die KEG Siegen mbH vergeben. Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung von wohnungswirtschaftlichen Aufgaben. Der Technischen Gebäudewirtschaft obliegt die Instandhaltung der Hausmeisterwohnungen. Beauftragungen erfolgen überwiegend als Direktauftrag oder freihändige Vergabe, sehr selten kommt es zu Vergabeverfahren über die Zentrale Vergabestelle.

Für Infrastrukturmaßnahmen in Zusammenhang mit Wohnraum, u.a. Maßnahmen zur Errichtung, Erweiterung, Sanierung oder zum Umbau von Kindergärten und –tagesstätten, Schulen und Sportstätten, gelten im Übrigen seit der 3. Änderung des Runderlasses „Kommunale Vergabegrundsätze“ vom 13.12.2021 die Wertgrenzen, die auch für gewerkeweise Vergaben bei Baumaßnahmen gelten. Insofern wird auf die Antwort zu 3b) Bezug genommen.

Antwort zu 3d)

Mit der Änderung der Dienstanweisung über die Vergabe von Aufträgen am 07.02.2022 wurden die Vorgaben für die Vergabe von freiberuflichen Leistungen angepasst. Direktaufträge sind nun zulässig bis zu einem vorab geschätzten Auftragswert in Höhe von 20.000 EUR netto. Diese Wertgrenze wurde u.a. gewählt, weil bei Auftragswerten ab 25.000 EUR netto Statistikpflichten bestehen.

Darüber hinaus sind gemäß der Dienstanweisung Vergaben ab einem Auftragswert in Höhe von 20.000 EUR netto bis zum Erreichen des Schwellenwertes für EU-Vergabeverfahren mindestens drei Unternehmen aufzufordern, ein Angebot in Textform abzugeben, wobei entsprechend einer Verhandlungsvergabe ohne Teilnahmewettbewerb gemäß § 12 Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) verfahren werden kann.

Die Kommunalen Vergabegrundsätze sehen dieses Verfahren bei den Planungsaufträgen ab 150.000 EUR netto vorab geschätztem Auftragswert vor.

Ab 25.000 EUR netto bis zur Auftragshöhe von voraussichtlich 150.000 EUR netto kann nach den Vergabegrundsätzen NRW mit nur einem Planungsbüro verhandelt werden. Voraussetzung ist, dass vor der Angebotseinholung eine Eignungsprüfung bei mindestens drei möglichen Bewerbern vorausgegangen und die Auswahl nach sachgerechten Kriterien erfolgt ist. Die Vorgabe in der Vorschrift, dass Architektenleistungen im Leistungswettbewerb vergeben werden, lässt außerdem keine Bewertung der Angebote nur nach dem Preis zu.

Das von der Stadt Siegen nach der Änderung der Dienstanweisung über das Verfahren bei der Vergabe von Aufträgen an Planungsbüros gewählte Verfahren ist rechtssicher und schnell.

In Vertretung

gez.

Fries
Stadtrat

Anlage

EINGANG BÜRGERMEISTER	
- 2. März 2022	
GB	PR
Abt.	INSTITUTE

Handwritten: 2, 2VS, 0414, 0 EPA

SPD-Fraktion • Lindenplatz 7 • 57078 Siegen

An die Universitätsstadt Siegen
Herrn Bürgermeister
Steffen Mues
Rathaus Siegen
Markt 2

57072 Siegen

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:
Unser Zeichen:
Unsere Nachricht vom:

Name: Joachim Pfeifer
Telefon: 0271 404 3250
Telefax: 0271 404 2733
E-Mail: spd_fraktion@siegen.de
Aktenzeichen:

Datum: ~~10.03.2020~~
01.03.2022

Antrag gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen zur nächsten Sitzung des Bauausschusses am 16.03.2022

Verzögerung von Baumaßnahmen und deren mögliche Ursachen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die SPD-Fraktion im Rat der Universitätsstadt Siegen bittet, folgenden Antrag auf Beantwortung der Fragen und anschließende Diskussion auf die Tagesordnung der o. g. Sitzung des Bauausschusses am 16.03.2022 zu setzen

In der letzten Bauausschusssitzung am 09.02.2022 stelle der Kämmerer die Verzögerungen bei bereits beschlossenen Bauprojekten als ein zentrales Problem dar. Die Stadt Siegen schiebe eine ‚Bugwelle‘ von 60 Millionen EUR unerledigter Baumaßnahmen vor sich her.

In der gleichen Sitzung des Bauausschusses konnten von 10 Vergaben 8 nur zur Kenntnis genommen werden, weil diese vom Vergabeausschuss zuvor schon beschlossen waren.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen, die sich auf mögliche Zusammenhänge mit der Vergabepaxis der Stadt Siegen beziehen (externe Ursachen sind weitgehend bekannt und wurden auch vom Kämmerer erläutert):

1. Wenn Vergaben im Rahmen der gesetzlichen Regelungen getätigt werden müssen und von der Vergabestelle und dem Rechnungsprüfungsamts geprüft werden, wofür braucht es nach Auffassung der Verwaltung dann noch den Vergabeausschuss und die Befassung des Bauausschusses (viele Städte verzichten auf einen Vergabeausschuss)?
2. Wie groß ist im Schnitt die geschätzte zeitliche Verzögerung der Vergaben durch die Beteiligung der beiden Ausschüsse und das Durchlaufen der Vergaben samt Schreiben der jeweiligen Vorlagen?
3. Am 04.07.2020 ist die Reform der Kommunalen Vergabegrundsätze in Kraft getreten mit dem Ziel ‚Öffentliche Investitionen zu beschleunigen‘. Wir bitten, jeden dieser verkürzt skizzierten Punkte mit der Vergabedienstanweisung der Stadt Siegen und der gängigen Vergabepaxis zu vergleichen und zu bewerten.
 - a. *Direktaufträge beschleunigen* (Auftragswert bis 15.000 Euro Direktvergabe)
 - b. *Vergabe von Bauleistungen durch Gewerke bezogenen Ansatz beschleunigen* (Beschränkte Ausschreibung für jedes Gewerke bis 750.000 Euro, Gesamtauftragswert von 1.250.000 Euro), freihändige Vergabe Einzelauftrag 75.000 Euro, Gesamtauftrag 125.000 Euro)

Anschrift:
SPD-Fraktion
im Rat der Universitätsstadt Siegen
Raum 105
Lindenplatz 7
57078 Siegen

Kontakt:
0271 4043250
0271 4042733 (Fax)
spd_fraktion@siegen.de
www.spd-siegen.de

Bankverbindung:
Sparkasse Siegen
BLZ: 460 500 01
Kto. Nr.: 300 639 60
IBAN: DE34460500010030063960
BIC: WELADED1SIE

Sprechzeiten:
Mo 09.00 - 12.00 Uhr
Di 12.00 - 17.00 Uhr
Termine auf Anfrage

- c. *Bauleistungen zu Wohnzwecken beschleunigen* (beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb bis 1.000.000 Euro, freihändige Vergabe Einzelauftragswert 100.000 Euro)
- d. *Einbezug freiberuflicher Leistungen in die kommunalen Vergabegrundsätze zur Beschleunigung von Planungen* (Direktaufträge freiberuflicher Leistungen bis 25.000 Euro, öffentliche Aufträge an Architekten und Ingenieure bis 150.000 Euro)

Mit freundlichen Grüßen


Joachim Pfeifer
(Stadtverordneter)


Detlef Rujanski
(SPD Fraktionsvorsitzender)

Antrag SPD-Fraktion zur Verzögerung von Baumaßnahmen und deren möglichen Ursachen:

zu Frage 2

Wie groß ist im Schnitt die geschätzte zeitliche Verzögerung der Vergaben durch Beteiligung der beiden Ausschüsse und das Durchlaufen der Vergaben samt Schreiben der jeweiligen Vorlagen?

Zunächst ist zu differenzieren zwischen den verschiedenen Anlässen der Ausschussbeteiligung (Vergabe- und Bauausschuss). Nach der Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates der Universitätsstadt Siegen sind im Zuge von Vergabeangelegenheiten zu beteiligen:

1. Bauausschuss:

1.1 (Punkt 3.2) *"fachtechnische Vorprüfung der Vergaben im Bereich des Bauwesens"*

2. Vergabeausschuss:

2.1 (Punkt 15.1): *Aufhebung von Ausschreibungen bei allen Aufträgen > 20.000 € netto*

2.2 (Punkt 15.2): *Firmenbenennung bei Aufträgen > 20.000 € netto*

2.3 (Punkt 15.3): *Freihändige Vergabe von Aufträgen > 20.000 € netto*

2.4 (Punkt 15.4): *Bei beschränkter / öffentlicher Ausschreibung: Vergabe aller Aufträge > 150.000 €*

2.5 (Punkt 15.5): **bei Vergabe > 20.000 €,**

- wenn Zweifel bestehen, ob die ausgeschriebenen Leistungen zu den angebotenen Preisen ausgeführt werden können
 - wenn ein Bieter ausgeschlossen werden soll
 - wenn die Angebotssumme um mehr als 20% von den geschätzten Baukosten nach oben abweicht.
- bei Auftragserweiterungen und Auftragsüberschreitungen ("Nachträge")**
- wenn Aufträge um mehr als 5% erweitert bzw. überschritten werden sollen (mind. 10.000 €)

Durch die Beteiligung beider Ausschüsse ergeben sich folgende Verzögerungen:

(Hinweis: die Ausschüsse tagen i.d.R. alle 4 Wochen, während Ferien seltener, was zu teilweise deutlich größeren Verzögerungen führt)

2.1: Aufhebung Ausschreibung:

- Dies betrifft regelmäßig im §16 VOB/A geregelte Tatbestände, nach denen Bieter auszuschließen SIND.

Aufwand: Erstellen der Vorlage, Verwaltungslauf, Warten auf die nächsten Ausschusstermine (BA + VA), erst danach Neuausschreibung möglich

= Verzögerung mindesten 3-6 Wochen + neuer Ausschreibungslauf (oft weitere 8-10 Wochen)

2.2: Firmenbenennung / 2.3: freihändige Vergabe:

- bevor eine beschränkte Ausschreibung > 20.000 € netto veröffentlicht wird

Aufwand: Erstellen einer Vorlage, Warten auf den nächsten Ausschusstermin (VA), erst danach wird die Ausschreibung über die ZV veröffentlicht

= Verzögerung mind. 3 - 6 Wochen

2.4: Aufträge > 150.000 €:

- Aufträge dieser Größenordnung werden i.d.R. öffentlich ausgeschrieben. Selbst bei unproblematischem Ausschreibungsverfahren:

Aufwand: Erstellen einer Vorlage, Warten auf die nächsten Ausschusstermine (BA + VA), erst dann kann der Auftrag erstellt werden

= **Verzögerung bis zu 5 Wochen**

2.5: Angebotssumme 20% über Kostenschätzung:

- Auf ein Angebot mit unangemessen hohem oder niedrigen Preis darf kein Zuschlag erteilt werden (§ 16d VOB/A). Die Prüfung der Angemessenheit der Angebote erfolgt nach Submission. Nur, wenn die Fachdienststelle zu dem Ergebnis kommt, dass der Angebotspreis auch 20 % die Kostenschätzung übersteigend angemessen ist, wird der Vergabevorschlag per Vorlage zur Entscheidung gegeben - ansonsten erfolgt ein Ausschluss des Bieters (siehe 2.1).

Aufwand: Vorlage erstellen, Warten auf die nächsten Ausschusstermine (BA + VA), erst dann kann der Auftrag erstellt werden.

= **Verzögerung mind. 3 - 6 Wochen**

2.5: Nachtrag >5% der Auftragssumme je Gewerk:

- Kommt es im Laufe der Baustellenabwicklung zu Nachträgen, muss ab der Überschreitung der Nachtragssumme von 5% der Auftragssumme (mind. 10.000 €) eine Ausschussbeteiligung herbeigeführt werden. Dies gilt auch, sobald mehrere kleinere Nachträge kumuliert diese Wertgrenze überschreiten (bspw. 5.000 € + 4.000 € + 1.500 €)!

Aufwand: Erstellen der Vorlage, Warten auf die nächsten Ausschusstermine (BA + VA), erst dann kann der Auftrag erstellt werden.

Kritisch: nach der gültigen Dienstanweisung zur Vergabe von Aufträgen ist mit der Ausführung der Nachtragsleistung abzuwarten, bis die Beschlussfassung erfolgt. Ansonsten drohen dienstrechtliche Konsequenzen!

= **Verzögerung mind. 3 - 5 Wochen,**

theoretisch Stillstand der Gewerkeleistung (!) auf laufender Baustelle mit einhergehender negativer Auswirkung auf den gesamten Bauablauf.

➔ Verzögerung je Gewerk durchschnittlich 5 - 6 Wochen !!!

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4
Bereich: Stadtplanung
Bearbeitet von: Herrn Schneider

Siegen, 26.01.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Bauausschuss	16.03.2022
Haupt- und Finanzausschuss	30.03.2022
Rat	06.04.2022

Kurzbezeichnung:

101. Änderung des Flächennutzungsplan und Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ im Stadtteil Breitenbach (Feststellungs- und Satzungsbeschluss)
hier: - Auf § 31 GO NW wird hingewiesen –
Zusammenfassende Prüfung und Abwägung aller im Planverfahren eingegangenen Anregungen und Hinweise –
Beschluss der 101. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Stadt Siegen –
Beschluss des Bebauungsplanes Nr. 431 "Reitstall Daub"

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

- die im Verfahren zur 101. Änderung des Flächennutzungsplans und zum Bebauungsplan Nr. 431 "Reitstall Daub" eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 3 und 4), insbesondere die Anregungen und Hinweise aus den Beteiligungen der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 und 2 BauGB und der Beteiligungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 und 2 BauGB, entsprechend der Anlagen 5 und 6 zu behandeln. Die Anlagen sind Bestandteil der Beschlussfassung
- die 101. Änderung des Flächennutzungsplans in der Fassung vom 15.02.2022 (Anlage 7) samt Begründung und Umweltbericht (Anlagen 8 und 9)
- den Bebauungsplan Nr. 431 "Reitstall Daub" (Anlage 11) in der Fassung vom 17.02.2022 als Satzung samt Begründung und Umweltbericht (Anlagen 12 und 13).

Sachverhalt / Begründung:

Das Plangebiet liegt östlich des Stadtteils Breitenbach an der Grenze zum Stadtgebiet Netphen und umfasst eine Fläche von ca. 5,7 ha (siehe Anlage 1). Das Plangebiet umgrenzt die Hofbetriebsflächen des „Reitstall Daub“ inklusive angrenzender Grün- und Weideflächen mit folgenden Flurstücken: Gemarkung Breitenbach, Flur 2, Flurstücke 37, 38, 65 und 66 (teilweise) sowie Flur 3 mit den Flurstücken 57 (tlw.), 153, 154 (tlw.) und 215 (tlw.).

Der nunmehr in 3. Generation geführte Familienbetrieb im Stadtteil Breitenbach ist seit 1958 stetig aber behutsam gewachsen. Im Hinblick der angestrebten Übergabe des Hofes an die Kinder bestanden planungsrechtliche Hemmnisse, insbesondere zur Bereitstellung erforderlichen Wohnraums. Daher hatte der Hofbetreiber, Herr Dietmar Daub, die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 431 „Reitstall Daub“ mit der dafür erforderlichen 101. Änderung des Flächennutzungsplanes initiiert (siehe Vorlage 2095/2018). Dadurch werden zukünftige Vorhaben nach § 30 BauGB, d.h. nach den Festsetzungen des Bebauungsplanes, beurteilt und Anlagenerweiterungen sowie die Schaffung von notwendigem Wohnraum (für Betriebsangehörige) ermöglicht.

Der Bebauungsplan sieht ein „Sonstiges Sondergebiet“ für Landwirtschaft und Pferdehaltung mit der Zweckbestimmung „Reiterhof mit ergänzenden Nutzungen“, wie einem Hofcafé und bis zu sechs Ferienwohnungen, vor. Die landwirtschaftliche Nutzung mit der Reitanlage steht dabei im Vordergrund und die funktional der Hauptnutzung zugeordneten Nebennutzungen sind in einem untergeordneten Rahmen möglich (siehe Anlage 11). Diese Regelungen sind im Hinblick insbesondere aus der intensiven regionalplanerischen Abstimmung mit der Bezirksregierung Arnsberg hervorgegangen, um die Entwicklung einer Splittersiedlung zu vermeiden (siehe Vorlage 193/2021). Die Intention des Vorhabenträgers sah dies nicht vor, sondern zielte darauf ab, die Möglichkeit für eine angemessene Betriebserweiterung und die Schaffung von Wohnraum für Betriebsangehörige insbesondere für die auf dem Hof tätigen Familienangehörigen zu eröffnen.

Der Bebauungsplan konnte aufgrund abweichender Festsetzungen nicht gemäß § 8 Abs. 2 BauGB aus dem Flächennutzungsplan der Stadt Siegen (FNP) entwickelt werden, sodass eine Flächennutzungsplanänderung erforderlich wurde. Der FNP wird daher im Parallelverfahren gemäß § 8 Abs. 3 BauGB als 101. Änderung entsprechend den Vorgaben der Regional- und Landesplanung angepasst (siehe Anlage 7).

Zur Ermittlung und Bewertung der Umweltbelange wurde eine Umweltprüfung, die in dem Umweltbericht mündet, sowie eine landespflegerische Begleitplanung (LBP) und eine Artenschutzvorprüfung (ASP I) durch ein externes Fachbüro durchgeführt. Die Ergebnisse liegen der Planung in der Begründung als gesonderter Teil bei. Die Planung selbst wurde ebenfalls durch ein externes Stadtplanungsbüro vorbereitet. Die Kosten der Planung bzw. des Verfahrens trägt der Vorhabenträger.

Verfahren der Planaufstellung

Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan und die FNP-Änderung wurde am 21.11.2018 gefasst. Im Weiteren wurde die frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung vom 01.07.2019 bis zum 12.07.2019 durchgeführt. Die öffentliche Auslegung und

formelle Beteiligung fand vom 17.05.2021 bis zum 25.06.2021 statt. Insbesondere aus der frühzeitigen Beteiligung gingen Anregungen hervor, die zu Anpassungen der Vorentwurfsplanung geführt haben (siehe Anlage 3 und 10 bzw. 4 und 14). Aus der öffentlichen Auslegung bzw. Offenlage gingen keine relevanten Anpassungen hervor. Es wurden schlussendlich nur redaktionelle Anpassungen bzw. Klarstellungen in den Planunterlagen vorgenommen. Nach erfolgter Beschlussfassung wird die FNP-Änderung der Bezirksregierung Arnsberg zur Genehmigung vorgelegt. Hiernach wird die FNP-Änderung wirksam und mit Bekanntmachung des Beschlusses erlangt der Bebauungsplan anschließend Rechtskraft.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
----------------------------------------	------------------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	----------------------------------------------------

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz Die Planung selbst hat keine Klimarelevanz. Erst bei der Umsetzung der durch die Planung ermöglichten Vorhaben wird eine, wenn überhaupt marginale Relevanz für das Lokalklima auftreten. Aufgrund der Kleinräumigkeit der Planung sind keine Auswirkungen auf das (regionale / globale) Klima zu erwarten.			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

i.V.

gez.

Henrik Schumann
Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Anlage 1 Übersichtsplan zum BPLAN / FNP](#)
2. [Anlage 2 Liste der beteiligten Behörden und TÖB](#)
3. [Anlage 3 Stellungnahmen zur FNP-Änderung](#)
4. [Anlage 4 Stellungnahmen zum B-Plan](#)
5. [Anlage 5 Abwägung zur FNP-Änderung](#)
6. [Anlage 6 Abwägung zum B-Plan](#)
7. [Anlage 7 Planzeichnung FNP-Änderung](#)
8. [Anlage 8 Begründung zur FNP-Änderung](#)
9. [Anlage 9 Umweltbericht zur FNP-Änderung inkl. LBP + ASP](#)
10. [Anlage 10 Zusammenfassende Erklärung zur FNP-Änderung](#)
11. [Anlage 11 Planzeichnung B-Plan](#)
12. [Anlage 12 Begründung zum B-Plan](#)
13. [Anlage 13 Umweltbericht zum B-Plan inkl. LBP + ASP](#)
14. [Anlage 14 Zusammenfassende Erklärung zum B-Plan](#)

Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ + 101. FNP-Änderung

Übersichtsplan / Geltungsbereich



B-Plan Nr. 431 "Reitstall Daub" + 101. FNP-Änderung**Liste der beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange**

Behörde / TÖB
Amprion GmbH
Bezirksregierung Arnsberg - Abteilung 6 Bergbau
Bezirksregierung Arnsberg - Dezernat 32
Bezirksregierung Arnsberg - Dezernat 35
BIL eG - Leitungsauskunft
Deutsche Telekom Technik GmbH / Trassenauskunft
Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen
Industrie- und Handelskammer Siegen
Kreis Siegen – Wittgenstein
Landesbetrieb Wald und Holz NRW
Landesbüro der Naturschutzverbände NRW
NABU Siegen-Wittgenstein e.V.
Bund Siegen-Wittgenstein e.V.
LNU NRW e.V.
Landschaftsverband Westfalen-Lippe
Landwirtschaftskammer NRW
LWL - Archäologie für Westfalen
PLEdoc
Regionalforstamt Siegen Wald und Holz
Siegener Versorgungsbetriebe GmbH
Unitymedia NRW GmbH
Vodafone NRW GmbH
Wasserverband Siegen - Wittgenstein
Westnetz GmbH
WHERE2DIG

101. Änderung des Flächennutzungsplans

der Universitätsstadt Siegen

im Stadtteil Breitenbach

Stellungnahmen

aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger
öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 und 2 BauGB und der
Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 und Abs. 2 BauGB



Bezirksregierung Arnsberg • Postfach • 44025 Dortmund

Stadt Siegen
Stadtplanung
Postfach 10 03 52
57003 Siegen



Abteilung 6 Bergbau und
Energie in NRW

Datum: 10. Juli 2019
Seite 1 von 2

Aktenzeichen:
65.52.1-2019-425
bei Antwort bitte angeben

Auskunft erteilt:
Herr Habicht
joerg.habicht@bezreg-
arnsberg.nrw.de
Telefon: 02931/82-3651
Fax: 02931/82-47219

Dienstgebäude:
Goebenstraße 25
44135 Dortmund

101. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen

Frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB

Ihr Schreiben vom 28.06.2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

die vorbezeichnete Planmaßnahme befindet sich über dem auf Kupfer- und Zinkerz verliehenen, inzwischen erloschenen Bergwerksfeld „Port Arthur“. Die letzte Eigentümerin dieses Bergwerksfeldes ist nach meinen Erkenntnissen nicht mehr erreichbar. Eine entsprechende Rechtsnachfolgerin ist hier nicht bekannt.

Ausweislich der derzeit hier vorliegenden Unterlagen ist im Bereich des Plangebietes kein Abbau von Mineralien dokumentiert. Danach ist mit bergbaulichen Einwirkungen nicht zu rechnen.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Hauptsitz:
Seibertzstr. 1, 59821 Arnsberg

Telefon: 02931 82-0

poststelle@bra.nrw.de
www.bra.nrw.de

Servicezeiten:
Mo-Do 08:30 – 12:00 Uhr
13:30 – 16:00 Uhr
Fr 08:30 – 14:00 Uhr

Landeshauptkasse NRW
bei der Helaba:
IBAN:
DE27 3005 0000 0004 0080 17
BIC: WELADED

Umsatzsteuer ID:
DE123878675



Bearbeitungshinweis:

Abteilung 6 Bergbau und
Energie in NRW

Seite 2 von 2

Diese Stellungnahme wurde bezüglich der bergbaulichen Verhältnisse auf Grundlage des aktuellen Kenntnisstandes erarbeitet. Die Bezirksregierung Arnsberg hat die zugrunde liegenden Daten mit der zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben erforderlichen Sorgfalt erhoben und zusammengestellt. Die fortschreitende Auswertung und Überprüfung der vorhandenen Unterlagen sowie neue Erkenntnisse können zur Folge haben, dass es im Zeitverlauf zu abweichenden Informationsgrundlagen auch in Bezug auf den hier geprüften Vorhabens- oder Planbereich kommt. Eine Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Genauigkeit der Daten kann insoweit nicht übernommen werden. Soweit Sie als berechnete öffentliche Stelle Zugang zur Behördenversion des Fachinformationssystems „Gefährdungspotenziale des Untergrundes in NRW“ (FIS GDU) besitzen, haben Sie hierdurch die Möglichkeit, den jeweils aktuellen Stand der hiesigen Erkenntnisse zur bergbaulichen Situation zu überprüfen. Details über die Zugangs- und Informationsmöglichkeiten dieses Auskunftssystems finden Sie auf der Homepage der Bezirksregierung Arnsberg (www.bra.nrw.de) mithilfe des Suchbegriffs „Behördenversion GDU“. Dort wird auch die Möglichkeit erläutert, die Daten neben der Anwendung ebenfalls als Web Map Service (WMS) zu nutzen.

Mit freundlichen Grüßen und Glückauf

Im Auftrag:

(Habicht)

Schneider, Patrick

Von: Steimann-Menne, Martina <Martina.Steimann-Menne@bra.nrw.de>
Gesendet: Dienstag, 30. Juli 2019 10:41
An: Schneider, Patrick
Cc: Heyn, Benjamin
Betreff: 101. Änderung FNP Stadt Siegen; Aufstellung B-Plan Nr. 431 "Reitstall Daub"

Kennzeichnung: Zur Nachverfolgung
Kennzeichnungsstatus: Erledigt

Sehr geehrter Herr Schneider,

mit Schreiben vom 28. Juni 2019 haben Sie mir die Unterlagen zu den Planverfahren 101. Änderung des FNP der Stadt Siegen sowie Aufstellung des B-Plans Nr. 431 „Reitstall Daub“ mit der Bitte um bauplanungsrechtliche Prüfung zugeleitet.

Nach kursorischer Prüfung der Unterlagen ist – unbeschadet meiner späteren Entscheidung nach § 6 BauGB – aus bauplanungsrechtlicher Sicht Folgendes anzumerken.

101. FNP-Änderung

- Planzeichnung und Darstellungen:
 - Legende: Die Legende für den aktuellen FNP-Darstellungen sollte vervollständigt werden. Des Weiteren sollten die Rechtsgrundlagen angepasst werden.
 - Übersicht über Verfahrensschritte („Verfahrensleiste“): Die Punkte 1 und 8 sollten angepasst werden.
 - Sondergebiet für Erholung: In einem Sondergebiet / einer Sonderbaufläche, das / die der Erholung dient, i.S.v. § 10 Abs. 2 BauNVO ist grundsätzlich nur zeitweiliges Ferienwohnen zulässig. Insbesondere unzulässig ist hingegen das Dauerwohnen. Insofern widerspricht die beabsichtigte Darstellung der planerischen Intention, wonach auch Dauerwohnen ermöglicht werden soll. Vor diesem Hintergrund empfehle ich die Darstellung eines sonstigen Sondergebiets bzw. einer sonstigen Sonderbaufläche gemäß § 11 BauNVO.
- Begründung:
 - Es werden verschiedene Begriffe in Bezug auf das Baugebiet bzw. die Bauflächen und dessen/deren Zweckbestimmungen genutzt. Die Ausführungen sollten vereinheitlicht werden.
 - Die Aussage, es seien keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten (S. 14), steht im Widerspruch zur festgestellten Kompensationspflicht gemäß § 1a Abs. 2 BauGB, da nur erhebliche Eingriffe einer Kompensationspflicht unterliegen. Die Aussage sollte angepasst werden.
 - Die Rechtsgrundlagen in der Begründung sollten angepasst werden (S. 17 Abb. 13).
- Umweltbericht:
 - Der Umweltbericht ist als gemeinsamer Umweltbericht für die 101. FNP-Änderung und den B-Plan Nr. 431 angelegt. I.d.R. erfolgt jedoch nur eine Bezugnahme zum B-Plan. Untersuchungen und Bewertungen zu potenziellen Umweltauswirkungen des FNP sollten ergänzt werden. Regelmäßig sind diese nicht identisch mit denen des B-Plans, da dieser zumeist nur einen Teil der Entwicklungsmöglichkeiten, die durch den FNP geschaffen werden, umfasst.
 - Es werden verschiedene Begriffe in Bezug auf das Baugebiet bzw. die Bauflächen und dessen/deren Zweckbestimmungen genutzt. Die Ausführungen sollten vereinheitlicht werden.

B-Plan Nr. 431 „Reitstall Daub“

- Die Übereinstimmung von Legende und Planzeichnung sollte geprüft und angepasst werden.
- Festsetzungen:
 - Sondergebiet für Erholung: siehe oben.
 - Textliche Festsetzung Nr. 3.2: Eine abweichende Bauweise muss im B-Plan konkret festgesetzt bzw. definiert werden.

- Begründung: Für die Zweckbestimmung der landwirtschaftlichen Flächen sollten städtebauliche Gründe i.S.d. § 1 Abs. 3 BauGB ergänzt werden.

Artenschutzprüfung

- Die Artenschutzprüfung liegt derzeit in Form von den Anlagen 1 -3 vor. Grundsätzlich muss für die FNP-Änderung zumindest Stufe 1 (Vorprüfung) formal abgearbeitet bzw. dokumentiert sein.

Die vorgenommene Prüfung erfolgte nur cursorisch, sodass die Stellungnahme keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt.

Die Anpassung an Ziele der Raumordnung nach § 1 Abs. 4 BauGB war nicht Gegenstand meiner Prüfung. Sollten Sie Fragen dazu haben, wenden Sie sich bitte an die Kolleginnen und Kollegen des Dezernats 32 (www.bra.nrw.de/3561109).

Bei Fragen stehe ich gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
i.A. Martina Steimann-Menne

Bezirksregierung Arnsberg
Dez. 35 – Städtebau, Bauaufsicht, Bau-, Wohnungs-
und Denkmalangelegenheiten sowie –förderung
Seibertzstr. 2, 59821 Arnsberg
Telefon: 02931 82-3409
E-Mail: martina.steimann-menne@bra.nrw.de



ESi | Postfach 100 352 | 57003 Siegen

AG 4/5-2 Stadtplanung
Herrn Kobusinski

Ihr Ansprechpartner: Burkhard Winkel
E-Mail: burkhard.winkel@esi-siegen.de

Zimmer: 6.13

Telefon: (0271) 3145-633
Telefax: (0271) 3145-650

Ihr Zeichen:
Unser Zeichen:

Datum: 12.07.2019

**Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ und 101. FNP-Änderung
Beteiligung der Abteilungen im Hause
-Ihre Email vom 01.07.2019-**

Gegen die Aufstellung des Bebauungsplans und die FNP-Änderung bestehen keine grundsätzlichen Bedenken.

Die Stadt Siegen ist mit Schreiben der Unteren Wasserbehörde beim Kreis Siegen-Wittgenstein vom 05.04.2006 (siehe Anlage) von der Pflicht zur Abwasserbeseitigung gem. Landeswassergesetz NRW (ehem. § 53 Abs. 4 LWG) befristet bis 30.04.2026 freigestellt. Die Regelungen aus § 53 Abs. 4 finden sich im gültigen LWG NRW in § 46 Abs. 1 wieder.

Mit der v.g. Freistellung der Stadt Siegen ist gleichzeitig die Abwasserbeseitigungspflicht in gleichem Umfang auf den Nutzungsberechtigten, Herrn Friedrich Wilhelm Daub, für die Grundstücke, Gemarkung Breitenbach Flur 2 Flurstücke 65 und 66 übertragen worden.

Unter dem Aspekt der Regelungen im § 46 Abs. 1 LWG NRW, der derzeit befristeten Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht bestehen keine Bedenken, wenn aufgenommen wird, dass auch zukünftig die Abwasserbeseitigungspflicht beim Nutzungsberechtigten liegt.

Für die Niederschlagswasserversickerung/-einleitung ist die wasserrechtliche Erlaubnis gem. § 10 WHG (ehem. § 7 WHG) erforderlich. Inwieweit die flächendeckend vorliegt entzieht sich meiner Kenntnis. Der im Zusammenhang mit der Niederschlagswasserbeseitigung zitierte § 51a LWG NRW ist mit dem Landeswassergesetz vom 08.07.2016, zuletzt geä. am 15.11.2016, entfallen. Eine Empfehlung von ESi zur Versickerung (siehe S. 21 Begründung) ist mir nicht bekannt und wird nicht ausgesprochen.

Siehe z.B. im B-plan, Textl. Hinweise Ziff. 3 und im Umweltbericht S.11.

gez. Winkel

Hausanschrift
ESi-Betriebshof
Goldammerweg 30
57080 Siegen

Postanschrift
Postfach 100 352
57003 Siegen

www.esi-siegen.de

Sprechzeiten
Mo-Fr 08.30 - 12.00 Uhr
Di+Do 14.00 - 16.00 Uhr
Telefon (0271) 31 45-5
Telefax (0271) 31 45-600

Bankverbindung
Sparkasse Siegen
IBAN: DE58 4605 0001 0030 0657 59
BIC: WELADE1SIE



Universitätsstadt Siegen
z.Hd. Herrn Kobusinski
Stadtplanung
Lindenplatz 7
57078 Siegen

Datum: 9. Juli 2019
Unser Zeichen: nm
Ansprechpartner(in): Nina Münker
Telefon: 0271 3302-150
Fax: 0271 3302-44150
E-Mail: nina.muenker@siegen.ihk.de

1. Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“
2. 101. Änderung Flächennutzungsplan-Änderung
Stellungnahme gem. § 4 (1) BauGB

Sehr geehrter Herr Kobusinski,

zu den oben genannten Plänen nimmt die Industrie- und Handelskammer Siegen (IHK) wie folgt Stellung:

Weder gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes, noch gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes bestehen aus Sicht der Wirtschaft Bedenken.

Die vorläufigen Begründungen zu beiden Plänen legen nachvollziehbar dar, dass die Planungen erforderlich und zweckmäßig sind. Die IHK teilt die Ansicht, dass der Hof als Wirtschafts- und Freizeitstandort das entsprechende Angebot im Bereich der Stadt Siegen bereichert. Insofern ist erstrebenswert, den Betriebsstandort zu sichern. Zum einen durch die Vereinfachung zukünftiger Marktanpassungen und zum anderen durch die Möglichkeit, für nachfolgende Generationen Wohnraum zu schaffen.

Mit freundlichen Grüßen,
im Auftrag

Nina Münker

NABU

NABU-Siegen-Wittgenstein · Am Buchholz 1 · 57319 Bad Berleburg

Stadt Siegen
Postfach 100352
57003 Siegen

Kreisverband Siegen- Wittgenstein e.V.

Michael Düben

Am Buchholz 1
57319 Bad Berleburg
Naturschutzreferent
Tel.: 02751/5512
e-mail: michael.dueben@gmx.de
Bad Berleburg, den 9.7.2019

Betr.: Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“, 101. FNP-Änderung der
Universitätsstadt Siegen, Ihr Schreiben vom 28. Juni 2019
Hier: Stellungnahme des nach LNatSchG NRW anerkannten Naturschutzverbandes
NABU; Labü: SI-398/19.

Sehr geehrter Herr Kobusinski (p.kobusinski@siegen.de)

der vorgesehene B-Plan lässt dem Investor sehr viele Planmöglichkeiten.
Es können 7225 qm Fläche bebaut werden, nachrichtlich sollen mittelfristig 6
Baumaßnahmen mit einer Fläche von 2588 qm realisiert werden.
Daher kann laut Gutachten die abschließende Prüfung artenschutzrechtlicher Tatbestände erst
auf der Ebene der Bau- bzw. Abriss-Genehmigung von Gebäuden erfolgen, Umweltbericht
Seite 10.
Deshalb muss im B-Plan unter „**textliche Festsetzungen**“ aufgenommen werden, **dass die
Bau- bzw. Abriss-Genehmigung von Gebäuden erst nach abschließender Prüfung
artenschutzrechtlicher Tatbestände erteilt werden kann.**
Durch den B-Plan werden durchaus planungsrelevante Fledermaus- und Vogelarten betroffen
sein. Daher wurden neben Vermeidungsmaßnahmen im B-Plan unter „7. Artenschutz“ auch
textliche Hinweise aufgenommen.

Bedingt durch die Lage im LSG und entsprechend dem Charakter einer dörflichen Hofstelle
müssen diese Hinweise eigentlich als Muss-Bestimmung festgesetzt werden.
Die Durchführung der Artenschutzmaßnahmen sind dem Investor durchaus zuzumuten und
erhöhen zugleich die Attraktivität und den Erlebniswert des Standortes für
Erholungssuchende.

Ebenfalls müssen die unter „**8. Pflanzgebot**“ aufgeführten **Maßnahmen zur Durchführung
festgesetzt werden.**

Das Planvorhaben befindet sich ja eigentlich im LSG der Stadt Siegen in einer
Landschaftsbildeinheit mit herausragender Bedeutung für das Landschaftsbild.
Die unter dem Stichwort „Pflanzgebot“ definierten Maßnahmen dienen dazu, die Eingriffe in
das Landschaftsbild zu vermindern, auch weil der B-Plan eine sehr großflächige Versiegelung
zulässt.
Auch die Maßnahmen zum Pflanzgebot sind dem Investor zumutbar, da sie insgesamt den
Erholungswert des Gebietes steigern.

Die Durchführung dieser zusätzlichen Artenschutzmaßnahmen und die Erfüllung des Pflanzgebotes können bei der Kompensation durch Ökopunkte berücksichtigt werden..

Mit freundlichen Grüßen

Michael Düben



Niederschrift zur Internet-Planauskunft der Westnetz GmbH

Kontakt: planauskunft-online@westnetz.de

Auskunft über die Lage von Versorgungseinrichtungen im Zuständigkeitsbereich der Westnetz GmbH

Niederschrift Nr.: rr/1549978713307-e45b7d0d-f4c7-4ecd-a36e-db1bd6364b9d.pdf

Angefordert am: 12.02.2019 14:38

Name des Nutzers: Stadt Siegen Stadtplanung

Vertreten durch Frau/Herr: Kapitza

Verwendungszweck: Planung

Projektname: BPlan 451 "Reiterhof Daub"

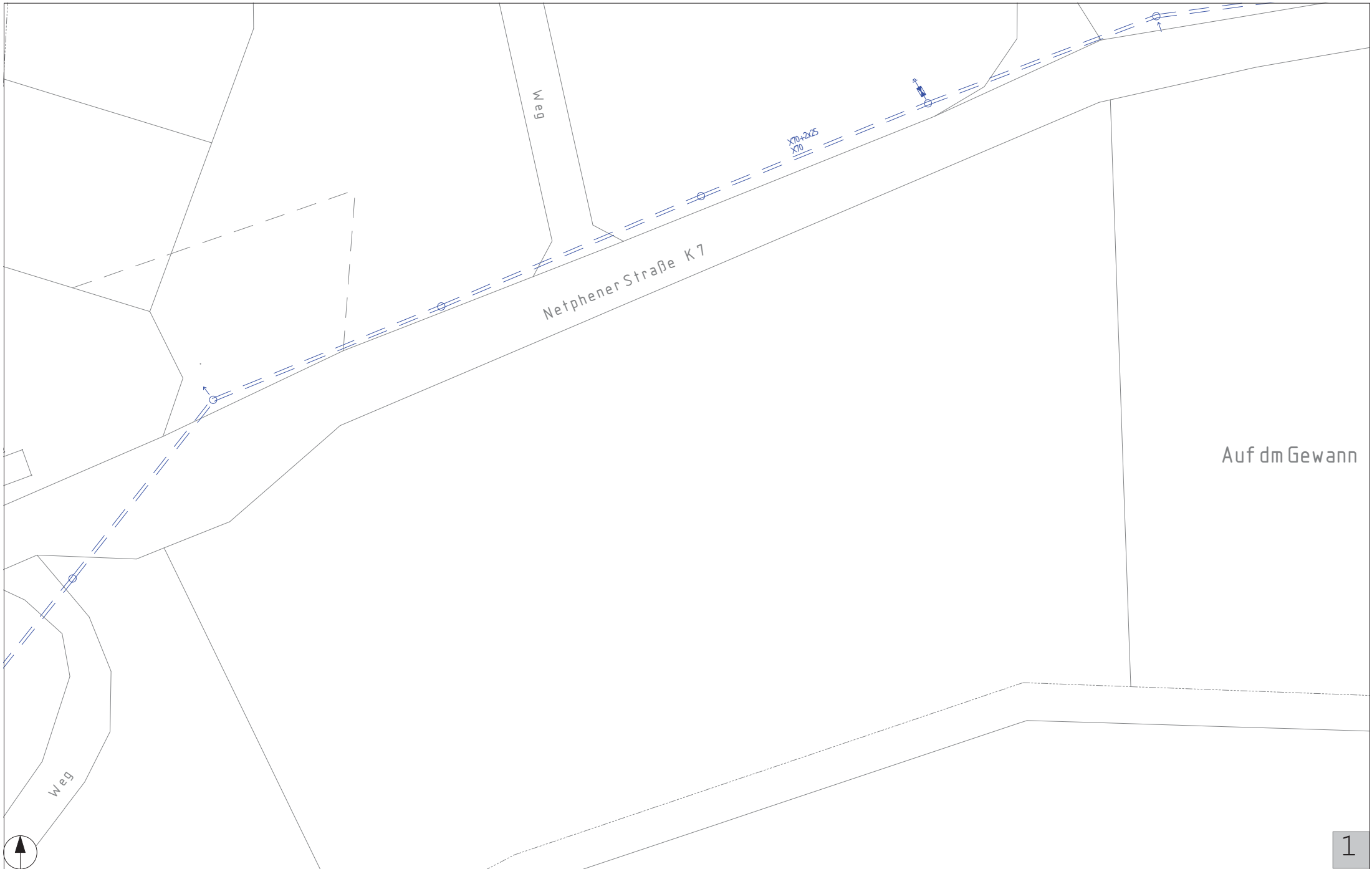
Ortsangabe zur Maßnahme: Siegen

Beginn der Baumaßnahme: 12.03.2019

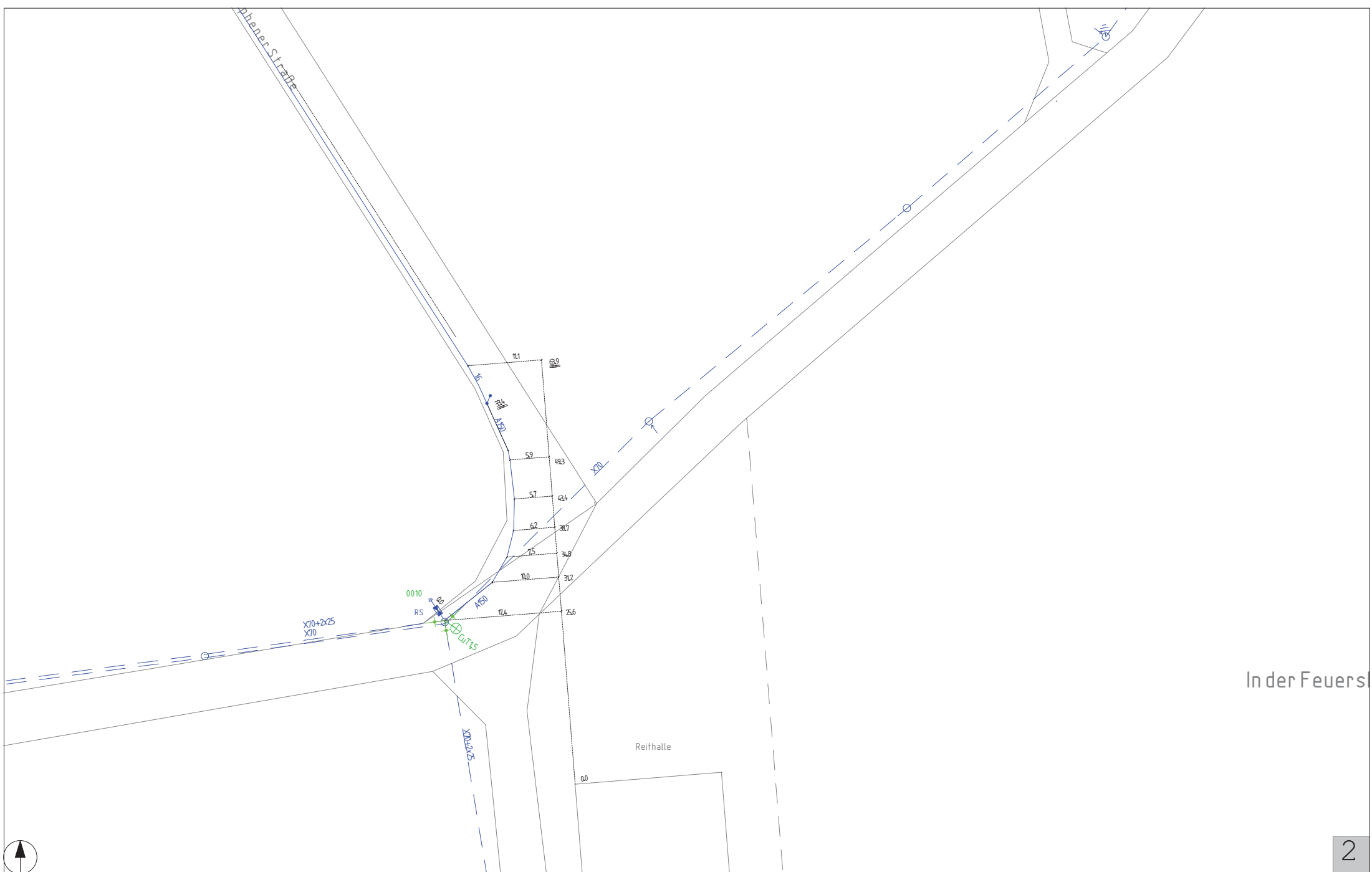
GK-Koordinatenbereich der Auskunft:

3436673.36 5639991.00 3436878.36 5640121.00/0.0 3436865.86 5640092.88 3437070.86 5640222.88/0.0
3436982.11 5640201.63 3437187.11 5640331.63/0.0 3437029.61 5640079.75 3437234.61 5640209.75/0.0
3437019.61 5639969.13 3437224.61 5640099.13/0.0 3436968.98 5639846.00 3437173.98 5639976.00/0.0
3436845.23 5639968.50 3437050.23 5640098.50/0.0 3436772.73 5639871.63 3436977.73 5640001.63/0.0





		Online - Planauskunft	
		rr/1549978713307-e45b7d0d-f4c7-4ecd-a36e-d61bd6364b9d.pdf	
Maßstab : 1:500			
Verwendungszweck : Planung			
Ort : Siegen			
Straße : In der Feuersbach			
Druckdatum : 12.02.2019		Sparte: Strom (L)	





Online - Planauskunft

rr/1549978713307-e45b7d0d-f4c7-4ecd-a36e-db1bd6364b9d.pdf

Maßstab	: 1:500
Verwendungszweck	: Planung
Ort	: Siegen
Straße	: In der Feuersbach
Druckdatum	: 12.02.2019
Sparte:	Strom (3)



In Bereichen mit Linien oder Flächen
in Orange ist eine gesicherte Online-
Auskunft nicht möglich. Bitte wenden
Sie sich an das zuständige RZ!




In der Feuersbach

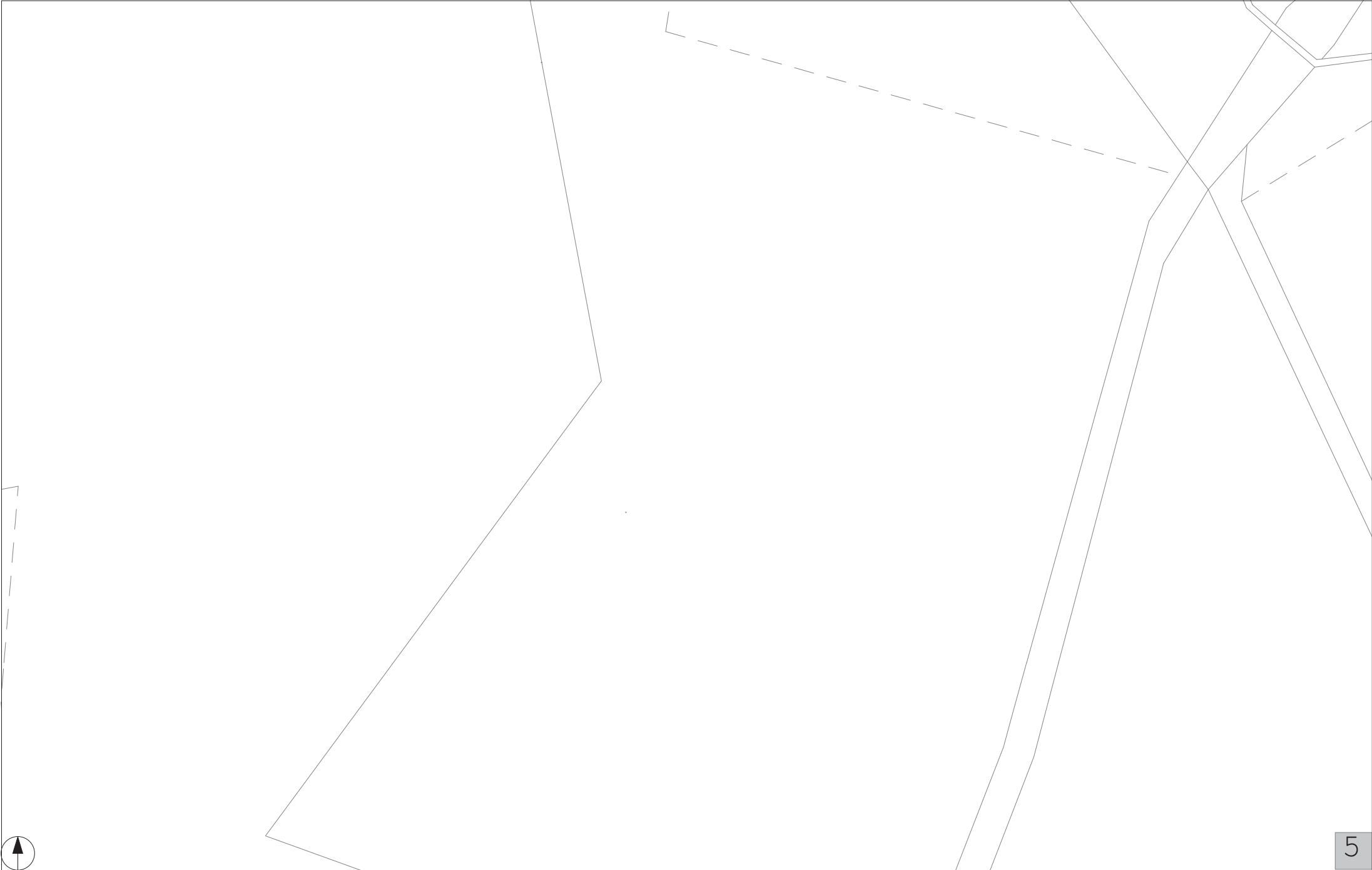


4

Maßstab : 1:500
Verwendungszweck : Planung
Ort : Siegen
Straße : In der Feuersbach
Druckdatum : 12.02.2019 Sparte: Strom (4)

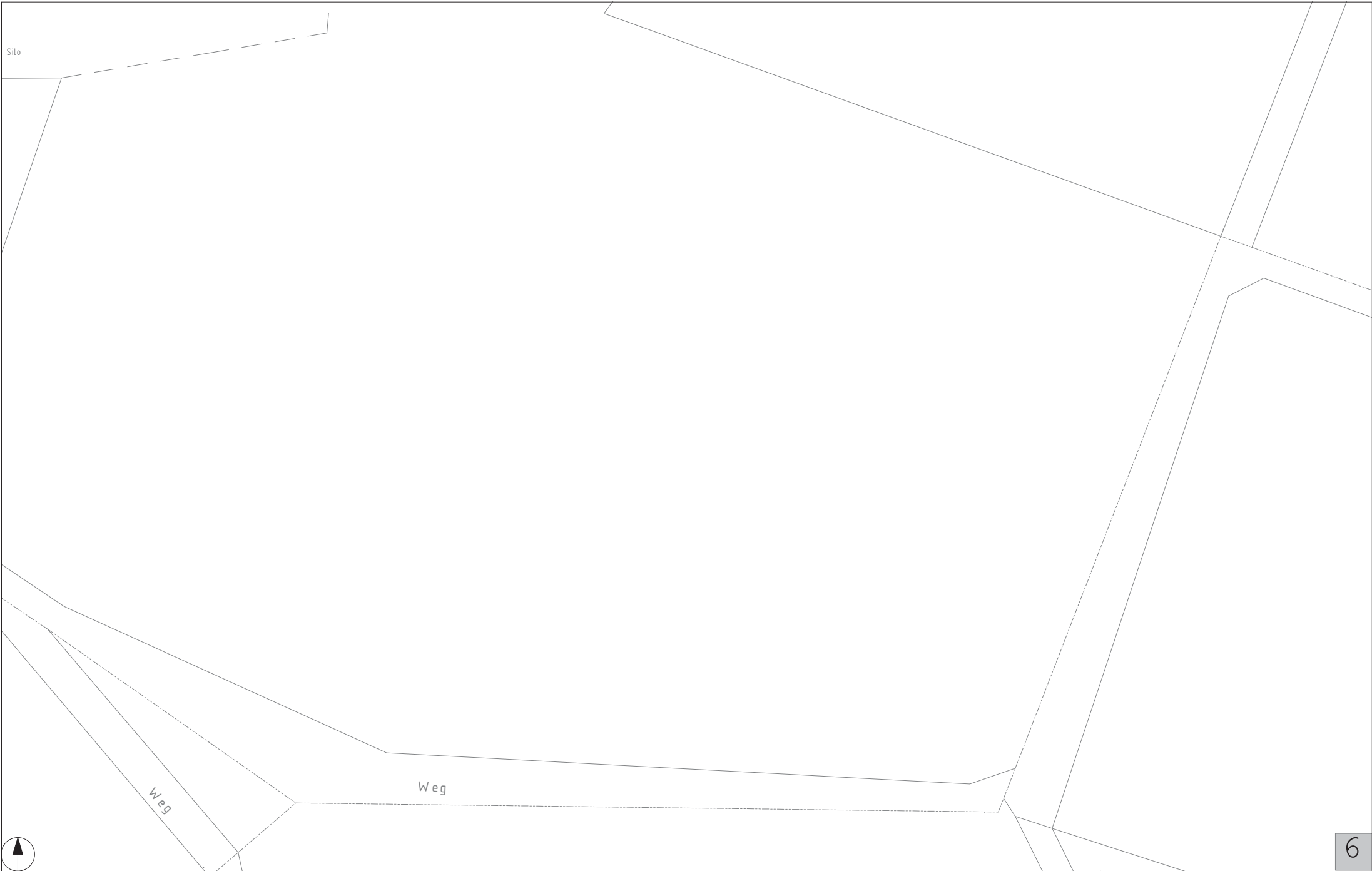
 In Bereichen mit Linien oder Flächen
in Orange ist eine gesicherte Online-
Auskunft nicht möglich. Bitte wenden
Sie sich an das zuständige RZ!







5

		Online - Planauskunft <small>rr/1549978713307-e45b7d0d-f4c7-4ecd-a36e-db1bd6364b9d.pdf</small>	
		<div><div><div>Maßstab : 1:500</div><div>Verwendungszweck : Planung</div><div>Ort : Siegen</div><div>Straße : In der Feuersbach</div><div>Druckdatum : 12.02.2019</div></div><div>Sparte: Strom (5)</div></div>	<div><div><div></div><div></div></div><div>In Bereichen mit Linien oder Flächen in Orange ist eine gesicherte Online- Auskunft nicht möglich. Bitte wenden Sie sich an das zuständige RZ!</div></div> <div></div>



		Online - Planauskunft		
		<small>rr/1549978713307-e45b7d0d-f4c7-4ecd-a36e-db1bd6364b9d.pdf</small>		
Maßstab : 1:500 Verwendungszweck : Planung Ort : Siegen Straße : In der Feuersbach Druckdatum : 12.02.2019		Sparte: Strom (6)		 In Bereichen mit Linien oder Flächen in Orange ist eine gesicherte Online- Auskunft nicht möglich. Bitte wenden Sie sich an das zuständige RZ!

Auf dm Gewinn

In der Feuersbach

0020

0030

K0205

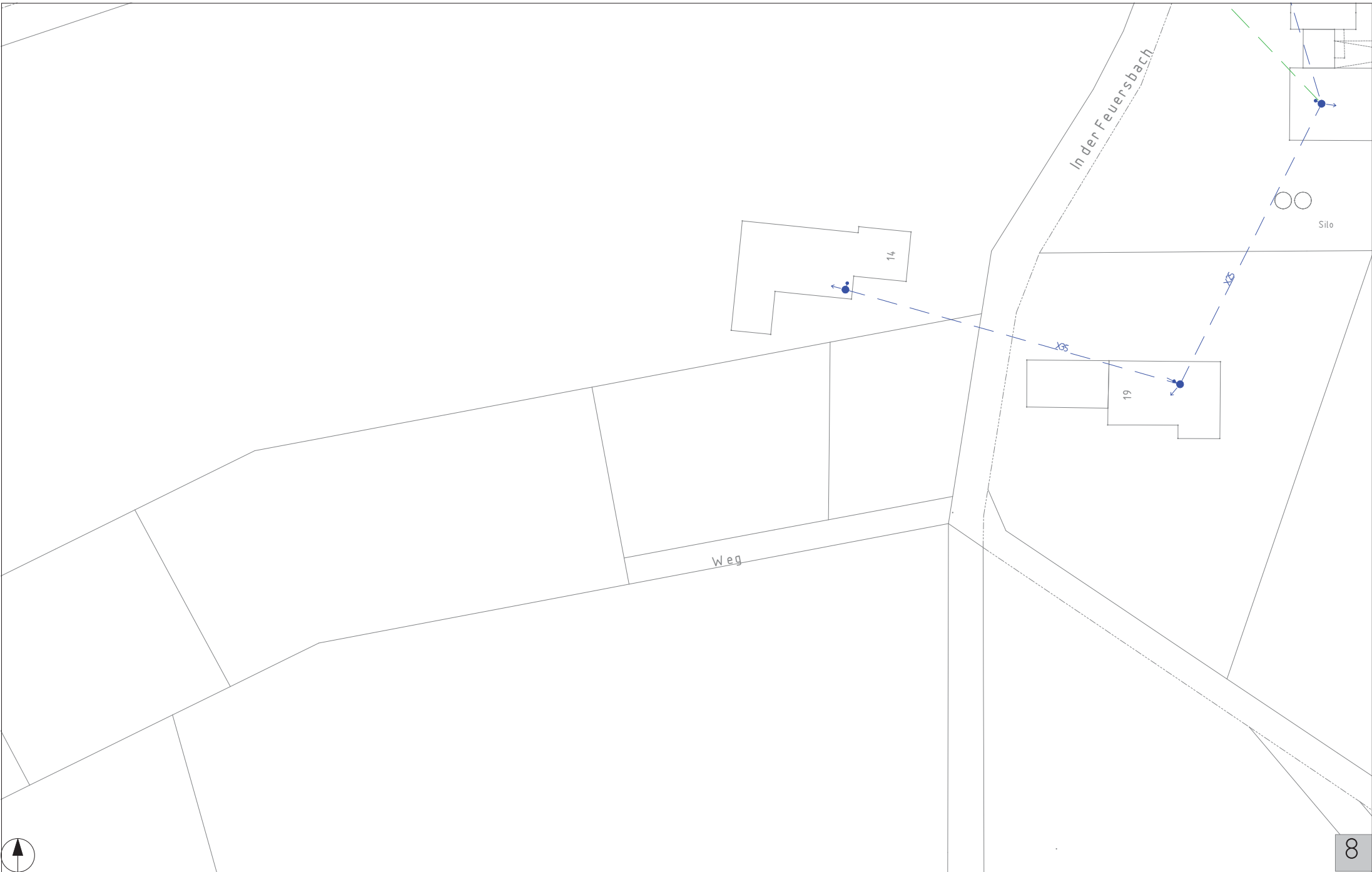
15

Maßstab : 1:500
Verwendungszweck : Planung
Ort : Siegen
Straße : In der Feuersbach
Druckdatum : 12.02.2019 Sparte: Strom (7)

Online - Planauskunft
rr/1549978713307-e45b7d0d-f4c7-4ecd-a36e-db1bd6364b9d.pdf

In Bereichen mit Linien oder Flächen
in Orange ist eine gesicherte Online-
Auskunft nicht möglich. Bitte wenden
Sie sich an das zuständige RZ!





Schneider, Patrick

Von: Loth, Armin <Armin.Loth@svb-siegen.de>
Gesendet: Freitag, 12. Juli 2019 13:19
An: Schneider, Patrick
Betreff: AW: Stadt Siegen, BPlan 431 "Reitstall Daub", 101. FNP-Änderung

Kennzeichnung: Zur Nachverfolgung
Kennzeichnungsstatus: Gekennzeichnet

Sehr geehrter Damen und Herren,

die Versorgung mit Trinkwasser kann durch die Siegener Versorgungsbetriebe derzeit nicht sichergestellt werden. Da der Bebauungsplan weiterhin Außenbereich bleibt, besteht zur Erschließung keine Verpflichtung aus dem Konzessionsvertrag. Eine Einzelfallbezogene vertragliche Regelung könnte möglich sein.

Mit freundlichen Grüßen

Von: [Göttert, Regine](#)
An: [Kobusinski, Patrick](#)
Thema: Bebauungsplan Nr. 431 "Reitstall Daub" und 101. FNP-Änderung - WVS NICHT BETROFFEN
Datum: Mittwoch, 3. Juli 2019 10:50:24

Bebauungsplan Nr. 431 "Reitstall Daub" und 101. FNP-Änderung

Ihr Zeichen:

Ihr Datum: 28. Juni 2019

Unser Zeichen: 6-0-56 / T10

Sehr geehrter Herr Kobusinski,

vielen Dank für Ihre Anfrage.

In dem angezeigten Bereich in Breitenbach, „Reitstall Daub“ sind keine Versorgungsleitungen des Wasserverbandes Siegen-Wittgenstein betroffen.

Wenn Sie Fragen haben, rufen Sie mich bitte an.

Freundliche Grüße

Regine Göttert
Technische Abteilung

Wasserverband Siegen-Wittgenstein
Einheitsstraße 23
57076 Siegen
Telefon +49 271 7096-47
Telefax +49 271 71098
r.goettert@wvs.nrw
www.wvs.nrw
Steuer-Nr. 342/5820/2846, USt.IdNr. DE 126572125



Bitte denken Sie an die Umwelt - müssen Sie diese E-Mail wirklich ausdrucken?

DEUTSCHE TELEKOM TECHNIK GMBH

Postfach 10 00, 58086 Hagen

Universitätsstadt Siegen

Der Bürgermeister

Postfach 100352

57003 Siegen

REFERENZEN TNL West, PTI33
ANSPRECHPARTNER Ludger Staljan
TELEFONNUMMER 0271 708 6041
DATUM 01.07.2019
BETRIFFT Stadt Siegen, BPlan 431 "Reitstall Daub", 101. FNP-Änderung

Sehr geehrter Damen und Herren,

vielen Dank für die Übersendung der Unterlagen zu dem oben genannten Vorgang.

Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:

Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom, die aus beigefügtem Plan ersichtlich sind.

Der Bestand und der Betrieb der vorhandenen TK-Linien müssen weiterhin gewährleistet bleiben.

Wir bitten, die Verkehrswege so an die vorhandenen umfangreichen Telekommunikationslinien der Telekom anzupassen, dass diese Telekommunikationslinien nicht verändert oder verlegt werden müssen.

Hinsichtlich geplanter Baumpflanzungen ist das "Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen" der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Ausgabe 1989; siehe insbesondere Abschnitt 3, zu beachten. Wir bitten sicherzustellen, dass durch die Baumpflanzungen der Bau, die Unterhaltung und Erweiterung der Telekommunikationslinien der Telekom nicht behindert werden.

DEUTSCHE TELEKOM TECHNIK GMBH

Hausanschrift: Untere Industriestr. 20, 57250 Netphen | Besucheradresse: Untere Industriestr. 20, 57250 Netphen

Postanschrift: Postfach 10 00, 5 80 86 Hagen | Pakete: Postfach 10 00, 5 80 86 Hagen

Telefon: 02331 203 3700 | Telefax: 02331 203 3709 | E-Mail: info@telekom.xy | Internet: www.telekom.xy

Konto: Postbank Saarbrücken (BLZ 590 100 66), Kto.-Nr. 248 586 68 | IBAN: DE17 5901 0066 0024 8586 68 | SWIFT-BIC: PBNKDEFF590

Aufsichtsrat: Niek Jan van Damme (Vorsitzender) | Geschäftsführung: Walter Goldenits (Vorsitzender), Maria Stettner, Dagmar Vöckler-Busch

Handelsregister: Amtsgericht Bonn HRB 14190, Sitz der Gesellschaft Bonn | UStIdNr. DE 814645262



ERLEBEN, WAS VERBINDET.

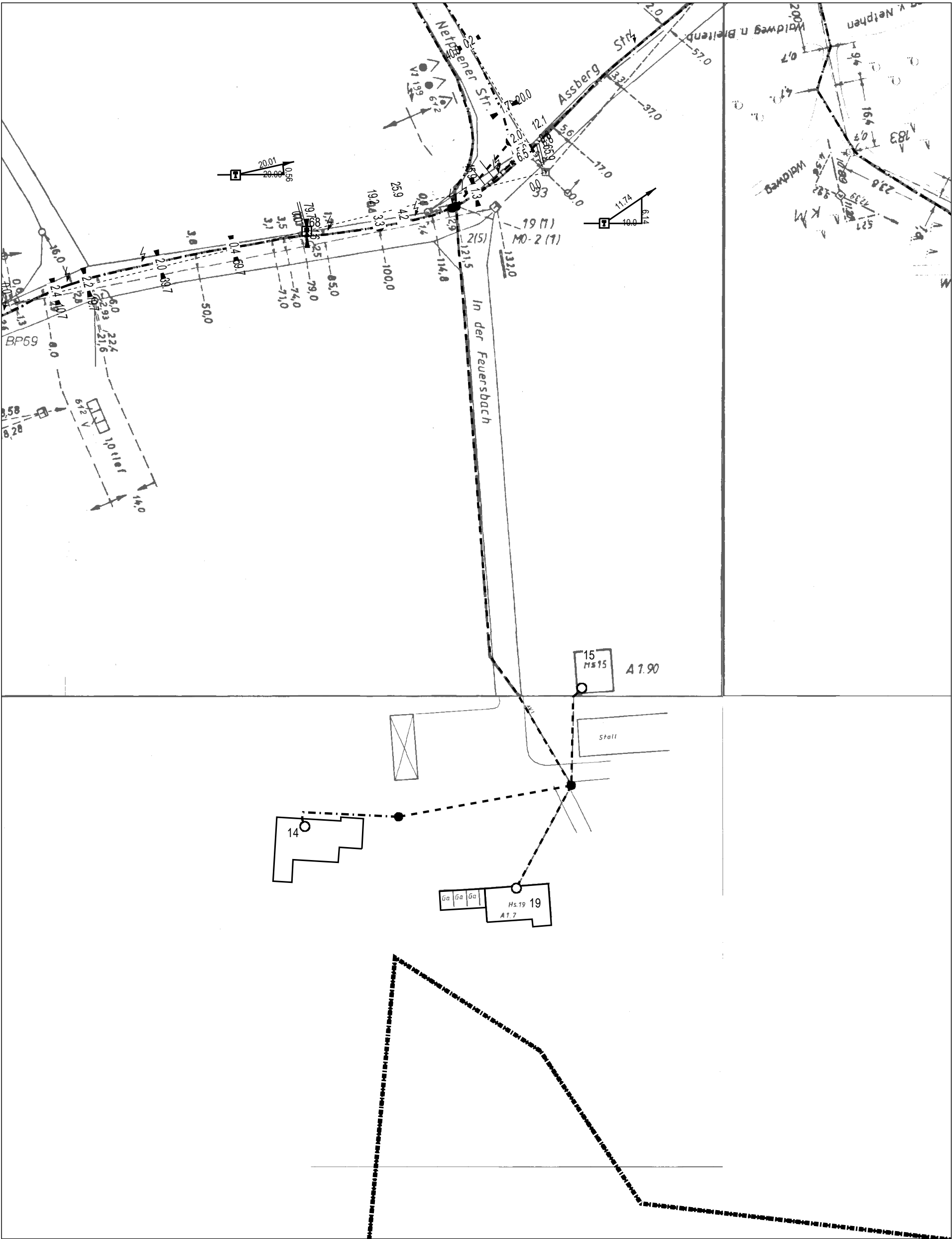
DATUM 01.07.2019
EMPFÄNGER Stadt Siegen
SEITE 2

Mit freundlichen Grüßen

i.A.

Ludger Staljan

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'L. Staljan', written over the printed name.



AT/Vh-Bez.: Kein aktiver Auftrag		AT/Vh-Nr.: Kein aktiver Auftrag	
TI NL	West		
PTI	Hagen		
ONB	Siegen, Deuz		
Bemerkung:		AsB	2, 6
		VsB	
		Name	Staljan Ludger PTI32 Siege
		Datum	01.07.2019
		Sicht	Lageplan
		Maßstab	1:1000
		Blatt	1



**Kreis
Siegen-Wittgenstein
Der Landrat**

Postanschrift: Kreis Siegen-Wittgenstein • 57069 Siegen

Amt für Bauen und Immissionsschutz

Dienstgebäude:
Koblenzer Straße 73
57072 Siegen

Stadt Siegen
Postfach 10 03 52
57003 Siegen



Ihr Ansprechpartner:
Dieter Niwar
Zimmer: 823
Telefon: 0271 333-1840
Telefax: 0271 333-291924
E-Mail: d.niwar@siegen-wittgenstein.de
toeb@siegen-wittgenstein.de

29. Juli 2019

Mein Zeichen:
61.72.10

Ihr Zeichen:

**101. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen
im Stadtteil Breitenbach
Beteiligung des Kreises Siegen-Wittgenstein als Träger
öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB**

Servicezeiten:
montags-freitags
jeweils 7.30 bis 12.00 Uhr
und 13.00 bis 15.00 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter Bezug auf Ihr Schreiben vom 28.06.19 wird zu der oben genannten städtebaulichen Maßnahme als

Untere Wasserbehörde
Untere Abfallwirtschaftsbehörde
Untere Bodenschutzbehörde
Untere Naturschutzbehörde
Fachgebiet Immissionsschutz

wie folgt Stellung genommen:

1. Stellungnahme der Unteren Wasserbehörde

Bezüglich der wasserrechtlichen Belange wird auf die Stellungnahme der Unteren Wasserbehörde zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 431 „Reitstall Daub“ verwiesen.

2. Stellungnahme der Unteren Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde

Die seitens der Stadt Siegen zur Verfügung gestellten Unterlagen wurden zur Kenntnis genommen. Anregungen und Hinweise werden zum jetzigen Zeitpunkt von hier nicht gegeben. Ich bitte die untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde am weiteren Verfahren zu beteiligen.

Zentrale:
Telefon: 0271 333-0
Telefax: 0271 333-2500

www.siegen-wittgenstein.de
post@siegen-wittgenstein.de
post@siegen-wittgenstein.de-mail.de

Bushaltestellen:
Kochs Ecke und Kreishaus
Hbf. ca. 10 Minuten Fußweg

Bankverbindung:
Sparkasse Siegen
IBAN:
DE54 4605 0001 0000 0100 90
SWIFT/BIC:
WELADED1SIE

Volksbank in Südwestfalen eG
IBAN:
DE69 4476 1534 0755 0005 01
SWIFT/BIC:
GENODEM1NRD

Umsatzsteuer-Nr.
342/5811/0883



Siegen-Wittgenstein
in Südwestfalen

3. Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde

Folgende Hinweise sind zum derzeitigen Stand der Planung zu geben:

1. Innerhalb des Änderungsbereiches befinden sich nach Kenntnisstand der Unteren Naturschutzbehörde 3 im Zusammenhang mit im Bereich der Reitanlage erfolgten Baumaßnahmen festgesetzte Ausgleichspflanzungen, welche demnach einer Berücksichtigung im Zuge der Bebauungsplanaufstellung bedürfen (vgl. Baugenehmigungs-Az. 10347.91 00, 10501.94 00 sowie 10220.93 02).
2. Der Planungsraum befindet sich vollumfänglich im Geltungsbereich des über den Landschaftsplan Siegen ausgewiesenen Landschaftsschutzgebietes Siegen.
Entsprechend § 20 (4) LNatSchG NRW treten der Umsetzung von späteren Bebauungsplänen entgegenstehende Bestimmungen des Landschaftsplanes Siegen (u.a. Bauverbot im Bereich des Landschaftsschutzgebietes) nur dann mit Rechtskraft des Bebauungsplanes außer Kraft, wenn die Untere Naturschutzbehörde im Zuge des zugehörigen Flächennutzungsplanverfahrens einer entsprechenden Darstellungsänderung nicht widersprochen hat (vgl. LBP / Ziffer 3.1).
Eine Berücksichtigung der im Umweltbericht, im Landschaftspflegerischen Begleitplan sowie in der Artenschutzprüfung formulierten und naturschutzrechtlich erforderlichen Minderungs-, Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahme ist somit im Zuge der weiteren Planungsschritte grundlegende Voraussetzung für die notwendige fachbehördliche Zustimmung.

4. Stellungnahme des Fachgebietes Immissionsschutz

Aus der Sicht des Immissionsschutzes werden keine Anregungen vorgebracht.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



Dieter Niwar

Universitätsstadt Siegen
Abteilung 4/5
Stadtentwicklung und -planung und Liegenschaften

11. Juli 2019

AG *ZTK*

Kreisstelle Siegen-Wittgenstein · Dünnefeldweg 13 · 59872 Meschede

Stadt Siegen
Postfach 10 03 52

57003 Siegen

Universitätsstadt Siegen

11. 07. 2019 08 / 00

Gb..... Abtl.....

Landwirtschaftskammer
Nordrhein-Westfalen

Kreisstelle

☐ Hochsauerland

Mail: meschede@lwk.nrw.de

☐ Olpe

Mail: olpe@lwk.nrw.de

☒ Siegen-Wittgenstein

Mail: siegen@lwk.nrw.de

Dünnefeldweg 13

59872 Meschede

Tel. 0291 9915-0, Fax -33

www.landwirtschaftskammer.de

Auskunft erteilt: Frau Biermann

Durchwahl: 54

Fax : 33

Mail : dorothee.biermann@lwk.nrw.de

Ihr Schreiben: per Mail

vom: 28.06.2019

54-St-Siegen-Breitenbach-BI.docx

Meschede 10.07.2019

Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ und 101. FNP-Änderung; Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung

Aus landwirtschaftlicher Sicht bestehen keine Bedenken gegen die Aufstellung des o.g. Bebauungsplanes und gegen die entsprechende Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen.

Im Auftrag

(Signature)

(Dr. Gerken)

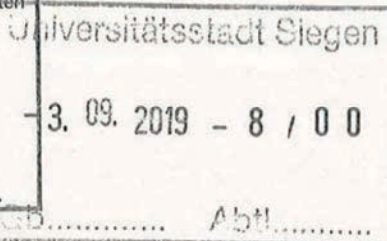


Bezirksregierung
Arnsberg



Bezirksregierung Arnsberg • Postfach 59817 Arnsberg
Stadtentwicklung und -planung und Liegenschaften

Bürgermeister
der Stadt Siegen 04. Sep. 2019
Markt 2
57072 Siegen



durch den
Landrat des Kreises Siegen-Wittgenstein
Koblenzer Straße 73
57072 Siegen

Datum: 27. August 2019
Seite 1 von 3

Aktenzeichen:
32.02.01.01-10.10-F101
bei Antwort bitte angeben

Auskunft erteilt:
Tielke, Dirk
dirk.tielke@bra.nrw.de
Telefon: 02931/82-2312
Fax: 02931/82-40917

Dienstgebäude:
Seibertstraße 2
59821 Arnsberg

101. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen

Anpassung der o.g. Planungsabsicht an die Ziele der Raumordnung
gemäß § 34 I LPIG NRW

Ihre Anfrage zur Anpassung der o.g. Planungsabsicht an die Ziele der
Raumordnung vom 19.06.2019 (Eingang BR Arnsberg am 05.07.2019)

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die o. g. Planungsabsicht kann gem. § 34 I LPIG NRW eine Vereinbarkeit mit den Erfordernissen der Raumordnung in Aussicht gestellt werden, wenn für die Planungsabsicht ein betrieblicher Zusammenhang mit der landwirtschaftlichen Betätigung begründet wird und die landwirtschaftliche Betätigung als Hauptzweck aus der Zweckbestimmung des Planzeichens eindeutig hervorgeht. Zudem sind die Planungsunterlagen um Aussagen zu den Themen Freiraumschutz, Freiraumfunktionen und Bodenschutz zu ergänzen.

Begründung der raumordnerischen Beurteilung

Für den angestrebten Änderungsbereich trifft der Regionalplan Arnsberg Teilabschnitt Oberbereich Siegen die zeichnerische Festlegungen „Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche“ (AFAB) und die überlagernde Festlegung „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung“ (BSLE).

Eine bauliche Entwicklung im AFAB unterliegt den Regelungen des Ziel 2-3 Landesentwicklungsplan NRW (LEP). Im regionalplanerisch festgelegten Freiraum können nur ausnahmsweise Bauflächen und -gebiete dargestellt und festgesetzt werden. Bei der o. g. Planungsab-

Hauptsitz:
Seibertstr. 1, 59821 Arnsberg

Telefon: 02931 82-0

poststelle@bra.nrw.de
www.bra.nrw.de

Servicezeiten:
Mo-Do 08:30 – 12:00 Uhr
13:30 – 16:00 Uhr
Fr 08:30 – 14:00 Uhr

Landeshauptkasse NRW
bei der Helaba:
IBAN:
DE27 3005 0000 0004 0080 17
BIC: WELADED3333

Umsatzsteuer ID:
DE123878675



sicht kann die Ausnahmeregelung zur angemessenen Erweiterung eines vorhandenen Betriebsstandortes zum Tragen kommen, wenn dargelegt wird, dass die Erweiterung im Verhältnis zur vorhandenen Betriebsstandort angemessen ist (Verhältnis zwischen Bestand und Erweiterungsabsicht; funktionaler Zusammenhang). Eine Änderung der bisherigen Zweckbestimmung ist von der Ausnahme nicht gedeckt. Bei Standorten landwirtschaftlicher Betriebe kann eine angemessene Erweiterung aber funktional zugeordnete vorhandene oder neue Nutzungen beinhalten, wenn dargelegt wird, dass ein Zusammenhang mit der landwirtschaftlichen Betätigung begründet werden kann und die Bauleitplanung weiterhin durch einen landwirtschaftlichen Betrieb geprägt wird. Die funktional zugeordneten nichtlandwirtschaftlichen Nutzungen müssen sich quantitativ und qualitativ deutlich unterordnen (Nebenzweck).

Die in der Begründung der Flächennutzungsplanänderung verwendete Zweckbestimmung „Wohnen mit Pferden“ (Kapitel 2.2) würde Dauerwohnen über die in § 35 BauGB geregelten Fälle hinaus im Plangebiet ermöglichen und somit gegen Ziel 6.1-4 LEP „Vermeidung von Splittersiedlungen“ verstoßen.

Zudem sind zusätzlich nachfolgende Erfordernisse der Raumordnung in die Planung einzustellen und Ausführungen dazu in die Begründung und in den Umweltbericht auf zu nehmen:

- gemäß Grundsatz 7.1-1 LEP, Ziel 13 und Grundsatz 9 Abs. 1 des Regionalplanes ist die Inanspruchnahme von Freiraum auf den unbedingt notwendigen Rahmen zu begrenzen
- mit Bezug auf Ziel 18 und Grundsatz 11 des Regionalplanes ist die beabsichtigte Planung auf den unbedingt erforderlichen Rahmen zu begrenzen, flächensparend auszuführen und landschaftsraumangepasst zu gestalten
- im Hinblick auf Grundsatz 7.1-4 Abs. 1 LEP ist der zum Teil im Plangebiet vorliegende schutzwürdige Boden zu thematisieren.

(Bodenkarte 50, 2. Auflage, SWB: Braunerde, schutzwürdige fruchtbare Böden, Regelungs- und Pufferfunktion / natürliche Bodenfruchtbarkeit, sw1_ff), (Bodenkarte 50, 3. Auflage, BFE: schutzwürdige Böden mit großem Wasserrückhaltevermögen, Kühlfunktion, Wasserhaushalt)

Die vorstehende Entscheidung bezieht sich nur auf das Verfahren nach § 34 LPlG. Andere Entscheidungen des Hauses nach anderen gesetzlichen Vorschriften bleiben hiervon unberührt. Eine Prüfung der Planung



in Bezug auf das Bauplanungsrecht erfolgte nicht. Sollten Sie diesbezüglich eine Prüfung oder Beratung wünschen, so bitten wir Sie, sich direkt an die Kolleginnen und Kollegen des Dezernates 35 zu wenden (www.bra.nrw.de/3035613).

Die Planunterlagen sind entsprechend der vorangestellten Aspekte zu überarbeiten und der Regionalplanungsbehörde im Verfahren nach § 34 V LPIG NRW erneut vorzulegen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Dirk Tielke'.

(Dirk Tielke)

Stadtplanung, Siegen

Von: Göttert, Regine <R.Goetttert@wvs.nrw>
Gesendet: Montag, 10. Mai 2021 16:21
An: Stadtplanung, Siegen
Betreff: AW: Betreff: Beteiligung § 4 (2) BauGB: Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ und 101. FNP-Änderung - WVS NICHT BETROFFEN

Beteiligung § 4 (2) BauGB: Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ und 101. FNP-Änderung

Ihr Zeichen:

Ihr Datum: 10. Mai 2021

Unser Zeichen: 6-0-56 / T10

Sehr geehrter Herr Meier,

vielen Dank für Ihre Anfrage.

In dem angezeigten Bereich in Siegen-Breitenbach, „Reitstall Daub“ sind keine Versorgungsleitungen des Wasserverbandes Siegen-Wittgenstein betroffen.

Wenn Sie Fragen haben, rufen Sie mich bitte an.

Freundliche Grüße vom Wasserverband

Regine Göttert

Technische Abteilung

Wasserverband Siegen-Wittgenstein

Einheitsstraße 23

57076 Siegen

Telefon +49 271 7096-47

Telefax +49 271 71098

r.goetttert@wvs.nrw

www.wvs.nrw



Bitte denken Sie an die Umwelt - müssen Sie diese E-Mail wirklich ausdrucken?

Von: Stadtplanung, Siegen [<mailto:Stadtplanung@siegen.de>]

Gesendet: Montag, 10. Mai 2021 11:32

An: Meier, Volker <V.Meier@siegen.de>

Betreff: Betreff: Beteiligung § 4 (2) BauGB: Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ und 101. FNP-Änderung

Stadtplanung, Siegen

Von: Mennekes, Andreas <andreas.mennekes@bra.nrw.de>
Gesendet: Mittwoch, 12. Mai 2021 10:11
An: Stadtplanung, Siegen
Betreff: AW: Betreff: Beteiligung § 4 (2) BauGB: Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ und 101. FNP-Änderung

Sehr geehrter Herr Meier,
sehr geehrte Damen und Herren,

zu den o.a. Parallelverfahren sind aus bergbehördlicher Zuständigkeit über die bereits im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung mitgeteilten Hinweise hinaus keine weiteren Ergänzungen erforderlich. Mithin erstatte ich Fehlanzeige. Mein Az. für Rückfragen lautet 65.52.1-2019-402.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
Andreas Mennekes

Andreas Mennekes <<mailto:andreas.mennekes@bezreg-arnsberg.nrw.de>>
Bezirksregierung Arnsberg
Abteilung Bergbau und Energie in NRW
Dezernat 65 - Markscheidewesen, Rechtsangelegenheiten
Goebenstraße 25
44135 Dortmund
Telefon: +49 2931 82 3665
Telefax: +49 2931 82 40460

Von: Stadtplanung, Siegen <Stadtplanung@siegen.de>
Gesendet: Montag, 10. Mai 2021 11:32
An: Meier, Volker <V.Meier@siegen.de>
Betreff: Betreff: Beteiligung § 4 (2) BauGB: Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ und 101. FNP-Änderung

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung vom 14.04.2021 den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 431 „Reitstall Daub“ und die zugehörige 101. FNP-Änderung jeweils mit Begründung und Umweltbericht beschlossen sowie deren Auslegung. Hiermit werden Sie gemäß § 4 (2) BauGB (Nachbarkommunen gemäß § 2 (2) BauGB) beteiligt und Ihre Stellungnahme zur Planung eingeholt.

Sollten Sie über Informationen verfügen, die für die Ermittlung und Bewertung des Abwägungsmaterials für die Planung zweckdienlich sind, so stellen Sie diese bitte zur Verfügung. Geben Sie außerdem Aufschluss über von Ihnen beabsichtigte oder bereits eingeleitete Planungen oder sonstige Maßnahmen sowie über deren zeitliche Abwicklung, soweit diese für die Planung von Belang sein könnten.

Ihre Stellungnahme bitte ich bis zum **25.06.2021** abzugeben.

Falls Sie keine Anregungen bzw. Hinweise vorbringen oder die Planung berührende Planungen oder sonstigen Maßnahme beabsichtigen, so bitte ich um Fehlanzeige.

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme bzw. Fehlanzeige möglichst digital an: stadtplanung@siegen.de

LWL-Archäologie für Westfalen - In der Wüste 4 - 57462 Olpe

Servicezeiten: Montag-Donnerstag 08:30 - 12:30 Uhr, 14:00 - 15:30 Uhr
Freitag 08:30 - 12:30 Uhr

Stadt Siegen
Amt für Städtebau
Postfach 10 03 52

Ansprechpartnerin:
Melanie Röring B.A.

Tel.: 02761 9375-42
Fax: 02761 937520
E-Mail: melanie.roering@lwl.org

57003 Siegen

Az.: 2317rö21.eml

Olpe, 12.05.2021

Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ und 101. FNP-Änderung

Ihr Schreiben vom 10.05.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Übersendung der o.g. Planunterlagen bedanken wir uns.

Wir verweisen auf den in der Begründung genannten Punkt „Denkmalpflege“ und bitten um Beachtung der darin genannten Auflagen.

Im Auftrag

gez.

Prof. Dr. Michael Baales
(Leiter der Außenstelle)

f. d. R.

M. Röring B.A.

Stadtplanung, Siegen

Von: uwe.achenbach@westnetz.de
Gesendet: Mittwoch, 12. Mai 2021 11:08
An: Stadtplanung, Siegen
Betreff: AW: Betreff: Beteiligung § 4 (2) BauGB: Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ und 101. FNP-Änderung

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bestätigen weiterhin (s. Abs. 3.4 Ihrer Unterlagen), die Gegebenheit der Grundversorgung der elektrischen Energieversorgung mittels einer oberirdischen Leitungstrasse im Niederspannungsnetz.

Eine maßgebliche Erhöhung der Netzanschlusskapazität wäre grundsätzlich möglich. Die sich hieraus evtl. zu ergebene Anschlussänderung – auch der Spannungsebene - ist rechtzeitig mit uns abzustimmen.

Die Kosten des neuen bzw. zu ändernden Netzanschlusses einschließlich einer optionalen kundeneigenen Trafostation hätte der Antragsteller (Eigentümer/Nutzer) zu tragen.

Mit freundlichen Grüßen
Uwe Achenbach

Westnetz GmbH
Regionalzentrum Sieg
Netzplaner Strom Team Siegen
Friedrichstraße 60, 57072 Siegen
T intern 753-2394
T extern +49(0)271/584-2394
M+49(0)162 / 284 60 51

Geschäftsführung: Diddo Diddens, Dr. Jürgen Gröner, Dr. Stefan Küppers,
Sitz der Gesellschaft: Dortmund
Eingetragen beim Amtsgericht Dortmund
Handelsregister-Nr. HRB 30872
UST.-IdNR. DE 325265170

Von: Stadtplanung, Siegen <Stadtplanung@siegen.de>
Gesendet: Montag, 10. Mai 2021 11:32
An: Meier, Volker <V.Meier@siegen.de>
Betreff: Betreff: Beteiligung § 4 (2) BauGB: Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ und 101. FNP-Änderung

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung vom 14.04.2021 den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 431 „Reitstall Daub“ und die zugehörige 101. FNP-Änderung jeweils mit Begründung und Umweltbericht beschlossen sowie deren Auslegung. Hiermit werden Sie gemäß § 4 (2) BauGB (Nachbarkommunen gemäß § 2 (2) BauGB) beteiligt und Ihre Stellungnahme zur Planung eingeholt.

Sollten Sie über Informationen verfügen, die für die Ermittlung und Bewertung des Abwägungsmaterials für die Planung zweckdienlich sind, so stellen Sie diese bitte zur Verfügung. Geben Sie außerdem Aufschluss über von Ihnen beabsichtigte oder bereits eingeleitete Planungen oder sonstige Maßnahmen sowie über deren zeitliche Abwicklung, soweit diese für die Planung von Belang sein könnten.

Landwirtschaftskammer NRW · Dünnefeldweg 13 · 59872 Meschede

Stadt Siegen
Der Bürgermeister
4/5-2 AG Stadtplanung
Lindenplatz 7
57078 Siegen

Kreisstelle

☐ Hochsauerland

Mail: meschede@lwk.nrw.de

☐ Olpe

Mail: olpe@lwk.nrw.de

☒ Siegen-Wittgenstein

Mail: siegen@lwk.nrw.de

Dünnefeldweg 13

59872 Meschede

Tel. 0291 9915-0, Fax -33

www.landwirtschaftskammer.de

Auskunft erteilt: Frau Stratmann

Durchwahl: 69

Mail: janina.stratmann@lwk.nrw.de

Meschede 19.05.2021

Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ und 101. FNP-Änderung

Hier: Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus landwirtschaftlicher Sicht bestehen keine Bedenken gegen die o.g. Flächennutzungsplanänderung sowie die Bebauungsplanaufstellung.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Zuwegung zu angrenzenden land- und forstwirtschaftlichen Flächen weiterhin sichergestellt sein muss.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Gez. Stratmann

Stadtplanung, Siegen

Von: Michael Düben <michael.dueben@gmx.de>
Gesendet: Sonntag, 23. Mai 2021 15:47
An: Stadtplanung, Siegen
Cc: Landesbüro Naturschutz NRW
Betreff: B-Plan Nr. 431 Reitstall Daub und 101.FNP-Änderung Labü SI-398/19
Anlagen: St Daub Siegen.docx

Betr.: Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“, 101. FNP-Änderung der Universitätsstadt Siegen, Ihr Schreiben vom 10.Mai 2021

Sehr geehrter Herr Meier,

im Anhang finden Sie die Stellungnahme des NABU Siegen-Wittgenstein für dieses Verfahren.

Mit freundlichem Gruß,

Michael Düben

Naturschutzbund Deutschland (NABU)
Kreisverband Siegen-Wittgenstein e.V.
Am Buchholz 1
57319 Bad Berleburg
Tel. Geschäftsstelle: 02751-5512
E-Mail: info@nabu-siwi.de
www.nabu-siwi.de

Registergericht Amtsgericht Siegen
Registernummer VR 1106
Vertretungsberechtigter Vorstand:
1. Vorsitzende Klaudia Witte
2. Vorsitzender Thomas Müsse

Ab dem 25.05.2018 gelten neue Informationspflichten zur Datenverarbeitung nach der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Die Informationen zur Datenverarbeitung von Mitgliedern, Spendern, Interessenten und Geschäftspartnern etc. durch den NABU Siegen-Wittgenstein e.V. finden Sie unter <https://www.nabu-siwi.de/j/privacy>

NABU

NABU-Siegen-Wittgenstein · Am Buchholz 1 · 57319 Bad Berleburg

Stadt Siegen
Postfach 100 352
57003 Siegen

Kreisverband Siegen-
Wittgenstein e.V.

Michael Düben

Am Buchholz 1
57319 Bad Berleburg

Tel.: 02751/5512

e-mail: michael.dueben@gmx.de

Bad Berleburg, 24.05.2021

Betr.: Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“, 101. FNP-Änderung der Universitätsstadt Siegen, Ihr Schreiben vom 10.Mai 2021

Hier: Stellungnahme des nach LNatSchG NRW anerkannten Naturschutzverbandes NABU; Labü: SI-398/19.

Sehr geehrter Herr Meier

In unserer Stellungnahme vom 9.7.2019 in dieser Sache hatten wir darauf hingewiesen, dass, als Ergebnis der vorgelegten Gutachten, im B-Plan **unter textlichen Festsetzungen aufgenommen werden muss, dass die Bau- und Abriss Genehmigung von Gebäuden erst nach abschließender Prüfung artenschutzrechtlicher Tatbestände erteilt werden kann.**

Diese Festlegung ist leider nicht erfolgt, obwohl sie unbedingt notwendig ist und den Forderungen der vorgelegten Gutachten entspricht!

Man könnte somit zur Auffassung kommen, dass der Stadt Siegen ein wirksamer Artenschutz nicht besonders wichtig ist.

Darauf würde dann auch folgender Hinweis im B-Plan hindeuten: `Beim Eingriff in den Baum- und Gehölzbestand, bei dem potentielle Bruthöhlen oder Nistplätze verloren gehen, wird die Bereitstellung künstlicher Nisthilfen empfohlen`. Wieso nur empfohlen? Es müsste doch selbstverständlich sein, dass vernichtete Nistplätze durch künstliche Nistplätze ersetzt werden müssen!

In der Begründung findet sich unter Kompensationsbilanz folgender Satz: `Da sich aber innerhalb des Änderungsbereiches derzeit keine sinnvollen Maßnahmen zur Kompensation ergeben, ist es seitens des Gesetzgebers möglich, die Kompensationspflicht durch den Einsatz von sog. Ökopunkten zu erfüllen`.

Dies ist rechtlich nicht falsch, aber es gibt durchaus innerhalb des Änderungsbereichs Möglichkeiten für sinnvolle Maßnahmen!

So führen die vorgelegten Gutachten z.B. die Schaffung von künstlichen Nisthilfen für Vögel und Fledermäuse in den alten und neuen Gebäuden an. Speziell in Zusammenhang mit einer Pferdehaltung kann man der gefährdeten Rauchschwalbe Nistmöglichkeiten anbieten.

Weiterhin verweisen die Gutachten auf die Schaffung eines Amphibiengewässers und die Maßnahmen, die sich hinter **dem Hinweis 8 `Pflanzgebot`** verbergen.

Speziell dieses Pflanzgebot ist auch geeignet, die negativen Einflüsse auf das Landschaftsbild zu vermindern und muss somit zur Durchführung festgesetzt werden.

Laut Gutachten ist das Gebiet sehr geeignet, auf den Dachflächen regenerative Energie durch Fotovoltaik zu erzeugen. Dies wird großzügig erlaubt, allerdings nicht festgesetzt.

Die Stadt Siegen hat sich öffentlich dazu bekannt, aktiv gegen den Klimawandel vorzugehen.

Wenn dies eine ehrliche Absicht ist, muss sie auch in den B-Plänen die Erzeugung erneuerbarer Energien festsetzen.

Selbst die Bezirksregierung Arnsberg weist im neuen Regionalplanentwurf darauf hin, dass dies den Gemeinden entsprechend § 9 Abs. 1 Nr. 23 b BauGB möglich ist.

Da die Stadt Siegen in diesem B-Plan den Bauherren außergewöhnlich große Möglichkeiten zur freien Gestaltung gibt, ist dies für die Bauherren zumutbar.

Mit freundlichem Gruß

Michael Düben

Stadtplanung, Siegen

Von: Loth, Armin <Dipl.-Ing.Armin.Loth@svb-siegen.de>
Gesendet: Dienstag, 8. Juni 2021 16:29
An: Stadtplanung, Siegen
Cc: Heinrich, Dirk; Janke, Matthias
Betreff: AW: Betreff: Beteiligung § 4 (2) BauGB: Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ und 101. FNP-Änderung

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur Auslegung der Entwürfe zum Bebauungsplan 431 sowie zur 101. Änderung nehmen die SVB wie folgt Stellung:

- Lediglich hinweisen möchten wir, dass in den Begründungen unter Punkte 3.2 (FNP) bzw. 3.3 (BP431) nur die verkehrliche Erschließung behandelt wird.
- Den Ausführungen zur Trinkwasser- und Erdgasversorgung in der Begründung zum Bebauungsplan stimmen die SVB zu und weisen nur erneut daraufhin, dass für die Trinkwasserversorgung alternativ eine Versorgung auf Basis einer einzelfallbezogenen vertraglichen Regelung mit den SVB möglich sein kann.
- Den Ausführungen in der Begründung zum Flächennutzungsplan unter 3.3 Ver-/Entsorgung \ Trinkwasser stimmen die SVB nicht zu. Hier muss der gleiche Text eingefügt werden wie in der Begründung zum Bebauungsplan, da zwar eine Eigenversorgung bei Verzicht der Stad Siegen auf den Anschluss- und Benutzungszwang geregelt ist, nicht aber die Versorgung durch einen Dritten im Konzessionsgebiet der SVB.

Mit freundlichen Grüßen

Von: Stadtplanung, Siegen <Stadtplanung@siegen.de>
Gesendet: Montag, 10. Mai 2021 11:32
An: Meier, Volker <V.Meier@siegen.de>
Betreff: Betreff: Beteiligung § 4 (2) BauGB: Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ und 101. FNP-Änderung

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung vom 14.04.2021 den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 431 „Reitstall Daub“ und die zugehörige 101. FNP-Änderung jeweils mit Begründung und Umweltbericht beschlossen sowie deren Auslegung. Hiermit werden Sie gemäß § 4 (2) BauGB (Nachbarkommunen gemäß § 2 (2) BauGB) beteiligt und Ihre Stellungnahme zur Planung eingeholt.

Sollten Sie über Informationen verfügen, die für die Ermittlung und Bewertung des Abwägungsmaterials für die Planung zweckdienlich sind, so stellen Sie diese bitte zur Verfügung. Geben Sie außerdem Aufschluss über von Ihnen beabsichtigte oder bereits eingeleitete Planungen oder sonstige Maßnahmen sowie über deren zeitliche Abwicklung, soweit diese für die Planung von Belang sein könnten.

Ihre Stellungnahme bitte ich bis zum **25.06.2021** abzugeben.

Falls Sie keine Anregungen bzw. Hinweise vorbringen oder die Planung berührende Planungen oder sonstigen Maßnahme beabsichtigen, so bitte ich um Fehlanzeige.

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme bzw. Fehlanzeige möglichst digital an: stadtplanung@siegen.de

Postalisch bitte an: Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7, 57078 Siegen, 4/5-2 AG Stadtplanung.

Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können gemäß § 4a Abs. 6 BauGB unberücksichtigt bleiben.

Die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB findet in der Zeit vom 17.05. bis 25.06.2021 als Veröffentlichung im Internet gemäß § 3 Abs. 1 PlanSIG statt. Die Bekanntmachung erfolgte am 08.05.2021.

Die Beteiligungsunterlagen können Sie unter folgendem Link bis zum Ende der Beteiligungsfrist herunterladen:

www.siegen.de/bauleitplanungbeteiligung42

Die Unterlagen sind ohne Zugangsbeschränkung verfügbar. Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.

Volker Meier



UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN

Der Bürgermeister

Arbeitsgruppe 4/5-2 ▪ Stadtplanung

Rathaus Geisweid / Lindenplatz 7 ▪ 57078 Siegen

Telefon: (0271) 404-3283 ▪ Telefax: (0271) 40436-3283

E-Mail: v.meier@siegen.de

www.siegen.de



=====

Dipl.-Ing. (FH) Armin Loth
Handlungsbevollmächtigter
Abteilungsleiter Planung
Siegener Versorgungsbetriebe GmbH
Morleystraße 29-37
57072 Siegen

Tel.: 0271 / 3307-204

E-Mail: Dipl.-Ing.Armin.Loth@svb-siegen.de

www.svb-siegen.de

=====

Geschäftsführer:
Thomas Mehrer
Aufsichtsratsvorsitzender:
Frank Weber

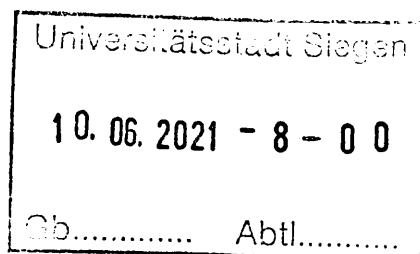
Sitz der Gesellschaft: Siegen
Register-Nr.: HRB 1438
USt.-IdNr.: DE126569515



**Kreis
Siegen-Wittgenstein
Der Landrat**

Postanschrift: Kreis Siegen-Wittgenstein • 57069 Siegen

Stadt Siegen
Postfach 10 03 52
57003 Siegen



8. Juni 2021

Bauamt

Dienstgebäude:
Koblenzer Straße 73
57072 Siegen

Ihr Ansprechpartner:

Dieter Niwar
Zimmer: 823
Telefon: 0271 333-1840
Telefax: 0271 333-291924
E-Mail: d.niwar@siegen-wittgenstein.de
toeb@siegen-wittgenstein.de

Mein Zeichen:
61.72.10

Ihr Zeichen:

Servicezeiten:
montags-freitags
jeweils 7.30 bis 12.00 Uhr
und 13.00 bis 15.00 Uhr

**101. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen
(Bereich Reitstall Daub)
Beteiligung des Kreises Siegen-Wittgenstein als Träger
öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB**

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter Bezug auf Ihr Schreiben vom 10.05.21 wird zu der oben genannten städtebaulichen Maßnahme als

Untere Wasserbehörde
Untere Abfallwirtschaftsbehörde
Untere Bodenschutzbehörde
Untere Naturschutzbehörde
Fachgebiet Immissionsschutz

wie folgt Stellung genommen:

1. Stellungnahme der Unteren Wasserbehörde

Bezüglich der wasserrechtlichen Belange wird auf die Stellungnahme der Unteren Wasserbehörde zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 431 „Reitstall Daub“ verwiesen.

2. Stellungnahme der Unteren Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde

Aus abfall- und bodenschutzrechtlicher Sicht bestehen gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen im Stadtteil Breitenbach keine Bedenken. Anregungen und Hinweise werden von hier nicht gegeben.

Zentrale:
Telefon: 0271 333-0
Telefax: 0271 333-2500

www.siegen-wittgenstein.de
post@siegen-wittgenstein.de
post@siegen-wittgenstein.de-mail.de

Bushaltestellen:
Kochs Ecke und Kreishaus
Hbf. ca. 10 Minuten Fußweg

Bankverbindung:
Sparkasse Siegen
IBAN:
DE54 4605 0001 0000 0100 90
SWIFT/BIC:
WELADED1SIE

Volksbank in Südwestfalen eG
IBAN:
DE69 4476 1534 0755 0005 01
SWIFT/BIC:
GENODEM1NRD

Umsatzsteuer-Nr.
342/5894/0610



Siegen-Wittgenstein
in Südwestfalen

3. Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde

Gegenüber der Flächennutzungsplanänderung in der vorgesehenen Art und Weise werden keine Einwände erhoben.

4. Stellungnahme des Fachgebietes Immissionsschutz

Aus der Sicht des Immissionsschutzes werden keine Anregungen vorgebracht.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



Dieter Niwar



Amprion GmbH, Robert-Schuman-Straße 7, 44263 Dortmund

Stadt Siegen
Rathaus Geisweid
Lindenplatz 7
57078 Siegen

Asset Management

Ihr Zeichen	Volker Meier
Ihre Nachricht	10.05.2021
Unsere Zeichen	A-BB/2459/Hb/152.325/Sch
Name	Herr Hasenburg
Telefon	+49 231 5849-15772
Telefax	+49 231 5849-15667
E-Mail	volker.hasenburg@amprion.net

Dortmund, 15. Juni 2021

Seite 1 von 1

Beteiligung § 4 (2) BauGB: Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ und 101. FNP-Änderung 110-/220-kV-Höchstspannungsfreileitung Pkt. Setzerwiesen – Feuersbach, Bl. 2459 (Maste 22 bis 26)

Amprion GmbH

Robert-Schuman-Straße 7
44263 Dortmund
Germany

Sehr geehrte Damen und Herren,

T +49 231 5849-0
F +49 231 5849-14188

im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung zur o. g. Bauleitplanung haben wir mit Schreiben vom 28.02.2019 eine erste Stellungnahme abgegeben, in der wir auf den Verlauf der im Betreff genannten Höchstspannungsfreileitung hingewiesen haben.

www.amprion.net

www.twitter.com/Amprion

Aufsichtsratsvorsitzender

Uwe Tigges

Geschäftsführung:

Dr. Hans-Jürgen Brick (Vorsitzender)
Dr. Hendrik Neumann
Peter Rüth

Der nun im Rahmen der öffentlichen Auslegung reduzierte Geltungsbe-
reich, wie in den Festsetzungskarte im Maßstab 1 : 2500 vom
04.02.2021 (101. Änderung FNP) und im Maßstab 1 : 1000 vom
16.02.2021 (Bebauungsplan Nr. 431) dargestellt, liegt in einem Abstand
von mindestens 50 m zum Schutzstreifenrand unserer Freileitung.

Sitz der Gesellschaft:

Dortmund
Eingetragen beim
Amtsgericht Dortmund
Handelsregister-Nr.
HRB 15940


Gegen die Ausweisung des Sondergebietes und die darin geplanten
Maßnahmen bestehen aus unserer Sicht derzeit keine Bedenken.


Wir bitten Sie, uns weiter am Verfahren zu beteiligen und stehen für
Rückfragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Amprion GmbH

Verteiler:
Bl. 2459
(z. Schr. v.
28.02.2019)

 Digital
unterschieden von
Marc Bollwerk
Datum: 2021.06.16
13:54:16 +02'00'

 Digital
unterschieden
von volker
hasenburg
Datum: 2021.06.16
13:34:25 +02'00'

Information zum Datenschutz



Datenschutz ist uns wichtig. Mit den nachfolgenden Hinweisen möchten wir Sie über die Nutzung Ihrer Daten bei der Amprion GmbH informieren.

Verantwortliche Stelle

Verantwortliche Stelle für die Verarbeitung Ihrer Daten im Sinne der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) ist die

Amprion GmbH
Rheinlanddamm 24
44139 Dortmund
E-Mail: datenschutz@amprion.net
Fax: +49 231 5849 11139

Datenschutzbeauftragter

Der Datenschutzbeauftragte der Amprion GmbH
c/o migosens GmbH
Wiesenstr. 35
45473 Mülheim an der Ruhr
E-Mail: dsb-amprion@dsb24.net
Tel: +49 (0) 208-99395110
Fax: +49 (0) 208-99395119

Zwecke der Datenverarbeitung

Als unabhängiger Übertragungsnetzbetreiber plant, baut und betreibt Amprion Übertragungsnetze im Strombereich zur Erfüllung der gesetzlichen Aufträge zum Netzausbau und Netzbetrieb.

Wir erheben und verwenden Ihre personenbezogenen Daten grundsätzlich nur, soweit dies zur Erfüllung unserer geschäftlichen Aufgaben erforderlich ist.

Soweit wir für Verarbeitungsvorgänge personenbezogener Daten eine Einwilligung von Ihnen einholen, dient Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.

Bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten, die zur Erfüllung eines Vertrages erforderlich ist, dient Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO als Rechtsgrundlage. Dies gilt auch für Verarbeitungsvorgänge, die zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich sind.

Soweit eine Verarbeitung personenbezogener Daten zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, der unser Unternehmen unterliegt, dient Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO als Rechtsgrundlage.

Ist die Verarbeitung zur Wahrung eines berechtigten Interesses unseres Unternehmens oder eines Dritten erforderlich und überwiegen die Interessen, Grundrechte und Grundfreiheiten des Betroffenen das erstgenannte Interesse nicht, so dient Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.

Kategorien personenbezogener Daten

Kategorien personenbezogener Daten können z. B. sein:

Name, Adresse, Kontaktdaten, E-Mailadresse, Telefonnummer, Geburtsdaten, Flurstückdaten

Quellen personenbezogener Daten

Quellen personenbezogener Daten können z. B. sein:

Kommerzielle Datenportale (Datendienste von Dienstleistern), Flurbereinigungsbehörden, Katasterämter, Meldeämter, Steuerämter, Grundbuchämter

Weitergabe an Dritte

Innerhalb unseres Unternehmens erhalten diejenigen Stellen Zugriff auf die Daten, die dies zur Erfüllung der oben genannten Zwecke benötigen. Das gilt auch für von uns eingesetzte Dienstleister und Erfüllungsgehilfen. Personenbezogene Daten werden von uns an Dritte nur übermittelt, wenn dies für die vorgenannten Zwecke erforderlich ist oder Sie zuvor eingewilligt haben. Auftragsverarbeiter werden nach den Vorgaben des Art. 28 DSGVO eingebunden.



Empfänger personenbezogener Daten können z. B. sein:

Planungs- und Ingenieurbüros, Sachverständige, Baufirmen, Behörden, Gerichte, Notariate, Netzbetreiber.

Übermittlung in ein Drittland

Personenbezogene Daten werden nach den Vorgaben des Kapitel 5 DSGVO und nur dann in Länder außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums oder an eine internationale Organisation weitergeleitet, wenn dies zur Erfüllung des Vertrages oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen notwendig ist, die Übermittlung gesetzlich vorgeschrieben ist oder uns eine Einwilligung von Ihnen vorliegt.

Dauer der Datenspeicherung

Ihre personenbezogenen Daten werden gelöscht, sobald der Zweck der Speicherung entfällt. Eine Speicherung kann darüber hinaus dann erfolgen, wenn dies durch den europäischen oder nationalen Gesetzgeber in unionsrechtlichen Verordnungen, Gesetzen oder sonstigen Vorschriften, denen wir als Verantwortliche unterliegen, vorgesehen wurde. Eine Löschung der Daten erfolgt auch dann, wenn eine durch die genannten Normen vorgeschriebene Speicherfrist abläuft, es sei denn, dass eine Erforderlichkeit zur weiteren Speicherung der Daten für einen Vertragsabschluss oder eine Vertragserfüllung besteht.

Auskunftsrecht, Recht auf Berichtigung, Einschränkung der Verarbeitung, Löschung, Widerspruch und Widerruf der Einwilligung, Datenübertragbarkeit

Ihnen steht ein Auskunftsrecht bezüglich der über Sie gespeicherten personenbezogenen Daten, deren Herkunft und Empfänger sowie den Zweck der Speicherung zu. Sie können Berichtigung oder Löschung bzw. Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten verlangen, sofern die Daten sachlich falsch sind oder deren Verarbeitung nicht (mehr) zulässig ist. Eine Einschränkung der Verarbeitung kann Ihnen auch dann zustehen, wenn die Amprion GmbH die Daten zwar nicht mehr benötigt, Sie diese Daten allerdings zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen. Sollten wir Ihre Daten auf Grundlage einer Interessenabwägung verarbeiten, haben Sie das Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung. Sie haben das Recht, Ihre datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt. Ebenso haben Sie das Recht auf Datenübertragbarkeit. Für die Wahrnehmung Ihrer Rechte wenden Sie sich bitte an die untenstehenden Kontaktdaten.

Bestehen eines Beschwerderechts gegenüber einer Aufsichtsbehörde

Unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs steht Ihnen das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, zu, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt.

Kontaktinformation für den Fall einer Beschwerde

Die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationssicherheit Nordrhein- Westfalen
Kavalleriestraße 2-4
40213 Düsseldorf



Vodafone NRW GmbH, Postfach 10 20 28, 34020 Kassel

Universitätsstadt Siegen - Der Bürgermeister
Herr Volker Meier
Arbeitsgruppe 4/5-2 ▪ Stadtplanung
Rathaus Geisweid / Lindenplatz 7
57078 Siegen

Bearbeiter(in): Frau Schröder
Abteilung: Order Entry
Direktwahl: +49 561 7818-153
E-Mail: ZentralePlanungND@unitymedia.de
Vorgangsnummer: EG-29227

Seite 1/1

Datum
23.06.2021

Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ und 101. FNP-Änderung

Sehr geehrter Herr Meier,

vielen Dank für Ihre Informationen.

Gegen die o. a. Planung haben wir keine Einwände.

Eigene Arbeiten oder Mitverlegungen sind nicht geplant.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Bitte geben Sie dabei immer unsere obenstehende Vorgangsnummer an.

Bitte beachten Sie:

Bei einer Stellungnahme, z.B. wegen Umverlegung, Mitverlegung, Baufeldfreimachung, etc. oder eine Koordinierung/Abstimmung zum weiteren Vorgehen, dass Vodafone und Unitymedia trotz der Fusion hier noch separat Stellung nehmen. Demnach gelten weiterhin die bisherigen Kommunikationswege. Wir bitten dies für die nächsten Monate zu bedenken und zu entschuldigen.

Freundliche Grüße

Order Entry Vodafone

Vodafone NRW GmbH

Aachener Str. 746-750, 50933 Köln, Postanschrift: Zentrale Planung, Postfach 10 20 28, 34020 Kassel
vodafone.de

Geschäftsführung: Dr. Johannes Ametsreiter (Vorsitzender), Anna Dimitrova, Bettina Karsch, Andreas Laukenmann, Gerhard Mack, Alexander Saul
Handelsregister: Amtsgericht Köln, HRB 55984, Sitz der Gesellschaft: Köln, USt-ID DE 813 243 353

Stadtplanung, Siegen

Von: ZentralePlanungND <ZentralePlanungND@unitymedia.de>
Gesendet: Mittwoch, 23. Juni 2021 13:26
An: Stadtplanung, Siegen
Betreff: AW: Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ und 101. FNP-Änderung
Anlagen: Antwort.pdf

Sehr geehrter Herr Meier,

vielen Dank für Ihre Anfrage. Beigefügt erhalten Sie unsere Stellungnahme.

Herzliche Grüße



Order Entry

TFPO

ZentralePlanungND@Unitymedia.de

Vodafone NRW GmbH
Postfach 10 20 28, 34020 Kassel

vodafone.de

The future is exciting.

Ready?

Geschäftsführung: Dr. Johannes Ametsreiter (Vorsitzender), Anna Dimitrova, Bettina Karsch, Andreas Laukenmann, Gerhard Mack, Alexander Saul
Handelsregister: Amtsgericht Köln, HRB 55984, Sitz der Gesellschaft: Köln, USt-ID DE 813 243 353

Von: Stadtplanung, Siegen <Stadtplanung@siegen.de>
Gesendet: Montag, 10. Mai 2021 11:32
An: Meier, Volker <V.Meier@siegen.de>
Betreff: Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ und 101. FNP-Änderung

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung vom 14.04.2021 den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 431 „Reitstall Daub“ und die zugehörige 101. FNP-Änderung jeweils mit Begründung und Umweltbericht beschlossen sowie deren Auslegung. Hiermit werden Sie gemäß § 4 (2) BauGB (Nachbarkommunen gemäß § 2 (2) BauGB) beteiligt und Ihre Stellungnahme zur Planung eingeholt.

Sollten Sie über Informationen verfügen, die für die Ermittlung und Bewertung des Abwägungsmaterials für die Planung zweckdienlich sind, so stellen Sie diese bitte zur Verfügung. Geben Sie außerdem Aufschluss über von Ihnen beabsichtigte oder bereits eingeleitete Planungen oder sonstige Maßnahmen sowie über deren zeitliche Abwicklung, soweit diese für die Planung von Belang sein könnten.

Ihre Stellungnahme bitte ich bis zum **25.06.2021** abzugeben.

Falls Sie keine Anregungen bzw. Hinweise vorbringen oder die Planung berührende Planungen oder sonstigen Maßnahme beabsichtigen, so bitte ich um Fehlanzeige.



Universitätsstadt Siegen
Herrn Volker Meier
Lindenplatz 7
57078 Siegen

Datum: 25. Juni 2021
Unser Zeichen: sh
Ansprechpartner(in): Stephan Häger
Telefon: 0271 3302-315
Fax: 0271 3302-44315
E-Mail: stephan.haeger@siegen.ihk.de

Per Mail an: v.meier@siegen.de

**Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 431 „Reitstall Daub“ sowie 101. Änderung des
Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren**
Stellungnahme gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Sehr geehrter Herr Meier,

die Industrie- und Handelskammer (IHK) Siegen bedankt sich für die erneute Beteiligung an den Planverfahren und die Zusendung der Planungsunterlagen. Ziel der vorliegenden Bauleitplanungen ist es, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Entwicklung des „Reitstall Daub“ zu schaffen.

Die Rolle der IHK Siegen im Planungsprozess

Die IHK Siegen ist als Trägerin öffentlicher Belange an Bauleitplanverfahren zu beteiligen. Im Rahmen der Aufstellung der Bauleitpläne werden öffentliche und private Belange gegeneinander und untereinander abgewogen. Die IHK Siegen vertritt dabei das gesamtwirtschaftliche Interesse, indem sie in den Stellungnahmen auf die Sicherung der Belange der Wirtschaft, wie Entwicklung einer wirtschaftsfreundlichen Infrastruktur und die Vorhaltung ausreichend großer Gewerbeflächen achtet.

Einschätzung und Bewertung der vorliegenden Bauleitplanungen durch die IHK Siegen

Die IHK Siegen hat gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 431 „Reitstall Daub“ als auch gegen die 101. Änderung des FNP keine Bedenken. Wir begrüßen, dass planungsrechtliche Voraussetzungen für eine zukunftssichernde Entwicklung des Reiterhofes geschaffen werden, die der Standortsicherung dienen und zukünftige Betriebserweiterungen ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag


Stephan Häger



NABU-Siegen-Wittgenstein Am Buchholz 1· 57319 Bad Berleburg

An
Stadt Siegen
Postfach 100 352

57003 Siegen

Kreisverband Siegen-Wittgenstein

1. Vorsitzende

Prof. Dr. Klaudia Witte
Kirchwiese 12
57078 Siegen

Tel.: 0271/ 2385184

e-mail: witte@biologie.uni-siegen.de

Siegen, den 25.06.2021

Betr.: Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“, 101. FNP-Änderung der Universitätsstadt Siegen, Ihr Schreiben vom 10.Mai 2021

Hier: Stellungnahme des nach LNatSchG NRW anerkannten Naturschutzverbandes NABU;
Labü: SI-398/19.

Sehr geehrter Herr Meier,

hiermit schließe ich mich den Ausführungen von Herrn Düben im Schreiben an Sie vom 24.05.2021 an und möchte noch folgende Punkte hinzufügen.

Ein Eingriff in den Baum- und Gehölzbestand, bei dem potentielle Bruthöhlen oder Nistplätze verloren gehen, kann nur außerhalb der Brutperiode durchgeführt werden. Für den damit unweigerlich verbundenen Verlust von Nistmöglichkeiten für Vögel müssen neue Nistmöglichkeiten und Tagesquartier für Fledermäuse an den bestehenden Gebäuden angeboten werden. An den neuen Gebäuden müssen bereits beim Bau neue Nistmöglichkeiten und neue Tagesquartiere für Fledermäuse eingeplant und fertiggestellt werden. Ist ein Offenstall geplant, sollten die Nistmöglichkeiten für Rauchschnalben in Offenställen (s. Artikel aus „Der Falke“ 4/2021) Anwendung finden. Vernichtete Nistplätze müssen selbstverständlich durch neue Nistplätze ersetzt werden.

Bankverbindung

Sparkasse Siegen
BIC: WELADED1SIE
IBAN: DE21 4605 0001
0000 0249 43

Rechnungsadresse

NABU Siegen-Wittgenstein
z. Hd. Manfred Semper
Am Hirschberg 19
57076 Siegen

NABU Info

Anerkannter Naturschutzverband nach §58
Bundesnaturschutzgesetz, Spenden und
Beiträge sind steuerlich absetzbar.
www.nabu-siwi.de

NABU Naturschutzbund KV Siegen-Wittgenstein e.V.

Am Buchholz 1
57319 Bad Berleburg
e-mail: info@nabu-siwi.de
Telefon: 02751 / 5512

Die im Gutachten aufgeführten Hinweise zu Schaffung eines Amphibiengewässers müssen umgesetzt und überprüft werden.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Klaudia Witte
1. Vorsitzende des NABU Siegen-Wittgenstein

Bankverbindung

Sparkasse Siegen
BIC: WELADED1SIE
IBAN: DE21 4605 0001
0000 0249 43

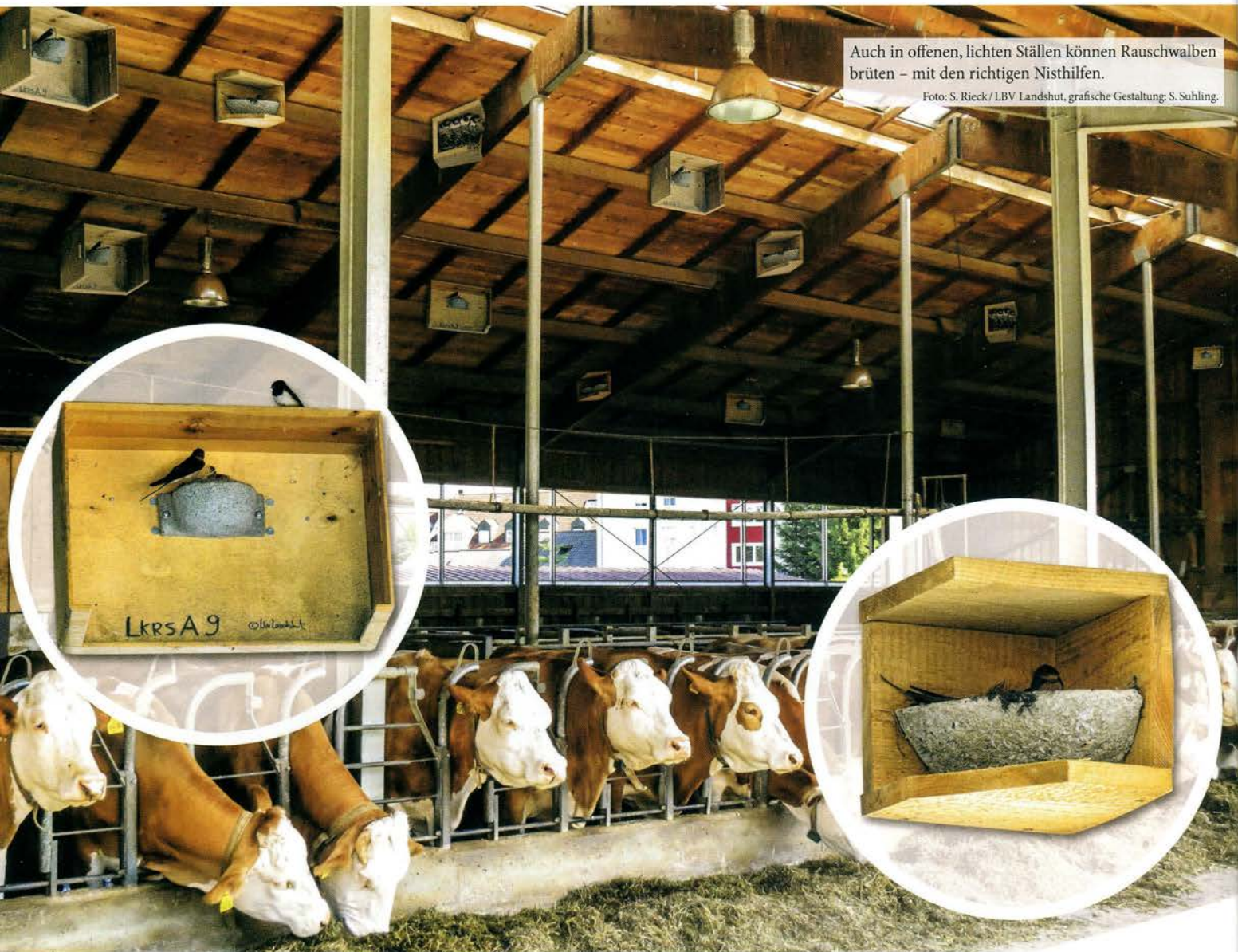
Rechnungsadresse

NABU Siegen-Wittgenstein
z. Hd. Manfred Semper
Am Hirschberg 19
57076 Siegen

NABU Info

Anerkannter Naturschutzverband nach §58
Bundesnaturschutzgesetz, Spenden und
Beiträge sind steuerlich absetzbar.
www.nabu-siwi.de

NABU Naturschutzbund
KV Siegen-Wittgenstein e.V.
Am Buchholz 1
57319 Bad Berleburg
e-mail: info@nabu-siwi.de
Telefon: 02751 / 5512



Auch in offenen, lichten Ställen können Rauchschnalben brüten – mit den richtigen Nisthilfen.

Foto: S. Rieck / LBV Landshut, grafische Gestaltung: S. Suhling.

NISTMÖGLICHKEITEN IN OFFENHALTUNGSSTÄLLEN:

Schnalbenboxen und -winkel für Rauchschnalben

Rauchschnalben gelten als Glücksboten und sind wegen ihres ausgeprägten Appetits auf Insekten gern gesehene Sommergäste. Nach alter Tradition bauen sie seit Jahrhunderten ihre Nester in Kuhställen und gehören zum Hofleben einfach dazu. Ihr positives Image nützt den Rauchschnalben aber nur wenig, ihre Bestände gehen stetig zurück. Neben schwindender Nahrungsgrundlage gehen den Schnalben buchstäblich die Kuhställe aus.

Die Entwicklung in der Landwirtschaft hat mittlerweile nicht nur für Wiesenbrüter und Agrarvogelarten dramatische Folgen. Das Höfesterben in Deutschland schreitet voran und wird laut Prognosen bis zum Jahr 2040 mindestens zu einer Halbierung der derzeit noch etwa 267 000 landwirtschaftlichen Betriebe führen. Und auch auf den verbleibenden Höfen schaut es für die Schwalben schlecht aus. Die aus Gründen des Tierschutzes absolut begrüßenswerte Umstellung vieler Milchviehbetriebe auf Offenstallhaltung entwickelt sich über kurz oder lang zu einem Artenschutzproblem: Rauchschnalben nisten zwar gerne in den dunklen, zugluftgeschützten Anbindeställen, die hellen Laufställe werden jedoch nur sehr zögerlich oder gar nicht besiedelt. Die Konstruktionen der modernen Ställe haben sich entscheidend geändert: Sie sind hoch, offen, zugig und eignen sich nicht zum Nestbau. An den großflächigen glatten Wänden und Stützpfählen haftet kein Nistmaterial. Auch fehlen bei der offenen Bauweise die Zwischendecken. Den Schnalben fehlen so zum Nestbau nicht nur zugluftgeschützte Nischen und Ecken, sondern auch der schützende Deckenbereich über dem Nest.

Die Aufgabe landwirtschaftlicher Betriebe einhergehend mit der Umstellung der Ställe zum Wohl der Nutztiere hat für den Fortbestand der Rauchschnalbe gebietsweise bereits bestandsbedrohende Auswirkungen. In den meisten Dörfern ist der Bestandsverlust offensichtlich, vielerorts sind keine Schnalben mehr zu sehen. Inzwischen stehen sie auf der Roten Liste der vom Aussterben bedrohten Tierarten.

Erfahrungswerte

In den letzten Jahren konnte in Offenstallungen, die mit Schnalbenboxen oder -winkeln ausgestattet wurden, oftmals eine Ansiedelung erreicht werden. Wie schnell Schnalben die angebotenen Nisthilfen annehmen, ist immer von mehreren Rahmenbedingungen abhängig.

- Je größer eine Kolonie ist, desto rascher erfolgt eine Entdeckung und Besiedelung. „Alte“ bewirtschaftete Kuhställe weisen immer noch die höchsten Nistdichte auf, daneben errichtete Laufställe werden zögerlich, oft erst nach zwei Jahren besiedelt. Ausschlaggebend ist hier sicherlich der Populationsdruck in den einzelnen Ställen, da Schnalben sehr orts- und nesttreu sind.
- Je größer das Angebot an Schnalbenboxen und -winkeln ist, desto schneller erfolgt in der Regel die Annahme.
- Stallungen mit großen Deckenventilatoren wurden bis jetzt nicht besiedelt.

Landwirte reagieren meist bestürzt über das Fernbleiben „ihrer“ Schnalben in den neuen Ställen, denn Schnalben dürfen auch heutzutage auf einem Hof nicht fehlen. Daher ist es besonders wichtig, den Rauchschnalben Nisthilfen zur Verfügung zu stellen, die ihnen ein Nisten auch in den modernen offenen Ställen ermöglichen. Zwei technische Lösungen zur Ansiedelung von Rauchschnalben in Offenhaltungsställen wurden vom Landesbund für

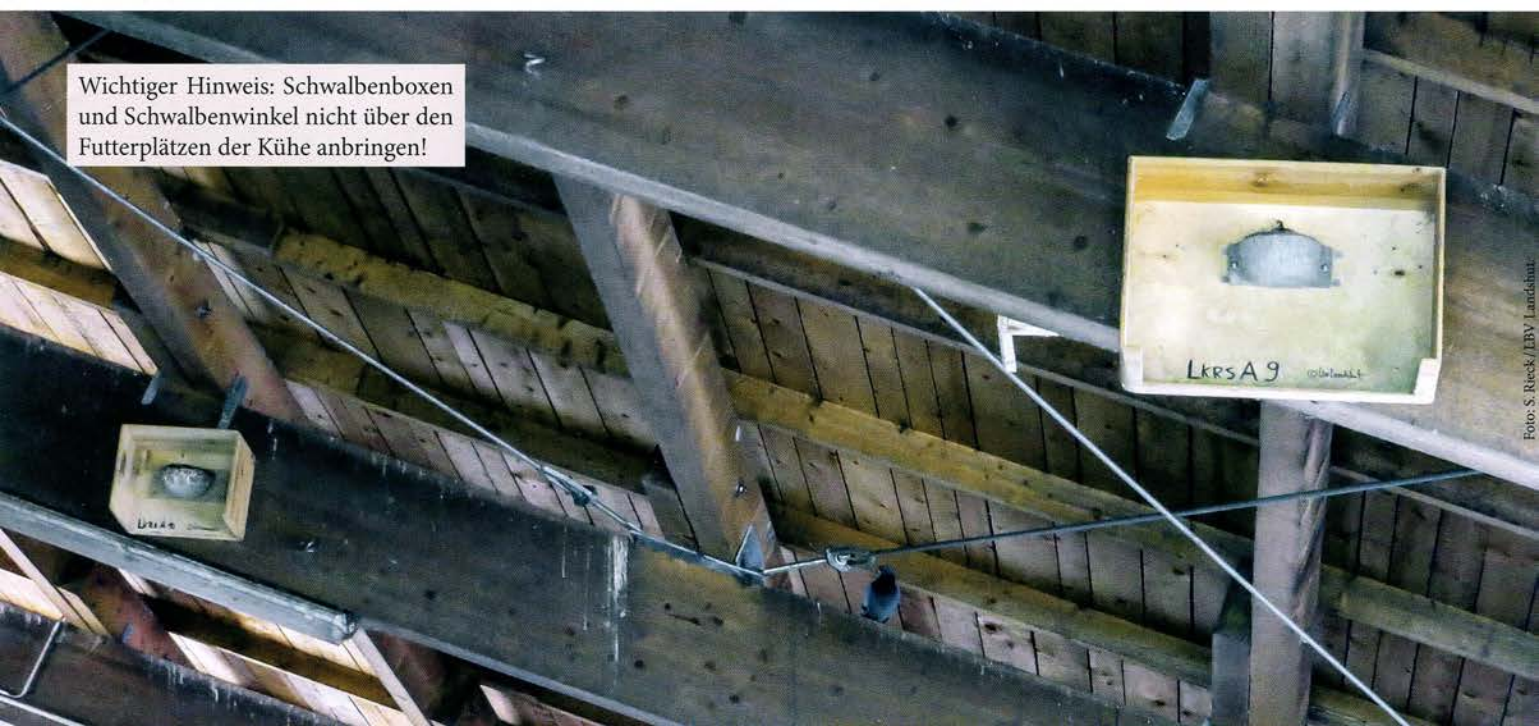
- Die Möglichkeit beide Nisthilfen nicht nur an der Wand, sondern auch im Deckenbereich zu montieren, eröffnet neue Chancen nicht nur für den Bereich der Offenstallhaltung.
- Bei der An- und Umsiedlung von Rauchschnalben hat es sich bewährt, verschiedene Unterstützungsmaßnahmen zu kombinieren: das Anlegen von Lehmputzen, das Abspielen von Lautanlagen mit dem Gesang der Rauchschnalbe und das Auslegen von Nistmaterial, wie Halme und Federn unter den installierten Nestern.
- Schnalbenboxen und -winkel sind leicht selbst zu bauen. Landwirte sind hier oft sehr motiviert. Die Eigenproduktion sollte sich jedoch nur auf die Holzkonstruktion beziehen. Kunstnester sollten im Fachhandel bestellt werden, da selbst hergestellte Nester schnell brüchig werden und abfallen.

Vogelschutz (LBV) hierzu entwickelt und seit 2016 erfolgreich eingesetzt.

Die Schnalbenbox

Eine einfache Lösung: In eine Holzbox wird ein Kunstnest montiert. So hat das Nest nicht nur die erforderliche Decke, sondern ist auch seitlich gegen Zugluft geschützt. Das Nest wird in einem Abstand von circa 8 bis 10 cm, gemessen an der Nestvorderkante, unter der Boxdecke ange-

Wichtiger Hinweis: Schnalbenboxen und Schnalbenwinkel nicht über den Futterplätzen der Kühe anbringen!





Schwalbenwinkel bieten den nötigen Schutz für ein Rauchschnal-
bennest.

Foto: D. Fiebrandt.



Dreieckige Bodenplatten erleichtern den Anflug ans Nest.

Foto: D. Fiebrandt.

bracht. Es kann mittig oder auch seitlich
gesetzt werden. Die entsprechende Größe
der Box (Breite 45 cm, Höhe 35 cm, Tiefe
25 cm) bietet Raum für den freien Anflug
der Schwalben und zugleich ausreichend
Schutz vor Zugluft. Die Box hat keinen
Boden, um Tauben und Prädatoren keinen
unmittelbaren Ansitz unter dem Nest zu
bieten.

Der Schwalbenwinkel

In Anlehnung an den bevorzugten Nist-
bereich der Rauchschnalben, einem
Winkel oder Eck im Deckenbereich im
Inneren von Gebäuden, ist die Idee für

den Schwalbenwinkel entstanden. Die
Nisthilfe besteht aus einem Würfel (Sei-
tenlänge 18 cm) mit zwei offenen Seiten.
Die Bodenfläche entspricht in etwa den
Außenmaßen eines schalenförmigen, offe-
nen Naturnests. Der Deckenabstand zum
Boden mit circa 14 cm gewährleistet den
Altvögeln den problemlosen Zugang zum
Nest.

Im Gegensatz zu normalen Kunstnestern
können beide Entwicklungen auch an der
Decke oder an freilaufenden Balken und
somit in der Mitte eines Raumes befestigt
werden. Dadurch ergeben sich zahlreiche

Möglichkeiten der Anbringung. Die Nist-
hilfen sollten mit der offenen Seite vom
Licht abgewandt angebracht werden, da
Schwalben zum Nestbau gerne die dunk-
leren Bereiche des Stalles bevorzugen.
Ältere Ställe beherbergen dank optimaler
Nistbedingungen oft große Kolonien von
Rauchschnalben. Um diese Dichte auch in
den neuen Ställen zu erreichen, sollte mit
der Anzahl an künstlichen Nisthilfen nicht
gespart werden.

Rauchschnalben lieben die Privatsphäre
und verhalten sich in ihren Nisträumen oft
territorial. Vor allem die Erstbesiedler ver-
teidigen nicht nur ihr Nest, sondern auch



Steht Baumaterial zur Verfügung, kann man Nistplätze auch ohne Kunstnest
anbieten.

Foto: S. Rieck/LBV Landshut.



Drähte verhindern den Einflug von Nesträubern.

Foto: M. Ziegler/LBV Landshut.

das Umfeld vehement gegen Rivalen. Um eine möglichst hohe Ansiedelungsquote zu erreichen, hat es sich bewährt, die Boxen so aufzuhängen, dass der direkte Sichtkontakt in andere Nester vermieden wird. Bei zunehmender Besiedelung steigt die Akzeptanz von Artgenossen.

Nisthilfen ohne Nest

Der eigene Nestbau gehört zum Brutgeschäft einfach dazu, auch Kunstnester werden von Schwalben meist noch am Rand mit Lehm aufgestockt. Die Schwalbenboxen und Schwalbenwinkel können auch ohne Kunstnest gefertigt werden, insofern sichergestellt ist, dass den Schwalben von April bis Juli in unmittelbarer Umgebung genügend Baumaterial an einer Lehmsammelstelle zur Verfügung steht.

Erfahrungsgemäß hat es sich bewährt, im Hinblick auf unsere mittlerweile heißen, trockenen Sommer stets eine große Zahl der Nisthilfen mit künstlichen Nestern auszustatten.

Wenn die Schwalben selbst bauen sollen, muss das Nistmaterial gut haften. Aus diesem Grund wird bei beiden Modellen ungehobeltes, sägeraues Holz verwendet. Damit das Nest Marke Eigenbau gut hält, wird in der Schwalbenbox zur Stabilisierung des Nestansatzes im Abstand von circa 12 bis 14 cm unterhalb der Decke eine Leiste an der Rückwand angebracht.

Beim Schwalbenwinkel hat die Praxis gezeigt, dass eine kleinere, schräg abgeschnittene Bodenplatte den Anflug zum Nest erleichtert. Ein weiterer Vorteil ist, dass sich dann kein Kot vor dem Nest ansammeln kann.

Schutz vor Prädatoren

Rauchschwalben brüten auch deshalb bevorzugt in engen, oft dunklen Räumlichkeiten/Gebäuden, weil hier die Neststandorte für Prädatoren wie Greifvögel und Eulen nur schwer zugänglich sind. In Offenhaltungsställen ist dieser Schutz zumeist nicht gegeben. Aufgrund der Rückmeldung einiger Landwirte über jagende Turmfalken und vermutlich auch Eulen in ihren Laufställen wurden probeweise an einigen Schwalbenboxen Drähte angebracht, die den Nestbereich vor dem Einflug größerer Vögel schützen. Rauchschwalben haben mit dieser Schutzvorrichtung kein Problem: Alt- und Jungvögel fliegen einfach hindurch.

Lehmsammelstellen für Schwalben

Zurückblickend auf unsere heißen Sommer der letzten Jahre ist es in vielen Gebieten notwendig, den Schwalben Baumaterial zum Nestbau anzubieten. Geeignetes Material wie feuchter Lehm ist immer seltener zu finden und meist sind die natürlichen Lehmflächen schon im Mai ausgetrocknet. Mit dem Angebot von Lehmputzen werden die Schwalben effektiv beim Nestbau unterstützt – zudem ist dies eine geeignete Möglichkeit, Schwalben auf Nisthilfen, die zur Neuan-siedlung oder als Ersatzmaßnahmen installiert wurden, aufmerksam zu machen. Besteht die Möglichkeit, die Lehmputze unmittelbar neben dem neuen Niststandort der Schwalben anzulegen, hat man gute Aussichten, die Schwalben in das Gebäude zu locken. Schwalben nehmen künstlich angelegte Lehmstellen gerne an, wenn folgende Faktoren berücksichtigt werden:



Natürliche Lehmquellen finden Schwalben immer seltener.

Foto: S. Rieck / LBV Landshut.

Standort:

- Damit Katzen und andere Prädatoren keine Deckungsmöglichkeit haben, muss die Fläche offen und übersichtlich sein, frei von Bewuchs mit Bäumen und Sträuchern. Gegebenenfalls muss der Kräuter- und Grasaufwuchs im Umkreis der Lehmputze regelmäßig gemäht werden.
- Der freie Anflug muss gewährleistet sein – auch im weiteren Umkreis der Lehmputze dürfen keine Bäume stehen.
- Die Distanz zwischen Niststandort und Lehmputze darf nicht mehr als 300 m betragen, sonst trocknet der Lehm bereits beim Anflug im Schnabel.

Pflege:

- In den Monaten April bis Juli muss der Lehm konstant feucht gehalten werden. Eine Lehmputze muss in diesem Zeitraum verlässlich kontrolliert und bei Bedarf bewässert werden. Trocknet die Putze aus, können halbfertige Nester nicht weiter gebaut werden, Brutausschlag ist die Folge. Auch der entstehende Bewuchs muss regelmäßig in und um die Lehmfläche entfernt werden.

Größe:

- Das Baumaterial Lehm kann in mobilen, flachen Untersetzern oder in stationären Pfützen angeboten werden. Die Größe richtet sich nach den örtlichen Gegebenheiten. Je größer die Lehmputze ist, umso besser und schneller wird sie von den Schwalben entdeckt.



Foto: S. Rieck / LBV Landshut.

Auch mit sehr kleinen, mobilen Lehmputzen kann im innerstädtischen Bereich, wo freie Flächen rar sind, gezielt auf Dachgärten und Flachdächern Baumaterial für die Schwalben angeboten werden.

Weiterführende Informationen bietet der LBV Ratgeber: www.lbv.de/ratgeber/lebensraum-haus/voegel-am-haus/schwalben/baumaterial-fuer-schwalben

Ersatzmaßnahmen nach § 44 BNatSchG

Schwalbenboxen und -winkel sind mittlerweile wesentliche Instrumente zur Umsetzung artenschutzrechtlicher Vorgaben der Unteren Naturschutzbehörden. Das Aufgaben landwirtschaftlicher Betriebe ist in fast allen Ortschaften zu beobachten und meist mit einem Nistplatzverlust für die dort ansässigen Schwalbenkolonien verbunden. Nach Aufgabe der Tierhaltung werden die Ställe abgerissen oder anderweitig genutzt. Obwohl der Schutz der Brutplätze durch den § 44 Bundesnaturschutzgesetz geregelt ist, wurden Ersatzmaßnahmen bisher leider nur in wenigen Fällen angeordnet. Meist werden die Behörden nicht oder zu spät informiert. Auch fehlte es an fachlich geeigneten technischen Lösungen zur Umsetzung von entsprechenden Ersatzvorgaben, denn normale Kunstnester sind für viele Gebäudearten nicht geeignet. Schwalbenboxen und -winkel bieten eine fachlich geeignete Möglichkeit, die Schwalben in andere Gebäude auf dem Hof umzusiedeln und ihnen so weiterhin Brutplätze anzubieten, auch wenn der Stall abgerissen wird.

Neben den artenschutzfachlichen Vorgaben sind dabei artspezifische Faktoren und die jeweiligen Ortsgegebenheiten zu beachten. Eine artenschutzfachliche Begleitung und Beratung mit hoher Artenkenntnis ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsiedelung.

In einigen bayerischen Landkreisen kommen beide entwickelten Nisthilfen bereits erfolgreich als funktionserhaltende Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen zum Einsatz. So ist es möglich, den Wegfall

von Brutplätzen bei Abriss von Ställen im Nahbereich zu kompensieren. Meist sind Gebäude mit direktem Ortsbezug verfügbar, in denen durch die Anbringung von Schwalbenboxen und -winkeln geeignete Brutplätze zur Verfügung gestellt werden können. Mit positiver Resonanz bei den Landwirten: Bei rechtzeitiger und fachlicher Beratung sind diese meist aufgeschlossen, Ersatzmaßnahmen anzubringen. Sie müssen nur wissen „wo“, „wie“ und „womit“. Da Schwalben auf den Höfen von jeher ein positives Image besitzen, ist es vielen Landwirten ein Anliegen, diese auch weiterhin auf dem Hof zu haben.

Einsatzmöglichkeiten auch außerhalb der Landwirtschaft

Auch in städtischen Gebieten kommen Schwalbenboxen und -winkel zum Einsatz. Als „Indoorbrüter“ sind Rauchschnalben bei der Suche nach Nistplätzen auf zugängliche Gebäude oder ähnlich geschützte Bereiche angewiesen. Es ist zu beobachten, dass sich Schwalben relativ flexibel und anpassungsfähig zeigen, sofern sich die Gebäude eignen und die Eigentümer sie dort brüten lassen. Schwalben weichen nicht nur auf Pferdeställe aus, auch Lagerhallen, Werkstätten und Garagen werden sukzessive besiedelt. Im Innenstadtbereich von Landshut brüten seit Jahrzehnten über 80 Schwalbenpaare. Ihre Nester befinden sich unter den Arkaden, in Eingängen und Durchgängen und mittlerweile auch in Tiefgaragen. Da die menschliche Toleranz erheblich sinkt, wenn das Auto von Verkotung betroffen ist, hat es sich bewährt, bereits im Einfahrtsbereich von Tiefgaragen Nisthilfen

zu montieren, um die Problematik zu entschärfen und ein entspanntes, gemeinsames Miteinander zu erreichen. Vorzugsweise wurden Schwalbenwinkel und -boxen verwendet, da sich diese auch an der Decke montieren lassen.

Susanne Rieck

Kontakt Daten und Beratung

Susanne Rieck, Gebäudebrütterschutzbeauftragte des LBV Landshut e.V., E-Mail: schwalbenschutz-landshut@lbv.de

Schwalbenwinkel, mit und ohne integrierte Nistschale, können bei Klaus Janke bestellt werden, E-Mail: likla.janke@gmx.de

Weitere Infos finden sich in den Artenschutzmodulen „Schwalbenwinkel und Schwalbenboxen“ und „Lehmsammelstellen für Schwalben“, die im Projekt „Der Spatz als Botschafter der Stadtnatur“ erstellt wurden. Als PDF zum kostenlosen Download unter www.botschafter-spatz.de/arbeitsmaterialien/bausteine-zum-ueberleben verfügbar. Das Projekt wird vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz gefördert.

Informationen zum Thema

- Trautner J 2020: Artenschutz, rechtliche Pflichten, fachliche Konzepte, Umsetzung in der Praxis. Eugen Ulmer, Stuttgart.
- Glutz von Blotzheim U N, Bauer KM 1997: Handbuch der Vögel Mitteleuropas. Bd. 10/I. Aula, Wiesbaden.
- Bauer H-G, Bezzel E, Fiedler W 2012: Das Kompendium der Vögel Mitteleuropas. Aula, Wiebelsheim.
- Brombach H 2004: Die Rauchschnalbe. Die neue Brehm-Bücherei, Bd. 649, Hohenwarsleben.
- Stocker M, Meyer S 2012: Wildtiere, Hausfreunde und Störenfriede. Haupt, Bern.
- Berthold P 2017: Unsere Vögel. Ullstein, Berlin.

Film über Schwalbenboxen: www.br.de/mediathek/video/artenschutz-am-gebäude-schwalben-in-landshut-av:5edbd38eef5ea2001b93159b



Susanne Rieck ist seit 2014 ehrenamtlich beim LBV Landshut aktiv und als Gebäudebrütterschutzbeauftragte spezialisiert auf den Erhalt der Brutplätze für Mauersegler, Schwalben, Spatz & Co. Seit einigen Jahren ist sie freiberuflich im Artenschutz tätig, sie bietet neben Kartierungen und ökologischen Baubegleitungen für Gebäudebrüter auch Schulungen für Kartierer an.



Der Schwalbenwinkel im Einfahrtsbereich einer Tiefgarage.

Foto: S. Rieck / LBV Landshut.

Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“

der Universitätsstadt Siegen

im Stadtteil Breitenbach

Stellungnahmen

aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger
öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 und 2 BauGB und der
Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 und Abs. 2 BauGB



Amprion GmbH, Rheinlanddamm 24, 44139 Dortmund

Stadt Siegen
4/5
Lindenplatz 7
57078 Siegen

Betrieb/Projektierung

Ihr Zeichen	BIL Nr. 20190208-0161
Ihre Nachricht	08.02.2019
Unsere Zeichen	B-LB/2459/Da/128.823
Name	Herr Damian
Telefon	+49 231 5849-15746
Telefax	+49 231 5849-15667
E-Mail	savino.damian@amprion.net

Dortmund, 28. Februar 2019

Seite 1 von 2

Leitungsanfrage zu dem gepl. Bebauungsplan Nr. 341 Reiterhof Daub“ in Siegen Breitenbach 110-/220-kV-Höchstspannungsfreileitung Setzerwiesen - Feuersbach, Bl. 2459 (Maste 23 bis 26)

Amprion GmbH

Rheinlanddamm 24
44139 Dortmund
Germany

T +49 231 5849-0
F +49 231 5849-14188
www.amprion.net

Sehr geehrte Damen und Herren,

Aufsichtsratsvorsitzender:
Heinz-Werner Ufer

das Bauleitplanverfahren soll teilweise im Schutzstreifen der im Betreff genannten Höchstspannungsfreileitung initiiert werden.

Geschäftsführung:
Dr. Hans-Jürgen Brick
Dr. Klaus Kleinekorte

Die Leitungsführung entnehmen Sie bitte dem beigefügten Lageplan, wobei wir darauf hinweisen, dass sich die tatsächliche Lage der Leitungssachse und somit auch das Leitungsrecht allein aus der Örtlichkeit ergeben.

Sitz der Gesellschaft:
Dortmund
Eingetragen beim
Amtsgericht Dortmund
Handelsregister-Nr.
HR B 15940

Bei Ihren weiteren Planungen bitten wir Sie, Folgendes zu berücksichtigen:

Bankverbindung:
Commerzbank AG Dortmund
IBAN:
DE27 4404 0037 0352 0087 00
BIC: COBADEFFXXX
UST.-IdNr. DE 8137 61 356

- Einwirkungen und Maßnahmen, die den Bestand oder Betrieb der Leitung beeinträchtigen oder gefährden, dürfen nicht vorgenommen werden.
- Die Leitung und die Maststandorte müssen jederzeit zugänglich bleiben, insbesondere ist eine Zufahrt auch für schwere Fahrzeuge zu gewährleisten.
- Der Schutzstreifen der Freileitung ist von Bauwerken freizuhalten.

- Alle geplanten Einzelmaßnahmen im Bereich der Leitung, insbesondere Bebauung, Geländeniveauveränderungen, Anpflanzungsmaßnahmen sowie der Einsatz von Maschinen, bedürfen unserer Zustimmung.

Wir bitten Sie, uns im Bauleitplanverfahren zu beteiligen und uns Planzeichnungen zur Prüfung und Stellungnahme zuzusenden.

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung

Mit freundlichen Grüßen

Amprion GmbH

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'i. A. J. ...'.A handwritten signature in black ink, appearing to be 'i. A. J. ...'.

Verteiler:
Bl. 2459



MERKBLATT
ZUM SCHUTZ UNTERIRDISCHER LEITUNGEN
 Ausgabe 2018



Die im Erdreich verlegten Leitungen, wie Gas- und Wasserleitungen, Fernwärmeleitungen, Fernmeldeanlagen, Signal- und Sicherungsanlagen, Kanalisationsanlagen und ähnliches, sind Bestandteil von öffentlichen Zwecken dienenden Anlagen.

Sie können durch Arbeiten, die in ihrer Nähe am oder im Erdreich durchgeführt werden, beschädigt werden. Durch derartige Beschädigungen wird immer ein Teil dieser Anlage und damit auch das öffentliche Interesse an einer ungestörten Funktion schwer in Mitleidenenschaft gezogen. Beschädigungen an Anlagen, die öffentlichen Zwecken dienen, können zivilrechtliche Schadensersatzansprüche wie die strafrechtliche Verfolgung der Schädiger, insbesondere nach den §§ 222 (fahrlässige Tötung), 229 (fahrlässige Körperverletzung), 306 bis 310 a (Brandstiftung), 314 (Herbeiführung einer Überschwemmung), 316 b (Störung öffentlicher Betriebe), 316 (Beschädigung wichtiger Anlagen), 320 (fahrlässige Gemeingefährdung) und 323 (Baufährdung) StGB mit Höchststrafen bis zu 10 Jahren Freiheitsentzug auslösen, und zwar auch dann, wenn diese Delikte fahrlässig begangen werden.

Es liegt daher im Interesse derjenigen, die Erdarbeiten ausführen, äußerste Vorsicht walten zu lassen. Dabei ist zur Verhütung von Beschädigungen insbesondere folgendes zu beachten:

1. Bei Arbeiten jeder Art am oder im Erdreich, z. B. bei Aufgrabungen, Aushebungen von Baugruben, Bohrungen, Pressungen, beim Baggern, Setzen von Masten und Stangen, Eintreiben von Pfählen, Spundwänden, Bohrern und Dornen besteht immer die Gefahr, daß unterirdische Leitungen beschädigt werden. Bei Beschädigung von Gasrohrleitungen besteht die Gefahr des Gasaustritts, u.U. mit Brand-, Verpuffungs- oder Explosionsgefahr. Bei Beschädigung von Wasserleitungen kann das ausströmende Wasser zu Unterspülungen von Straßen und sonstigen Bauwerken führen mit der Folge des Absinkens und Einstürzens.

In jedem Falle sind zu beachten die VOB, Teil C mit den dort genannten DIN-Normen und das DVGW Hinweisblatt GW 315, insbesondere wird auf die DIN 18300 verwiesen und die jeweils neuesten „Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen und Richtlinien für Aufgrabungen in Verkehrsflächen ZTVA-StB“ der Forschungsgesellschaft für das Straßenwesen e.V., Köln.

2. In der Regel liegen Gasleitungen in einer Tiefe von 0,60 bis 1,00 m und Wasserleitungen in einer Tiefe von 0,80 bis 1,60 m unterhalb der Erdoberfläche. Sie können aber auch mit weniger Deckung verlegt sein! Eine abweichende, insbesondere geringere Tiefenlage, ist wegen Kreuzung anderer Anlagen, infolge nachträglicher Veränderungen der Deckung durch Straßenumbau sowie aus anderen Gründen möglich. Dies gilt insbesondere für Anschlußleitungen, die die Straße kreuzen. Die Versorgungsleitungen können in Rohren oder Formsteinen eingezogen, mit Schutzhauben aus Ton bzw. Beton oder mit Abdeckfolien, -platten, Ziegelsteinen usw. abgedeckt oder auch frei im Erdreich mit oder ohne Warnband verlegt worden sein. Rohre, Abdeckungen usw. schützen die Versorgungsleitungen jedoch nicht unbedingt gegen mechanische Beschädigungen. Sie sollen lediglich den Aufgrabungen auf das Vorhandensein von Versorgungsleitungen aufmerksam machen (Warnschutz). Versorgungsleitungen werden nicht nur in öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen, sondern auch durch private Grundstücke, Felder, Wiesen und Waldstücke geführt.

Folgende Mindestabstände zu SVB Anschluss- und Versorgungsleitungen (Außenkante) sind nach dem Regelwerk einzuhalten:

- | | |
|----------------------------------------------------------------------|----------|
| - <i>Bäume (von Stammachse)</i> | > 2,50 m |
| - <i>Bauwerke sowie Ver- / Entsorgungsleitungen bis 1,00 m Tiefe</i> | > 0,40 m |
| - <i>Ver- / Entsorgungsleitungen über 1,00 m Tiefe und Bohrungen</i> | > 1,00 m |

3. Vor der Aufnahme der genannten Arbeiten in öffentlichen oder privaten Grundstücken ist es, aufgrund von möglichen Änderungen der genauen Trassenlage unserer Versorgungsleitungen, zwingend erforderlich, sich zeitnah aktuelle Planauskünfte erteilen zu lassen. In den berufsgenossenschaftlichen Vorschriften BGV C22 §16 sind die Pflichten des bauausführenden Unternehmers näher beschrieben.


4. Bei Erdarbeiten in der Nähe von Versorgungsleitungen dürfen nur stumpfe Geräte, wie Schaufeln usw. verwendet werden, die möglichst waagrecht zu führen und vorsichtig zu handhaben sind. Spitze Geräte, wie Dorne, Schnurpfähle, Bohrer u.a. dürfen oberhalb von Leitungen nicht eingetrieben werden.

Sind Lage und Tiefe der Leitungen nicht genau bekannt, so ist besondere Vorsicht geboten. Lage und Tiefe sind in Eigenregie der bauausführenden Firma durch Suchschlitze festzustellen. Wenn mit Abweichungen der Leitungen von der bezeichneten Leitungstrasse gerechnet werden muß, sind die gleichen Vorsichtsmaßnahmen auch in einer Breite von ca. 1,00 m rechts und links von der angegebenen Leitungstrasse zu beachten. Mit maschinellen Baggeräten darf nur in einem solchen Abstand von Leitungen gearbeitet werden, dass Beschädigungen ausgeschlossen sind. Werden Versorgungsleitungen oder Warnbänder an Stellen, die vom Versorgungsunternehmen nicht angegeben worden sind, freigelegt, so ist das zuständige Versorgungsunternehmen unverzüglich zu verständigen. Die Arbeiten sind an einer solchen Stelle bis zur Abstimmung mit dem Versorgungsunternehmen sofort einzustellen. Werden Rohrleitungen beschädigt, so ist die 24-Stunden Netzbereitschaft der SVB unter 0271-334061 umgehend zu benachrichtigen. Freigelegte Leitungen sind mit aller Vorsicht abzufangen. Müssen Versorgungsleitungen bzw. Kabel freigelegt werden, sind die erforderlichen Sicherungsmaßnahmen mit besonderer Sorgfalt auszuführen. Das Versorgungsunternehmen ist in jedem Fall zu verständigen. In Gräben, in denen Leitungen freigelegt sind, ist das Erdreich zunächst in Höhe des Leitungsplanums einzufüllen und zu verdichten. Es ist eine Sandbettung von 10cm einzubringen. Auf die Leitungen ist eine Sandschicht in 15cm Dicke aufzubringen. Es ist nur Brechsand zu verwenden. Die Leitungen sind dann wieder mit entsprechenden Warnbändern bzw. Abdeckkleinen oder dergleichen abzudecken. Die weitere Verfüllung von Gräben und das Verdichten hat nach Anweisung des Versorgungsunternehmens bzw. den entsprechenden Vorschriften zu erfolgen. Das Einsanden und Abdecken der Versorgungsleitungen und Kabel darf erst nach Überprüfung der Umhüllung durch das Versorgungsunternehmen und nach dessen ausdrücklicher Freigabe erfolgen.

5. Jede Leitungsbeschädigung, auch wenn sie im Augenblick unbedeutend erscheint, ist dem zuständigen Versorgungsunternehmen sofort zu melden. Dadurch besteht die Möglichkeit, schwerwiegende Folgeschäden zu verhindern. Jede bauausführende Firma ist für alle auftretenden Schäden an Leitungen des betreffenden Versorgungsunternehmens verantwortlich, auch wenn an der Aufgrabungsstelle ein Beauftragter des Versorgungsunternehmens anwesend ist.

6. Den bauausführenden Firmen wird empfohlen, allen Mitarbeitern den Inhalt dieses Merkblattes zum Schutz unterirdischer Versorgungsleitungen und des Merkblattes für Bauarbeiten im Bereich von Versorgungsleitungen bekanntzugeben. Letzteres ist zur Beachtung unmittelbar auf die Baustelle bestimmt.

Und so erreichen sie uns:

 **0271 3307 – 0**



Unitymedia NRW GmbH | Michael-Schumacher-Str. 1 | 50170 Kerpen

Abteilung: Planauskunft

Fax: 02273 / 5947 - 0782

E-Mail: planauskunft@unitymedia.de

Stadt Siegen Stadtplanung
Sebastian Kapitza
Lindenplatz 7

57078 Siegen

Datum: 08.02.2019

Gültig bis: 08.03.2019

Unser Zeichen: 20190208_0066_V01

Ihr Zeichen:
BPlan 431 "Reiterhof Daub"

Ansprechpartner (in):
Kapitza

EMail
s.kapitza@siegen.de

Planauskunft

Eingang Plananfrage am: 08.02.2019 08:28:22

Ort der Aufgrabung: , Siegen Breitenbacher Str. 13 (57074)

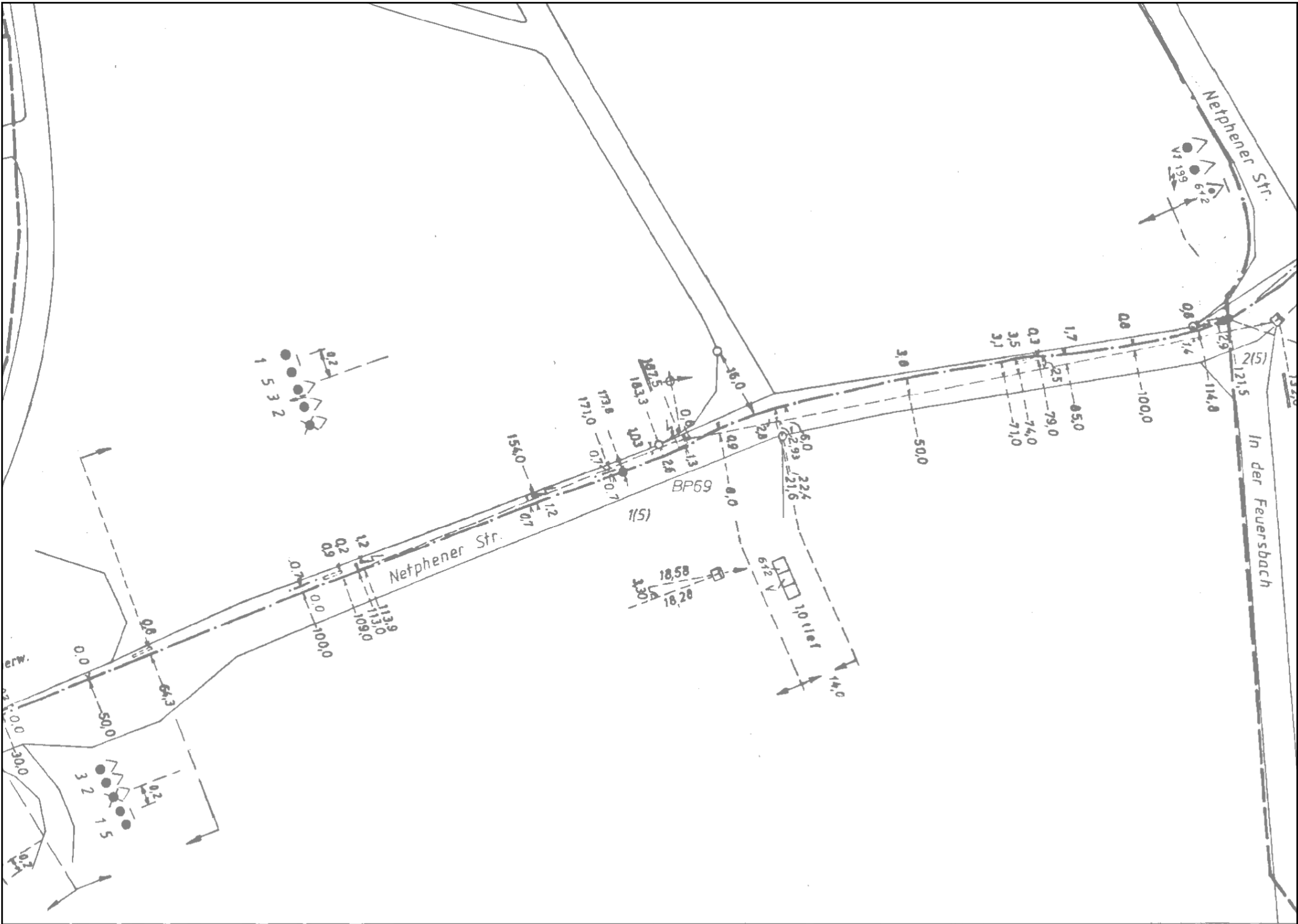
Gegen die Durchführung Ihrer Maßnahme bestehen keine Bedenken. Bestehende Anlagen sind zu schützen (siehe Kabelschutzanweisung).

Besonderheiten:

Die Planauskunft gilt gleichzeitig im Auftrag der Unitymedia Hessen GmbH & Co. KG und der Unitymedia Services GmbH & Co. KG.

Herzliche Grüße

Unitymedia Planauskunft



Ga Ga Ga A7

Planauskunft (Zeichenerklärung siehe Kabelschutzanweisung)

Vorgangsnummer: 20190208_0066_V01

Rufnummer bei Kabelschäden: 0800 / 8888 719

Projekt-Titel: BPlan 431 "Reiterhof Daub"

Erstellungszeit: 08.02.2019 08:28:22

Gültig bis: 08.03.2019

Blatt: 1

Einstiegsadresse: , Siegen Breitenbacher Str. 13 (57074)

Maßstab:

Thema:

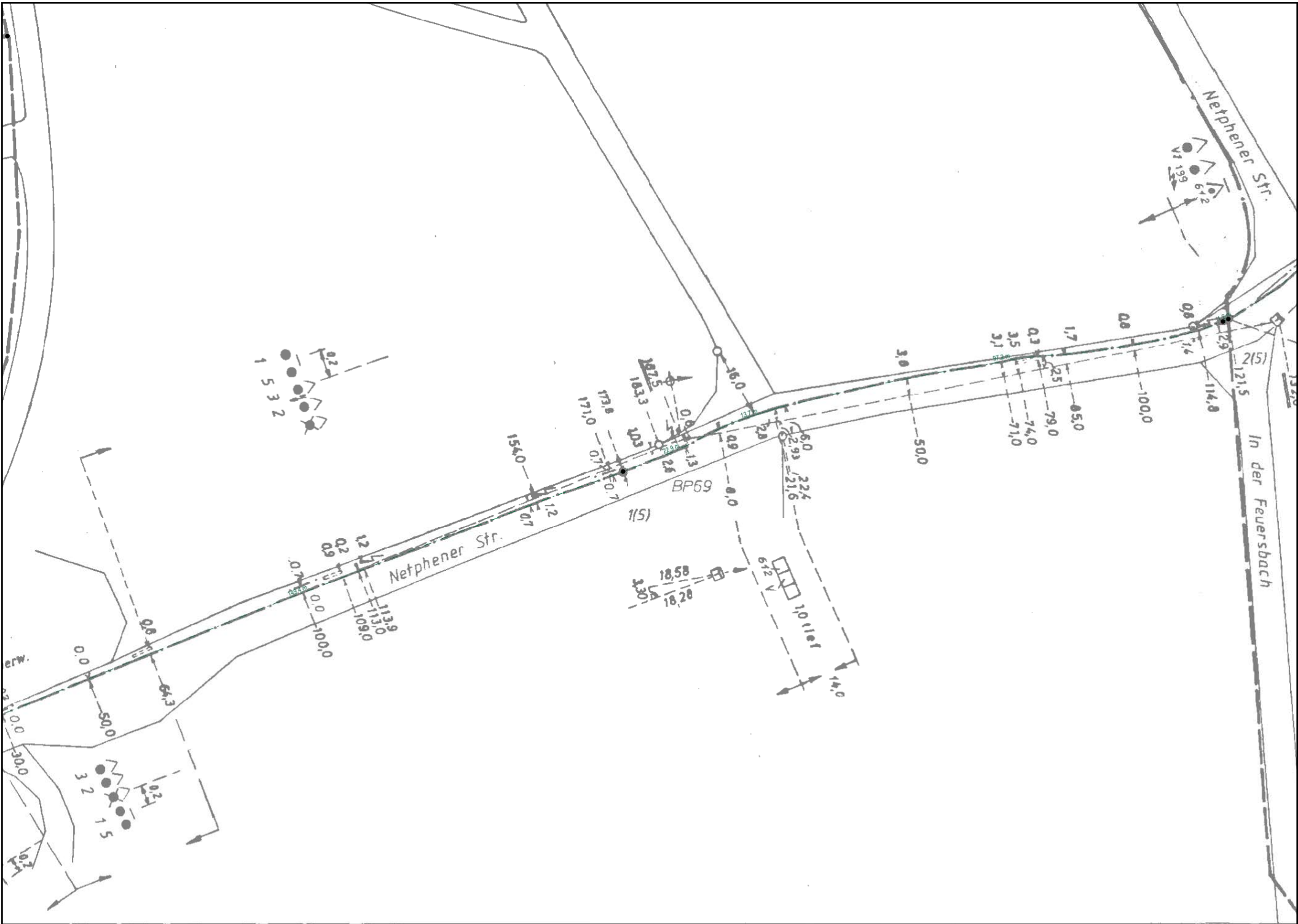
1 : 1000

Basiskarten

Hinweis: Die angezeigten Informationen sind nur zur allgemeinen Referenz bestimmt. Hinsichtlich Lagegenauigkeit und Aktualität kann seitens Unitymedia keine Garantie übernommen werden. Im Falle von Grabungen oder sonstiger Arbeiten ausserhalb der markierten Trassen dürfen Sie sich nicht ausschließlich auf diese Informationen verlassen. BEACHTEN SIE BITTE DIE KABELSCHUTZANWEISUNG



unitymedia



Planauskunft (Zeichenerklärung siehe Kabelschutzanweisung)

Vorgangsnummer: 20190208_0066_V01

Rufnummer bei Kabelschäden: 0800 / 8888 719

Projekt-Titel: BPlan 431 "Reiterhof Daub"

Erstellungszeit: 08.02.2019 08:28:23

Gültig bis: 08.03.2019

Blatt: 1

Einstiegsadresse: , Siegen Breitenbacher Str. 13 (57074)

Maßstab:

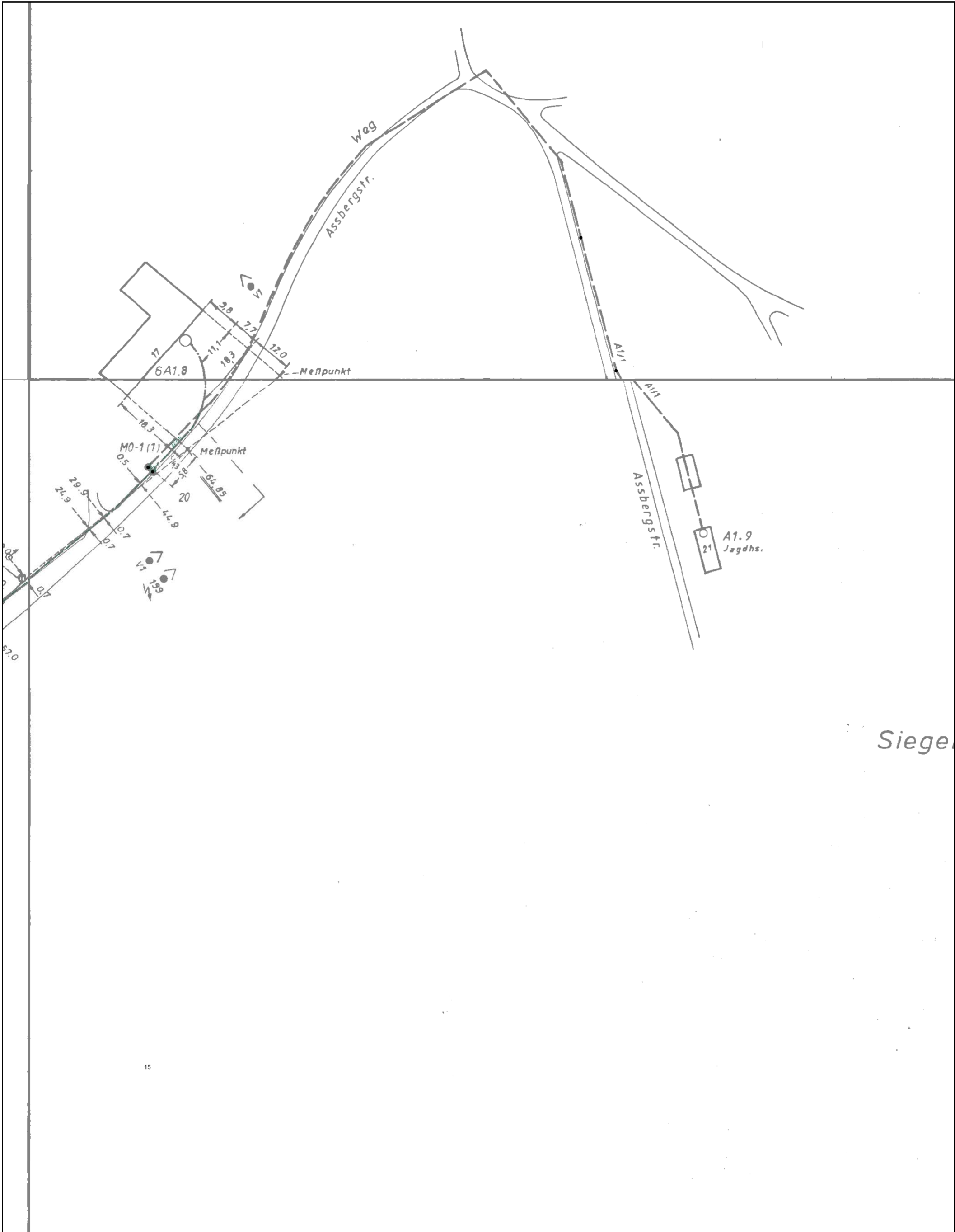
Thema:

1 : 1000



Trassennetz

Hinweis: Die angezeigten Informationen sind nur zur allgemeinen Referenz bestimmt. Hinsichtlich Lagegenauigkeit und Aktualität kann seitens Unitymedia keine Garantie übernommen werden. Im Falle von Grabungen oder sonstiger Arbeiten ausserhalb der markierten Trassen dürfen Sie sich nicht ausschließlich auf diese Informationen verlassen. BEACHTEN SIE BITTE DIE KABELSCHUTZANWEISUNG





Siege

Planauskunft (Zeichenerklärung siehe Kabelschutzanweisung)		Hinweis: Die angezeigten Informationen sind nur zur allgemeinen Referenz bestimmt.Hinsichtlich Lagegenauigkeit <input type="checkbox"/> und Aktualität kann seitens Unitymedia keine Garantie übernommen werden.Im Falle von Grabungen oder sonstiger Arbeiten ausserhalb der markierten Trassen dürfen Sie sich nicht ausschließlich auf diese Informationen verlassen. BEACHTEN SIE BITTE DIE KABELSCHUTZANWEISUNG	
Vorgangsnummer: 20190208_0066_V01			
Rufnummer bei Kabelschäden: 0800 / 8888 719			
Projekt-Titel: BPlan 431 "Reiterhof Daub"			
Erstellungszeit: 08.02.2019 08:28:34		Gültig bis: 08.03.2019	Blatt:3
Einstiegsadresse: , Siegen Breitenbacher Str. 13 (57074)			
Maßstab: 1 : 1000		Thema: Trassennetz	
			



Anweisung zum Schutze unterirdischer Anlagen bei Arbeiten Anderer (Kabelschutzanweisung)

Diese Kabelschutzanweisung gilt für die Unitymedia BW GmbH sowie die Unternehmen der Unitymedia-Gruppe, nachfolgend „Betreiber“ genannt.

„Telekommunikationslinien (TK-Linien)“ sind unter- oder oberirdisch geführte feste Übertragungswege (Telekommunikations-kabelanlagen) einschließlich deren Zubehör wie Schalt-, Verstärker- oder Verzweigungseinrichtungen, Masten und Unterstützungen, Kabelschächte und Rohre. In einigen Publikationen ist auch der Begriff „Telekommunikationsanlagen (TK-Anlagen)“ gebräuchlich. Dieser Begriff wird auch in dieser Kabelschutzanweisung genutzt.

TK-Anlagen können bei Arbeiten jeder Art, die in Ihrer Nähe am oder im Erdreich durchgeführt werden, leicht beschädigt werden. Durch solche Beschädigungen wird der für die Öffentlichkeit wichtige Kommunikationsdienst des Betreibers erheblich gestört. Beschädigungen von Kommunikationsanlagen sind nach Maßgabe der §§316b und 317 StGB strafbar und zwar auch dann, wenn sie fahrlässig herbeigeführt werden. Außerdem ist derjenige, der für die Beschädigung verantwortlich ist, dem Betreiber zum Schadensersatz verpflichtet. Es liegt daher im Interesse aller, die solche Arbeiten durchführen, äußerste Vorsicht walten zu lassen und insbesondere folgendes genau zu beachten, um Beschädigungen zu vermeiden:

- (1) Vor der Aufnahme von Arbeiten am oder im Erdreich ist es notwendig, bei der Planauskunft Unitymedia:
www.unitymedia.de/geschaeftskunden/service/planauskunft/
oder Fax: **0900 / 1111 140** (10 Euro pro Anfrage)
die Bestandspläne abzufordern.
- (2) Vorsicht beim Aufgraben! Zuerst die Lage der TK-Anlagen feststellen! Ggf. Suchschachtung!
- (3) Kabel der Betreiber werden nicht nur im öffentlichen Grund, sondern auch im privaten Grund (z.B. Felder, Wiesen, Waldstücke) geführt. Die Kabel liegen gewöhnlich in einer Tiefe von 30 cm bis 100 cm. Eine abweichende Tiefenlage ist wegen Kreuzungen mit anderen Anlagen, infolge nachträglicher Veränderungen der Deckung durch Straßenumbauten und aus anderen Gründen möglich. Die Kabel können in Kunststoffrohre oder Betonformsteine eingezogen, mit Schutzeinrichtungen (z.B. Schutzhauben, Mauersteinen) abgedeckt und durch ein Trassenband gekennzeichnet oder frei im Erdreich verlegt sein.
- (4) Rohre, Formsteine, Abdeckungen und Trassenband schützen die Kabel nicht gegen mechanische Beschädigungen. Sie sollen die Aufgrabenden lediglich auf das Vorhandensein von Kabeln aufmerksam machen (Warnschutz).
- (5) Telekommunikationskabel, bei denen die Grenzwerte nach DIN VDE 0800, Teil 3 überschritten werden, ist bei Beschädigung eine Gefährdung der damit in Berührung kommenden Personen nicht auszuschließen.
- (6) Bei einer Beschädigung von Glasfaserkabel ist Vorsicht geboten. Hier kann es beim Hineinblicken in den Lichtwellenleiter zu einer Gefährdung des Auges kommen.
- (7) Bei Erdarbeiten in der Nähe von TK-Anlagen dürfen spitze oder scharfe Werkzeuge (z.B. Bohrer, Spitzhacke, Spaten, Stoßeisen) als auch schlagende Werkzeuge (z.B. Krampen) nur so gehandhabt werden, dass Beschädigungen sicher ausgeschlossen sind. Für weiterführende Arbeiten sind nur stumpfe Geräte (z.B. Schaufeln) zu verwenden. Damit Abweichungen der Kabellage oder mit breiteren Kabelkanälen gerechnet werden muss, sind die gleichen Verhaltensmaßnahmen auch in einer Breite bis zu 50 cm links und rechts der bezeichneten Kabellage zu beachten.
- (8) Sprengungen in Schutzzonen von TK-Anlagen sind nur mit Wissen der regional zuständigen Service-Mitarbeiter und nach deren Angaben durchzuführen! Eine Beschädigung muss ausgeschlossen werden.



- (9) Müssen TK-Anlagen im Zuge von Arbeiten vorübergehend frei gelegt werden, so sind sie für die Dauer des Freiliegens wirksam vor Beschädigungen zu schützen.
- (10) In Gräben, in denen Kabel freigelegt worden sind, ist die vorherige Lage und der ursprünglich vorgefundene Zustand der TK-Anlage bestmöglich wieder herzustellen. Verrohrungen, Schutzabdeckungen und Trassenwarnband sind wieder herzustellen. Beim Schließen des Grabens ist die Erde zunächst nur bis in die Höhe des Kabelauflagers zu verfüllen und zu verdichten. Das Kabel ist auf einer 10 cm hohen, verdichteten, glatten Schicht aus loser, steinfreier Erde aufzubringen. Die neue Schicht über dem Kabel ist zunächst vorsichtig mit einem hölzernen Flachstampfer zu verdichten. Falls sich der Bodenaushub zum Wiedereinbau nicht eignet, ist gesiebter Sand zu verwenden.
- (11) Auf freiliegenden oder freigelegten Telekommunikationskabeln ist grundsätzlich nichts abzustellen.
- (12) Bei Erdarbeiten ist die ausführende Firma oder Person verpflichtet, alle gebotene Sorgfalt aufzuwenden, um einer Beschädigung von TK-Anlagen vorzubeugen.
- (13) Die Anwesenheit eines Beauftragten des Betreibers an der Aufgrabungsstelle hat keinen Einfluss auf die Verantwortlichkeit des Aufgrabenden. Der Aufgrabende ist weiterhin voll verantwortlich. Der Beauftragte des Betreibers hat keine Anweisungsbefugnis gegenüber den Arbeitskräften der die Aufgrabungen durchführenden Firma.
- (14) Kennzeichnung und Vermarkungseinrichtungen (wie z.B. Kabelmerksteine, -pflöcke, -scheiben oder -pfähle und eingegrabene Elektronik-Marker) sind Bestandteile der TK-Anlagen. Sie sind wichtige Fixpunkte für die Vermessung und für das wieder Auffinden der TK-Anlagen im Störfall. Oberirdische Vermarkungselemente müssen ständig sichtbar und zugänglich gehalten werden.
- (15) Jede unbeabsichtigte Freilegung von TK-Anlagen des Betreibers ist unverzüglich und auf dem schnellsten Wege zu melden. Freigelegte Kabel sind zu sichern und vor Beschädigung und Diebstahl zu schützen. Die Erdarbeiten sind an Stellen mit unbeabsichtigt freigelegten Kabeln bis zum Eintreffen des Beauftragten des Betreibers einzustellen.

Besonderheiten Unitymedia

- (1) Beim Vorhandensein von **HDD-Bohrungen (Spülbohrungen)** in den Betreiber-Plänen ist von Ihnen das entsprechende Bohrprotokoll bei der Planauskunft unter Angabe der Anfragenummer und der HDD- Kennung (SBW-Nr.) anzufordern, da Abweichungen von der Regelverlegetiefe vorliegen.
- (2) Die in den Plänen vermerkten Maße, (nicht die zeichnerische Darstellung der Trassen geben einen Anhalt für die Lage der dargestellten Telekommunikationsanlagen. Alle Maße sind in Metern vermerkt.
- (3) Zu in den Plänen angegebenen Messpunkten können die Koordinatentabellen bei Unitymedia unter Angabe der Anfragenummer abgerufen werden.



Meldung von Kabelschäden und anderen Vorkommnissen:

Unitymedia: Tel.: 0800 / 8888-719

Kontakt Daten

	Unitymedia BW	Unitymedia
Anschrift (nicht Planauskunft)	Unitymedia BW GmbH Planauskunft Hedelfinger Str. 60 70327 Stuttgart	Unitymedia NRW GmbH Planauskunft Michael-Schumacher-Str. 1 50170 Kerpen
	E-mail: Planauskunft@kabelbw.com	E-mail: Planauskunft@unitymedia.de Fax: 02273 / 5947 - 0782
Planauskunft	Fax: 0900 / 1111 140 (10 Euro pro Anfrage) http://www.unitymedia.de/geschaeftskunde n/service/planauskunft/login-planauskunft- bw/	Fax: 0900 / 1111 140 (10 Euro pro Anfrage) http://www.unitymedia.de/geschaeftskunde n/service/planauskunft/login_planauskunft/


Symbolverzeichnis - Trassen

	Kabelschacht mit Nummer		Schutzrohr (DN 100) mit Längenangabe in Pfeilrichtung
	Abzweigkasten mit Nummer		
	Batterieschacht mit Nr.		Schutzrohr (DN 50) mit Längenangabe in Pfeilrichtung
	Verstärkerpunkt-Gehäuse (VrP-Gehäuse)		Anzahl Rohre DN 100 (Länge in Meter). Der Unterstrich gibt die Lage in der Trasse an.
	VrP-Gehäuse in einer Litfaßsäule		
	VrP-Gehäuse mit Einspeisepunkt		Anzahl der Rohre DN 40 mit Kennzeichnungsmerkmalen (Länge in Meter).
	Muffentrog		
	Rohrtrassenende		Hauseinführung
	Rohrtrassenunterbrechung		
	Rohrtrassenunterbrechung mit Montagegrube		
	Säule		
	Verbindungsstelle		
	Fitting / Rohrverbinder		
	Rohrtrasse		
	Erdkabeltrasse		
	Oberirdische Kabeltrasse		


Länge von A bis B ..
Beachte
Schnittzeichnung
(HDD-84,5-
4XDN125)
SBW-1311B-001

**HDD-Bohrungen mit
informationen über Abschnitt,
Länge und Anzahl der Rohre,
sowie der Bauwerksnummer
der Bohrung**

**SBW-1311B-001
entspricht der Nr.
des Bohrprotokoll, bzw. Bohrprofil**

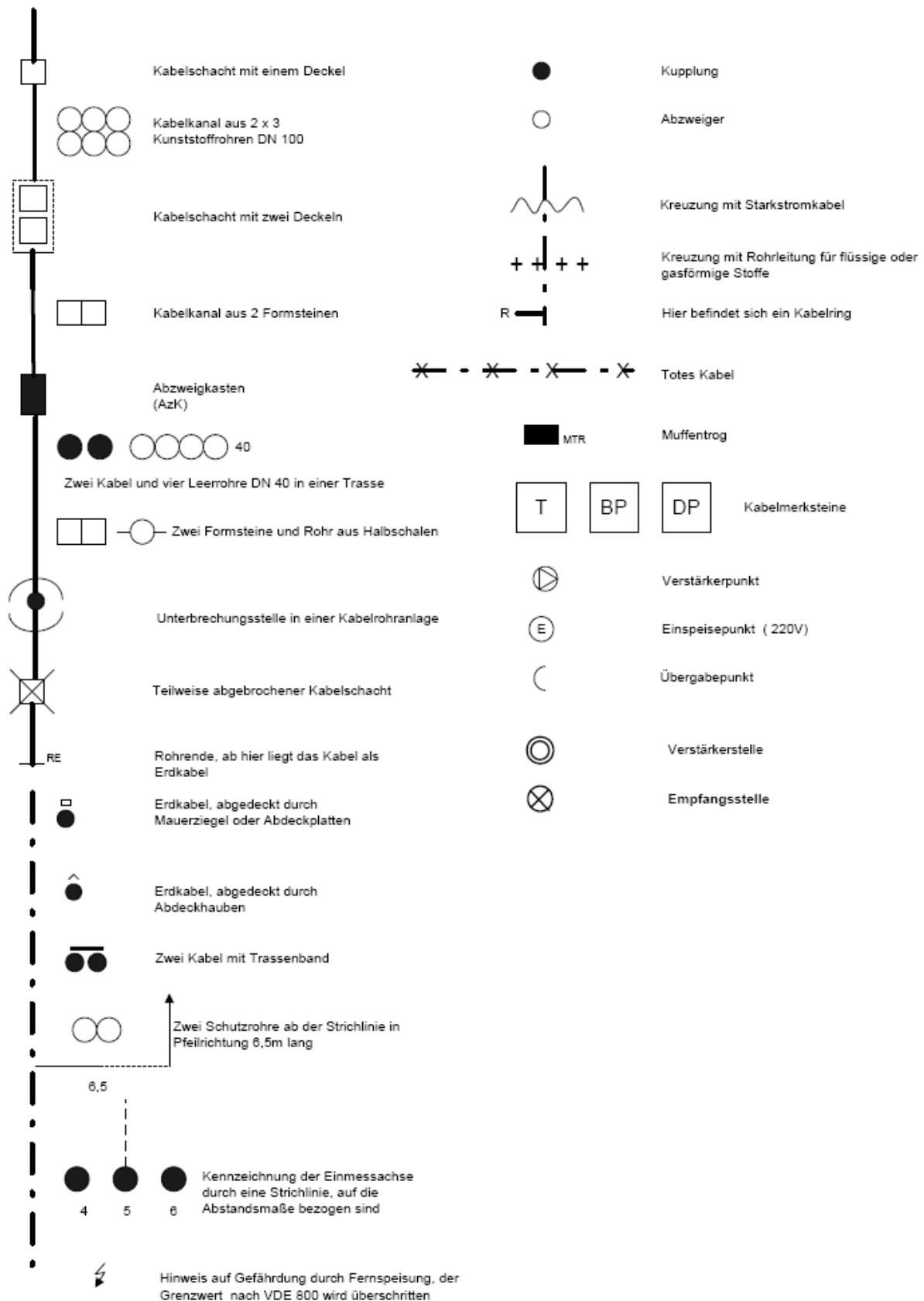
 256

**Meßpunkt mit
Koordinatenpunkt-Nr.
Koordinatentabelle anfordern**



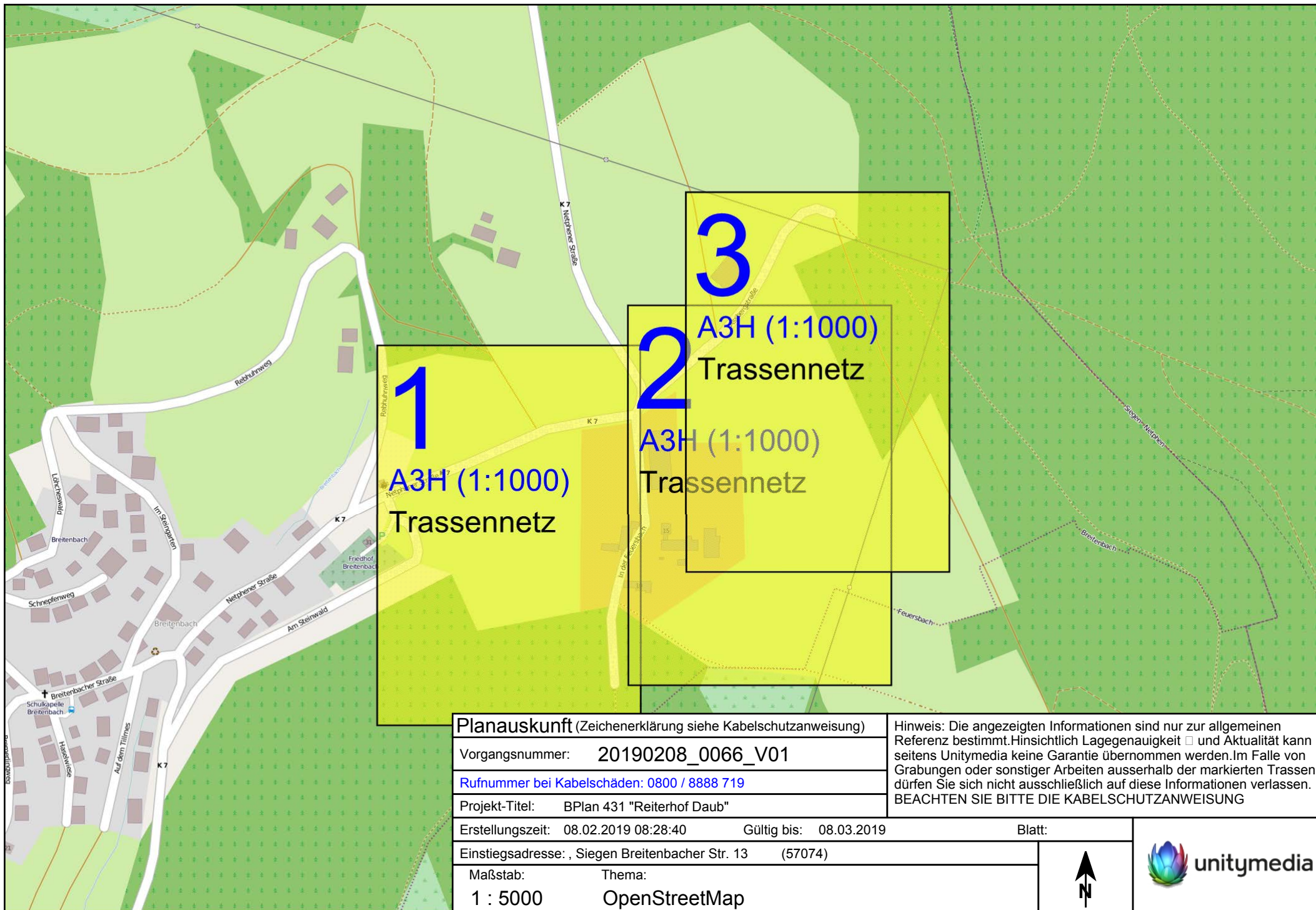
**HDD-Bohrung
(Spülbohrung)
Ggf. Bohrprotokoll
anfordern**

Symbolverzeichnis - Telekom Legenden



Abkürzungsverzeichnis - Oberflächenmerkmale

Ackk	Ackerkante
Betk	Betonkante
Bw	Bahnwärterhaus
Gy	Gully
OT	Ortstafel
Tkst	Tankstelle
VP	Vermessungspunkt
Wgw	Wegweiser
Wgk unreg	unregelmäßige Wegkante
Bdst	Bordstein
Bmr	Baumreihe
Fbk	Fahrbahnkante
Hy	Hydrant
Rwg	Radweg
TP	Trigonometrischer Punkt
Wgrd	Wegrand
unbest Wgk	Unbestimmte Wegkante



BIL eG

Josef-Wirmer-Straße 1-3
D-53123 Bonn
Tel.: +49 228 92 58 52 90
info@bil-leitungsauskunft.de

**Sebastian Kapitza**

Lindnplatz 7
57078 Siegen

Zuständigkeiten und Nicht-Zuständigkeiten zur Anfrage #20190208-0161**Sehr geehrter Herr Kapitza**

Ihre Anfrage "Bebauungsplan Nr. 341 "Reiterhof Daub"" mit der Nummer 20190208-0161 vom 08.02.2019 11:06:11 wurde an das BIL-System übermittelt. Die Verschneidung Ihrer Anfragefläche mit den zu diesem Zeitpunkt gespeicherten Teilnehmerflächen ergab die folgenden Zuständigkeiten. Ihre Anfrage wurde an die zuständigen Teilnehmer zur Beantwortung weitergeleitet.

Die zuständigen Leitungsbetreiber bearbeiten Ihre Anfrage, prüfen die Betroffenheit und stellen Ihnen die entsprechenden Antworten direkt über das BIL-Portal zur Verfügung. Über den Fortschritt der Bearbeitung werden Sie per Email informiert. Alle Informationen und den aktuellen Status Ihrer Anfrage können Sie jederzeit im BIL-Portal einsehen.

Rückfragen zur Beantwortung richten Sie bitte direkt an die zuständigen Betreiber.

20190208-0161

Bebauungsplan Nr. 341 "Reiterhof Daub"

Typ:

Planung

Klassifizierung:

Bebauungsplan / Genehmigungsverfahren
ohne Einsatz von Spezialbaugeräten

Start der Maßnahme:

01.03.2019

Auftraggeber:

Stadt Siegen

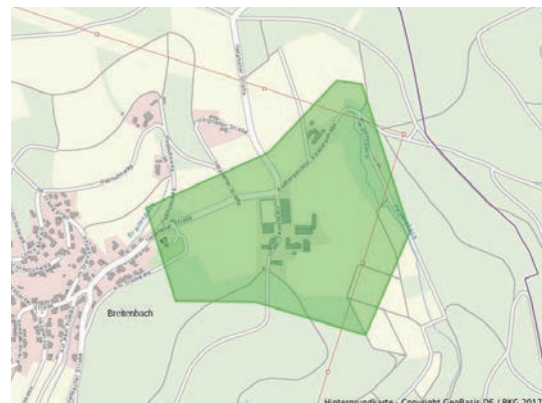
Beschreibung:

Vorrangiges Planungsziel ist die Sicherung des Betriebsfortbestandes sowie die Ermöglichung von zukünftigen Betriebserweiterungen durch die Schaffung von Planungsrecht nach § 30 BauGB.

Koordinaten des Anfragegebiets (Rechtswert, Hochwert)

in ETRS89-32N: 436936.71878788585,5638233.162847331

in WGS-84: 8.103339935608963,50.89231699630568



Für den Anfragebereich zuständige Leitungsbetreiber

AIR LIQUIDE Deutschland GmbH	0208 8509 450	pipelineanfragen@airliquide.com
Amprion GmbH		GT-B-LBPosteingangBehoerden@amprion.net
Open Grid Europe GmbH	+49-201-3659-325	leitungsauskunft@pledoc.de
(Beauskunftung durch die PLEdoc u.a. auch für GasLINE, Ferngas Netzgesellschaft (Netzgebiet Nordbayern), Kokereigasnetz Ruhr, MEGAL, METG, NETG, TENP, Viatel)		
Westnetz GmbH		planauskunft-online@westnetz.de
Im Bereich Ihrer Anfrage erteilt die Westnetz GmbH Planauskünfte im Verteilnetz über ein Online-Portal. Die Registrierung zur Teilnahme am kostenlosen Service sowie Ihre Anfragestellung nehmen Sie bitte direkt dort vor: planauskunft.westnetz.de		
Erhaltene Antworten und den Status der Beantwortung können Sie hier manuell nachführen.		

Von der BIL-Anfrage nicht betroffene Leitungsbetreiber. Diese Betreiber haben keine Leitungen im von Ihnen eingezeichneten Bereich.

Air BP
 BAYERNOIL Raffineriegesellschaft mbH
 Bunde-Etzel-Pipelinegesellschaft mbH & Co. KG
 Currenta
 Deutsche Transalpine Oelleitung GmbH
 Erdgas Münster GmbH
 Evonik Technology & Infrastructure GmbH - Bereich Pipelines
 (Beauskunftung auch für ARG mbH & Co. KG, BASF SE, Covestro AG, EPS GmbH & Co. KG, OXEA GmbH, PRG mbH & Co. KG und Westgas GmbH)
 ExxonMobil Production Deutschland GmbH
 FERNLEITUNGS-BETRIEBSGESELLSCHAFT MBH
 Ferngas Netzgesellschaft mbH
 (Netzgebiet Thüringen-Sachsen)
 GASCADE Gastransport GmbH
 (Beauskunftung auch für NEL Gastransport GmbH "West+Ost", OPAL Gastransport GmbH & Co. KG und WINGAS GmbH)
 GASSCO AS
 GEW Wilhelmshaven GmbH
 Gasunie Deutschland Transport Services GmbH
 InfraServ Gendorf - Vinnolit
 InfraServ GmbH & Co. Gendorf KG
 InfraServ GmbH & Co. Knapsack KG
 Kreiswerke Olpe -Wasserversorgung-
 MERO Germany AG
 Mineralölverbundleitung GmbH Schwedt
 Neptune Energy Deutschland GmbH
 Nippon Gases Rheinland
 Nippon Gases Saarland

Nord-West Kavernengesellschaft mbH
Nord-West Oelleitung GmbH
Nowega GmbH
OMV Deutschland GmbH
Ontras Gastransport GmbH
(Beauskunftung durch die GDMcom mbH)
PCK Raffinerie GmbH Schwedt
Rhein-Main-Rohrleitungstransportgesellschaft m.b.H.
Rotterdam-Rijn Pijpleiding Maatschappij
Ruhr Oel GmbH
STADTWERK AM SEE GmbH & Co. KG
STORAG ETZEL GmbH
(ehem. IVG Caverns GmbH, Etzel)
Telia Carrier Germany GmbH
Thyssengas GmbH
Uniper Energy Storage GmbH / Erdgas Speicher Etzel
ValloSol GmbH
Wintershall Holding GmbH
Zweckverband Bodensee-Wasserversorgung

Gemeinden im Bereich der Anfrage

Stadt Siegen - Gemeindeschlüssel: 05970040

Postleitzahlen im Bereich der Anfrage

57074 - 57074 Siegen

Mit freundlichen Grüßen
BIL eG

**Leitungsauskunft
Fremdplanungsbearbeitung**

Telefon 0201/36 59 - 0
 Telefax 0201/36 59 - 160
 E-Mail leitungsaus-
 kunft@pledoc.de

PLEdoc GmbH · Postfach 12 02 55 · 45312 Essen

Stadt Siegen
 4/5
 Sebastian Kapitza
 Lindnplatz 7
 57078 Siegen

zuständig Sven Göhring
 Durchwahl 0201/3659 328

Ihr Zeichen	Ihre Nachricht vom	Anfrage an	unser Zeichen	Datum
	08.02.2019	BIL	20190200857	12.02.2019

Bebauungsplan Nr. 341 "Reiterhof Daub"

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Bezug auf Ihre o.g. Maßnahme teilen wir Ihnen Nachfolgendes mit.

**Maßgeblich für unsere Auskunft ist der im Übersichtsplan markierte Bereich.
 Dort dargestellte Leitungsverläufe dienen nur zur groben Übersicht.**

Achtung: Eine Ausdehnung oder Erweiterung des Projektbereichs bedarf immer einer erneuten Abstimmung mit uns.

Von uns verwaltete Versorgungsanlagen der nachstehend aufgeführten Eigentümer bzw. Betreiber sind von der geplanten Maßnahme nicht betroffen:

- Open Grid Europe GmbH, Essen
- Kokereigasnetz Ruhr GmbH, Essen
- Ferngas Nordbayern GmbH (FG), Netzbetrieb Nordbayern, Schwaig bei Nürnberg
- Mittel-Europäische Gasleitungsgesellschaft mbH (MEGAL), Essen
- Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen
- Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (NETG), Dortmund
- Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP), Essen
- GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG, Straelen *(hier Solotrassen in Zuständigkeit der PLEdoc GmbH)*
- Viatel GmbH, Frankfurt

Diese Auskunft bezieht sich ausschließlich auf die Versorgungsanlagen der hier aufgelisteten Versorgungsunternehmen. Auskünfte zu Anlagen sonstiger Netzbetreiber sind bei den jeweiligen Versorgungsunternehmen bzw. Konzerngesellschaften oder Regionalcentern gesondert einzuholen.

Hinsichtlich der Maßnahmen zum Ausgleich und zum Ersatz der Eingriffsfolgen entnehmen wir den Unterlagen, dass die Kompensationsmaßnahmen erst im weiteren Verfahren festgelegt werden bzw. keine Erwähnung finden.

Wir weisen darauf hin, dass durch die Festsetzung planexterner Ausgleichsflächen eine Betroffenheit von uns verwalteter Versorgungseinrichtungen nicht auszuschließen ist. Wir bitten um Mitteilung der planexternen Flächen bzw. um weitere Beteiligung an diesem Verfahren.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführer: Kai Dargel

PLEdoc Gesellschaft für Dokumentationserstellung und -pflege mbH • Gladbecker Straße 404 • 45326 Essen
 Telefon: 0201 / 36 59-0 • Telefax 0201/ 36 59-163 • E-Mail: info@pledoc.de • Internet: www.pledoc.de
 Amtsgericht Essen - Handelsregister B 9864 • USt-IdNr. DE 170738401

Zertifiziert nach
 DIN EN ISO 9001
 Zertifikatsnummer
 SQ-9001 AU 6020



PLEdoc GmbH

-Dieses Schreiben ist ohne Unterschrift gültig-

Anlage(n)

Übersichtskarte (© NavLog/GeoBasis-DE / BKG 2014 / geoGLIS OHG (p) by Intergraph)



Legende

- Pipeline
- Trasse GasLINE
- Trasse Viatel
- Stromkabel OGE
- Nachrichtentechnik OGE
- Korrosionsschutzanlage
- Anfrage

200 m

(c) NavLog/GeoBasis-DE/BKG 2016/geoGLIS OHG (p) by Intergraph/HexagonSI

PLEDOC Gladbecker Str. 404
45326 Essen
Wissen, wo es langgeht.

Vorgang:	20190200857
Erstellt:	08.02.2019
Lage:	11, In der Feuersbach, 57074, Siegen

**DEUTSCHE TELEKOM TECHNIK GMBH**

Postfach 10 00, 58086 Hagen

Universitätsstadt Siegen

Der Bürgermeister

Postfach 100352

57003 Siegen

REFERENZEN TNL West, PTI33
ANSPRECHPARTNER Ludger Staljan
TELEFONNUMMER 0271 708 6041
DATUM 01.07.2019
BETRIFFT Stadt Siegen, BPlan 431 "Reitstall Daub", 101. FNP-Änderung

Sehr geehrter Damen und Herren,

vielen Dank für die Übersendung der Unterlagen zu dem oben genannten Vorgang.

Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:

Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom, die aus beigefügtem Plan ersichtlich sind.

Der Bestand und der Betrieb der vorhandenen TK-Linien müssen weiterhin gewährleistet bleiben.

Wir bitten, die Verkehrswege so an die vorhandenen umfangreichen Telekommunikationslinien der Telekom anzupassen, dass diese Telekommunikationslinien nicht verändert oder verlegt werden müssen.

Hinsichtlich geplanter Baumpflanzungen ist das "Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen" der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Ausgabe 1989; siehe insbesondere Abschnitt 3, zu beachten. Wir bitten sicherzustellen, dass durch die Baumpflanzungen der Bau, die Unterhaltung und Erweiterung der Telekommunikationslinien der Telekom nicht behindert werden.

DEUTSCHE TELEKOM TECHNIK GMBH

Hausanschrift: Untere Industriestr. 20, 57250 Netphen | Besucheradresse: Untere Industriestr. 20, 57250 Netphen

Postanschrift: Postfach 10 00, 5 80 86 Hagen | Pakete: Postfach 10 00, 5 80 86 Hagen

Telefon: 02331 203 3700 | Telefax: 02331 203 3709 | E-Mail: info@telekom.xy | Internet: www.telekom.xy

Konto: Postbank Saarbrücken (BLZ 590 100 66), Kto.-Nr. 248 586 68 | IBAN: DE17 5901 0066 0024 8586 68 | SWIFT-BIC: PBNKDEFF590

Aufsichtsrat: Niek Jan van Damme (Vorsitzender) | Geschäftsführung: Walter Goldenits (Vorsitzender), Maria Stettner, Dagmar Vöckler-Busch

Handelsregister: Amtsgericht Bonn HRB 14190, Sitz der Gesellschaft Bonn | UStIdNr. DE 814645262



ERLEBEN, WAS VERBINDET.

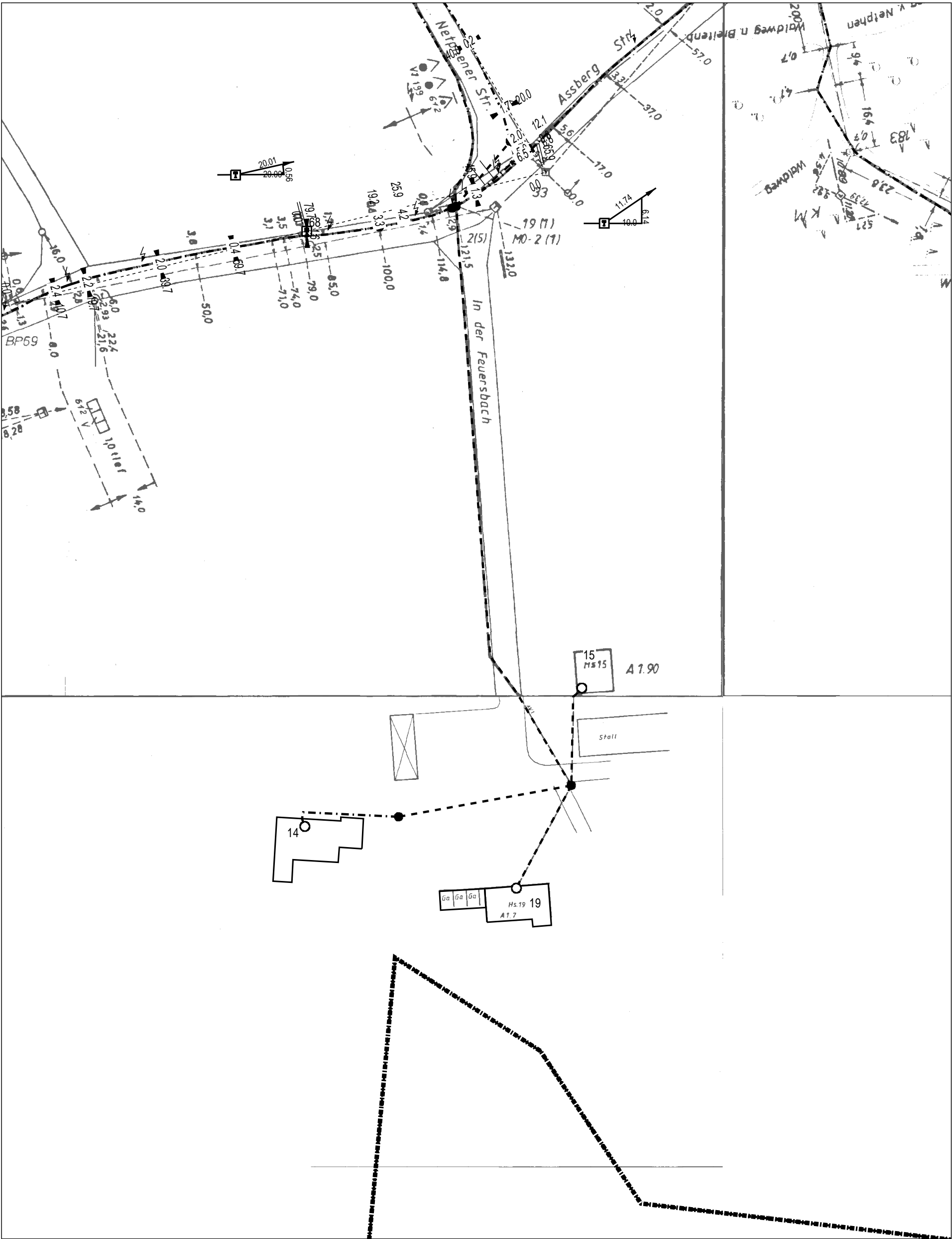
DATUM 01.07.2019
EMPFÄNGER Stadt Siegen
SEITE 2

Mit freundlichen Grüßen

i.A.

Ludger Staljan

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'L. Staljan', written over the printed name.



AT/Vh-Bez.: Kein aktiver Auftrag		AT/Vh-Nr.: Kein aktiver Auftrag	
TI NL	West		
PTI	Hagen		
ONB	Siegen, Deuz		
Bemerkung:		AsB	2, 6
		VsB	
		Name	Staljan Ludger PTI32 Siege
		Datum	01.07.2019
		Sicht	Lageplan
		Maßstab	1:1000
		Blatt	1



Niederschrift zur Internet-Planauskunft der Westnetz GmbH

Kontakt: planauskunft-online@westnetz.de

Auskunft über die Lage von Versorgungseinrichtungen im Zuständigkeitsbereich der Westnetz GmbH

Niederschrift Nr.: rr/1549978713307-e45b7d0d-f4c7-4ecd-a36e-db1bd6364b9d.pdf

Angefordert am: 12.02.2019 14:38

Name des Nutzers: Stadt Siegen Stadtplanung

Vertreten durch Frau/Herr: Kapitza

Verwendungszweck: Planung

Projektname: BPlan 451 "Reiterhof Daub"

Ortsangabe zur Maßnahme: Siegen

Beginn der Baumaßnahme: 12.03.2019

GK-Koordinatenbereich der Auskunft:

3436673.36 5639991.00 3436878.36 5640121.00/0.0 3436865.86 5640092.88 3437070.86 5640222.88/0.0
3436982.11 5640201.63 3437187.11 5640331.63/0.0 3437029.61 5640079.75 3437234.61 5640209.75/0.0
3437019.61 5639969.13 3437224.61 5640099.13/0.0 3436968.98 5639846.00 3437173.98 5639976.00/0.0
3436845.23 5639968.50 3437050.23 5640098.50/0.0 3436772.73 5639871.63 3436977.73 5640001.63/0.0





		Online - Planauskunft <small>rr/1549978713307-e45b7d0d-f4c7-4ecd-a36e-d61bd6364b9d.pdf</small>	
<div>Maßstab : 1:500</div> <div>Verwendungszweck : Planung</div> <div>Ort : Siegen</div> <div>Straße : In der Feuersbach</div> <div>Druckdatum : 12.02.2019</div>		<div><div></div><div></div></div> <div>In Bereichen mit Linien oder Flächen in Orange ist eine gesicherte Online- Auskunft nicht möglich. Bitte wenden Sie sich an das zuständige RZ!</div>	<div></div> <div>WESTNETZ</div>

Online - Planauskunft

rr/1549978713307-e45b7d0d-f4c7-4ecd-a36e-dblbd6364b9d.pdf

Maßstab	: 1: 500
Verwendungszweck	: Planung
Ort	: Siegen
Straße	: In der Feuersbach
Druckdatum	: 12.02.2019 Sparte: Strom (2)





Maßstab	: 1:500
Verwendungszweck	: Planung
Ort	: Siegen
Straße	: In der Feuersbach
Druckdatum	: 12.02.2019
Sparte	: Strom (3)



In Bereichen mit Linien oder Flächen
in Orange ist eine gesicherte Online-
Auskunft nicht möglich. Bitte wenden
Sie sich an das zuständige RZ!



In der Feuersbach



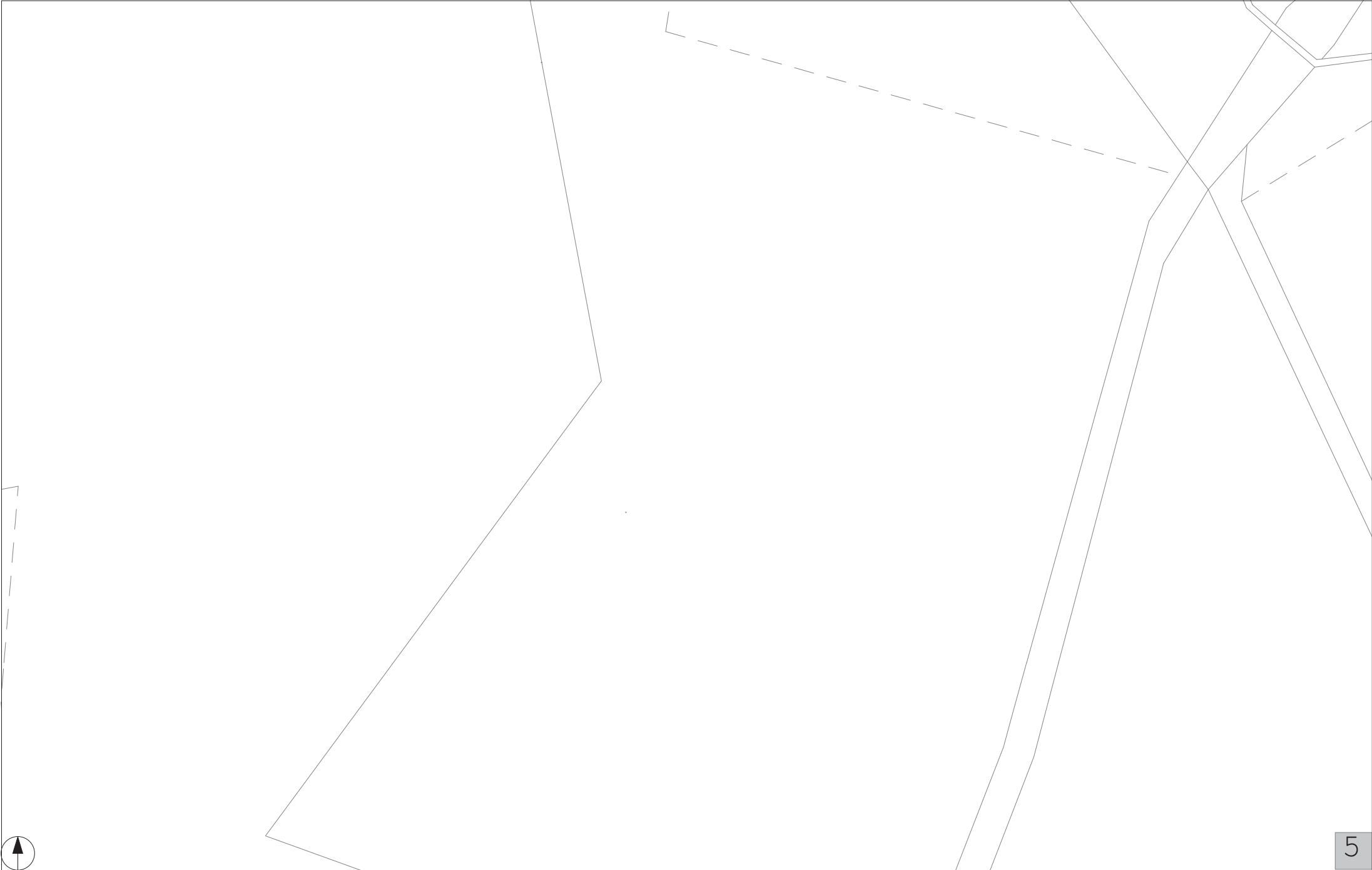
Maßstab : 1:500
Verwendungszweck : Planung
Ort : Siegen
Straße : In der Feuersbach
Druckdatum : 12.02.2019 Sparte: Strom (4)

Online - Planauskunft
xr/1549978713307-e45b7d0d-f4c7-4ecd-a36e-db1bd6364b9d.pdf



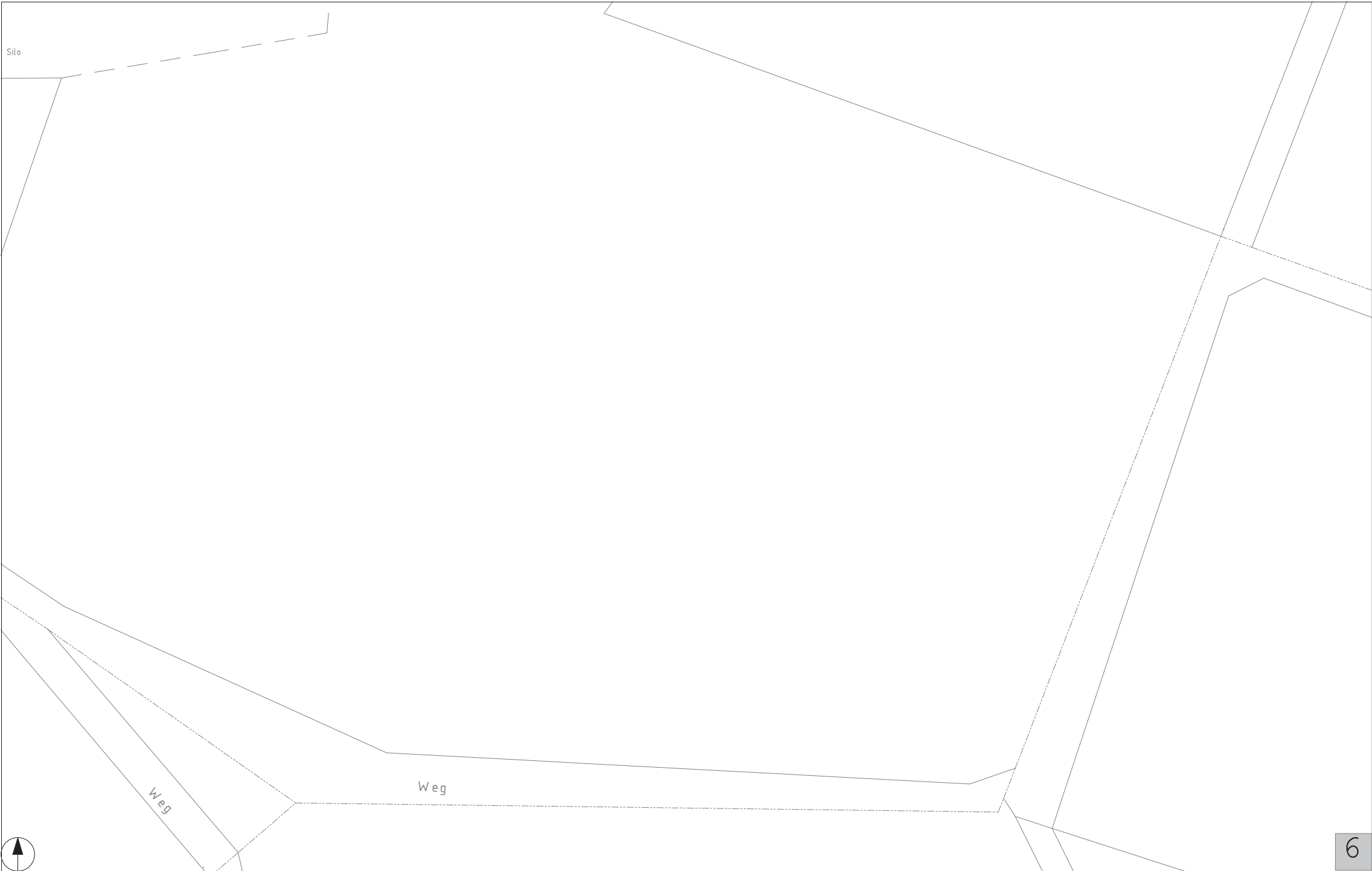
In Bereichen mit Linien oder Flächen
in Orange ist eine gesicherte Online-
Auskunft nicht möglich. Bitte wenden
Sie sich an das zuständige RZ!






5

		Online - Planauskunft <small>rr/1549978713307-e45b7d0d-f4c7-4ecd-a36e-db1bd6364b9d.pdf</small>	
		<div><div><div>Maßstab : 1:500</div><div>Verwendungszweck : Planung</div><div>Ort : Siegen</div><div>Straße : In der Feuersbach</div><div>Druckdatum : 12.02.2019</div></div><div><div>Sparte: Strom (5)</div></div></div>	<div><div><div></div><div>In Bereichen mit Linien oder Flächen in Orange ist eine gesicherte Online- Auskunft nicht möglich. Bitte wenden Sie sich an das zuständige RZ!</div></div><div></div></div>



		Online - Planauskunft		
		<small>rr/1549978713307-e45b7d0d-f4c7-4ecd-a36e-db1bd6364b9d.pdf</small>		
Maßstab : 1:500 Verwendungszweck : Planung Ort : Siegen Straße : In der Feuersbach Druckdatum : 12.02.2019		Sparte: Strom (6)		In Bereichen mit Linien oder Flächen in Orange ist eine gesicherte Online- Auskunft nicht möglich. Bitte wenden Sie sich an das zuständige RZ!

Auf dm Gewinn

0020

K00205

0030

St15

15

In der Feuersbach





Online - Planauskunft
xr/1549978713307-e45b7d0d-f4c7-4ecd-a36e-db1bd6364b9d.pdf

Maßstab : 1:500
Verwendungszweck : Planung
Ort : Siegen
Straße : In der Feuersbach
Druckdatum : 12.02.2019 Sparte: Strom (7)

In Bereichen mit Linien oder Flächen
in Orange ist eine gesicherte Online-
Auskunft nicht möglich. Bitte wenden
Sie sich an das zuständige RZ!





		Online - Planauskunft <small>rr/1549978713307-e45b7d0d-f4c7-4ecd-a36e-d6364b9d.pdf</small>	
<div>Maßstab : 1:500</div> <div>Verwendungszweck : Planung</div> <div>Ort : Siegen</div> <div>Straße : In der Feuersbach</div> <div>Druckdatum : 12.02.2019 Sparte: Strom (8)</div>		<div></div> <div>In Bereichen mit Linien oder Flächen in Orange ist eine gesicherte Online- Auskunft nicht möglich. Bitte wenden Sie sich an das zuständige RZ!</div>	<div></div>

ÜBERSICHT MEINER ANFRAGE**Portal Daten:**

Nummer **472436**
Datum **08.02.2019**

Anfrage Details:**Adresse**

In der Feuersbach 11
57074 Siegen

Koordinaten

436914
5638263

Maßnahme

● Grundstückrechtliche Maßnahme

Kartenausschnitt:**Ergänzende Beschreibung**

Bebauungsplan Nr. 431 "Reiterhof Daub"

Email Weiterleitung:

E-MAIL-WEITERLEITUNGEN


Email

Kommentar

☒ s.kapitza@siegen.de zur Verwendung

Datei-Uploads: BP 341 Reiterhof Daub - Geltungsbereich.pdf

NETZBETREIBER

Teilnehmer	Merkheft	Status
Uniper Wärme GmbH		Nicht betroffen
Uniper Kraftwerke GmbH		Nicht betroffen
Windpark Gunzenhausen GmbH & Co. KG		Nicht betroffen
Avacon Netz GmbH	 (/Content/dow	Nicht betroffen
GP JOULE GmbH		Nicht betroffen

HINWEIS: Ab dem 08. bzw. 12.12.2017 werden Anfragen nicht mehr an die EnergieNetz Mitte GmbH, die GasLINE GmbH und die Open Grid Europe GmbH mit den weiteren beauskunfteten Netzgesellschaften

- Ferngas Netzgesellschaft mbH
- Kokereigasnetz Ruhr GmbH
- MEGAL GmbH, Mittel-Europäische Gasleitungsgesellschaft
- Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG)
- Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & KG (NETG)
- Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP)
- Viatel GmbH

weitergeleitet.

Von: [Göttert, Regine](#)
An: [Kobusinski, Patrick](#)
Thema: Bebauungsplan Nr. 431 "Reitstall Daub" und 101. FNP-Änderung - WVS NICHT BETROFFEN
Datum: Mittwoch, 3. Juli 2019 10:50:24

Bebauungsplan Nr. 431 "Reitstall Daub" und 101. FNP-Änderung

Ihr Zeichen:

Ihr Datum: 28. Juni 2019

Unser Zeichen: 6-0-56 / T10

Sehr geehrter Herr Kobusinski,

vielen Dank für Ihre Anfrage.

In dem angezeigten Bereich in Breitenbach, „Reitstall Daub“ sind keine Versorgungsleitungen des Wasserverbandes Siegen-Wittgenstein betroffen.

Wenn Sie Fragen haben, rufen Sie mich bitte an.

Freundliche Grüße

Regine Göttert
Technische Abteilung

Wasserverband Siegen-Wittgenstein
Einheitsstraße 23
57076 Siegen
Telefon +49 271 7096-47
Telefax +49 271 71098
r.goettert@wvs.nrw
www.wvs.nrw
Steuer-Nr. 342/5820/2846, USt.IdNr. DE 126572125



Bitte denken Sie an die Umwelt - müssen Sie diese E-Mail wirklich ausdrucken?



**Kreis
Siegen-Wittgenstein**
Der Landrat

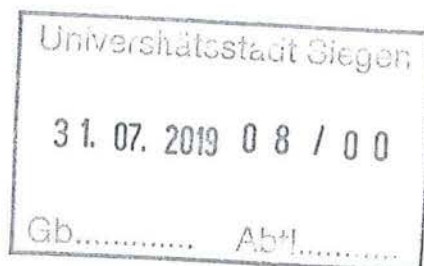
Postanschrift: Kreis Siegen-Wittgenstein • 57069 Siegen

Amt für Bauen und Immissionsschutz

Dienstgebäude:
Koblenzer Straße 73
57072 Siegen

Ihr Ansprechpartner:
Dieter Niwar
Zimmer: 823
Telefon: 0271 333-1840
Telefax: 0271 333-291924
E-Mail: d.niwar@siegen-wittgenstein.de
toeb@siegen-wittgenstein.de

Stadt Siegen
Postfach 10 03 52
57003 Siegen



29. Juli 2019

Mein Zeichen:
61.72.10

Ihr Zeichen:

**Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 431 "Reitstall Daub" der
Stadt Siegen im Stadtteil Breitenbach
Beteiligung des Kreises Siegen-Wittgenstein als Träger
öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB**

Servicezeiten:
montags-freitags
jeweils 7.30 bis 12.00 Uhr
und 13.00 bis 15.00 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter Bezug auf Ihr Schreiben vom 28.06.19 wird zu der oben ge-
nannten städtebaulichen Maßnahme als

Untere Wasserbehörde
Untere Abfallwirtschaftsbehörde
Untere Bodenschutzbehörde
Untere Naturschutzbehörde
Fachgebiet Immissionsschutz

wie folgt Stellung genommen:

1. Stellungnahme der Unteren Wasserbehörde

Das betroffene Grundstück befindet sich im städtebaulichen Außenbereich und ist abwassertechnisch nicht erschlossen. Die Beseitigung der häuslichen Abwässer wird z.Z. mittels vollbiologischer Kleinkläranlage mit Einleitung in das Grundwasser gewährleistet.

Bei der abwassertechnischen Erschließung des Bebauungsplangebietes kommen die gesetzlichen Vorgaben des § 46 (1) Nr. 1-6 LWG (Landeswassergesetz) zur Anwendung. Die Pflicht zur Beseitigung des Abwassers obliegt danach der Gemeinde auf deren Gebiet das Abwasser anfällt.

Zentrale:
Telefon: 0271 333-0
Telefax: 0271 333-2500

www.siegen-wittgenstein.de
post@siegen-wittgenstein.de
post@siegen-wittgenstein.de-mail.de

Bushaltestellen:
Kochs Ecke und Kreishaus
Hbf. ca. 10 Minuten Fußweg

Bankverbindung:
Sparkasse Siegen
IBAN:
DE54 4605 0001 0000 0100 90
SWIFT/BIC:
WELADED1SIE

Volksbank in Südwestfalen eG
IBAN:
DE69 4476 1534 0755 0005 01
SWIFT/BIC:
GENODEM1NRD

Umsatzsteuer-Nr.
342/5811/0883

Im Bebauungsplanverfahren sind verbindliche Aussagen darüber zu treffen, wie die den gesetzlichen Vorgaben entsprechende Abwasserbeseitigung durchgeführt werden soll.

2. Stellungnahme der Unteren Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde

Die seitens der Stadt Siegen zur Verfügung gestellten Unterlagen wurden zur Kenntnis genommen. Anregungen und Hinweise werden zum jetzigen Zeitpunkt von hier nicht gegeben. Ich bitte die untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde am weiteren Verfahren zu beteiligen.

3. Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde

Folgende Hinweise sind zum derzeitigen Stand der Planaufstellung zu geben:

1. Die ökologische Bilanzierung setzt einen Biotopwertverlust in Höhe von 2 Pkt./qm an. Dieses aufgrund eines für den Planungszustand angesetzten Wertes von 1 Pkt./qm, welcher eine durchgehend teil- bzw. unversiegelte Betriebsfläche bedingt [z.B. wassergebundene Decke etc. (vgl. Code 1.3 gem. Biotoptypenwertliste Bauleitplanung LANUV NRW)]. Grundlage dieser Bilanzierung ist die Berücksichtigung der darzustellenden überbaubaren Fläche, welche durch bisher nicht näher zu definierende Planungen wie u.a. weitere Gebäudeerrichtungen und sonstige versiegelnde/teilversiegelnde Flächenbefestigungen genutzt werden soll.
Der ökologische Flächenwert für den Planungszustand kann daher unter Annahme einer hälftig anteiligen Mischkalkulation mit max. 0,5 Pkt./qm angesetzt werden [vgl. Code 1.1 (0 Pkt.) bzw. 1.3 (1 Pkt.) gem. Biotoptypenwertliste Bauleitplanung LANUV NRW].
2. Innerhalb des Plangeltungsbereiches befinden sich nach Kenntnisstand der Unteren Naturschutzbehörde mind. 3 im Zusammenhang mit im Bereich der Reitanlage erfolgten Baumaßnahmen festgesetzte Ausgleichspflanzungen, welche demnach einer Berücksichtigung im Zuge der Planaufstellung bedürfen (vgl. Baugenehmigungs-Az. 10347.91 00, 10501.94 00 sowie 10220.93 02). Die Stadt Siegen wird gebeten die Möglichkeit weiterer über Baugenehmigungen festgesetzter Ausgleichsmaßnahmen innerhalb des Plangebietes zu überprüfen.
3. Der textliche Hinweis unter Ziffer 7. „Artenschutz“ bezüglich der Schaffung von Nisthilfen für Vögel sollte im Interesse des durch jedermann zu unterstützenden Artenschutzes als Festsetzung formuliert werden.
4. Die unter Ziffer 8. „Pflanzgebot“ der textlichen Planfestsetzungen formulierten Pflanzungen bedürfen einer bindenden Festsetzung, da es sich um aus Sicht der Landschaftspflege erforderliche Maßnahmen zur Minderung des Eingriffs in das Landschaftsbild durch die Realisierung der Planinhalte handelt. Dieses insbesondere auch vor dem Hintergrund der Lage des Planungsraumes innerhalb einer seitens des LANUV NRW festgestellten Raumes mit einem herausragenden Wert des Landschaftsbildes.
5. Angeregt wird die Hinzunahme von Fassaden- und Dachbegrünungen zumindest als textlicher Hinweis bezüglich der Bauwerksgestaltung.
6. Der vorgesehene Plangeltungsbereich befindet sich vollumfänglich innerhalb des über den Landschaftsplan Siegen ausgewiesenen Landschaftsschutzgebietes Siegen.
Entsprechend § 20 (4) LNatSchG NRW treten die der Umsetzung von Bebauungsplaninhalten entgegenstehenden Bestimmungen des Landschaftsplanes Siegen (u.a. Bauverbot im Bereich des Landschaftsschutzgebietes) nur dann mit Rechtskraft des Bebauungsplanes außer Kraft, wenn die Untere Naturschutzbehörde im Zuge des zugehörigen Flächennutzungsplanverfahrens einer entsprechenden Darstellungsänderung nicht widersprochen hat (vgl. LBP / Ziffer 3.1).

4. Stellungnahme des Fachgebietes Immissionsschutz

Aus der Sicht des Immissionsschutzes werden keine weiteren Anregungen vorgebracht.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'D. Niwar', with a long horizontal flourish extending to the right.

Dieter Niwar

NABU

NABU-Siegen-Wittgenstein · Am Buchholz 1 · 57319 Bad Berleburg

Stadt Siegen
Postfach 100352
57003 Siegen

Kreisverband Siegen- Wittgenstein e.V.

Michael Düben

Am Buchholz 1
57319 Bad Berleburg
Naturschutzreferent
Tel.: 02751/5512
e-mail: michael.dueben@gmx.de
Bad Berleburg, den 9.7.2019

Betr.: Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“, 101. FNP-Änderung der
Universitätsstadt Siegen, Ihr Schreiben vom 28. Juni 2019
Hier: Stellungnahme des nach LNatSchG NRW anerkannten Naturschutzverbandes
NABU; Labü: SI-398/19.

Sehr geehrter Herr Kobusinski (p.kobusinski@siegen.de)

der vorgesehene B-Plan lässt dem Investor sehr viele Planmöglichkeiten.
Es können 7225 qm Fläche bebaut werden, nachrichtlich sollen mittelfristig 6
Baumaßnahmen mit einer Fläche von 2588 qm realisiert werden.
Daher kann laut Gutachten die abschließende Prüfung artenschutzrechtlicher Tatbestände erst
auf der Ebene der Bau- bzw. Abriss-Genehmigung von Gebäuden erfolgen, Umweltbericht
Seite 10.
Deshalb muss im B-Plan unter „**textliche Festsetzungen**“ aufgenommen werden, **dass die
Bau- bzw. Abriss-Genehmigung von Gebäuden erst nach abschließender Prüfung
artenschutzrechtlicher Tatbestände erteilt werden kann.**
Durch den B-Plan werden durchaus planungsrelevante Fledermaus- und Vogelarten betroffen
sein. Daher wurden neben Vermeidungsmaßnahmen im B-Plan unter „7. Artenschutz“ auch
textliche Hinweise aufgenommen.

Bedingt durch die Lage im LSG und entsprechend dem Charakter einer dörflichen Hofstelle
müssen diese Hinweise eigentlich als Muss-Bestimmung festgesetzt werden.
Die Durchführung der Artenschutzmaßnahmen sind dem Investor durchaus zuzumuten und
erhöhen zugleich die Attraktivität und den Erlebniswert des Standortes für
Erholungssuchende.

Ebenfalls müssen die unter „**8. Pflanzgebot**“ aufgeführten **Maßnahmen zur Durchführung
festgesetzt werden.**

Das Planvorhaben befindet sich ja eigentlich im LSG der Stadt Siegen in einer
Landschaftsbildeinheit mit herausragender Bedeutung für das Landschaftsbild.
Die unter dem Stichwort „Pflanzgebot“ definierten Maßnahmen dienen dazu, die Eingriffe in
das Landschaftsbild zu vermindern, auch weil der B-Plan eine sehr großflächige Versiegelung
zulässt.
Auch die Maßnahmen zum Pflanzgebot sind dem Investor zumutbar, da sie insgesamt den
Erholungswert des Gebietes steigern.

Die Durchführung dieser zusätzlichen Artenschutzmaßnahmen und die Erfüllung des Pflanzgebotes können bei der Kompensation durch Ökopunkte berücksichtigt werden..

Mit freundlichen Grüßen

Michael Düben

Schneider, Patrick

Von: Steimann-Menne, Martina <Martina.Steimann-Menne@bra.nrw.de>
Gesendet: Dienstag, 30. Juli 2019 10:41
An: Schneider, Patrick
Cc: Heyn, Benjamin
Betreff: 101. Änderung FNP Stadt Siegen; Aufstellung B-Plan Nr. 431 "Reitstall Daub"

Kennzeichnung: Zur Nachverfolgung
Kennzeichnungsstatus: Erledigt

Sehr geehrter Herr Schneider,

mit Schreiben vom 28. Juni 2019 haben Sie mir die Unterlagen zu den Planverfahren 101. Änderung des FNP der Stadt Siegen sowie Aufstellung des B-Plans Nr. 431 „Reitstall Daub“ mit der Bitte um bauplanungsrechtliche Prüfung zugeleitet.

Nach kursorischer Prüfung der Unterlagen ist – unbeschadet meiner späteren Entscheidung nach § 6 BauGB – aus bauplanungsrechtlicher Sicht Folgendes anzumerken.

101. FNP-Änderung

- Planzeichnung und Darstellungen:
 - Legende: Die Legende für den aktuellen FNP-Darstellungen sollte vervollständigt werden. Des Weiteren sollten die Rechtsgrundlagen angepasst werden.
 - Übersicht über Verfahrensschritte („Verfahrensleiste“): Die Punkte 1 und 8 sollten angepasst werden.
 - Sondergebiet für Erholung: In einem Sondergebiet / einer Sonderbaufläche, das / die der Erholung dient, i.S.v. § 10 Abs. 2 BauNVO ist grundsätzlich nur zeitweiliges Ferienwohnen zulässig. Insbesondere unzulässig ist hingegen das Dauerwohnen. Insofern widerspricht die beabsichtigte Darstellung der planerischen Intention, wonach auch Dauerwohnen ermöglicht werden soll. Vor diesem Hintergrund empfehle ich die Darstellung eines sonstigen Sondergebiets bzw. einer sonstigen Sonderbaufläche gemäß § 11 BauNVO.
- Begründung:
 - Es werden verschiedene Begriffe in Bezug auf das Baugebiet bzw. die Bauflächen und dessen/deren Zweckbestimmungen genutzt. Die Ausführungen sollten vereinheitlicht werden.
 - Die Aussage, es seien keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten (S. 14), steht im Widerspruch zur festgestellten Kompensationspflicht gemäß § 1a Abs. 2 BauGB, da nur erhebliche Eingriffe einer Kompensationspflicht unterliegen. Die Aussage sollte angepasst werden.
 - Die Rechtsgrundlagen in der Begründung sollten angepasst werden (S. 17 Abb. 13).
- Umweltbericht:
 - Der Umweltbericht ist als gemeinsamer Umweltbericht für die 101. FNP-Änderung und den B-Plan Nr. 431 angelegt. I.d.R. erfolgt jedoch nur eine Bezugnahme zum B-Plan. Untersuchungen und Bewertungen zu potenziellen Umweltauswirkungen des FNP sollten ergänzt werden. Regelmäßig sind diese nicht identisch mit denen des B-Plans, da dieser zumeist nur einen Teil der Entwicklungsmöglichkeiten, die durch den FNP geschaffen werden, umfasst.
 - Es werden verschiedene Begriffe in Bezug auf das Baugebiet bzw. die Bauflächen und dessen/deren Zweckbestimmungen genutzt. Die Ausführungen sollten vereinheitlicht werden.

B-Plan Nr. 431 „Reitstall Daub“

- Die Übereinstimmung von Legende und Planzeichnung sollte geprüft und angepasst werden.
- Festsetzungen:
 - Sondergebiet für Erholung: siehe oben.
 - Textliche Festsetzung Nr. 3.2: Eine abweichende Bauweise muss im B-Plan konkret festgesetzt bzw. definiert werden.

- Begründung: Für die Zweckbestimmung der landwirtschaftlichen Flächen sollten städtebauliche Gründe i.S.d. § 1 Abs. 3 BauGB ergänzt werden.

Artenschutzprüfung

- Die Artenschutzprüfung liegt derzeit in Form von den Anlagen 1 -3 vor. Grundsätzlich muss für die FNP-Änderung zumindest Stufe 1 (Vorprüfung) formal abgearbeitet bzw. dokumentiert sein.

Die vorgenommene Prüfung erfolgte nur cursorisch, sodass die Stellungnahme keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt.

Die Anpassung an Ziele der Raumordnung nach § 1 Abs. 4 BauGB war nicht Gegenstand meiner Prüfung. Sollten Sie Fragen dazu haben, wenden Sie sich bitte an die Kolleginnen und Kollegen des Dezernats 32 (www.bra.nrw.de/3561109).

Bei Fragen stehe ich gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
i.A. Martina Steimann-Menne

Bezirksregierung Arnsberg
Dez. 35 – Städtebau, Bauaufsicht, Bau-, Wohnungs-
und Denkmalangelegenheiten sowie –förderung
Seibertzstr. 2, 59821 Arnsberg
Telefon: 02931 82-3409
E-Mail: martina.steimann-menne@bra.nrw.de





Bezirksregierung Arnsberg • Postfach • 44025 Dortmund

Stadt Siegen
Stadtplanung
Postfach 10 03 52
57003 Siegen



Abteilung 6 Bergbau und
Energie in NRW

Datum: 10. Juli 2019
Seite 1 von 2

Aktenzeichen:
65.52.1-2019-402
bei Antwort bitte angeben

Auskunft erteilt:
Herr Habicht
joerg.habicht@bezreg-
arnsberg.nrw.de
Telefon: 02931/82-3651
Fax: 02931/82-47219

Dienstgebäude:
Goebenstraße 25
44135 Dortmund

Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“

Frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB

Ihr Schreiben vom 28.06.2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

die vorbezeichnete Planmaßnahme befindet sich über dem auf Eisen-, Blei-, Kupfer- und Zinkerz verliehenen, inzwischen erloschenen Bergwerksfeld „Birkhahn“. Die letzte Eigentümerin dieses Bergwerksfeldes ist nach meinen Erkenntnissen nicht mehr erreichbar. Eine entsprechende Rechtsnachfolgerin ist hier nicht bekannt.

Ausweislich der derzeit hier vorliegenden Unterlagen ist im Bereich des Plangebietes kein Abbau von Mineralien dokumentiert. Danach ist mit bergbaulichen Einwirkungen nicht zu rechnen.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Hauptsitz:
Seibertzstr. 1, 59821 Arnsberg

Telefon: 02931 82-0

poststelle@bra.nrw.de
www.bra.nrw.de

Servicezeiten:
Mo-Do 08:30 – 12:00 Uhr
13:30 – 16:00 Uhr
Fr 08:30 – 14:00 Uhr

Landeshauptkasse NRW
bei der Helaba:
IBAN:
DE27 3005 0000 0004 0080 17
BIC: WELADED

Umsatzsteuer ID:
DE123878675



Bearbeitungshinweis:

Abteilung 6 Bergbau und
Energie in NRW

Seite 2 von 2

Diese Stellungnahme wurde bezüglich der bergbaulichen Verhältnisse auf Grundlage des aktuellen Kenntnisstandes erarbeitet. Die Bezirksregierung Arnsberg hat die zugrunde liegenden Daten mit der zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben erforderlichen Sorgfalt erhoben und zusammengestellt. Die fortschreitende Auswertung und Überprüfung der vorhandenen Unterlagen sowie neue Erkenntnisse können zur Folge haben, dass es im Zeitverlauf zu abweichenden Informationsgrundlagen auch in Bezug auf den hier geprüften Vorhabens- oder Planbereich kommt. Eine Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Genauigkeit der Daten kann insoweit nicht übernommen werden. Soweit Sie als berechnete öffentliche Stelle Zugang zur Behördenversion des Fachinformationssystems „Gefährdungspotenziale des Untergrundes in NRW“ (FIS GDU) besitzen, haben Sie hierdurch die Möglichkeit, den jeweils aktuellen Stand der hiesigen Erkenntnisse zur bergbaulichen Situation zu überprüfen. Details über die Zugangs- und Informationsmöglichkeiten dieses Auskunftssystems finden Sie auf der Homepage der Bezirksregierung Arnsberg (www.bra.nrw.de) mithilfe des Suchbegriffs „Behördenversion GDU“. Dort wird auch die Möglichkeit erläutert, die Daten neben der Anwendung ebenfalls als Web Map Service (WMS) zu nutzen.

Mit freundlichen Grüßen und Glückauf

Im Auftrag:

(Habicht)

ESi | Postfach 100 352 | 57003 Siegen

AG 4/5-2 Stadtplanung
Herrn Kobusinski

Ihr Ansprechpartner: Burkhard Winkel
E-Mail: burkhard.winkel@esi-siegen.de

Zimmer: 6.13

Telefon: (0271) 3145-633
Telefax: (0271) 3145-650

Ihr Zeichen:
Unser Zeichen:

Datum: 12.07.2019

**Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ und 101. FNP-Änderung
Beteiligung der Abteilungen im Hause
-Ihre Email vom 01.07.2019-**

Gegen die Aufstellung des Bebauungsplans und die FNP-Änderung bestehen keine grundsätzlichen Bedenken.

Die Stadt Siegen ist mit Schreiben der Unteren Wasserbehörde beim Kreis Siegen-Wittgenstein vom 05.04.2006 (siehe Anlage) von der Pflicht zur Abwasserbeseitigung gem. Landeswassergesetz NRW (ehem. § 53 Abs. 4 LWG) befristet bis 30.04.2026 freigestellt. Die Regelungen aus § 53 Abs. 4 finden sich im gültigen LWG NRW in § 46 Abs. 1 wieder.

Mit der v.g. Freistellung der Stadt Siegen ist gleichzeitig die Abwasserbeseitigungspflicht in gleichem Umfang auf den Nutzungsberechtigten, Herrn Friedrich Wilhelm Daub, für die Grundstücke, Gemarkung Breitenbach Flur 2 Flurstücke 65 und 66 übertragen worden.

Unter dem Aspekt der Regelungen im § 46 Abs. 1 LWG NRW, der derzeit befristeten Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht bestehen keine Bedenken, wenn aufgenommen wird, dass auch zukünftig die Abwasserbeseitigungspflicht beim Nutzungsberechtigten liegt.

Für die Niederschlagswasserversickerung/-einleitung ist die wasserrechtliche Erlaubnis gem. § 10 WHG (ehem. § 7 WHG) erforderlich. Inwieweit die flächendeckend vorliegt entzieht sich meiner Kenntnis. Der im Zusammenhang mit der Niederschlagswasserbeseitigung zitierte § 51a LWG NRW ist mit dem Landeswassergesetz vom 08.07.2016, zuletzt geä. am 15.11.2016, entfallen. Eine Empfehlung von ESi zur Versickerung (siehe S. 21 Begründung) ist mir nicht bekannt und wird nicht ausgesprochen.

Siehe z.B. im B-plan, Textl. Hinweise Ziff. 3 und im Umweltbericht S.11.

gez. Winkel

Hausanschrift
ESi-Betriebshof
Goldammerweg 30
57080 Siegen

Postanschrift
Postfach 100 352
57003 Siegen

www.esi-siegen.de

Sprechzeiten
Mo-Fr 08.30 - 12.00 Uhr
Di+Do 14.00 - 16.00 Uhr
Telefon (0271) 31 45-5
Telefax (0271) 31 45-600

Bankverbindung
Sparkasse Siegen
IBAN: DE58 4605 0001 0030 0657 59
BIC: WELADE1SIE

Universitätsstadt Siegen
z.Hd. Herrn Kobusinski
Stadtplanung
Lindenplatz 7
57078 Siegen

Datum: 9. Juli 2019
Unser Zeichen: nm
Ansprechpartner(in): Nina Münker
Telefon: 0271 3302-150
Fax: 0271 3302-44150
E-Mail: nina.muenker@siegen.ihk.de

1. Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“
2. 101. Änderung Flächennutzungsplan-Änderung
Stellungnahme gem. § 4 (1) BauGB

Sehr geehrter Herr Kobusinski,

zu den oben genannten Plänen nimmt die Industrie- und Handelskammer Siegen (IHK) wie folgt Stellung:

Weder gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes, noch gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes bestehen aus Sicht der Wirtschaft Bedenken.

Die vorläufigen Begründungen zu beiden Plänen legen nachvollziehbar dar, dass die Planungen erforderlich und zweckmäßig sind. Die IHK teilt die Ansicht, dass der Hof als Wirtschafts- und Freizeitstandort das entsprechende Angebot im Bereich der Stadt Siegen bereichert. Insofern ist erstrebenswert, den Betriebsstandort zu sichern. Zum einen durch die Vereinfachung zukünftiger Marktanpassungen und zum anderen durch die Möglichkeit, für nachfolgende Generationen Wohnraum zu schaffen.

Mit freundlichen Grüßen,
im Auftrag



Nina Münker

Universitätsstadt Siegen
Abteilung 4/5
Stadtentwicklung und -planung und Liegenschaften

11. Juli 2019

AG *ZTK*

Kreisstelle Siegen-Wittgenstein · Dünnefeldweg 13 · 59872 Meschede

Stadt Siegen
Postfach 10 03 52

57003 Siegen

Universitätsstadt Siegen

11. 07. 2019 08 / 00

Gb..... Abtl.....

Landwirtschaftskammer
Nordrhein-Westfalen

Kreisstelle

☐ Hochsauerland

Mail: meschede@lwk.nrw.de

☐ Olpe

Mail: olpe@lwk.nrw.de

☒ Siegen-Wittgenstein

Mail: siegen@lwk.nrw.de

Dünnefeldweg 13

59872 Meschede

Tel. 0291 9915-0, Fax -33

www.landwirtschaftskammer.de

Auskunft erteilt: Frau Biermann

Durchwahl: 54

Fax : 33

Mail : dorothee.biermann@lwk.nrw.de

Ihr Schreiben: per Mail

vom: 28.06.2019

54-St-Siegen-Breitenbach-BI.docx

Meschede 10.07.2019

Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ und 101. FNP-Änderung; Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung

Aus landwirtschaftlicher Sicht bestehen keine Bedenken gegen die Aufstellung des o.g. Bebauungsplanes und gegen die entsprechende Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen.

Im Auftrag

(Signature)

(Dr. Gerken)

Von: [Münker, Klaus](#)
An: [Schneider, Patrick](#)
Cc: [Heinfling, Doris](#)
Thema: Bebauungsplan Nr.431 "Reitstall Daub" und 101. FNP-Änderung
Datum: Montag, 15. Juli 2019 15:01:34

Sehr geehrter Herr Kobusinski, gegen die FNP-Änderung und den Bebauungsplan Nr. 431 "Reitstall Daub" in der dargestellten Form bestehen seitens des Regionalforstamtes Siegen-Wittgenstein keine Bedenken.

Mit freundlichem Gruß

i.A.
gez.
Klaus Münker
Wald und Holz NRW
Regionalforstamt Siegen-Wittgenstein
Fachgebietsleiter Hoheit
Vormwalder Str. 9
57271 Hilchenbach

Telefon: 02733 8944-41
Mobil: 0171 587 1541
Fax: 02733 8944-60
E-Mail: klaus.muenker@wald-und-holz.nrw.de

www.wald-und-holz.nrw.de
www.facebook.com/WaldundHolzNRW

Schneider, Patrick

Von: Loth, Armin <Armin.Loth@svb-siegen.de>
Gesendet: Freitag, 12. Juli 2019 13:19
An: Schneider, Patrick
Betreff: AW: Stadt Siegen, BPlan 431 "Reitstall Daub", 101. FNP-Änderung

Kennzeichnung: Zur Nachverfolgung
Kennzeichnungsstatus: Gekennzeichnet

Sehr geehrter Damen und Herren,

die Versorgung mit Trinkwasser kann durch die Siegener Versorgungsbetriebe derzeit nicht sichergestellt werden. Da der Bebauungsplan weiterhin Außenbereich bleibt, besteht zur Erschließung keine Verpflichtung aus dem Konzessionsvertrag. Eine Einzelfallbezogene vertragliche Regelung könnte möglich sein.

Mit freundlichen Grüßen

Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ und 101. FNP-Änderung

**Frühzeitige Beteiligung gemäß § 3 (1) BauGB
vom 01.07. – 12.07.2019**

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit wurde telefonisch eine Anmerkung vorgebracht. Hierbei ging es um den Betrieb des geplanten Ausschanks und die Bitte die Öffnungszeiten konkret festzusetzen bzw. bis maximal 22 Uhr zu begrenzen.

Siegen, 15.07.18

Gez. Schneider

Stadtplanung, Siegen

Von: Göttert, Regine <R.Goetttert@wvs.nrw>
Gesendet: Montag, 10. Mai 2021 16:21
An: Stadtplanung, Siegen
Betreff: AW: Betreff: Beteiligung § 4 (2) BauGB: Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ und 101. FNP-Änderung - WVS NICHT BETROFFEN

Beteiligung § 4 (2) BauGB: Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ und 101. FNP-Änderung

Ihr Zeichen:

Ihr Datum: 10. Mai 2021

Unser Zeichen: 6-0-56 / T10

Sehr geehrter Herr Meier,

vielen Dank für Ihre Anfrage.

In dem angezeigten Bereich in Siegen-Breitenbach, „Reitstall Daub“ sind keine Versorgungsleitungen des Wasserverbandes Siegen-Wittgenstein betroffen.

Wenn Sie Fragen haben, rufen Sie mich bitte an.

Freundliche Grüße vom Wasserverband

Regine Göttert

Technische Abteilung

Wasserverband Siegen-Wittgenstein

Einheitsstraße 23

57076 Siegen

Telefon +49 271 7096-47

Telefax +49 271 71098

r.goetttert@wvs.nrw

www.wvs.nrw



Bitte denken Sie an die Umwelt - müssen Sie diese E-Mail wirklich ausdrucken?

Von: Stadtplanung, Siegen [<mailto:Stadtplanung@siegen.de>]

Gesendet: Montag, 10. Mai 2021 11:32

An: Meier, Volker <V.Meier@siegen.de>

Betreff: Betreff: Beteiligung § 4 (2) BauGB: Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ und 101. FNP-Änderung

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung vom 14.04.2021 den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 431 „Reitstall Daub“ und die zugehörige 101. FNP-Änderung jeweils mit Begründung und Umweltbericht beschlossen sowie deren Auslegung. Hiermit werden Sie gemäß § 4 (2) BauGB (Nachbarkommunen gemäß § 2 (2) BauGB) beteiligt und Ihre Stellungnahme zur Planung eingeholt.

Sollten Sie über Informationen verfügen, die für die Ermittlung und Bewertung des Abwägungsmaterials für die Planung zweckdienlich sind, so stellen Sie diese bitte zur Verfügung. Geben Sie außerdem Aufschluss über von Ihnen beabsichtigte oder bereits eingeleitete Planungen oder sonstige Maßnahmen sowie über deren zeitliche Abwicklung, soweit diese für die Planung von Belang sein könnten.

Ihre Stellungnahme bitte ich bis zum **25.06.2021** abzugeben.

Falls Sie keine Anregungen bzw. Hinweise vorbringen oder die Planung berührende Planungen oder sonstigen Maßnahme beabsichtigen, so bitte ich um Fehlanzeige.

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme bzw. Fehlanzeige möglichst digital an: stadtplanung@siegen.de

Postalisch bitte an: Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7, 57078 Siegen, 4/5-2 AG Stadtplanung.

Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können gemäß § 4a Abs. 6 BauGB unberücksichtigt bleiben.

Die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB findet in der Zeit vom 17.05. bis 25.06.2021 als Veröffentlichung im Internet gemäß § 3 Abs. 1 PlanSIG statt. Die Bekanntmachung erfolgte am 08.05.2021.

Die Beteiligungsunterlagen können Sie unter folgendem Link bis zum Ende der Beteiligungsfrist herunterladen:

www.siegen.de/bauleitplanungbeteiligung42

Die Unterlagen sind ohne Zugangsbeschränkung verfügbar. Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.

Volker Meier



UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN

Der Bürgermeister

Arbeitsgruppe 4/5-2 ▪ Stadtplanung

Rathaus Geisweid / Lindenplatz 7 ▪ 57078 Siegen

Telefon: (0271) 404-3283 ▪ Telefax: (0271) 40436-3283

E-Mail: v.meier@siegen.de

www.siegen.de



Stadtplanung, Siegen

Von: Mennekes, Andreas <andreas.mennekes@bra.nrw.de>
Gesendet: Mittwoch, 12. Mai 2021 10:11
An: Stadtplanung, Siegen
Betreff: AW: Betreff: Beteiligung § 4 (2) BauGB: Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ und 101. FNP-Änderung

Sehr geehrter Herr Meier,
sehr geehrte Damen und Herren,

zu den o.a. Parallelverfahren sind aus bergbehördlicher Zuständigkeit über die bereits im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung mitgeteilten Hinweise hinaus keine weiteren Ergänzungen erforderlich. Mithin erstatte ich Fehlanzeige. Mein Az. für Rückfragen lautet 65.52.1-2019-402.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
Andreas Mennekes

Andreas Mennekes <<mailto:andreas.mennekes@bezreg-arnsberg.nrw.de>>
Bezirksregierung Arnsberg
Abteilung Bergbau und Energie in NRW
Dezernat 65 - Markscheidewesen, Rechtsangelegenheiten
Goebenstraße 25
44135 Dortmund
Telefon: +49 2931 82 3665
Telefax: +49 2931 82 40460

Von: Stadtplanung, Siegen <Stadtplanung@siegen.de>
Gesendet: Montag, 10. Mai 2021 11:32
An: Meier, Volker <V.Meier@siegen.de>
Betreff: Betreff: Beteiligung § 4 (2) BauGB: Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ und 101. FNP-Änderung

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung vom 14.04.2021 den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 431 „Reitstall Daub“ und die zugehörige 101. FNP-Änderung jeweils mit Begründung und Umweltbericht beschlossen sowie deren Auslegung. Hiermit werden Sie gemäß § 4 (2) BauGB (Nachbarkommunen gemäß § 2 (2) BauGB) beteiligt und Ihre Stellungnahme zur Planung eingeholt.

Sollten Sie über Informationen verfügen, die für die Ermittlung und Bewertung des Abwägungsmaterials für die Planung zweckdienlich sind, so stellen Sie diese bitte zur Verfügung. Geben Sie außerdem Aufschluss über von Ihnen beabsichtigte oder bereits eingeleitete Planungen oder sonstige Maßnahmen sowie über deren zeitliche Abwicklung, soweit diese für die Planung von Belang sein könnten.

Ihre Stellungnahme bitte ich bis zum **25.06.2021** abzugeben.

Falls Sie keine Anregungen bzw. Hinweise vorbringen oder die Planung berührende Planungen oder sonstigen Maßnahme beabsichtigen, so bitte ich um Fehlanzeige.

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme bzw. Fehlanzeige möglichst digital an: stadtplanung@siegen.de

Postalisch bitte an: Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7, 57078 Siegen, 4/5-2 AG Stadtplanung.

Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können gemäß § 4a Abs. 6 BauGB unberücksichtigt bleiben.

Die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB findet in der Zeit vom 17.05. bis 25.06.2021 als Veröffentlichung im Internet gemäß § 3 Abs. 1 PlanSIG statt. Die Bekanntmachung erfolgte am 08.05.2021.

Die Beteiligungsunterlagen können Sie unter folgendem Link bis zum Ende der Beteiligungsfrist herunterladen:

www.siegen.de/bauleitplanungbeteiligung42

Die Unterlagen sind ohne Zugangsbeschränkung verfügbar. Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.

Volker Meier



UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN

Der Bürgermeister

Arbeitsgruppe 4/5-2 ▪ Stadtplanung

Rathaus Geisweid / Lindenplatz 7 ▪ 57078 Siegen

Telefon: (0271) 404-3283 ▪ Telefax: (0271) 40436-3283

E-Mail: v.meier@siegen.de

www.siegen.de



LWL-Archäologie für Westfalen - In der Wüste 4 - 57462 Olpe

Servicezeiten: Montag-Donnerstag 08:30 - 12:30 Uhr, 14:00 - 15:30 Uhr
Freitag 08:30 - 12:30 Uhr

Stadt Siegen
Amt für Städtebau
Postfach 10 03 52

Ansprechpartnerin:
Melanie Röring B.A.

Tel.: 02761 9375-42
Fax: 02761 937520
E-Mail: melanie.roering@lwl.org

57003 Siegen

Az.: 2317rö21.eml

Olpe, 12.05.2021

Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ und 101. FNP-Änderung

Ihr Schreiben vom 10.05.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Übersendung der o.g. Planunterlagen bedanken wir uns.

Wir verweisen auf den in der Begründung genannten Punkt „Denkmalpflege“ und bitten um Beachtung der darin genannten Auflagen.

Im Auftrag

gez.

Prof. Dr. Michael Baales
(Leiter der Außenstelle)

f. d. R.

M. Röring B.A.

Stadtplanung, Siegen

Von: uwe.achenbach@westnetz.de
Gesendet: Mittwoch, 12. Mai 2021 11:08
An: Stadtplanung, Siegen
Betreff: AW: Betreff: Beteiligung § 4 (2) BauGB: Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ und 101. FNP-Änderung

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bestätigen weiterhin (s. Abs. 3.4 Ihrer Unterlagen), die Gegebenheit der Grundversorgung der elektrischen Energieversorgung mittels einer oberirdischen Leitungstrasse im Niederspannungsnetz.

Eine maßgebliche Erhöhung der Netzanschlusskapazität wäre grundsätzlich möglich. Die sich hieraus evtl. zu ergebene Anschlussänderung – auch der Spannungsebene - ist rechtzeitig mit uns abzustimmen.

Die Kosten des neuen bzw. zu ändernden Netzanschlusses einschließlich einer optionalen kundeneigenen Trafostation hätte der Antragsteller (Eigentümer/Nutzer) zu tragen.

Mit freundlichen Grüßen
Uwe Achenbach

Westnetz GmbH
Regionalzentrum Sieg
Netzplaner Strom Team Siegen
Friedrichstraße 60, 57072 Siegen
T intern 753-2394
T extern +49(0)271/584-2394
M+49(0)162 / 284 60 51

Geschäftsführung: Diddo Diddens, Dr. Jürgen Gröner, Dr. Stefan Küppers,
Sitz der Gesellschaft: Dortmund
Eingetragen beim Amtsgericht Dortmund
Handelsregister-Nr. HRB 30872
UST.-IdNR. DE 325265170

Von: Stadtplanung, Siegen <Stadtplanung@siegen.de>
Gesendet: Montag, 10. Mai 2021 11:32
An: Meier, Volker <V.Meier@siegen.de>
Betreff: Betreff: Beteiligung § 4 (2) BauGB: Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ und 101. FNP-Änderung

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung vom 14.04.2021 den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 431 „Reitstall Daub“ und die zugehörige 101. FNP-Änderung jeweils mit Begründung und Umweltbericht beschlossen sowie deren Auslegung. Hiermit werden Sie gemäß § 4 (2) BauGB (Nachbarkommunen gemäß § 2 (2) BauGB) beteiligt und Ihre Stellungnahme zur Planung eingeholt.

Sollten Sie über Informationen verfügen, die für die Ermittlung und Bewertung des Abwägungsmaterials für die Planung zweckdienlich sind, so stellen Sie diese bitte zur Verfügung. Geben Sie außerdem Aufschluss über von Ihnen beabsichtigte oder bereits eingeleitete Planungen oder sonstige Maßnahmen sowie über deren zeitliche Abwicklung, soweit diese für die Planung von Belang sein könnten.

Ihre Stellungnahme bitte ich bis zum **25.06.2021** abzugeben.

Falls Sie keine Anregungen bzw. Hinweise vorbringen oder die Planung berührende Planungen oder sonstigen Maßnahme beabsichtigen, so bitte ich um Fehlanzeige.

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme bzw. Fehlanzeige möglichst digital an: stadtplanung@siegen.de

Postalisch bitte an: Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7, 57078 Siegen, 4/5-2 AG Stadtplanung.

Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können gemäß § 4a Abs. 6 BauGB unberücksichtigt bleiben.

Die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB findet in der Zeit vom 17.05. bis 25.06.2021 als Veröffentlichung im Internet gemäß § 3 Abs. 1 PlanSIG statt. Die Bekanntmachung erfolgte am 08.05.2021.

Die Beteiligungsunterlagen können Sie unter folgendem Link bis zum Ende der Beteiligungsfrist herunterladen:

www.siegen.de/bauleitplanungbeteiligung42

Die Unterlagen sind ohne Zugangsbeschränkung verfügbar. Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.

Volker Meier



UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN

Der Bürgermeister

Arbeitsgruppe 4/5-2 ■ Stadtplanung

Rathaus Geisweid / Lindenplatz 7 ■ 57078 Siegen

Telefon: (0271) 404-3283 ■ Telefax: (0271) 40436-3283

E-Mail: v.meier@siegen.de

www.siegen.de



Landwirtschaftskammer NRW · Dünnefeldweg 13 · 59872 Meschede

Stadt Siegen
Der Bürgermeister
4/5-2 AG Stadtplanung
Lindenplatz 7
57078 Siegen

Kreisstelle

☐ Hochsauerland

Mail: meschede@lwk.nrw.de

☐ Olpe

Mail: olpe@lwk.nrw.de

☒ Siegen-Wittgenstein

Mail: siegen@lwk.nrw.de

Dünnefeldweg 13

59872 Meschede

Tel. 0291 9915-0, Fax -33

www.landwirtschaftskammer.de

Auskunft erteilt: Frau Stratmann

Durchwahl: 69

Mail: janina.stratmann@lwk.nrw.de

Meschede 19.05.2021

Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ und 101. FNP-Änderung

Hier: Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus landwirtschaftlicher Sicht bestehen keine Bedenken gegen die o.g. Flächennutzungsplanänderung sowie die Bebauungsplanaufstellung.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Zuwegung zu angrenzenden land- und forstwirtschaftlichen Flächen weiterhin sichergestellt sein muss.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Gez. Stratmann

Stadtplanung, Siegen

Von: Michael Düben <michael.dueben@gmx.de>
Gesendet: Sonntag, 23. Mai 2021 15:47
An: Stadtplanung, Siegen
Cc: Landesbüro Naturschutz NRW
Betreff: B-Plan Nr. 431 Reitstall Daub und 101.FNP-Änderung Labü SI-398/19
Anlagen: St Daub Siegen.docx

Betr.: Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“, 101. FNP-Änderung der Universitätsstadt Siegen, Ihr Schreiben vom 10.Mai 2021

Sehr geehrter Herr Meier,

im Anhang finden Sie die Stellungnahme des NABU Siegen-Wittgenstein für dieses Verfahren.

Mit freundlichem Gruß,

Michael Düben

Naturschutzbund Deutschland (NABU)
Kreisverband Siegen-Wittgenstein e.V.
Am Buchholz 1
57319 Bad Berleburg
Tel. Geschäftsstelle: 02751-5512
E-Mail: info@nabu-siwi.de
www.nabu-siwi.de

Registergericht Amtsgericht Siegen
Registernummer VR 1106
Vertretungsberechtigter Vorstand:
1. Vorsitzende Klaudia Witte
2. Vorsitzender Thomas Müsse

Ab dem 25.05.2018 gelten neue Informationspflichten zur Datenverarbeitung nach der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Die Informationen zur Datenverarbeitung von Mitgliedern, Spendern, Interessenten und Geschäftspartnern etc. durch den NABU Siegen-Wittgenstein e.V. finden Sie unter <https://www.nabu-siwi.de/j/privacy>

Speziell dieses Pflanzgebot ist auch geeignet, die negativen Einflüsse auf das Landschaftsbild zu vermindern und muss somit zur Durchführung festgesetzt werden.

Laut Gutachten ist das Gebiet sehr geeignet, auf den Dachflächen regenerative Energie durch Fotovoltaik zu erzeugen. Dies wird großzügig erlaubt, allerdings nicht festgesetzt.

Die Stadt Siegen hat sich öffentlich dazu bekannt, aktiv gegen den Klimawandel vorzugehen.

Wenn dies eine ehrliche Absicht ist, muss sie auch in den B-Plänen die Erzeugung erneuerbarer Energien festsetzen.

Selbst die Bezirksregierung Arnsberg weist im neuen Regionalplanentwurf darauf hin, dass dies den Gemeinden entsprechend § 9 Abs. 1 Nr. 23 b BauGB möglich ist.

Da die Stadt Siegen in diesem B-Plan den Bauherren außergewöhnlich große Möglichkeiten zur freien Gestaltung gibt, ist dies für die Bauherren zumutbar.

Mit freundlichem Gruß

Michael Düben

NABU

NABU-Siegen-Wittgenstein · Am Buchholz 1 · 57319 Bad Berleburg

Stadt Siegen
Postfach 100 352
57003 Siegen

Kreisverband Siegen-
Wittgenstein e.V.

Michael Düben

Am Buchholz 1
57319 Bad Berleburg

Tel.: 02751/5512

e-mail: michael.dueben@gmx.de

Bad Berleburg, 24.05.2021

Betr.: Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“, 101. FNP-Änderung der Universitätsstadt Siegen, Ihr Schreiben vom 10.Mai 2021

Hier: Stellungnahme des nach LNatSchG NRW anerkannten Naturschutzverbandes NABU; Labü: SI-398/19.

Sehr geehrter Herr Meier

In unserer Stellungnahme vom 9.7.2019 in dieser Sache hatten wir darauf hingewiesen, dass, als Ergebnis der vorgelegten Gutachten, im B-Plan **unter textlichen Festsetzungen aufgenommen werden muss, dass die Bau- und Abriss Genehmigung von Gebäuden erst nach abschließender Prüfung artenschutzrechtlicher Tatbestände erteilt werden kann.**

Diese Festlegung ist leider nicht erfolgt, obwohl sie unbedingt notwendig ist und den Forderungen der vorgelegten Gutachten entspricht!

Man könnte somit zur Auffassung kommen, dass der Stadt Siegen ein wirksamer Artenschutz nicht besonders wichtig ist.

Darauf würde dann auch folgender Hinweis im B-Plan hindeuten: `Beim Eingriff in den Baum- und Gehölzbestand, bei dem potentielle Bruthöhlen oder Nistplätze verloren gehen, wird die Bereitstellung künstlicher Nisthilfen empfohlen`. Wieso nur empfohlen? Es müsste doch selbstverständlich sein, dass vernichtete Nistplätze durch künstliche Nistplätze ersetzt werden müssen!

In der Begründung findet sich unter Kompensationsbilanz folgender Satz: `Da sich aber innerhalb des Änderungsbereiches derzeit keine sinnvollen Maßnahmen zur Kompensation ergeben, ist es seitens des Gesetzgebers möglich, die Kompensationspflicht durch den Einsatz von sog. Ökopunkten zu erfüllen`.

Dies ist rechtlich nicht falsch, aber es gibt durchaus innerhalb des Änderungsbereichs Möglichkeiten für sinnvolle Maßnahmen!

So führen die vorgelegten Gutachten z.B. die Schaffung von künstlichen Nisthilfen für Vögel und Fledermäuse in den alten und neuen Gebäuden an. Speziell in Zusammenhang mit einer Pferdehaltung kann man der gefährdeten Rauchschwalbe Nistmöglichkeiten anbieten.

Weiterhin verweisen die Gutachten auf die Schaffung eines Amphibiengewässers und die Maßnahmen, die sich hinter **dem Hinweis 8 `Pflanzgebot`** verbergen.

Stadtplanung, Siegen

Von: Loth, Armin <Dipl.-Ing.Armin.Loth@svb-siegen.de>
Gesendet: Dienstag, 8. Juni 2021 16:29
An: Stadtplanung, Siegen
Cc: Heinrich, Dirk; Janke, Matthias
Betreff: AW: Betreff: Beteiligung § 4 (2) BauGB: Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ und 101. FNP-Änderung

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur Auslegung der Entwürfe zum Bebauungsplan 431 sowie zur 101. Änderung nehmen die SVB wie folgt Stellung:

- Lediglich hinweisen möchten wir, dass in den Begründungen unter Punkte 3.2 (FNP) bzw. 3.3 (BP431) nur die verkehrliche Erschließung behandelt wird.
- Den Ausführungen zur Trinkwasser- und Erdgasversorgung in der Begründung zum Bebauungsplan stimmen die SVB zu und weisen nur erneut daraufhin, dass für die Trinkwasserversorgung alternativ eine Versorgung auf Basis einer einzelfallbezogenen vertraglichen Regelung mit den SVB möglich sein kann.
- Den Ausführungen in der Begründung zum Flächennutzungsplan unter 3.3 Ver-/Entsorgung \ Trinkwasser stimmen die SVB nicht zu. Hier muss der gleiche Text eingefügt werden wie in der Begründung zum Bebauungsplan, da zwar eine Eigenversorgung bei Verzicht der Stad Siegen auf den Anschluss- und Benutzungszwang geregelt ist, nicht aber die Versorgung durch einen Dritten im Konzessionsgebiet der SVB.

Mit freundlichen Grüßen

Von: Stadtplanung, Siegen <Stadtplanung@siegen.de>
Gesendet: Montag, 10. Mai 2021 11:32
An: Meier, Volker <V.Meier@siegen.de>
Betreff: Betreff: Beteiligung § 4 (2) BauGB: Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ und 101. FNP-Änderung

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung vom 14.04.2021 den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 431 „Reitstall Daub“ und die zugehörige 101. FNP-Änderung jeweils mit Begründung und Umweltbericht beschlossen sowie deren Auslegung. Hiermit werden Sie gemäß § 4 (2) BauGB (Nachbarkommunen gemäß § 2 (2) BauGB) beteiligt und Ihre Stellungnahme zur Planung eingeholt.

Sollten Sie über Informationen verfügen, die für die Ermittlung und Bewertung des Abwägungsmaterials für die Planung zweckdienlich sind, so stellen Sie diese bitte zur Verfügung. Geben Sie außerdem Aufschluss über von Ihnen beabsichtigte oder bereits eingeleitete Planungen oder sonstige Maßnahmen sowie über deren zeitliche Abwicklung, soweit diese für die Planung von Belang sein könnten.

Ihre Stellungnahme bitte ich bis zum **25.06.2021** abzugeben.

Falls Sie keine Anregungen bzw. Hinweise vorbringen oder die Planung berührende Planungen oder sonstigen Maßnahme beabsichtigen, so bitte ich um Fehlanzeige.

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme bzw. Fehlanzeige möglichst digital an: stadtplanung@siegen.de

Postalisch bitte an: Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7, 57078 Siegen, 4/5-2 AG Stadtplanung.

Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können gemäß § 4a Abs. 6 BauGB unberücksichtigt bleiben.

Die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB findet in der Zeit vom 17.05. bis 25.06.2021 als Veröffentlichung im Internet gemäß § 3 Abs. 1 PlanSIG statt. Die Bekanntmachung erfolgte am 08.05.2021.

Die Beteiligungsunterlagen können Sie unter folgendem Link bis zum Ende der Beteiligungsfrist herunterladen:

www.siegen.de/bauleitplanungbeteiligung42

Die Unterlagen sind ohne Zugangsbeschränkung verfügbar. Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.

Volker Meier



UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN

Der Bürgermeister

Arbeitsgruppe 4/5-2 ▪ Stadtplanung

Rathaus Geisweid / Lindenplatz 7 ▪ 57078 Siegen

Telefon: (0271) 404-3283 ▪ Telefax: (0271) 40436-3283

E-Mail: v.meier@siegen.de

www.siegen.de



=====

Dipl.-Ing. (FH) Armin Loth
Handlungsbevollmächtigter
Abteilungsleiter Planung
Siegener Versorgungsbetriebe GmbH
Morleystraße 29-37
57072 Siegen

Tel.: 0271 / 3307-204

E-Mail: Dipl.-Ing.Armin.Loth@svb-siegen.de

www.svb-siegen.de

=====

Geschäftsführer:
Thomas Mehrer
Aufsichtsratsvorsitzender:
Frank Weber

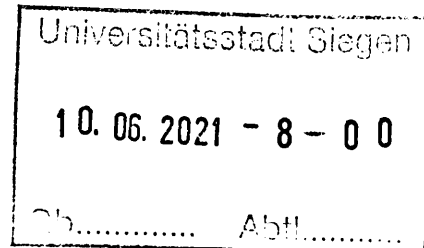
Sitz der Gesellschaft: Siegen
Register-Nr.: HRB 1438
USt.-IdNr.: DE126569515



Kreis Siegen-Wittgenstein Der Landrat

Postanschrift: Kreis Siegen-Wittgenstein • 57069 Siegen

Stadt Siegen
Postfach 10 03 52
57003 Siegen



8. Juni 2021

Bauamt

Dienstgebäude:
Koblenzer Straße 73
57072 Siegen

Ihr Ansprechpartner:

Dieter Niwar
Zimmer: 823
Telefon: 0271 333-1840
Telefax: 0271 333-291924
E-Mail: d.niwar@siegen-wittgenstein.de
toeb@siegen-wittgenstein.de

Mein Zeichen:
61.72.10

Ihr Zeichen:

Servicezeiten:
montags-freitags
jeweils 7.30 bis 12.00 Uhr
und 13.00 bis 15.00 Uhr

Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 431 "Reitstall Daub" der Stadt Siegen im Stadtteil Breitenbach Beteiligung des Kreises Siegen-Wittgenstein als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter Bezug auf Ihr Schreiben vom 10.05.21 wird zu der oben genannten städtebaulichen Maßnahme als

Untere Wasserbehörde
Untere Abfallwirtschaftsbehörde
Untere Bodenschutzbehörde
Untere Naturschutzbehörde
Fachgebiet Immissionsschutz

wie folgt Stellung genommen:

1. Stellungnahme der Unteren Wasserbehörde

Der Bebauungsplans Nr. 431 "Reitstall Daub" war bereits Gegenstand der Stellungnahme des Kreises Siegen-Wittgenstein vom 29.07.2019. In dieser Stellungnahme wurde seitens der UWB auf den § 46 (1) Nr. 1-6 LWG (Landeswassergesetz) und die damit verbundenen Pflicht zur Beseitigung des Abwassers durch die Gemeinde auf deren Gebiet das Abwasser anfällt verwiesen.

Die Fassung des Entwurfs zum Bebauungsplans Nr. 431 "Reitstall Daub" mit Stand vom 16.02.2021 nimmt Bezug auf die gesetzlichen Vorgaben des § 46 (1) Nr. 1-6 LWG und nennt konkrete Planungsvorgaben zur Herstellung eines Vollkanalanschlusses bis spätestens 30.04.2026 (Fristende Freistellung der Stadt Siegen von der Abwasserbeseitigungspflicht).

Folgende im Entwurf genannte Regelungen gelten für die Übergangszeit als Maßgebend:

Zentrale:
Telefon: 0271 333-0
Telefax: 0271 333-2500

www.siegen-wittgenstein.de
post@siegen-wittgenstein.de
post@siegen-wittgenstein.de-mail.de

Bushaltestellen:
Kochs Ecke und Kreishaus
Hbf. ca. 10 Minuten Fußweg

Bankverbindung:
Sparkasse Siegen
IBAN:
DE54 4605 0001 0000 0100 90
SWIFT/BIC:
WELADED1SIE

Volksbank in Südwestfalen eG
IBAN:
DE69 4476 1534 0755 0005 01
SWIFT/BIC:
GENODEM1NRD

Umsatzsteuer-Nr.
342/5894/0610



Siegen-Wittgenstein
in Südwestfalen

- Spätestens bis zum Auslaufen der Befreiung am 30.04.2026 ist der Anschluss an das öffentliche Kanalnetz herzustellen, an den Entsorgungsbetrieb Siegen (ESi) zu übergeben und in Betrieb zu nehmen.
- Sofern die Kapazitäten der bisherigen Kleinkläranlage von bis zu 10 Einwohner nicht überschritten werden, ist der Bau eines weiteren Wohnhauses im SO 5 bereits vor Ausbau des Kanalanschlusses möglich.
- Für andere Bauvorhaben, wenn diese häusliche Abwässer verursachen, wie zum Beispiel die geplanten Ferienwohnungen, ist die Herstellung, Übergabe und Inbetriebnahme des Kanals an die Baugenehmigung zu knüpfen.

2. Stellungnahme der Unteren Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde

Aus abfall- und bodenschutzrechtlicher Sicht bestehen gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 431 „Reitstall Daub“ der Stadt Siegen im Stadtteil Breitenbach keine Bedenken. Anregungen und Hinweise werden von hier nicht gegeben.

3. Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde

Die den vorgelegten Planungsunterlagen zu entnehmenden Abwägungsergebnisse bezüglich der im Verfahren nach § 4 Abs. 1 BauGB seitens der Unteren Naturschutzbehörde vorgebrachten Hinweise (insbesondere die ökologische Eingriffsbilanzierung betreffend) werden zur Kenntnis genommen.

Weitere Anregungen sind anhand der nunmehr vorgesehenen Planinhalte ergänzend wie folgt zu geben:

1. Zwecks Schutz der heimischen Insektenwelt und –vielfalt ist aufgrund der besonderen Zweckbestimmung des Bebauungsplanes (Reitanlage mit wesentlichen Aktivitäten auf Außengeländebereichen mit entsprechenden Beleuchtungsnotwendigkeiten) anzuregen, dass die Planinhalte die Verwendung v.a. insektenfreundlicher und nachhaltiger Beleuchtungsmittel und –techniken festsetzen (vgl. beispielsweise BfN-Skript 543 „Leitfaden zur Neugestaltung und Umrüstung von Außenbeleuchtungsanlagen“ 2019).
2. Aufgrund negativer Tendenzen hinsichtlich der Gestaltung privater Hausgartenbereiche wird zudem auf den aktuellen Leitfaden „Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Schottergärten“ des Städte- und Gemeindebundes NRW (11/2019) hingewiesen, dessen Inhalte und Anregungen in der kommunalen Bauleitplanung Beachtung finden sollten.

Darüber hinaus bedarf die Untere Naturschutzbehörde einer Information seitens der Stadt Siegen über die Rechtskraft des Bebauungsplanes, sodass die für die planbedingte Eingriffskompensation erforderliche Ausbuchung der 10.580 Ökopunkte aus dem bei der Behörde geführten Öko-Konto des Herrn Dietmar Daub vorgenommen werden kann.

4. Stellungnahme des Fachgebietes Immissionsschutz

Zum Bebauungsplan Nr. 431 "Reitstall Daub" der Stadt Siegen, Stadtteil Breitenbach, werden aus der Sicht des Immissionsschutzes keine weiteren Anregungen vorgebracht.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



Dieter Niwar



Amprion GmbH, Robert-Schuman-Straße 7, 44263 Dortmund

Stadt Siegen
Rathaus Geisweid
Lindenplatz 7
57078 Siegen

Asset Management

Ihr Zeichen	Volker Meier
Ihre Nachricht	10.05.2021
Unsere Zeichen	A-BB/2459/Hb/152.325/Sch
Name	Herr Hasenburg
Telefon	+49 231 5849-15772
Telefax	+49 231 5849-15667
E-Mail	volker.hasenburg@amprion.net

Dortmund, 15. Juni 2021

Seite 1 von 1

Beteiligung § 4 (2) BauGB: Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ und 101. FNP-Änderung 110-/220-kV-Höchstspannungsfreileitung Pkt. Setzerwiesen – Feuersbach, Bl. 2459 (Maste 22 bis 26)

Amprion GmbH

Robert-Schuman-Straße 7
44263 Dortmund
Germany

Sehr geehrte Damen und Herren,

T +49 231 5849-0
F +49 231 5849-14188

im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung zur o. g. Bauleitplanung haben wir mit Schreiben vom 28.02.2019 eine erste Stellungnahme abgegeben, in der wir auf den Verlauf der im Betreff genannten Höchstspannungsfreileitung hingewiesen haben.

www.amprion.net

www.twitter.com/Amprion

Aufsichtsratsvorsitzender

Uwe Tigges

Geschäftsführung:

Dr. Hans-Jürgen Brick (Vorsitzender)
Dr. Hendrik Neumann
Peter Rüth

Der nun im Rahmen der öffentlichen Auslegung reduzierte Geltungsbe-
reich, wie in den Festsetzungskarte im Maßstab 1 : 2500 vom
04.02.2021 (101. Änderung FNP) und im Maßstab 1 : 1000 vom
16.02.2021 (Bebauungsplan Nr. 431) dargestellt, liegt in einem Abstand
von mindestens 50 m zum Schutzstreifenrand unserer Freileitung.

Sitz der Gesellschaft:

Dortmund
Eingetragen beim
Amtsgericht Dortmund
Handelsregister-Nr.
HRB 15940


Gegen die Ausweisung des Sondergebietes und die darin geplanten
Maßnahmen bestehen aus unserer Sicht derzeit keine Bedenken.


Wir bitten Sie, uns weiter am Verfahren zu beteiligen und stehen für
Rückfragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Amprion GmbH

Verteiler:
Bl. 2459
(z. Schr. v.
28.02.2019)

 Digital
unterschieden von
Marc Bollwerk
Datum: 2021.06.16
13:54:16 +02'00'

 Digital
unterschieden
von volker
hasenburg
Datum: 2021.06.16
13:34:25 +02'00'

Information zum Datenschutz



Datenschutz ist uns wichtig. Mit den nachfolgenden Hinweisen möchten wir Sie über die Nutzung Ihrer Daten bei der Amprion GmbH informieren.

Verantwortliche Stelle

Verantwortliche Stelle für die Verarbeitung Ihrer Daten im Sinne der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) ist die

Amprion GmbH
Rheinlanddamm 24
44139 Dortmund
E-Mail: datenschutz@amprion.net
Fax: +49 231 5849 11139

Datenschutzbeauftragter

Der Datenschutzbeauftragte der Amprion GmbH
c/o migosens GmbH
Wiesenstr. 35
45473 Mülheim an der Ruhr
E-Mail: dsb-amprion@dsb24.net
Tel: +49 (0) 208-99395110
Fax: +49 (0) 208-99395119

Zwecke der Datenverarbeitung

Als unabhängiger Übertragungsnetzbetreiber plant, baut und betreibt Amprion Übertragungsnetze im Strombereich zur Erfüllung der gesetzlichen Aufträge zum Netzausbau und Netzbetrieb.

Wir erheben und verwenden Ihre personenbezogenen Daten grundsätzlich nur, soweit dies zur Erfüllung unserer geschäftlichen Aufgaben erforderlich ist.

Soweit wir für Verarbeitungsvorgänge personenbezogener Daten eine Einwilligung von Ihnen einholen, dient Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.

Bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten, die zur Erfüllung eines Vertrages erforderlich ist, dient Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO als Rechtsgrundlage. Dies gilt auch für Verarbeitungsvorgänge, die zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich sind.

Soweit eine Verarbeitung personenbezogener Daten zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, der unser Unternehmen unterliegt, dient Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO als Rechtsgrundlage.

Ist die Verarbeitung zur Wahrung eines berechtigten Interesses unseres Unternehmens oder eines Dritten erforderlich und überwiegen die Interessen, Grundrechte und Grundfreiheiten des Betroffenen das erstgenannte Interesse nicht, so dient Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.

Kategorien personenbezogener Daten

Kategorien personenbezogener Daten können z. B. sein:

Name, Adresse, Kontaktdaten, E-Mailadresse, Telefonnummer, Geburtsdaten, Flurstückdaten

Quellen personenbezogener Daten

Quellen personenbezogener Daten können z. B. sein:

Kommerzielle Datenportale (Datendienste von Dienstleistern), Flurbereinigungsbehörden, Katasterämter, Meldeämter, Steuerämter, Grundbuchämter

Weitergabe an Dritte

Innerhalb unseres Unternehmens erhalten diejenigen Stellen Zugriff auf die Daten, die dies zur Erfüllung der oben genannten Zwecke benötigen. Das gilt auch für von uns eingesetzte Dienstleister und Erfüllungsgehilfen. Personenbezogene Daten werden von uns an Dritte nur übermittelt, wenn dies für die vorgenannten Zwecke erforderlich ist oder Sie zuvor eingewilligt haben. Auftragsverarbeiter werden nach den Vorgaben des Art. 28 DSGVO eingebunden.



Empfänger personenbezogener Daten können z. B. sein:

Planungs- und Ingenieurbüros, Sachverständige, Baufirmen, Behörden, Gerichte, Notariate, Netzbetreiber.

Übermittlung in ein Drittland

Personenbezogene Daten werden nach den Vorgaben des Kapitel 5 DSGVO und nur dann in Länder außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums oder an eine internationale Organisation weitergeleitet, wenn dies zur Erfüllung des Vertrages oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen notwendig ist, die Übermittlung gesetzlich vorgeschrieben ist oder uns eine Einwilligung von Ihnen vorliegt.

Dauer der Datenspeicherung

Ihre personenbezogenen Daten werden gelöscht, sobald der Zweck der Speicherung entfällt. Eine Speicherung kann darüber hinaus dann erfolgen, wenn dies durch den europäischen oder nationalen Gesetzgeber in unionsrechtlichen Verordnungen, Gesetzen oder sonstigen Vorschriften, denen wir als Verantwortliche unterliegen, vorgesehen wurde. Eine Löschung der Daten erfolgt auch dann, wenn eine durch die genannten Normen vorgeschriebene Speicherfrist abläuft, es sei denn, dass eine Erforderlichkeit zur weiteren Speicherung der Daten für einen Vertragsabschluss oder eine Vertragserfüllung besteht.

Auskunftsrecht, Recht auf Berichtigung, Einschränkung der Verarbeitung, Löschung, Widerspruch und Widerruf der Einwilligung, Datenübertragbarkeit

Ihnen steht ein Auskunftsrecht bezüglich der über Sie gespeicherten personenbezogenen Daten, deren Herkunft und Empfänger sowie den Zweck der Speicherung zu. Sie können Berichtigung oder Löschung bzw. Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten verlangen, sofern die Daten sachlich falsch sind oder deren Verarbeitung nicht (mehr) zulässig ist. Eine Einschränkung der Verarbeitung kann Ihnen auch dann zustehen, wenn die Amprion GmbH die Daten zwar nicht mehr benötigt, Sie diese Daten allerdings zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen. Sollten wir Ihre Daten auf Grundlage einer Interessenabwägung verarbeiten, haben Sie das Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung. Sie haben das Recht, Ihre datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt. Ebenso haben Sie das Recht auf Datenübertragbarkeit. Für die Wahrnehmung Ihrer Rechte wenden Sie sich bitte an die untenstehenden Kontaktdaten.

Bestehen eines Beschwerderechts gegenüber einer Aufsichtsbehörde

Unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs steht Ihnen das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, zu, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt.

Kontaktinformation für den Fall einer Beschwerde

Die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationssicherheit Nordrhein- Westfalen
Kavalleriestraße 2-4
40213 Düsseldorf



Vodafone NRW GmbH, Postfach 10 20 28, 34020 Kassel

Universitätsstadt Siegen - Der Bürgermeister
Herr Volker Meier
Arbeitsgruppe 4/5-2 ▪ Stadtplanung
Rathaus Geisweid / Lindenplatz 7
57078 Siegen

Bearbeiter(in): Frau Schröder
Abteilung: Order Entry
Direktwahl: +49 561 7818-153
E-Mail: ZentralePlanungND@unitymedia.de
Vorgangsnummer: EG-29227

Seite 1/1

Datum
23.06.2021

Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ und 101. FNP-Änderung

Sehr geehrter Herr Meier,

vielen Dank für Ihre Informationen.

Gegen die o. a. Planung haben wir keine Einwände.

Eigene Arbeiten oder Mitverlegungen sind nicht geplant.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Bitte geben Sie dabei immer unsere obenstehende Vorgangsnummer an.

Bitte beachten Sie:

Bei einer Stellungnahme, z.B. wegen Umverlegung, Mitverlegung, Baufeldfreimachung, etc. oder eine Koordinierung/Abstimmung zum weiteren Vorgehen, dass Vodafone und Unitymedia trotz der Fusion hier noch separat Stellung nehmen. Demnach gelten weiterhin die bisherigen Kommunikationswege. Wir bitten dies für die nächsten Monate zu bedenken und zu entschuldigen.

Freundliche Grüße

Order Entry Vodafone

Vodafone NRW GmbH

Aachener Str. 746-750, 50933 Köln, Postanschrift: Zentrale Planung, Postfach 10 20 28, 34020 Kassel
vodafone.de

Geschäftsführung: Dr. Johannes Ametsreiter (Vorsitzender), Anna Dimitrova, Bettina Karsch, Andreas Laukenmann, Gerhard Mack, Alexander Saul
Handelsregister: Amtsgericht Köln, HRB 55984, Sitz der Gesellschaft: Köln, USt-ID DE 813 243 353

Stadtplanung, Siegen

Von: ZentralePlanungND <ZentralePlanungND@unitymedia.de>
Gesendet: Mittwoch, 23. Juni 2021 13:26
An: Stadtplanung, Siegen
Betreff: AW: Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ und 101. FNP-Änderung
Anlagen: Antwort.pdf

Sehr geehrter Herr Meier,

vielen Dank für Ihre Anfrage. Beigefügt erhalten Sie unsere Stellungnahme.

Herzliche Grüße



Order Entry

TFPO

ZentralePlanungND@Unitymedia.de

Vodafone NRW GmbH
Postfach 10 20 28, 34020 Kassel

vodafone.de

The future is exciting.

Ready?

Geschäftsführung: Dr. Johannes Ametsreiter (Vorsitzender), Anna Dimitrova, Bettina Karsch, Andreas Laukenmann, Gerhard Mack, Alexander Saul
Handelsregister: Amtsgericht Köln, HRB 55984, Sitz der Gesellschaft: Köln, USt-ID DE 813 243 353

Von: Stadtplanung, Siegen <Stadtplanung@siegen.de>
Gesendet: Montag, 10. Mai 2021 11:32
An: Meier, Volker <V.Meier@siegen.de>
Betreff: Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ und 101. FNP-Änderung

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung vom 14.04.2021 den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 431 „Reitstall Daub“ und die zugehörige 101. FNP-Änderung jeweils mit Begründung und Umweltbericht beschlossen sowie deren Auslegung. Hiermit werden Sie gemäß § 4 (2) BauGB (Nachbarkommunen gemäß § 2 (2) BauGB) beteiligt und Ihre Stellungnahme zur Planung eingeholt.

Sollten Sie über Informationen verfügen, die für die Ermittlung und Bewertung des Abwägungsmaterials für die Planung zweckdienlich sind, so stellen Sie diese bitte zur Verfügung. Geben Sie außerdem Aufschluss über von Ihnen beabsichtigte oder bereits eingeleitete Planungen oder sonstige Maßnahmen sowie über deren zeitliche Abwicklung, soweit diese für die Planung von Belang sein könnten.

Ihre Stellungnahme bitte ich bis zum **25.06.2021** abzugeben.

Falls Sie keine Anregungen bzw. Hinweise vorbringen oder die Planung berührende Planungen oder sonstigen Maßnahme beabsichtigen, so bitte ich um Fehlanzeige.

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme bzw. Fehlanzeige möglichst digital an: stadtplanung@siegen.de

Postalisch bitte an: Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7, 57078 Siegen, 4/5-2 AG Stadtplanung.

Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können gemäß § 4a Abs. 6 BauGB unberücksichtigt bleiben.

Die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB findet in der Zeit vom 17.05. bis 25.06.2021 als Veröffentlichung im Internet gemäß § 3 Abs. 1 PlanSIG statt. Die Bekanntmachung erfolgte am 08.05.2021.

Die Beteiligungsunterlagen können Sie unter folgendem Link bis zum Ende der Beteiligungsfrist herunterladen:

www.siegen.de/bauleitplanungbeteiligung42

Die Unterlagen sind ohne Zugangsbeschränkung verfügbar. Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.

Volker Meier



UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN

Der Bürgermeister

Arbeitsgruppe 4/5-2 ■ Stadtplanung

Rathaus Geisweid / Lindenplatz 7 ■ 57078 Siegen

Telefon: (0271) 404-3283 ■ Telefax: (0271) 40436-3283

E-Mail: v.meier@siegen.de

www.siegen.de





Universitätsstadt Siegen
Herrn Volker Meier
Lindenplatz 7
57078 Siegen

Datum: 25. Juni 2021
Unser Zeichen: sh
Ansprechpartner(in): Stephan Häger
Telefon: 0271 3302-315
Fax: 0271 3302-44315
E-Mail: stephan.haeger@siegen.ihk.de

Per Mail an: v.meier@siegen.de

**Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 431 „Reitstall Daub“ sowie 101. Änderung des
Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren**
Stellungnahme gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Sehr geehrter Herr Meier,

die Industrie- und Handelskammer (IHK) Siegen bedankt sich für die erneute Beteiligung an den Planverfahren und die Zusendung der Planungsunterlagen. Ziel der vorliegenden Bauleitplanungen ist es, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Entwicklung des „Reitstall Daub“ zu schaffen.

Die Rolle der IHK Siegen im Planungsprozess

Die IHK Siegen ist als Trägerin öffentlicher Belange an Bauleitplanverfahren zu beteiligen. Im Rahmen der Aufstellung der Bauleitpläne werden öffentliche und private Belange gegeneinander und untereinander abgewogen. Die IHK Siegen vertritt dabei das gesamtwirtschaftliche Interesse, indem sie in den Stellungnahmen auf die Sicherung der Belange der Wirtschaft, wie Entwicklung einer wirtschaftsfreundlichen Infrastruktur und die Vorhaltung ausreichend großer Gewerbeflächen achtet.

Einschätzung und Bewertung der vorliegenden Bauleitplanungen durch die IHK Siegen

Die IHK Siegen hat gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 431 „Reitstall Daub“ als auch gegen die 101. Änderung des FNP keine Bedenken. Wir begrüßen, dass planungsrechtliche Voraussetzungen für eine zukunftssichernde Entwicklung des Reiterhofes geschaffen werden, die der Standortsicherung dienen und zukünftige Betriebserweiterungen ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag


Stephan Häger



NABU-Siegen-Wittgenstein Am Buchholz 1· 57319 Bad Berleburg

An
Stadt Siegen
Postfach 100 352

57003 Siegen

Kreisverband Siegen-Wittgenstein

1. Vorsitzende

Prof. Dr. Klaudia Witte
Kirchwiese 12
57078 Siegen

Tel.: 0271/ 2385184

e-mail: witte@biologie.uni-siegen.de

Siegen, den 25.06.2021

Betr.: Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“, 101. FNP-Änderung der Universitätsstadt Siegen, Ihr Schreiben vom 10.Mai 2021

Hier: Stellungnahme des nach LNatSchG NRW anerkannten Naturschutzverbandes NABU;
Labü: SI-398/19.

Sehr geehrter Herr Meier,

hiermit schließe ich mich den Ausführungen von Herrn Düben im Schreiben an Sie vom 24.05.2021 an und möchte noch folgende Punkte hinzufügen.

Ein Eingriff in den Baum- und Gehölzbestand, bei dem potentielle Bruthöhlen oder Nistplätze verloren gehen, kann nur außerhalb der Brutperiode durchgeführt werden. Für den damit unweigerlich verbundenen Verlust von Nistmöglichkeiten für Vögel müssen neue Nistmöglichkeiten und Tagesquartier für Fledermäuse an den bestehenden Gebäuden angeboten werden. An den neuen Gebäuden müssen bereits beim Bau neue Nistmöglichkeiten und neue Tagesquartiere für Fledermäuse eingeplant und fertiggestellt werden. Ist ein Offenstall geplant, sollten die Nistmöglichkeiten für Rauchschnalben in Offenställen (s. Artikel aus „Der Falke“ 4/2021) Anwendung finden. Vernichtete Nistplätze müssen selbstverständlich durch neue Nistplätze ersetzt werden.

Bankverbindung

Sparkasse Siegen
BIC: WELADED1SIE
IBAN: DE21 4605 0001
0000 0249 43

Rechnungsadresse

NABU Siegen-Wittgenstein
z. Hd. Manfred Semper
Am Hirschberg 19
57076 Siegen

NABU Info

Anerkannter Naturschutzverband nach §58
Bundesnaturschutzgesetz, Spenden und
Beiträge sind steuerlich absetzbar.
www.nabu-siwi.de

NABU Naturschutzbund KV Siegen-Wittgenstein e.V.

Am Buchholz 1
57319 Bad Berleburg
e-mail: info@nabu-siwi.de
Telefon: 02751 / 5512

Die im Gutachten aufgeführten Hinweise zu Schaffung eines Amphibiengewässers müssen umgesetzt und überprüft werden.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Klaudia Witte
1. Vorsitzende des NABU Siegen-Wittgenstein

Bankverbindung

Sparkasse Siegen
BIC: WELADED1SIE
IBAN: DE21 4605 0001
0000 0249 43

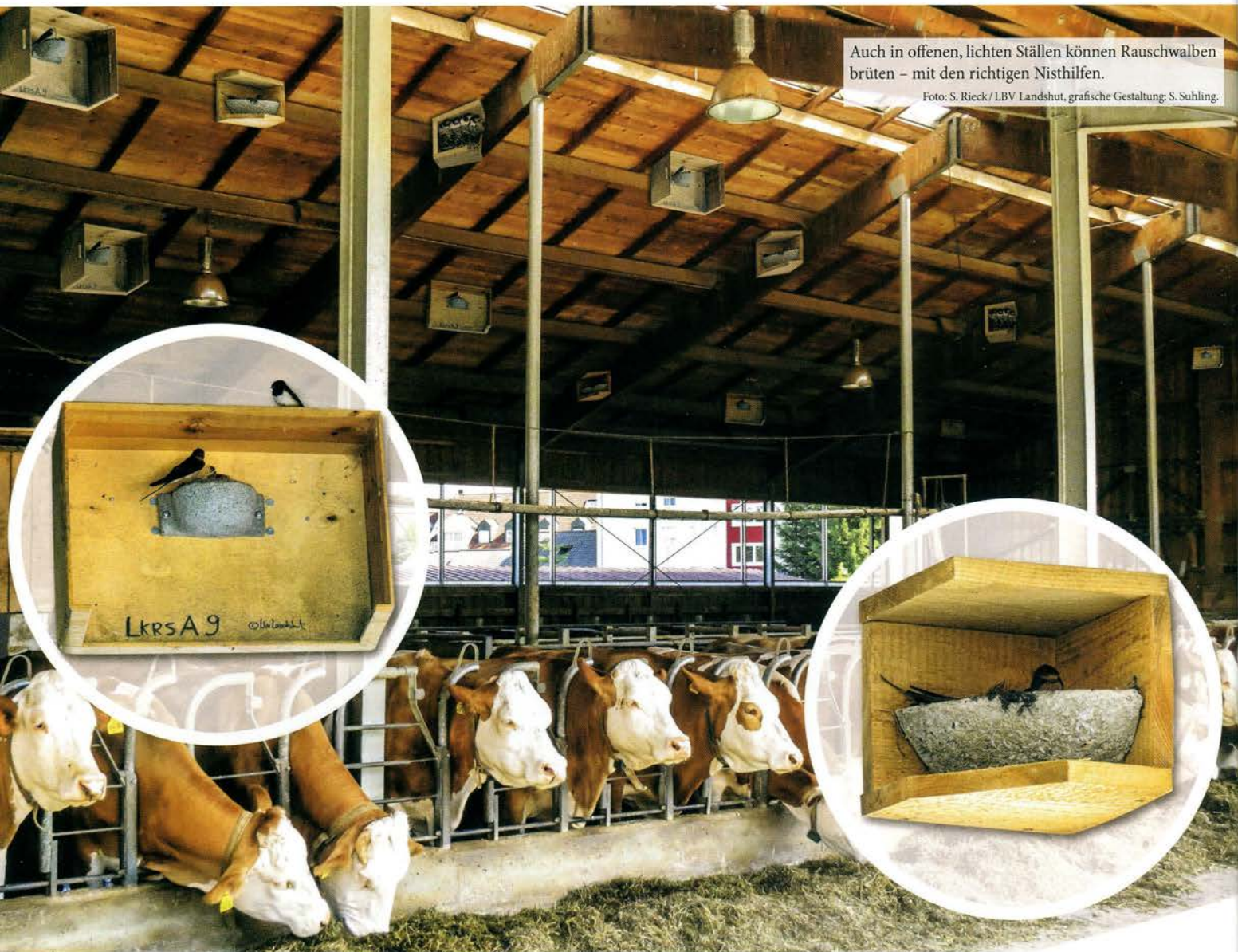
Rechnungsadresse

NABU Siegen-Wittgenstein
z. Hd. Manfred Semper
Am Hirschberg 19
57076 Siegen

NABU Info

Anerkannter Naturschutzverband nach §58
Bundesnaturschutzgesetz, Spenden und
Beiträge sind steuerlich absetzbar.
www.nabu-siwi.de

NABU Naturschutzbund
KV Siegen-Wittgenstein e.V.
Am Buchholz 1
57319 Bad Berleburg
e-mail: info@nabu-siwi.de
Telefon: 02751 / 5512



Auch in offenen, lichten Ställen können Rauchschnalben brüten – mit den richtigen Nisthilfen.

Foto: S. Rieck / LBV Landshut, grafische Gestaltung: S. Suhling.

NISTMÖGLICHKEITEN IN OFFENHALTUNGSSTÄLLEN:

Schnalbenboxen und -winkel für Rauchschnalben

Rauchschnalben gelten als Glücksboten und sind wegen ihres ausgeprägten Appetits auf Insekten gern gesehene Sommergäste. Nach alter Tradition bauen sie seit Jahrhunderten ihre Nester in Kuhställen und gehören zum Hofleben einfach dazu. Ihr positives Image nützt den Rauchschnalben aber nur wenig, ihre Bestände gehen stetig zurück. Neben schwindender Nahrungsgrundlage gehen den Schnalben buchstäblich die Kuhställe aus.

Die Entwicklung in der Landwirtschaft hat mittlerweile nicht nur für Wiesenbrüter und Agrarvogelarten dramatische Folgen. Das Höfesterben in Deutschland schreitet voran und wird laut Prognosen bis zum Jahr 2040 mindestens zu einer Halbierung der derzeit noch etwa 267 000 landwirtschaftlichen Betriebe führen. Und auch auf den verbleibenden Höfen schaut es für die Schwalben schlecht aus. Die aus Gründen des Tierschutzes absolut begrüßenswerte Umstellung vieler Milchviehbetriebe auf Offenstallhaltung entwickelt sich über kurz oder lang zu einem Artenschutzproblem: Rauchschnalben nisten zwar gerne in den dunklen, zugluftgeschützten Anbindeställen, die hellen Laufställe werden jedoch nur sehr zögerlich oder gar nicht besiedelt. Die Konstruktionen der modernen Ställe haben sich entscheidend geändert: Sie sind hoch, offen, zugig und eignen sich nicht zum Nestbau. An den großflächigen glatten Wänden und Stützpfählen haftet kein Nistmaterial. Auch fehlen bei der offenen Bauweise die Zwischendecken. Den Schnalben fehlen so zum Nestbau nicht nur zugluftgeschützte Nischen und Ecken, sondern auch der schützende Deckenbereich über dem Nest.

Die Aufgabe landwirtschaftlicher Betriebe einhergehend mit der Umstellung der Ställe zum Wohl der Nutztiere hat für den Fortbestand der Rauchschnalbe gebietsweise bereits bestandsbedrohende Auswirkungen. In den meisten Dörfern ist der Bestandsverlust offensichtlich, vielerorts sind keine Schnalben mehr zu sehen. Inzwischen stehen sie auf der Roten Liste der vom Aussterben bedrohten Tierarten.

Erfahrungswerte

In den letzten Jahren konnte in Offenstallungen, die mit Schnalbenboxen oder -winkeln ausgestattet wurden, oftmals eine Ansiedelung erreicht werden. Wie schnell Schnalben die angebotenen Nisthilfen annehmen, ist immer von mehreren Rahmenbedingungen abhängig.

- Je größer eine Kolonie ist, desto rascher erfolgt eine Entdeckung und Besiedelung. „Alte“ bewirtschaftete Kuhställe weisen immer noch die höchsten Nistdichte auf, daneben errichtete Laufställe werden zögerlich, oft erst nach zwei Jahren besiedelt. Ausschlaggebend ist hier sicherlich der Populationsdruck in den einzelnen Ställen, da Schnalben sehr orts- und nesttreu sind.
- Je größer das Angebot an Schnalbenboxen und -winkeln ist, desto schneller erfolgt in der Regel die Annahme.
- Stallungen mit großen Deckenventilatoren wurden bis jetzt nicht besiedelt.

Landwirte reagieren meist bestürzt über das Fernbleiben „ihrer“ Schnalben in den neuen Ställen, denn Schnalben dürfen auch heutzutage auf einem Hof nicht fehlen. Daher ist es besonders wichtig, den Rauchschnalben Nisthilfen zur Verfügung zu stellen, die ihnen ein Nisten auch in den modernen offenen Ställen ermöglichen. Zwei technische Lösungen zur Ansiedelung von Rauchschnalben in Offenhaltungsställen wurden vom Landesbund für

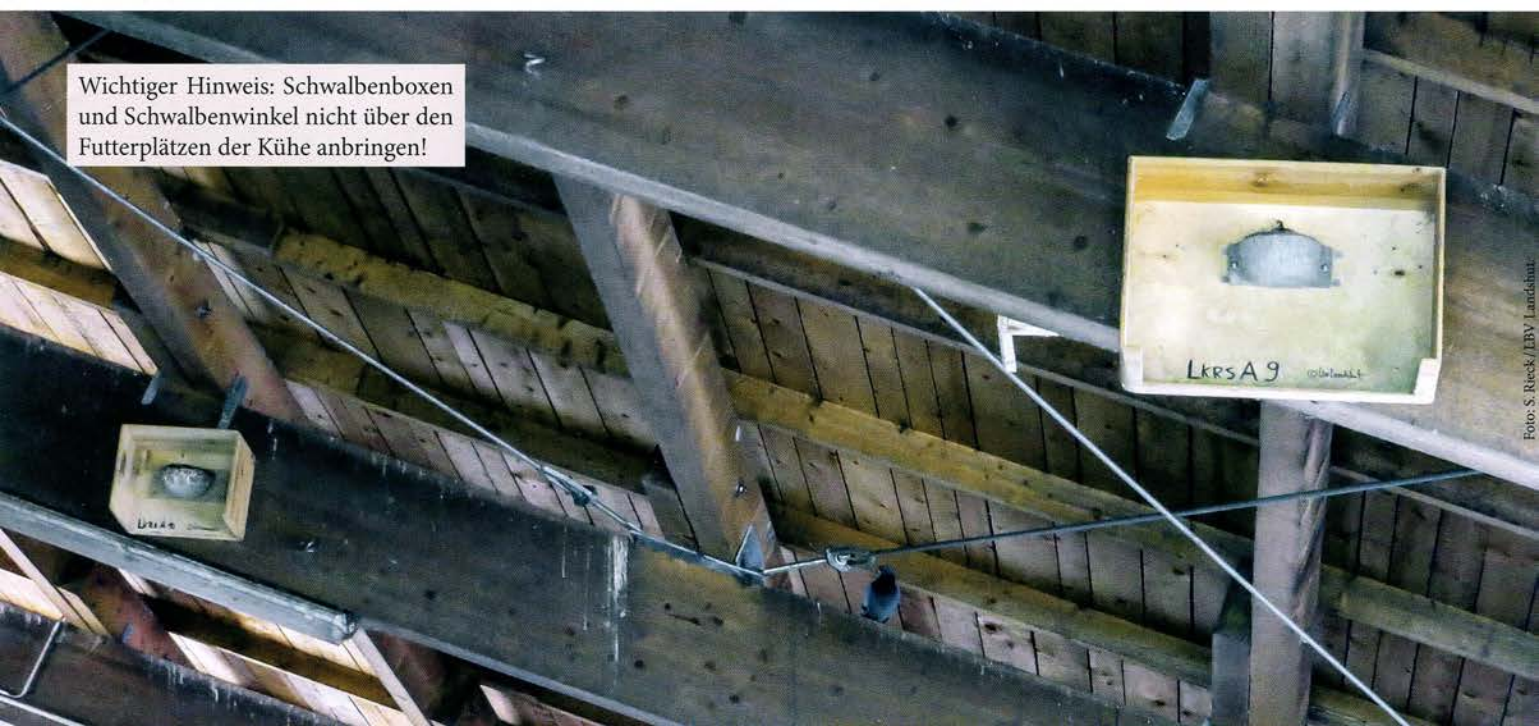
- Die Möglichkeit beide Nisthilfen nicht nur an der Wand, sondern auch im Deckenbereich zu montieren, eröffnet neue Chancen nicht nur für den Bereich der Offenstallhaltung.
- Bei der An- und Umsiedlung von Rauchschnalben hat es sich bewährt, verschiedene Unterstützungsmaßnahmen zu kombinieren: das Anlegen von Lehmputzen, das Abspielen von Lautanlagen mit dem Gesang der Rauchschnalbe und das Auslegen von Nistmaterial, wie Halme und Federn unter den installierten Nestern.
- Schnalbenboxen und -winkel sind leicht selbst zu bauen. Landwirte sind hier oft sehr motiviert. Die Eigenproduktion sollte sich jedoch nur auf die Holzkonstruktion beziehen. Kunstnester sollten im Fachhandel bestellt werden, da selbst hergestellte Nester schnell brüchig werden und abfallen.

Vogelschutz (LBV) hierzu entwickelt und seit 2016 erfolgreich eingesetzt.

Die Schnalbenbox

Eine einfache Lösung: In eine Holzbox wird ein Kunstnest montiert. So hat das Nest nicht nur die erforderliche Decke, sondern ist auch seitlich gegen Zugluft geschützt. Das Nest wird in einem Abstand von circa 8 bis 10 cm, gemessen an der Nestvorderkante, unter der Boxdecke ange-

Wichtiger Hinweis: Schnalbenboxen und Schnalbenwinkel nicht über den Futterplätzen der Kühe anbringen!





Schwalbenwinkel bieten den nötigen Schutz für ein Rauchschnal-
bennest.

Foto: D. Fiebrandt.



Dreieckige Bodenplatten erleichtern den Anflug ans Nest.

Foto: D. Fiebrandt.

bracht. Es kann mittig oder auch seitlich
gesetzt werden. Die entsprechende Größe
der Box (Breite 45 cm, Höhe 35 cm, Tiefe
25 cm) bietet Raum für den freien Anflug
der Schwalben und zugleich ausreichend
Schutz vor Zugluft. Die Box hat keinen
Boden, um Tauben und Prädatoren keinen
unmittelbaren Ansitz unter dem Nest zu
bieten.

Der Schwalbenwinkel

In Anlehnung an den bevorzugten Nist-
bereich der Rauchschnalben, einem
Winkel oder Eck im Deckenbereich im
Inneren von Gebäuden, ist die Idee für

den Schwalbenwinkel entstanden. Die
Nisthilfe besteht aus einem Würfel (Sei-
tenlänge 18 cm) mit zwei offenen Seiten.
Die Bodenfläche entspricht in etwa den
Außenmaßen eines schalenförmigen, offe-
nen Naturnests. Der Deckenabstand zum
Boden mit circa 14 cm gewährleistet den
Altvögeln den problemlosen Zugang zum
Nest.

Im Gegensatz zu normalen Kunstnestern
können beide Entwicklungen auch an der
Decke oder an freilaufenden Balken und
somit in der Mitte eines Raumes befestigt
werden. Dadurch ergeben sich zahlreiche

Möglichkeiten der Anbringung. Die Nist-
hilfen sollten mit der offenen Seite vom
Licht abgewandt angebracht werden, da
Schwalben zum Nestbau gerne die dunk-
leren Bereiche des Stalles bevorzugen.
Ältere Ställe beherbergen dank optimaler
Nistbedingungen oft große Kolonien von
Rauchschnalben. Um diese Dichte auch in
den neuen Ställen zu erreichen, sollte mit
der Anzahl an künstlichen Nisthilfen nicht
gespart werden.

Rauchschnalben lieben die Privatsphäre
und verhalten sich in ihren Nisträumen oft
territorial. Vor allem die Erstbesiedler ver-
teidigen nicht nur ihr Nest, sondern auch



Steht Baumaterial zur Verfügung, kann man Nistplätze auch ohne Kunstnest
anbieten.

Foto: S. Rieck/LBV Landshut.



Drähte verhindern den Einflug von Nesträubern.

Foto: M. Ziegler/LBV Landshut.

das Umfeld vehement gegen Rivalen. Um eine möglichst hohe Ansiedelungsquote zu erreichen, hat es sich bewährt, die Boxen so aufzuhängen, dass der direkte Sichtkontakt in andere Nester vermieden wird. Bei zunehmender Besiedelung steigt die Akzeptanz von Artgenossen.

Nisthilfen ohne Nest

Der eigene Nestbau gehört zum Brutgeschäft einfach dazu, auch Kunstnester werden von Schwalben meist noch am Rand mit Lehm aufgestockt. Die Schwalbenboxen und Schwalbenwinkel können auch ohne Kunstnest gefertigt werden, insofern sichergestellt ist, dass den Schwalben von April bis Juli in unmittelbarer Umgebung genügend Baumaterial an einer Lehmsammelstelle zur Verfügung steht.

Erfahrungsgemäß hat es sich bewährt, im Hinblick auf unsere mittlerweile heißen, trockenen Sommer stets eine große Zahl der Nisthilfen mit künstlichen Nestern auszustatten.

Wenn die Schwalben selbst bauen sollen, muss das Nistmaterial gut haften. Aus diesem Grund wird bei beiden Modellen ungehobeltes, sägeraues Holz verwendet. Damit das Nest Marke Eigenbau gut hält, wird in der Schwalbenbox zur Stabilisierung des Nestansatzes im Abstand von circa 12 bis 14 cm unterhalb der Decke eine Leiste an der Rückwand angebracht.

Beim Schwalbenwinkel hat die Praxis gezeigt, dass eine kleinere, schräg abgeschnittene Bodenplatte den Anflug zum Nest erleichtert. Ein weiterer Vorteil ist, dass sich dann kein Kot vor dem Nest ansammeln kann.

Schutz vor Prädatoren

Rauchschwalben brüten auch deshalb bevorzugt in engen, oft dunklen Räumlichkeiten/Gebäuden, weil hier die Neststandorte für Prädatoren wie Greifvögel und Eulen nur schwer zugänglich sind. In Offenhaltungsställen ist dieser Schutz zumeist nicht gegeben. Aufgrund der Rückmeldung einiger Landwirte über jagende Turmfalken und vermutlich auch Eulen in ihren Laufställen wurden probeweise an einigen Schwalbenboxen Drähte angebracht, die den Nestbereich vor dem Einflug größerer Vögel schützen. Rauchschwalben haben mit dieser Schutzvorrichtung kein Problem: Alt- und Jungvögel fliegen einfach hindurch.

Lehmsammelstellen für Schwalben

Zurückblickend auf unsere heißen Sommer der letzten Jahre ist es in vielen Gebieten notwendig, den Schwalben Baumaterial zum Nestbau anzubieten. Geeignetes Material wie feuchter Lehm ist immer seltener zu finden und meist sind die natürlichen Lehmflächen schon im Mai ausgetrocknet. Mit dem Angebot von Lehmputzen werden die Schwalben effektiv beim Nestbau unterstützt – zudem ist dies eine geeignete Möglichkeit, Schwalben auf Nisthilfen, die zur Neuan-siedlung oder als Ersatzmaßnahmen installiert wurden, aufmerksam zu machen. Besteht die Möglichkeit, die Lehmputze unmittelbar neben dem neuen Niststandort der Schwalben anzulegen, hat man gute Aussichten, die Schwalben in das Gebäude zu locken. Schwalben nehmen künstlich angelegte Lehmstellen gerne an, wenn folgende Faktoren berücksichtigt werden:



Natürliche Lehmquellen finden Schwalben immer seltener.

Foto: S. Rieck / LBV Landshut.

Standort:

- Damit Katzen und andere Prädatoren keine Deckungsmöglichkeit haben, muss die Fläche offen und übersichtlich sein, frei von Bewuchs mit Bäumen und Sträuchern. Gegebenenfalls muss der Kräuter- und Grasaufwuchs im Umkreis der Lehmputze regelmäßig gemäht werden.
- Der freie Anflug muss gewährleistet sein – auch im weiteren Umkreis der Lehmputze dürfen keine Bäume stehen.
- Die Distanz zwischen Niststandort und Lehmputze darf nicht mehr als 300 m betragen, sonst trocknet der Lehm bereits beim Anflug im Schnabel.

Pflege:

- In den Monaten April bis Juli muss der Lehm konstant feucht gehalten werden. Eine Lehmputze muss in diesem Zeitraum verlässlich kontrolliert und bei Bedarf bewässert werden. Trocknet die Putze aus, können halbfertige Nester nicht weiter gebaut werden, Brutausschlag ist die Folge. Auch der entstehende Bewuchs muss regelmäßig in und um die Lehmfläche entfernt werden.

Größe:

- Das Baumaterial Lehm kann in mobilen, flachen Untersetzern oder in stationären Pfützen angeboten werden. Die Größe richtet sich nach den örtlichen Gegebenheiten. Je größer die Lehmputze ist, umso besser und schneller wird sie von den Schwalben entdeckt.



Foto: S. Rieck / LBV Landshut.

Auch mit sehr kleinen, mobilen Lehmputzen kann im innerstädtischen Bereich, wo freie Flächen rar sind, gezielt auf Dachgärten und Flachdächern Baumaterial für die Schwalben angeboten werden.

Weiterführende Informationen bietet der LBV Ratgeber: www.lbv.de/ratgeber/lebensraum-haus/voegel-am-haus/schwalben/baumaterial-fuer-schwalben

Ersatzmaßnahmen nach § 44 BNatSchG

Schwalbenboxen und -winkel sind mittlerweile wesentliche Instrumente zur Umsetzung artenschutzrechtlicher Vorgaben der Unteren Naturschutzbehörden. Das Aufgaben landwirtschaftlicher Betriebe ist in fast allen Ortschaften zu beobachten und meist mit einem Nistplatzverlust für die dort ansässigen Schwalbenkolonien verbunden. Nach Aufgabe der Tierhaltung werden die Ställe abgerissen oder anderweitig genutzt. Obwohl der Schutz der Brutplätze durch den § 44 Bundesnaturschutzgesetz geregelt ist, wurden Ersatzmaßnahmen bisher leider nur in wenigen Fällen angeordnet. Meist werden die Behörden nicht oder zu spät informiert. Auch fehlte es an fachlich geeigneten technischen Lösungen zur Umsetzung von entsprechenden Ersatzvorgaben, denn normale Kunstnester sind für viele Gebäudearten nicht geeignet. Schwalbenboxen und -winkel bieten eine fachlich geeignete Möglichkeit, die Schwalben in andere Gebäude auf dem Hof umzusiedeln und ihnen so weiterhin Brutplätze anzubieten, auch wenn der Stall abgerissen wird.

Neben den artenschutzfachlichen Vorgaben sind dabei artspezifische Faktoren und die jeweiligen Ortsgegebenheiten zu beachten. Eine artenschutzfachliche Begleitung und Beratung mit hoher Artkenntnis ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsiedelung.

In einigen bayerischen Landkreisen kommen beide entwickelten Nisthilfen bereits erfolgreich als funktionserhaltende Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen zum Einsatz. So ist es möglich, den Wegfall

von Brutplätzen bei Abriss von Ställen im Nahbereich zu kompensieren. Meist sind Gebäude mit direktem Ortsbezug verfügbar, in denen durch die Anbringung von Schwalbenboxen und -winkeln geeignete Brutplätze zur Verfügung gestellt werden können. Mit positiver Resonanz bei den Landwirten: Bei rechtzeitiger und fachlicher Beratung sind diese meist aufgeschlossen, Ersatzmaßnahmen anzubringen. Sie müssen nur wissen „wo“, „wie“ und „womit“. Da Schwalben auf den Höfen von jeher ein positives Image besitzen, ist es vielen Landwirten ein Anliegen, diese auch weiterhin auf dem Hof zu haben.

Einsatzmöglichkeiten auch außerhalb der Landwirtschaft

Auch in städtischen Gebieten kommen Schwalbenboxen und -winkel zum Einsatz. Als „Indoorbrüter“ sind Rauchschnalben bei der Suche nach Nistplätzen auf zugängliche Gebäude oder ähnlich geschützte Bereiche angewiesen. Es ist zu beobachten, dass sich Schwalben relativ flexibel und anpassungsfähig zeigen, sofern sich die Gebäude eignen und die Eigentümer sie dort brüten lassen. Schwalben weichen nicht nur auf Pferdeställe aus, auch Lagerhallen, Werkstätten und Garagen werden sukzessive besiedelt. Im Innenstadtbereich von Landshut brüten seit Jahrzehnten über 80 Schwalbenpaare. Ihre Nester befinden sich unter den Arkaden, in Eingängen und Durchgängen und mittlerweile auch in Tiefgaragen. Da die menschliche Toleranz erheblich sinkt, wenn das Auto von Verkotung betroffen ist, hat es sich bewährt, bereits im Einfahrtsbereich von Tiefgaragen Nisthilfen

zu montieren, um die Problematik zu entschärfen und ein entspanntes, gemeinsames Miteinander zu erreichen. Vorzugsweise wurden Schwalbenwinkel und -boxen verwendet, da sich diese auch an der Decke montieren lassen.

Susanne Rieck

Kontakt Daten und Beratung

Susanne Rieck, Gebäudebrütterschutzbeauftragte des LBV Landshut e.V., E-Mail: schwalbenschutz-landshut@lbv.de

Schwalbenwinkel, mit und ohne integrierte Nistschale, können bei Klaus Janke bestellt werden, E-Mail: likla.janke@gmx.de

Weitere Infos finden sich in den Artenschutzmodulen „Schwalbenwinkel und Schwalbenboxen“ und „Lehmsammelstellen für Schwalben“, die im Projekt „Der Spatz als Botschafter der Stadtnatur“ erstellt wurden. Als PDF zum kostenlosen Download unter www.botschafter-spatz.de/arbeitsmaterialien/bausteine-zum-ueberleben verfügbar. Das Projekt wird vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz gefördert.

Informationen zum Thema

- Trautner J 2020: Artenschutz, rechtliche Pflichten, fachliche Konzepte, Umsetzung in der Praxis. Eugen Ulmer, Stuttgart.
- Glutz von Blotzheim U N, Bauer KM 1997: Handbuch der Vögel Mitteleuropas. Bd. 10/I. Aula, Wiesbaden.
- Bauer H-G, Bezzel E, Fiedler W 2012: Das Kompendium der Vögel Mitteleuropas. Aula, Wiebelsheim.
- Brombach H 2004: Die Rauchschnalbe. Die neue Brehm-Bücherei, Bd. 649, Hohenwarsleben.
- Stocker M, Meyer S 2012: Wildtiere, Hausfreunde und Störenfriede. Haupt, Bern.
- Berthold P 2017: Unsere Vögel. Ullstein, Berlin.

Film über Schwalbenboxen: www.br.de/mediathek/video/artenschutz-am-gebäude-schwalben-in-landshut-av:5edbd38eef5ea2001b93159b



Susanne Rieck ist seit 2014 ehrenamtlich beim LBV Landshut aktiv und als Gebäudebrütterschutzbeauftragte spezialisiert auf den Erhalt der Brutplätze für Mauersegler, Schwalben, Spatz & Co. Seit einigen Jahren ist sie freiberuflich im Artenschutz tätig, sie bietet neben Kartierungen und ökologischen Baubegleitungen für Gebäudebrüter auch Schulungen für Kartierer an.



Der Schwalbenwinkel im Einfahrtsbereich einer Tiefgarage.

Foto: S. Rieck / LBV Landshut.

Stadt Siegen
- Planungsamt -
Lindenplatz 7

57078 Siegen

17.06.2021

**Bebauungsplan Nr 431 "Reitstall Daub" und 101. FNP-Änderung im Stadtteil Siegen-Breitenbach
hier: Stellungnahme zur Planung**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir sind Eigentümer des Grundstücks Gemarkung Breitenbach, Flur 3, Flurstück 147 und 143, welches im südwestlichen Bereich an das Gebiet des Bebauungsplanes 431 Reitstall Daub angrenzt. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes wurde an der Stelle unseres Grundstücks willkürlich ausgespart. Eine Plangebietsgrenze, wie in dem als Anlage beigefügten Plan wäre logisch und konsequenter gewesen, so dass wir aus diesem Grunde um Arrondierung dieses Bereiches in den Bereich des Bebauungsplanes bitten. Wir verfolgen die gleichen Ziele und Interessen wie im Bebauungsplan 431 Reitstall Daub beschrieben. Als Nutzung des Grundstückes ist geplant, ein kleines Ferienhaus zu errichten, welches eine sinnvolle Ergänzung zum Sondergebiet, welches dem Zwecke der Freizeit/Reiten/Touristik dienen würde.

Sollte eine Arrondierung in den vorhabenbezogenen Bebauungsplan nicht möglich sein, würden wir die Aufstellung eines eigenen vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für die eingangs genannten Flurstücke vorantreiben wollen.

Alle Kosten für die evtl.Änderung bzw. Erweiterung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes/Plangebietes würden selbstverständlich durch uns getragen, ebenso die Kosten für einen eigenen vorhabenbezogenen Bebauungsplan.

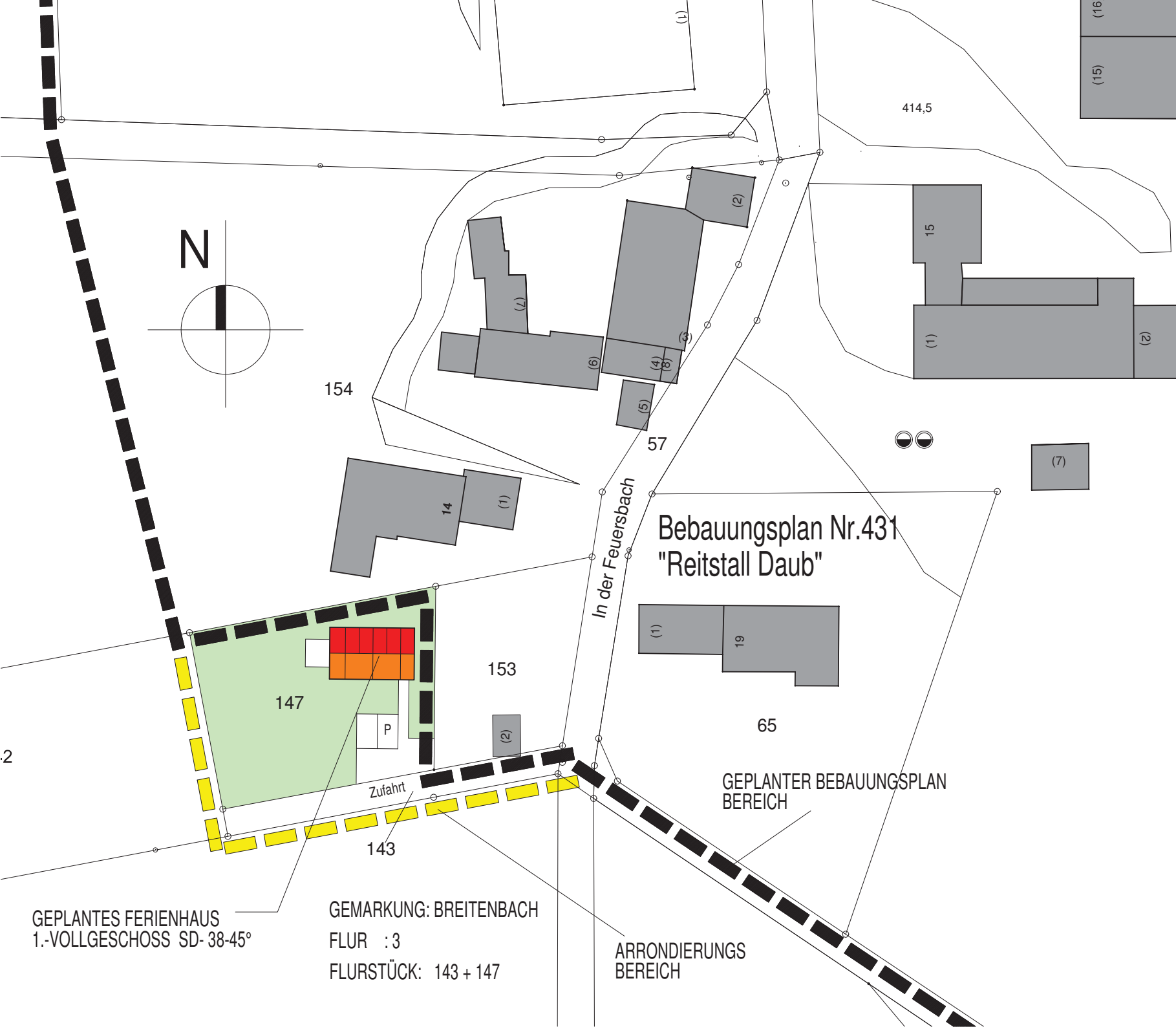
Bei dem geplanten Ferienhaus soll es sich um ein kleines Gebäude mit einer Grundfläche von ca. 12 x 7,5 m handeln, welches in eingeschossiger Bauweise mit Satteldach errichtet würde. Die Architektur soll von hoher Qualität sein und sich harmonisch in die Landschaft und das Plangebiet einfügen. Die Erschließung erfolgt über die Straße in der Feuersbach sowie die zum Baugrundstück gehörende Wegeparzelle. Die Lage des geplanten Ferienhauses zum Wald und der Waldabstand wäre identisch mit dem bereits vorhandenen Gebäude In der Feuersbach 19.

Zu unseren Grundstücken und deren Historie möchten wir Ihnen folgendes mitteilen: Die Grundstücke wurden in den Siebzigern von der Fam. Daub an Herrn Schäfer als Bauland verkauft. Während der vergangenen Jahre wurden Grundbesitzabgaben für Bauland entrichtet. Die Darstellung im Liegenschaftskataster ist ebenfalls in Teilen des Grundstücks als Bauland dargestellt. Als Herr Daub in den 2000er Jahren ein Wohnhaus errichten wollte, hat er mit Herrn Schäfer Kontakt aufgenommen, um das Grundstück zu erwerben. Wäre dieses seinerzeit erfolgt, wäre das Grundstück selbstverständlich in den Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes arrondiert. Als Herr Schäfer verstarb, wurden von den Erben die Grundstücke Herrn Daub zum Kauf angeboten. Ein Kaufvertrag kam hier allerdings nicht zustande, so dass wir Eigentümer des Grundstückes wurden.

Wir würden uns freuen, wenn es möglich wäre, das Grundstück zu arrondieren bzw. einen eigenen vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufstellen lassen zu dürfen und diesbezüglich von Ihnen zu hören

Mit freundlichen Grüßen

Anlage
Lageplanr 1:500



N

154

57

Bebauungsplan Nr.431
"Reitstall Daub"

65

153

147

Zufahrt

143

GEPLANTES FERIENHAUS
1.-VOLLGESCHOSS SD-38-45°

GEMARKUNG: BREITENBACH
FLUR :3
FLURSTÜCK: 143 + 147

ARRONDIERUNGS
BEREICH

GEPLANTER BEBAUUNGSPLAN
BEREICH

projekt

Errichtung eines
Ferienhauses

In der Feuersbach
57074 Siegen-Breitenbach

plan

Lageplan

bauteil

phase

Vorplanung

gezeichnet

15.06.2021

maßstab

1:500

geändert

plan.-nr

01

index

bauherr

entwurfsverfasser

101. Änderung des Flächennutzungsplans

der Universitätsstadt Siegen
im Stadtteil Breitenbach

Abwägung der Anregungen und Hinweise aus den Stellungnahmen

aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 und Abs. 2 BauGB
und der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 und Abs. 2 BauGB

Stand 15.02.2022

Hinweis:

Der vollständige Inhalt der Stellungnahmen im Wortlaut des Originals ist der Anlage „Stellungnahmen zur FNP-Änderung“ zu entnehmen.

Abwägung zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB)
gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB

Frühzeitige Beteiligung - Stellungnahmen der Behörden und TÖB				
Lfd. Nr.	Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
1	10.07.2019	Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 6, Bergbau und Energie in NRW	Keine Betroffenheit.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Entfällt.
2	30.07.2019	Bezirksregierung Arnsberg, Dezernat 35, Städtebau, Bauaufsicht	<p>Hinweise und Anregungen zur Planzeichnung und den Festsetzungen bzw. Darstellungen, u.a. zur Legende, Rechtsgrundlagen, Verfahrensleiste sowie Anmerkungen zu dem ausgewiesenen Sondergebiet für Erholung (Einordnung eher als sonstiges Sondergebiet gemäß § 11 BauNVO).</p> <p>Hinweise zur Begründung, u.a. sich unterscheidenden Zweckbestimmungen der Baufläche und Baugebiete (Vereinheitlichung empfohlen, zu den Umweltauswirkungen bzgl. der Einschätzung zur Erheblichkeit und erforderlichen Kompensation, zu den Rechtsgrundlagen</p> <p>Hinweise zum Umweltbericht (Ergänzung um Aussagen zu Umweltauswirkungen zum FNP.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Den Hinweisen und Anregungen wird entsprochen. Anpassungen in der Planzeichnung sowie der Begründung. Die angeregte Festsetzung wird übernommen, da die Hauptnutzung des Reitstalls Daub eine landwirtschaftliche Nutzung nicht den Hauptzweck einer Erholungsfunktion innehat, auch wenn die Reitnutzung diese Funktion erfüllt. Es wird ein „Sonstiges Sondergebiet (SO) für Landwirtschaft und Pferdehaltung“ mit der Zweckbestimmung „Reiterhof mit ergänzenden Nutzungen“ ausgewiesen. ▪ Den Hinweisen und Anregungen wird entsprochen. Die unterschiedlichen Darlegungen werden vereinheitlicht und die Aussagen zur Erheblichkeit angepasst. ▪ Dem Hinweisen wird entsprochen. Der bisher gemeinsame Umweltbericht von B-Plan und FNP wurde in zwei separate Umweltberichte mit ASP

			Anregung zur Ausarbeitung der Artenschutzprüfung (Mindestanforderung Stufe 1 (Vorprüfung)).	<p>und LBP aufgeteilt. Der Umweltbericht wird um Untersuchungen und Bewertungen zu potenziellen Umweltauswirkungen des FNP ergänzt.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Der Anregung wird entsprochen. Bei der ASP handelte es sich um einen ersten Entwurf, der im weiteren Prozess als Artenschutzprüfung der Stufe 1 ausgearbeitet und dokumentiert wurde.
3	12.07.2019	Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen	Hinweis zur Pflicht der Abwasserbeseitigung und Niederschlagwasser.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Dem Hinweis wird entsprochen. Die Hinweise werden in die Begründung aufgenommen.
4	09.07.2019	Industrie- und Handelskammer Siegen	Keine Anregungen oder Hinweise.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Entfällt
5	09.07.2019	Naturschutzbund Deutschland, NABU-Siegen-Wittgenstein	Die vorgebrachten Anregungen beziehen sich auf den Bebauungsplan.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Entfällt
6	11.04.2019	Westnetz GmbH, Internet Planauskunft	Keine Anregungen oder Hinweise.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Entfällt
7	12.07.2019	Siegener Versorgungsbetriebe	Hinweis zur Versorgung mit Trinkwasser durch die Siegener Versorgungsbetriebe.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Dem Hinweis wird entsprochen. Der Hinweis wird in die Begründung aufgenommen.
8	03.07.2019	Wasserverband Siegen-Wittgenstein	Keine Betroffenheit.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Entfällt
9	01.07.2019	Trassenauskunft Kabel, Telekom	Hinweise zu bestehenden Leitungstrassen.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
10	29.07.2019	Kreis Siegen-Wittgenstein, Amt für Bauen und Immissionsschutz	<p><u>Untere Wasserbehörde</u> Verweis auf die Stellungnahme zum Bebauungsplan (Erörterung von abwasserrechtlichen Aspekten).</p> <p><u>Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde</u> Keine Anregungen oder Hinweise.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Aussagen zur Abwasserbeseitigung und Abwasserbeseitigungspflicht wurden in der Begründung ergänzt. ▪ Entfällt

			<p><u>Untere Naturschutzbehörde</u> Hinweis (zum B-Plan) zur Ausgleichspflanzungen aus bereits erfolgten Baumaßnahmen</p> <p>Hinweis zum Landschaftsschutzgebiet Siegen und dem § 20 (4) LNatSchG NRW zur Darlegung weitergehender Informationen und Begutachtungen zum Flächennutzungsplanverfahrens und einer Widerspruchsmöglichkeit aufgrund unzureichender Inhalte.</p> <p><u>4. Fachgebiet Immissionsschutz</u> Keine Anregungen oder Hinweis</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Ausgleichsmaßnahmen werden im Bebauungsplan als Vermeidungs- bzw. Erhaltungsmaßnahmen festgesetzt ▪ Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Im Zuge der weiteren Planungsarbeit wurden die Unterlagen und Begutachtungen fertiggestellt und somit die Voraussetzungen für die notwendige fachbehördliche Zustimmung geschaffen. ▪ Entfällt
11	10.07.2019	Landwirtschaftskammer NRW, Kreisstelle Siegen-Wittgenstein	Keine Anregungen oder Hinweise.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Entfällt
12	27.08.2019	Bezirksregierung Arnsberg, Dezernat 32	<p>Anregungen und Hinweise Hinweis zur angestrebten Nutzung und den Aussagen des Regionalplans zu zeichnerischen Festlegungen „Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche“ (AFAB) sowie der Festlegung „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung“ (BSLE).</p> <p>Anregungen zur baulichen Entwicklung (für Dauerwohnen, Vermeidung von Splittersiedlungen) und entsprechenden Einschränkungen und Darlegung einer Ausnahmeregelung zur angemessenen Erweiterung eines vorhandenen Betriebsstandortes sowie der Aufnahme fremdenverkehrlicher Angebote (Ferienwohnungen).</p> <p>Hinweis auf die relevanten Ziele und Grundsätze des Landesentwicklungsplanes (Grundsatz 7.1-1 und 7-1-4, 9 und 11 sowie Ziel 13 und 18 des LEP).</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Den Anregungen und Hinweisen wird entsprochen. Die regionalplanerischen Vorgaben werden in der Begründung dargelegt. Die erforderliche Angemessenheit der Erweiterung zur vorhandenen Bebauung wird in der Begründung dargelegt und eine grundsätzliche (Dauer)Wohnnutzung aus der Planung auf nur für Betriebsangehörige eingeschränkt. Dadurch wird die Entwicklung einer Splittersiedlung vermieden. ▪ Den Hinweisen wird entsprochen. Die Ziele und Grundsätze werden in die Begründung aufgenommen.

Stellungnahmen der Öffentlichkeit				
		Keine Eingaben		

Abwägung zur förmlichen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

Stellungnahmen der Behörden und TÖB

Lfd. Nr.	Eing.-Datum	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
13	10.05.2021	Wasserverband Siegen-Wittgenstein	Keine Betroffenheit. Keine Anregungen oder Hinweise	▪ Entfällt
14	12.05.2021	Bezirksregierung Arnsberg -Abteilung Bergbau und Energie in NRW-	Keine Anregungen oder Hinweise	▪ Entfällt
15	12.05.2021	LWL - Archäologie für Westfalen	Hinweis auf die Beachtung der in der Begründung dargelegten Hinweise zum „Denkmalschutz und Denkmalpflege“.	▪ Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
16	12.05.2021	Westnetz GmbH	Hinweise zur Grundversorgung und möglichen Erhöhung der Netzanschlusskapazität.	▪ Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
17	19.05.2021	Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen	Hinweis zur Gewährleistung der Zuwegung angrenzender land- und forstwirtschaftlichen Flächen	▪ Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Zuwegung zu den land- und forstwirtschaftlichen Flächen südlich des Plangebiets wird durch die Planung nicht beeinträchtigt. Zudem wird die Straße „In der Feuersbach“ im Bebauungsplans Nr. 431 als öffentliche Verkehrsfläche festgesetzt und somit die Zuwegung dauerhaft gesichert.
18	24.05.2021	Naturschutzbund Deutschland (NABU), Siegen-Wittgenstein	Keine Anregungen oder Hinweise bezüglich der FNP-Änderung. Hinweise und Anregungen zum Bebauungsplan Nr. 431.	▪ Entfällt
19	08.06.2021	Siegener Versorgungsbe-triebe GmbH (SVB)	Anregung zur Trinkwasserversorgung (Aufnahme der Inhalte aus der Stellungnahme zum Bebauungsplan)	▪ Der Anregung wird entsprochen. Aufnahme der Inhalte in der Begründung.
20	08.06.2021	Kreis Siegen-	<u>Untere Wasserbehörde</u>	

		Wittgenstein	Es wird auf die Stellungnahme zur Aufstellung des Bebauungsplans verwiesen. <u>Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde</u> Keine Hinweise und Anregungen <u>Untere Naturschutzbehörde</u> Keine Hinweise und Anregungen <u>Fachgebiet Immissionsschutz</u> Keine Hinweise und Anregungen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Der Anregung wird entsprochen (im Zuge des Bebauungsplanverfahrens). ▪ Entfällt ▪ Entfällt ▪ Entfällt
21	17.06.2021	Amprion GmbH	Keine Hinweise oder Anregungen.	▪ Entfällt
22	23.06.2021	Vodafone NRW GmbH	Keine Hinweise oder Anregungen.	▪ Entfällt
23	25.06.2021	Industrie- und Handelskammer Siegen (IHK)	Keine Hinweise oder Anregungen.	▪ Entfällt
24	25.06.2021	Naturschutzbund Deutschland (NABU), Kreisverband Siegen-Wittgenstein	Keine Hinweise oder Anregungen.	▪ Entfällt
Stellungnahmen der Öffentlichkeit				
		Keine Eingaben		

Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“

der Universitätsstadt Siegen

im Stadtteil Breitenbach

Abwägung der Anregungen und Hinweise aus den Stellungnahmen

aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 und 2 BauGB
und der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 und Abs. 2 BauGB

Stand 17.02.2022

Hinweis:

Der vollständige Inhalt der Stellungnahmen im Wortlaut des Originals ist der Anlage „Stellungnahmen zum B-Plan“ der Verwaltungsvorlage zum Satzungsbeschluss zu entnehmen.

Abwägung zur Frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB)
gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB

Stellungnahmen der Behörden und TÖB

Lfd. Nr.	Eingang	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
1	28.02.2019	Amprion GmbH	Keine Anregungen oder Hinweise.	▪ Entfällt
2	06.03.2019	Siegener Versorgungs- betriebe GmbH	Keine Anregungen oder Hinweise.	▪ Entfällt
3	08.02.2019	Unitymedia NRW GmbH	Keine Anregungen oder Hinweise.	▪ Entfällt
4	08.02.2019	BIL e.G. Die Leitungsaus- kunft	Keine Anregungen. Hinweis, dass die Anfrage an weitere Teilnehmer zur Beantwortung weitergeleitet wurde.	▪ Entfällt
5	12.02.2019	PLEdoc GmbH	Keine Betroffenheit sowie Anregungen oder Hinweise.	▪ Entfällt
6	01.07.2019	Telekom, Trassenauskunft Kabel	Hinweis zum Bestand und Verlauf von Telekommunikationslinien sowie zur Gewährleistung des Betriebs der vorhandenen TK-Linien. Hinweis zur Anpassung der Verkehrswege an die TK-Linien, um eine Verlegung zu vermeiden. Hinweis zum Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen".	▪ Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
7	11.04.2017	Westnetz GmbH, Internet Planauskunft	Keine Anregungen oder Hinweise.	▪ Entfällt
8	12.02.2019	Where2Dig, Auskunft Netzbetreiber	Keine Anregungen oder Hinweise. Die hinterlegten Netzbetreiber sind nicht betroffen.	▪ Entfällt

Lfd. Nr.	Eingang	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
9	03.07.2019	Wasserverband Siegen-Wittgenstein	Keine Betroffenheit, Anregungen oder Hinweise.	<ul style="list-style-type: none"> Entfällt
10	29.07.2019	Kreis Siegen-Wittgenstein Amt für Bauen und Immissionsschutz	<p><u>Unteren Wasserbehörde</u></p> <p>Hinweis zur wasserrechtlichen Situation bzgl. der Abwasserbeseitigung. Beseitigung der häuslichen Abwässer mittels vollbiologischer Kleinkläranlage mit Einleitung in das Grundwasser.</p> <p>Hinweis zu die gesetzlichen Vorgaben des Landeswassergesetz (LWG, § 46 (1) Nr. 1-6) und zur Pflicht zur Beseitigung des Abwassers durch die Gemeinde. Anregung, wie die den gesetzlichen Vorgaben entsprechende Abwasserbeseitigung durchgeführt werden soll.</p> <p><u>Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde</u></p> <p>Unterlagen wurden zur Kenntnis genommen. Anregungen und Hinweise werden zum jetzigen Zeitpunkt nicht gegeben. Beteiligung im weiteren Verfahren fortführen.</p> <p><u>Untere Naturschutzbehörde</u></p> <p>Anregungen zur ökologische Bilanzierung</p> <p>Anregung zur Aufnahme von bereits durchgeführten Ausgleichspflanzungen im Zuge von Bauvorhaben zur Berücksichtigung in der Planung</p>	<ul style="list-style-type: none"> Der Anregung wird entsprochen. Aussagen zur Abwasserbeseitigung und Abwasserbeseitigungspflicht wurden in der Begründung ergänzt. Siehe Punkt 3.5 der Begründung. Zur Beseitigung der häuslichen Abwässer erfolgt die Anbindung an das öffentliche Kanalnetz durch den Vorhabenträger bis spätestens zum 30. April 2026 (Ablauf der wasserrechtlichen Erlaubnis für die Kleinkläranlage und damit der Freistellung der Stadt Siegen von der Abwasserbeseitigungspflicht). Entfällt Der Anregung wird entsprochen. Die Bilanzierung wurde nach Abstimmung mit dem UNB angepasst. Die Bilanzierung wird im Umweltbericht sowie in der Begründung erläutert. Der Anregung wird entsprochen. Die in Verbindung mit bereits erfolgten Baumaßnahmen stehenden Ausgleichspflanzungen werden in die Planzeichnung als Flächen zum Schutz, zur Pflege und

Lfd. Nr.	Eingang	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
			<p>Anregung zur Prüfung von weiteren Ausgleichsmaßnahmen innerhalb des Plangebietes.</p> <p>Anregung zum Hinweis „Artenschutz“ bezüglich der Schaffung von Nisthilfen für Vögel sollte als Festsetzung formuliert werden.</p>	<p>zur Entwicklung von Natur und Landschaft festgesetzt. Sie werden als Erhaltungsmaßnahmen E1 bis E8 festgesetzt.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Der Anregung wird nicht entsprochen. Weitere Ausgleichsmaßnahmen, v.a. auf den umliegenden Weideflächen, sind nicht umsetzbar, da diese Flächen insbesondere für den Futteranbau sowie Auslauf der Pferde erforderlich sind. Zur Kompensation der Maßnahmen wird daher auf durch den Vorhabenträger bereits durchgeführte Maßnahmen zurückgegriffen, die als Ökopunkte beim Kreises SiWi hinterlegt sind. ▪ Der Anregung wird nicht entsprochen. Ein Eingriff in den Baumbestand ist nicht geplant bzw. vorgesehen, so dass hier keine Erforderlichkeit für eine Festsetzung besteht. Alle im Bebauungsplan getroffenen Festsetzungen sind nach § 9 BauGB zu treffen und dürfen nur aus städtebaulichen Gründen erfolgen, womit in der Regel bodenrechtliche Gründe verbunden sind. Darüber hinaus gehende Maßnahmen, wie die Anbringung von Nistkästen oder Baufeldfreimachung zu bestimmten Zeiten (außerhalb der Brutzeit) weisen diesen städtebaulichen Bezug nicht auf. Es besteht daher keine rechtliche Grundlage für diesen Festsetzungswunsch. Dadurch, dass die Zugriffsverbote allgemeingültig sind, ist eine konkrete Prüfung unmittelbar vor der Bautätigkeit, d. h. außerhalb des Bebauungsplanverfahrens, sowieso durchzuführen. Erst wenn dann konkrete Fortpflanzungs- und Ruhestätten betroffen

Lfd. Nr.	Eingang	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
			<p>Anregung zu „8. Pflanzgebot“ der textlichen Planfestsetzungen bezüglich einer bindenden Festsetzung zur Anpflanzung einer Baumreihe an der „Netphener Straße“/„Assbergstraße“.</p> <p>Angeregt wird die Hinzunahme von Fassaden- und Dachbegrünungen zumindest als textlicher Hinweis bezüglich der Bauwerksgestaltung.</p> <p>Hinweis zum Landschaftsplan und möglichem Widerspruchsvorbehalt aufgrund noch nicht vollends ausgearbeiteten Unterlagen im Zuge des zugehörigen Flächennutzungsplanverfahrens</p> <p><u>Fachgebiet Immissionsschutz</u></p> <p>Aus der Sicht des Immissionsschutzes werden keine weiteren Anregungen vorgebracht.</p>	<p>sind, sind Maßnahmen in Form von künstlichen Nisthilfen oder Ersatzquartieren erforderlich. Daher reicht der bestehende Hinweis.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Der Anregung wird nicht entsprochen. Eine städtebauliche Anforderlichkeit für die Anpflanzung einer Baumreihe an der „Netphener Straße“ und „Assbergstraße“ ist nicht gegeben. Die mögliche Anpflanzung ist eher ein Ansinnen bzw. Vision des Vorhabenträgers. Daher wird diese nicht als Bestandteil der Planung geführt und entsprechend nur als Empfehlung / Hinweis aufgenommen. Durch die Festsetzungen zum Erhalt von Gehölzen und Gehölzstrukturen wird der landschaftlichen Wirksamkeit genügend Rechnung getragen. Im Rahmen einer Pferdebeweidung sind die Flächen üblicherweise wegen Verbiß gehölzfrei. ▪ Der Anregung wird entsprochen. Eine Begrünung von Fassaden- und Dachflächen wird als Empfehlung als Hinweis in den BPlan aufgenommen. ▪ Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Unterlagen wurden im Weiteren final ausgearbeitet, so dass eine abschließende Bewertung der Sachlage durch die UNB erfolgen kann. ▪ Entfällt

Lfd. Nr.	Eingang	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
11	09.07.2019	Naturschutzbund Deutschland, NABU-Siegen-Wittgenstein	<ul style="list-style-type: none"> Anregung zur Aufnahme als Festsetzung der Hinweise zum Artenschutz als Muss-Bestimmung. Anregung den Hinweis „8. Pflanzgebot“ aufgrund der Bedeutung für das Landschaftsbild festzusetzen. 	<ul style="list-style-type: none"> Der Anregung wird nicht entsprochen. Auf der Ebene der FNP- und Bebauungsplanung wird eine Artenschutzprüfung durchgeführt. Hiernach ergibt sich keine Erforderlichkeit für weitere Maßnahmen, wie eine vertiefende Prüfung (ASP 2), da durch die Planung keine artenschutzrechtlichen Tatbestände ausgelöst werden. Es werden zur Reduzierung der Eingriffe Vermeidungs- und Erhaltungsmaßnahmen festgesetzt, die auch dem Artenschutz dienen, da dadurch bestehende Grün- und Freiräume und damit Brut- und Lebensquartiere gesichert werden. Eine darüber hinausgehende Festsetzung ist nicht erforderlich, u.a. da keine artenschutzrechtlichen Zugriffsverbote durch die Planung ausgelöst werden. Das BNatSchG gilt grundsätzlich, so dass eine abschließende Prüfung grundsätzlich auf der Ebene der konkreten Bauausführung durchzuführen ist. Des Weiteren fehlt es bei der des fehlenden bodenrechtlichen Bezugs nicht erfolgen. Siehe hierzu auch die Abwägung zur Stlg. Nr. 10 (Kreis UNB 27.07.2019 Anregung Artenschutz und im LBP / ASP I Kapitel 4.2.2.) Der Anregung wird nicht entsprochen. Es werden Vermeidungsmaßnahmen und Erhaltungsmaßnahmen festgesetzt.
12	30.07.2019	Bezirksregierung Arnsberg, Dezernat 35, Städtebau, Bauaufsicht,	<ul style="list-style-type: none"> Hinweis zur Wohnnutzung in einem Sondergebiet, das der Erholung dient (Wohnen nur temporär zulässig, Dauerwohnen unzulässig). 	<ul style="list-style-type: none"> Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Lfd. Nr.	Eingang	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
			<ul style="list-style-type: none"> ▪ Empfehlung zur Darstellung eines sonstigen Sondergebiets bzw. einer sonstigen Sonderbaufläche gemäß § 11 BauNVO.) ▪ Anregung zur textlichen Festsetzung Nr. 3.2: Eine abweichende Bauweise muss im B-Plan konkret festgesetzt bzw. definiert werden. ▪ Anregung zur Begründung: Für die Zweckbestimmung der landwirtschaftlichen Flächen sollten städtebauliche Gründe i.S.d. § 1 Abs. 3 BauGB ergänzt werden. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Der Anregung wird entsprochen. Die Festsetzung wird geändert in „Sonstiges Sondergebiet“ (SO) nach § 11 Abs. 1 BauNVO mit der Zweckbestimmung „Reiterhof mit ergänzenden Nutzungen“. Die landwirtschaftliche Nutzung des Betriebs mit Pferdehaltung steht im Vordergrund der Planung, ergänzt mit gastronomischen Angeboten (Hofcafé) und der Möglichkeit für fremdenverkehrliche Angebote (Ferienwohnungen). ▪ Der Anregung wird entsprochen. Die Begründung wird ergänzt. Als abweichende Bauweise wird definiert: Zulässig sind Hallen- und Stallgebäude über 50 m Länge mit Grenzabstand und Hallen- und Stallgebäude unter 50 m Länge ohne Grenzabstand. Größere zusammenhängende Bestandsgebäude, wie die Reithalle oder der große Stall südöstlich der Reithalle im SO 3 weisen eine Länge von über 50 m und seitlichen Grenzabstand auf. Dies stellt eine abweichende Bauweise dar. Aufgrund dieser Vorprägung wird in SO 1 und SO 2 eine abweichende Bauweise festgesetzt, da ein möglicher Neubau ebenfalls die o.g. Rahmenbedingungen aufweisen könnte. ▪ Der Anregung wird entsprochen. Der Inhalt wird in der Begründung ergänzt und die landwirtschaftlichen Flächen entsprechend der Nut-

Lfd. Nr.	Eingang	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
			<ul style="list-style-type: none"> Hinweis: Die Artenschutzprüfung liegt nicht in vollem Umfang vor. 	<p>zung „Reiterhof“ mit der Zweckbestimmung „Weideland“ festgesetzt.</p> <ul style="list-style-type: none"> Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. <p>Die Prüfung wurde im Weiteren fertiggestellt und liegt als gesonderter Teils des Umweltbericht vor.</p>
13	10.07.2019	Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 6, Bergbau und Energie in NRW	<ul style="list-style-type: none"> Keine Anregungen oder Hinweise. 	<ul style="list-style-type: none"> Entfällt
14	12.07.2019	Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen	<ul style="list-style-type: none"> Keine Bedenken. Es werden Hinweise zur Pflicht zur Abwasserbeseitigung gem. Landeswassergesetz NRW bzw. der aktuell gültigen Ausnahmeregelung sowie zur Niederschlagswasserversickerung/-einleitung vorgebracht. Hinweis zum Entfall des § 51a LWG NRW. 	<ul style="list-style-type: none"> Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. <p>Die Regelung zur Abwasserbeseitigung wird in der Begründung erläutert. Zur Beseitigung der häuslichen Abwässer erfolgt die Anbindung an das öffentliche Kanalnetz durch den Vorhabenträger. Die dafür erforderliche Abwasserbeseitigungsanlage (Kanal) ist bis spätestens zum 30. April 2026 durch den Vorhabenträger herzustellen (Ablauf der Freistellung von der Abwasserbeseitigungspflicht). Hierzu wurde ein städtebaulicher Erschließungsvertrag mit dem Vorhabenträger geschlossen und das Vorhaben per Bürgschaft abgesichert.</p> <p>Die Inhalte zum Niederschlagswasser werden in die Begründung und als Hinweis in die Planzeichnung aufgenommen.</p>
15	09.07.2019	Industrie- und Handelskammer Siegen	<ul style="list-style-type: none"> Keine Anregungen und Hinweise. 	<ul style="list-style-type: none"> Entfällt

Lfd. Nr.	Eingang	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
16	10.07.2019	Landwirtschaftskammer NRW, Kreisstelle Siegen-Wittgenstein	<ul style="list-style-type: none"> Keine Anregungen oder Hinweise. 	<ul style="list-style-type: none"> Entfällt
17	15.07.2019	Regionalforstamt Siegen Wald und Holz	<ul style="list-style-type: none"> Keine Anregungen oder Hinweise. 	<ul style="list-style-type: none"> Entfällt
18	12.07.2019	Siegener Versorgungs- betriebe GmbH	<ul style="list-style-type: none"> Hinweis zur Versorgung mit Trinkwasser 	<ul style="list-style-type: none"> Dem Hinweis wird entsprochen. Die Inhalte werden in der Begründung und in die Plan- zeichnung aufgenommen.

Stellungnahmen der Öffentlichkeit

Lfd. Nr.	Eingang	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
19	15.07.2019	Private Stellungnahme	Anregung zum Betrieb des geplanten Ausschanks und die bitte die Öffnungszeiten konkret festzusetzen bzw. bis maximal 22 Uhr zu begrenzen.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Der Anregung wird entsprochen. <p>Die Anmerkung wird berücksichtigt und die Öffnungszeiten für die gastronomische Nutzung im Außenbereich bis max. 22.00 Uhr festgesetzt. Demnach sind keine Überschreitungen der zulässigen Immissionswerte für Wohnnutzungen auf den Flurstücken 14 und 57 der Flur 2 erwarten. Die Öffnungszeiten des Ausschanks werden bis max. 22 Uhr begrenzt.</p>

**Abwägung zur Förmlichen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB**

Stellungnahmen der Behörden und TÖB				
Lfd. Nr.	Eingang	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
20	10.05.2021	Wasserverband Siegen-Wittgenstein	Keine Betroffenheit sowie Anregungen oder Hinweise.	▪ Entfällt
21	12.05.2021	Bezirksregierung Arnsberg -Abteilung Bergbau und Energie in NRW	Keine Anregungen oder Hinweise.	▪ Entfällt
22	12.05.2021	LWL - Archäologie für Westfalen	Beachtung der in der Begründung unter „Denkmalpflege“ genannten Auflagen.	▪ Entfällt
23	12.05.2021	Westnetz GmbH	Hinweis zur Grundversorgung und zur Netzanschlusskapazität.	▪ Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
24	19.05.2021	Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen	Hinweise zur Zuwegung zu angrenzenden land- und forstwirtschaftlichen Flächen.	▪ Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Zuwegung zu weiteren land- und forstwirtschaftlichen Flächen wird durch die Planung nicht eingeschränkt bzw. wird durch die Festsetzung der Straße „In der Feuersbach“ als öffentliche Verkehrsfläche klargestellt.

Lfd. Nr.	Eingang	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
25	24.05.2021	Naturschutzbund (NABU), Kreisverband Siegen-Wittgenstein	<p>Anregung den Hinweis zum Artenschutz als Festsetzung aufzunehmen.</p> <p>Anregungen zur Kompensation (Durchführung innerhalb des Plangebiets).</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Der Anregung wird nicht entsprochen. Auf der Ebene der FNP- und Bebauungsplanung wird eine Artenschutzprüfung durchgeführt. Hiernach ergibt sich keine Erforderlichkeit für weitere Maßnahmen, wie eine vertiefende Prüfung (ASP 2), da durch die Planung keine artenschutzrechtlichen Tatbestände ausgelöst werden. Möglicherweise können bei konkreten Abrissmaßnahmen Zugriffsverbote ausgelöst werden, was aber dann auf der Ebene der Bauausführung entsprechend gemäß BNatSchG zu prüfen ist. Darüber hinaus fehlt es bei diesen Maßnahmen an der bodenrechtlichen Grundlage, die für eine Festsetzungsmöglichkeit Voraussetzung ist. Siehe hierzu die Inhalte zur Abwägung der Stlg. Nr. 10 und 11 aus der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und TÖB. ▪ Der Anregung wird nicht entsprochen. Im Bebauungsplan werden Erhaltung- und Vermeidungsmaßnahmen festgesetzt, die in die Eingriffsberechnung einfließen. Darüber hinaus bietet der Hofbereich keine bis auf die soweit als Erhaltung- bzw. Vermeidungsmaßnahmen festgesetzten Grün- und Gehölzstrukturen. Weiteren Möglichkeiten für Kompensationsmaßnahmen bestehen nicht, da insbesondere die Grünflächen für Futteranbau und als Auslauf und die weiteren Flächen für den Betriebsablauf erforderlich sind. Daher wird auf vom Vorhabenträger durch bereits durchgeführte naturschutzrechtliche Maßnahmen zurückgegriffen, die im räumlichen Zusammenhang mit

Lfd. Nr.	Eingang	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
			Anregung zur Festsetzung der Erzeugung regenerativer Energien im B-Plan	<p>dem Eingriff stehen.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Der Anregung wird nicht entsprochen. Es besteht keine konkrete städtebauliche Erforderlichkeit für eine Festsetzung. Der Vorhabenträger verfügt bereits über Photovoltaikanlagen (auf Dachflächen) und ist gewillt diese auch weiterhin zu errichten.
26	08.06.2021	Siegener Versorgungsbetriebe GmbH (SVB)	Hinweise zur Trinkwasser- und Erdgasversorgung und Anregung zu einer möglichen alternative Versorgung als einzelfallbezogene vertraglichen Regelung.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Dem Hinweis wird entsprochen. Der Hinweis und die Anregungen werden in der Begründung und in den B-Plan aufgenommen.
27	08.06.2021	Kreis Siegen-Wittgenstein	<p><u>Untere Wasserbehörde</u> Hinweis auf Stellungnahme aus der frühzeitigen Beteiligung und Pflicht zur Beseitigung des Abwassers durch die Gemeinde auf deren Gebiet.</p> <p>Anregungen zum geplanten Vorgehen, die Erschließung durch den Vorhabenträger durchführen zu lassen und per Vertrag zu sichern.</p> <p><u>Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde</u> Keine Hinweise und Anregungen</p> <p><u>Untere Naturschutzbehörde</u> Anregung zur Verwendung von insektenfreundlichen und nachhaltigen Beleuchtungsmitteln und -techniken als Festsetzung).</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. ▪ Der Anregungen wird entsprochen. Die dargelegten Anregungen werden in den für die Abwasserbeseitigung vorgesehenen städtebaulichen Erschließungsvertrag aufgenommen. ▪ Entfällt ▪ Der Anregung wird teilweise entsprochen. Die Anregungen werden als Hinweis in den Bebauungsplan sowie in die Begründung aufgenommen. Es besteht keine städtebauliche Erforderlichkeit für eine Festsetzung.

Lfd. Nr.	Eingang	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
			<p>Hinweis zum Leitfaden „Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Schottergärten“.</p> <p><u>Fachgebiet Immissionsschutz</u></p> <p>Keine Hinweise oder Anregungen</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Der Hinweis zur Kenntnis genommen. ▪ Entfällt
28	17.06.2021	Amprion GmbH	Hinweis zum Abstand / Freihaltebereich der Höchstspannungsfreileitung.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der Freihaltebereich wird nicht durch die Planung tangiert.
29	23.06.2021	Vodafone NRW GmbH	Keine Hinweise oder Anregungen.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Entfällt
30	25.06.2021	Industrie- und Handelskammer Siegen (IHK)	Keine Anregungen oder Hinweise.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Entfällt
31	25.06.2021	Naturschutzbund Deutschland (NABU), Kreisverband Siegen-Wittgenstein (1. Vorsitzende)	<p>Hinweis zum Schutzzeit von Baum- und Gehölzbestand.</p> <p>Anregung zur Festsetzung von Nistmöglichkeiten und Tagesquartieren für Fledermäuse an den bestehenden Gebäuden.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Dem Hinweis wird zur Kenntnis genommen. ▪ Der Anregung wird nicht entsprochen. Auf der Ebene der FNP- und Bebauungsplanung wird eine Artenschutzprüfung durchgeführt. Hiernach ergibt sich keine Erforderlichkeit für weitere Maßnahmen, wie eine vertiefende Prüfung (ASP 2), da durch die Planung keine artenschutzrechtlichen Tatbestände ausgelöst werden. Möglicherweise können bei konkreten Abrissmaßnahmen Zugriffsverbote ausgelöst werden, was aber dann auf der Ebene der Bauausführung entsprechend gemäß BNatSchG zu prüfen ist. Darüber hinaus fehlt es bei diesen Maßnahmen an der

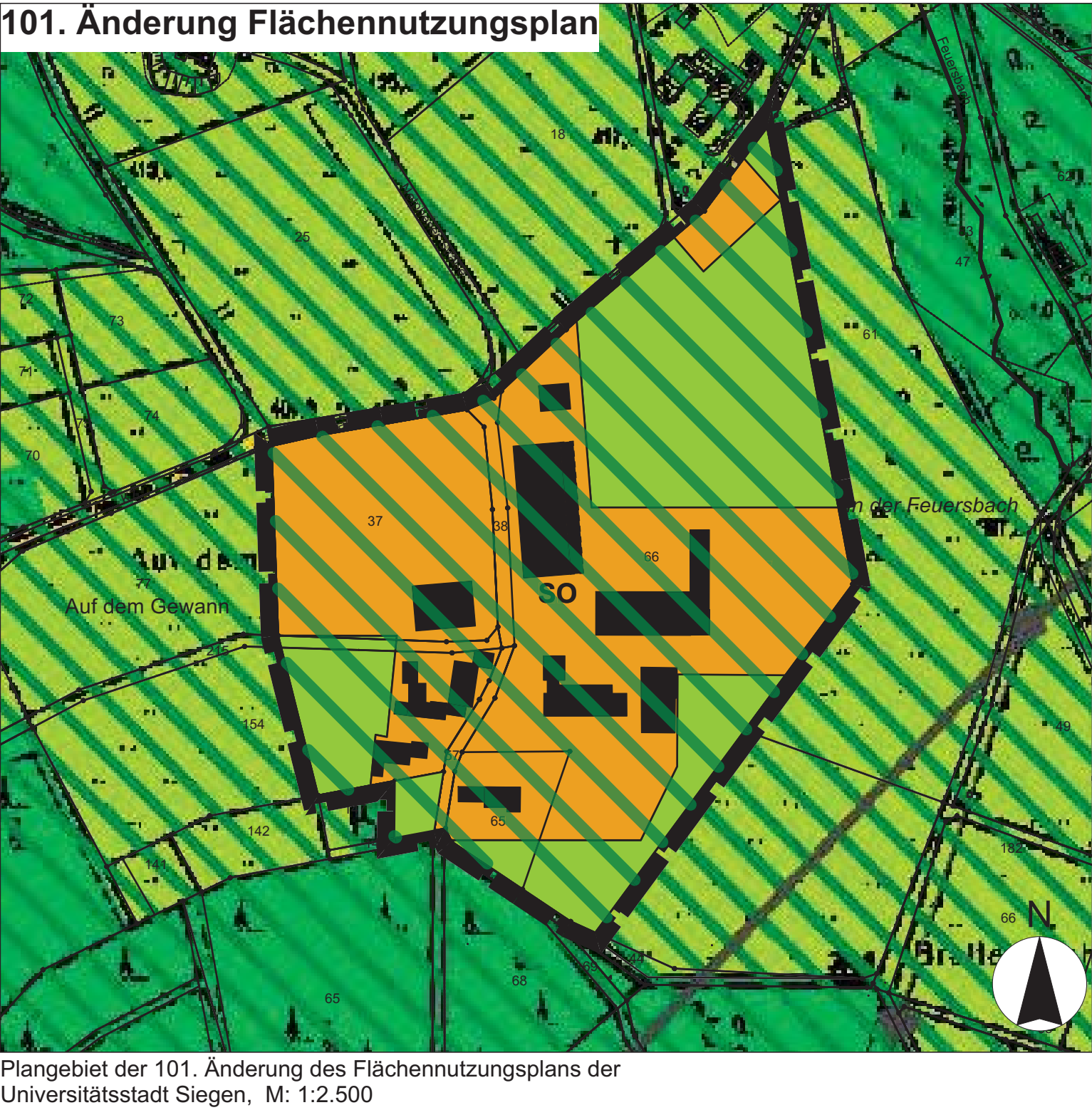
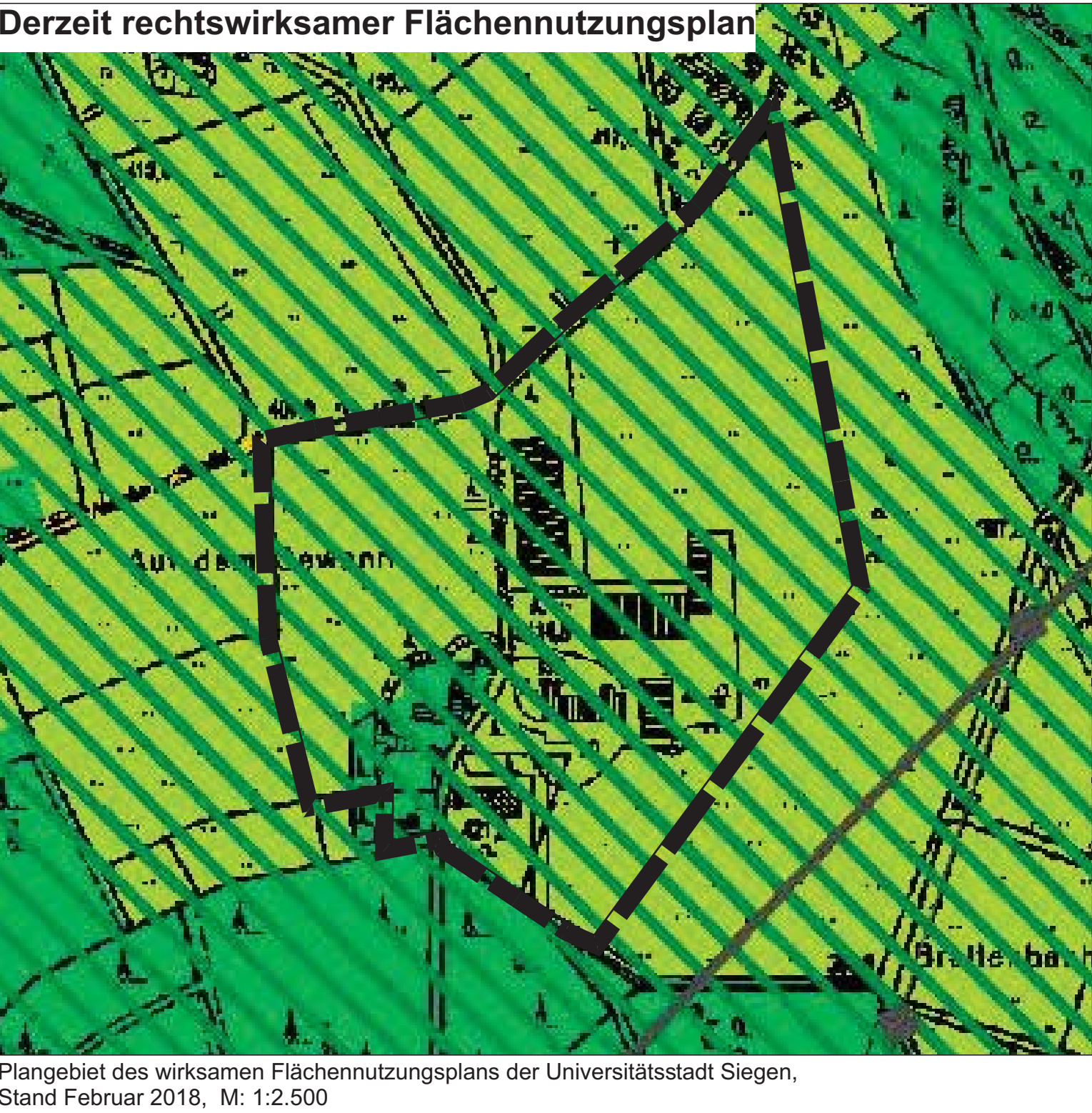
Lfd. Nr.	Eingang	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
			Anregung zur Schaffung bzw. Umsetzung eines Amphibiengewässers.	<p>bodenrechtlichen Grundlage, die für eine Festsetzungsmöglichkeit Voraussetzung ist. Siehe hierzu die Inhalte zur Abwägung der Stlg. Nr. 25 der Beteiligung der Behörden und TÖB.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Dem Hinweis wird nicht entsprochen. In der Artenschutzprüfung konnte keine Betroffenheit von Amphibien nachgewiesen werden, da keine Veränderungen an der Bewirtschaftung von potenziellen Habitaten durch den B-Plan vorbereitet werden. Eine Erforderlichkeit zur Kompensation bzw. Schaffung von Amphibiengewässern besteht somit nicht. Sollte eine bauliche Veränderung an den (ab-) wassertechnische Einrichtungen stattfinden, ist, wie bereits mehrfach ausgeführt, der Artenschutz im Rahmen der Baugenehmigungsplanung zu prüfen.

Stellungnahmen der Öffentlichkeit

Lfd. Nr.	Eingang	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
32	17.06.2021	Private Stellungnahme	Anregung eines Eigentümers ein an den Hof angrenzendes Grundstück in die Planung aufzunehmen, zur Arrondierung des Vorhabens mit einer Ferienwohnnutzung (alternativ ein eigenes Bebauungsplanverfahren auf den Weg zu bringen).	<p>▪ Der Anregung wird nicht entsprochen.</p> <p>Grundsätzlich können private Belange Eingang in Bebauungspläne finden, sofern diese der Planung dienen und den anderen privaten sowie öffentlichen Belangen, dem Ziel und Zweck der Planung oder anderweitigen Vorgaben nicht entgegenstehen. Vor dem Hintergrund der Anregung, insbesondere dem Ziel und Zweck der Bebauungsplanung und den regionalplanerischen Vorgaben, kann einer Einbindung des Vorhabens in das laufende Verfahren nicht entsprochen werden.</p> <p>Der Ausgangspunkt und die Intention des Bebauungsplanes ist die Sicherung des Betriebsfortbestandes des „Reitstall Daub“ sowie die Ermöglichung von zukünftigen Betriebserweiterungen durch die Schaffung von Planungsrecht nach § 30 BauGB. Die Aufstellung des o.g. Bebauungsplanes samt 101. Änderung des Flächennutzungsplanes ist vom Hofbetreiber initiiert worden und wird von ihm als Vorhabenträger durchgeführt. Dies impliziert die Aufnahme aller für die Umsetzung des Bebauungsplans erforderlichen Grundstücke, insbesondere solcher, die im Eigentum des Vorhabenträgers stehen. Das Grundstück Nr. 147 ist soweit nicht für die Umsetzung des Bebauungsplanes bzw. dessen Ziele notwendig, daher wurde es nicht willkürlich ausgespart, sondern bewusst nicht einbezogen.</p> <p>Darüber hinaus wird seitens der Regionalplanungsbehörde im Rahmen der landesplanerischen Beteiligung nach § 34 Landesplanungsgesetz die Ausweisung von nicht von Betriebsangehörigem genutzten Wohnraum kritisch und</p>

Lfd. Nr.	Eingang	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
				<p>nur unter dem Vorbehalt gesehen, dass die Entstehung einer Splittersiedlung vermieden wird. Daher wurde in Abstimmung mit der Bezirksregierung nur eine für die weitere Sicherstellung der Betriebsfortführung erforderliche Wohnnutzung (für Betriebsangehörige) sowie eine Begrenzung der möglichen Ferienwohnungen (maximal 6 Wohneinheiten) festgesetzt. Hierdurch wird gewährleistet, dass eine mögliche Ferienwohnung-Nutzung nur untergeordnet und nur in Verbindung mit der landwirtschaftlichen Nutzung, nämlich dem Pferdehof, stattfinden kann. Eine darüber hinaus gehende Bereitstellung von Wohnraum, insbesondere als selbständige bzw. externe Ferienwohnung, widerspricht den regionalplanerischen Vorgaben und würde einen Abwägungsfehler darstellen.</p> <p>Hinsichtlich der Intention ein eigenes Bebauungsplanverfahren durchzuführen, wird vor den o.g. regionalplanerischen Vorgaben keine Erfolgsaussicht abgeleitet werden. Wie bereits beschrieben, wird seitens der Regionalplanbehörde die Ausweisung von Flächen für Wohnraum (auch Ferien-Wohnungen) in dem hier nach Regionalplan vorliegenden „Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich“ (AFAB) nur als Ausnahme und unter bestimmten Voraussetzungen zugestanden. So kann die Ausnahmeregelung nur „zur angemessenen Erweiterung eines vorhandenen Betriebsstandortes zum Tragen kommen“. Zudem muss ein Zusammenhang mit der landwirtschaftlichen Betätigung begründet werden und die Nutzung insgesamt weiterhin durch den landwirtschaftlichen Betrieb geprägt sein.</p> <p>Die Umsetzung einer eigenständigen Ferienwohnung durch einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan löst daher aller Voraussicht nach regionalplanerische Bedenken hinsichtlich der dafür erforderlichen Flächennut-</p>

Lfd. Nr.	Eingang	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
				<p>zungsplanänderung aus. Zudem ist eine sogenannte Briefmarkenplanung nur unter sehr engen Rahmenbedingungen möglich, insbesondere wenn öffentliche Belange bestehen. Diese können aus dem dargelegten Vorhaben nicht abgeleitet werden.</p> <p>Bezüglich des dargelegten „Baulandcharakters“ der Fläche kann keine Aussage getroffen werden, da die Fläche planungsrechtlich soweit im Außenbereich nach § 35 BauGB liegt und im Flächennutzungsplan als Fläche für die Landwirtschaft sowie Fläche für die Forstwirtschaft festgesetzt ist.</p>



Legende

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG
(§ 5 Abs. 2 Nr. 1 BauGB; § 11 BauNVO)

SO

1.4.1. Sonstige Sondergebiete (§ 11 Abs. 1 BauNVO) für Landwirtschaft und Pferdehaltung
Zweckbestimmung "Reiterhof mit ergänzenden Nutzungen"

12. LANDWIRTSCHAFT UND WALD
(§ 5 Abs. 2 Nr. 9 BauGB)

12.1. Flächen für die Landwirtschaft

12.2. Flächen für Wald

C UMGRENZUNGSLINIEN

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der 101. Änderung des Flächennutzungsplans

ERGÄNZENDE DARSTELLUNGEN

Erholungsbereich
(Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung, Entsprechend dem Regionalplan Arnsberg Teilabschnitt Oberbereich Siegen, Blatt 10, Stand 2008)

Verfahrensvermerke					
Plankonzeption Für die städtebauliche Planung:		Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (gemäß § 4 Abs. 1 BauGB) Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) wurden mit Schreiben vom 28.06.2019 aufgefordert, ihre Stellungnahmen im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung bis zum 12.07.2019 abzugeben.		Präambel und Feststellungsbeschluss Nach § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW S. 666) zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 01.12.2021 (GV.NRW. S. 1353), der §§ 2 und 5 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10.09.2021 (BGBl. I S. 4147), in Verbindung mit der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14.06.2021 (BGBl. I S. 1802) hat der Rat der Stadt Siegen am 06.04.2022 diese Planzeichnung mit Begründung als Flächennutzungsplanänderung beschlossen. Siegen,	
AGL Stadtplanung	AbtL. Stadtentwicklung, Stadtplanung und Liegenschaften	Siegen,	In Vertretung	Der Bürgermeister	
Siegen,					
	Stadtbaurat			I.A.	
Aufstellungsbeschluss Der Rat der Stadt Siegen hat am 21.11.2018 die Aufstellung der Flächennutzungsplanänderung Nr. 101 beschlossen. Der Beschluss wurde am 15.12.2018 ortsüblich bekanntgemacht.		Beteiligung der Öffentlichkeit / öffentliche Auslegung (gemäß § 3 Abs. 2 BauGB) Der Rat der Stadt Siegen hat am 14.04.2021 den Entwurf der 101. Änderung des Flächennutzungsplans und seine öffentliche Auslegung beschlossen. Der Entwurf hat mit der Begründung nach der ortsüblichen Bekanntmachung am 08.05.2021 in der Zeit vom 17.05.2021 bis zum 25.06.2021 bei der Arbeitsgruppe Stadtplanung der Stadt Siegen öffentlich ausgelegen. Zudem wurden die Unterlagen im Internet bereitgestellt.		<div><div>.....</div><div>Bürgermeister</div></div> <div><div>.....</div><div>Schriftführer(in)</div></div>	
Siegen,	Der Bürgermeister	Siegen,		Der Bürgermeister	
	I.A.			I.A.	
Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (gemäß § 3 Abs. 1 BauGB) Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung wurde vom 01.07.2019 bis zum 12.07.2019 durchgeführt und am 29.06.2019 ortsüblich bekanntgemacht. Die Unterlagen lagen bei der Arbeitsgruppe Stadtplanung zur Einsicht und Erörterung bereit und wurden zudem im Internet bereitgestellt.		Beteiligung der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange (gemäß § 4 Abs. 2 BauGB) Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 10.05.2021 über die öffentliche Auslegung informiert und zur Abgabe ihrer Stellungnahme bis zum 25.06.2021 aufgefordert.		Bekanntmachung der FNP-Änderung und Inkrafttreten Die mit Verfügung vom genehmigte Änderung des Flächennutzungsplanes wird gemäß § 6 Abs. 5 BauGB vom Tage der ortsüblichen Bekanntmachung in der Servicestelle Bauberatung der Abteilung Bauaufsicht der Stadt Siegen zu jedermanns Einsicht bereitgehalten sowie gemäß § 6a BauGB ergänzend auch in das Internet eingestellt und über ein zentrales Internetportal des Landes zugänglich gemacht. Die ortsübliche Bekanntmachung erfolgte am	
Siegen,	Der Bürgermeister	Siegen,		Der Bürgermeister	
	I.A.			I.A.	

Rechtsgrundlagen	
Raumordnungsgesetz (ROG) in der Fassung vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), die zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 03. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2694) geändert worden ist	
Das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist	
Baunutzungsverordnung (BauNVO) , Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist	
Planzeichenverordnung 1990 (PlanzV) , Verordnung über die Ausarbeitung von Bauleitplänen und die Darstellung des Planinhaltes vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist	
Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung 2018 - BauO NRW 2018) in der Fassung vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1086) geändert worden ist	
Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) , Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3908) geändert worden ist	
Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), die zuletzt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist	
Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. September 2021 (BGBl. I S. 4458) geändert worden ist	

Übersichtsplan

Lage des Plangebietes, M 1:25.000
Quelle: Stadt Siegen

UNIVERSITÄTSSTADT
SIEGEN

101. Änderung des Flächennutzungsplans
der Stadt Siegen

Bereich "Reitstall Daub"

Gemarkung: Siegen-Breitenbach
Flure: 2 und 3
Stand: 15.02.2022

LOTH

Städtebau + Stadtplanung

Planverfasser
Loth Städtebau und Stadtplanung
Marburger Tor 4-6, 57072 Siegen
0271 - 67349477, info@loth-se.de

Begründung
zur
101. Änderung des Flächennutzungsplans
der Stadt Siegen
im Stadtteil Breitenbach



Universitätsstadt Siegen

AG Stadtplanung

Stand: 15.02.2022



Erarbeitet im Auftrag von Dietmar Daub, Vorhabenträger,
Februar 2022



Marburger Tor 4 - 6

57072 Siegen

Tel. 0271 - 67349477

E-Mail: loth@loth-stadtentwicklung.de

www.loth-stadtentwicklung.de

Titelbild: Auszug aus dem aktuellen Flächennutzungsplan der Universitätsstadt Siegen

1. Einleitung	1
1.1. Anlass und Erfordernis der Änderung	1
1.2. Lage und Abgrenzung des Plangebiets	1
1.3. Ziel und Zweck der Flächennutzungsplanänderung	3
1.4. Verfahren	4
2. Ausgangssituation	4
2.1. Stadträumliche Einbindung	4
2.2. Verkehrerschließung und -anbindung	5
2.3. Weitere relevante Inhalte	5
2.4. Aktuelles Planungsrecht	7
3. Städtebauliche Konzeption	13
3.1. Angestrebte Nutzung der Bebauungsplanung	14
3.2. Erschließung	15
3.3. Ver- und Entsorgung	15
4. Planinhalte und Festsetzungen	16
5. Anpassung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung	18
6. Auswirkungen der Planung	20
6.1. Planungs- und Standortalternativen	20
6.2. Angemessenheit der Planung	21
6.3. Natur, Landschaft, Umwelt	21
6.4. Verkehr	22
6.5. Städtebauliche Kenndaten	22
6.6. Kosten und Finanzierung	23
7. Umweltbelange	23
7.1. Artenschutz	23
7.2. Ausgleichsmaßnahmen	24
7.3. Kompensation des Eingriffs	24

8. Hinweise	24
9. Rechtsgrundlagen	27
10. Anlagen	28

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Verortung des Plangebietes	2
Abbildung 2: Schrägluftbild (Quelle Stadt Siegen)	2
Abbildung 3: Geltungsbereich der FNP Änderung	3
Abbildung 4: LEP NRW, Ausschnitt Siegen (Quelle: Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen, Fassung von 2017, geändert 2019, Erläuterungskarte 1, Auszug)	7
Abbildung 5: Auszug aus dem Regionalplan Arnsberg, Oberbereich Siegen	9
Abbildung 6: Legende des Regionalplans Arnsberg, Oberbereich Siegen aus dem Jahr 2008	9
Abbildung 7: Regionalplan Arnsberg, Räumlicher Teilplan Märkischer Kreis, Kreis Olpe, Kreis Siegen-Wittgenstein im Entwurf	10
Abbildung 8: Ausschnitt aus dem Flächennutzungsplan mit Geltungsbereich	11
Abbildung 9: Legende zum Flächennutzungsplan der Universitätsstadt Siegen	11
Abbildung 10: Auszug aus der Entwicklungskarte des Landschaftsplans der Stadt Siegen, Stand: 2008	12
Abbildung 11: Auszug aus der Festsetzungskarte 2, Pflege und Entwicklungsmaßnahmen des Landschaftsplans der Universitätsstadt Siegen, Stand: 2008	12
Abbildung 12: Städtebaulicher Entwurf in der Fassung vom 15.03.2020	13
Abbildung 13: Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“, Stand 07.02.2021	14
Abbildung 14: 101. Änderung des Flächennutzungsplans, Stand 15.02.2021	17
Abbildung 15: Legende zur 101. Änderung des Flächennutzungsplans	17

1. Einleitung

Die 101. Änderung des Flächennutzungsplanes resultiert aus der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 431 „Reitstall Daub“. Durch den Bebauungsplan soll die planungsrechtliche Situation angepasst und somit der Betriebsfortbestand inklusive zukünftiger Betriebserweiterungen für die Zukunft gesichert werden. Aufgrund abweichender Festsetzungen kann der Bebauungsplan nicht gemäß § 8 Abs. 2 BauGB aus dem rechtskräftigen Flächennutzungsplan (FNP) entwickelt werden. Daher ist eine Änderung des Flächennutzungsplans erforderlich. Die Änderung des Flächennutzungsplanes bildet die Voraussetzung für die Aufstellung des Bebauungsplanes, der die wesentlichen Belange nach dem Baugesetzbuch und insbesondere die umweltrelevanten Aspekte berücksichtigt und für die Umsetzung bestimmt.

1.1. Anlass und Erfordernis der Änderung

Der Reitstall Daub entfaltet mit seinem breiten Angebot eine überörtliche Bedeutung als Reitsportanlage und leistet als Wirtschafts- und Freizeitstandort einen Beitrag für die Stadt Siegen. In den letzten Jahren sind stetig Erweiterungen und Anpassungen an den Betriebsanlagen vorgenommen worden. Hierbei war aufgrund der planungsrechtlichen Situation des Hofes, d. h. der Lage im sogenannten Außenbereich, für jedes einzelne Vorhaben ein aufwendiges Genehmigungsverfahren erforderlich. Um die wirtschaftliche Existenz des Betriebes nicht zu gefährden und für die Zukunft zu sichern, besteht daher Handlungsbedarf. Durch die Bebauungsplanung soll die planungsrechtliche Situation des Betriebsgeländes „Reitstall Daub“ angepasst werden, so dass die Fortführung und zukünftige Entwicklung des Betriebes planungsrechtlich gewährleistet werden kann.

Im gültigen Flächennutzungsplan (FNP) der Stadt Siegen ist das Plangebiet als Flächen für Land- und Forstwirtschaft mit der Festlegung als Freiraumfunktion „Erholungsbereich“ dargestellt. Grundsätzlich entspricht diese Nutzung der aktuellen Bodennutzung, jedoch soll im Bebauungsplan der Betriebsbereich als Sonstiges Sondergebiet für „Landwirtschaft und Pferdehaltung“ ausgewiesen werden. Dieses Baugebiet weicht von der Darstellung des Flächennutzungsplans ab, so dass eine Änderung erforderlich wird. Der FNP wird daher im Parallelverfahren gem. § 8 Abs. 3 BauGB als 101. Änderung entsprechend den Vorgaben der Regional- und Landesplanung angepasst.

1.2. Lage und Abgrenzung des Plangebiets

Das Plangebiet liegt im Außenbereich östlich der Großstadt Siegen und zählt zum Stadtteil Breitenbach, Gemarkung Siegen-Breitenbach, Flur 2 und 3. Es befindet sich ca. 4 km nord-östlich des Siedlungsbereichs zum Stadtteil Kaan-Marienborn und ca. 7 km östlich der Stadtteilmitte von Siegen-Weidenau. Das Gebiet, welches sich östlich des Siegener Stadtteils Breitenbach auf einer Anhöhe zwischen den Gewässern Breitenbach und Feuersbach befindet, liegt auf einer Höhe von ungefähr 410 m ü. NHN und etwa 250 m vom Hauptort Breitenbachs entfernt. Das Plangebiet ist umgeben von landwirtschaftlichen Flächen und Wald.

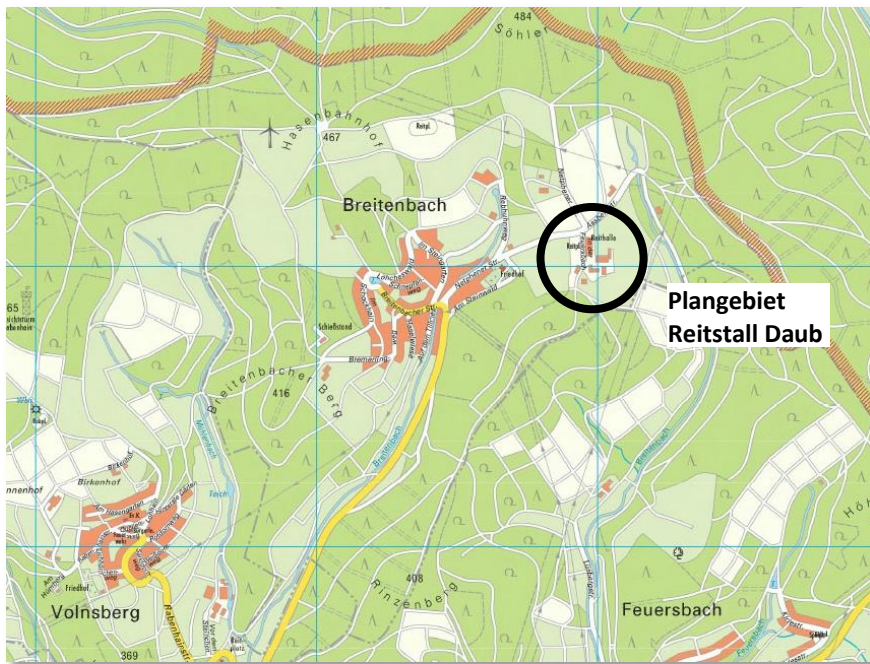


Abbildung 1: Verortung des Plangebietes
(Quelle: Stadt Siegen)

Das Plangebiet erstreckt sich über die Flächen des Reitstalls Daub, welche sich im privaten Eigentum befinden und über öffentliche Verkehrsflächen erschlossen sind. Im Norden wird das Plangebiet durch die „Netphener Straße“ (K 7) und der „Assbergstraße“ begrenzt. Die Anbindung erfolgt über die bestehende Straße „In der Feuersbach“, die durch das Plangebiet verläuft. Naturräumlich grenzt das Plangebiet im Westen und Osten an dem Betrieb zugehörige private Weide- und Wiesenflächen an. Im Süden schließt der Geltungsbereich an städtische Forstflächen an.



Abbildung 2: Schrägluftbild (Quelle Stadt Siegen)

Der etwa 5,7 ha große Geltungsbereich umfasst in der Gemarkung Breitenbach die Flurstücke 37, 38, 65 und 66 (teilweise) der Flur 2 sowie die Flurstücke 57 (teilweise), 153, 154 (teilweise) und 215 (teilweise) der Flur 3.

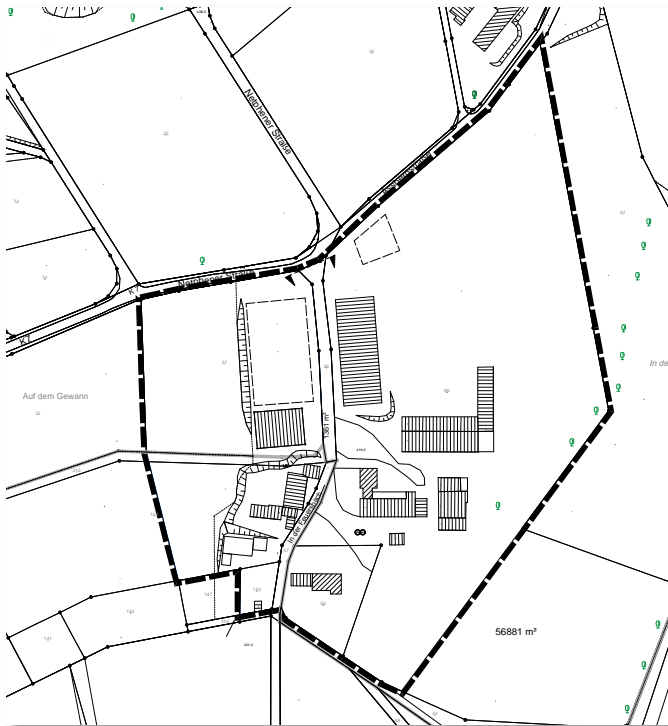


Abbildung 3: Geltungsbereich der FNP Änderung

(Quelle: Loth Stadtplanung auf Grundlage des amtlichen Liegenschaftskatasters (ALKIS) aus tim-online.nrw.de)

1.3. Ziel und Zweck der Flächennutzungsplanänderung

Mit der 101. Änderung des Flächennutzungsplanes der Universitätsstadt Siegen im Bereich „Reitstall Daub“ wird die Voraussetzung zur Schaffung von Planungsrecht nach § 30 BauGB (Zulässigkeit von Vorhaben im Geltungsbereich eines Bebauungsplans) geschaffen. Der Bereich soll zukünftig als Sonstiges Sondergebiet für „Landwirtschaft und Pferdehaltung“ mit der Zweckbestimmung „Reiterhof mit ergänzenden Nutzungen“ ergänzt mit Flächen für die Landwirtschaft ausgewiesen werden. Durch die Änderung wird der Flächennutzungsplan an die im Bebauungsplan „Reitstall Daub“ vorgesehenen Planungsziele angepasst. Diese sind:

- Sicherung des Betriebsfortbestandes sowie die Ermöglichung von zukünftigen Betriebserweiterungen
- Schaffung von einem Sondergebiet für landwirtschaftliche Nutzung mit der Hauptnutzung Pferdehaltung / Reiten und ergänzenden Nutzungen
- Erweiterung bereits vorhandener landwirtschaftlich geprägter Strukturen
- Sicherung von artgerechter Tierhaltung
- Aufrechterhaltung von marktfähigen Angeboten
- Schaffung bedarfsgerechten Wohnraums für einen zukunftsfähigen Betriebsfortbestand
- Ergänzung durch untergeordnete, dem landwirtschaftlichen Betrieb funktional zugeordnete, gastronomische und fremdenverkehrliche Angebote (Ferienwohnungen)

1.4. Verfahren

Mit der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 431 „Reitstall Daub“ wird gleichzeitig auch die 101. Änderung des Flächennutzungsplans im sogenannten „Parallelverfahren“ gemäß § 8 Abs. 3 BauGB aufgestellt. Der Aufstellungsbeschluss für die FNP-Änderung wurde am 21.11.2018 gefasst. Im Weiteren wurde die frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung vom 01.07.2019 bis zum 12.07.2019 durchgeführt. Die öffentliche Auslegung und formelle Beteiligung fand vom 17.05.2021 bis zum 25.06.2021 statt. Insbesondere aus der frühzeitigen Beteiligung gingen Anregungen hervor, die zu Anpassungen der Vorentwurfs-Planung geführt haben. Aus der öffentlichen Auslegung gingen keine relevanten Anpassungen hervor, es wurden lediglich redaktionelle Anpassungen bzw. Klarstellungen in den Planunterlagen (Planzeichnung, Begründung und Gutachten) vorgenommen. Sofern kann der Satzungs- bzw. Feststellungsbeschluss gefasst werden. Hiernach erfolgt die Genehmigung des Flächennutzungsplan durch die Regionalplanbehörde, die Bezirksregierung Arnsberg.

2. Ausgangssituation

Die aktuelle Situation des Betriebshofes stellt sich mit mehreren baulichen Anlagen wie folgt dar: Pferdestallungen, Reithalle sowie Nebengebäude zur Unterbringung landwirtschaftlicher Geräte und Betriebswohnhäuser. Das landschaftstypische Umfeld wird durch Weideflächen, Wiesen und Gehölzbereiche geprägt. Darüber hinaus finden sich auf dem Hof Grünbereiche, wie beispielsweise eine prägende einseitige Baumreihe aus Mammut-Bäumen im Bereich der Hofeinfahrt zwischen Reithalle und Reitplatz. Das gesamte Gelände mit den umliegenden Wiesen und Weiden befindet sich auf einer Kuppe und ist Richtung Osten und Westen topographisch abfallend.

Etwa ein Drittel des Plangebiets sind heute versiegelt, wovon rund 40 % bebaut sind und die restlichen Flächen den untergeordneten Funktionen des Reitbetriebs, beispielsweise als Reitplatz, Anhängerstellplätze, Silo-Lagerflächen, Zuwegungen, Paddock oder Offenstallbereiche zugeordnet sind. Über zwei Drittel des Plangebiets sind dementsprechend unversiegelt bzw. wassergebunden, wobei die Hälfte als Weideland dient, das als Anbaufläche für Heu bzw. Pferdefutter für den Betriebsfortbestand unerlässlich ist.

2.1. Stadträumliche Einbindung

Das Plangebiet befindet sich im Stadtteil Breitenbach und liegt etwa 250 m östlich von dessen Siedlungsrand entfernt. Der Stadtteil Breitenbach liegt peripher am östlichen Rand des Siegener Stadtgebietes auf einer Höhe von ca. 350 bis 400 Meter ü. NHN. Breitenbach selbst ist von Bergen umgeben, die u.a. Höhen bis zu 490 m ü. NHN aufweisen. Der Stadtteil ist landwirtschaftlich geprägt. Mehrere Hofstellen befinden sich in Breitenbach, teils im Haupterwerb teils im Nebenerwerb. Ca. 330 Einwohner umfasst Breitenbach aktuell, wobei sich die Einwohnerzahlen in den letzten Jahren auf diesem Niveau stabilisierten, gegenüber den 1990er Jahren aber einen Verlust von ca. 15 % bedeuten.

Das Plangebiet liegt auf einer Anhöhe zwischen den Gewässern „Breitenbach“ und „Feuersbach“ auf ungefähr 410 m ü. NHN. Das Umfeld des Hofes ist durch landwirtschaftlich genutzte Flächen und Waldflächen (Forstwirtschaft) geprägt. In der Nachbarschaft befinden sich im Norden zwei kleinere Wohnsiedlungen im Abstand von ca. 250 Metern.

2.2. Verkehrserschließung und -anbindung

Hauptverkehrsachsen und Motorisierter Individualverkehr (MIV)

Die Hauptverkehrsverbindung in Breitenbach bildet die „Breitenbacher Straße“ (K 7), welche den Stadtteil Breitenbach mit dem überörtlichen Straßennetz in Kaan-Marienborn über „Hauptstraße“ (L 719) verbindet. Zwar endet die K 7 in Breitenbach, jedoch knüpft diese an die das Plangebiet erschließende „Netphener Straße“ an. Somit ist das Plangebiet an das örtliche und überörtliche Straßenverkehrsnetz angebunden. Es führen keine weiteren Hauptverkehrsstraßen in den Stadtteil Breitenbach. Von der „Netphener Straße“ aus zweigt die Ortsstraße „In der Feuersbach“ ab und erschließt den Betriebshof im Inneren.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Der öffentliche Personennahverkehr bedient den peripher gelegenen Stadtteil Breitenbach mit der Buslinie C 109, die den Ort in einer stündlichen Taktung anfährt. In den Randzeiten ist die Anbindung mit dem ÖPNV nicht gegeben. Es gibt die Möglichkeit einen TaxiBus zu bestellen.

Fuß- und Radwegeverkehr

Durch Breitenbach und am Reitstall Daub vorbei führen lokale Radrouten, so von Kaan-Marienborn nach Netphen-Deuz bzw. Feuersbach. Der Fußverkehr innerhalb des Plangebiets erfolgt über die öffentliche Verkehrsfläche. Straßenbegleitende Gehwege sind nicht vorhanden.

2.3. Weitere relevante Inhalte

Städtebau

Die Hofstelle setzt sich überwiegend aus landwirtschaftlich genutzten Haupt- und Nebengebäuden zusammen. Die Reithalle und Stallgebäude sind eingeschossig und mit Satteldach errichtet. Die Nebengebäude, teilweise mit Flachdach, fügen sich durch ihre an die Hauptgebäude orientierte Bauweise (u.a. durch das Baumaterial, Fassadengestaltung, etc.) verträglich in die bestehenden Strukturen ein. Ebenso finden sich drei Wohngebäude auf dem Gelände, ebenfalls mit Satteldach und ein- bzw. zweigeschossiger Bauweise. Die Wohngebäude werden von den Betreibern des Reitstalls und deren Familienangehörigen selbst bewohnt.

Landschaftsbild

Das Plangebiet ist Bestandteil eines Wald-Offenland-Mosaiks. Der ehemalige Aussiedlerhof ist kontinuierlich gewachsen und zeigt trotz ergänzender Bebauung und veränderter Hauptnutzung noch heute den Charakter einer lockeren Hofstelle. Die Gebäude sind in ihrer Größe, Form und Gestaltung ländlich bzw. regionaltypisch er-

richtet und fügen sich in das Landschaftsbild ein. Dies liegt insbesondere an den Satteldächern und angemessenen Höhen der baulichen Anlagen und kommt der Kuppenlage entgegen. Großzügige Grünflächen verstärken diesen landschaftlichen Charakter der Hofstelle. Der Siedlungsbereich wird durch Gehölze und Grünflächen ergänzt, u.a. durch die straßenbegleitende einseitige Baumreihe und inneren Grünbereiche. Insgesamt fügt sich die Hofstelle mit den umgebenden Weideflächen in das vorhandene Landschaftsbild ein.

Gewässer

In den Tälern im Osten und im Westen des Plangebiets liegen das Gewässer „Feuersbach“ und „Breitenbach“. Im Plangebiet befinden sich keine Gewässer oder Schutzgebiete nach der Definition des Wasserrechts. Es sind keine grundwasserabhängigen Ökosysteme betroffen.

Klima

Lokalklimatisch hat der Standort Bedeutung als Kaltluftentstehungsgebiet. Die von der Erweiterung betroffenen Grünlandbereiche haben Bedeutung als Kaltluftentstehungsgebiet. Der Abfluss erfolgt nach Osten und Westen in die anschließenden Tallagen bzw. in die Ortslage von Breitenbach. Der Kaltluftabfluss ist durch Gehölze und Waldbereiche jedoch nicht uneingeschränkt.

Im Plangebiet treten v.a. Emissionen durch landwirtschaftliche Nutzung sowie Energie- und Wärmeversorgung auf. Eine spürbare bzw. relevante Einwirkung / Verschlechterung des örtlichen Klimas durch die Planung ist nicht zu erwarten. Das Klimageschehen in Breitenbach wird auch zukünftig weitestgehend von den Freiflächen des Außenbereiches bestimmt.

Bergbau

Die vorbezeichnete Planmaßnahme befindet sich über dem auf Eisen-, Blei-, Kupfer- und Zinkerz verliehenen, inzwischen erloschenen Bergwerksfeld „Birkhahn“. Die letzte Eigentümerin dieses Bergwerksfeldes ist nach meinen Erkenntnissen nicht mehr erreichbar. Eine entsprechende Rechtsnachfolgerin ist nicht bekannt. Ausweislich der derzeit vorliegenden Unterlagen ist im Bereich des Plangebietes kein Abbau von Mineralien dokumentiert. Danach ist mit bergbaulichen Einwirkungen nicht zu rechnen. Im detaillierteren Behördenauskunftssystem sind im Geltungsbereich keine bergbaulichen Aktivitäten verzeichnet.

Denkmalschutz und Denkmalpflege

Baudenkmäler

Im Plangebiet befinden sich keine Baudenkmäler bzw. Objekte des städtischen Kulturgutverzeichnisses, die noch auf ihren eventuellen Denkmalwert zu prüfen sind.

Bodendenkmäler

Bei den Flächen im Geltungsbereich handelt es sich um landwirtschaftlich bewegte Böden. Sie wurden in der Vergangenheit als Ackerflächen mit einer Bewirtschaftung des Oberbodens bis in ca. 50 cm Tiefe genutzt. Bisher sind im Plangebiet selbst keine Funde aufgetreten, jedoch in der Umgebung des Plangebietes sind Bergbaurelikte und zudem auch Verhüttungsplätze, steinzeitliche, mesolithische, neolithische sowie

neuzeitliche Lesefundstellen und eine Lesefundstelle unbestimmter Zeitstellung bekannt (siehe Lageplan der Untere Denkmalbehörde nachfolgend).

Das Plangebiet befindet sich im Kulturlandschaftsbereich KLB A 31.3 „Steinzeitliche Fundstellenregion und Montanlandschaft Siegerland“.

2.4. Aktuelles Planungsrecht

Raumordnung und Landesplanung

Nach § 1 Abs. 4 Baugesetzbuch (BauGB) sind Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung anzupassen. Auf der Landesebene werden durch den Landesentwicklungsplans NRW Vorgaben bezüglich der Siedlungsentwicklung getroffen, die auf der Ebene der Regional- und kommunalen Bauleitplanung zu beachten sind. Unter anderem wird, um eine nachhaltige, umweltgerechte und den siedlungsstrukturellen Erfordernissen Rechnung tragende Entwicklung der Raumnutzung zu gewährleisten, das Land in Gebiete unterteilt, die vorrangig Siedlungsfunktionen (Siedlungsraum) oder vorrangig Freiraumfunktionen (Freiraum) erfüllen bzw. erfüllen sollen. Der Geltungsbereich des Bebauungsplans liegt in dem o.g. Freiraum. Nach dem Ziel 2.3 können ausnahmsweise im regionalplanerisch festgelegten Freiraum Bauflächen und -gebiete dargestellt und festgesetzt werden, wenn es sich um angemessene Erweiterungen oder Nachfolgenutzungen vorhandener Betriebsstandorte oder um eine Betriebsverlagerung zwischen benachbarten Ortsteilen handelt.

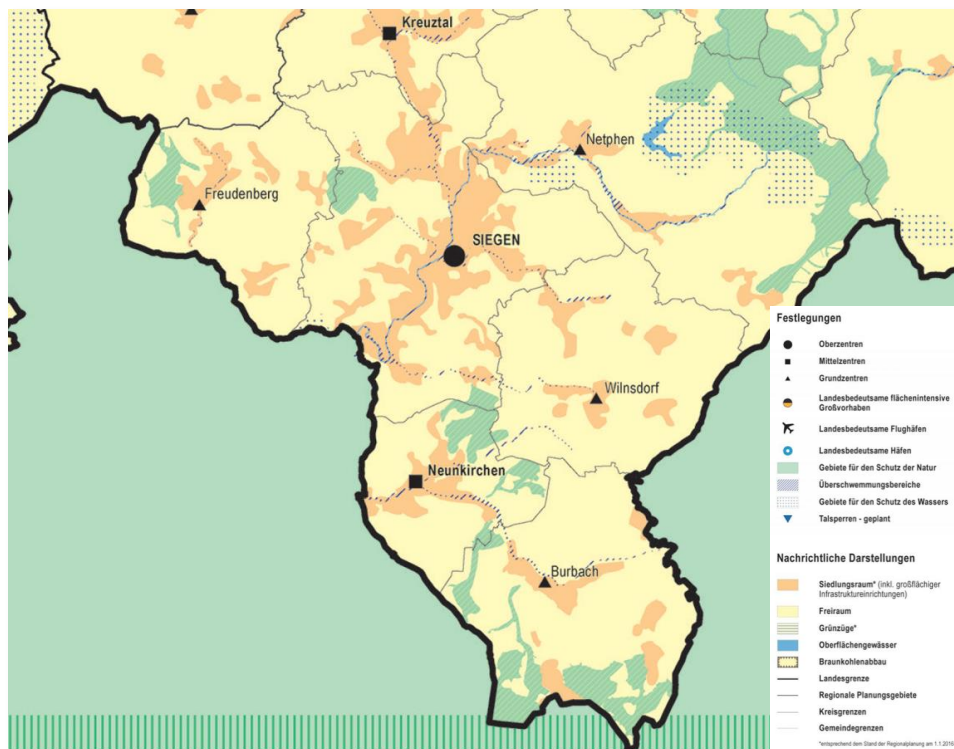


Abbildung 4: LEP NRW, Ausschnitt Siegen (Quelle: Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen, Fassung von 2017, geändert 2019, Erläuterungskarte 1, Auszug)

Neben der im Ziel 2-3 genannten Ausnahmeregelung für vorhandene Betriebe oder Betriebsverlagerungen gelten nach dem Ziel 2.4. für die in kleinen Ortsteilen ansässigen Betriebe, z.B. der Land- und Forstwirtschaft, des Handwerks sowie für Gewerbe,

dass Erweiterungen am Standort oder Betriebsverlagerungen innerhalb des Ortsteils, z.B. aus der Ortsmitte an den Ortsrand, regelmäßig möglich sind. Die durch die Planung angestrebte Zielsetzung, den Betriebsbereich planungsrechtlich zu sichern und angemessene Erweiterungen zu ermöglichen, entspricht insoweit den o.g. Zielsetzungen des LEP.

Die mit dem Bebauungsplan ermöglichte Siedlungsentwicklung entspricht dem tatsächlichen Bedarf an Erweiterungsmöglichkeiten für den wirtschaftlichen Erhalt und die Fortführung des Betriebs Reiterhof Daub. Gleichzeitig wird der Standort gestärkt und gesichert. Die damit verbundene Änderung des FNP dient also einer angemessenen und dem Ziel 6.1-1 flächensparenden und bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung für vorhandene Betriebe.

Regionalplan

Nach § 1 Abs. 4 Baugesetzbuch (BauGB) sind Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung anzupassen. Auf der regionalplanerischen Ebene werden durch den Regionalplan Arnsberg, Teilabschnitt Oberbereich Siegen (Kreise Olpe und Siegen-Wittgenstein Vorgaben bezüglich der Siedlungsentwicklung getroffen.

Der wirksame Regionalplan für den Regierungsbezirk Arnsberg – Teilabschnitt Oberbereich Siegen (Kreis Siegen-Wittgenstein und Kreis Olpe) – Genehmigung der Fortschreibung vom 20.11.2007, Bekanntmachung der Genehmigung am 12.03.2008 (GV.NRW. 2008 S.160) - stellt das Plangebiet größtenteils als Fläche für allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche dar. Ein kleiner Teil im Südwesten des Plangebiets ist als Waldbereich gekennzeichnet. Zudem liegt das Gebiet im Bereich der Freiraumfunktion „Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung“. Die Flächen des Reitstalls Daub sollen weiterhin Freiraum- und Agrarflächen bleiben und dienen dem Hauptzweck der landwirtschaftlichen Nutzung. Hinsichtlich der Betriebsflächen wird eine angemessene Erweiterung unter Hinzunahme untergeordneter, sog. nachgezoGENER Nutzungen, angestrebt (siehe hierzu Kapitel 6.2. Angemessenheit der Planung).

Mit den Festsetzungen im Bebauungsplan wird eine nachhaltige Siedlungsentwicklung und möglichst geringe Inanspruchnahme von Freiraum verfolgt. Es wird dem Ziel 1 des Regionalplans, Ziel 1 (1) „Dem Leitbild einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung ist auf gemeindlicher Ebene Rechnung zu tragen...“ und dem Ziel 1 (2) „Sie [die Flächeninanspruchnahme] muss flächensparend und umweltschonend erfolgen.“ Dem Erhalt besonderer Landschaftsbilder und der Schutzfunktion für Lebensräume für Pflanzen und Tiere wird durch die Festsetzungen, u.a. der bebaubaren Flächen, entsprochen (Ziel 3 und Ziel 13 des Regionalplans). Die angestrebte Nutzung des Bebauungsplanes Nr. 431 entspricht also insgesamt den Zielen 1 (1), 1 (2), 3 und 13 des Regionalplans.



Abbildung 5: Auszug aus dem Regionalplan Arnsberg, Oberbereich Siegen aus dem Jahr 2008

REGIONALPLAN REGIERUNGSBEZIRK ARNSBERG TEILABSCHNITT OBERBEREICH SIEGEN

Zeichenerklärung

- | | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 1. Siedlungsraum
Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB)
ASB für zweckgebundene Nutzungen, u.a.:
Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen
Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB), u.a.:
Abfallbehandlungsanlagen
GIB für zweckgebundene Nutzungen | 3. Verkehrsinfrastruktur
Straßen unter Angabe der Anschlussstellen
Straßen für den vorwiegend großräumigen Verkehr
Bestand, Bedarfsplanmaßnahmen
Straßen für den vorwiegend überregionalen und regionalen Verkehr
Bestand, Bedarfsplanmaßnahmen
Bedarfsplanmaßnahmen ohne räumliche Festlegung
Sonstige regionalplanerisch bedeutsame Straßen
Bestand und Planung
Schienenwege unter Angabe der Haltepunkte
Schienenwege für den überregionalen und regionalen Verkehr
Bestand, Bedarfsplanmaßnahmen
Haltepunkt überregionaler Verkehr
Flugplätze |
| 2. Freiraum
Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche
Waldbereiche
Oberflächengewässer
Freiraumfunktionen
Schutz der Natur
Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung | |

Abbildung 6: Legende des Regionalplans Arnsberg, Oberbereich Siegen aus dem Jahr 2008

ENTWURF des Regionalplans

Der Regionalplan Arnsberg – Räumlicher Teilplan Märkischer Kreis, Kreis Olpe und Kreis Siegen-Wittgenstein – wird derzeit neu aufgestellt.

Der Regionalplan im Entwurf (Stand für das Beteiligungsverfahren vom 29. Januar bis 30. Juni 2021) stellt das gesamte Plangebiet als Fläche für allgemeine Freiraum und Agrarbereiche dar. Die Ausweisung des als Wald ausgewiesenen Teilbereichs im Südwesten entfällt im Entwurf. Das Gebiet liegt weiterhin im Bereich der Freiraumfunktion „Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung“.

Gegenüber dem aktuell rechtswirksamen Regionalplan wird mit dem Entwurf des Regionalplans der östliche Teil des Geltungsbereichs des Bebauungsplans Nr. 431 vom „Bereich für den Schutz der Natur“ (BSN) Nr. 166 „Weißbachtal mit Nebentälern“ tangiert bzw. der BSN grenzt an die bestehende Bebauung des Reitstalls Daub an. Der Bereich umfasst als wesentliche Teile unter anderem Feucht- und Nassgrünland, Nieder- und Mittelwälder, eutrophe Stillgewässer und Quellen und Quellbäche. Das Tal des Feuersbachs soll somit als Nebental des Weißbachtals geschützt werden. Das Plangebiet des Bebauungsplans liegt auf der Geländekuppe oberhalb des Tals des Feuersbachs und besitzt durch die Beibehaltung der landwirtschaftlichen Nutzung im überlagerten Bereich voraussichtlich keine negativen Auswirkungen auf den Bereich für den Schutz der Natur Nr. 166.

Die Ziele der Raumordnung stehen demnach aktuell sowie auch zukünftig (entsprechend des Entwurfes) der Bebauungsplanung nicht entgegen. Laut der Stellungnahme von 26.03.2021 der Bezirksregierung Arnsberg bestehen auch keine landesplanerischen Bedenken.

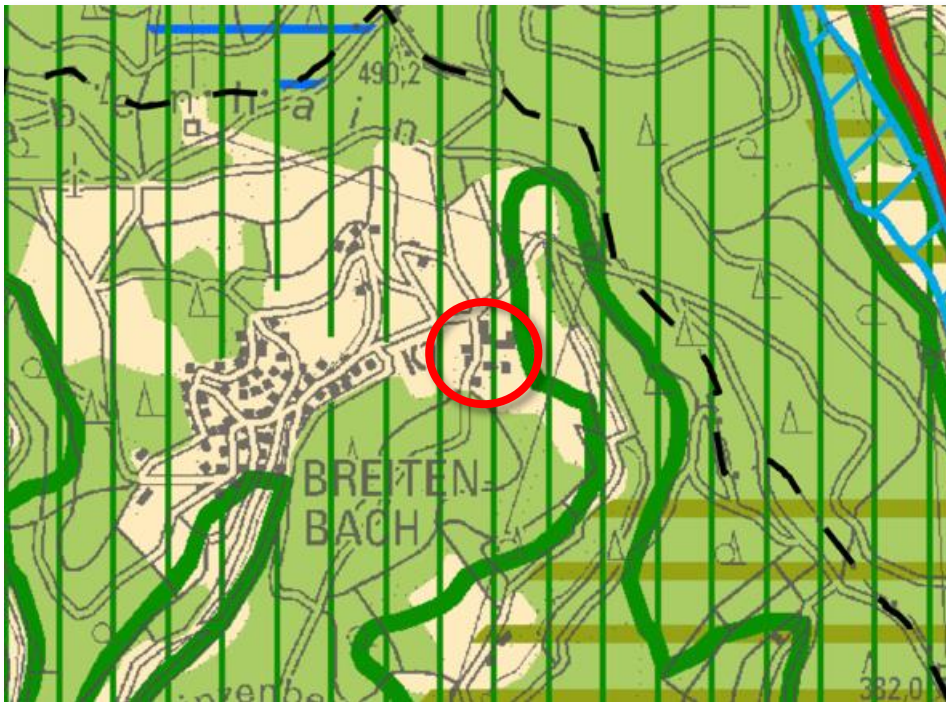


Abbildung 7: Regionalplan Arnsberg, Räumlicher Teilplan Märkischer Kreis, Kreis Olpe, Kreis Siegen-Wittgenstein im Entwurf

(Stand für das Beteiligungsverfahren vom 29. Januar bis 30. Juni 2021)

Bisherige Darstellungen des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen

Der Flächennutzungsplan (FNP) der Universitätsstadt Siegen aus dem Jahr 1980 stellt als „vorbereitender Bauleitplan“ die Grundzüge der Art der Bodennutzung für das gesamte Stadtgebiet dar. Im derzeit rechtskräftigen Flächennutzungsplan wird für den Planbereich im Wesentlichen dargestellt:

- Flächen für die Landwirtschaft gemäß §5 Abs. 2 Nr. 9 BauGB
- Flächen für Forstwirtschaft (Wald) gemäß §5 Abs. 2 Nr. 9 BauGB

Zudem wird das gesamte Plangebiet als Bereich für Erholung gekennzeichnet.

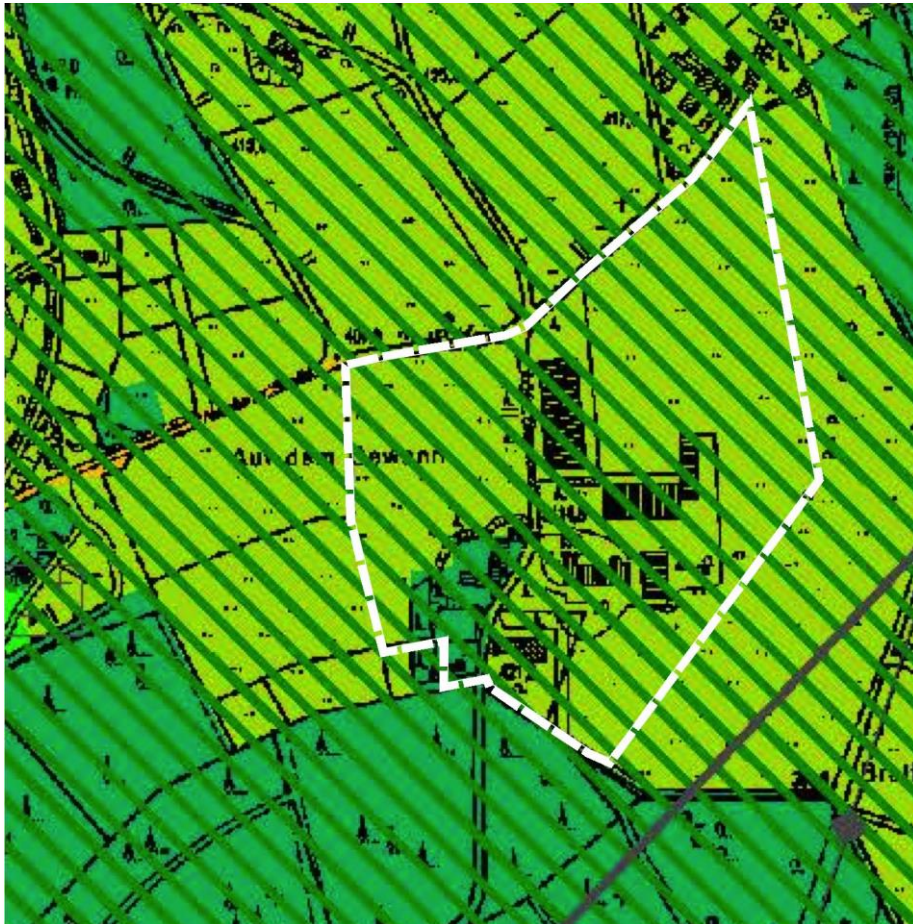
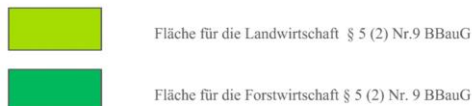


Abbildung 8: Ausschnitt aus dem Flächennutzungsplan mit Geltungsbereich

Flächen für die Landwirtschaft und für die Forstwirtschaft



III. Ergänzende Darstellungen



Abbildung 9: Legende zum Flächennutzungsplan der Universitätsstadt Siegen

Sonstige städtebaulich relevante formelle und informelle Planungen

Naturschutzrechtliche Regelungen

Landschaftsplan der Stadt Siegen

Durch die Außenbereichslage befindet sich der Reiterhof im Geltungsbereich des Landschaftsplanes für die Stadt Siegen. In der behördenverbindlichen Entwicklungskarte des Landschaftsplanes ist der Großteil des Plangebiets als Fläche zur „Erhaltung“ und zwei kleinere Teilflächen zur „Wiederherstellung“ gekennzeichnet. Hierbei handelt es sich laut Festsetzungskarte 2 mit Pflege und Entwicklungsmaßnahmen, um die Umwandlung von Nadelholzbeständen in Grünland“. Zusätzlich ist die Anpflanzung von je einer Baumreihen östlich und westlich der Reithalle vorgesehen. Es bestehen keine gesetzlich geschützten Bereiche im Plangebiet.

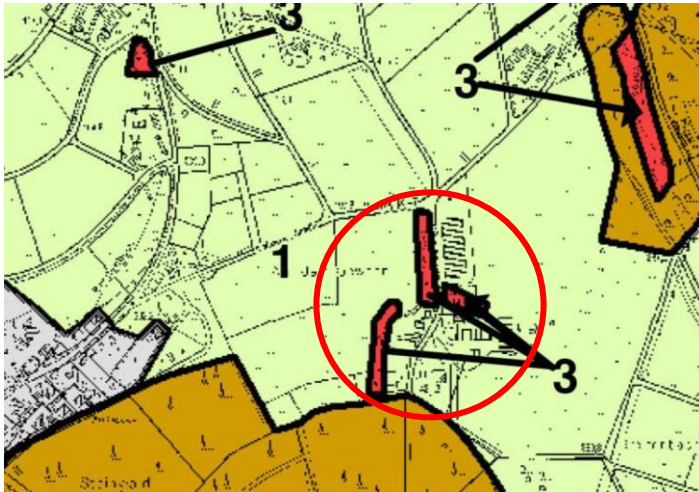


Abbildung 10: Auszug aus der Entwicklungskarte des Landschaftsplans der Stadt Siegen, Stand: 2008

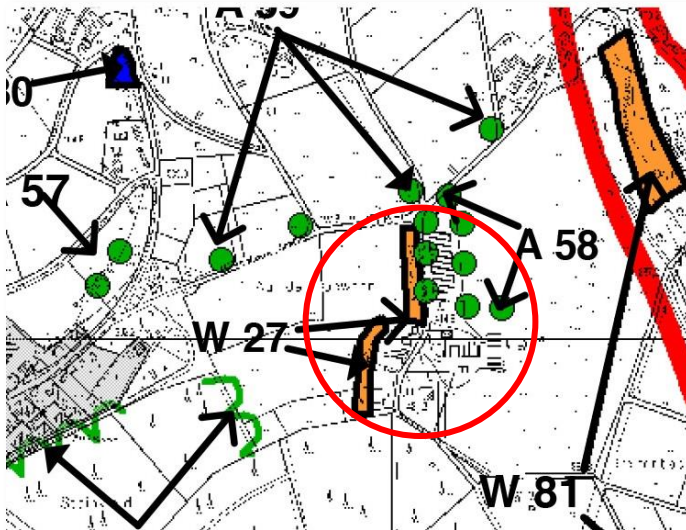


Abbildung 11: Auszug aus der Festsetzungskarte 2, Pflege und Entwicklungsmaßnahmen des Landschaftsplans der Universitätsstadt Siegen, Stand: 2008

Zeichenerklärung:	Zeichenerklärung:
Pflanzgebiet (gleich Gemeindegebiet, Stadt Siegen)	Pflanzgebiet (gleich Gemeindegebiet, Stadt Siegen)
Fläche außerhalb des räumlichen Geltungsbereiches	Fläche außerhalb des räumlichen Geltungsbereiches
Entwicklungsziele	Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen gem. § 26 LG
1 Erhaltung	Raum für Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen 2.2.1 - 2.2.6
2.1 Anreicherung nicht bewaldeter Bereiche	Anpflanzungen gem. § 26 Abs. 1 Ziff. 2 LG A1 - A 83
2.2 Anreicherung innerhalb des Waldes	Anpflanzung (Baumreihe)
3 Wiederherstellung	Anpflanzung (Einzelbaum)
6 Rekultivierung	Anpflanzung (Baumgruppe)
7 Erhaltung bis zur baulichen Nutzung	Anpflanzung (Gehölzstreifen)
Vorrangzone Windkraftanlagen	Beseitigung von Fehlbestockungen gem. § 26 Abs. 2 Ziff. 1 und 5 LG
	Kat. I, Rd. Nr. W 1 - W 52 (Umwandlung von Nadelholzbeständen in Grünland)
	Kat. II, Rd. Nr. W 53 - W 109 (Umwandlung von Nadel- in Laubholzbestände)
	Kat. III, Rd. Nr. W 110 - W 116 (Umwandlung von standortfremden Laubholzbeständen)
	Maßnahmen an Teichen gem. § 26 Abs. 2 Ziff. 1 LG Rd. Nr. T 1 - T 66
	Renaturierung von Quellen und Fließgewässern gem. § 26 Abs. 2 Ziff. 1 und 2 LG Rd. Nr. G 1 - G 26
	Anlage und Entwicklung von Waldmänteln und -rändern gem. § 26 Abs. 2 Ziff. 1 LG Rd. Nr. M 1 - M 13
	Pflege von Grünlandflächen gem. § 26 Abs. 2 Ziffer 1 LG Rd. Nr. P 1 - P 34
	Rekultivierung gem. § 26 Abs. 2 Ziff. 4 LG Rd. Nr. R 1 - R 4
	sonstige Maßnahmen gem. § 26 Abs. 2 Ziff. 2 und 5 LG Rd. Nr. S 1 - S 10

Legende zu Abb. 12 „Entwicklungskarte“ und Abb. 13 „Entwicklungsmaßnahmen“

3. Städtebauliche Konzeption

Der städtebauliche Entwurf wird hauptsächlich durch die bestehende Situation im Plangebiet geprägt. Grundsätzlich soll das derzeitige Landschaftsbild mit den Gebäudestrukturen gesichert und neue bauliche Anlagen, Einrichtungen und Nutzungen, die der Zweckbestimmung „Reiterhof“ dienen, sinnvoll gesteuert werden. Im Rahmen der Variantenentwicklung zur städtebaulichen Entwicklung wurde diejenige Variante favorisiert und dem Bebauungsplan zugrunde gelegt, die sowohl den Charakter der Hofstelle aufgreift und die Topografie sowie das Landschaftsbild berücksichtigt. Der favorisierten Variante liegen zudem Aspekte zugrunde, die der Funktionalität der vorhandenen und zukünftigen Nutzungen entsprechen und dem Betriebsablauf nicht entgegenstehen. Die bauliche Hauptentwicklung findet in Zusammenhang mit dem zentralen, bereits bebauten Bereich des Reitstall Daubs statt. Ergänzt wird das Konzept durch ein Wohnhaus im Südosten des Plangebiets und einer Remise an der Assbergstraße im Nordosten. Die zukünftige bauliche Entwicklung zielt auf das Konzept einer marginalen, kleinräumigen baulichen Entwicklung ab. Sie ist insgesamt bestandsorientiert, d.h. erhält den bestehenden Charakter des Gebiets und entwickelt diesen behutsam weiter. Die Erweiterungsflächen stehen dabei in einem angemessenen Verhältnis zum Bestand (siehe Kapitel 6.2). Der Reiterhof kann sich hinsichtlich seiner bestehenden baulichen bzw. versiegelten Flächen in Zukunft maximal um etwa ein Drittel erweitern.



Abbildung 12: Städtebaulicher Entwurf in der Fassung vom 15.03.2020
(Quelle: Loth Stadtplanung)

3.1. Angestrebte Nutzung der Bebauungsplanung

Das Nutzungskonzept sieht weiterhin eine landwirtschaftliche Nutzung mit Pferdehaltung vor, die durch gastronomische und fremdenverkehrliche Angebote (Ferienwohnen) ergänzt werden soll. Die planerische Intention der FNP-Änderung wird durch den Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ gelegt, durch den langfristig Erweiterungsmöglichkeiten für den Reitbetrieb und erforderlicher Wohnraum für Betriebsangehörige geschaffen werden sollen. Zudem sollen maximal sechs Ferienwohnungen ermöglicht werden, die der Hauptnutzung funktional („Ferienwohnen mit Pferden“) zu- und untergeordnet ermöglicht werden.

Durch die Konzeption werden die vorhandenen Einrichtungen Reithalle, Ställe und deren Ergänzungen, wie Pferdeställe, Paddocks, Reit- und Bewegungshalle mit Nebengebäude mit einer zeitweisen Wohnnutzung für Reitsportbegeisterte verbunden. Darüber hinaus soll eine der landwirtschaftlichen Nutzung untergeordnete gastronomische Nutzung, ein Ausschank bzw. ein Hofcafé implementiert werden. Dieses Angebot beschränkt sich auf eine Fläche von 50 m² (Gastraum) mit maximal 40 Sitzplätzen im Außen- und Innenbereich und soll als Angebot vorrangig den Nutzern des Reiterhofs dienen.



Abbildung 13: Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“, Stand 07.02.2021
(Quelle: Loth Stadtplanung)

3.2. Erschließung

Die äußere Erschließung des Plangebiets erfolgt über die „Netphener Straße“ (K 7), welche den Reitstall Daub an die Ortsmitte Breitenbachs anbindet. Die innere Erschließung wird durch die öffentliche Straße „In der Feuersbach“ sichergestellt. Die Straße wird in der Bebauungsplanung als öffentliche Verkehrsfläche ausgewiesen. Aufgrund der Kleinräumigkeit und der nur marginal öffentlichen Erschließungsfunktion, ausschließlich des Reitstalls bzw. der südlich angrenzenden Waldfläche, ist die Straße für eine Ausweisung im FNP als Fläche für den überörtlichen Verkehr (gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 3) ungeeignet.

3.3. Ver- und Entsorgung

Abfallbeseitigung

Die Abfallbeseitigung erfolgt entsprechend den gesetzlichen Vorschriften und der Satzung über die Abfallentsorgung im Stadtgebiet Siegen.

Niederschlagswasser

Aus ökologischer Sicht wird die Speicherung und Wiedernutzung schwach belasteter Niederschlagswasser von Dach- und Terrassenflächen empfohlen. Das anfallende Oberflächenwasser wird teilweise versickert und teilweise in eine unterirdische Zisterne zur Unterhaltung der Reitanlagen eingeleitet.

Trinkwasser

Die Trinkwasserversorgung erfolgt durch die Wassergemeinschaft Breitenbach in Eigenversorgung. Der Reitstall Daub ist nicht an das Trinkwassernetz der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH angeschlossen. Für die Trinkwasserversorgung ist alternativ eine Versorgung auf Basis einer einzelfallbezogenen, vertraglichen Regelung mit den Siegener Versorgungsbetrieben GmbH möglich.

Trinkwasseranlagen einschließlich der dazugehörigen Hausinstallationen dürfen nach § 17 Abs. 2 der zurzeit gültigen Trinkwasserversorgung nicht mit den Regenwassernutzungsanlagen einschließlich ihrer Leitungen verbunden werden.

Telekommunikation

Die Versorgungsnetze für Telekommunikation sind vorhanden und grundsätzlich gesichert. Für den Ausbau der Leistungsfähigkeit ist der Telekommunikationsanbieter zuständig.

Schmutzwasser

Die Schmutzwasserentsorgung erfolgt zurzeit über eine privat unterhaltene vollbiologische Kleinkläranlage auf privater Fläche innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans. Die Kläranlage ist genehmigt und es besteht keine Anschlusspflicht an das öffentliche Kanalnetz. Die Kläranlage wird regelmäßig durch den Kreis Siegen Wittgenstein überprüft.

Durch das Inkrafttreten des Bebauungsplans entfällt der landeswasserrechtliche Ausnahmeetatbestand hinsichtlich der Kläranlagennutzung, so dass zukünftig das anfal-

lende Abwasser zentral über einen öffentlichen Kanalanschluss zu beseitigen ist. Spätestens bis zum Auslaufen der Befreiung am 30.04.2026 ist der Anschluss an das öffentliche Kanalnetz herzustellen, an den Entsorgungsbetrieb Siegen (ESi) zu übergeben und in Betrieb zu nehmen. Der Anschluss soll durch den Vorhabenträger erfolgen, wofür ein städtebaulicher Erschließungsvertrag geschlossen worden ist.

Anschluss an das öffentliche Kanalnetz

Durch die veränderte bodenordentliche Rechtslage entfällt die o.g. (Ausnahme/ Freistellung) Regelung des LWG, so dass der Reitstall Daub zukünftig an das öffentliche Kanalnetz angeschlossen werden muss. Die Verlegung des Kanals auf den im Plangebiet betroffenen Flächen erfolgt durch den Vorhabenträger, der sich verpflichtet, die Grundstücke des Plangebiets auf eigene Kosten an das öffentliche Kanalnetz anzuschließen.

Stromversorgung

Die Versorgungsnetze für Energieversorgung sind vorhanden. Die Versorgung des Gebietes erfolgt über die Westnetz GmbH in einer oberirdisch verlaufenden Leitungstrasse.

4. Planinhalte und Festsetzungen

Entsprechend den Planungszielen werden die bestehenden und geplanten Betriebsflächen als Sonstiges Sondergebiet für „Landwirtschaft und Pferdehaltung“ mit der Zweckbestimmung „Reiterhof mit ergänzenden Nutzungen“ ausgewiesen. Dadurch sollen die bestehende Nutzung und die beabsichtigten ergänzenden Nutzungen dauerhaft gesichert werden. Zwar stellt der Reitstall Daub eine landwirtschaftliche Nutzung dar, die grundsätzlich den Darstellungen des FNP entspricht, jedoch erfordert die Spezielle Nutzung, Pferdehaltung und Reitsport, eine Sondernutzung, die durch die Sondergebiets-Ausweisung im FNP und B-Plan planerisch aufgenommen wird. Die angrenzenden Freiflächen werden als „Flächen für die Landwirtschaft“ ausgewiesen. Die zukünftigen Nutzungen sollen in den Landschaftsraum verträglich eingebunden werden und für die Nutzergruppe der „Pferdehaltung“, im Speziellen der Reiter und Reitsportbegeisterten ein optimiertes Angebot darstellen.

Mit den funktional zugeordneten bzw. der Hauptnutzung untergeordneten „ergänzenden Nutzungen“ wird neben der Sicherung des Betriebsfortbestands die Möglichkeit gegeben, die vorhandenen Nutzungen sinnvoll zu ergänzen und damit (je nach wirtschaftlicher Lage) das Angebot anzupassen. Die Art der baulichen Nutzung wird in der Bebauungsplanung ausdifferenziert, sowohl hinsichtlich der zulässigen, ausnahmsweise zulässigen und unzulässigen Nutzungen und im Speziellen hinsichtlich des Maß der baulichen Nutzung.

Die Flächen für Landwirtschaft werden gemäß § 5 Abs. 2, Nr. 9 BauGB dargestellt. Die ausgewiesenen Flächen für Landwirtschaft dienen der Bewirtschaftung des Reiterhofs. Im Regionalplan (auch im Entwurf) liegt das Gebiet im Bereich der Freiraumfunktion „Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung“. Die Flächen des Reitstalls Daub sollen zukünftig Freiraum- und Agrarflächen bleiben und

dienen hinsichtlich der ausgeübten Reitnutzung dem Zweck der Erholung. Mit den Festsetzungen wird die Ausweisung der Erhaltungsfunktion „Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung“ gestärkt.

101. Änderung Flächennutzungsplan

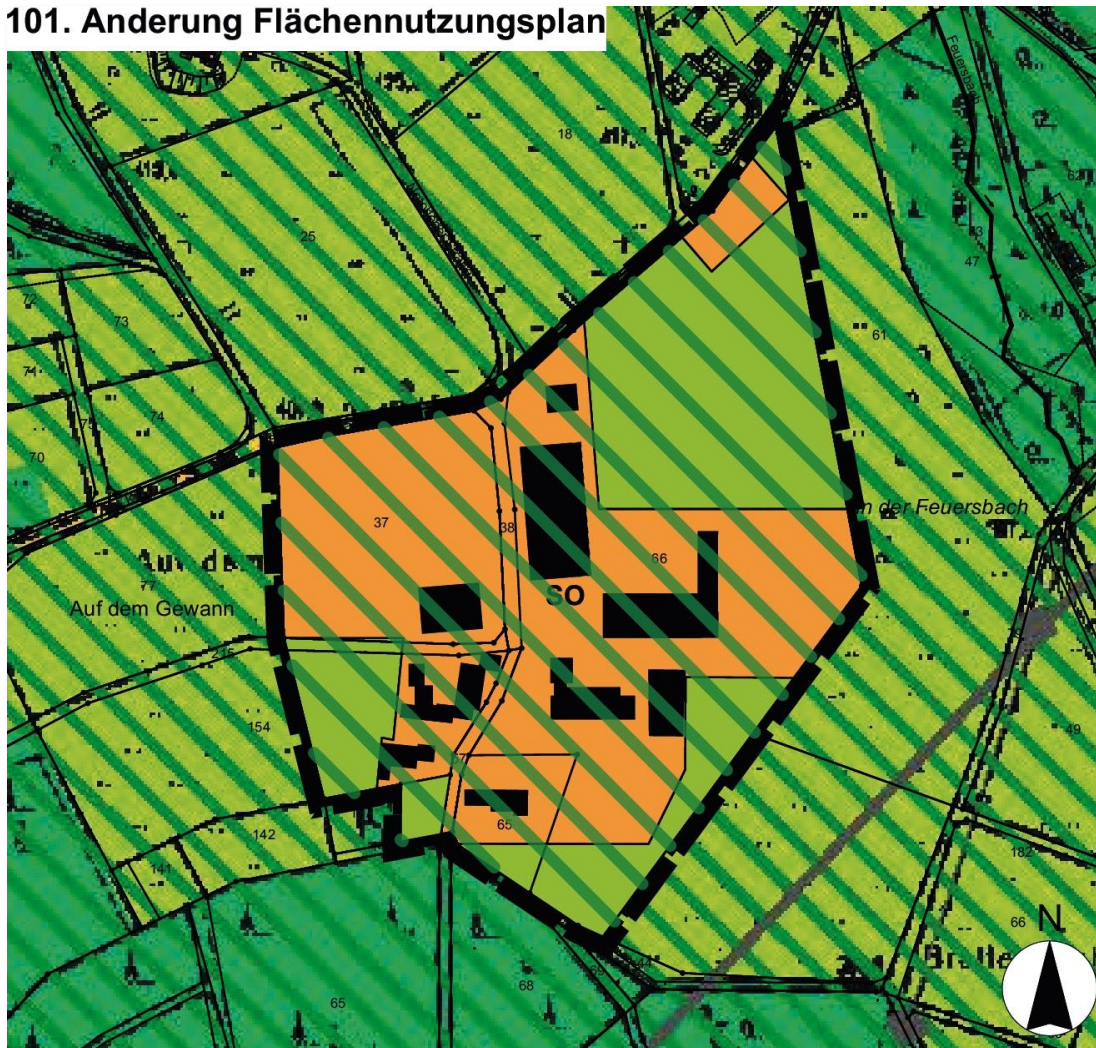


Abbildung 14: 101. Änderung des Flächennutzungsplans, Stand 15.02.2021
(Quelle: Loth Stadtplanung auf der Basis des FNPs der Universitätsstadt Siegen)

Legende

1.	ART DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 5 Abs. 2 Nr. 1 BauGB ; §§ 11 BauNVO)
SO	1.4.1 Sonstige Sondergebiete (§ 11 Abs. 1 BauNVO) für Landwirtschaft und Pferdehaltung Zweckbestimmung "Reiterhof mit ergänzenden Nutzungen"
12.	LANDWIRTSCHAFT UND WALD (§ 5 Abs. 2 Nr. 9 BauGB)
	12.1. Flächen für die Landwirtschaft
	12.2 Flächen für Wald
C	UMGRENZUNGSLINIEN
	Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der 101. Änderung des Flächennutzungsplans
ERGÄNZENDE DARSTELLUNGEN	
	Erholungsbereich (Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung, Entsprechend dem Regionalplan Arnsberg Teilabschnitt Oberbereich Siegen, Blatt 10, Stand 2008)

Abbildung 15: Legende zur 101. Änderung des Flächennutzungsplans

(Quelle: Loth Stadtplanung)

5. Anpassung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung

Gemäß § 34 Landesplanungsgesetz (LPlG) NRW ist bei Bauleitplanverfahren eine Anfrage bzw. Beteiligung bezüglich der die Ziele der Raumordnung und Landesplanung durchzuführen. Die Bezirksregierung Arnsberg teilte mit Bescheid vom 27.08.2019 mit, dass für die Anpassung gemäß § 34 Abs. 1 LPLG NRW eine Vereinbarkeit mit den Erfordernissen der Raumordnung in Aussicht gestellt werden kann.

Die Bezirksregierung Arnsberg, Dezernat 32, teilte zudem mit, dass die Planungsabsicht der Stadt Siegen unter Berücksichtigung der gegebenen Hinweise mit den Erfordernissen der Raumordnung dann vereinbar sind, wenn die geplante zusätzliche Nutzung Ferienwohnungen als funktional zugeordnete nichtlandwirtschaftliche Nutzungen dem landwirtschaftlichen Betrieb quantitativ und qualitativ deutlich untergeordnet sind (Nebenzweck) und die Planungsabsichten gegen keine weiteren Ziele der Raumordnung verstoßen.

Die landwirtschaftliche Betätigung soll als Hauptzweck Landwirtschaft und Pferdehaltung mit der Zweckbestimmung „Reiterhof mit ergänzenden Nutzungen“ festgesetzt werden. Zudem liegt der Änderungsbereich im Teilabschnitt Oberbereich Siegen des Regionalplans Arnsberg im „Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich“ und in der überlagernden Festsetzung „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung“. Bauliche Entwicklungen sind daher nur ausnahmsweise zulässig.

Gemäß dem Grundsatz 7.1-1 LEP, Ziel 13 und Grundsatz 9 Abs. 1 des Regionalplanes ist die Inanspruchnahme von Freiraum auf den unbedingt notwendigen Rahmen zu begrenzen. Darüber hinaus ist mit Bezug auf Ziel 18 und Grundsatz 11 des Regionalplanes die beabsichtigte Planung auf den unbedingt erforderlichen Rahmen zu begrenzen, flächensparend auszuführen und landschaftsraumangepasst zu gestalten.

Die Änderung des Flächennutzungsplans befindet sich im „Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich“ (AFAB). Entsprechend dem Ziel 2-3 Landesentwicklungsplan NRW (LEP) dürfen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum nur ausnahmsweise Bauflächen oder -gebiete festgelegt werden. Im Falle des Reitstalls Daub greift die Ausnahmeregelung zur angemessenen Erweiterung eines vorhandenen Betriebsstandortes.

Die Erweiterung ist im Verhältnis zum vorhandenen Betriebsstandort angemessen, da diese nur rund ein Drittel der bebauten bzw. versiegelten Flächen ausmachen. Bezogen auf das gesamte Plangebiet beträgt der Flächenanteil ca. 10 %. Der Anteil der neuen Bauflächen steht daher im Vergleich zu den vorhandenen bebauten Flächen in angemessenem Verhältnis und die geplanten Nutzungen stehen im funktionalen Zusammenhang mit der landwirtschaftlichen Hauptnutzung.

Entsprechend den im Bebauungsplan Nr. 431 festgesetzten Grundflächen können insgesamt 20.600 m² bebaut bzw. versiegelt werden, von denen im Bestand bereits etwa 15.370 m² vorhanden sind. Es verbleibt also eine Erweiterungsreserve von 5.230 m², was ca. einem Zuwachs von 34 % entspricht. Darüber hinaus werden die einzelnen Bauflächen mit konkreten Grundflächen ausgewiesen, so dass eine angemessene Verdichtung entsprechend den vorhandenen Strukturen erfolgen kann. So sind die Sondergebiete im Sinne des ressourcenschonenden Umgangs mit Fläche auf die möglichen geplanten Nutzungen und deren Grundflächen abgestimmt. Eine

darüberhinausgehende ungeplante Erweiterung und Flächenversiegelung ist ausgeschlossen. Durch die Beschränkung der Wohnnutzung zum einen auf Betriebsangehörige und Aufsichtspersonen und zum anderen auf temporär genutzte Ferienwohnungen, die dem Betrieb unter- und funktional zugeordnet sind, wird dem Ziel 6.1-4 LEP „Vermeidung von Splittersiedlungen“ Rechnung getragen.

Im Zuge des Verfahrens nach § 34 Abs. 5 LPlG NRW teilte die Bezirksregierung mit, dass keine landesplanerischen Bedenken bestehen.

6. Auswirkungen der Planung

Die vorhandenen Strukturen werden in ihrem Umfang gesichert und einer nachhaltigen zukunftsweisenden Entwicklung planungsrechtlich zugeführt. Durch die bestehenden Nutzungen im Bereich „Reiten und Pferdehaltung“ scheiden anderweitige, zum Beispiel räumlich weiter exponierte Planungsmöglichkeiten, für Bereich aus.

Der Bereich des Sondergebietes und der darin enthaltenen überbaubaren Flächen wurde flächenschonend zentral um die vorhandenen baulichen Strukturen des Reiterhofs Daub konzentriert. Inhaltlich sind nur Festsetzungsmöglichkeiten vorgesehen, mit denen das beabsichtigte Planungsziel erreicht werden kann, so dass keine anderweitige Nutzungsmöglichkeit stattfinden kann.

Mit der Planung und Ausweisung des Sonstiges Sondergebiet für „Landwirtschaft und Pferdehaltung“ werden faktisch keine Nutzungsänderungen gegenüber dem Bestand ermöglicht, die Auswirkungen auf das Stadtgebiet und/oder darüber hinaus Auswirkungen haben. Städtebaulich wird die bestehende Hofstruktur marginal erweitert. Dem für die FNP-Änderung zugrunde liegende Bebauungsplan liegt eine städtebaulichen Konzeption vor, die sich im speziellen auf den Betriebsbereich konzentriert und hauptsächlich den Erhalt der bestehenden Hofstruktur. Da es sich um Erweiterungsmöglichkeiten handelt, die der Schaffung bedarfsgerechten Wohnraums für einen zukunftsfähigen Betriebsfortbestand dienen, werden keine negativen Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung erwartet. Da der Reitstall Daub bereits in zweiter Generation als Familienunternehmen geführt wird und die nächste Generation die Weiterführung des Reiterhofes sichern will, ist mit den Erweiterungsmöglich auch dem demografischen Wandel Rechnung getragen. Die Erweiterungsmöglichkeiten dienen ebenso dazu, die artgerechte Pferdehaltung weiterhin zu ermöglichen und der Aufrechterhaltung von marktfähigen Angeboten. Die Sicherung landwirtschaftlicher Flächen dient der Bewirtschaftung des Reiterhofs, so dass mit der Änderung des Flächennutzungsplans keine negativen Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Nutzung von Flächen erwartet werden.

Die geplante Nutzungsergänzung durch untergeordnete, dem landwirtschaftlichen Betrieb funktional untergeordnete und zugeordnete, gastronomische und fremdenverkehrliche Angebote (Ferienwohnen) steht dem übergeordneten Ziel „Erholungsfunktion“ nicht entgegen, sondern folgt diesem Ziel. Die weiteren ergänzenden Nutzungen (Hofcafe) dienen ebenso den Nutzern des Reiterhofs, so dass auch keine wesentlichen Änderungen beim Verkehrsaufkommen zu erwarten ist, wie zum beispielweise durch eine separate gastronomische Einrichtung. Mit der Erweiterung bereits vorhandener landwirtschaftlich geprägter Strukturen werden keine negativen (lokal)klimatischen Auswirkungen erwartet.

6.1. Planungs- und Standortalternativen

Aufgrund der Sicherung des Betriebsfortbestandes des Reitstall Daubs an der vorhandenen Position bestehen zu diesem Vorhaben keine Standortalternativen. Betriebsspezifische Abläufe sowie Nutzungen (u.a. Flächen für Futteranbau, Auslaufflächen), bedingen, dass großflächige Entwicklungsalternativen nicht dargestellt werden können. Es wurden im Rahmen des Vorentwurfes verschiedene städte-

bauliche Entwicklungsperspektiven geprüft. Insgesamt wurde ein Ansatz verfolgt nur wirklich für die Zukunft erforderlichen Entwicklungsflächen bzw. „Reserven“ darzulegen und nicht erforderliche „Vorhalteflächen“ zu vermeiden.

Auf der Ebene des FNP bestehen nur bedingt Planungsalternativen, bezüglich der planerischen Konzeption. Wie bereits erwähnt bildet der Hof eine landwirtschaftliche Nutzung, die soweit auch den Darstellungen des FNP entspricht. Durch die FNP-Ausweisung als Sondergebiet der (Betriebs)Flächen wird jedoch der speziellen Nutzungsart (Reiten, Pferdehaltung) und der Intention der Planung entsprochen. Die Ausweisung als „Sondergebiet, das der Erholung dient“ wurde seitens der Regionalplanbehörde kritisch gesehen, da in diesem Fall das Ziel der Planung nicht in einer fremdenverkehrlichen Nutzung liegt. Daher wurde diese Darstellungsart nach der regionalplanerischen Erörterung verworfen.

6.2. Angemessenheit der Planung

Das Plangebiet liegt im „Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich“ (AFAB) des Regionalplans Arnsberg in dem nur ausnahmsweise Bauflächen oder -gebiete ausgewiesen werden dürfen. Die im FNP ausgewiesene Sonstige Sondergebiet (gemäß § 11 Abs. 1 BauNVO) umfasst nur die bereits bebauten bzw. versiegelten Bereiche, erforderliche Erschließungsflächen und die Erweiterungsflächen entsprechend der Bebauungsplanung. Die übrigen Flächen werden als Flächen für Landwirtschaft dargestellt. Dadurch wird dem regionalplanerischen Ziel entsprochen, nur soweit wie erforderlich die für Betriebserweiterungen erforderlichen Flächen auszuweisen (siehe hierzu auch Begründung zum Bebauungsplan Kapitel 4.3. „Angemessenheit der Planung“).

Konkret werden ca. 3,6 ha im FNP als Sondergebiet ausgewiesen, was ungefähr 2/3 des Plangebiets entspricht (63 %). Über ein Drittel der Flächen (2,1 ha) werden als Flächen für Landwirtschaft ausgewiesen. Von den 3,6 ha werden auf der konkreten „Baubene“ aber nur 0,5 ha zusätzlich überbaut werden können, bei einem Bestand von ca. 1,5 ha bereits versiegelter bzw. überbauter Fläche. Es wird also nur ein Zehntel (9 %) des Plangebiets zusätzlich überbaut werden können und im Hinblick der bestehenden Bau- bzw. Grundflächen (ca. 2 ha) einer Zunahme um ein Drittel entspricht, insgesamt also eine angemessene Erweiterungsmöglichkeit darstellt.

6.3. Natur, Landschaft, Umwelt

Zur FNP-Änderung wurde gemäß § 2 Abs. 4 BauGB eine Umweltprüfung durchgeführt und ein Umweltbericht erstellt. Sie beinhalten eine Untersuchung der Belange des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB. Zudem wurden die umweltbezogenen Auswirkungen ermittelt und mögliche Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich geprüft. Darüber hinaus wurden eine landespflegerische Begleitplanung (LBP) und die Artenschutzvorprüfung (ASP I) durch das Büro Uwe Meyer, Erndtebrück durchgeführt und liegen der Begründung als gesonderter Teil bei.

Es bestehen auf der Ebene des FNP keine Anzeichen dafür, dass durch die Änderung erhebliche Umweltauswirkungen eintreten, insbesondere da die vorgesehene Baugebiet-Ausweisung im Grundsatz der bestehenden landwirtschaftlichen Nutzung ent-

spricht. Daher sind auf der Ebene des FNP keine gesonderten Kompensationsmaßnahmen erforderlich. Es wird auf der Ebene der Bebauungsplanung eine Eingriffsbilanzierung durchgeführt und eine Kompensation ist vorgesehen.

Konkret sind für das Schutzgut „Mensch / Störfallschutz“ keine erheblichen Umweltauswirkungen zu befürchten. Es sind weder Schutzbereiche von Störfallbetrieben betroffen, noch werden Nutzungen ausgewiesen, die eine Störfallrelevanz aufweisen können. Ebenso ist für das Schutzgut „Klima und Luft“ eine Freisetzung von Emissionen durch die FNP-Änderung auszuschließen.

Für das Schutzgut „Kultur und sonstige Sachgüter“ sind ebenfalls keine erheblichen Umweltauswirkungen zu befürchten, sowie für das Schutzgut „Wasser“. Für die Schutzgüter „Tiere und Pflanzen / Biologische Vielfalt“, „Boden und Flächen“, „Landschaft“ konnte keine Betroffenheit ermittelt werden. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass keine erheblichen Umweltauswirkungen durch die Änderung des FNP zu erwarten sind.

Mit dem Landschaftspflegerischen Fachbeitrag wird die gesetzliche Eingriffsregelung die Berücksichtigung von Schutzkategorien und der besondere Artenschutz nach Paragraphen 44 ff BNatSchG bearbeitet. Die landespflegerische Begleitplanung und die artenschutzrechtliche Vorprüfung kommen zum Schluss, dass aufgrund der Kleinräuigkeit der Planung auf der Ebene des FNP keine Betroffenheit vorliegt. Diese wird erst auf der Ebene der Bebauungsplanung ausgelöst bzw. kann ermittelt werden. Der Änderung des FNP stehen somit daher keine unüberwindbaren artenschutzrechtlichen Hindernisse entgegen. Im Rahmen der Potenzial-Risiko-Analyse wurden zur Verhinderung artenschutzrechtlicher Tatbestände Vermeidungsmaßnahmen auf der Ebene des Bebauungsplanes erarbeitet.

6.4. Verkehr

Es werden in Folge der vorgenommenen Erweiterungsmöglichkeiten (u.a. mit 6 Ferienwohnungen und des Hofcafés mit max. 40 Sitzplätze) als gering einzustufende Auswirkungen auf die Verkehrssituation und bestehende Verkehrsinfrastruktur erwartet, die jedoch keine Anpassung der verkehrlichen Infrastruktur zur Folge haben.

Die Immissionen (Feinstaub, Schadstoff, Salz (Winter)), die sich durch den zusätzlichen An- und Abfahrtsverkehr ergeben, werden sich durch die neue Nutzung leicht erhöhen, stellen jedoch keine erhebliche Beeinträchtigung dar.

6.5. Städtebauliche Kenndaten

Der Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung umfasst ca. 5,7 ha. Mit der Änderung des Flächennutzungsplans gliedert sich die Flächennutzung innerhalb des Geltungsbereichs wie folgt:

Pos.	Nutzung	Flächengröße in ha
1	Sonstige Sondergebiete (gemäß § 5 Abs. 2, Nr. 1 BauGB)	ca. 3,6
2	Flächen für Landwirtschaft (gemäß § 5 Abs. 2, Nr. 9 BauGB)	ca. 2,1

6.6. Kosten und Finanzierung

Die Kosten der 101. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitätsstadt Siegen, d.h. für das Planungsbüro, die Fachgutachten, den Ausgleich, werden vom Vorhabenträger getragen, außer der stadtseitig erforderlichen Personal- und Sachkosten zur Begleitung des Verfahrens. Dazu wurde ein städtebaulicher Vertrag nach § 11 BauGB zwischen dem Vorhabenträger und der Stadt Siegen geschlossen.

7. Umweltbelange

Der Begründung zur 101. Flächennutzungsplanänderung liegen als gesonderter Teil der Umweltbericht, die landespflegerische Begleitplan (LBP) und die Artenschutzvorprüfung (ASP I) bei.

Umweltbericht

Der Umweltbericht fasst die Ergebnisse der gem. §§ 2 Abs. 4 i. V. m. §1 Abs. 6 Nr. 7 und 1a BauGB durchzuführenden Umweltprüfung zusammen, in der die mit der 101. Flächennutzungsplanänderung voraussichtlich verbundenen Umweltauswirkungen ermittelt und bewertet werden.

Die Änderung des FNP dient der Umsetzung der Bebauungsplanung Nr. 431 „Reitstall Daub. Die auf der Ebene des FNP damit zusammenhängenden Umweltauswirkungen wurden soweit dargelegt, wobei durch die FNP-Änderung keine erheblichen Umweltauswirkungen verursacht werden. Gemäß § 2 (4) Satz 5 BauGB werden die durch den konkreten Eingriff verursachten erheblichen Umweltauswirkungen im Umweltbericht zum Bebauungsplanverfahren bearbeitet. Hierbei wurde eine Umweltprüfung und eine Eingriffsbilanzierung durchgeführt, anhand derer durch Kompensationsmaßnahmen das Ausgleichsdefizit ausgeglichen wird und somit die Umweltauswirkungen kompensiert werden.

7.1. Artenschutz

Der Begründung zur 101. Flächennutzungsplanänderung liegt als gesonderter Teil die Artenschutzvorprüfung (ASP I) bei. Sonderhabitate für planungsrelevante Amphibien und Reptilien sind nicht vorhanden. Ebenso wurden im Rahmen der Vorprüfung des Artenspektrums keine Sonderhabitate für planungsrelevante Wirbellose gefunden. Essenzielle Nahrungs- und Jagdbereiche, Flugrouten und Wanderkorridore können

nicht festgestellt werden. Bei Arten, die als Nahrungsgäste (Jagdgebiet) und Durchzügler gelistet sind, wird kein Zugriffstatbestand ausgelöst. Da sich das Plangebiet im direkten Umfeld der bestehenden Gebäudekulisse befindet, können Brutplätze störungsempfindlicher Wiesenbrüter und der Feldlerche ausgeschlossen werden. Potenziell betroffene Arten sind im Wesentlichen Vögel und Fledermäuse (Siehe Seite 8 - 9 LBP und ASP I). Bei europäisch geschützten Arten können die genannten Zugriffsverbote (bei konkreten Bau- bzw. Abrissvorhaben) ausgelöst werden. Im Rahmen der Potenzial-Risiko-Analyse sind daher zur Verhinderung artenschutzrechtlicher Tatbestände Vermeidungsmaßnahmen auf der Ebene des Bebauungsplanes erarbeitet worden.

7.2. Ausgleichsmaßnahmen

Die Änderung des Flächennutzungsplans erfolgt im Zuge der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 431 „Reitstall Daub“. Daher resultiert der Eingriff aus den im Bebauungsplan möglichen baulichen Entwicklungen. Hier sind also die im Bebauungsplan erfolgten Maßnahmen einschlägig (siehe Begründung zum Bebauungsplan Nr. 431, Kapitel 7.2.). Es erfolgen auf der Ebene der Flächennutzungsplanung keine eigenen Ausgleichsmaßnahmen, auch weil die Ausweisung der SO-Baugebietes äquivalent der Ausweisung im B-Plan erfolgt und somit nicht „pauschal“ auf den gesamten Geltungsbereich ausgelegt wird (Siehe Anlagen: Umweltbericht, Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP) und Artenschutzvorprüfung (ASP I)).

7.3. Kompensation des Eingriffs

Nach § 18 BNatSchG ist bei Eingriffen in Natur und Landschaft auf Grund einer Bauleitplanung über Vermeidung, Ausgleich und den Ersatz (Verursacherpflichten nach § 15 BNatSchG) nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zu entscheiden (§ 1a Abs. 3 i. V. m. § 135a BauGB). Die Änderung des Flächennutzungsplanes erfolgt im Zuge des Bebauungsplanes Nr. 431 im Parallelverfahren, so ist hier der im Bebauungsplan erfolgte Eingriff entscheidend. Zur Minimierung des Eingriffs werden im Bebauungsplan sowohl Erhaltungs- als auch Vermeidungsmaßnahmen festgesetzt, wodurch die bestehenden Grünstrukturen planungsrechtlich gesichert werden. Weitere Maßnahmen können im Plangebiet nicht umgesetzt werden, u.a. da die weiteren Freiflächen als Auslauf- bzw. Futteranbauflächen notwendig sind. Daher wird das entstehende Eingriffsdefizit von 10.580 Punkten durch Ökopunkte des Vorhabenträgers ausgeglichen, die dieser im Rahmen seiner forstwirtschaftlichen Tätigkeit mittels naturschutzrechtlichen Maßnahmen durchgeführt hat. Dadurch wird der Eingriff in Natur und Landschaft vollends kompensiert (siehe Anlage: Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP) und Artenschutzvorprüfung (ASP I), erstellt von Uwe Meyer, Erndtebrück)

8. Hinweise

Altlasten

Es existieren keine konkreten Hinweise auf Alttablagerungen innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans.

Bergbau

Das Plangebiet liegt in dem inzwischen erloschenen Bergwerksfeld „Port Arthur“. Mit bergbaulichen Einwirkungen ist nicht zu rechnen.

Bodenschutz

Im Plangebiet befinden sich zum Teil schutzwürdige Böden. Im Hinblick auf Grundsatz 7.1-4 Abs. 1 LEP soll die Leistungsfähigkeit, Empfindlichkeit und Schutzwürdigkeit der Böden berücksichtigt werden. Geschädigte, versiegelte und erosionsgeschädigte Flächen sollen saniert werden und einer angemessenen Nutzung und Freiraumfunktion zugeführt werden. Laut der Bodenkarte 50, 2. Auflage, SWB, liegt im Plangebiet Braunerde als schutzwürdiger fruchtbarer Boden mit Regelungs- und Pufferfunktion und natürlicher Bodenfruchtbarkeit vor. Die Bodenkarte 50, 3. Auflage, BFE sagt aus, dass schutzwürdige Böden mit großem Wasserrückhaltevermögen, Kühlfunktion und Auswirkungen auf den Wasserhaushalt vorliegen.

Gewässer / Hochwasser

Wasserwirtschaftliche Belange sind nach dem derzeitigen Kenntnisstand nicht betroffen. Wasserschutzgebiete sind in dem Planungsbereich nicht erfasst.

Denkmalschutz und Denkmalpflege

Baudenkmäler

Im Plangebiet befinden sich keine Baudenkmäler bzw. Objekte des städtischen Kulturgutverzeichnisses, die noch auf ihren eventuellen Denkmalwert zu prüfen sind.

Bodendenkmäler

In der Umgebung des Plangebietes sind Bergbaurelikte und zudem auch Verhüttungsplätze, steinzeitliche, mesolithische, neolithische sowie neuzeitliche Lesefundstellen und eine Lesefundstelle unbestimmter Zeitstellung bekannt. Es ist damit zu rechnen, dass innerhalb des Plangebietes weitere, bisher noch nicht bekannte Bergbaurelikte oder Verhüttungsplätze oder andere Werkstätten liegen. Zudem ist ein Vorhandensein von steinzeitlichen Funden und Befunden nicht auszuschließen. Aus diesem Grunde ist der Beginn von Bodeneingriffen frühzeitig (mindestens vier Wochen vorher) mit der LWL-Archäologie, Außenstelle Olpe (lwl-archaeologie-olpe@lwl.org, Tel. 02761 93750) abzustimmen, um eine archäologische Begleitung des Oberbodenabtrags durch Mitarbeiter der LWL-Archäologie sicherzustellen.

Kampfmittel

Es existieren keine konkreten Hinweise auf das Vorhandensein von Bombenblindgängern/Kampfmitteln. Dennoch sind Arbeiten mit entsprechender Vorsicht auszuführen. Sollten Kampfmittel gefunden werden, ist aus Sicherheitsgründen die Arbeit einzustellen und umgehend die nächstgelegene Polizeidienststelle oder der zuständige Kampfmittelräumdienst zu benachrichtigen.

Niederschlagswasser

Aus ökologischer Sicht wird die Speicherung und Wiedernutzung schwach belasteter Niederschlagswasser von Dach- und Terrassenflächen empfohlen.

Nach § 44 des Landeswassergesetzes (LWG) für das Land Nordrhein-Westfalen ist Niederschlagswasser von Grundstücken, die nach dem 01.01.1996 erstmals bebaut, befestigt oder an die öffentliche Kanalisation angeschlossen werden, nach Maßgabe des § 55 Abs. 2 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) zu beseitigen. Danach wird das für den Bereich des Bebauungsplanes „Reitstall Daub“ anfallende Niederschlagswasser über die belebte Bodenzone versickert.

Schmutzwasser

Die Stadt Siegen ist mit Schreiben der Unteren Wasserbehörde beim Kreis Siegen-Wittgenstein vom 05.04.2006 von der Pflicht zur Abwasserbeseitigung gemäß Landeswassergesetz NRW (ehem. § 53 Abs. 4 LWG) befristet bis 30.04.2026 freigestellt. Die Regelungen aus § 53 Abs. 4 finden sich im gültigen LWG NRW in § 46 Abs. 1 wieder.

Bei Inkrafttreten des Bebauungsplans „Reitstall Daub“ Nr. 431 führt die sich daraus ergebende veränderte bodenrechtlichen Rechtslage zur Verpflichtung, das anfallende Abwasser zentral zu beseitigen.

Spätestens bis zum Auslaufen der Befreiung am 30.04.2026 ist der Anschluss an das öffentliche Kanalnetz herzustellen, an den Entsorgungsbetrieb Siegen (ESi) zu übergeben und in Betrieb zu nehmen.

Telekommunikation

Die Anbindung an das Telekommunikationsnetz ist gegeben. Der Bestand und der Betrieb der vorhandenen TK-Linien müssen weiterhin gewährleistet bleiben.

Es ist sicherzustellen, dass durch Baumpflanzungen der Bau, die Unterhaltung und Erweiterung der Telekommunikationslinien der Telekom nicht behindert werden.

Hinsichtlich geplanter Baumpflanzungen ist das "Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen" der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Ausgabe 1989; siehe insbesondere Abschnitt 3, zu beachten.

Trink und Löschwasser

Der Reitstall Daub ist nicht an das Trinkwassernetz der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH angeschlossen. Die Versorgung mit Trinkwasser obliegt dem Nutzungsberechtigten und wird über die Wassergemeinschaft Breitenbach sichergestellt. Aufgrund der Lage im Außenbereich besteht seitens der Kommune bzw. der Ver- und Entsorgungsbetriebe keine Verpflichtung eine Trinkwasserversorgung herzustellen.

Die Versorgung mit Löschwasser ist durch einen Feuerlöschteich am Ende der Assbergstraße, etwa 100 m vom Haus Assbergstraße Nr. 17 entfernt, gesichert. Es handelt es sich um einen eingetragenen Feuerlöschteich.

9. Rechtsgrundlagen

Das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist

Baunutzungsverordnung (BauNVO), Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist

Planzeichenverordnung 1990, (PlanzV), Verordnung über die Ausarbeitung von Bauleitplänen und die Darstellung des Planinhaltes vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist

Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW), in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. 1994 S. 666), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29. September 2020 (GV. NRW S. 916) geändert worden ist

Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung 2018 - BauO NRW 2018) in der Fassung vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1086) geändert worden ist

Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3908) geändert worden ist

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), die zuletzt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist

Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. September 2021 (BGBl. I S. 4458) geändert worden ist

10. Anlagen

- Umweltbericht zur 101. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Siegen Bereich „Reitstall Daub“ im Stadtteil Siegen Breitenbach, erstellt von Uwe Meyer, Erndtebrück)
- Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP) und Artenschutzvorprüfung (ASP I) zur 101. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Siegen Bereich „Reitstall Daub“ im Stadtteil Siegen Breitenbach, erstellt von Uwe Meyer, Erndtebrück)

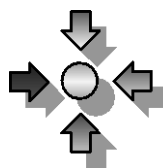
Umweltbericht gemäß § 2a, Satz 2 BauGB

*zur 101. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt
Siegen Bereich „Reitstall Daub“ im Stadtteil Siegen -
Breitenbach*

Uwe Meyer

Dipl. Ing. (FH) Dipl. Ökologe

Landschaftsplanung
Stadtplanung
Ökologie
Forst



Stand: Fassung zur Genehmigung, Februar 2022

Inhaltsangabe

1. Einleitung
 - 1.1 Kurzdarstellung von umweltrelevanten Inhalten und Zielen der Bauleitplanung
 - 1.2 Umweltschutzziele einschlägiger Fachgesetze und Pläne sowie deren Berücksichtigung
2. Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen
 - 2.1 Bestandsaufnahme und Bewertung des Basisszenarios / Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich nachteiliger Umweltauswirkungen
 - 2.1.1 Schutzgut Mensch / Störfallschutz
 - 2.1.2 Schutzgut Tiere und Pflanzen / Biologische Vielfalt
 - 2.1.3 Schutzgut Boden und Flächen
 - 2.1.4 Schutzgut Wasser
 - 2.1.5 Schutzgut Klima und Luft
 - 2.1.6 Schutzgut Landschaft
 - 2.1.7 Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter
 - 2.1.8 Wechselwirkungen
 - 2.1.9 Voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung
 - 2.2 Prognosen zur Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung
 - 2.3 Anderweitige Planungsmöglichkeiten
 - 2.4 Berücksichtigung der Belange des Störfallschutzes
3. Zusätzliche Angaben
 - 3.1 Verfahren und Methoden der Untersuchung
 - 3.2 Überwachungsmaßnahmen bei erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt
 - 3.3 Zusammenfassung
 - 3.4 Quellenangaben

1. Einleitung

Die Universitätsstadt Siegen betreibt die 101. Änderung des Flächennutzungsplans Bereich „Reitstall Daub“ im Stadtteil Siegen - Breitenbach.

Mit der 101. Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Hochschulstadt Siegen für den Bereich Breitenbach im Bereich „Reitstall Daub“ wird die Voraussetzung zur Schaffung von Sonderbauflächen, die der Erholung dienen, mit der Zweckbestimmung „Freizeit, Reiten und Touristik“ geschaffen. Diese FNP-Änderung wird im nachfolgenden Text des Umweltberichtes mit „FNP“ abgekürzt.

Der § 2 (4) BauGB regelt, dass für die Belange des Umweltschutzes in der Definition des Baugesetzbuches eine Umweltprüfung durchzuführen ist, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt und in diesem Umweltbericht beschrieben und bewertet werden.

Die Gemeinde legt dazu, in Abstimmung mit den zuständigen Fachbehörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, fest, in welchem Umfang und Detaillierungsgrad die Ermittlung der Belange für die Abwägung erforderlich ist. Diese Abstimmung erfolgte im Rahmen des frühzeitigen Beteiligungsverfahrens nach § 4 (1) BauGB. Die von den Fachbehörden abgegebenen relevanten umweltbezogenen Aussagen wurden in die Umweltprüfung einbezogen bzw. in diesen Umweltbericht übernommen. Das Ergebnis der Umweltprüfung ist in der Abwägung zu berücksichtigen.

Die Umweltprüfung bezieht sich auf das, was nach gegenwärtigem Wissensstand und allgemein anerkannten Prüfungsmethoden sowie nach Inhalt und Detaillierungsgrad des Bauleitplans angemessenerweise verlangt werden kann.

1.1 Kurzdarstellung von umweltrelevanten Inhalten und Zielen der Bauleitplanung

Eine allgemeinverständliche Beschreibung des bauplanungsrechtlichen Vorhabens kann der Begründung zur FNP-Änderung und dem Landschaftspflegerischen Begleitplan (LBP) mit Artenschutzvorprüfung (ASP I) entnommen werden. Aus den Planunterlagen können folgende umweltrelevante Inhalte und Ziele abgeleitet werden:

Der Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung umfasst ca. 5,7 ha. Mit der Änderung des Flächennutzungsplans gliedert sich die Flächennutzung innerhalb des Geltungsbereichs wie folgt:

- Sonstige Sondergebiete mit der Zweckbestimmung „Reiterhof mit ergänzenden Nutzungen“ (gemäß § 5 Abs. 2, Nr. 1 BauGB) ca. 3,6 ha
- Flächen für Landwirtschaft (gemäß § 5 Abs. 2, Nr. 9 BauGB) ca. 2,0 ha

Folgende Planungsziele werden verfolgt:

- Sicherung des Betriebsfortbestandes sowie die Ermöglichung von zukünftigen Betriebserweiterungen
- Schaffung von einem Sondergebiet für landwirtschaftliche Nutzung mit der Hauptnutzung „Reitsport“ und ergänzenden Nutzungen
- Erweiterung bereits vorhandener landwirtschaftlich geprägter Strukturen

- Sicherung von artgerechter Tierhaltung
- Aufrechterhaltung von marktfähigen Angeboten
- Schaffung bedarfsgerechten Wohnraums für einen zukunftsfähigen Betriebsfortbestand
- Ergänzung durch gastronomische und/oder fremdenverkehrliche Angebote

Im Zusammenhang mit der 101. Änderung des Flächennutzungsplanes wurde auch die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 431 „Reitstall Daub“ beschlossen. Das FNP-Aufstellungsverfahren wird parallel zum B-Planverfahren durchgeführt.

Somit ist der § 2 (4) Satz 5 BauGB anzuwenden und zusätzliche oder andere erhebliche Umweltauswirkungen im Umweltbericht zu o.g. Bebauungsplan zu bearbeiten.

1.2 Umweltschutzziele einschlägiger Fachgesetze und Pläne sowie deren Berücksichtigung

Regionalplan (RP)

Die Stadt Siegen liegt im Geltungsbereich des Regionalplans Arnsberg, Teilabschnitt „Oberbereich Siegen“ (Kreise Olpe und Siegen-Wittgenstein). Im gültigen Regionalplan ist das Plangebiet größtenteils als Fläche für allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche festgelegt. Ein kleiner Teil im Südwesten des Plangebiets ist als Waldbereich gekennzeichnet. Zudem liegt das Gebiet im Bereich der Freiraumfunktion Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung.

Ziel 13 und Grundsatz 9 (1) RP i.V.m. Grundsatz 7.1-1 LEP mit Bezug auf Ziel 18 und Grundsatz 11 RP: Die Inanspruchnahme von Freiraum ist auf den unbedingt notwendigen Rahmen zu begrenzen, flächensparend auszuführen und landschaftsangepasst zu gestalten.

Folgende Planungsansätze tragen zur Berücksichtigung dieser Ziele/Grundsätze bei:

- Bauliche Erweiterungen sind nur auf 5.230 m² möglich (bei ca. 15.370 m² bestehender Bau- und Grundfläche)
- Der Bereich des Sondergebietes und der darin enthaltenen überbaubaren Flächen wurde flächenschonend zentral um die vorhandenen baulichen Strukturen des Reiterhofs Daub konzentriert.
- Eine ländlich-regionaltypische Einpassung neuer Gebäude in das Landschaftsbild ist Ziel des Bebauungsplanes.
- Ausgleichsmaßnahmen aus vorliegenden Baugenehmigungen werden im Bebauungsplan durch entsprechende Festsetzungen gesichert.
- Der bestehende Charakter einer lockeren Hofstelle mit großzügigen Grünflächen in der Umgebung soll erhalten werden und gestalterisch Bezug auf den Bestand genommen werden. Zudem wird besonders Augenmerk auf die gewünschte Fernwirkung aus Richtung Breitenbach (Ortskern) gelegt.
- Insbesondere regelt der Bebauungsplan umfangreich erlaubte bzw. verbotene Dachformen, Dachneigungen, Dacheindeckungen, Materialien und Farben.

Der textliche Hinweis „Pflanzgebot“ ist ebenfalls dazu angetan, Eingriffe in das Landschaftsbild zu vermindern.

Flächennutzungsplan (FNP)

Im wirksamen FNP der Stadt Siegen ist das Plangebiet größtenteils als Fläche für die Landwirtschaft und ein kleiner Teil als Fläche für die Forstwirtschaft gekennzeichnet. Zudem wird das gesamte Plangebiet als Erholungsgebiet deklariert.

Der FNP wird im Parallelverfahren geändert.

Landschaftsplan (LP)

Im Landschaftsplan Siegen vom 16.12.2008 (LP) wird für den nicht bebauten Außenbereich, also auch für das Plangebiet, ein großräumiges Landschaftsschutzgebiet (LSG) ausgewiesen. Die Pflege- und Entwicklungskarte sieht die Umwandlung der Mammutbaum-Allee und anderer Nadelholzbestände in Grünland vor (Maßnahme W 27). Außerdem wird die Anpflanzung von Laubbäumen empfohlen (Maßnahme A 58). Für diese Bereiche sieht die Entwicklungskarte das Ziel „Wiederherstellung“ vor.

Erhaltungsziele und Schutzzwecke von NATURA 2000-Gebiete sind mehr als 300 m entfernt und somit von dieser Planung nicht betroffen.

Fachgesetze

Die in Rechtsnormen (Gesetze, Verordnungen, Satzungen) festgelegten Ziele des Umweltschutzes wurden bereits auf der Ebene der Flächennutzungs- und Landschaftsplanung, so weit wie im Rahmen der Abschichtung auf dieser Planungsebene möglich, beachtet (s.o.).

Für die Umsetzung der allgemeinen Ziele des § 1 (5) Satz 1 BauGB, wonach Bauleitpläne u. a. dazu beitragen sollen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu erweitern, wurden bei dieser Planung insbesondere folgende rechtlichen Regelungen beachtet:

Schutzgut Mensch / Störfallschutz

Baugesetzbuch: Berücksichtigung der Umweltbelange Grund und Boden, Eingriffsregelung i.S.d Bundesnaturschutzgesetzes, Schutz von NATURA 2000-Gebieten, Freizeit und Erholung, Vermeidung von Emissionen etc.

Bundesimmissionsschutzgesetz mit Verordnungen: Schutz des Menschen, der Tiere und Pflanzen, des Bodens, des Wassers, der Atmosphäre sowie der Kultur- und Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen (Immissionen) sowie Vorbeugung hinsichtlich des Entstehens von Immissionen (Gefahren, erhebliche Nachteile und Belästigungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnlichen Erscheinungen).

Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche sowie deren Vorsorge.

Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor Geruchsmissionen sowie deren Vorsorge (i.V.m. VDI-Richtlinien).

Anfälligkeit des Plangebietes für schwere Unfälle oder Katastrophen.

Bundesnaturschutzgesetz: Natur und Landschaft sind aufgrund ihres Wertes als Lebensgrundlagen des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen, zu pflegen, zu entwickeln und - soweit erforderlich – wiederherzustellen.

Schutzgut Tiere, Pflanzen, Biologische Vielfalt

Bundes- und Landesnaturschutzgesetz: Natur und Landschaft sind aufgrund ihres eigenen Wertes im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen, zu pflegen, zu entwickeln und - soweit erforderlich – wiederherzustellen.

Berücksichtigung des allgemeinen und besonderen Artenschutzes.

Baugesetzbuch: Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, zu berücksichtigen.

Berücksichtigung des Vermeidungs- und Ausgleichsgebotes voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes und des Naturhaushaltes i.V.m. dem Bundesnaturschutzgesetz.

Europäische FFH- und Vogelschutzrichtlinie: Sicherung der Artenvielfalt durch Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen; Schutz und Erhaltung sämtlicher wildlebender, heimischer Vogelarten und ihrer Lebensräume

Schutzgut Boden

Bundesbodenschutzgesetz: Langfristiger Schutz des Bodens hinsichtlich seiner Funktionen im Naturhaushalt.

Einwirkungen auf die natürliche Funktion der Böden sind möglichst zu vermeiden. Nach § 7 obliegt dem Grundstückseigentümer die entsprechende Vorsorgepflicht, soweit dies auch im Hinblick auf den Zweck der Nutzung des Grundstückes verhältnismäßig ist.

Baugesetzbuch: Sparsamer und schonender Umgang mit Grund und Boden durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und Innenentwicklung zur Verringerung zusätzlicher Inanspruchnahme von Böden.

Außerdem dürfen landwirtschaftlich, als Wald oder für Wohnungszwecke genutzte Flächen nur im Notwendigen Ausmaß für andere Nutzungen in Anspruch genommen werden. Zusätzliche Anforderungen entstehen zudem durch die Kennzeichnungspflicht für erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastete Böden.

Bundesnaturschutzgesetz: Nach § 14 BNatSchG sind unvermeidbare Beeinträchtigungen auch dieses Schutzgutes auszugleichen.

Schutzgut Wasser

Wasserhaushaltsgesetz und Landeswassergesetz: Sicherung der Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen und deren Bewirtschaftung zum Wohl der Allgemeinheit und zur Unterlassung vermeidbarer Beeinträchtigungen ihrer ökologischen Funktionen.

Ziel der Wasserwirtschaft ist der Schutz der Gewässer vor vermeidbaren Beeinträchtigungen und die sparsame Verwendung des Wassers sowie die Bewirtschaftung von Gewässern zum Wohl der Allgemeinheit.

Baugesetzbuch: Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes bei der Aufstellung der Bauleitpläne sowie Berücksichtigung von wasserwirtschaftlichen Belangen bei den Regelungen zur Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung.

Schutzgut Luft

Bundesimmissionsschutzgesetz mit Verordnungen: Schutz des Menschen, der Tiere und Pflanzen, des Bodens, des Wassers, der Atmosphäre sowie der Kultur- und Sachgüter vor schädlichen

Umwelteinwirkungen (Immissionen) sowie Vorbeugung hinsichtlich des Entstehens von Immissionen (Gefahren, erhebliche Nachteile und Belästigungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnliche Erscheinungen).

Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen sowie deren Vorsorge zur Erzielung eines hohen Schutzniveaus für die gesamte Umwelt.

Baugesetzbuch: Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes bei der Aufstellung der Bauleitpläne.

Schutzgut Klima

Baugesetzbuch: Den Erfordernissen des Klimaschutzes soll sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden.

Schutzgut Landschaft

Bundes- und Landesnaturschutzgesetz: Schutz, Pflege, Entwicklung und ggf. Wiederherstellung der Landschaft aufgrund ihres eigenen Wertes und als Lebensgrundlage des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich zur dauerhaften Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswertes von Natur und Landschaft.

Baugesetzbuch: Erhaltung und Entwicklung des Orts- und Landschaftsbildes im Rahmen der Bauleitplanung. Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes bei der Aufstellung der Bauleitpläne und Anwendung der Eingriffsregelung bei Eingriffen in das Landschaftsbild.

Schutzgut Kultur und Sachgüter

Denkmalschutzgesetz: Berücksichtigung von Bodendenkmalen, Denkmalbereichen und Baudenkmalern.

Baugesetzbuch: Schutz von Kultur- und Sachgütern im Rahmen der Orts- und Landschaftsbilderhaltung und -entwicklung.

Aus der nachfolgenden Analyse der Umweltauswirkungen ergibt sich die Art und Weise, wie die oben dargestellten Ziele berücksichtigt werden. Dabei ist festzuhalten, dass die Ziele der Fachgesetze lediglich einen bewertungsrelevanten Rahmen darstellen, während die Zielvorgaben von Fachplänen hierüber hinaus auch konkrete räumlich zu berücksichtigende Festsetzungen vorgeben.

Die übergeordneten Planungen werden durch Abgleich ihrer räumlichen Vorgaben mit den Zielen und Zwecken des Bebauungsplanes beachtet.

Die Berücksichtigung der Fachgesetze erfolgt v.a. durch die Auswertung von Umweltdatenbanken, durch Beachtung von Schutzgebietsausweisungen, durch die Bearbeitung der gesetzlichen Eingriffsregelung in einem Landschaftspflegerischen Begleitplan sowie durch Bearbeitung des gesetzlichen Artenschutzes in einer Artenschutzprüfung.

2. Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen

Die Stadt Siegen wird hinsichtlich der zentralörtlichen Gliederung als Oberzentrum mit einer Konzentration überzentraler Einrichtungen deklariert. Daneben wird die Bundesautobahn A 45 und die Schienenstrecke „Dortmund – Gießen“ als großräumige Achse von europäischer Bedeutung (Entwicklungsachse) und die Schienenstrecke Richtung Bonn als überregionale Achse ausgewiesen.

Am 31.08.2018 hatte die Universitätsstadt 102.074 Einwohner, der an das Plangebiet angrenzende Stadtteil Breitenbach hatte 337 Einwohner.

2.1 Bestandsaufnahme und Bewertung des Basisszenarios / Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich nachteiliger Umweltauswirkungen

Die überschlägige Prognose am Ende jedes Unterkapitels erfolgt unter besonderer Berücksichtigung der in der Anlage 1 des BauGB, Punkt 2b, genannten Prüfpunkte.

Die Grundlagen für die Bewertung sind in der Begründung zum FNP sowie im artenschutzrechtlichen und landschaftspflegerischen Fachbeitrag (LBP) zusammengetragen worden. Dort ggf. fehlende Angaben zu Bewertungskriterien werden in den nachfolgenden Unterkapiteln ergänzt.

2.1.1 Schutzgut Mensch / Störfallschutz

Für die Betrachtung des Menschen als Schutzgut selbst sind zum einen gesundheitliche Aspekte, in der Bauleitplanung vorwiegend Lärm und andere Immissionen, zum anderen regenerative Aspekte wie Erholungs-, Freizeitfunktionen und Wohnqualität von Bedeutung. Zusätzlich muss die Anfälligkeit des Vorhabens für schwere Unfälle und Katastrophen überprüft werden, da dieser Belang 2018 neu in das BauGB aufgenommen wurde.

Bestand: Das Plangebiet befindet sich östlich des Siegener Stadtteil Breitenbach und liegt etwa 250 m vom Hauptort entfernt.

Potenzielle Emissionen aus dem landwirtschaftlichen Betrieb können in Bezug auf den Stadtteil Breitenbach folgendermaßen umrissen werden:

Geruchsimmissionen: Im Vergleich zu genehmigungsbedürftigen Anlagen (Schweine- und Geflügelbetriebe) ist die Belastung bei Reitbetrieben relativ gering, wenn die entsprechenden VDI - Richtlinien vom Betreiber eingehalten werden. Die zulässige Belastung ist für Wohn- und Mischgebieten vergleichbar, nur in Dorfgebieten ist ein höheres Maß an Geruchsimmissionen zulässig.

Lärmimmissionen: Auch in Bezug auf Lärm hat der Landwirt die entsprechenden Richtlinien einzuhalten. Auch wenn es keine festgesetzten Mindestabstände zu beachten gilt, werden als allgemein anerkannte Erfahrungswerte Mindestabstände zur Wohnbebauung von 100 m empfohlen. Im Bereich Lärm gibt es zu beachtende Richtwerte. Die erlaubten Immissionsbelastungen sind in Misch- und Dorfgebieten höher als in allgemeinen Wohngebieten.

Der bestehende Aussiedlerhof hat bislang keine Beschwerden, z.B. wegen erhöhter Lärm- oder Geruchsbelästigungen, ausgelöst.

Von Kaan-Marienborn führt die K 7 durch das Breitenbachtal bis in den südöstlichen Bereich der Ortschaft Breitenbach. Die K 7 endet nördlich des Reitstalls Daub. Somit ist das Plangebiet an das überregionale Straßenverkehrsnetz angebunden. Es führen keine weiteren Hauptverkehrsachsen in den Stadtteil Breitenbach.

Der kartografischen Abbildung von Betriebsbereichen und Anlagen nach StörfallVO (KABAS)¹ ist zu entnehmen, dass aktuell in einem größeren Umkreis zum Plangebiet keine Betriebsbereiche bekannt sind, die im Hinblick auf angemessene Sicherheitsabstände nach § 50 BImSchG zu berücksichtigen wären.

Lufthygienische Daten liegen aus dem Plangebiet nicht vor. Aus den Ergebnissen zurückliegender Luftgüteuntersuchungen des Landesumweltamtes NRW kann abgeleitet werden, dass die Belastung der bodennahen Luftschicht im Plangebiet mit den Luftschadstoffen Schwefeldioxid, Stickoxide, Staubbiederschlag, Ozon und Schwebstaub deutlich unterhalb der gesetzlichen Richt- und Grenzwerte liegt.

Im Flächennutzungsplan wird das gesamte Plangebiet als Erholungsgebiet deklariert.

Bewertung der Planung: Der „FNP“ trifft keine besonderen Regelungen zum Immissionschutz zu Gunsten des Stadtteils Breitenbach. Im Plangebiet ist nur bedarfsgerechter Wohnraum für einen zukunftsfähigen Betriebsfortbestand vorgesehen.

Durch die geplante Betriebsvergrößerung und die zusätzlichen Nutzungen „Touristik“ und „Freizeit“ ist mit einer lokalen Zunahme der Immissionsbelastung in der Ortslage von Breitenbach durch Ziel- und Quellverkehr zu rechnen. Das Maß dieser Belastungen kann derzeit noch nicht eingeschätzt werden.

Ein Flächenverlust für die wohnortnahe Kurzzeiterholung ist durch Bebauung von Grünlandflächen gegeben. Gleichzeitig wird die Attraktivität der landschaftsgebundenen Freizeit und Erholungsnutzung durch Erweiterung des Freizeitangebotes „Reiten“ und zusätzliche Einrichtungen des Segments „Freizeit“ erhöht.

Durch die FNP-Änderung werden keine Vorhaben zulässig, die schwere Unfälle oder Katastrophen (Störfälle) verursachen könnten.

Geplante Vermeidungsmaßnahmen: Die Immissionsbelastungen in der Ortslage Breitenbach durch die zusätzlichen Nutzungen „Touristik“ bzw. „Freizeit“ ist i.R.d. Baugenehmigungsverfahren zu prüfen.

Überschlägige Prognose der zu erwartenden Umweltauswirkungen: Bei Beachtung und Umsetzung der genannten Vermeidungsmaßnahmen sind voraussichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen zu befürchten.

2.1.2 Schutzgut Tiere und Pflanzen / Biologische Vielfalt

Auf der Grundlage der Naturschutzgesetze sind Tiere und Pflanzen als Bestandteil des Naturhaushaltes in ihrer natürlichen und historisch gewachsenen Artenvielfalt zu schützen, zu entwickeln und ggf. wiederherzustellen. Der Schutz der biologischen Vielfalt wurde als Umweltbelang in das Baugesetzbuch aufgenommen. Der Begriff verbindet drei Ebenen der Vielfalt,

¹ www.lanuv.nrw.de/umwelt/industrieanlagen/anlagensicherheit/stoerfallverordnung/

die ineinandergreifen: die Vielfalt an Ökosystemen oder Lebensräumen, die Artenvielfalt und die Vielfalt an genetischen Informationen, die in den Arten enthalten sind.

Bestand: Von den Schutzgebieten des Kapitel 4 BNatSchG ist durch die Planung nur das Landschaftsschutzgebiet Siegen betroffen. Lebensraumtypen des Anhangs I der FFH-RL wurden nicht angetroffen.

Die Bewertung der direkt durch Bebauung betroffenen Biotope erfolgte im Landschaftspflegerischen Begleitplan durch das LANUV-Verfahren von 2008 „Numerische Bewertung von Biotoptypen für die Eingriffsregelung in NRW“. In diesem Bewertungsverfahren sind u.a. auch die Kriterien Reichtum, Qualität und Regenerationsfähigkeit von Biotopen berücksichtigt. In der Skalierung von 0 bis 10 Wertpunkten erreichen die betroffenen Biotoptypen einen maximalen Grundwert von 3 Punkten (Intensivgrünland). Es ist somit nur die Natürlichkeitsstufe „naturferne Biotoptypen²“ betroffen.

Das durch die Festsetzungen des Bebauungsplanes potenziell betroffene Artenspektrum besteht im Wesentlichen aus gebäudebewohnenden Fledermäusen und Vogelarten. Die Betroffenheit ist auf Bauphasen beschränkt. Betriebsbedingte Wirkfaktoren sind nicht zu befürchten, da diese bislang prägend für das Arteninventar sind und weitgehend beibehalten werden sollen.

Bewertung der Planung: Die Belastbarkeit der Schutzgüter muss unter besonderer Berücksichtigung der ihnen zugewiesenen Schutzkategorien (hier: Landschaftsschutzgebiet) beurteilt werden.

Die Artenschutzvorprüfung kommt zu folgendem Ergebnis: Es ist möglich, dass bei europäisch geschützten Arten die genannten Zugriffsverbote ausgelöst werden. Im Rahmen der Potenzial-Risiko-Analyse müssen zur Verhinderung artenschutzrechtlicher Tatbestände Vermeidungsmaßnahmen auf der Ebene des Bebauungsplanes erarbeitet werden.

Geplante Vermeidungsmaßnahmen: Durch Festsetzungen im Bebauungsplan müssen hochwertige Biotope und Habitate planungsrelevanter Tierarten geschützt werden. Die Eingriffe müssen durch entsprechende Steuerung auf naturferne Biotoptypen gelenkt werden. Auch eine besondere Betroffenheit von nicht planungsrelevanten Tierarten muss vermieden werden.

Überschlägige Prognose der zu erwartenden Umweltauswirkungen: Eine Bewertung des Vorhabens kann erst nach Festlegung des Nutzungsmaßes im Bebauungsplanverfahren abschließend beurteilt werden. Die abschließende Prüfung artenschutzrechtlicher Tatbestände kann erst auf der Ebene der Bau- bzw. Abrissgenehmigung von Gebäuden erfolgen.

2.1.3 Schutzgut Boden und Flächen

Die Inhalte des Bodenschutzes richten sich einerseits auf die Reduzierung der Flächenversiegelung und andererseits auf die Sicherung der ökologischen Funktionsfähigkeit des Bodens durch den Schutz vor stofflichen und nicht stofflichen Beeinträchtigungen. Daraus ergeben sich für die Bauleitplanung ein Mengenziel (sparsamer Umgang) und ein Qualitätsziel (scho-nender Umgang). Zielkonflikte zwischen diesen beiden Zielen sind möglich: Flächensparende, hochverdichtete Bauungskonzepte können durch den hohen Versiegelungsgrad den Boden und seine Funktionen stark belasten oder sogar vollständig zerstören. Die Abwägung hat unter

² LANUV NRW (2008): Gruppierungsprinzip der Biotoptypenbewertung

Berücksichtigung der Wertigkeit des betroffenen Bodens und der Kompensationsmöglichkeiten zu erfolgen.

Neu in das BauGB wurde 2018 das Schutzgut „Fläche“, i.S.v. Flächenverbrauch bzw. Flächeninanspruchnahme, aufgenommen. Dies korrespondiert mit den Grundsätzen des § 1 (5) BauGB (die städtebauliche Entwicklung soll vorrangig durch Maßnahmen der Innenentwicklung erfolgen) und des § 1a (2) BauGB (sparsamer und schonender Umgang mit Grund und Boden, Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung). Weiterhin soll die Notwendigkeit der Umwandlung von landwirtschaftlichen Flächen und Wald begründet sein.

Bestand: Im Plangebiet stehen v.a. in ihrer Schutzwürdigkeit nicht bewertete Braunerden des Bodentyps B32i an. Die Bodenwertzahl liegt zwischen 20 und 45. Im nordöstlichen Teil des FNP ist eine schutzwürdige Braunerde mit großem Wasserrückhaltevermögen des Bodentyps B34j mit einer Bodenwertzahl zwischen 35 und 60 anzutreffen, die als Wasserspeicher im 2-Meter-Raum mit hoher Funktionserfüllung als Regulations- und Kühlungsfunktion fungiert.

Im Plangebiet sind durch die landwirtschaftliche Betriebsstätte bereits 17.281 m² Fläche versiegelt und teilversiegelt oder weitgehend verändert (Paddocks, Dunglager, Staugewässer, Gärten).

Bewertung der Planung: Es sind ausschließlich landwirtschaftliche Flächen betroffen. Als Prämisse dieser Bauleitplanung muss das ausgewogene Verhältnis zwischen dem benötigten landwirtschaftlichen Gebäudebestand und der Erhaltung ausreichender hofnaher Grünlandflächen, als Grundvoraussetzung für eine landwirtschaftliche Pferdehaltung, gewahrt werden. Dies ist durch Festsetzungen im Bebauungsplan zu gewährleisten.

Folgende Erfordernisse der Raumordnung sind, ebenfalls durch entsprechende Festsetzungen, abschließend im Bebauungsplan zu beachten:

- Gemäß Grundsatz 7.1-1 LEP, Ziel 13 und Grundsatz 9 Abs. 1 des Regionalplanes ist die Inanspruchnahme von Freiraum auf den unbedingt notwendigen Rahmen zu begrenzen.
- Mit Bezug auf Ziel 18 und Grundsatz 11 des Regionalplanes ist die beabsichtigte Planung auf den unbedingt erforderlichen Rahmen zu begrenzen, flächensparend auszuführen und landschaftsraumangepasst zu gestalten.

Geplante Ausgleichs-/Vermeidungsmaßnahmen: Im Hinblick auf Grundsatz 7.1-4 Abs. 1 LEP ist der o.g. schutzwürdige Boden durch entsprechende Festsetzungen abschließend im Bebauungsplan zu berücksichtigen. Ein Eingriff in schutzwürdige Bodentypen kann z.B. durch eine Zusatzbewertung i.R.d. gesetzlichen Eingriffsregelung kompensiert werden.

Überschlägige Prognose der zu erwartenden Umweltauswirkungen: Eine Bewertung des Vorhabens kann erst nach Festlegung des Nutzungsmaßes im Bebauungsplanverfahren abschließend beurteilt werden.

2.1.4 Schutzgut Wasser

Gewässer sind Bestandteil des Naturhaushaltes, Lebensraum für Tiere und Pflanzen und gehören zu den Lebensgrundlagen des Menschen. Bei der Betrachtung dieses Schutzgutes sind somit Einflüsse auf den Grundwasserhaushalt, die Grundwasserqualität sowie der Zustand von fließenden und ruhenden Gewässern von Bedeutung.

Weiterhin ist ein sachgerechter Umgang mit Abwässern (und Abfällen) zu sichern.

Bestand: Im Plangebiet befinden sich keine Gewässer oder Schutzgebiete nach der Definition des Wasserrechtes. Es sind keine grundwasserabhängigen Ökosysteme betroffen.

Nach Angaben des Betreibers werden die meisten Dachflächen in Zisternen und einem Regenrückhaltebecken entwässert. Aus diesen Speichern erfolgt eine Regenwassernutzung, z.B. zur Bewässerung des Reitplatzes und der Reithalle.

Die Entsorgung von Schmutzwasser erfolgt über eine vom Eigentümer der Flächen privat betriebene vollbiologische Kläranlage innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans.

Bewertung der Planung: Durch Bebauung und Versiegelung von Flächen wird der Oberflächenabfluss erhöht und die Grundwasserneubildung reduziert.

Durch die festgesetzte Art der baulichen Nutzung wird kein Umgang mit wassergefährdenden Stoffen begründet.

Geplante Vermeidungsmaßnahmen: Die Nutzung von Systemen zur Regenwassernutzung oder Versickerung wird empfohlen.

Gemäß § 4 Abfallbeseitigungsgesetz dürfen Abfälle nur auf der dafür vorgesehenen Deponie abgelagert werden. Hierbei ist die Satzung über die Abfallentsorgung der Stadt Siegen in der jeweils gültigen Fassung maßgebend.

Überschlägige Prognose der zu erwartenden Umweltauswirkungen: Im Bebauungsplanverfahren sind der Umgang mit Niederschlagswasser und die Regenwassernutzung abschließend zu regeln.

2.1.5 Schutzgut Klima und Luft

Verunreinigungen der Luft durch Emissionen (u. a. Industrie, Energie- und Wärmeversorgung, Verkehr und Landwirtschaft) sollten i. R.d. Bauleitplanung beschränkt werden. Dort, wo sie nicht vermeidbar sind, geht es darum, die allgemeinen Anforderungen an gesunde Arbeits- und Wohnverhältnisse zu sichern. Ziel ist die Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität.

Die sparsame und effiziente Nutzung von Energie, sowie die Nutzung erneuerbarer Energien soll gefördert werden. Zusätzlich geht es bei der Reduzierung des CO₂-Ausstoßes um einen zentralen Beitrag zum Klimaschutz.

Beim Schutz des Lokalklimas geht es um die Berücksichtigung klimabedeutsamer Flächen, die aufgrund der Vegetationsstruktur, Topographie und Lage geeignet sind für Luftreinhaltung, Temperatúrausgleich, Lüfterneuerung und Ventilation zu sorgen.

Nicht zuletzt ist dem Klimaschutz durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken sowie durch Anpassungen an den Klimawandel Rechnung zu tragen.

Bestand: Im Plangebiet treten v.a. Emissionen durch landwirtschaftliche Nutzung sowie Energie- und Wärmeversorgung auf.

Die von der Erweiterung betroffenen Grünlandbereiche haben Bedeutung als Kaltluftentstehungsgebiet. Der Abfluss erfolgt nach Osten und Westen in die anschließenden Tallagen, bzw. in die Ortslage von Breitenbach. Der Kaltluftabfluss ist, durch Gehölze und Waldbereiche, jedoch nicht uneingeschränkt.

Bewertung der Planung: Das Klimageschehen in Breitenbach wird wahrscheinlich auch zukünftig weitestgehend von den Freiflächen des Außenbereiches bestimmt, eine spürbare Verschlechterung des örtlichen Klimas ist nicht zu erwarten.

Geplante Vermeidungsmaßnahmen: Die sparsame und effiziente Energienutzung ist durch die Beachtung der Energieeinsparverordnung (EnEV i.V.m. DIN V 18599) i. R.d. Baugenehmigungsverfahren gewährleistet.

Die Nutzung der Sonnenenergie durch Solaranlagen auf Dachflächen wird empfohlen.

Überschlägige Prognose der zu erwartenden Umweltauswirkungen: Durch die Festsetzungen von Art und Maß der Nutzung im Bebauungsplan sind außergewöhnliche Erhöhungen von Emissionen aus dem Plangebiet auszuschließen.

2.1.6 Schutzgut Landschaft

Bei der Betrachtung der Landschaft als Schutzgut stehen das Landschaftsbild bzw. die optischen Eindrücke des Betrachters im Vordergrund. Neben dem Erfahren und Erleben der natürlich gewachsenen Landschaften, wie auch der Kulturlandschaften, geht es um deren Informations- und Dokumentationsfunktion in Bezug auf gesellschaftliche und natürliche Veränderungsprozesse.

Bestand: Der ehemalige Aussiedlerhof ist bereits seit 25 Jahren auf Pferdehaltung und -betreuung spezialisiert und seitdem kontinuierlich gewachsen. Der Betrieb ist Bestandteil eines Wald-Offenland-Mosaiks. Als vorbelastende Landschaftsbildstörungen befinden sich eine Hochspannungsleitung und eine Windenergieanlage im Umfeld des Plangebietes.

Bewertung der Planung: Dieses Teilmedium muss unter besonderer Berücksichtigung seiner Lage im Landschaftsschutzgebiet Siegen und in einer Landschaftsbildeinheit mit herausragender Bedeutung für das Landschaftsbild betrachtet werden.

Geplante Vermeidungsmaßnahmen: Auf Ebene dieses „FNP“ sind keine Vermeidungsmaßnahmen geplant.

Überschlägige Prognose der zu erwartenden Umweltauswirkungen: Eine Bewertung des Vorhabens kann erst nach Festlegung des Nutzungsmaßes und Gestaltungsfestlegungen im Bebauungsplanverfahren abschließend beurteilt werden.

2.1.7 Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter

Hierunter sind Güter zu verstehen, die Objekte von gesellschaftlicher Bedeutung als architektonisch wertvolle Bauten (z. B. Gebäude, gärtnerische Anlagen und andere von Menschen geschaffene Landschaftsteile) oder archäologische Schätze darstellen und deren Nutzbarkeit durch das Vorhaben eingeschränkt werden könnte.

Bestand: Das Plangebiet befindet sich aus der Fachsicht Archäologie im Kulturlandschaftsbereich KLB A 31.3 „Steinzeitliche Fundstellenregion und Montanlandschaft Siegerland“. Der LWL gibt hierzu folgende Empfehlung: „Da natürlich zukünftig zur Umsetzung notwendiger Erschließungsmaßnahmen für Bebauung, Infrastruktur oder Windparks, forstwirtschaftlicher Nutzung sowie Bergerkundungs- und Sicherungsarbeiten Bodeneingriffe auch in archäologisch sensiblen Bereichen nicht zu vermeiden sind, ist die Beeinträchtigung der Fundstellen so minimal wie möglich zu halten und diese im Vorfeld archäologisch zu untersuchen.“

Nördlich und westlich des Plangebietes grenzen Waldflächen an.

Bewertung der Planung: Die Empfehlung des LWL, eine archäologischen Untersuchung im Vorfeld der Planung durchzuführen, wird nicht aufgegriffen.

Teile der vorgesehenen Bebauung können u.U. im Sicherheitsabstand zum Wald (30 m) liegen. Durch umstürzende Bäume können, als sonstige Sachgüter, Gebäude beschädigt werden.

Geplante Vermeidungsmaßnahmen: Der Umgang mit archäologischen Funden ist durch Festsetzung folgendermaßen geregelt:

Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Stadt Siegen als Unterer Denkmalbehörde und / oder der LWL-Archäologie für Westfalen, Außenstelle Olpe (Tel.: 02761/ 93750; Fax: 02761/ 937520) unverzüglich anzuzeigen und die Entdeckungsstätte mindestens drei Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten (§§ 15 und 16 Denkmalschutzgesetz NRW), falls diese nicht vorher von den Denkmalbehörden freigegeben wird.

In der Begründung wird folgender Hinweis bei Unterschreitung des Waldabstandes gegeben: Liegen bei Antragsstellung auf Baugenehmigung Bauobjekte im Sicherheitsabstand zum Wald (Sicherheitsabstand 30 Meter), ist der Abschluss eines Haftungsausschlusses (Haftungsverzichtserklärung) inkl. eines Verzichts auf künftige Forderungen zwingend und der Forstverwaltung der Stadt Siegen vorzulegen.

Überschlägige Prognose der zu erwartenden Umweltauswirkungen: Bei Beachtung und Umsetzung der genannten Vermeidungsmaßnahmen sind voraussichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen zu befürchten.

2.1.8 Wechselwirkungen

Die nach den Vorgaben des Baugesetzbuches zu betrachtenden einzelnen Schutzgüter beeinflussen sich gegenseitig in unterschiedlichem Maße. Dabei sind Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern sowie Wechselwirkungen aus Verlagerungseffekten und komplexe Wirkungszusammenhänge unter den in den Kapiteln 2.1.2 bis 2.1.7 beschriebenen Schutzgütern zu betrachten.

Die Anzahl ökosystemarer Wechselbeziehungen in einem Landschaftsraum sind potenziell unendlich. Aufgrund theoretischer (wissenschaftliche Kenntnislücken) und praktischer (unverhältnismäßig hoher Untersuchungsaufwand) Probleme ist eine vollständige Erfassung aller Wechselbeziehungen im Rahmen einer Umweltprüfung im Sinne einer wissenschaftlichen Ökosystemanalyse nicht möglich. Folglich werden nur die Wechselwirkungen erfasst und bewertet, die ausreichend gut bekannt und untersucht sind und die im Rahmen der Umweltprüfung entscheidungserheblich sein können.

Überschlägige Prognose der zu erwartenden Umweltauswirkungen: Eine Bewertung der Wechselwirkungen des Vorhabens kann erst nach Festlegung des Nutzungsmaßes im Bebauungsplanverfahren abschließend beurteilt werden.

2.1.9 Voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung

Bei Nichtdurchführung der Planung kann davon ausgegangen werden, dass die derzeitige landwirtschaftliche Nutzung beibehalten wird und die in den vorangegangenen Kapiteln beschriebene Umweltwirkung der Schutzgüter weitgehend unverändert bleibt.

2.2 Prognosen zur Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung

Als mögliche erhebliche Auswirkungen bei Durchführung der Planungen in der Bau- und Betriebsphase konnten in den vorangegangenen Kapiteln keine Punkte analysiert werden.

Eine abschließende Beurteilung muss jedoch auf die nächst Planungsebene, das Bebauungsplanverfahren, verschoben werden. Hierbei müssen insbesondere Vermeidungs-, Verminderungs- und Ausgleichsmaßnahmen berücksichtigt werden.

2.3 Anderweitige Planungsmöglichkeiten

Im Rahmen der Aufstellung des aktuell wirksamen FNP der Stadt Siegen erfolgten für den Standort keine Einzel- oder Sonderausweisungen. Höfe bzw. Hofstellen in ländlichen Gebieten wurden allgemein als Flächen für die Landwirtschaft ohne spezielle Nutzungsart der Betriebe ausgewiesen. Eine Alternativprüfung auf der Ebene des Gesamt-FNP für eine grundsätzliche Standortauswahl für dieses Sondergebiet erfolgte dort daher nicht.

Eine Verlagerung der Planung in andere Bereiche des Stadtgebietes ist wegen der benötigten landwirtschaftlichen Strukturen im Außenbereich (Hofstelle) sowie anderweitiger Umstände (bestehende Strukturen, Mehr-Generationenbetrieb) nicht umsetzbar. Dies würde zudem der Zielsetzung widersprechen den vorhandenen Standort planerisch zu sichern.

Alternativen zum jetzt betriebenen Standort mit geringeren Umweltauswirkungen dürften daher nicht bestehen.

Alternativen zu den Planungsinhalten wurden geprüft, u.a. die Beibehaltung der Ausweisung als Fläche für Landwirtschaft, was aber aufgrund der ausgewiesenen Spezialisierung des Hofes als nicht zielführend erachtet wurde. Bezüglich des Baugebietes wurde eine Ausweisung als „Sondergebiet, das der Erholung dient“ erörtert, was jedoch die Hauptnutzung nicht exakt wiedergibt und bezüglich der damit verbundenen fremdenverkehrlichen Funktion regionalplanerische Bedenken auslöst. Daher wurde davon Abstand genommen.

2.4 Berücksichtigung der Belange des Störfallschutzes

Es sind weder Schutzbereiche von Störfallbetrieben betroffen noch werden Nutzungen ausgewiesen, die eine Störfallrelevanz aufweisen können. Es sind somit keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen nach § 1 (6) Nr. 7 Buchstabe j zu erwarten. Der Belang des Störfallschutzes ist angemessen berücksichtigt.

3. Zusätzliche Angaben

3.1 Verfahren und Methoden der Untersuchung

Die Erhebung und Bewertung der Umweltschutzelange erfolgte in Anlehnung an die im Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung vorgesehenen „Kriterien für die Vorprüfung im Rahmen einer Umweltverträglichkeitsprüfung“ (Anlage 3 des UVPG vom 18. März 2021 BGBl. I S. 540, geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 10. September 2021 BGBl. I S. 4147) und die vom RP-Gießen zusammengestellten Erläuterungen „Die UVP in der Bauleitplanung nach dem seit 3.8.01 geltenden Recht“.

Für den Bereich des Naturschutzes und der Landschaftspflege wurden v.a. die Ergebnisse des Landschaftsplanes und verschiedener Umweltdatenbanken verwendet und in einem landschaftspflegerischen Begleitplan zusammengestellt. Die Überprüfung von Arten erfolgte u.a. nach der gemeinsamen Handlungsempfehlung von Landes-Ministerien 2010: „Artenschutz in der Bauleitplanung und bei der baurechtlichen Zulassung von Vorhaben“ und wurde in einer Artenschutzprüfung zusammengestellt.

Aufbau und Struktur dieses Umweltberichtes erfolgt in Anlehnung an die „Arbeitshilfe zu den Auswirkungen des EAG Bau 2004 auf die Aufstellung von Bauleitplänen“³.

Auf der Ebene des FNP wurden die Umweltauswirkungen soweit prüfbar dargelegt. Durch die FNP-Änderung selbst werden keine erheblichen Umweltauswirkungen verursacht. Daher wird nach § 2 Abs. 4 Satz 5 BauGB zusätzliche oder andere erhebliche Umweltauswirkungen im Umweltbericht des Bebauungsplans bearbeitet.

3.2 Überwachungsmaßnahmen bei erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt

Die Umweltüberwachung konzentriert sich auf erhebliche Umweltauswirkungen. Somit ist die Kommune nicht verpflichtet, alle umweltrelevanten Festsetzungen und Auswirkungen der Planung umfassend und regelmäßig zu kontrollieren. Folgende Eingrenzung der überwachungspflichtigen Auswirkungen bietet sich nach den Regelungen des § 4c BauGB an:

In Kapitel 2.2 konnte keine Prognose über erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt i. S. d. UVPG erfolgen. Überwachungsmaßnahmen aufgrund von Prognosen können deshalb nicht formuliert werden.

Erhebliche Umweltauswirkungen wegen fehlenden Vollzugs sollten auf Festsetzungen des Bebauungsplanes bezogen sein und sind daher auf dieser Planungsebene abschließend zu besprechen.

3.3 Zusammenfassung

Mit diesem Umweltbericht wurde überprüft, ob durch diese Bauleitplanung erhebliche Auswirkungen auf die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, vorbereitet werden. Hierzu gehören:

- Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima und das Wirkungsgefüge zwischen ihnen, Landschaft, biologische Vielfalt
- Erhaltungsziele und Schutzzwecke von Gebieten mit gemeinschaftlicher Bedeutung

³ Siehe Fußnote 4

- Umweltbezogene Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit, auf die Bevölkerung, Kulturgüter sowie sonstige Sachgüter
- Vermeidung von Emissionen, sachgerechter Umgang mit Abfällen und Abwässern
- Nutzung erneuerbarer Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie
- Darstellungen von Fachplänen
- Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Belangen des Umweltschutzes
- Sparsamer und schonender Umgang mit Grund und Boden sowie Flächenverbrauch
- Wiedernutzbarmachung, Nachverdichtung und Innenentwicklung von Flächen
- Beurteilung von Vermeidung, Verminderung und Ausgleich von Eingriffen in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild (Eingriffsregelung)

Die Gemeinde hat hierzu im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung mit den Fachbehörden den Umfang und Detaillierungsgrad der Ermittlungen festgelegt, welcher sich nach gegenwärtigem Wissensstand und allgemein anerkannten Prüfmethoden als angemessen für diesen Bebauungsplan ergibt.

Auf der Ebene des FNP erfolgt kein Eingriff, die FNP-Änderung dient der Umsetzung der Bebauungsplanung Nr. 431 „Reitstall Daub. Die auf der Ebene des FNP damit zusammenhängenden Umweltauswirkungen wurden soweit dargelegt, wobei durch die FNP-Änderung keine erheblichen Umweltauswirkungen verursacht werden. Gemäß § 2 (4) Satz 5 BauGB werden die durch den konkreten Eingriff verursachten erheblichen Umweltauswirkungen im Umweltbericht zum Bebauungsplanverfahren bearbeitet. Hierbei wurde eine Umweltprüfung und eine Eingriffsbilanzierung durchgeführt, anhand derer durch Kompensationsmaßnahmen das Ausgleichsdefizit ausgeglichen wird und somit die Umweltauswirkungen kompensiert werden.

3.4 Quellenangaben

Die verwendeten Gutachten, Erlasse und Leitfäden sind in Kapitel 3.1 aufgeführt. Berücksichtigte Fachgesetze und Planungen sind in Kapitel 1.2 aufgelistet. Auf spezielle Leitfäden, Fachgutachten etc. für die einzelnen Schutzgüter wird in Kapitel 2 hingewiesen.

Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP) und Artenschutzvorprüfung (ASP I)

*zur 101. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt
Siegen Bereich „Reitstall Daub“ im Stadtteil Siegen -
Breitenbach*

Uwe Meyer

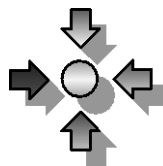
Dipl. Ing. (FH) Dipl. Ökologe

Landschaftsplanung

Stadtplanung

Ökologie

Forst



Stand: Fassung zur Genehmigung, Februar 2022

Inhaltsangabe

1 Einleitung und Aufgabenstellung	3
2 Bestandserfassung.....	3
2.1 Vorliegende Daten- und Informationsgrundlagen	3
2.2 Biotoptypenkartierung und faunistische Potenzialkartierung.....	6
3 Schutzkategorien	7
3.1 Schutzgebiete.....	7
3.2 Umwelthaftung	7
4 Artenschutz.....	7
4.1 Rechtsgrundlage	7
4.2 Vorprüfung	8
4.2.1 Vorprüfung des Artenspektrums.....	8
4.2.2 Vorprüfung der Wirkfaktoren.....	9
4.2.3 Fazit der Vorprüfung	9
5 Eingriffsregelung	10
5.1 Rechtliche Würdigung und Prüfung der Eingriffsrelevanz	10

1 Einleitung und Aufgabenstellung

Die Universitätsstadt Siegen betreibt die 101. Änderung des Flächennutzungsplans Bereich „Reitstall Daub“ im Stadtteil Siegen - Breitenbach.

Mit der 101. Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Hochschulstadt Siegen für den Bereich Breitenbach im Bereich „Reitstall Daub“ wird die Voraussetzung zur Schaffung von sonstigen Sondergebieten, mit der Zweckbestimmung „Reiterhof mit ergänzenden Nutzungen“ geschaffen. Diese FNP-Änderung wird im nachfolgenden Text des Umweltberichtes mit „FNP“ abgekürzt.

Als Prämisse dieser Bauleitplanung muss das ausgewogene Verhältnis zwischen dem benötigten Gebäudebestand und der Erhaltung ausreichender hofnaher Grünlandflächen, als Grundvoraussetzung für eine landwirtschaftliche Pferdehaltung, gewahrt werden.

In diesem Fachbeitrag wird die gesetzliche Eingriffsregelung nach § 18 BNatschG bzw. BauGB, die Berücksichtigung von Schutzkategorien (z.B. nach BNatSchG und USchadG) und der besondere Artenschutz nach §§ 44 ff BNatSchG bearbeitet.

2 Bestandserfassung

Die Reitstallanlage mit Reithalle, Reitplatz, Stallgebäuden, wassergebundenen Flächen und Wohnhäusern liegt östlich von Siegen-Breitenbach auf einer Höhe von etwa 415 m ü. NHN und ist meist umgeben von Grünland. Das Grünland westlich, östlich und südöstlich der Stallgebäude besteht aus intensiv genutzte Fettweiden die teilweise in schmale Pferdekoppeln unterteilt sind. Zum Teil wurden Flächen neu eingesät.

Im Süden grenzt ein Fichtenhochwald an. Nördlich und südöstlich grenzen größere Weide- und Wiesenflächen an.

Am Westrand des großen Sandplatzes befindet sich ein Überlaufbecken für oberflächlich ablaufendes Regenwasser, welches vermutlich zeitweise trockenfällt. Ein Regenrückhaltebecken (RRB) befindet sich östlichen Plangebiet. Nach Angaben des Betreibers werden die meisten Dachflächen in Zisternen und dieses RRB entwässert. Aus diesen Speichern erfolgt eine Regenwassernutzung, z.B. zur Bewässerung des Reitplatzes und der Reithalle.

Östlich der Stallanlage befindet sich eine Allee aus alten Stieleichen. Gegenüber der Reithalle steht entlang der Zufahrtsstraße eine Allee aus Mammutbäumen. Im südlichen Bereich befindet sich eine kleine Weihnachtsbaumkultur.

Der ehemalige Aussiedlerhof ist bereits seit 25 Jahren auf Pferdehaltung und -betreuung spezialisiert. Aktuell werden in Offenstallhaltung 70 Pferde beherbergt. Die angewandte Paddock, Laufstall und Herdenhaltung benötigt weitläufige Weiden, da das Grünland durch Pferdetritt deutlich stärker belastet wird als durch andere Weidetiere. So ist v.a. das hofnahe Grünland durch intensive Weidenutzung und wechselnde Neuansaatflächen geprägt.

2.1 Vorliegende Daten- und Informationsgrundlagen

Zunächst werden die nachfolgend aufgeführten Daten- und Informationsgrundlagen ausgewertet.

Untere Naturschutzbehörde des Kreises

Im Plangebiet befinden sich naturschutzrechtliche Ausgleichsflächen bzw. -maßnahmen, die i.R. von Baugenehmigungsverfahren bestimmt wurden. Die entsprechenden Räume sollten im Rahmen der Bebauungsplanung gesichert werden.

Landschaftsplan der Stadt Siegen¹: Im Landschaftsplan Siegen vom 16.12.2008 (LP) wird für den nicht bebauten Außenbereich, also auch für das Plangebiet, ein großräumiges Landschaftsschutzgebiet (LSG) ausgewiesen.

Die Pflege- und Entwicklungskarte sieht die Umwandlung der Mammutbaum-Alle und anderer Nadelholzbestände in Grünland vor (Maßnahme W 27). Außerdem wird die Anpflanzung von Laubbäumen empfohlen (Maßnahme A 58). Für diese Bereiche sieht die Entwicklungskarte das Ziel „Wiederherstellung“ vor.

Naturschutzinformationssystem @LINFOS²: Auch hier werden für das Plangebiet keine weiteren Schutzkategorien ausgewiesen.

Die südlich des Plangebietes angrenzenden Fichtenforste gehören zur Biotopverbundfläche von besonderer Bedeutung VB-A-5014-014. „Laubwälder Rabenhain und Hohe Ley“. Das Schutzziel dieser Einheit lautet: „Erhaltung großflächiger Laubwald-Biotope einschließlich eingelagerter Quellen und Quellbäche als naturnaher ökologischer Ausgleichsraum in direkter Nachbarschaft zum Siegener Verdichtungsraum.“

In einer Entfernung von 60 m südöstlich des Plangebietes befindet sich die Biotopkatasterfläche BK-5114-073 „Niederwaldreste östlich Breitenbach“. Als Schutzziel ist formuliert: Schutz und Erhaltung von Niederwäldern; Erhaltung der Laubholzbestockung.

Fachinformationssystem ELWAS-WEB³: Schutzgebiete nach Wasserrecht befinden sich nicht im Plangebiet.

Das Fachinformationssystem hält auch die Geobasisdaten NRW 2013 vor: Im Plangebiet stehen v.a. in ihrer Schutzwürdigkeit nicht bewertete Braunerden des Bodentyps B32i an. Die Bodenwertzahl liegt zwischen 20 und 45. Im nordöstlichen Teil des BP ist eine Braunerde des Bodentyps B34j mit einer Bodenwertzahl zwischen 35 und 60 anzutreffen, die als Wasserspeicher im 2-Meter-Raum mit hoher Funktionserfüllung als Regulations- und Kühlungsfunktion fungiert.

Planungsrelevante Arten für Quadrant 2 im Messtischblatt 5114 Siegen⁴: Die Liste der planungsrelevanten Arten für Quadrant 2 im Messtischblatt 5114 Siegen wird beachtet.

Landschaftsbild⁵: Der Fachbeitrag „Naturschutz und Landschaftspflege; Teilbeitrag Landschaftsbild, Landschaftsbereiche mit herausragender Bedeutung für den Kreis Siegen-Wittgenstein“ ordnet das weitere Anlagenumfeld der Landschaftsbildeinheit LB 3.1-C (33)

¹ www.siegen-wittgenstein.de/

Kurzmen%C3%BC/Suchergebnis/index.php?La=1&object=tx,2170.482.1&kat=&quo=2&sub=0

² <https://www.naturschutzinformationen.nrw.de/coyo/login>

³ <https://www.elwasweb.nrw.de/elwas-web/index.jsf>

⁴ <http://artenschutz.naturschutzinformationen.nrw.de/artenschutz/de/arten/blatt>

⁵ LANUV 2005

Wald-Offenland-Mosaik-Landschaftsbildeinheit „Siegerland - Südliches Siegener Bergland“ zu. Die Bewertung dieser Einheit ist mit 3,66 von 4,00 möglichen Punkten hoch, sie ist von herausragender Bedeutung. Neben der Erhaltung dieser Einheit wird ein weitgehender Verzicht auf großflächige Erstaufforstungen und Weihnachtsbaumkulturen empfohlen.

In der Beschreibung der Landschaftsbildeinheit bzw. in den allgemeinen Erläuterungen des Landschaftsplanes zum Landschaftsschutzgebiet wird für das Wald-Offenland-Mosaik im Berg- und Hügelland keine landschaftsstrukturelle oder kulturhistorische Besonderheit geschildert. Ebenso fehlen Angaben zu markanten Einzelschöpfungen. Als besonders charakteristische Landschaftselemente werden die zahlreichen extensiv landwirtschaftlich genutzten Fluss- und Bachtäler genannt.

Auch nach der Bewertung der Landschaftsbildeinheiten in NRW durch die LANUV (Stand 09.03.2017)⁶ hat diese Einheit eine herausragende Bedeutung für das Landschaftsbild.

Kulturlandschaft⁷: Das Plangebiet befindet sich aus der Fachsicht Archäologie im Kulturlandschaftsbereich KLB A 31.3 „Steinzeitliche Fundstellenregion und Montanlandschaft Siegerland“. Der LWL gibt hierzu folgende Empfehlung:

„Da natürlich zukünftig zur Umsetzung notwendiger Erschließungsmaßnahmen für Bebauung, Infrastruktur oder Windparks, forstwirtschaftlicher Nutzung sowie Bergerkundungs- und Sicherungsarbeiten Bodeneingriffe auch in archäologisch sensiblen Bereichen nicht zu vermeiden sind, ist die Beeinträchtigung der Fundstellen so minimal wie möglich zu halten und diese im Vorfeld archäologisch zu untersuchen.“

Unzerschnittene, verkehrsarme Räume⁸: Räume mit geringer Zerschneidung, Zersiedlung und Verlärmung (UZVR) stellen eine endliche Ressource dar und können, wenn überhaupt, nur mit großem Aufwand wiederhergestellt werden. Sie bieten für Tierarten mit speziellen Anforderungen an kaum zerschnittene, zusammenhängend störungsarme Räume die benötigte Lebensgrundlage. Die Zerschneidung von Räumen wirkt sich auch auf das Landschaftsbild und damit die historisch gewachsenen Kulturlandschaften aus. Die Landesanstalt LANUV unterteilt und bewertet nach der Größe dieser zusammenhängenden Räume folgende UZVR Größenklassen [km²]:

1-5	5-10	10-50	50-100	>100
-----	------	-------	--------	------

Das gesamte Anlagenumfeld liegt in der in NRW am häufigsten vertretenen Größenklasse zwischen 10 - 50 km² und hat damit nur eine mittlere Bedeutung für dieses Schutzgut.

Biologische Station Siegen-Wittgenstein: Nach mündlicher Information liegen der Biostation keine vertiefenden Daten und Informationen zum Plangebiet vor.

⁶ http://bk.naturschutzinformationen.nrw.de/bk/web/babel/media/20181005_lbe_internet.pdf

⁷ https://www.lwl.org/@/files/30441081/a0_hochformat-karte-3.pdf

⁸ <http://www.naturschutzinformationen-nrw.de/uzvr/de/einleitung>

2.2 Biotoptypenkartierung und faunistische Potenzialkartierung

Eigene Bestandserhebungen erfolgten im April 2019 durch Portig-Frede GbR. Zur Abgrenzung der Biotoptypen wurde das LANUV-Verfahren von 2008 „Numerische Bewertung von Biotoptypen für die Eingriffsregelung in NRW“ verwendet.

Die in Kapitel 2 verbal beschriebenen Biotoptypen im Plangebiet werden nach dem Bewertungsverfahren folgendermaßen codiert und bewertet:

VF0-1	Versiegelte Flächen (Gebäude, Straßen etc.). Regenwasser wird über das bestehende Entwässerungssystem oder über eine entsprechende Rückhaltung der Versickerung zugeführt. Teilweise Verwendung zur Bewässerung der Reitanlagen und damit ortsnahe Rückführung zum Grundwasser.	0,75
VF1	Teilversiegelte Flächen (Schotterwege und -flächen, wassergebundene Decken, offener Reitplatz etc.)	1
VF1	Pferde-Paddocks, stark verdichtetes Grünland mit Materialeintrag (Holzhäcksel etc.); Dunglager	1
FH, wf4	Staugewässer: Regenauffangbecken im Osten und Rückhaltebecken für Oberflächenwasser im Westen, naturfern	2
HJ, ka4 + mc1	Zier- und Nutzgärten, Rasenflächen	2
VB7, stb3	Stark frequentierter Pferdeauslauf auf Rohboden, nährstoffreich	3
EA3	Neueinsaat Feldgras	2
EA, xd3	Intensivmähweide, artenarm	3
EA, xd5	Intensivmähweide, mäßig artenreich	4
HJ7, eh5	Weihnachtsbaumkultur mit Grünlandvegetation	3
HM, xd4	Grünanlage strukturarm, geringer Baumbestand	3
BF, ta1-2	Baumreihe aus nicht lebensraumtypischen Baumarten, Baumholz	4
BF, BF3 ta1-2	Baumreihen, Einzelbäume aus lebensraumtypischen Baumarten, Baumholz Hierzu gehören auch die mit A1 bis A8 im BP festgesetzten Kompensationsmaßnahmen aus bestehenden Baugenehmigungen.	7

Tabelle 1: Nutzungs- und Biotoptypen

3 Schutzkategorien

3.1 Schutzgebiete

Landschaftsschutzgebiet: Hier sind alle Handlungen verboten, die den Charakter des Landschaftsschutzgebietes verändern können, dessen Schutzzweck zuwiderlaufen oder die zu einer nachhaltigen Schädigung des Naturhaushalts oder zur Verunstaltung des Landschaftsbildes führen können. Verboten ist insbesondere, bauliche Anlagen im Sinne von § 2 Abs. 1 BauO NRW zu errichten.

Widerspricht der Träger der Landschaftsplanung im Flächennutzungsplanänderungsverfahren nicht dieser Bauleitplanung, treten die o.g. widersprechenden Darstellungen und Festsetzungen des Landschaftsplanes mit dem Inkrafttreten des Bebauungsplanes gemäß § 20 (4) LNatSchG außer Kraft.

Biotopkatasterflächen/Biotopverbundflächen: Die an das Plangebiet angrenzenden Biotopkataster- und Biotopverbundflächen weisen als Schutzzweck und Erhaltungsziel naturnahe Laubwaldbestände aus. Da diese Strukturen im Plangebiet nicht vorkommen, werden die bestehenden Schutzzwecke und Erhaltungsziele der Biotopflächen durch die Planung nicht berührt.

3.2 Umwelthaftung

Aufgrund des Umweltschadensgesetzes können den für einen Umweltschaden Verantwortlichen Informations-, Gefahrenabwehr- und Sanierungspflichten treffen. Als Umweltschaden definiert ist u.a. die Schädigung von bestimmten natürlichen Lebensräumen, z.B. von Lebensraumtypen des Anhangs I der FFH-RL. Entsprechende Lebensräume wurden nicht angetroffen.

4 Artenschutz

4.1 Rechtsgrundlage

Der Artenschutz im Rahmen von Planungs- und Zulassungsverfahren richtet sich nach §§ 44 ff Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG).

Insgesamt konzentriert sich das Artenschutzregime bei Planungs- und Zulassungsverfahren auf die europäisch geschützten FFH-Anhang-IV-Arten und die europäischen Vogelarten. Die nur national besonders geschützten Arten müssen bei normalen Bebauungsplänen im Rahmen der Eingriffsregelung berücksichtigt werden.

Nach § 44 (1) BNatSchG sind für alle o.g. Arten folgende Zugriffsverbote einzuhalten:

1. Tötungsverbot für besonders geschützte Arten:
Hierzu zählt Nachstellen, Fangen, Verletzen und Töten von wild lebenden Tieren sowie, für ihre Entwicklungsformen, Entnehmen aus der Natur, Beschädigen oder Zerstören (Satz 1).
2. Störungsverbot für streng geschützte Arten und europäische Vogelarten:
Während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten ist es verboten Tiere so erheblich zu stören, dass sich der Erhaltungszustand der lokalen Population verschlechtert. Dies entspricht faktisch einem ganzjährigen Störungsverbot (Satz 2).

3. Lebensstättenschutz für besonders geschützte Arten:

Ebenso dürfen ihre Fortpflanzungs- oder Ruhestätten nicht aus der Natur entnommen, beschädigt oder zerstört werden (Satz 3).

4. Wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten:

In der Aufstellung der geschützten Pflanzen im Kreis Siegen-Wittgenstein (UNB) ist keine der in NRW planungsrelevanten Arten aufgeführt.

Das LANUV NRW hat für Nordrhein-Westfalen eine naturschutzfachlich begründete Auswahl der Arten getroffen, die bei der artenschutzrechtlichen Prüfung einzeln zu betrachten sind. Diese Arten werden in NRW „planungsrelevante Arten“ genannt. Berücksichtigt wurde die aktuelle Liste „Erhaltungszustand und Populationsgrößen der planungsrelevanten Arten in NRW“ (LANUV, 14.06.2018).

Die übrigen in NRW vorkommenden europäischen Vogelarten werden hierbei nicht berücksichtigt. Bei diesen kann im Regelfall davon ausgegangen werden, dass wegen ihrer Anpassungsfähigkeit und des landesweit günstigen Erhaltungszustandes bei vorhabenbedingten Beeinträchtigungen nicht gegen die Zugriffsverbote verstoßen wird.

Dem Plangeber dieses Bauleitplanes obliegt es im Verfahren der Planaufstellung vorausschauend zu ermitteln und zu beurteilen, ob die vorgesehenen Festsetzungen auf unüberwindbare artenschutzrechtliche Hindernisse treffen würden und von Festsetzungen, denen dauerhaft ein rechtliches Hindernis in Gestalt artenschutzrechtlicher Verbote entgegenstünde, Abstand zu nehmen.

Die Artenschutzprüfung erfolgt nach der gemeinsamen Handlungsempfehlung von Landesministerien 2010: Artenschutz in der Bauleitplanung und bei der baurechtlichen Zulassung von Vorhaben.

4.2 Vorprüfung

Die Grundlagen für diese Vorprüfung wurden in den Kapiteln 2 und 3 erarbeitet und dargestellt. Aufgrund dieser Informationen wird durch eine überschlägige Prognose geklärt, ob und ggf. bei welchen Arten artenschutzrechtliche Konflikte auftreten können.

Können die in dieser Potenzial-Risiko-Analyse aufgeführten Vermeidungsmaßnahmen nicht eingehalten werden, sind vor Baubeginn vertiefende Bestandserfassungen vor Ort nötig.

4.2.1 Vorprüfung des Artenspektrums

Bei den beiden Staugewässern handelt es sich um (ab-)wassertechnische Einrichtungen, die in regelmäßigen Abständen geräumt werden müssen und zumindest zeitweise trocken fallen. Die zeitweilige Bedeutung für nicht planungsrelevante Arten (z.B. Bergmolch und Grasfrosch) muss i.R.d. Eingriffsregelung beachtet werden. Sonderhabitate für planungsrelevante Amphibien und Reptilien wurden nicht gefunden.

Feucht-nasses Grünland mit Beständen des Großen Wiesenknopfes befinden sich nicht im Plangebiet. Von einem Vorkommen des Wiesenknopf-Ameisenbläulings kann nicht ausgegangen werden. Sonderhabitate für andere planungsrelevante Wirbellose wurden ebenfalls nicht gefunden.

Essenzielle Nahrungs- und Jagdbereiche, Flugrouten und Wanderkorridore wurden nicht festgestellt. Nicht essenzielle Habitastrukturen dieser Typen fallen grundsätzlich nicht unter den

Schutz der Fortpflanzungs- und Ruhestätten. Bei Arten, die als Nahrungsgäste (Jagdgebiet) und Durchzügler gelistet sind, wird somit auch kein Zugriffstatbestand ausgelöst.

Da sich das Plangebiet im direkten Umfeld der bestehenden Gebäudekulisse befindet, können Brutplätze störungsempfindlicher Wiesenbrüter und der Feldlerche ausgeschlossen werden.

Die Eichen der im östlichen Gebietsrand stehenden Baumreihe weisen z.T. potenzielle Baumhöhlen bzw. -spalten für Vögel bzw. Fledermäuse auf. Ein artenschutzrechtlicher Zugriffstatbestand kann bei Fällungen oder Beschädigungen der Bäume nicht ausgeschlossen werden. Der Bebauungsplan setzt deshalb diese Baumreihe als zu erhaltendes Element fest. Weitere strukturenbende Habitate im Plangebiet (Mammutbaum-Baumreihe, Grünanlage und standortheimische Einzelbäume) werden im Bebauungsplan ebenfalls als zu erhaltende Elemente festgesetzt.

Somit reduziert sich das potenziell betroffene Artenspektrum im Wesentlichen auf gebäudebewohnende Fledermäuse und Vogelarten:

Vögel: Mehlschwalbe, Turmfalke, Rauchschwalbe, Feldsperling, Gartenrotschwanz, Waldkauz, Star

Fledermäuse: Kleine Bartfledermaus, Fransenfledermaus, Zwergfledermaus, Braunes Langohr

4.2.2 Vorprüfung der Wirkfaktoren

Eine Beeinträchtigung potenzieller betroffener gebäudebewohnender Arten ist auf Bauphasen beschränkt. Betriebsbedingte Wirkfaktoren sind nicht zu befürchten, da diese bislang prägend für das Arteninventar sind und weitgehend beibehalten werden sollen.

Nicht der Bauleitplan (FNP) oder einzelne seiner Festsetzungen, sondern erst deren Verwirklichung stellt ggf. den artenschutzrechtlichen Verbotstatbestand dar. Bei Maßnahmen in einem rechtskräftigen Bebauungsplan dürfen deshalb z.B. Abriss-, Neubau- und Erschließungsmaßnahmen nicht gegen die Zugriffsverbote verstoßen. Der Bebauungsplan sollte daher einen entsprechenden Hinweis für den Bauherren und die bauausführenden Unternehmen beinhalten.

Folgende Wirkfaktoren können i.d.S. erst im Rahmen eines Baugenehmigungsverfahrens abschließend geprüft werden:

- Neuerrichtung baulicher Anlagen in der Fortpflanzungszeit durch Störung, jedoch nur, wenn sich Größe und Fortpflanzungserfolg einer planungsrelevanten Art signifikant und nachhaltig verringert.
- Abbruch alter Gebäude
- Änderung der Nutzungsintensität oder von Betriebszeiten
- Verkehrszunahme

4.2.3 Fazit der Vorprüfung

Auf der Ebene der Flächennutzungsplanung ergeben sich keine Hinweise auf artenschutzrechtliche Betroffenheit, die die Umsetzung der Planung verhindern bzw. auf unüberwindbare artenschutzrechtliche Hindernisse. Jedoch können auf der konkreten Umsetzungsebene (Bauausführung), d.h. im Bereich der Bebauungsplanung durch bauliche Eingriffe, insbesondere in den Gebäudebestand, bei europäisch geschützten Arten die genannten Zugriffsverbote ausgelöst werden. Daher sind auf der Ebene des Bebauungsplanes eine Potenzial-Risiko-Analyse und ggf. Maßnahmen zur Verhinderung artenschutzrechtlicher Tatbestände zu erarbeiten.

5 Eingriffsregelung

5.1 Rechtliche Würdigung und Prüfung der Eingriffsrelevanz

Mit dem § 8 BNatSchG (alt) führte die Bundesregierung 1976 die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung und damit das Verursacherprinzip für den Naturschutz ein. Hierdurch wird der Verursacher eines Eingriffs verpflichtet vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen sowie unvermeidbare Beeinträchtigungen durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auszugleichen. Kerngedanke dieser Ordnung ist, einer weiteren Verschlechterung des Zustandes von Natur und Landschaft entgegenzuwirken und unvermeidbare Beeinträchtigungen durch entsprechende Maßnahmen zu kompensieren. Eingriffe in Natur und Landschaft im Sinne des aktuellen BNatSchG (§ 14 Abs. 1) sind Veränderungen der Gestalt oder Nutzung von Grundflächen oder Veränderungen des mit der belebten Bodenschicht in Verbindung stehenden Grundwasserspiegels, die die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen können.

Nach § 18 BNatSchG ist bei Eingriffen in Natur und Landschaft auf Grund einer Bauleitplanung über Vermeidung, Ausgleich und den Ersatz (Verursacherpflichten nach § 15 BNatSchG) nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zu entscheiden (§ 1a Nr. 3 i.V.m. § 135a BauGB).

Auf der Ebene der Flächennutzungsplanung ergeben sich keine Hinweise auf artenschutzrechtliche Betroffenheit, die die Umsetzung der Planung verhindern bzw. auf unüberwindbare artenschutzrechtliche Hindernisse. Jedoch können auf der konkreten Umsetzungsebene (Bauausführung), d.h. im Bereich der Bebauungsplanung durch bauliche Eingriffe, insbesondere in den Gebäudebestand, bei europäisch geschützten Arten die genannten Zugriffsverbote ausgelöst werden.

Im B-Plan sind folgende Punkte zu bearbeiten:

- Eingriffsräume und Bestandsbewertung
- Herleitung der Eingriffe
- Auswirkungen des Eingriffs auf die Schutzgüter und Vermeidungsmaßnahmen
- Bilanzierung des Resteingriffs
- Kompensation

Zusammenfassende Erklärung
zur
101. Änderung des Flächennutzungsplans
der Stadt Siegen
im Stadtteil Breitenbach



Universitätsstadt Siegen

AG Stadtplanung

Stand: 15.02.2022



Gemäß § 6 Abs. 5 Satz 3 BauGB ist bei Aufstellung eines Flächennutzungsplans eine zusammenfassende Erklärung beizufügen, in der dargelegt wird in welcher Art und Weise die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem Verfahren berücksichtigt wurden und aus welchen Gründen die Planinhalte nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden Alternativen, gewählt wurden.

Februar 2022



Marburger Tor 4 - 6

57072 Siegen

Tel. 0271 - 67349477

E-Mail: loth@loth-stadtentwicklung.de

www.loth-stadtentwicklung.de

Titelbild: Auszug aus dem aktuellen Flächennutzungsplan der Universitätsstadt Siegen

1. Inhalt der Flächennutzungsplanänderung

Der im Stadtteil Breitenbach liegende landwirtschaftliche Betrieb „Reitstall Daub“, hat sich seit 1958 zu einem auf naturnahe Pferdehaltung und Pferdebetreuung spezialisiert. Der Hof wird als Pferdepension hauptberuflich in der 3. Generation geführt. Der Betrieb „Reitstall Daub“ ist über die Jahre kontinuierlich gewachsen und der Betrieb soll an die nächste Generation übergeben werden, um den Fortbestand des Betriebs für die Zukunft zu sichern und die wirtschaftliche Existenz im Zuge des Generationswechsels zu gewährleisten. Planungsrechtlich bestehen jedoch für den im Außenbereich liegenden Hof Beschränkungen, vor allem zur Schaffung von erforderlichem Wohnraum. Daher hat der Hofbetreiber die Aufstellung eines Bebauungsplans initiiert, um die Hofstelle planungsrechtlich zu sichern und zukünftige Anlagenerweiterungen des Hofes zu ermöglichen. Der Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ kann jedoch aufgrund abweichender Festsetzungen nicht gemäß § 8 (2) BauGB aus dem Flächennutzungsplan der Stadt Siegen (FNP) entwickelt werden, sodass eine Flächennutzungsplanänderung erforderlich ist. Der FNP wird daher im Parallelverfahren gemäß § 8 (3) BauGB als 101. Änderung angepasst.

Im rechtskräftigen Flächennutzungsplan der Stadt Siegen ist das Plangebiet als Flächen für Land- und Forstwirtschaft und zusätzlich großflächig ein Erholungsbereich ausgewiesen. Auch wenn die landwirtschaftliche Nutzung des Hofes grundsätzlich der ausgewiesenen Land- und Forstwirtschaft im FNP entspricht, wird aufgrund der speziellen Nutzung, die im Bebauungsplan festgesetzt wird (Sonstiges Sondergebiet) eine Anpassung des FNP notwendig. Durch die Änderung wird der Flächennutzungsplan an die im Bebauungsplan "Reitstall Daub" vorgesehenen Planungsziele und o.g. Baugebietsausweisung angepasst. Diese sind:

- Sicherung des Betriebsfortbestandes sowie die Ermöglichung von zukünftigen Betriebserweiterungen
- Ausweisung eines Sondergebiets für landwirtschaftliche Nutzung mit der Hauptnutzung „Reiterhof“ und ergänzenden Nutzungen
- Erhaltung und Erweiterung einer bereits vorhandenen landwirtschaftlichen Nutzung und Struktur
- Sicherung von artgerechter Tierhaltung
- Aufrechterhaltung von marktfähigen Angeboten
- Schaffung bedarfsgerechten Wohnraums für einen zukunftsfähigen Betriebsfortbestand
- Ergänzung durch untergeordnete gastronomische und fremdenverkehrliche Angebote

2. Berücksichtigung der Umweltbelange

Zur FNP-Änderung wurde gemäß § 2 Abs. 4 BauGB eine Umweltprüfung durchgeführt und ein Umweltbericht erstellt. Sie beinhalten eine Untersuchung der Belange des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB. Zudem wurden die umweltbezogenen Auswirkungen ermittelt und mögliche Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich geprüft. Darüber hinaus wurden eine landespflegerische Begleitplanung (LBP) und die

Artenschutzvorprüfung (ASP I) durch das Büro Uwe Meyer, Erndtebrück durchgeführt und liegen der Begründung als gesonderter Teil bei.

Es bestehen auf der Ebene des FNP keine Anzeichen dafür, dass durch die Änderung erhebliche Umweltauswirkungen eintreten, insbesondere da die vorgesehene Baugebiet-Ausweisung im Grundsatz der bestehenden landwirtschaftlichen Nutzung entspricht. Daher sind auf der Ebene des FNP keine gesonderten Kompensationsmaßnahmen erforderlich. Es wird auf der Ebene der Bebauungsplanung eine Eingriffsbilanzierung durchgeführt und eine Kompensation ist vorgesehen.

Konkret sind für das Schutzgut „Mensch / Störfallschutz“ keine erheblichen Umweltauswirkungen zu befürchten und ebenso ist für das Schutzgut „Klima und Luft“ eine Freisetzung von Emissionen durch die FNP-Änderung auszuschließen. Für das Schutzgut „Kultur und sonstige Sachgüter“ sind ebenfalls keine erheblichen Umweltauswirkungen zu befürchten, sowie für das Schutzgut „Wasser“. Für die Schutzgüter „Tiere und Pflanzen / Biologische Vielfalt“, „Boden und Flächen“, „Landschaft“ konnte keine Betroffenheit ermittelt werden. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass keine erheblichen Umweltauswirkungen durch die Änderung des FNP zu erwarten sind.

Mit dem Landschaftspflegerischen Fachbeitrag wird die gesetzliche Eingriffsregelung die Berücksichtigung von Schutzkategorien und der besondere Artenschutz nach § 44 ff BNatSchG bearbeitet. Es ergeben sich fachrechtliche bzw. objektive Hinweise, dass durch diesen Flächennutzungsplan Eingriffe in Natur und Landschaft i.S.d. BNatSchG vorbereitet werden. Da jedoch entscheidende Informationen zum Maß der baulichen Nutzung und damit zur Größe der Eingriffsräumen erst auf der Ebene der Bebauungsplanung festgelegt werden, erfolgt die abschließende Bearbeitung der Eingriffsregelung und des Artenschutzes im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens. Der Änderung des FNP stehen keine unüberwindbaren artenschutzrechtlichen Hindernisse entgegen. Im Rahmen der Potenzial-Risiko-Analyse wurden zur Verhinderung artenschutzrechtlicher Tatbestände Vermeidungsmaßnahmen auf der Ebene des Bebauungsplanes erarbeitet.

3. Berücksichtigung der Ergebnisse aus der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Bei Bauleitplanverfahren ist die Beteiligung der Öffentlichkeit und von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange ein zentraler Baustein des Verfahrens. Die Anregungen aus den Beteiligungen fließen in die Planung ein bzw. werden in der Abwägung bearbeitet. In der Abwägung werden die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander abgewogen und damit die finale Entscheidung für die Plankonzeption getroffen.

Hierzu werden alle eingegangenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung (gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB) sowie der öffentlichen Auslegung des Planentwurfs (gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB) erfasst und in einer Abwägungsliste zusammengestellt. Die Inhalte werden in dieser Zusammenstellung sachgemäß wiedergegeben, Abwägungsvorschläge formuliert bzw. der Umgang mit den Anregungen und Hinweisen dargelegt. Auf dieser Grundlage erfolgt vom Rat der

Stadt Siegen schlussendlich die Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB zum Satzungsbeschluss. Insgesamt sind aus den Beteiligungen 24 Stellungnahmen hervorgegangen, wobei ein größerer Teil davon keine Hinweise oder Anregungen beinhaltete, u.a. aufgrund fehlender Betroffenheit.

3.1. Frühzeitige Beteiligung

Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 1 BauGB)

In der Zeit vom 01.07.2019 bis zum 12.07.2019 wurde die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch Bereitstellung der Unterlagen im Rathaus sowie im Internet durchgeführt. Es wurden keine Anregungen oder Hinweise zur FNP-Änderung vorgebracht.

Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 BauGB)

Die Behörden und Träger öffentlicher Belange (TÖB) wurden mit Schreiben vom 28.06.2019 aufgefordert, ihre Stellungnahmen im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung bis zum 12.07.2019 abzugeben. Zudem wurde im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung zusätzlich die Bezirksregierung Arnsberg mit der Bitte um Stellungnahme zum Vorentwurf gebeten. Es sind insgesamt 12 Stellungnahmen eingegangen. Aus diesen Stellungnahmen sind insbesondere folgende Anregungen in der weiteren Planung berücksichtigt worden:

Raumordnung und Landesplanung

Die Bezirksregierung Arnsberg wies darauf hin, dass der Änderungsbereich der FNP-Änderung im Regionalplan Arnsberg Oberbereich Siegen innerhalb der „Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche“ (AFAB) liegt. Entsprechend dem Ziel 2-3 Landesentwicklungsplan NRW (LEP) dürfen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum nur ausnahmsweise Bauflächen oder -gebiete festgelegt werden. Im Falle des Reitstalls Daub greift die Ausnahmeregelung zur angemessenen Erweiterung eines vorhandenen Betriebsstandortes.

Baugebiet Sondergebiet

Die Bezirksregierung hat Anregungen zum im Vorentwurf ausgewiesenen „Sondergebiet, dass der Erholung dient“ vorgebracht. Zur Vermeidung von Splittersiedlungen wurde zur baulichen Entwicklung angeregt eine grundsätzliche (Dauer)Wohnnutzung aus der Planung auf nur für Betriebsangehörige einzuschränken und auf die Ausnahmeregelung zur angemessenen Erweiterung eines vorhandenen Betriebsstandortes sowie der Aufnahme fremdenverkehrlicher Angebote (Ferienwohnungen) in die Festsetzungen aufzunehmen.

Daher wurde im Weiteren ein „Sonstiges Sondergebiet für Landwirtschaft und Pferdehaltung“ mit der Zweckbestimmung „Reiterhof mit ergänzenden Nutzungen“ ausgewiesen.

Umweltbelange

Zur frühzeitigen Beteiligung lag ein gemeinsamer Umweltbericht, landespflegerische Begleitplanung (LBP) und die Artenschutzvorprüfung (ASP I) zum FNP und Bebauungsplan vor. Die Untere Naturschutzbehörde regte eine separate Ausarbeitung für den FNP an, der im Weiteren gefolgt wurde. Es wurde ein separater Umweltbericht, LBP und ASP I für die 101. FNP Änderung erstellt, ebenso für den Bebauungsplan Nr. 431. Zudem wurden Anregungen zum Umfang der Umweltprüfung bzw. dem Entwurf des Umweltberichts und der Artenschutzprüfung (ASP) vorgebracht. Diese wurden in der weiteren Bearbeitung angepasst, ergänzt und fertiggestellt. Die ASP wurde im Verfahren weiter konkretisiert und ausgearbeitet.

3.2. Formelle Beteiligung

Beteiligung der Öffentlichkeit (Öffentliche Auslegung / Offenlage)

(§ 3 Abs. 2 BauGB)

Die Öffentlichkeit wurde am 08. Mai 2021 durch Bekanntmachungen in der Siegener Zeitung und der Westfalenpost sowie im Internet über die öffentliche Auslegung informiert. Die öffentliche Auslegung fand in der Zeit vom 17.05.2021 bis zum 25.06.2021 statt. Es wurden keine schriftlichen Stellungnahmen seitens der Öffentlichkeit zur FNP-Änderung vorgebracht.

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

(§ 4 Abs. 2 BauGB)

Die Behörden und Träger öffentlicher Belange (TÖB) wurden mit Schreiben vom 10.05.2021 aufgefordert, ihre Stellungnahmen im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB bis zum 25.06.2020 abzugeben. Insgesamt sind 12 Stellungnahmen eingegangen, von denen aber keine zu Anpassung an den Grundsätzen der Planung bzw. an der Plankonzeption erforderlich wurden. Auch bestanden keine Anpassungen an den Planinhalten. Es wurden im Nachgang lediglich redaktionelle Anpassungen und Klarstellungen durchgeführt.

4. Berücksichtigung von Planungs- und Standortalternativen

Es bestehen zu diesem Vorhaben keine Standortalternativen, auch weil dies der Intention der Planung widersprechen würden den Betriebsfortbestand des Reitstall Daub an dem bestehenden Standort zu sichern. Hinsichtlich der Änderung des Flächennutzungsplanes wurden verschiedene Ausweisungen des Betriebsgebietes erörtert, u.a. eine Ausweisung mittels landwirtschaftlicher Flächen oder ein Sondergebiet, das der Erholung dient. Dabei sollen neben der landwirtschaftlichen Nutzung auch untergeordnete Nebennutzungen wie gastronomische und fremdenverkehrliche Angebote, die in funktionalem Zusammenhang mit dem Reiterhof stehen, ermöglicht werden. Aufgrund der Spezialisierung des Hofes wurde, auch unter Berücksichtigung des Hinweises der Bezirksregierung, die Ausweisung des Betriebsbereiches als Sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Reiterhof mit ergänzenden Nutzungen“ gewählt, mit der Hauptnutzung funktional zugeordneten und untergeordneten Nebennutzungen. Die übrigen Flächen werden als landwirtschaftliche Flächen ausgewie-

Zusammenfassende Erklärung zur 101. FNP-Änderung „Reitstall Daub“

sen werden und der gesamte Bereich als Freiraumfunktion „Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung“ ausgewiesen. Die Flächen des Reitstalls Daub sollen zukünftig Freiraum- und Agrarflächen bleiben und dienen dem Zweck der Erholung.



Verfahrensvermerke			
Plankonzeption Für die städtebauliche Planung: Gesehen: AGL Stadtplanung Siegen, Stadtbaurat	Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (gemäß § 4 Abs. 1 BauGB) Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TOB) wurden mit Schreiben vom 28.06.2019 aufgefordert, ihre Stellungnahmen im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung bis zum 12.07.2019 abzugeben. Siegen, Der Bürgermeister I.A.	Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (gemäß § 4 Abs. 2 BauGB) Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 10.05.2021 über die öffentliche Auslegung informiert und zur Abgabe ihrer Stellungnahme bis zum 25.06.2021 aufgefordert. Siegen, Der Bürgermeister I.A.	Bekanntmachung / Inkrafttreten des Bebauungsplanes (gemäß § 10 Abs. 3 BauGB) Der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan ist am ortsüblich bekannt gemacht worden. Der Bebauungsplan Nr. 431 "Reitstall Daub" tritt mit dieser Bekanntmachung in Kraft und wird mit Begründung und zusammenfassender Erklärung gemäß § 10 des BauGB vom Tage der ortsüblichen Bekanntmachung in der Servicestelle Bauberatung der Abteilung Bauaufsicht der Stadt Siegen zu jedermanns Einsicht bereit gehalten sowie gemäß § 10a BauGB ergänzend auch in das Internet eingestellt und über ein zentrales Internetportal des Landes zugänglich gemacht. Siegen, Der Bürgermeister
Aufstellungsbeschluss (gemäß § 4 Abs. 2 BauGB) Der Rat der Stadt Siegen hat am 21.11.2018 die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 431 "Reitstall Daub" beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 15.12.2018 ortsüblich bekanntgemacht. Siegen, Der Bürgermeister I.A.	Beteiligung der Öffentlichkeit / öffentliche Auslegung (gemäß § 3 Abs. 2 BauGB) Der Rat der Stadt Siegen hat am 14.04.2021 den Entwurf dieses Bebauungsplans und seine öffentliche Auslegung beschlossen. Der Entwurf des Bebauungsplans hat mit der Begründung nach der ortsüblichen Bekanntmachung am 08.05.2021 in der Zeit vom 17.05.2021 bis zum 25.06.2021 bei der Arbeitsgruppe Stadtplanung der Stadt Siegen öffentlich ausgelegt. Zudem wurden die Unterlagen im Internet bereitgestellt. Siegen, Der Bürgermeister I.A.	Präambel und Satzungsbeschluss Nach § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666) zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 01.12.2021 (GV. NRW. S. 1353), der §§ 2 und 9 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10.09.2021 (BGBl. I S. 4147) in Verbindung mit der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14.06.2021 (BGBl. I S. 1802) und § 89 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW 2018), in Kraft getreten am 04.08.2018 und am 01.01.2019 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14.09.2021 (GV. NRW. S. 1086) hat der Rat der Stadt Siegen am 06.04.2022 diesen Bebauungsplan gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen. Siegen, Der Bürgermeister I.A.	Bürgermeister Schriftführer(in)

Rechtsgrundlagen	
Das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist	
Baunutzungsverordnung (BauNVO) , Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist	
Planzeichenverordnung 1990 (PlanzV) , Verordnung über die Ausarbeitung von Bauleitplänen und die Darstellung des Planinhaltes vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist	
Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) , in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NW. 1994 S. 666), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29. September 2020 (GV. NRW. S. 916) geändert worden ist	
Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung 2018 - BauO NRW 2018) in der Fassung vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1086) geändert worden ist	
Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) , Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3908) geändert worden ist	
Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), die zuletzt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist	
Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), die zuletzt durch Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 09. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2873) geändert worden ist	
Geographische Eindeutigkeit Die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes (Planzeichenverordnung 1990 - PlanzV) vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 04.05.2017 (BGBl. I S. 1057), die Festlegung der städtebaulichen Planung ist geometrisch eindeutig.	
	Vermessung und Geoinformation
	Städtischer Obervermessungsrat

A. Planzeichenerklärung und Festsetzung nach § 9 BauGB

Inhalte der Nutzungsschablone		Art der Nutzung		Anzahl der Vollgeschosse (erläuternd), Bauweise
SO	II a	Dachform mit Angabe Dachneigung in Grad	Grundflächenzahl (GRZ) mit max. bebaubarer Fläche	
SD 10-45°	GR 5.300 m²			
Hmax 423m üNN				
Maximale Höhe der Gebäude in Meter über NN				

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr.1 BauGB, § 11 BauNVO)

SO Sonstige Sondergebiete für Landwirtschaft und Pferdehaltung (§ 11 Abs. 1 BauNVO) SO1, SO2, SO3, SO4, SO5, SO6, SO7 und SO8 Zweckbestimmung "Reiterhof mit ergänzenden Nutzungen"

- 1.1 **Sondergebiete SO1 und SO2**
Zulässig sind:
- Reithallen und Pferdestallungen
 - Gebäude für die Unterbringung von landwirtschaftlichen Maschinen und Fahrzeugen und die Herstellung von Pellets und Hackschnitzeln zum Betrieb einer eigenständigen Energieversorgung sowie als Einstreutgut für die Stallungen
 - Ferienwohnung mit dem Zweck „Ferienwohnen mit Pferden“ (maximal 6 Wohneinheiten)
 - Der Hofnutzung untergeordnete Gastronomie (Hofcafé mit Ausschank, max. 50m² Gastraum und 40 Sitzplätze für den Innen- und Außenbereich. Der Betrieb in der Nachtzeit von 22.00 Uhr bis 06.00 Uhr ist ausgeschlossen)
 - Sonstige Nebengebäude
 - Der Hauptnutzung untergeordnete Werbeanlagen an der Stätte der Leistung
- 1.2 **Sondergebiet SO3**
Zulässig sind:
- Reithallen und Pferdestallungen
 - Gebäude für die Unterbringung von landwirtschaftlichen Maschinen und Fahrzeugen und die Herstellung von Pellets und Hackschnitzeln zum Betrieb einer eigenständigen Energieversorgung sowie als Einstreutgut für die Stallungen
 - Sonstige Nebengebäude
 - Teichanlage, u. a. zum Auffangen des Oberflächenwassers
- 1.3 **Sondergebiet SO4**
Zulässig sind:
- Gebäude für die Unterbringung von landwirtschaftlichen Maschinen und Fahrzeugen sowie als Lager für Einstreutgut für die Stallungen oder Futtermittel
 - Gebäude und Anlagen aller Art für Reitzwecke, die dem Sondergebiet dienen
 - Sonstige Nebengebäude
- 1.4 **Sondergebiete SO5, SO6, SO7 und SO8**
- Wohnhäuser für Aufsichts- und Bereitschaftspersonal
- Betriebswohnungen
 - Gebäude und Anlagen aller Art für Reitzwecke, die dem Sondergebiet dienen
 - Dem Sondergebiet dienende Verwaltungseinrichtungen
 - Sonstige Nebengebäude

2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO)

500 m² Grundfläche (GR), Angabe der max. zu bebauenden Fläche (Angabe in m²)
Hmax 423m üNN maximale Höhe baulicher Anlagen (siehe textliche Festsetzungen Nr. 2.3)

2.1 **Grundflächenzahl / Grundfläche** gemäß §§ 17 und 19 BauNVO
Das Maß der baulichen Nutzung wird für die Sondergebiete SO1, SO2, SO3, SO4, SO5, SO6, SO7 und SO8 mit Angabe einer max. zu bebauenden Grundflächen (GR) (Angabe in m²) festgesetzt.

Sondergebietsfläche	SO1	SO2	SO3	SO4	SO5	SO6	SO7	SO8
Grundfläche in m²	2.500	5.300	7.500	400	600	550	550	3.200

2.2 **Höhe baulicher Anlagen** gemäß § 18 BauNVO
Die maximale Gebäudehöhe (Oberkante) beträgt

im SO1	418 m üNN	im SO2	423 m üNN
im SO3	423 m üNN	im SO4	422 m üNN
im SO5	425 m üNN	im SO6	427 m üNN
im SO7	425 m üNN	im SO8	423 m üNN

2.3 **Zahl der Vollgeschosse** gemäß §§ 17 und 20 BauNVO
Die Zahl der Vollgeschosse wird nur kartelliert angegeben, es zählt die Festsetzung der Höhe baulicher Anlagen. Für SO1, SO2, SO3, SO6 und SO8 werden zwei Vollgeschosse und für das SO4 und das SO7 ein Vollgeschoss ausgewiesen. Für SO5 ist ein Vollgeschoss umsetzbar, außer das Kellergeschoss wird ebenfalls als Vollgeschoss ausgebaut.

3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)

- Baugrenze**
- überbaubare Fläche**
- o offene Bauweise
 - a abweichende Bauweise (siehe textliche Festsetzungen Nr. 3.2)
- 3.1 **Offene Bauweise** gemäß § 22 Abs. 2 BauNVO
In den Sondergebieten SO 4, SO 5, SO 6, SO7 und SO 8 ist eine offene Bauweise gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB und gemäß § 22 Abs. 1 BauNVO festgesetzt.
- 3.2 **Abweichende Bauweise** gemäß § 22 Abs. 4 BauNVO
In den Sondergebieten SO 1, SO 2 und SO 3 ist gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB und gemäß § 22 Abs. 4 BauNVO eine abweichende Bauweise möglich. Als abweichende Bauweise wird definiert: Zulässig sind Hallen- und Stallgebäude über 50 m Länge mit Grenzabstand und Hallen- und Stallgebäude unter 50 m Länge ohne Grenzabstand.
- 3.3 **Überbaubare Grundstücksflächen** gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m § 23 Abs. 3 BauNVO
Die überbaubaren Grundstücksflächen sind in der Planurkunde durch Baugrenzen bestimmt.
Sollen die Flächen für Maßnahmen zur Erhaltung der Natur und Landschaft, innerhalb der bebaubaren Flächen, aus Gründen der Bebaubarkeit und mangels Alternativen an anderer Stelle überplant werden, sind im Vorfeld der Planung Möglichkeiten der Kompensation mit der Unteren Naturschutzbehörde zu erörtern.
Sollen die Flächen mit Leistungserchten aus Gründen der Bebaubarkeit, mangels Alternativen an anderer Stelle, überplant werden, sind im Vorfeld der Planung Möglichkeiten der Verlegung der Sammelleitungen und der Hausanschlüsse mit dem Entsorgungsbetrieb Siegen (ES) zu erörtern und abzustimmen.
- 3.4 **Nebenanlagen**
Untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen, die dem Nutzungszweck der im Baugbiet gelegenen Grundstücke oder dem Baugbiet selbst dienen und die seiner Eigenart nicht widersprechen, sind gemäß § 14 Abs. 1 BauNVO auch in Sonstigen Sondergebieten, innerhalb und außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen (Baufelder) zulässig.

6. Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)

- OF** Öffentliche Straßenverkehrsflächen
- Straßenbegrenzungslinie auch gegenüber Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
- 6.1 **Öffentliche Verkehrsflächen**
In den Plandarstellungen werden öffentliche Verkehrsflächen zur inneren Erschließung des Gebietes festgesetzt.
- 6.2 **Ein- bzw. Ausfahrten und Anschluss anderer Flächen an die Verkehrsfläche**
Die Planstelle wird über die Neptuner Straße und über die öffentliche Verkehrsfläche "in der Feuersbach" erschlossen. Ein weiterer Haupteinfahrtsbereich an die K 7 ist nicht vorgesehen.
- 6.3 **Gargen und Stellplätze**
Die Unterbringung des privaten ruhenden Verkehrs erfolgt auf den Privatgrundstücken.
8. **Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen** (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 und Abs. 6 BauGB)
Bestehende Stromtrasse, Höchstspannungsfreileitung mit Schutzraum, außerhalb des Geltungsbereichs

9. Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)

- Privat** Private Grünflächen zur gärtnerischen Nutzung

12. Landwirtschaft und Wald (§ 9 Abs. 1 Nr. 18 a und Abs. 6 BauGB)

- Flächen für die Landwirtschaft**
- Wald** Flächen für die Landwirtschaft Zweckbestimmung Weideland

13. Schutz, Pflege, Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)

- Flächen für Massnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 und Abs. 6 BauGB**
- E 1** Maßnahmen zur Erhaltung (E 1 bis E 8)

Planungsrechtliche Sicherung erhaltenswerter Pflanzstrukturen aus Baugenehmigungen.
Erhaltungsmaßnahmen E1 bis E8:

Erhaltungsmaßnahme E1: Erhalt von 80 einheimischen Laubgehölzen, Pflanzqualität leichter Strauch auf dem Grundstück Gemarkung Breitenbach, Flur 2, Flurstück 37 über die Gesamtlänge der talseitigen Böschung des Reitplatzes

Erhaltungsmaßnahme E2: Erhalt von 3 Obstbäumen entlang der nördlichen Reitplatzseite

Erhaltungsmaßnahme E3: Erhalt von 4 Schlehen und 3 Weißdorn auf der nördlichen Seite des Schuppens

Erhaltungsmaßnahme E4: Erhalt von 7 Obstbäumen auf der neu angelegten Böschung auf der Westseite des Gebäudes auf dem Grundstück Gemarkung Breitenbach, Flur 3, Flurstück 154

Erhaltungsmaßnahme E5: Erhalt einer 1-reihigen Hecke auf ca. 12 m Länge aus 10 Stück heimischen Laubgehölzen an der Einmündung der Straße „In der Feuersbach“ in die "Neptuner Straße"

Erhaltungsmaßnahme E6: Erhalt von 10 Obstbäumen und 30 einheimischen Sträuchern in den Lücken zwischen der Obstbaumreihe auf der Ostseite der Reithalle

Erhaltungsmaßnahme E7: Erhalt von einer 1-reihigen Hecke aus 30 Stück einheimischen Sträuchern entlang der Westseite der Reithalle

Erhaltungsmaßnahme E8: Erhalt von 5 Obstbäumen im Bereich zwischen neuer Halle, dem vorhandenen Garten und dem Hausgrundstück des Grundstücks Gemarkung Breitenbach, Flur 2, Flurstück 66

- Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonst. Bepflanzungen sowie von Gewässern gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe b) und Abs. 6 BauGB**
- Bäume - Erhaltung**

- V 1** Maßnahmen zur Vermeidung (V 1 bis V 4)

Vermeidungsmaßnahme V1 bis V4:
Vermeidungsmaßnahme V1: Erhalt strukturbegleitender Habitatelemente (Eichen-Baumreihe im östlichen Plangebiet)

Vermeidungsmaßnahme V2: Erhalt einer Baumreihe bestehend aus Mammutbäumen, entlang der Erschließungsstraße "In der Feuersbach"

Vermeidungsmaßnahme V3: Erhalt einer Grünanlage zwischen Reithalle und Stall (Gleichzeitig E8)

Vermeidungsmaßnahme V4: Erhalt von lebensraumtypischen Einzelbäumen

Sonstige Planzeichen

- Leitungsrechte zur Ableitung häuslicher Abwässer, zugunsten der Anlieger bzw. Eigentümers von Grundstücken, die häusliche Abwässer verursachen** (§ 9 Abs. 1 Nr. 21)

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§ 9 Abs. 7 BauGB)

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung (§ 1 Abs. 4, § 16 Abs. 5 BauNVO)

Gestalterische Festsetzungen (§ 89 BauO NRW i.V.m. § 9 Abs. 4 BauGB)

1. **Dachform und Dachneigung**
Bei Hauptgebäuden ist in SO 1, SO 2, SO 5, SO 6, SO 7 ausschließlich das Satteldach mit einer Dachneigung von 10 - 45° zulässig. In SO 3, SO 4 und SO 8 sind auch Flachdächer und Pultdächer bei Hauptgebäuden zulässig. (SD=Satteldach, FD=Flachdach, PD=Pultdach)
Bei Nebengebäuden sowie Carports und Garagen sind in allen SO ausschließlich Satteldächer, Pultdächer und Flachdächer und deren Kombination zulässig. Ortsuntypisch und daher unzulässig sind Walmdächer, Zeldächer, Torndächer, Sheddächer und Schmetterlingsdächer.

2. **Dacheindeckung, Material, Farbe**
Im Plangebiet sind nur Dacheindeckungen mit matten und seldermatten Oberflächen zulässig. Ausnahmeweise sind semi matte Dacheindeckungen zulässig, wenn diese sich in das Landschaftsbild einfügen. Es sind auszuschießen Anthrazit-Farbtöne, wie RAL 7015 Schiefergrau, 7016 Anthrazitgrau, 7021 Schwarzgrau, 7024 Graphitgrau, 7026 Granitgrau und äquivalente Farbtöne" zulässig. In Schadensfällen können Instandsetzungen von Teilflächen in der Bestandsfarbe vorgenommen werden, wenn diese weniger als 50% der betroffenen Dachfläche umfassen. Ausnahmeweise sind zur Belichtung der Gebäude Glasflächen oder Kunststoffstichplatten in einem Anteil von bis zu 50 % der gesamten Dachfläche zulässig (z.B. Reithallenbelichtung). Ebenso sind begrünte Dachflächen zulässig. Reflektierende Oberflächen wie z.B. hochglanzeligierte Dachpfannen und glänzende Metalleindeckungen sind nicht zulässig. * z.B. Creacon Tondachziegel PREMION Nuance Schieferton eng. (RAL-Annäherungswerte: 7015, 7016 und 7021 semi matt)

Solaranlagen auf Dachflächen
Fotovoltaik- und Solaranlagen sind auf der gesamten Dachfläche eines Gebäudes zulässig. Bei der Anordnung der Fotovoltaik-Elemente und Solaranlagen auf den Dachflächen ist eine zusammenhängende, homogene Anordnung der Elemente zu berücksichtigen.

3. **Werbeanlagen**
Zulässig sind Werbeanlagen an der Stätte der Leistung in einer Größe von bis zu 5 m² und einer Höhe von maximal 10 m. Werbeanlagen oberhalb des Daches bzw. der Attika sind unzulässig. Eine Beleuchtung ist blendfrei auszuführen. Unzulässig sind Werbeanlagen mit Blink-, Lauf- oder Wechseleinschaltung sowie akustischen Effekten.

B. Planzeichen ohne Normcharakter

- Gebäude Bestand**
- Flurstücksgrenze**
- 181** Flurstücksnummer
- Flurgrenze**
- 30m** Waldabstand
- II** Mögliche Zahl der oberirdischen Vollgeschosse bei Beachtung der maximalen Höhe baulicher Anlagen

C. Hinweise

Nachfolgend werden Hinweise zu Gegebenheiten aufgeführt, die zu beachten sind.

Abfallbeseitigung
Hinsichtlich der Abfallbeseitigung gelten die gesetzlichen Vorschriften sowie die Satzung über die Abfallentsorgung im Stadtgebiet Siegen.

Artenschutz
Bei einem Eingriff in den Baum- und Gehölzbestand, bei dem potenzielle Bruthöhlen oder Nistplätze verloren gehen, wird die Bereitstellung künstlicher Nisthilfen empfohlen. Die Zugriffs- und Verbotstatbestände des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) gelten grundsätzlich. Bei konkreten Bau-, Umbau- und Abrissmaßnahmen sollte frühzeitig, am besten im Vorfeld des Baugenehmigungsverfahrens, eine Prüfung erfolgen.

Nach BNatSchG ist in der Zeit vom 1. März bis zum 30. September das Entfernen oder Aufstocken von Bäumen, von Hecken, lebenden Zäunen, Gebüsch und anderen Gehölzen auf außerhalb gärtnerisch genutzter Grundflächen unzulässig. Zulässig sind schonende Form- und Pflegeschnitte zur Beseitigung des Zuwachses der Pflanzen oder zur Gesunderhaltung vom Bäumen.

Für die Beleuchtung der geplanten Gebäude und der Umgebung wird empfohlen insektenfreundliche Leuchtmittel (warmweiße Farbtemperatur zwischen 2.000 K und 3.000 K) zu verwenden. Dies sind u. a. Natrium-Niederdrucklampen (Typ LPS, NAL, SOX), Natrium-Hochdrucklampen (Typ HSP) oder LED-Lampen. Ebenfalls wird die Verwendung von Leuchten mit Lichtcharakteristik durch entsprechende Abschirmung empfohlen. Der Lichtkegel der Lampen sollte Richtung Boden gerichtet werden. Eine dauerhafte nächtliche Beleuchtung sollte vermieden werden. Leuchtmittel sollten nur dort angebracht werden, wo sie notwendig sind.

Denkmalpflege
In der Umgebung des Plangebiets sind Bergbaurelikte und zudem auch Verhüttungsplätze, steinzeitliche, mesolithische, neolithische sowie neuzeitliche Lesefundstellen und eine Lesefundstelle unbestimmter Zeiteinstellung bekannt. Es kann daher damit gerechnet werden, dass innerhalb des Plangebietes weitere, bisher noch nicht bekannte Bergbaurelikte oder Verhüttungsplätze oder andere Werkstätten vorliegen können. Ein Vorhandensein von steinzeitlichen Funden und Befunden kann ebenfalls nicht ausgeschlossen werden. Aus diesem Grund sollte vor der Beginn von Bodeneingriffen frühzeitig (mindestens vier Wochen vorher) mit der LWL-Archäologie Außenstelle Olpe (wl-archaeologie-olpe@wl.org, Tel. 02761 93750) eine Abstimmung vorgenommen werden, zwecks archäologischer Begleitung durch Mitarbeiter der LWL-Archäologie. Der Oberbodenabtrag sollte mit einem Vorlauf vor den eigentlichen Baumaßnahmen durchgeführt werden, damit es nicht zu unnötigen Verzögerungen im Bauablauf und dadurch zu Mehrkosten kommt, wenn archäologische Befunde auftreten und diese entsprechend bearbeitet/ dokumentiert werden. Der Oberbodenabtrag ist mit einem Bagger mit Böschungsschaufel im rückwärtigen Verfahren durchzuführen.

Fassaden- und Dachbegrennung
Die Begrünung von Fassaden- und Dachflächen wird empfohlen, um die Einbindung in das Landschaftsbild zu unterstützen. Fassadenbegrünung kann u.a. mit rankenden oder kletternden Pflanzen ausgeführt werden.

Kampfmittel
Es bestehen keine konkreten Hinweise auf das Vorhandensein von Bombenblindgängern/ Kampfmitteln. Dennoch sind Bodenarbeiten mit entsprechender Vorsicht auszuführen. Ist der Erdaushub bei der Durchführung der Bauvorhaben außergewöhnlich verfräht oder werden verdächtige Gegenstände beobachtet, sind die Arbeiten sofort einzustellen und unverzüglich die örtliche Ordnungsbehörde oder Polizei zur Inkenntnissetzung des Kampfmittelbeseitigungsdienst Westfalen-Lippe (KBD-WL) zu verständigen.

Niederschlagswasserbeseitigung
Nach § 44 des Landeswassergesetzes (LWG) für das Land Nordrhein-Westfalen ist Niederschlagswasser von Grundstücken, die nach dem 01.01.1996 erstmals bebaut, befestigt oder an die öffentliche Kanalisation angeschlossen werden, nach Maßgabe des § 55 Abs. 2 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) zu beseitigen. Für die Niederschlagswasserbeseitigung -einstellung ist die wasserrechtliche Erlaubnis gem. § 10 WHG (ehem. § 7 WHG) erforderlich. Für weitere bauliche Anlagen ist die wasserrechtliche Erlaubnis im Zuge der Baugenehmigung bzw. im Genehmigungsverfahren zu beantragen.

Niederschlagswassernutzung
Aus ökologischer Sicht wird die Speicherung und Wiedernutzung von schwach belastetem Niederschlagswasser von Dach- und Terrassenelementen empfohlen. Trinkwasseranlagen einschließlich der dazugehörigen Hausinstallation sind nach § 17 Abs. 2 der zurzeit gültigen Trinkwasserverordnung (TrinkwV) nicht mit Regenwassersystemen zusammenzuführen. Trinkwasserverordnung (TrinkwV) nicht mit Regenwassersystemen zusammenzuführen. Trinkwasser/ Regenwasser) sind beim Einbau dauerhaft farbig unterschiedlich zu kennzeichnen und Nicht-Trinkwasserzapfstellen als solche dauerhaft kenntlich zu machen. Die DIN 1988 Teil 4 ist zu beachten. Nach § 13 Abs. 3 der zurzeit gültigen TrinkwV ist eine im Haushalt genutzte Regenwasseranlage der zuständigen Behörde bei Inbetriebnahme schriftlich anzuzugeben.

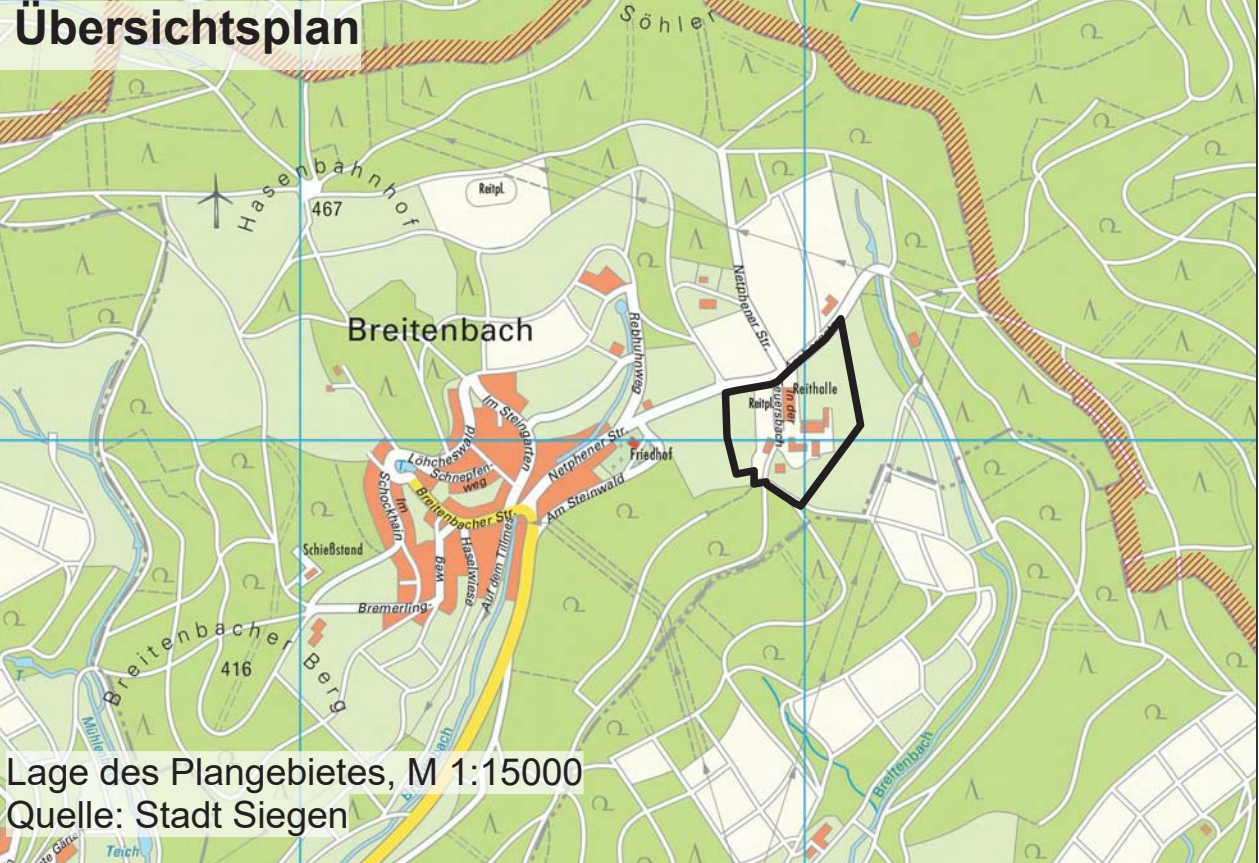
Empfehlungen für Pflanzmaßnahmen
Entlang der Straßen „Neptuner Straße“ und „Assbergstraße“ wird die Anlegung einer straßenbegleitenden Hecke aus mindestens sechs Einzelbäumen empfohlen. Zur Wahrung des Landschaftsbildes wird ebenfalls das Anlegen eines Gehölzstreifens mit Pflanzen an dem nordwestlichen Siedlungsrand (Richtung der Ortslage Breitenbach) im Bereich der geplanten Nutzungen „Ferienwohnen mit Pferden“, falls diese nicht umgesetzt wird bzw. bei der Umsetzung der Baumaßnahmen. Zudem sollten nach der erfolgten Baumaßnahme die nach Westen ausgerichteten Fassaden begrünt werden.

Sichtfelder im Bereich von Ein- und Ausfahrten
Im Bereich der Ein- bzw. Ausfahrten sollen Flächen innerhalb der Sichtfelder von allen die Sicht behindernden Anlagen und Nutzungen freigehalten werden. Bepflanzungen und Einfriedungen sollen dabei eine Höhe von 0,8 m Höhe über Fahrbahnkante nicht überschreiten. Hochstammige Einzelbäume sollten vermieden werden, sofern die Sicherheit beeinträchtigt wird. (§ 9 Abs. 7 BauGB)

Telekommunikation
Der Bestand und der Betrieb der vorhandenen Telekom-Linien sind zu gewährleisten. Es ist sicherzustellen, dass durch mögliche Baupflanzungen der Bau, die Unterhaltung und Erweiterung der Telekommunikationslinien der Telekom nicht behindert werden. Hinsichtlich geplanter Baupflanzungen ist das „Merktblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungslagen“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Ausgabe 1989; insbesondere Abschnitt 3, zu beachten. Bestehende Kabel von Unitymedia innerhalb des Straßennetzes sind zu schützen. Hinweise zum Schutz von Kabel können der Kabelschutz-anweisung der Unitymedia NRW GmbH, Planaukurt, Michael-Schumacher-Straße 1, 50170 Kerpen entnommen werden. Vor der Aufnahme von Arbeiten an oder im Erdreich ist es notwendig, bei der Planaukurt Unitymedia: www.unitymedia.de/geschaefskunden/service/ planaukurt/ oder Fax: 0900 / 1111 140 die Bestandspläne abzufragen.

Trink- und Löschwasser
Die Versorgung mit Trinkwasser obliegt dem Nutzungsberechtigten und wird über die Wasserversorgung Breitenbach sichergestellt. Alternativ kann die Trinkwasserversorgung auf Basis einer einzelfallbezogenen, vertraglichen Regelung mit den Siegenem Versorgungsbetrieben GmbH ermöglicht werden. Trinkwasseranlagen einschließlich der dazugehörigen Hausinstallationen dürfen nach § 17 Abs. 2 der zurzeit gültigen Trinkwasserverordnung nicht mit den Regenwassernutzungsanlagen einschließlich ihrer Leitungen verbunden werden. Die Versorgung mit Löschwasser ist durch einen Feuerlöschein am Ende der Assbergstraße, etwa 100 m vom Haus Assbergstraße Nr. 17 entfernt, gesichert. Es handelt sich um einen eingetragenen Feuerlöschein.

Waldflächen / Abstandflächen
Bei Vorhaben in dem ausgewiesenen Schutzbereich ist zum Bauantrag ein gegenüber dem Forstbesitzer vereinbarter Haftungsausschluss (Haftungsvorbehaltserklärung), inkl. eines Verzehrs auf künftige Forderungen vom Bauherren vorzulegen.



UNIVERSITÄTSSTADT
SIEGEN

Bebauungsplan Nr. 431 "Reitstall Daub"

Gemarkung: Siegen-Breitenbach
Flur: 2 und 3

Stand: 17.02.2022

LOTH
Städtebau + Stadtplanung

Planverfasser
Loth Städtebau und Stadtplanung
Marburger Tor 4-6, 57072 Siegen
0271 - 67349477
info@loth-se.de

Plangröße 1019 x 841 mm

Begründung
zum
Bebauungsplan Nr. 431
„Reitstall Daub“
im Stadtteil Breitenbach



Universitätsstadt Siegen
AG Stadtplanung

Stand: 15.02.2022



Bearbeitet im Auftrag von Dietmar Daub, Vorhabenträger, 2021



Städtebau +
Stadtplanung

Marburger Tor 4 - 6
57072 Siegen
Tel. 0271 - 67349477
E-Mail: info@loth-se.de
www.loth-stadtentwicklung.de

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
1.1. Anlass	1
1.2. Erfordernis der Planaufstellung	1
1.3. Ziel und Zweck der Planung	2
1.4. Lage und Abgrenzung des Plangebiets	3
1.5. Verfahren	5
2. Ausgangssituation	5
2.1. Stadträumliche Einbindung	6
2.2. Verkehrerschließung und -anbindung	6
2.3. Weitere relevante Inhalte	7
2.4. Aktuelles Planungsrecht	10
2.5. Naturschutzrechtliche Regelungen	17
3. Städtebauliche Konzeption	18
3.1. Planerische Intention	19
3.2. Einbindung in die Umgebung	19
3.3. Erschließung	19
3.4. Ver- und Entsorgung	20
3.5. Regelung des Wasserabflusses und der Wasserbewirtschaftung	20
3.6. Weitere fachlich relevante Inhalte	22
4. Auswirkungen der Planung	24
4.1. Städtebauliche Auswirkungen	24
4.2. Anderweitige Planungsmöglichkeiten	24
4.3. Angemessenheit der Planung	24
4.4. Natur, Landschaft, Umwelt	25
4.5. Immissionen	25
4.6. Schmutzwasser	26
4.7. Verkehr	26
4.8. Bodenordnung / Umlegung	26
5. Planinhalt und Festsetzungen	27

5.1.	Art der baulichen Nutzung	27
5.2.	Maß der baulichen Nutzung	30
5.3.	Bauweise, Baugrenzen	34
5.4.	Flächen für Verkehr	35
5.5.	Grünflächen	35
5.6.	Flächen für die Landwirtschaft	35
5.7.	Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft	36
5.8.	Sonstige Planzeichen	37
5.9.	Gestalterische Festsetzungen	38
5.10.	Städtebauliche Kenndaten	40
5.11.	Kosten und Finanzierung	40
6.	Umweltbelange	41
6.1.	Artenschutz	41
6.2.	Vermeidungsmaßnahmen	42
6.3.	Kompensationsbilanz	42
7.	Hinweise ohne Normcharakter	43
8.	Rechtsgrundlagen	46
9.	Anlagen	47

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Übersicht des landwirtschaftlichen Hofes „Reitstall Daub“, Schrägluftbild 2018	2
Abbildung 2: Stadtgebiet von Siegen mit Lage des Bebauungsplangebietes	3
Abbildung 3: Lage des Bebauungsplanes im Stadtteil Breitenbach	4
Abbildung 4: Geltungsbereich des Bebauungsplanes (Stand: Januar 2021)	4
Abbildung 5: Siedlungsbereich Breitenbach mit dem Hofbereich „Reitstall Daub“	6
Abbildung 6: Lageplan der Bodenfunde in der näheren Umgebung	9
Abbildung 7: LEP NRW, Ausschnitt Siegen	10
Abbildung 8: Auszug aus dem Regionalplan Arnsberg, Oberbereich Siegen aus dem Jahr 2008	11
Abbildung 9: Legende des Regionalplans Arnsberg (Auszug), Oberbereich Siegen aus dem Jahr 2008	12
Abbildung 10: Regionalplan Arnsberg, Räumlicher Teilplan	13
Abbildung 11: FNP der Universitätsstadt Siegen, Ausschnitt Breitenbach	14
Abbildung 12: Auszug aus Landschaftsplan des Kreis Siegen-Wittgenstein für die Stadt Siegen	
Entwicklungskarte, Ausschnitt Breitenbach vom 16.12.2008	15
Abbildung 13: Auszug aus Landschaftsplan des Kreis Siegen Wittgenstein	16
Abbildung 14: Legende zu Abb. 12 „Entwicklungskarte“ zu Abb. 13 „Entwicklungsmaßnahmen“	16
Abbildung 15: Biotopkartierung	17
Abbildung 16: Städtebaulicher Entwurf in der Fassung vom 13.05.2020	18
Abbildung 17: Bebauungsplan Entwurf in der Fassung vom 07.02.2022	30
Abbildung 18: Geländeschnitt 1 vom 24.05.2020	32
Abbildung 19: Geländeschnitt 2 vom 24.05.2020	33
Abbildung 20: Geländeschnitt 3 vom 24.05.2020	33

1. Einleitung

1.1. Anlass

Die Stadt Siegen bietet als Oberzentrum im ländlich geprägten Raum vielseitige Qualitäten. Ein wesentliches Merkmal der Universitätsstadt mit ihren vielfältigen Stadtteilen sind die ländlich geprägten Bereiche, die vorwiegend mit landwirtschaftlichen Hofstellen das Gesicht dieser Stadtteile prägen. Diese Bereiche weisen eine hohe naturräumliche Qualität und einen hohen Lebens- und Wohnstandard auf. Diese ländlichen Qualitäten gilt es, neben den Zentren, zu erhalten und falls möglich zu stärken, unter anderem durch die Sicherung bestehender Hofstellen. Eine dieser Hofstellen liegt in Siegen-Breitenbach und wird von der Familie Daub als Reiterhof im Familienbetrieb in der 3. Generation im Vollerwerb geführt. Der Betrieb „Reitstall Daub“ ist über die Jahre kontinuierlich gewachsen. Der Betrieb soll in Zukunft an die nächste Generation übergeben werden. Um den Fortbestand des Betriebs in Zukunft zu sichern und die wirtschaftliche Existenz im Zuge des Generationswechsels nicht zu gefährden, besteht Handlungsbedarf. Eine Weiterentwicklung der Flächen im Außenbereich, v.a. für erforderlichen Wohnraum, ist nach planungsrechtlicher Beurteilung nicht mehr möglich. Daher hat der Hofbetreiber, Herr Dietmar Daub, die Aufstellung eines Bebauungsplans initiiert, um die Hofstelle planungsrechtlich zu sichern und somit eine Entwicklung für die Zukunft zu gewährleisten.

1.2. Erfordernis der Planaufstellung

Im Siegener Stadtteil Breitenbach befindet sich der landwirtschaftliche Betrieb „Reitstall Daub“, welcher bereits seit 1958 als Familienbetrieb betrieben wird, auf der Anhöhe „In der Feuersbach“. Vor ca. 25 Jahren spezialisierte sich der Betrieb auf naturnahe Pferdehaltung und Pferdebetreuung. Der Hof wird als Pferdepension hauptberuflich in der 3. Generation geführt.

Der Betrieb ist ein auf Freizeit- und Turnierpferde spezialisierter Hof mit Offenstallhaltung, der aktuell etwa 60 Pferden eine Unterkunft bietet. Einhergehend mit der Vergrößerung stieg die Qualität der Ausstattung und die Anzahl der Einrichtungen, wie Stallungen und funktional zugeordneten Anlagen. Zum Hof gehören unter anderem eine moderne Reithalle mit Turniermaßen, eine überdachte Longierhalle, ein offener Reitplatz, ein Pferdesolarium sowie eine überdachte Führenanlage. Angeboten wird eine artgerechte Haltung in großzügigen Boxen mit Paddock, Laufstall sowie natürliche Herdenhaltung auf weitläufigen Weideflächen, auf denen unter anderem eigene Heulage angebaut wird. Im Zuge zusätzlicher Erweiterungen möchte der Inhaber des Reitstalls den Fortbestand des Betriebs durch ein langfristiges und marktfähiges Angebot sichern. Der Hof entfaltet mit seinem breiten Angebot eine überörtliche Bedeutung als Reitsportanlage und leistet daher als Wirtschafts- und Freizeitstandort einen elementaren Beitrag für die Stadt Siegen.



Abbildung 1: Übersicht des landwirtschaftlichen Hofes „Reitstall Daub“, Schrägluftbild 2018
(Quelle: Stadt Siegen)

Um eine artgerechte Pferdehaltung anzubieten, ein marktfähiges Angebot aufrecht zu erhalten und den Betrieb wirtschaftlich führen zu können, sind in den letzten Jahren stetig Erweiterungen und Anpassungen an den Betriebsanlagen vorgenommen worden. Hierbei war aufgrund der planungsrechtlichen Situation des Hofes, d. h. der Lage im sogenannten Außenbereich, für jedes einzelne Vorhaben ein aufwendiges Genehmigungsverfahren erforderlich. Darunter zählen unter anderem Nachweise über die Wirtschaftlichkeit und Dauerhaftigkeit des Betriebs oder die Erfüllung bestimmter landwirtschaftlicher Kennzahlen.

Der Betrieb ist kontinuierlich gewachsen und besitzt aufgrund der oben genannten Rahmenbedingungen für zukünftig erforderliche Betriebsanpassungen nur begrenzt Kapazitäten. Dies stellt sich insbesondere bei der Wohnnutzung dar, da bei der angestrebten Übergabe des Hofes an die nächste Generation kein bedarfsgerechter Wohnraum zur Verfügung steht. Um die wirtschaftliche Existenz des Betriebes nicht zu gefährden und für die Zukunft zu sichern, besteht daher Handlungsbedarf.

1.3. Ziel und Zweck der Planung

Vorrangiges Planungsziel ist die Sicherung des Betriebsfortbestandes sowie die Ermöglichung von zukünftigen Betriebserweiterungen durch die Schaffung von Planungsrecht nach § 30 BauGB. Bisher musste jede Anlagenerweiterung im Rahmen der Genehmigung nach § 35 „Bauen im Außenbereich“ den Nachweis eines privilegierten Vorhabens mit erhöhten Anforderungen erbringen. Hierzu wird der Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“ im Stadtteil Breitenbach aufgestellt. Durch den Bebauungsplan werden zukünftige Vorhaben zur Anlagenerweiterung oder Errichtung von notwendigen betriebsgebundenen Wohnraums rein nach den Festsetzungen des Bebauungsplanes sowie bauordnungsrechtlichen Vorgaben

geregelt. Durch den Bebauungsplan soll der Bestand des Betriebes planungsrechtlich gesichert sowie angemessene Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft geschaffen werden.

1.4. Lage und Abgrenzung des Plangebiets

Das Plangebiet liegt ca. 5 km östlich vom Zentrum Siegens im Stadtteil Breitenbach. Der Stadtteil Breitenbach grenzt im Südwesten an den Stadtteil Volnsberg, im Süden an Feuersbach, im Osten und Norden an die Stadt Netphen.

Der etwa 5,7 ha große Geltungsbereich umfasst in der Gemarkung Breitenbach die Flurstücke 37, 38, 65 und 66 (teilweise) der Flur 2 sowie die Flurstücke 57 (teilweise), 153, 154 (teilweise) und 215 (teilweise) der Flur 3.

Das Plangebiet wird im Norden durch die „Netphener Straße“ (K 7) und die „Assbergstraße“, im Süden durch angrenzende städtische Forstflächen und im Osten und Westen durch die zum Betrieb zugehörigen privaten Weide- und Wiesenflächen begrenzt. Durch das Gebiet führt die Straße „In der Feuersbach“.



Abbildung 2: Stadtgebiet von Siegen mit Lage des Bebauungsplangebietes

(Quelle: timonline.nrw.de)

B-Plan Nr. 431 „Reitstall Daub“ – Einleitung

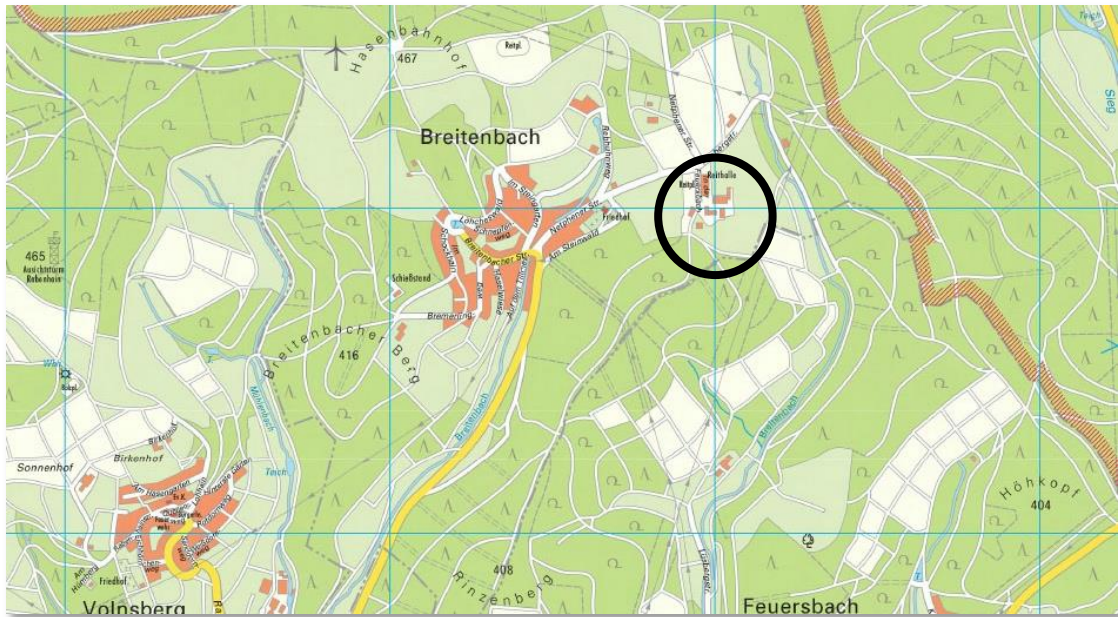


Abbildung 3: Lage des Bebauungsplanes im Stadtteil Breitenbach
(Quelle: Stadt Siegen)



Abbildung 4: Geltungsbereich des Bebauungsplanes (Stand: Januar 2021)
(Quelle: Stadt Siegen, eigene Bearbeitung)

1.5. Verfahren

Der Bebauungsplan wird im Normalverfahren durchgeführt, d. h. unter Anwendung der frühzeitigen Öffentlichkeits- sowie Behördenbeteiligung und Durchführung einer Umweltprüfung (gemäß §§ 2 Abs. 4 i. V. m. § 1 Abs. 6 Nr. 7 und 1a BauGB). Eingriffe in Boden, Natur und Landschaft sind mit der Planung verbunden, wodurch ein Ausgleich gemäß Ausgleichsregelung nach Bundesnaturschutzgesetz notwendig ist. Ebenfalls werden mögliche artenschutzrechtlich relevante Inhalte geprüft.

Der Bebauungsplan kann aufgrund abweichender Festsetzungen nicht gemäß § 8 Abs. 2 BauGB aus dem Flächennutzungsplan der Stadt Siegen (FNP) entwickelt werden, sodass eine Flächennutzungsplanänderung (FNP-Änderung) erforderlich wird. Daher wird der FNP im sogenannten Parallelverfahren gemäß § 8 Abs. 3 BauGB als 101. Änderung entsprechend den regionalplanerischen Vorgaben angepasst. Die Erarbeitung der Planung wird durch ein externes Planungsbüro durchgeführt. Der Vorhabenträger trägt die Kosten des Verfahrens, unter anderem für das Planungsbüro, die Fachgutachten sowie den Ausgleich im Zuge der naturschutzrechtlichen Kompensation.

Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan und die FNP-Änderung wurde am 21.11.2018 gefasst. Im Weiteren wurde die frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung vom 01.07.2019 bis zum 12.07.2019 durchgeführt. Aus der frühzeitigen Beteiligung gingen Anregungen hervor, die zu Anpassungen der Vorentwurfs-Planung geführt haben. Die Beteiligung der Öffentlichkeit (öffentliche Auslegung bzw. Offenlage) fand vom 17.05.2021 bis zum 25.06.2021 statt. Aus der öffentlichen Auslegung gingen keine relevanten Anpassungen hervor, es wurden lediglich redaktionelle Anpassungen bzw. Klarstellungen in den Planunterlagen (Planzeichnung, Begründung und Gutachten) vorgenommen. Sofern kann der Satzungs- bzw. Feststellungsbeschluss gefasst werden und die FNP-Änderung zur Genehmigung bei der Bezirksregierung vorgelegt werden.

2. Ausgangssituation

Die aktuelle Situation des Betriebshofes stellt sich mit mehreren baulichen Anlagen wie folgt dar: Pferdestallungen, Reithalle sowie Nebengebäude zur Unterbringung landwirtschaftlicher Geräte und Betriebswohnhäuser. Das landschaftstypische Umfeld wird durch Weideflächen, Wiesen und Gehölzbereiche geprägt. Darüber hinaus finden sich auf dem Hof Grünbereiche, wie beispielsweise eine prägende einseitige Baumreihe aus Mammut-Bäumen im Bereich der Hofeinfahrt zwischen Reithalle und Reitplatz. Das gesamte Gelände mit den umliegenden Wiesen und Weiden befindet sich auf einer Kuppe und ist Richtung Osten und Westen topographisch abfallend.

Etwa ein Drittel des Plangebiets sind heute versiegelt, wovon rund 40 % bebaut sind und die restlichen Flächen den untergeordneten Funktionen des Reitbetriebs, beispielsweise als Reitplatz, Anhängerstellplätze, Silo-Lagerflächen, Zuwegungen, Paddocks oder Offenstallbereiche zugeordnet sind. Über zwei Drittel des Plangebiets sind dementsprechend unversiegelt bzw. wassergebunden, wobei die Hälfte als Weideland dient, das als Anbaufläche für Heu bzw. Pferdefutter für den Betriebsfortbestand unerlässlich ist.

2.1. Stadträumliche Einbindung

Das Plangebiet befindet sich im Stadtteil Breitenbach und liegt etwa 250 m östlich von dessen Siedlungsrand entfernt. Der Stadtteil Breitenbach liegt peripher am östlichen Rand des Siegener Stadtgebietes auf einer Höhe von ca. 350 bis 400 Meter ü. NHN. Breitenbach selbst ist von Bergen umgeben, die u.a. Höhen bis zu 490 m ü. NHN aufweisen. Der Stadtteil ist landwirtschaftlich geprägt. Mehrere Hofstellen befinden sich in Breitenbach, teils im Haupterwerb teils im Nebenerwerb. Ca. 330 Einwohner umfasst Breitenbach aktuell, wobei sich die Einwohnerzahlen in den letzten Jahren auf diesem Niveau stabilisierten, gegenüber den 1990er Jahren aber einen Verlust von ca. 15 % bedeuten.

Das Plangebiet liegt auf einer Anhöhe zwischen den Gewässern „Breitenbach“ und „Feuersbach“ auf ungefähr 410 m ü. NHN. Das Umfeld des Hofes ist durch landwirtschaftlich genutzte Flächen und Waldflächen (Forstwirtschaft) geprägt. In der Nachbarschaft befinden sich im Norden zwei kleinere Wohnsiedlungen im Abstand von ca. 250 Metern.

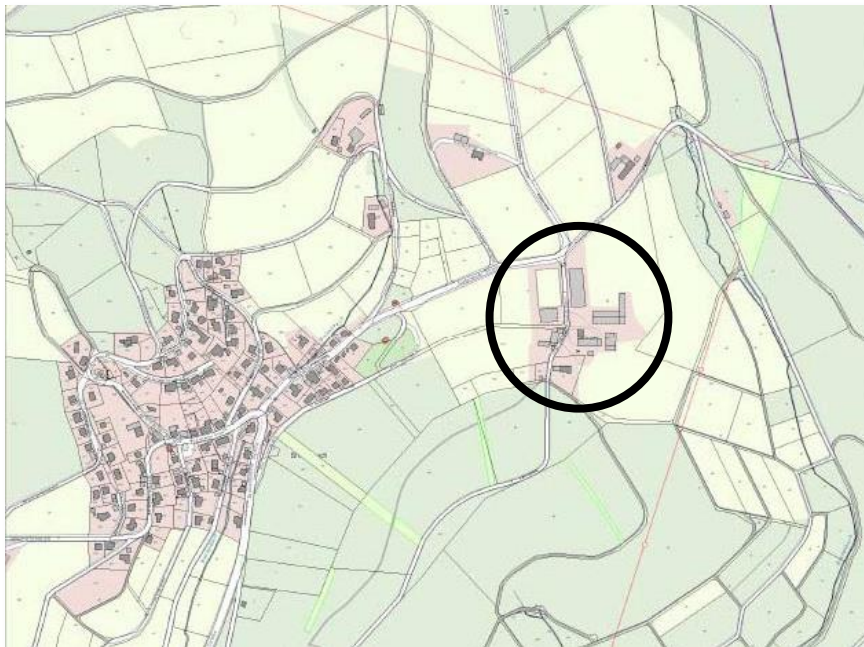


Abbildung 5: Siedlungsbereich Breitenbach mit dem Hofbereich „Reitstall Daub“
(Quelle: timonline.nrw.de)

2.2. Verkehrserschließung und -anbindung

Hauptverkehrsachsen und Motorisierter Individualverkehr (MIV)

Die Hauptverkehrsverbindung in Breitenbach bildet die „Breitenbacher Straße“ (K 7), welche den Stadtteil Breitenbach mit dem überörtlichen Straßennetz in Kaan-Marienborn über „Hauptstraße“ (L 719) verbindet. Zwar endet die K 7 in Breitenbach, jedoch knüpft diese an die das Plangebiet erschließende „Netphener Straße“ an. Somit ist das Plangebiet an das örtliche und überörtliche Straßenverkehrsnetz angebunden. Es führen keine weiteren Hauptverkehrsstraßen in den Stadtteil Breitenbach. Von der „Netphener Straße“ aus zweigt die Ortsstraße „In der Feuersbach“ ab und erschließt den Betriebshof im Inneren.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Der öffentliche Personennahverkehr bedient den peripher gelegenen Stadtteil Breitenbach mit der Buslinie C 109, die den Ort in einer stündlichen Taktung anfährt. In den Randzeiten ist die Anbindung mit dem ÖPNV nicht gegeben. Es gibt die Möglichkeit einen TaxiBus zu bestellen.

Fuß- und Radwegeverkehr

Durch Breitenbach und am Reitstall Daub vorbei führen lokale Radrouten, so von Kaan-Marienborn nach Netphen-Deuz bzw. Feuersbach. Der Fußverkehr innerhalb des Plangebiets erfolgt über die öffentliche Verkehrsfläche. Straßenbegleitende Gehwege sind nicht vorhanden.

2.3. Weitere relevante Inhalte

Städtebau

Die Hofstelle setzt sich überwiegend aus landwirtschaftlich genutzten Haupt- und Nebengebäuden zusammen. Die Reithalle und Stallgebäude sind eingeschossig und mit Satteldach errichtet. Die Nebengebäude, teilweise mit Flachdach, fügen sich durch ihre an die Hauptgebäude orientierte Bauweise (u.a. durch das Baumaterial, Fassadengestaltung, etc.) verträglich in die bestehenden Strukturen ein. Ebenso finden sich drei Wohngebäude auf dem Gelände, ebenfalls mit Satteldach und ein- bzw. zweigeschossiger Bauweise. Die Wohngebäude werden von den Betreibern des Reitstalls und deren Familienangehörigen selbst bewohnt.

Landschaftsbild

Das Plangebiet ist Bestandteil eines Wald-Offenland-Mosaiks. Der ehemalige Aussiedlerhof ist kontinuierlich gewachsen und zeigt trotz ergänzender Bebauung und veränderter Hauptnutzung noch heute den Charakter einer lockeren Hofstelle. Die Gebäude sind in ihrer Größe, Form und Gestaltung ländlich bzw. regionaltypisch errichtet und fügen sich in das Landschaftsbild ein. Dies liegt insbesondere an den Satteldächern und angemessenen Höhen der baulichen Anlagen und kommt der Kuppenlage entgegen. Großzügige Grünflächen verstärken diesen landschaftlichen Charakter der Hofstelle. Der Siedlungsbereich wird durch Gehölze und Grünflächen ergänzt, u.a. durch die straßenbegleitende einseitige Baumreihe und inneren Grünbereiche. Insgesamt fügt sich die Hofstelle mit den umgebenden Weideflächen in das vorhandene Landschaftsbild ein.

Gewässer

In den Tälern im Osten und im Westen des Plangebiets liegen das Gewässer „Feuersbach“ und „Breitenbach“. Im Plangebiet befinden sich keine Gewässer oder Schutzgebiete nach der Definition des Wasserrechts. Es sind keine grundwasserabhängigen Ökosysteme betroffen.

Klima

Lokalklimatisch hat der Standort Bedeutung als Kaltluftentstehungsgebiet. Die von der Erweiterung betroffenen Grünlandbereiche haben Bedeutung als Kaltluftentstehungsgebiet. Der Abfluss erfolgt nach Osten und Westen in die anschließenden Tallagen bzw. in die Ortslage von Breitenbach. Der Kaltluftabfluss ist durch Gehölze und Waldbereiche jedoch nicht uneingeschränkt.

Im Plangebiet treten v.a. Emissionen durch landwirtschaftliche Nutzung sowie Energie- und Wärmeversorgung auf. Eine spürbare bzw. relevante Einwirkung / Verschlechterung des örtlichen Klimas durch die Planung ist nicht zu erwarten. Das Klimageschehen in Breitenbach wird auch zukünftig weitestgehend von den Freiflächen des Außenbereiches bestimmt.

Landschaftsraum / Geologie

Das Plangebiet befindet sich in einem geologischen Bereich, der durch Tonstein, Sandstein und Schluff aus dem Devon geprägt ist.

Böden

Im Plangebiet stehen v.a. in ihrer Schutzwürdigkeit nicht bewertete Braunerden des Bodentyps B32i an. Vor allem im nordöstlichen Teil des Plangebietes ist die vorhandene Braunerde als Wasserspeicher im 2-Meter-Raum mit hoher Funktionserfüllung als Regulations- und Kühlungsfunktion vorhanden (siehe Umweltbericht Meyer, Kapitel 2.1.3 Schutzgut Boden und Flächen).

Telekommunikation

Innerhalb des Plangebiets, entlang der Straßen „In der Feuersbach“ und „Netphener Straße“, verlaufen Leitungen der Unitymedia NRW GmbH und der Telekom.

Hinweis: Das Plangebiet wird in der Kartendarstellung BK 05 als Bereich dargestellt, der vom BMEL mit dem Förderprogramm Land-Digital unterstützt und ausgebaut wird.

Übergeordnete Versorgungsleitungen

In der Nähe des Plangebietes verläuft eine Höchstspannungsfreileitung der Amprion GmbH. Die Leitungsführung und ihre Schutzstreifen können der Planzeichnung des Bebauungsplans Nr. 431 entnommen werden. Der Reiterhof bzw. das Plangebiet selbst wird durch die Westnetz GmbH versorgt.

Bergbau

Die vorbezeichnete Planmaßnahme befindet sich über dem auf Eisen-, Blei-, Kupfer- und Zinkerz verliehenen, inzwischen erloschenen Bergwerksfeld „Birkhahn“. Die letzte Eigentümerin dieses Bergwerksfeldes ist nach meinen Erkenntnissen nicht mehr erreichbar. Eine entsprechende Rechtsnachfolgerin ist nicht bekannt. Ausweislich der derzeit vorliegenden Unterlagen ist im Bereich des Plangebietes kein Abbau von Mineralien dokumentiert. Danach ist mit bergbaulichen Einwirkungen nicht zu rechnen. Im detaillierteren Behördenauskunftssystem sind im Geltungsbereich keine bergbaulichen Aktivitäten verzeichnet.

Denkmalschutz und Denkmalpflege

Baudenkmäler

Im Plangebiet befinden sich keine Baudenkmäler bzw. Objekte des städtischen Kulturgutverzeichnisses, die noch auf ihren eventuellen Denkmalwert zu prüfen sind.

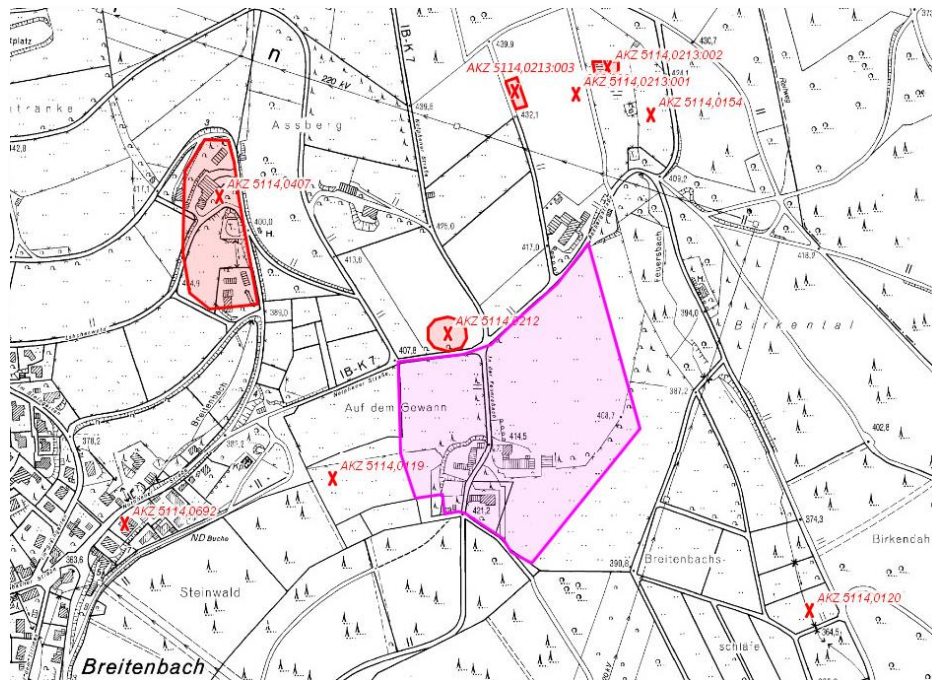
Bodendenkmäler

Bei den Flächen im Geltungsbereich handelt es sich um landwirtschaftlich bewegte Böden. Sie wurden in der Vergangenheit als Ackerflächen mit einer Bewirtschaftung des Oberbodens bis in ca. 50 cm Tiefe genutzt. Bisher sind im Plangebiet selbst keine Funde aufgetreten, jedoch in der Umgebung des Plangebietes sind Bergbaurelikte und zudem auch Verhüttungsplätze, steinzeitliche, mesolithische, neolithische sowie

B-Plan Nr. 431 „Reitstall Daub“ – Ausgangssituation

neuzeitliche Lesefundstellen und eine Lesefundstelle unbestimmter Zeitstellung bekannt (siehe Lageplan der Untere Denkmalbehörde nachfolgend).

Das Plangebiet befindet sich im Kulturlandschaftsbereich KLB A 31.3 „Steinzeitliche Fundstellenregion und Montanlandschaft Siegerland“.



- AKZ 5114,0119 Verhüttungsplatz
- AKZ 5114,0120 Verhüttungsplatz
- AKZ 5114,0154 Verhüttungsplatz
- AKZ 5114,0212 Allgemein steinzeitliche, mesolithische, neolithische und neuzeitliche Lesefundstelle
- AKZ 5114,0213:001 Allgemein steinzeitliche, mesolithische und neolithische Lesefundstelle
- AKZ 5114,0213:002 Mesolithische Lesefundstelle
- AKZ 5114,0213:003 Mesolithische Lesefundstelle
- AKZ 5114,0407 Bergbaubetrieb Brikhahn und Rebhuhn
- AKZ5114,0692 Lesefundstelle unbestimmter Zeitstellung

Abbildung 6: Lageplan der Bodenfunde in der näheren Umgebung
(Quelle: Untere Denkmalbehörde der Universitätsstadt Siegen)

2.4. Aktuelles Planungsrecht

Raumordnung und Landesplanung

Nach § 1 Abs. 4 Baugesetzbuch (BauGB) sind Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung anzupassen. Auf der Landesebene werden durch den Landesentwicklungsplan NRW Vorgaben bezüglich der Siedlungsentwicklung getroffen, die auf der Ebene der Regional- und kommunalen Bauleitplanung zu beachten sind. Unter anderem wird, um eine nachhaltige, umweltgerechte und den siedlungsstrukturellen Erfordernissen Rechnung tragende Entwicklung der Raumnutzung zu gewährleisten, das Land in Gebiete unterteilt, die vorrangig Siedlungsfunktionen (Siedlungsraum) oder vorrangig Freiraumfunktionen (Freiraum) erfüllen bzw. erfüllen sollen. Der Geltungsbereich des Bebauungsplans liegt in dem o.g. Freiraum. Nach dem Ziel 2.3 können ausnahmsweise im regionalplanerisch festgelegten Freiraum Bauflächen und -gebiete dargestellt und festgesetzt werden, wenn es sich um angemessene Erweiterungen oder Nachfolgenutzungen vorhandener Betriebsstandorte oder um eine Betriebsverlagerung zwischen benachbarten Ortsteilen handelt.

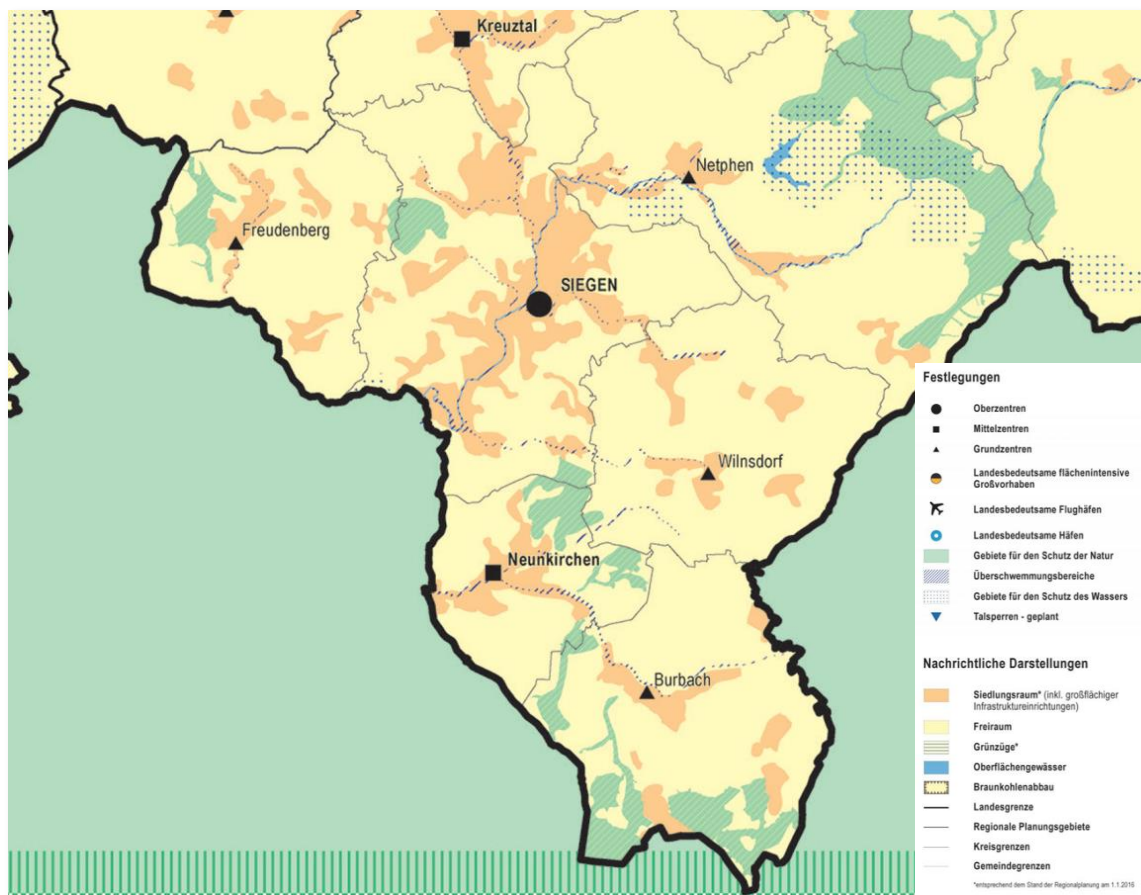


Abbildung 7: LEP NRW, Ausschnitt Siegen

(Quelle: Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen, Fassung von 2017, geändert 2019, Erläuterungskarte 1, Auszug)

Neben der im Ziel 2-3 genannten Ausnahmeregelung für vorhandene Betriebe oder Betriebsverlagerungen gelten nach dem Ziel 2.4. für die in kleinen Ortsteilen ansässigen Betriebe, z.B. der Land- und Forstwirtschaft, des Handwerks sowie für Gewerbe, dass Erweiterungen am Standort oder Betriebsverlagerungen innerhalb des Ortsteils, z.B. aus der Ortsmitte an den Ortsrand, regelmäßig möglich sind. Die durch

die Planung angestrebte Zielsetzung, den Betriebsbereich planungsrechtlich zu sichern und angemessene Erweiterungen zu ermöglichen, entspricht insoweit den o.g. Zielsetzungen des LEP.

Die mit dem Bebauungsplan ermöglichte Siedlungsentwicklung entspricht dem tatsächlichen Bedarf an Erweiterungsmöglichkeiten für den wirtschaftlichen Erhalt und die Fortführung des Betriebs Reiterhof Daub. Gleichzeitig wird der Standort gestärkt und gesichert und dem Ziel 6.1-1 einer flächensparenden und bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung entsprochen.

Regionalplan

Nach § 1 Abs. 4 Baugesetzbuch (BauGB) sind Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung anzupassen. Auf der regionalplanerischen Ebene werden durch den Regionalplan Arnsberg, Teilabschnitt Oberbereich Siegen (Kreise Olpe und Siegen-Wittgenstein) Vorgaben bezüglich der Siedlungsentwicklung getroffen.

Der wirksame Regionalplan für den Regierungsbezirk Arnsberg – Teilabschnitt Oberbereich Siegen (Kreis Siegen-Wittgenstein und Kreis Olpe) – Genehmigung der Fortschreibung vom 20.11.2007, Bekanntmachung der Genehmigung am 12.03.2008 (GV.NRW. 2008 S.160) - stellt das Plangebiet größtenteils als Fläche für allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche dar. Ein kleiner Teil im Südwesten des Plangebiets ist als Waldbereich gekennzeichnet. Zudem liegt das Gebiet im Bereich der Freiraumfunktion „Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung“.

Die Flächen des Reitstalls Daub sollen weiterhin Freiraum- und Agrarflächen bleiben und dienen dem Hauptzweck der landwirtschaftlichen Nutzung. Hinsichtlich der Betriebsflächen wird eine angemessene Erweiterung unter Hinzunahme untergeordneter, sog. nachgezogener Nutzungen, angestrebt (siehe hierzu auch Kapitel 4.3. Angemessenheit der Planung).

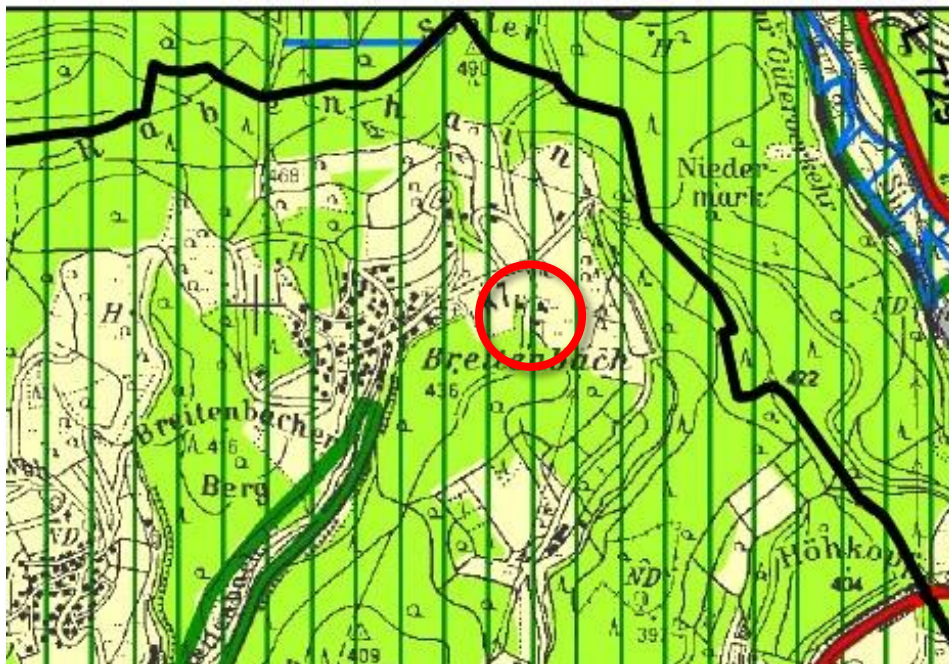


Abbildung 8: Auszug aus dem Regionalplan Arnsberg, Oberbereich Siegen aus dem Jahr 2008

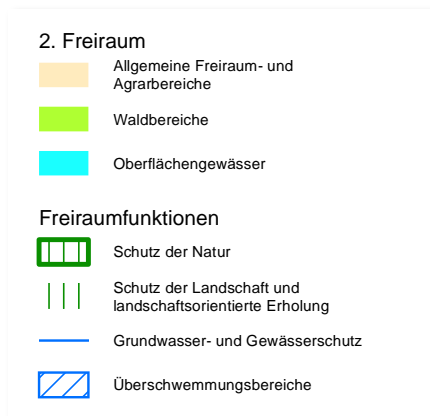


Abbildung 9: Legende des Regionalplans Arnsberg (Auszug), Oberbereich Siegen aus dem Jahr 2008

Mit den Festsetzungen im Bebauungsplan wird eine nachhaltige Siedlungsentwicklung und möglichst geringe Inanspruchnahme von Freiraum verfolgt. Es wird dem Ziel 1 des Regionalplans, Ziel 1 (1) „Dem Leitbild einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung ist auf gemeindlicher Ebene Rechnung zu tragen...“ und dem Ziel 1 (2) „Sie [die Flächeninanspruchnahme] muss flächensparend und umweltschonend erfolgen.“ Dem Erhalt besonderer Landschaftsbilder und der Schutzfunktion für Lebensräume für Pflanzen und Tiere wird durch die Festsetzungen, u.a. der bebaubaren Flächen, entsprochen (Ziel 3 und Ziel 13 des Regionalplans). Die angestrebte Nutzung des Bebauungsplanes Nr. 431 entspricht also insgesamt den Zielen 1 (1), 1 (2), 3 und 13 des Regionalplans.

ENTWURF des Regionalplans

Der Regionalplan Arnsberg – Räumlicher Teilplan Märkischer Kreis, Kreis Olpe und Kreis Siegen-Wittgenstein – wird derzeit neu aufgestellt.

Der Regionalplan im Entwurf (Stand für das Beteiligungsverfahren vom 29. Januar bis 30. Juni 2021) stellt das gesamte Plangebiet als Fläche für allgemeine Freiraum und Agrarbereiche dar. Die Ausweisung des als Wald ausgewiesenen Teilbereichs im Südwesten entfällt im Entwurf. Das Gebiet liegt weiterhin im Bereich der Freiraumfunktion „Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung“.

Gegenüber dem aktuell rechtswirksamen Regionalplan wird mit dem Entwurf des Regionalplans der östliche Teil des Geltungsbereichs des Bebauungsplans Nr. 431 vom „Bereich für den Schutz der Natur“ (BSN) Nr. 166 „Weißbachtal mit Nebentälern“ tangiert bzw. der BSN grenzt an die bestehende Bebauung des Reitstalls Daub an. Der Bereich umfasst als wesentliche Teile unter anderem Feucht- und Nassgrünland, Nieder- und Mittelwälder, eutrophe Stillgewässer und Quellen und Quellbäche. Das Tal des Feuersbachs soll somit als Nebental des Weißbachtals geschützt werden. Das Plangebiet des Bebauungsplans liegt auf der Geländekuppe oberhalb des Tals des Feuersbachs und besitzt durch die Beibehaltung der landwirtschaftlichen Nutzung im überlagerten Bereich voraussichtlich keine negativen Auswirkungen auf den Bereich für den Schutz der Natur Nr. 166.

Die Ziele der Raumordnung stehen demnach aktuell sowie auch zukünftig (entsprechend des Entwurfes) der Bebauungsplanung nicht entgegen. Laut der Stellungnahme von 26.03.2021 der Bezirksregierung Arnsberg bestehen auch keine landesplanerischen Bedenken.

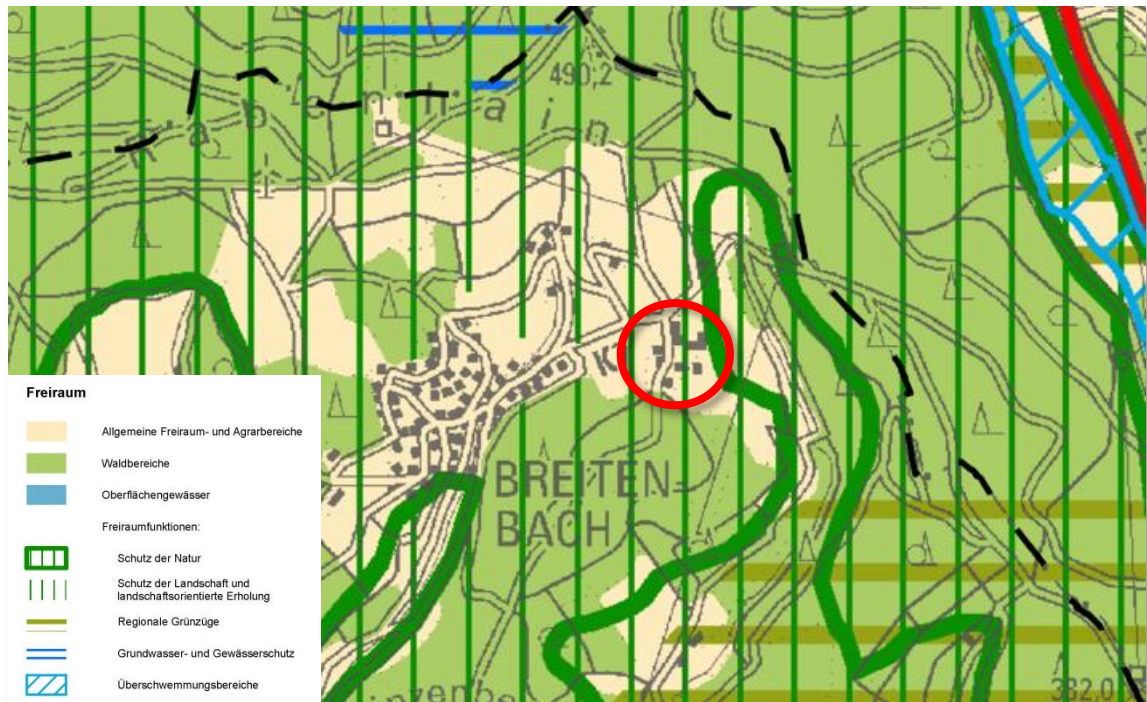


Abbildung 10: Regionalplan Arnsberg mit Legende (Auszug), Räumlicher Teilplan

Märkischer Kreis, Kreis Olpe, Kreis Siegen-Wittgenstein im Entwurf (Stand für das Beteiligungsverfahren vom 29. Januar bis 30. Juni 2021)

Landesplanerische Abstimmung

Gemäß § 34 Landesplanungsgesetz (LPlG) NRW ist bei Bauleitplanverfahren eine Anfrage (Abs. 1) bzw. Beteiligung (Abs. 5) bezüglich der Ziele der Raumordnung und Landesplanung durchzuführen. Die Bezirksregierung Arnsberg teilte hinsichtlich der Anfrage mit Bescheid vom 27.08.2019 mit, dass für die Anpassung gemäß § 34 Abs. 1 LPLG NRW eine Vereinbarkeit mit den Erfordernissen der Raumordnung in Aussicht gestellt werden kann. Zudem wurde erläutert, dass die Planungsabsicht unter Berücksichtigung der gegebenen Hinweise mit den Erfordernissen der Raumordnung dann vereinbar sind, wenn die geplante zusätzliche Nutzung Ferienwohnungen als funktional zugeordnete nichtlandwirtschaftliche Nutzungen dem landwirtschaftlichen Betrieb quantitativ und qualitativ deutlich untergeordnet sind (Nebenzweck) und die Planungsabsichten gegen keine weiteren Ziele der Raumordnung verstoßen.

Außerdem wurde dargelegt, dass das Plangebiet im Teilabschnitt Oberbereich Siegen des Regionalplans Arnsberg im „Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich“ und in der überlagernden Festsetzung „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung“ liegt. Bauliche Entwicklungen sind in diesem Bereich, entsprechend der o.g. landesplanerischen Zielsetzung nur ausnahmsweise zulässig. Gemäß des Grundsatzes 7.1-1 LEP, Ziel 13 und Grundsatz 9 Abs. 1 des Regionalplanes ist die Inanspruchnahme von Freiraum auf den unbedingt notwendigen Rahmen zu begrenzen. Darüber hinaus ist mit Bezug auf Ziel 18 und Grundsatz 11 des Regionalplanes die beabsichtigte Planung auf den unbedingt erforderlichen Rahmen zu begrenzen, flächensparend auszuführen und landschaftsraumangepasst zu gestalten.

Diese Aspekte werden ausführlich in Kapitel 4.3. „Angemessenheit der Planung“ dargelegt. Unter anderem beträgt die bauliche Erweiterungsmöglichkeit nur ca. ein Drittel der bereits bebauten bzw. versiegelten Flächen. Darüber hinaus werden konkreten Grundflächen ausgewiesen, so dass eine angemessene Verdichtung entsprechend den vorhandenen Strukturen erfolgen kann. Die planerische Konzeption stimmt mit einem ressourcenschonenden Umgang mit Fläche überein, da keine über die ausgewiesenen Baufelder hinaus ungeplante Erweiterung und Flächenversiegelung erfolgen kann. Durch die Beschränkung der Ausweisung von Wohnraum (nur für Betriebsangehörige und Aufsichtspersonen) bzw. von nur temporären nutzbaren Wohnraum (der Hauptnutzung funktional zugeordnete und untergeordnete Ferienwohnungen), wird dem Ziel 6.1-4 LEP „Vermeidung von Splittersiedlungen“ Rechnung getragen. Aufgrund dieser planerischen Konzeption teilte die Bezirksregierung im Rahmen der landesplanerischen Beteiligung nach § 34 Abs. 5 LPlG NRW mit, dass keine landesplanerischen Bedenken bestehen.

Flächennutzungsplan

Der Flächennutzungsplan (FNP) als „vorbereitender Bauleitplan“ stellt die Grundzüge der Art der Bodennutzung für das gesamte Stadtgebiet dar. Der FNP ist gemäß § 1 (4) BauGB an die Ziele der Raumordnung anzupassen. Im wirksamen FNP der Stadt Siegen ist das Plangebiet größtenteils als Fläche für die Landwirtschaft und ein kleiner Teil als Fläche für die Forstwirtschaft gekennzeichnet. Zudem wird das gesamte Plangebiet als Erholungsgebiet deklariert.

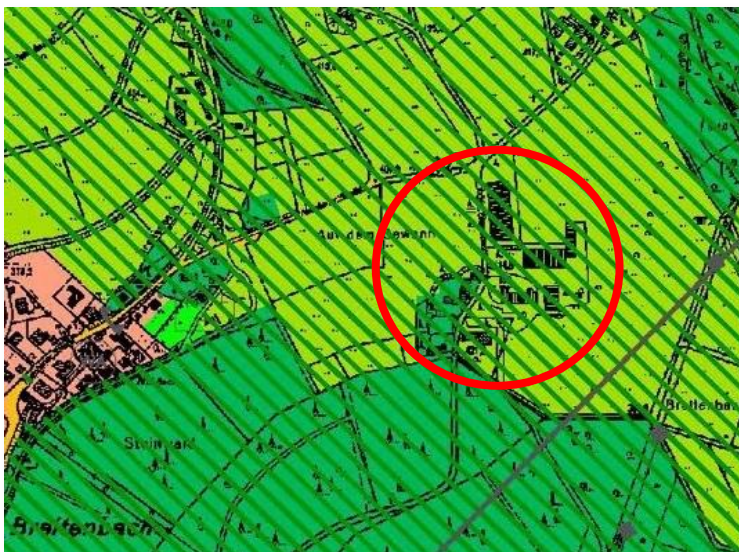


Abbildung 11: FNP der Universitätsstadt Siegen, Ausschnitt Breitenbach

Die Bebauungsplanung sieht ein Sonstiges Sondergebiet für Landwirtschaft und Pferdehaltung mit der Zweckbestimmung „Reiterhof mit ergänzenden Nutzungen“ vor. Das Sondergebiet dient der landwirtschaftlichen Hauptnutzung Reiterhof mit ergänzenden nachgeordneten Nutzungen, was zwar der grundsätzlichen Intention der landwirtschaftlichen Nutzung entspricht, nicht jedoch den Darstellungen des FNP. Daher ist das Entwicklungsgebot des § 8 Abs. 2 BauGB, wonach Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln sind, nicht gegeben. Eine Änderung des Flächennutzungsplans ist daher erforderlich und wird im Parallelverfahren gemäß § 8 Abs. 3 BauGB als 101. FNP-Änderung durchgeführt.

Im FNP sollen die nach Bebauungsplan ausgewiesenen unmittelbar am Betriebsstandort ausgewiesenen Bauflächen als Sonstiges Sondergebiet Landwirtschaft und Pferdehaltung, mit der Zweckbestimmung „Reiterhof mit ergänzenden Nutzungen“ und die angrenzenden Freiflächen als Flächen für die Landwirtschaft ausgewiesen werden (siehe hierzu Planzeichnung und Begründung zur 101. FNP-Änderung der Stadt Siegen).

Bebauungspläne

Das Plangebiet befindet sich im Außenbereich und ist planungsrechtlich nach § 35 BauGB „Bauen im Außenbereich“ zu bewerten. Sonach existieren keine Bebauungspläne in diesem Bereich.

Sonstige relevante Satzungen

Für das Plangebiet liegen keine weiteren Satzungen nach BauGB vor.

Sonstige städtebaulich relevante formelle und informelle Planungen

Neben den o.g. bau- und planungsrechtlichen Instrumenten bestehen für die gesamte Stadt oder Teile davon weitere formelle und informelle Steuerungsinstrumente. Sie geben u.a. Ziele vor oder definieren bestimmte Maßnahmen, zeigen städtebauliche Entwicklungen auf oder setzen fachplanerische Belange um, d.h. sie wirken auf die Bauleitplanung ein. Hierzu zählen unter anderem integrierte Handlungskonzepte, Rahmenpläne, Masterpläne, Landschaftspläne und/oder Klimaschutzkonzepte. Im Bebauungsplangebiet sind Inhalte und Aussagen folgender Konzepte relevant:

Naturschutzrechtliche Regelungen

Landschaftsplan der Stadt Siegen

Durch die Außenbereichslage befindet sich der Reiterhof im Geltungsbereich des Landschaftsplanes für die Stadt Siegen. In der behördenverbindlichen Entwicklungskarte des Landschaftsplanes ist der Großteil des Plangebiets als Fläche zur „Erhaltung“ und zwei kleinere Teilflächen zur „Wiederherstellung“ gekennzeichnet. Hierbei handelt es sich laut Festsetzungskarte 2 mit Pflege und Entwicklungsmaßnahmen, um die Umwandlung von Nadelholzbeständen in Grünland“. Zusätzlich ist die Anpflanzung von je einer Baumreihen östlich und westlich der Reithalle vorgesehen. Es bestehen keine gesetzlich geschützten Bereiche im Plangebiet.

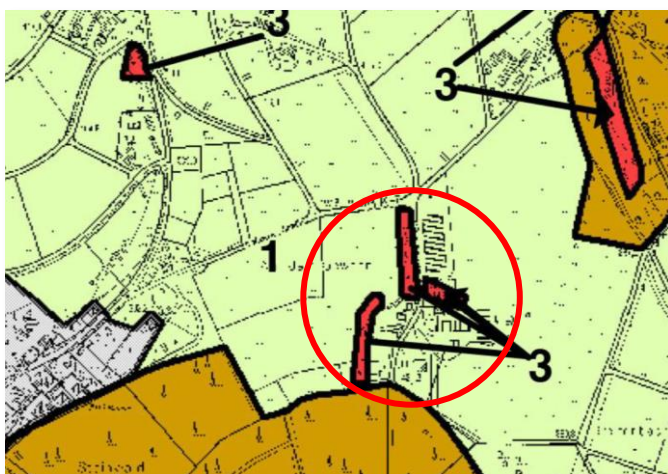


Abbildung 12: Auszug aus Landschaftsplan des Kreis Siegen-Wittgenstein für die Stadt Siegen
Entwicklungskarte, Ausschnitt Breitenbach vom 16.12.2008

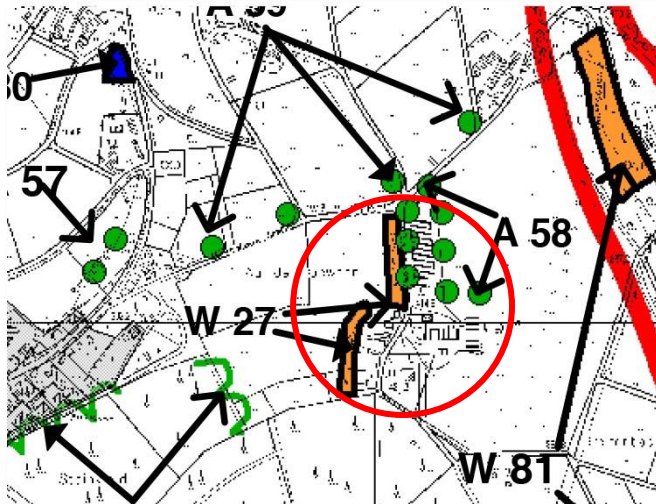


Abbildung 13: Auszug aus Landschaftsplan des Kreis Siegen Wittgenstein
Festsetzungskarte 2, Pflege und Entwicklungsmaßnahmen, Ausschnitt Breitenbach vom 16.12.2008

Zeichenerklärung:	Zeichenerklärung:
Plangebiet (gleich Gemeindegebiet, Stadt Siegen)	Plangebiet (gleich Gemeindegebiet, Stadt Siegen)
Fläche außerhalb des räumlichen Geltungsbereiches	Fläche außerhalb des räumlichen Geltungsbereiches
Entwicklungsziele	Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen gem. § 26 LG
1 Erhaltung	Raum für Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen 2.2.1 - 2.2.6
2.1 Anreicherung nicht bewaldeter Bereiche	Anpflanzungen gem. § 26 Abs. 1 Ziff. 2 LG A1 - A 83
2.2 Anreicherung innerhalb des Waldes	Anpflanzung (Baumreihe)
3 Wiederherstellung	Anpflanzung (Einzelbaum)
6 Rekultivierung	Anpflanzung (Baumgruppe)
7 Erhaltung bis zur baulichen Nutzung	Anpflanzung (Gehölzstreifen)
Vorrangzone Windkraftanlagen	Beseitigung von Fehlbestockungen gem. § 26 Abs. 2 Ziff. 1 und 5 LG
	Kat. I, lfd. Nr. W 1 - W 52 (Umwandlung von Nadelholzbeständen in Grünland)
	Kat. II, lfd. Nr. W 53 - W 109 (Umwandlung von Nadel- in Laubholzbestände)
	Kat. III, lfd. Nr. W 110 - W 116 (Umwandlung von standortfremden Laubholzbeständen)
	Maßnahmen an Teichen gem. § 26 Abs. 2 Ziff. 1 LG lfd. Nr. T 1 - T 55
	Renaturierung von Quellen und Fließgewässern gem. § 26 Abs. 2 Ziff. 1 und 2 LG lfd. Nr. G 1 G 26
	Anlage und Entwicklung von Waldmänteln und -rändern gem. § 26 Abs. 2 Ziff. 1 LG lfd. Nr. M 1 - M 13
	Pflege von Grünlandflächen gem. § 26 Abs. 2 Ziffer 1 LG lfd. Nr. P 1 - P 34
	Rekultivierung gem. § 26 Abs. 2 Ziff. 4 LG lfd. Nr. R 1 - R 4
	sonstige Maßnahmen gem. § 26 Abs. 2 Ziff. 2 und 5 LG lfd. Nr. S 1 - S 10

Abbildung 14: Legende zu Abb. 12 „Entwicklungskarte“ zu Abb. 13 „Entwicklungsmaßnahmen“

Baumschutzsatzung der Stadt Siegen

Die Baumschutzsatzung der Stadt Siegen gilt nach § 2 Abs. 1 innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile (sog. Innenbereich) und im Geltungsbereich von Bebauungsplänen. Das Plangebiet war bisher planungsrechtlich als sog. Außenbereich zu bewerten, daher griff die Satzung hier nicht. Durch die Aufstellung des Bebauungsplanes würde das Plangebiet in den Geltungsbereich der Satzung fallen. Entsprechend § 2 Abs. 2 der Baumschutzsatzung gilt die Satzung jedoch nicht für den Geltungsbereich von Bebauungsplänen, in denen land- oder forstwirtschaftliche Nutzung oder Grünflächen festgelegt sind, wenn und insoweit sich ein Landschaftsplan auf diese Flächen erstreckt. Im Zuge des Bebauungsplanes Nr. 431 wird eine Sondernutzung „Landwirtschaft und Pferdehaltung“ festgesetzt, sodass die o.g. Ausnahmeregelung hier greift. Unabhängig davon werden schützenswerte Bäume, insbesondere die vorhandenen Mammutbäume im Bebauungsplan planungsrechtlich gesichert und zur „Erhaltung“ festgesetzt.

2.5. Naturschutzrechtliche Regelungen

Biotope

Im Geltungsbereich befinden sich keine kartierten Biotope. Im Süden, angrenzend an das Plangebietes befindet sich eine Fläche, die als Biotop mit der Kennung BK-5114-073 „Niederwaldreste östlich Breitenbach“ im Biotopkataster aufgeführt ist. Die Fläche befindet sich innerhalb des Biotopverbundes Laubwälder „Rabenhain“ und „Hohe Ley“ (VB-A_5014-014).

Die als Biotop BK-5115-073 ca. 6 ha große ausgewiesene Fläche ist geprägt durch schützenswerte Niederwaldreste. Eingriffe in die schutzwürdigen Bereiche sind durch das Planvorhaben nicht zu erwarten.

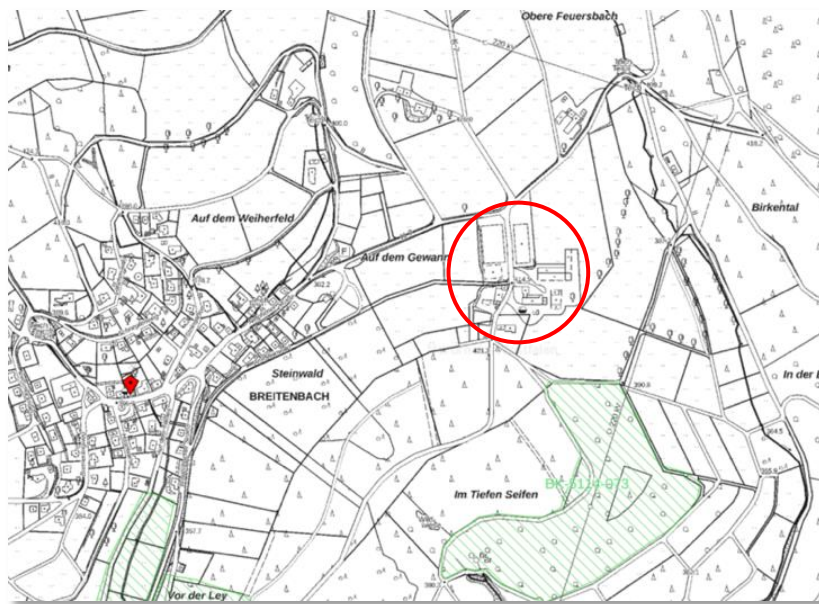


Abbildung 15: Biotopkartierung

(Quelle: <http://bk.naturschutzinformationen.nrw.de/bk/de/karten/bk>)

Fauna-/Flora- Habitat

Das Plangebiet ist nicht von einem ausgewiesenen FFH-Gebiet tangiert. Angrenzend, in der Nachbarkommune Netphen, befindet sich ein Auenwald, der als FFH-Gebiet „DE-5014-301“ geschützt ist. Durch die Intention der Planung den Reiterhof planungsrechtlich zu sichern und nur marginal weiterzuentwickeln, werden keine negativen Aus- bzw. Einwirkungen auf dieses FFH-Gebiet erwartet. Das Plangebiet liegt nicht in einem Vogelschutzgebiet.

Luftreinhalteplan Siegen 2008

Landwirtschaftliche Emittenten haben im Luftreinhalteplangebiet der Stadt Siegen keine Relevanz. Die landwirtschaftliche Nutzung „Pferdehaltung“ unterscheidet sich wesentlich von anderweitiger geruchsintensiver Landwirtschaft, wie Schweinehaltung. Unabhängig davon gehen aktuell keine (erheblichen) Beeinträchtigungen von dem Hof aus und soweit absehbar, erfolgt dies auch nicht durch die Umsetzung der Planung.

Gewässerbericht

Für das Plangebiet gibt es keine Hinweise bzw. wasserschutzrechtlichen Vorgaben. Laut Gewässerbericht der Stadt Siegen mit Stand von 2016 liegt kein Gewässer innerhalb oder in unmittelbarer Nähe zum Geltungsbereich.

3. Städtebauliche Konzeption

Der städtebauliche Entwurf wird hauptsächlich durch die bestehende Situation im Plangebiet geprägt. Grundsätzlich soll das derzeitige Landschaftsbild mit den Gebäudestrukturen gesichert und neue bauliche Anlagen, Einrichtungen und Nutzungen, die der Zweckbestimmung „Reiterhof“ dienen, sinnvoll gesteuert werden. Im Rahmen der Variantenentwicklung zur städtebaulichen Entwicklung wurde diejenige Variante favorisiert und dem Bebauungsplan zugrunde gelegt, die sowohl den Charakter der Hofstelle aufgreift und die Topografie sowie das Landschaftsbild berücksichtigt. Der favorisierten Variante liegen zudem Aspekte zugrunde, die der Funktionalität der vorhandenen und zukünftigen Nutzungen entsprechen und dem Betriebsablauf nicht entgegenstehen. Die bauliche Hauptentwicklung findet in Zusammenhang mit dem zentralen, bereits bebauten Bereich des Reitstall Daubs statt. Ergänzt wird das Konzept durch ein Wohnhaus im Südosten des Plangebiets und einer Remise an der Assbergstraße im Nordosten. Die zukünftige bauliche Entwicklung zielt auf das Konzept einer marginalen, kleinräumigen baulichen Entwicklung ab. Sie ist insgesamt bestandsorientiert, d.h. erhält den bestehenden Charakter des Gebiets und entwickelt diesen behutsam weiter. Die Erweiterungsflächen stehen dabei in einem angemessenen Verhältnis zum Bestand (siehe Kapitel 4.3). Der Reiterhof kann sich hinsichtlich seiner bestehenden baulichen bzw. versiegelten Flächen in Zukunft maximal um etwa ein Drittel erweitern.



Abbildung 16: Städtebaulicher Entwurf in der Fassung vom 13.05.2020

(Quelle: Loth Stadtplanung)

3.1. Planerische Intention

Auf langfristige Sicht sollen Erweiterungsmöglichkeiten für den Reitbetrieb, u.a. durch eine Reithalle, eine Remise und darüber hinaus benötigten Wohnraum für Betriebsangehörige geschaffen werden. Ebenfalls sind zusätzliche Stallungen erforderlich, um den Betriebsablauf reibungslos durchzuführen. Als Alternative oder Ergänzung der Reithalle sollen maximal sechs „Ferienwohnungen“ ermöglicht werden, d.h. temporär genutzter Wohnraum in unmittelbarer Nähe zu den Pferdestallungen und Weiden. Mit dieser untergeordneten Nutzung soll gezielt die Nutzergruppe der Reitsportbegeisterten angesprochen werden. Der Bebauungsplan steuert somit die Etablierung baulicher Anlagen sowie die Einrichtungen und Nutzungen, die der Zweckbestimmung „Reiterhof mit ergänzenden Nutzungen“ dienen.

Eine den Reiterhof ergänzende, wesentlich untergeordnete Nutzung stellt das Hofcafé bzw. der geplante Ausschank im Bereich des Reitplatzes dar. Das Café ist grundsätzlich für die Nutzer des Reitstalls vorgesehen, wobei wohl auch rastende Radfahrer und Wanderer zur Kundschaft zählen werden. Das Café soll eine Größe von maximal 50 m² für den Gastraum und 40 Sitzplätzen insgesamt (Innenbereich und Außenbereich) nicht überschreiten. Um die Umgebungsverträglichkeit sicherzustellen, ist der Betrieb in der Nachtzeit (22.00 Uhr bis 06.00 Uhr) im Sinne der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm vom 26.08.1998 (TA Lärm) - Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift der Bundesregierung, durch die Bekanntmachung des BMUB vom 01. Juni 2017 geändert und in Kraft getreten am 09. Juni 2017, ausgeschlossen. Aufgrund der o.g. Nutzergruppen ist ein sehr geringes zusätzliches Verkehrsaufkommen zu erwarten. Für die Radfahrer sollen Fahrradstellplätze vorgesehen werden. Die Nutzer der Reitanlage parken auf den bestehenden Stellplätzen auf dem Gelände des Reitstalls Daub. Auf dem Gelände befinden sich Toilettenanlagen für die Nutzer der Reitanlage. Diese könnten für den Ausschank mitgenutzt werden.

3.2. Einbindung in die Umgebung

Die exponierte Lage der landwirtschaftlichen Hofstelle erfordert die Rücksichtnahme auf das Landschaftsbild, den typischen Charakter einer offenen Hofstelle sowie die Einbindung in die Umgebung. Festsetzungen zur baulichen Entwicklung werden mit dem Bebauungsplan getroffen, die die zuvor beschriebenen Aspekte berücksichtigen. Wesentliches Ziel ist es, den bestehenden Charakter der Einzellage bzw. der Hofstelle zu erhalten und notwendige Erweiterungen /Vorhaben zu ermöglichen.

Die Inanspruchnahme von derzeit unversiegelten Flächen wird dabei auf das notwendige Maß reduziert und die Einbindung der neuen Gebäude in das Landschaftsbild durch Festsetzungen zur Höhenentwicklung sowie der Dachform sichergestellt.

3.3. Erschließung

Die äußere Erschließung des Plangebiets erfolgt über die „Netphener Straße“ (K 7), welche den Reitstall Daub an die Ortsmitte anbindet. Die innere Erschließung ist durch die Straße „In der Feuersbach“ gegeben und wird im Bebauungsplan als öffentliche Verkehrsfläche festgesetzt. Zusätzliche Flächen für den Verkehr (gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 3 und Abs. 4 BauGB) sind nicht vorgesehen.

Im Zuge des B-Plan-Verfahrens ist eine Grenzfeststellung durchgeführt worden, da der Ausbau der Straße mit den bestehenden Flurstücksgrenzen in Teilen abgewichen ist. Im Rahmen dieser Grenzanpassung wurden die Flurstücksgrenzen an die tatsächlichen Straßenverkehrsflächen angepasst.

3.4. Ver- und Entsorgung

Abfallbeseitigung

Die Abfallbeseitigung erfolgt entsprechend der gesetzlichen Vorschriften und der Satzung über die Abfallentsorgung im Stadtgebiet Siegen; vorschriftsmäßig über die städtische Abfallentsorgung durch einen regionalen Anbieter.

Trinkwasserversorgung

Die Trinkwasserversorgung erfolgt durch die Wassergemeinschaft Breitenbach in Eigenversorgung. Der Reitstall Daub ist nicht an das Trinkwassernetz der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH angeschlossen. Für die Trinkwasserversorgung ist alternativ eine Versorgung auf Basis einer einzelfallbezogenen, vertraglichen Regelung mit den Siegener Versorgungsbetrieben GmbH möglich.

Trinkwasseranlagen einschließlich der dazugehörigen Hausinstallationen dürfen nach § 17 Abs. 2 der zurzeit gültigen Trinkwasserversorgung nicht mit den Regenwassernutzungsanlagen einschließlich ihrer Leitungen verbunden werden.

Löschwasserversorgung

Die Versorgung mit Löschwasser ist durch einen Feuerlöschteich am Ende der Assbergstraße, etwa 100 m vom Haus Assbergstraße Nr. 17 entfernt, gesichert. Es handelt es sich um einen eingetragenen Feuerlöschteich.

Stromversorgung

Die Versorgungsnetze für die Energieversorgung sind vorhanden. Die Versorgung des Gebietes erfolgt über die Westnetz GmbH in einer oberirdisch verlaufenden Leitungstrasse.

Versorgung mit Gas

Ein Anschluss an das Gasnetz ist nicht vorhanden und auch nicht erforderlich.

Telekommunikation

Die Versorgungsnetze für Telekommunikation sind vorhanden und werden durch die Unitymedia NRW GmbH und die Telekom Deutschland GmbH bereitgestellt.

Je nach vorhandener Leistungsfähigkeit kann ein Ausbau bestimmter Medien zur Sicherstellung der Versorgung notwendig werden.

3.5. Regelung des Wasserabflusses und der Wasserbewirtschaftung

Umgrenzung von Flächen für die Wasserwirtschaft

Im Plangebiet befinden sich keine Gewässer oder Schutzgebiete nach der Definition des Wasserrechts. Es sind keine grundwasserabhängigen Ökosysteme betroffen.

Schmutzwasser

Die Schmutzwasserentsorgung erfolgt zurzeit über eine privat unterhaltene vollbiologische Kleinkläranlage auf privater Fläche innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans. Die Kläranlage ist genehmigt und es besteht keine Anschlusspflicht an

das öffentliche Kanalnetz. Die Kläranlage wird regelmäßig durch den Kreis Siegen-Wittgenstein überprüft.

Die Stadt Siegen ist mit Schreiben der Unteren Wasserbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein vom 05.04.2006 von der Pflicht zur Abwasserbeseitigung gemäß Landeswassergesetz NRW (ehem. § 53 Abs. 4 LWG) befristet bis 30.04.2026 freigestellt. Die Regelungen aus § 53 Abs. 4 finden sich im gültigen LWG NRW in § 46 Abs. 1 wieder.

Die Abwasserbeseitigungspflicht wurde bisher auf den Nutzungsberechtigten übertragen und erstreckt sich auf die Flurstücke 65 und 66 der Flur 2, sowie dem Flurstück 154 der Flur 3, für anfallende häusliche Abwässer. Nutzungsberechtigter: Herr Friedrich Wilhelm Daub, freigestellt bis 30.04.2026.

Das Inkrafttreten des Bebauungsplans führt durch die daraus veränderte bodenordentliche Rechtslage zur Verpflichtung das anfallende Abwasser zentral über einen öffentlichen Kanalanschluss zu beseitigen.

Spätestens bis zum Auslaufen der Befreiung am 30.04.2026 ist der Anschluss an das öffentliche Kanalnetz herzustellen, an den Entsorgungsbetrieb Siegen (ESi) zu übergeben und in Betrieb zu nehmen. Sofern die Kapazitäten der bisherigen Kleinkläranlage von bis zu 10 Einwohner nicht überschritten werden, ist der Bau eines weiteren Wohnhauses im SO 5 bereits vor Ausbau des Kanalanschlusses möglich. Für andere Bauvorhaben, wenn diese häusliche Abwässer verursachen, wie zum Beispiel die geplanten Ferienwohnungen, ist die Herstellung, Übergabe und Inbetriebnahme des Kanals an die Baugenehmigung geknüpft.

Anschluss an das öffentliche Kanalnetz

Durch die veränderte bodenordentliche Rechtslage entfällt die o.g. (Ausnahme) Regelung des LWG, so dass der Reitstall Daub zukünftig an das öffentliche Kanalnetz angeschlossen werden muss. Die Verlegung des Kanals auf den im Plangebiet betroffenen Flächen erfolgt durch den Vorhabenträger, der sich verpflichtet, die Grundstücke des Plangebiets auf eigene Kosten an das öffentliche Kanalnetz anzuschließen.

Der Vorhabenträger plant und baut nach Vorgaben des Entsorgungsbetriebs Siegen (ESi) den Abwasserkanal auf den Privatgrundstücken (Gemarkung Breitenbach Flur 2, Flurstück 77, und Flur 3, Flurstück 215) bis zum städtischen Übergabepunkt an der Netphener Straße.

Der Abwasserkanal geht für den Leitungsbereich außerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes in städtischen Besitz über und wird von der ESi betrieben und instandgehalten. Zur rechtlichen Absicherung wurde zwischen der Stadt Siegen und dem Vorhabenträger, inklusive einem weiteren betroffenen Grundstückseigentümer, ein städtebaulicher Erschließungsvertrag gemäß § 11 BauGB geschlossen. Die Durchführung der Maßnahme wird durch eine unbefristete selbstschuldnerische Bürgschaft eines deutschen Kreditinstitutes vom Vorhabenträger zu Gunsten der Stadt Siegen abgesichert.

Zugang zum öffentlichen Abwasserkanal innerhalb des Plangebietes

Innerhalb des Plangebietes ist für jeden Eigentümer einer Fläche, der häusliche Abwässer verursacht, die Nutzung und Anbindung an die Sammelkanäle und damit der Anschluss an den öffentlichen Abwasserkanal dauerhaft sicherzustellen.

Die Nutzung und Anbindung an die Sammelkanäle sowie die davon abgehenden Hausanschlüsse sind zugunsten der jeweiligen Grundstückseigentümer und damit auch der Anschluss an den öffentlichen Abwasserkanal für die Anlieger über Leitungsrechte dauerhaft zu sichern.

Die Nutzung und Unterhaltung der Sammelkanäle und Hausanschlüsse sind zwischen den Eigentümern der Flächen privatrechtlich zu regeln. Bereits bestehende Hausanschlüsse und Sammelkanäle werden über Flächen für Leitungsrechte in der Plandarstellung festgesetzt, ebenso für Flächen, die zukünftig im Rahmen baulicher Erweiterungen notwendig werden.

Niederschlagswasser

Nach § 44 des Landeswassergesetzes (LWG) für das Land Nordrhein-Westfalen ist Niederschlagswasser von Grundstücken die nach dem 01.01.1996 erstmals bebaut, befestigt oder an die öffentliche Kanalisation angeschlossen werden, nach Maßgabe des § 55 Abs. 2 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) zu beseitigen.

Für die Hofstelle Daub in Siegen-Breitenbach wurde jeweils mit der Bauantragstellung ein Antrag auf Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis für die Einleitung von Niederschlagswasser gem. § 10 WHG (Wasserhaushaltsgesetz) gestellt. Die wasserrechtliche Erlaubnis liegt für die bisherigen Bauvorhaben vor und wurde im Zuge der Baugenehmigungen geprüft.

Das anfallende Regenwasser wird im Plangebiet bereits

- a. über die belebte Bodenzone versickert
- b. über das bestehende Entwässerungssystem zur Nutzung von Regenwasser
- c. oder über eine entsprechende Rückhaltung genutzt und/oder der Versickerung zugeführt.

Die Nutzung von Systemen zur Regenwassernutzung oder Versickerung wird auch für zukünftige Maßnahmen empfohlen (siehe Umweltbericht Meyer, Kapitel 2.1.4 Schutzgut Wasser).

Neben der Föhranlage im Osten des Plangebiets befindet sich ein Regenwasserauffangbecken, welches auch der Bewässerung der Reithalle und des Reitplatzes dient. Der im Westen, am Rande des Reitplatzes gelegene, oberirdische Wassergraben bleibt von den Planungszielen des aufzustellenden Bebauungsplanes unberührt und wird nicht in diesen aufgenommen. Für weitere bauliche Anlagen muss die wasserrechtliche Erlaubnis im Zuge der Baugenehmigung bzw. im Genehmigungsverfahren beantragt werden.

3.6. Weitere fachlich relevante Inhalte

Immissionsschutz

Im Zuge der Planung ist nicht von immissionsschutzrechtlichen Ein- bzw. Auswirkungen auszugehen. Nichtsdestotrotz soll für die geplante Nutzung „Hofcafé“ eine Regulierung erfolgen, um mögliche nachbarschaftliche Konflikte im Vorfeld auszuschließen. Dazu wird die Nutzung des Hofcafés auf die „üblichen“ Tageszeiten (6 Uhr bis 22 Uhr) beschränkt.

Der geplante Ausschank im Bereich des Reitplatzes ist für die vorhandenen Nutzer des Reitstalls und eventuell rastende Radfahrer und Wanderer angedacht. Um die Umgebungsverträglichkeit sicherzustellen, ist der Betrieb der gastronomischen

Angebote in der Nachtzeit (22.00 Uhr bis 06.00 Uhr) im Sinne der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm vom 26.08.1998 (TA Lärm) - Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift der Bundesregierung, durch die Bekanntmachung des BMUB vom 01. Juni 2017 geändert und in Kraft getreten am 09. Juni 2017, ausgeschlossen. Demnach sind keine Überschreitungen der zulässigen Immissionswerte für Wohnnutzungen auf den Flurstücken 14 und 57 der Flur 2 zu erwarten.

4. Auswirkungen der Planung

4.1. Städtebauliche Auswirkungen

Mit der städtebaulichen Entwicklung innerhalb des Geltungsbereichs wird eine den aktuellen und zukünftigen Anforderungen an die Nutzung „Reiterhof mit ergänzenden Nutzungen“ notwendige bauliche Entwicklung vorgesehen und für den Inhaber Planungssicherheit geschaffen. Es sollen bauliche Entwicklungen ermöglicht werden, die sich in die bestehende städtebauliche Struktur integrieren, die eine auf das notwendige Maß reduzierte Flächeninanspruchnahme vorsehen und Rücksicht auf das Landschaftsbild und Umweltbelange nehmen. Dies wird u.a. durch die Festsetzungen zur Art und Maß der baulichen Nutzungen sowie die konkret bestimmten Grundflächen pro Baufläche erreicht. Zudem werden örtliche Bauvorschriften beispielsweise zur Dachgestaltung oder der Ausgestaltung von Werbeanlagen erlassen.

4.2. Anderweitige Planungsmöglichkeiten

Der Ausweisung der Reitanlage Daub als „Sonstiges Sondergebiet für Landwirtschaft und Pferdehaltung“ mit der Zweckbestimmung „Reiterhof mit ergänzenden Nutzungen“ liegen umfangreiche Darstellungen der Eigentümer und somit der Betreiber der heutigen Nutzungen zu Grunde. Die vorhandenen Strukturen werden in ihrem Umfang gesichert und einer nachhaltigen zukunftsweisenden Entwicklung planungsrechtlich zugeführt. Durch die heute schon funktionierenden Nutzungen im Bereich „Pferdehaltung“ und „Reiterei“ scheiden anderweitige räumliche Planungsmöglichkeiten für diesen Bereich aus.

Der Bereich des Sondergebietes und der darin enthaltenen überbaubaren Flächen wurde flächenschonend zentral um die vorhandenen baulichen Strukturen des Reiterhofs Daub konzentriert. Auch inhaltlich sind keine anderen Festsetzungsmöglichkeiten, mit denen das beabsichtigte Planungsziel erreicht werden kann, sinnvoll.

4.3. Angemessenheit der Planung

Der Geltungsbereich liegt im „Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich“ (AFAB) des Regionalplans Arnsberg, Oberbereich Siegen. Entsprechend dem Ziel 2-3 des Landesentwicklungsplans NRW (LEP) dürfen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum nur ausnahmsweise Bauflächen oder -gebiete festgelegt werden. Im Falle des Reitstall Daub kann nach Aussagen der Regionalplanbehörde aus der landesplanerischen Abstimmung gemäß Landesplanungsgesetz die Ausnahmeregelung zur angemessenen Erweiterung eines vorhandenen Betriebsstandortes zum Tragen kommen, wenn dargelegt wird, dass die Erweiterung im Verhältnis zur vorhandenen Betriebsstandort angemessen ist (Verhältnis zwischen Bestand und Erweiterungsabsicht; funktionaler Zusammenhang).

Hinsichtlich der Gesamtfläche des Plangebietes nimmt die versiegelte Fläche nur um ca. ein Zehntel zu (9 %). Die bestehenden Bau- bzw. Grundflächen (15.370 m²), die etwa ein Viertel der Gesamtfläche ausmachen, werden durch die Planung um 5.230 m² auf insgesamt ca. 20.600 m² erhöht. Der Reiterhof kann hinsichtlich seiner bestehenden baulichen bzw. versiegelten Flächen in Zukunft also maximal um etwa ein Drittel wachsen. Diese geringe Flächeninanspruchnahme kann als Indiz einer dem

Verhältnis zum vorhandenen Betriebsstandort angemessenen Erweiterung gewertet werden. Dieser Ansatz erfüllt in Zusammenhang mit der festgesetzten Hauptnutzung „Landwirtschaft und Pferdehaltung“ die o.g. quantitativen und funktionalen regionalplanerischen Vorgaben.

Im Bebauungsplan wird auf die Ausweisung von Grundflächenzahlen (GRZ) zu Gunsten einer festen Grundfläche verzichtet, um eine pauschale Ausnutzung der Flächen zu vermeiden und eine gezielte und standortgerechte Entwicklung des Betriebes zu ermöglichen. Dadurch kann die bauliche Entwicklung zielgenau und auf das absolut notwendige Maß reduziert werden.

Tabellarische Darstellung zur Angemessenheit der Erweiterungsflächen:

Gesamtfläche des Geltungsbereich 56.881 m²

SO- Fläche	überbaubare bzw. bereits überbaute / versiegelte Grund- flächen in m ²	Bereits überbaute/ versiegelte Grundfläche in m ²	Zusätzlich überbaubare Flächen in m ²
SO 1	2.500	0	2.500
SO 2	5.300	4.662	638
SO 3	7.500	6.468	1.032
SO 4	400	0	400
SO 5	600	104	496
SO 6	550	522	28
SO 7	550	538	12
SO 8	3.200	3.076	124
Gesamt	20.600	15.370	5.230
Anteil (100 % = 56.881 m²)	36 %	27 %	+ 9 % (+ 34 % bzgl. überb. Fläche)

Übersicht der Grundflächen

4.4. Natur, Landschaft, Umwelt

Hochwertige Biotop und planungsrelevante Tierarten werden durch die Festsetzungen im Bebauungsplan geschützt. Aufgrund der möglichen moderaten Flächenversiegelungen kann davon ausgegangen werden, dass weder das Klein- und damit das Bioklima gestört wird und vorhandene Frischluftströme nicht unterbrochen werden. Ebenso sind von den Planungen keine schutzwürdigen Böden oder grundwasserabhängige Ökosysteme betroffen. Im Geltungsbereich des Bebauungsplans sind keine natürlichen Oberflächengewässer oder Schutzgebiete nach Wasserrecht vorhanden, entsprechende Festsetzungen sind somit nicht notwendig.

4.5. Immissionen

Von zusätzlichen über die bisherige Nutzung „Reiterhof“ hinausgehende Emissionen und durch die Planung möglicherweise entstehenden Konflikten wird nicht

ausgegangen. Der geplante Ausschank ist für die hofinterne Nutzung und zu den normalen, allgemein zulässigen Regelzeiten vorgesehen, sodass von dieser weiteren untergeordneten Nutzung keine Belastungen auf angrenzende Wohnbereiche zu erwarten ist.

4.6. Schmutzwasser

Durch die Aufstellung des Bebauungsplans besteht seitens der Gemeinde (Stadt Siegen) gemäß den gesetzlichen Vorgaben des § 46 Abs. 1 Nr. 1 bis 6 LWG (Landeswassergesetz) die Pflicht, den Anschluss an den öffentlichen Kanal sicherzustellen. Die Herstellung und Unterhaltung des Kanals wird im Rahmen eines städtebaulichen Vertrags zwischen dem Entsorgungsbetrieb Siegen (ESi) und dem Vorhabenträger geregelt.

4.7. Verkehr

Es werden in Folge der Planung (max. 6 Ferienwohnungen und max. 40 Sitzplätze der hofinternen Gastronomie) geringe Auswirkungen auf die Verkehrssituation und bestehende Verkehrsinfrastruktur erwartet, so dass keine Anpassung der verkehrlichen Infrastruktur notwendig wird.

4.8. Bodenordnung / Umlegung

Mit den Festsetzungen im Bebauungsplan Nr. 431 werden bis auf die o.g. sinnvolle Grenzfeststellung der Straßenverkehrsflächen, keine weiteren bodenordnerische Maßnahmen notwendig.

5. Planinhalt und Festsetzungen

Mit den Festsetzungen des Bebauungsplans werden die vorhandenen Strukturen und Nutzungen gesichert und durch untergeordnete Nutzungen im Bereich Freizeit, Tourismus und Wohnen punktuell ergänzt.

Wesentliches Ziel ist es, die vorhandenen Nutzungen moderat weiterzuentwickeln und den vorhandenen, landwirtschaftlich geprägten Charakter des Reiterhofs zu erhalten. Dazu zählt neben einer Begrenzung der Höhe der baulichen Anlagen auch die Dichte der Bebaubarkeit, welche durch die Eingrenzung der Baufelder und Ausweisung von klaren Grundflächen gewährleistet wird.

Mit der Festsetzung, nahezu ausschließlich Satteldächer für die Hauptgebäude zuzulassen, wird u.a. die Gestaltung der vorhandenen Dachlandschaft aufgegriffen, um den dörflichen Charakter des Siedlungsbereichs zu bewahren. Lediglich in den Sondergebieten SO 3, SO 4 und SO 8 wird im Wesentlichen aufgrund der Bestandsgebäude die Dachform für Hauptgebäude um Pult- und Flachdächer erweitert.

Für die Sondergebiete werden Grundflächen angegeben, um die vorhandene lockere Bebauungsstruktur zu erhalten. Die ortsbildprägenden Grünstrukturen im Plangebiet werden erhalten und durch weitere Festsetzungen, beispielsweise das Anpflanzen von Gehölzen, gesichert.

5.1. Art der baulichen Nutzung

Innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans wird die Art der baulichen Nutzung, die sich an den vorhandenen Nutzungen orientiert bzw. diese sinnvoll ergänzt, als „sonstiges Sondergebiet“ (gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V. mit § 1 Abs. 3 und § 11 BauNVO) festgesetzt. Fernerhin werden weitere Bereiche des Plangebietes als „Flächen für die Landwirtschaft“ (gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 18 a BauGB), „Private Grünflächen“ (gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB) und „öffentliche Verkehrsflächen“ (gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB) festgesetzt. Die Festsetzung des Reitstall Daub als ein „übliches“ Baugebiet nach der Baunutzungsverordnung, zum Beispiel als Dorfgebiet (MD) in dem Wirtschaftsstellen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe zulässig sind, ist nicht zielführend, da dem Reitstall Daub aufgrund seiner exponierten Lage und dem fehlenden Siedlungsbezug sowie obsoleten Hauptnutzungen, wie Wohnen, die wesentlichen Elemente für diese Art der baulichen Nutzung fehlen. Daher erfolgt die Festsetzung als ein „Sonstiges Sondergebiet“.

Sonstige Sondergebiete

Die zentral im Geltungsbereich des Bebauungsplans gelegene Fläche, die die Gebäude der Reitanlage Daub beinhaltet, wird als sonstiges Sondergebiet für Landwirtschaft und Pferdehaltung (gemäß §11 BauNVO) mit der Zweckbestimmung „Reiterhof mit ergänzenden Nutzungen“ in verschiedenen Nutzungskategorien ausgewiesen.

Die landwirtschaftliche Nutzung des Betriebs mit Pferdehaltung steht dabei im Vordergrund, ergänzt mit untergeordneten Angeboten. Das Plangebiet unterteilt sich in acht Teilbereiche:

SO 1 und SO 2 – Sondergebiete gemäß § 11 BauNVO mit der Zweckbestimmung „Reiterhof mit ergänzenden Nutzungen“

In den Sondergebieten SO 1 und SO 2 sind nur bauliche Anlagen, Einrichtungen und Nutzungen zulässig, die der Zweckbestimmung „Reiterhof mit ergänzenden Nutzungen“ dienen.

Zulässig sind:

1. Reithallen und Pferdestallungen
2. Gebäude für die Unterbringung von landwirtschaftlichen Maschinen und Fahrzeugen und die Herstellung von Pellets und Hackschnitzeln zum Betrieb einer eigenständigen Energieversorgung sowie als Einstreugut für die Stallungen
3. Ferienwohnungen mit dem Zweck „Ferienwohnen mit Pferden“ (maximal 6 Wohneinheiten)
4. Der Hofnutzung untergeordnete Gastronomie (Hofcafé mit Ausschank, max. 50 m² Gastraum und 40 Sitzplätze für den Innen- und Außenbereich, der Betrieb in der Nachtzeit von 22.00 Uhr bis 06.00 Uhr ist ausgeschlossen)
5. Sonstige Nebengebäude
6. Der Hauptnutzung untergeordnete Werbeanlagen an der Stätte der Leistung

Um die Umgebungsverträglichkeit sicher zu stellen, ist der Betrieb der gastronomischen Angebote in der Nachtzeit (22.00 Uhr bis 06.00 Uhr) im Sinne der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm vom 26.08.1998 (TA Lärm) - Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift der Bundesregierung, durch die Bekanntmachung des BMUB vom 01. Juni 2017 geändert und in Kraft getreten am 09. Juni 2017, ausgeschlossen. Das Hofcafé mit Ausschank wird in der Größe durch die Angabe von maximal 50 m² Gastraum und 40 Sitzplätzen gesamt (Außen- und Innenbereich) begrenzt.

Die Bezirksregierung Arnsberg teilte mit dem Schreiben vom 27.08.2019 (Dezernat 32) und mit dem Schreiben (Mail) vom 13.02.2020 mit, dass die Planungsabsicht der Stadt Siegen unter Berücksichtigung der gegebenen Hinweise mit den Erfordernissen der Raumordnung dann vereinbar sind, wenn die geplante zusätzliche Nutzung Ferienwohnungen als funktional zugeordnete nichtlandwirtschaftliche Nutzungen dem landwirtschaftlichen Betrieb quantitativ und qualitativ deutlich untergeordnet sind (Nebenzweck) und die Planungsabsichten gegen keine Ziele der Raumordnung verstoßen. Durch die funktionale Verknüpfung der Ferienwohnung an die Reitnutzung („Wohnen mit Pferden“) sowie die quantitative Beschränkung auf 6 Wohneinheiten wird den o.g. Vorgaben der Bezirksregierung entsprochen.

SO 3 – Sonstige Sondergebiete gemäß § 11 BauNVO mit der Zweckbestimmung „Reiterhof mit ergänzenden Nutzungen“

Im Sondergebiet SO 3 sind nur bauliche Anlagen, Einrichtungen und Nutzungen zulässig, die der Zweckbestimmung „Reiterhof mit ergänzenden Nutzungen“ dienen.

Zulässig sind:

1. Reithallen und Pferdestallungen
2. Gebäude für die Unterbringung von landwirtschaftlichen Maschinen und Fahrzeugen und die Herstellung von Pellets und Hackschnitzeln zum Betrieb einer eigenständigen Energieversorgung sowie als Einstreugut für die Stallungen
3. Sonstige Nebengebäude

4. Teichanlage u.a. zum Auffangen des Oberflächenwassers

SO 4 – Sonstige Sondergebiete gemäß § 11 BauNVO mit der Zweckbestimmung „Reiterhof mit ergänzenden Nutzungen“

Im Sondergebiet SO 4 sind nur bauliche Anlagen, Einrichtungen und Nutzungen zulässig, die der Zweckbestimmung „Reiterhof mit ergänzenden Nutzungen“ dienen.

Zulässig sind:

1. Gebäude für die Unterbringung von landwirtschaftlichen Maschinen und Fahrzeugen sowie als Lager für Einstreuget für die Stallungen oder Futtermittel
2. Gebäude und Anlagen aller Art für Reitzwecke, die dem Sondergebiet dienen
3. Sonstige Nebengebäude

SO 5, SO 6, SO 7 und SO 8 – Sonstige Sondergebiete gemäß § 11 BauNVO mit der Zweckbestimmung „Reiterhof mit ergänzenden Nutzungen“

In den Sondergebieten SO 5, SO 6, SO 7 und SO 8 sind nur bauliche Anlagen, Einrichtungen und Nutzungen zulässig, die der Zweckbestimmung „Reiterhof mit ergänzenden Nutzungen“ dienen.

Zulässig sind:

1. Wohnhäuser für Aufsichts- und Bereitschaftspersonal
2. Betriebswohnungen
3. Gebäude und Anlagen aller Art für Reitzwecke, die dem Sondergebiet dienen
4. Dem Sondergebiet dienende Verwaltungseinrichtungen
5. Sonstige Nebengebäude

Weitere Nutzungen

Private Grünfläche gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB

Innerhalb des Geltungsbereichs werden Flächen als „private Grünflächen“ mit der Zweckbestimmung: „Gärtnerische Nutzung“ festgesetzt. Damit werden vorhandene hochwertige und ortsbildprägende Grünflächen im Bereich der Hofstelle gesichert.

Flächen für die Landwirtschaft gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 18 a BauGB

Die nordöstlich und südlich der vorgenannten Fläche gelegenen Bereiche werden als eine, dem Sonstigen Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Reiterhof mit ergänzenden Nutzungen“ zugeordnete Fläche für Landwirtschaft (gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 18 a BauGB) mit der Zweckbestimmung „Weideland“ festgesetzt. Die Festsetzung von Flächen mit der Zweckbestimmung „Landwirtschaftliche Flächen“ dient dem Schutz der landwirtschaftlichen Nutzung, da die großzügigen Weideflächen die wirtschaftliche Grundlage für den Reiterhof darstellen. Sie unterstützen die Umsetzung der verschiedenen Nutzungen des Sondergebietes.

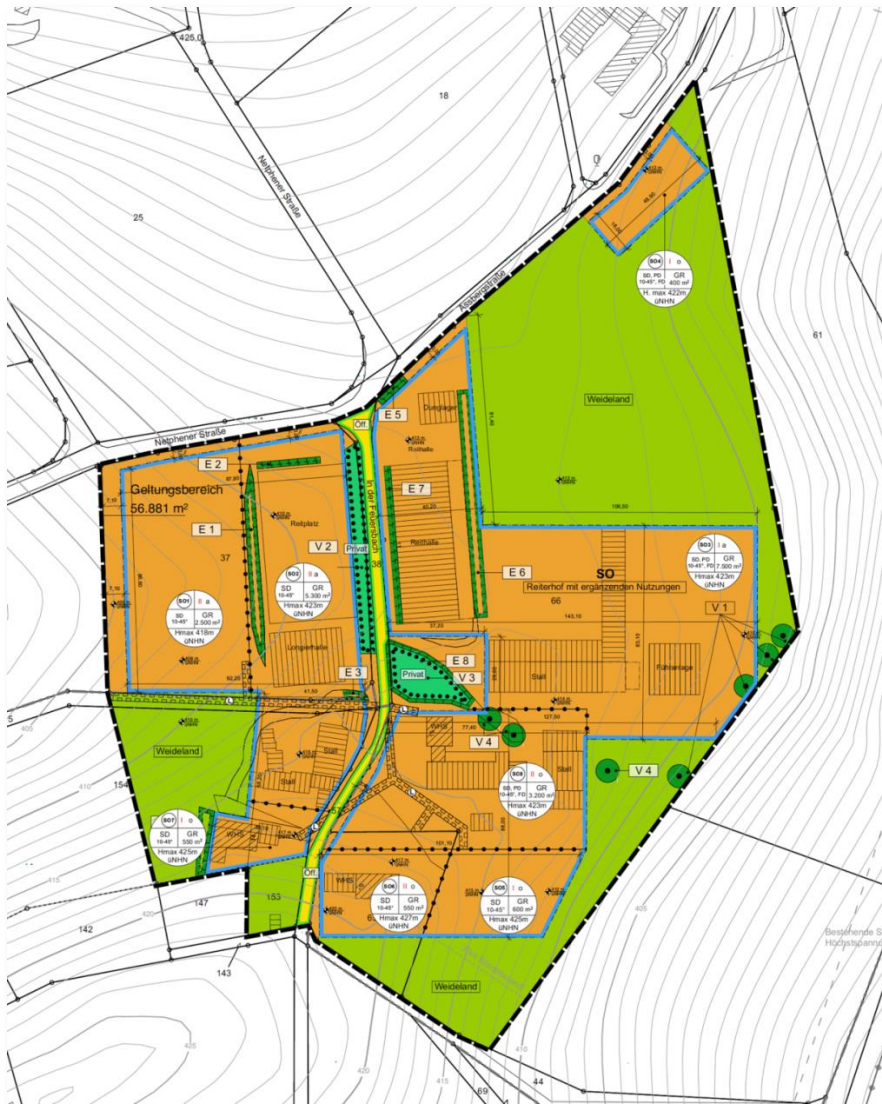


Abbildung 17: Bebauungsplan Entwurf in der Fassung vom 07.02.2022
(Quelle: Loth Stadtplanung)

5.2. Maß der baulichen Nutzung

Grundflächenzahl / Grundfläche

Das Maß der baulichen Nutzung wird für die Sondergebiete SO 1, SO 2, SO 3, SO 4, SO 5, SO 6, SO 7 und SO 8 mit der Angabe einer maximal zu bebauenden Grundfläche (GR/ Angabe in m²) festgesetzt. Auf eine Angabe der Grundflächenzahl wird verzichtet. Auf diese Weise wird trotz der großzügig angelegten Baufenster, eine flächenschonende Inanspruchnahme der Grundstücksflächen angestrebt. In den Angaben zu den maximalen Grundflächen (Tabelle unten) sind auch die Flächen für Nebenanlagen enthalten.

Sondergebietsfläche	SO 1	SO 2	SO 3	SO 4	SO 5	SO 6	SO 7	SO 8
Grundfläche in m ²	2.500	5.300	7.500	400	600	550	550	3.200

Grundflächen der SO-Gebiete

Maximale Höhe baulicher Anlagen (Gebäudehöhen)

Mit den Festsetzungen der maximalen Höhe der baulichen Anlagen über Normalhöhennull (NHN) wird eine Höhenstaffelung bei den baulichen Anlagen erreicht, die dem natürlichen Geländeverlauf folgt. Mit den Festsetzungen werden Auswirkungen auf das Landschaftsbild minimiert. Die maximale Höhe der Gebäude beträgt bis zu ca. 10 m über dem natürlichen Geländeverlauf.

Die maximale Gebäudehöhe (Oberkante) beträgt

im SO 1 418 m ü. NHN	im SO 6 427 m ü. NHN
im SO 2 423 m ü. NHN	im SO 7 425 m ü. NHN
im SO 3 423 m ü. NHN	im SO 8 423 m ü. NHN
im SO 4 422 m ü. NHN	
Im SO 5 425 m ü. NHN	

Sondergebiet SO 1

Die Geländehöhe liegt im SO 1 bei ca. 408 bis 410 m ü. NHN und die maximale Höhe ist auf 418 m ü. NHN festgelegt. Die Gebäude können somit eine Höhe von maximal 8 bis 10 m Höhe über dem natürlichem Geländeverlauf erreichen.

Sondergebiet SO 2

Das Gebiet des SO 2 legt 423 m ü. NHN als maximale Höhe baulicher Anlagen fest. Die natürliche Geländehöhe liegt größtenteils bei ungefähr 413 m ü. NHN. Die maximale Gebäudehöhe liegt so bei ca. 10 m über dem natürlichen Geländeverlauf.

Sondergebiet SO 3

Die Festsetzungen zur baulichen Höhe im SO 3 orientieren sich an dem bereits vorhandenen Gebäudebestand. Es wird eine maximale Gebäudehöhe von 423 m ü. NHN entsprechend festgesetzt.

Sondergebiet SO 4

Für das Sondergebiet SO 4 wird eine maximale Höhe von 422 m ü. NHN für bauliche Anlagen festgesetzt, um die Einbindung in die Landschaft und die angrenzende Nachbarbebauung zu sichern.

Sondergebiet SO 5

Im Sondergebiet SO 5 wird die maximale Gebäudehöhe auf 425 m ü. NHN begrenzt. Im Bereich des SO 5 ist die Errichtung eines Wohnhauses für die Familie der Betriebsinhaber geplant.

Sondergebiet SO 6

Für das Sondergebiet SO 6 wird eine maximale Höhe baulicher Anlagen von 427 m ü. NHN festgesetzt. Die maximale Gebäudehöhe entspricht der Höhe des im Gebiet vorhandenen Bestandswohngebäudes. Das SO 6 befindet sich teilweise im 30 m Abstand der angrenzenden Waldfläche. In diesem Fall ist der Hinweis zu Waldflächen und Abstandsflächen zu beachten.

Sondergebiet SO 7

Im SO 7 wird die maximale Höhe auf 425 m ü. NHN begrenzt. Hier wird die Gebäudehöhe ebenfalls auf ca. 10 m begrenzt, da die natürliche Geländehöhe bei ca. 415 m ü. NHN liegt und diese dem gewünschten Gebietstyp mit Bebauung entspricht.

Sondergebiet SO 8

Für das Sondergebiet SO 8 wird eine maximale Höhe von 423 m ü. NHN für bauliche Anlagen festgesetzt, um die Einbindung in die vorhandene Bebauung zu sichern und deren Gebäudehöhen aufzunehmen.

Zahl der Vollgeschosse

Die Zahl der Vollgeschosse wird nur klarstellend als Orientierungshilfe angegeben, es zählt die maximale Höhe baulicher Anlagen (siehe weiter oben). Soweit sind in den Baufeldern, bis auf das Baufeld „SO 5“ und „SO 7“, bei der Heranziehung von üblichen Geschosshöhen Gebäude realisierbar, die zwei (oberirdischen) Vollgeschosse (inkl. Dachgeschoss) entsprechen. Geschosse, deren Deckenoberkanten im Mittel weniger als 1,60 m über die Geländeoberfläche hinausragen sind Kellergeschosse und werden nicht gezählt. Dies ist zum Beispiel in „SO 5“ der Fall, wo bei einer Höhendifferenz von 10 m zwei Vollgeschosse möglich wären, aber durch die Topographie bedingt, nur ein Vollgeschoss tatsächlich (oberirdisch) umsetzbar ist.

Geländeschnitte zur Verdeutlichung der vorhandenen und geplanten Entwicklung im Plangebiet

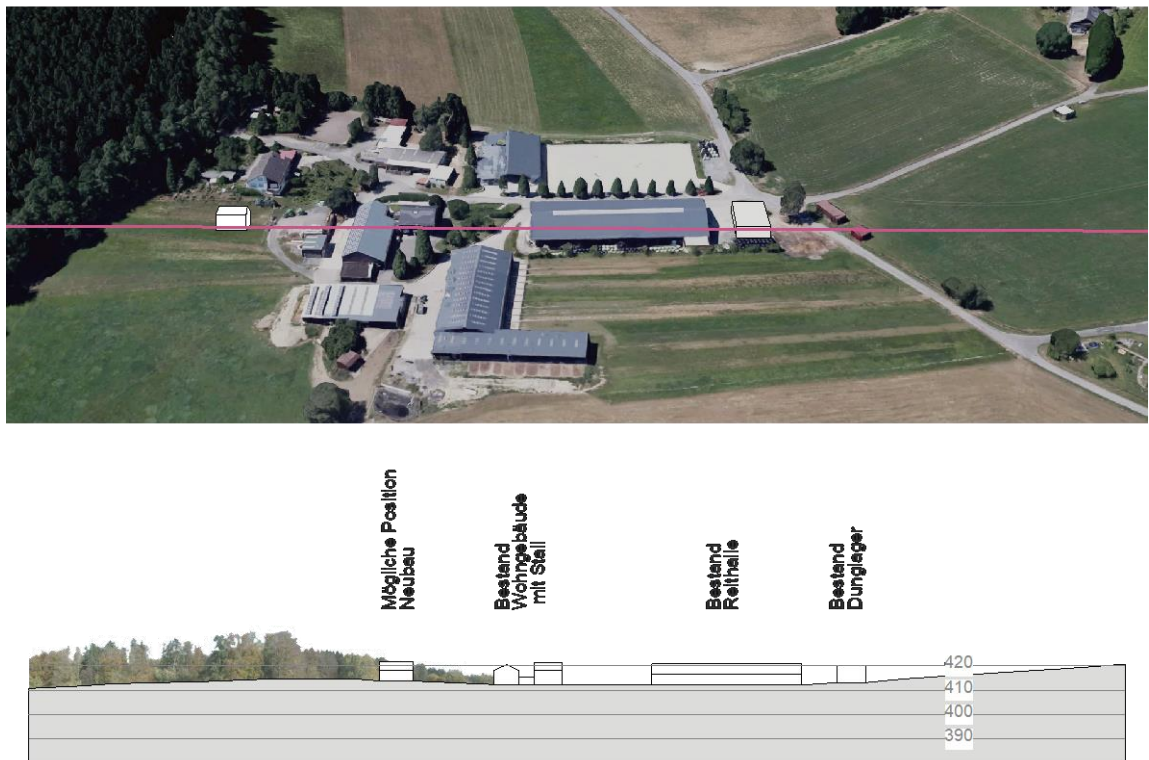


Abbildung 18: Geländeschnitt 1 vom 24.05.2020

(Quelle: Loth Stadtplanung)

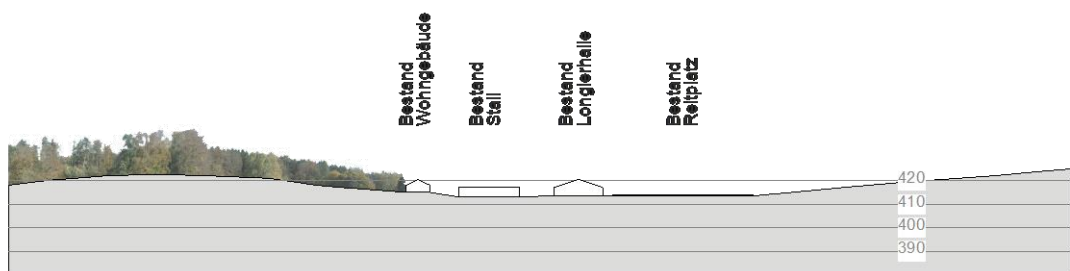
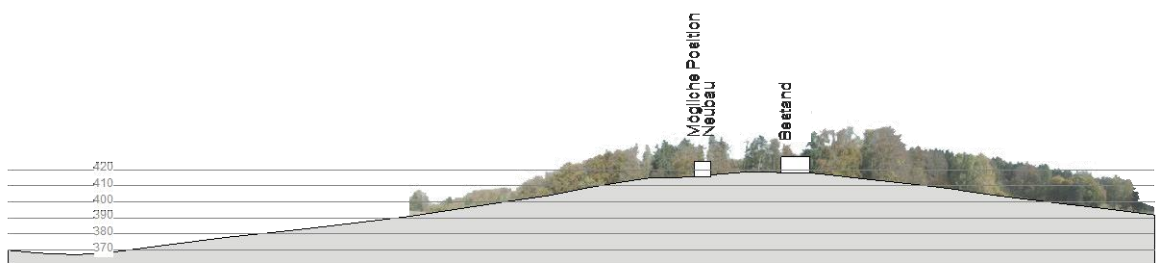


Abbildung 19: Geländeschnitt 2 vom 24.05.2020

(Quelle Loth Stadtplanung)



Schnitt durchs Gelände mit Höhenübersicht

Abbildung 20: Geländeschnitt 3 vom 24.05.2020

(Quelle Loth Stadtplanung)

5.3. Bauweise, Baugrenzen

Offene Bauweise

Im Plangebiet dominiert die offene Bauweise. In den Sondergebieten SO 4, SO 5, SO 6, SO 7 und SO 8 ist eine offene Bauweise gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB und gemäß § 22 Abs. 1 BauNVO festgesetzt.

Abweichende Bauweise

In den Sondergebieten SO 1, SO 2 und SO 3 ist gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB und gemäß § 22 Abs. 4 BauNVO eine abweichende Bauweise möglich.

Als abweichende Bauweise wird definiert: Zulässig sind Hallen- und Stallgebäude über 50 m Länge mit Grenzabstand und Hallen- und Stallgebäude unter 50 m Länge ohne Grenzabstand. Größere zusammenhängende Bestandsgebäude, wie die Reithalle oder der große Stall südöstlich der Reithalle im SO 3, weisen eine Länge von über 50 m und seitlichen Grenzabstand auf. Dies stellt eine abweichende Bauweise dar. Aufgrund dieser Vorprägung wird in den o.g. Baufeldern eine abweichende Bauweise festgesetzt, um den Anforderungen an den landwirtschaftlichen Betrieb bzw. der Pferdehaltung zu entsprechen.

Überbaubare Flächen (Baufelder)

Im Bebauungsplan werden Baugrenzen festgesetzt, innerhalb derer die baulichen Anlagen errichtet werden dürfen. Die festgesetzten, überbaubaren Flächen umfassen die bestehenden baulichen Anlagen und bieten darüber hinaus eine ausreichende Flexibilität für die Etablierung notwendiger, neuer baulicher Anlagen zur Ausnutzung der zulässigen Grundflächen.

Die innerhalb der Baufenster dargestellten Flächen für Maßnahmen zur Erhaltung von Natur und Landschaft werden festgesetzt, um bestehende Gehölzstrukturen zu erhalten und bereits umgesetzte Kompensationsmaßnahmen aus vorangegangenen Baugenehmigungen zu sichern. Sollten die Flächen aus Gründen der Bebaubarkeit mangels Alternativen an anderer Stelle überplant werden, sind im Vorfeld der Planung Möglichkeiten der Kompensation mit der Unteren Naturschutzbehörde zu erörtern.

Innerhalb der Baufenster sind Flächen mit Leitungsrechten dargestellt. In den Sondergebieten SO 1, SO 7 und SO 8 werden Flächen für Leitungsrechte zugunsten der Anlieger sowohl für die Hausanschlussleitungen und auch für die gemeinsam genutzten Sammelleitungen festgesetzt. Sollten die Flächen mit Leitungsrechten aus Gründen der Bebaubarkeit mangels Alternativen an anderer Stelle überplant werden, sind im Vorfeld der Planung Möglichkeiten der Verlegung der Sammelleitungen und der Hausanschlüsse mit dem Entsorgungsbetrieb Siegen (ESi) zu erörtern und abzustimmen.

Nebenanlagen

Untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen die dem Nutzungszweck der im Baugebiet gelegenen Grundstücke oder dem Baugebiet selbst dienen, und die seiner Eigenart nicht widersprechen, sind gemäß § 14 Abs. 1 BauNVO auch in Sonstigen Sondergebieten innerhalb und außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen (Baufelder) zulässig.

5.4. Flächen für Verkehr

Straßenverkehrsflächen

In den Plandarstellungen werden Flächen für Verkehr (gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB) festgesetzt.

Öffentliche Verkehrsflächen

Mit den Festsetzungen von Straßenverkehrsflächen wird die innere Erschließung durch eine öffentliche Verkehrsfläche gesichert. Sie verläuft mit Anschluss an die „Netphener Straße“ (K 7) von Norden kommend ins Plangebiet bis nach Südwesten, wo sie an den Bestandswohnhäusern vorbei in einen forstlich genutzten Wirtschaftsweg übergeht und als öffentliche Straßenverkehrsfläche endet.

Ein- bzw. Ausfahrten und Anschluss anderer Flächen an die Verkehrsflächen

Das Plangebiet wird im Norden von der „Netphener Straße“ (K 7) über die öffentliche Verkehrsfläche „In der Feuersbach“ erschlossen. Ein weiterer Haupteinfahrtsbereich an die K 7 ist nicht vorgesehen. Von der Assbergstraße aus werden lediglich die Lagerflächen am Dunglager und die Remise im Nordosten des Plangebiets erschlossen. Die Erschließung mit landwirtschaftlichem Gerät soll sowohl von der Netphener Straße als auch der Assbergstraße weiterhin möglich sein.

Garagen und Stellplätze

Die Unterbringung des privaten ruhenden Verkehrs erfolgt auf den Privatgrundstücken. Der Stellplatzbedarf für die Nutzung des Reitsports und des Fremdenverkehrs wird aktuell und soll weiterhin beidseitig entlang der öffentlichen Verkehrsfläche im Bereich der Reithalle und des Reitplatzes angeordnet. Die notwendig nachzuweisenden Stellplätze werden auf privaten Flächen errichtet. Aufgrund betriebsbedingter Abläufe, die eine flexible Ausnutzung der Betriebsflächen erfordern, wird auf eine Festsetzung von Flächen für Garagen und Stellplätze verzichtet.

5.5. Grünflächen

Private Grünflächen (gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)

Im Geltungsbereich befinden sich zwei private Grünflächen, die gärtnerisch gestaltet und gepflegt werden. Diese sollen erhalten und bei zukünftigen Bauarbeiten geschützt werden und daher als private Grünfläche festgesetzt

5.6. Flächen für die Landwirtschaft

Flächen für die Landwirtschaft (gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 18 a und Abs. 6 BauGB)

Die an die Sondergebiete angrenzenden zum Futteranbau und Auslauf erforderlichen Flächen, werden als Flächen für die Landwirtschaft mit der Zweckbestimmung „Weideland“ festgesetzt. Sie dienen dem Schutz der landwirtschaftlichen Nutzung, da die großzügigen Weideflächen die wirtschaftliche Grundlage für den Reiterhof darstellen. Anderweitige für die Landwirtschaft erforderliche Flächen, wie das Grundstück 153, werden ohne Zweckbestimmung festgesetzt, da diese verschiedene andere Funktionen erfüllen.

5.7. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft

Die Sicherung der bestehenden Grünstrukturen erfolgt anhand folgender Festsetzungen:

- Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)
- Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern (gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB)

Die zwei unterschiedlichen Festsetzungsarten erfüllen gleichermaßen die Schutzfunktion, nämlich Flächen mit bestehenden Gehölzstrukturen sowie Einzelstandorte von erhaltens- und schützenswerten Bäumen planungsrechtlich zu sichern. Pflanzstrukturen, die Bestandteil und Auflagen von Baugenehmigungen sind, werden als Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen als Erhaltungsmaßnahme (E) planungsrechtlich gesichert. Maßnahmen, die im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan, u.a. in die Kompensationsberechnung eingeflossen sind, werden als Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft festgesetzt, u.a. mit einem Hinweis auf die konkrete Vermeidungsmaßnahme (V).

Dadurch soll die bestehende Qualität des „Reitstall Daub“ gewährleistet werden, u.a. durch die mit der Festsetzung verbundene obligatorische Verpflichtung zu einer Ersatzpflanzung bei Abgang von Grünstrukturen.

Erhaltungsmaßnahmen

Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

Erhaltenswerte Pflanzstrukturen, die Bestandteil und Auflagen von Baugenehmigungen sind, werden planungsrechtlich gesichert und sind im Folgenden aufgeführt.

Flächen, die dem Schutz, der Pflege und der Entwicklung von Bäumen, Gehölzen und sonstigen Bepflanzungen dienen, sind in der Planurkunde durch die Umgrenzung der Flächen und den Hinweis auf die Erhaltungsmaßnahmen (E) (aus bereits genehmigten Verfahren) bestimmt.

Die Erhaltungsmaßnahmen befinden sich teilweise innerhalb der bebaubaren Flächen. Bei einer Überbauung der festgesetzten Flächen für Erhaltungsmaßnahmen, ist eine Kompensation an anderer Stelle mit der unteren Naturschutzbehörde im Vorfeld abzustimmen.

Erhaltungsmaßnahmen E1 bis E8

In dem Plangebiet befinden sich acht festgesetzte Ausgleichspflanzungen, welche im Zuge von bereits realisierten Baumaßnahmen im Bereich der Reitanlage erfolgt sind.

- Erhaltungsmaßnahme E1: Erhalt von 80 einheimischen Laubgehölzen, Pflanzqualität leichter Strauch auf dem Grundstück Gemarkung Breitenbach, Flur 2, Flurstück 37 über die Gesamtlänge der talseitigen Böschung des Reitplatzes

- Erhaltungsmaßnahme E2: Erhalt von 3 Obstbäumen entlang der nördlichen Reitplatzseite
- Erhaltungsmaßnahme E3: Erhalt von 4 Schlehen und 3 Weißdorn auf der nördlichen Seite des Schuppens
- Erhaltungsmaßnahme E4: Erhalt von 7 Obstbäumen auf der neu angelegten Böschung auf der Westseite des Gebäudes auf dem Grundstück Gemarkung Breitenbach, Flur 3, Flurstück 154
- Erhaltungsmaßnahme E5: Erhalt einer 1-reihigen Hecke auf ca. 12 m Länge aus 10 Stück heimischen Laubgehölzen an der Einmündung der Straße „In der Feuersbach“ in die „Netphener Straße“
- Erhaltungsmaßnahme E6: Erhalt von 10 Obstbäumen und 30 einheimischen Sträuchern in den Lücken zwischen der Obstbaumreihe auf der Ostseite der Reithalle
- Erhaltungsmaßnahme E7: Erhalt von einer 1-reihigen Hecke aus 30 Stückeinheimischen Sträuchern entlang der Westseite der Reithalle
- Erhaltungsmaßnahme E8: Erhalt von 5 Obstbäumen im Bereich zwischen neuer Halle, dem vorhandenen Garten und dem Hausgrundstück des Grundstücks Gemarkung Breitenbach, Flur 2, Flurstück 66

Vermeidungsmaßnahmen

Im Geltungsbereich befinden sich mehrere Baumbestände unterschiedlicher Art und Wuchsfortschritts. Diese werden wie in der Planurkunde dargestellt erhalten und im Folgenden als „Vermeidungsmaßnahme“ deklariert.

Vermeidungsmaßnahme V1 bis V4:

- Vermeidungsmaßnahme V1: Erhaltung strukturgebender Habitatelemente (Eichen-Baumreihe im östlichen Plangebiet)
- Vermeidungsmaßnahme V2: Erhalt einer Baumreihe, bestehend aus Mammutbäumen entlang der Erschließungsstraße „In der Feuersbach“
- Vermeidungsmaßnahme V3: Erhalt einer Grünanlage zwischen Reithalle und Stall (Gleichzeitig E 8)
- Vermeidungsmaßnahme V4: Erhalt von lebensraumtypischen Einzelbäumen

5.8. Sonstige Planzeichen

Leitungsrechte Abwasser/Schmutzwasser

(gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 21 und Abs. 6 BauGB)

Im Geltungsbereich des Plangebietes werden zur Ableitung häuslicher Abwässer an den öffentlichen Kanal Flächen für Leitungsrechte zugunsten der Anlieger bzw. der Eigentümer von Grundstücken, die häusliche Abwässer verursachen, festgesetzt.

Die Leitungsrechte befinden sich teilweise innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen. Bei einer Überbauung der festgesetzten Flächen mit Leitungsrechten ist dies nur möglich, wenn die vorhandenen Leitungen verlegt und dauerhaft gesichert werden. Die Verlegung von Abwasserkanälen und Hausanschlüssen innerhalb des Plangebietes ist mit dem Entsorgungsbetrieb Siegen

(ESi) im Vorfeld abzustimmen. Die Festsetzung von Leitungsrechten bildet die Grundlage für eine grundbuchrechtliche Sicherung.

Geltungsbereich des Bebauungsplans

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans ist durch die entsprechende Signatur gekennzeichnet und der Planurkunde zu entnehmen.

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen

Innerhalb der dargestellten Sondergebiete werden aufgrund unterschiedlicher Maße und Nutzungen diese Sondergebiete SO 1, SO 2, SO 3, SO 4, SO 5, SO 6, SO 7 und SO 8 entsprechend der Signatur nach Planzeichenverordnung untereinander abgegrenzt.

Waldflächen/ Abstandflächen

Südlich des Plangebietes grenzen Waldflächen an das Plangebiet. Waldflächen sollten zu baulichen Anlagen grundsätzlich einen Schutzabstand von mind. 30 m aufgrund von Brand- und Baumwurfgefahr einhalten. Der Bereich, der für das geplante Wohnhaus vorgesehen ist, wird von den 30 m Abstand nicht tangiert. Jedoch ist das bestehende Wohnhaus Nr. 19 bzw. das Baufeld im SO 6, teilweise von dem Schutzstreifen tangiert. Daher sollte bei zukünftigen baulichen Anlagen eine entsprechende vertragliche Regelung (Haftungsverzicht) mit dem Forsteigentümer getroffen werden.

5.9. Gestalterische Festsetzungen

Bauordnungsrechtliche Festsetzungen

(gemäß § 89 BauO NRW und § 9 Abs. 4 BauGB)

Eine Vorgabe baugestalterischer Festsetzungen, bis auf die Dachform und Neigung, erfolgt nicht, da bauliche Anlagen im Einzelnen noch nicht detailliert bekannt sind und somit zielgerichtete Aussagen in Bezug auf weitere gestalterische Vorgaben noch nicht möglich sind. Aufgrund der bisherigen baulichen Entwicklung, vorliegender Konzepte sowie stattgefundenen Abstimmungen im Vorfeld der Bebauungsplanaufstellung kann davon ausgegangen werden, dass auch im Sinne des Nutzungsziels eine ländlich-regionaltypische Einpassung neuer Gebäude erfolgt. Der Vorhabenträger selbst legt hohen Wert auf eine vertragliche Gestaltung der baulichen Vorhaben in Plangebiet.

Der bestehende Charakter einer lockeren Hofstelle mit großzügigen Grünflächen in der Umgebung soll erhalten und gestalterisch Bezug auf den Bestand genommen werden. Zudem wird besonders Augenmerk auf die gewünschte Fernwirkung aus Richtung Breitenbach (Ortskern) gelegt. Daher erfolgt nur eine rudimentäre Steuerung der gestalterischen Elemente, die insbesondere die Fernwirkung betreffen, durch nachfolgende Punkte: Dachform, -neigung und -eindeckung sowie Regelungen zu Werbeanlagen.

Dächer

Dachform, Dachneigung

Mit der Festsetzung, nahezu ausschließlich Satteldächer für die Hauptgebäude zuzulassen, wird u.a. die Gestaltung der vorhandenen Dachlandschaft aufgegriffen, um den dörflichen Charakter des Siedlungsbereichs zu bewahren.

Lediglich in den Sondergebieten SO 3, SO 4 und SO 8 wird im Wesentlichen aufgrund der Bestandsgebäude die Dachform für Hauptgebäude um Pult- und Flachdächer erweitert.

Bei Hauptgebäuden ist in SO 1, SO 2, SO 5, SO 6, SO 7, ausschließlich das Satteldach mit einer Neigung von 10 – 45° zulässig. In SO 3, SO 4 und SO 8 sind auch Flachdächer und Pultdächer bei Hauptgebäuden zulässig, um den bestehenden Charakter der Hofstelle weiterhin zu erhalten (SD=Satteldach, FD=Flachdach, PD=Pultdach).

Bei Nebengebäuden sowie Carports und Garagen sind in allen SO ausschließlich Satteldächer, Pultdächer und Flachdächer und deren Kombination zulässig. Ortsuntypisch und daher unzulässig sind Walmdächer, Zeltdächer, Tonnendächer, Scheddächer und Schmetterlingsdächer.

Dacheindeckung, Material und Farbe

Im Plangebiet sind nur Dacheindeckungen mit matten und seidenmatten Oberflächen zulässig, um eine visuelle Störung des Landschaftsbildes zu vermeiden. Ausnahmsweise sind semi matte Dacheindeckungen zulässig, wenn diese sich in das Landschaftsbild einfügen. Für ein einheitliches, harmonisches Landschaftsbild sind ausschließlich Anthrazit-Farbtöne, wie RAL 7015 Schiefergrau, 7016 Anthrazitgrau, 7021 Schwarzgrau, 7024 Graphitgrau, 7026 Granitgrau und äquivalente Farbtöne* zulässig.

*z.B. Creton Tondachziegel PREMION Nuance Schiefertone eng.; (RAL-Annäherungswerte: 7015, 7016 und 7021 semi matt)

In Schadensfällen können Instandsetzungen von Teilflächen in der Bestandsfarbe vorgenommen werden, wenn diese weniger als 50% der betroffenen Dachfläche umfassen.

Ausnahmsweise sind zur Belichtung der Gebäude Glasflächen oder Kunststofflichtplatten in einem Anteil von bis zu 50 % der gesamten Dachfläche zulässig (Reithallenbelichtung). Ebenso sind begrünte Dachflächen zulässig.

Reflektierende Oberflächen, z.B. hochglänzend glasierte Dachpfannen und glänzende Metalleindeckungen, sind nicht zulässig.

Photovoltaik- und Solaranlagen auf Dachflächen

Die Festsetzungen des Bebauungsplans unterstützen den Einsatz regenerativer Energien. Photovoltaik- und Solaranlagen sind auf der gesamten Dachfläche eines Gebäudes zulässig. Bei der Anordnung der Photovoltaik-Elemente und Solaranlagen auf den Dachflächen ist eine zusammenhängende, homogene Anordnung der Elemente zu berücksichtigen.

Werbeanlagen

Zulässig sind Werbeanlagen an der Stätte ihrer Leistung in einer Größe von bis zu 5 m² und einer Höhe von maximal 10 m. Werbeanlagen oberhalb des Daches bzw. der Attika sind unzulässig. Eine Beleuchtung ist blendfrei auszuführen. Unzulässig sind Werbeanlagen mit Blink-, Lauf- und Wechselschaltung sowie akustischen Effekten.

5.10. Städtebauliche Kenndaten

<i>Pos.</i>	<i>Nutzung</i>	<i>Gebiet</i>	<i>Flächengröße in m²</i>
1	Geltungsbereich des Bebauungsplans		56.881
2	Sondergebiete gesamt		34.447
2.1		SO 1	5.100
2.2		SO 2	6.310
2.3		SO 3	12.856
2.4		SO 4	1.078
2.5		SO 5	1.700
2.6		SO 6	1.617
2.7		SO 7	911
2.8		SO 8	4.875
<i>davon überbaubare Flächen / Baufelder (brutto) gesamt</i>			<i>(32.166)</i>
3	Verkehrsflächen gesamt		958
3.1		Öffentliche Verkehrsflächen	958
4	Landwirtschaftliche Flächen gesamt		20.419
4.1		Fläche 1	12.765
4.2		Fläche 2	2.926
4.3		Fläche 3	546
4.4		Fläche 4	4.182
5	Grünflächen gesamt		1.057
5.1		Private Grünfläche 1	536
5.2		Private Grünfläche 2	521

5.11. Kosten und Finanzierung

Die Kosten des Bebauungsplanverfahrens, d.h. für das Planungsbüro, die Fachgutachten, erforderlichen Kompensationsmaßnahmen (Ausgleich) werden vom Vorhabenträger getragen. Die stadtseitig erforderlichen Personal- und Sachkosten zur Begleitung des Verfahrens trägt die Stadt Siegen. Hierzu wurde ein städtebaulicher Vertrag gemäß § 11 BauGB zwischen dem Vorhabenträger und der Stadt Siegen geschlossen. Zudem verpflichtet sich der Vorhabenträger mittels eines städtebaulichen Erschließungsvertrags die zukünftig erforderliche Abwasserbeseitigungsanlage (Kanal) herzustellen. Die Maßnahmen wird durch eine Bürgschaft abgesichert.

6. Umweltbelange

Der Begründung zum Bebauungsplan Nr. 431 liegen als gesonderter Teil der Umweltbericht, der Landespflegerische Begleitplan (LBP) und die Artenschutzvorprüfung (ASP I) bei (siehe Anlagen).

Umweltbericht

Der Umweltbericht fasst die Ergebnisse der gemäß §§ 2 (4) i. V. m. § 1 (6) Nr. 7 und 1a BauGB durchzuführenden Umweltprüfung zusammen, in der die mit der Aufstellung des vorliegenden Bebauungsplans voraussichtlich verbundenen Umweltauswirkungen ermittelt und bewertet werden. Inhaltlich und in der Zusammenstellung der Daten orientiert sich der Umweltbericht an den Vorgaben der Anlage zu § 2 (4) und § 2a BauGB.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass keine erheblichen Umweltauswirkungen durch die Bebauungsplanung zu befürchten sind. Zur Minimierung des Eingriffs werden sowohl Erhaltungs- als auch Vermeidungsmaßnahmen festgesetzt, wodurch die bestehenden Grünstrukturen planungsrechtlich gesichert werden. Insgesamt entsteht eine Eingriffsdefizit von 10.580 Punkten, die vom Vorhabenträger vom eigenen, beim Kreis Siegen-Wittgenstein verwalteten Ökopunktekonto, erbracht werden sollen (siehe 6.3. und auch Anlage der Begründung: Umweltbericht; Uwe Meyer, Erndtebrück)

6.1. Artenschutz

Der Begründung zum Bebauungsplan Nr. 431 liegt als gesonderter Teil die Artenschutzvorprüfung (ASP I) gemeinsam mit dem LBP bei.

Die vorgesehenen Festsetzungen des Bebauungsplanes treffen nicht auf unüberwindbare artenschutzrechtliche Hindernisse und es steht kein rechtliches Hindernis in Gestalt artenschutzrechtlicher Verbote entgegen. Es ist möglich, dass bei europäisch geschützten Arten die genannten Zugriffsverbote bei späteren Bau- bzw. Abrissmaßnahmen bestehender Gebäude ausgelöst werden können. Im Rahmen der Potenzial-Risiko-Analyse wurden daher präventiv zur Verhinderung artenschutzrechtlicher Tatbestände Vermeidungsmaßnahmen auf der Ebene des Bebauungsplanes erarbeitet.

Sonderhabitate für planungsrelevante Amphibien und Reptilien sind nicht vorhanden. Ebenso wurden im Rahmen der Vorprüfung des Artenspektrums keine Sonderhabitate für planungsrelevante Wirbellose gefunden. Essenzielle Nahrungs- und Jagdbereiche, Flugrouten und Wanderkorridore können nicht festgestellt werden. Bei Arten, die als Nahrungsgäste (Jagdgebiet) und Durchzügler gelistet sind, wird kein Zugriffstatbestand ausgelöst. Da sich das Plangebiet im direkten Umfeld der bestehenden Gebäudekulisse befindet, können Brutplätze störungsempfindlicher Wiesenbrüter und der Feldlerche ausgeschlossen werden. Potenziell betroffene Arten sind im Wesentlichen Vögel und Fledermäuse (siehe Anlagen: LBP und ASP I, Seite 10). In den Baumbestand wird nicht eingegriffen und vorhandene Bäume mit potenziellen Bruthöhlen werden durch die Planung des Bebauungsplans nicht angetastet. Unter Einbeziehung der genannten Vermeidungsmaßnahmen werden keine Verbote durch die geplanten Vorhaben ausgelöst. Eine abschließende Prüfung artenschutzrechtlicher Tatbestände erfolgt auf der Ebene der Bau- bzw. Abrissgenehmigung (siehe Anlagen: LBP und ASP I).

6.2. Vermeidungsmaßnahmen

Zur Entwicklung und zum Schutz von Natur, Landschaft und Umwelt wird städtebaulich eine den vorhandenen Strukturen angemessene Nachverdichtung des bestehenden Siedlungsbereichs und die Festsetzung von landwirtschaftlich genutzten Flächen sowie Grünflächen vorgesehen. Die Festsetzungen im Geltungsbereich des Bebauungsplans ermöglichen eine angemessene, bedarfsgerechte Betriebserweiterung mit zielgerichteten Eingriffen, die durch als Vermeidungsmaßnahmen (V1 - V4) begrenzt bzw. in Teilen kompensiert werden. Zudem werden im Bebauungsplan weitere Hinweise zur Verbesserung der Lebenssituation planungsrelevanter Arten gegeben (siehe Hinweise zu den textlichen Festsetzungen).

6.3. Kompensationsbilanz

Die Bewertung der Biotoptypen erfolgt nach dem Biotopwertverfahren LANUV (2008): Numerische Bewertung von Biotoptypen für die Eingriffsregelung in NRW.

Der Bebauungsplan eröffnet eine zusätzliche überbaubare Fläche von 5.230 m². Auf dieser Fläche ist ein maximaler Biotopwertverlust von 2 Punkten/m² möglich = 10.460 Punkte. Die SO Teilfläche 4 befindet sich in einem schützenswerten Bodenbereich (s. Kapitel 2.1). Nach der Bewertungseinteilung der 2. Auflage der Bodenkarte 2004 ist der Bodentyp in der dreistufigen Einteilungsskala in Stufe 1 (schutzwürdig) eingestuft. Hierfür wird ein Korrekturfaktor von 0,1 zum Ausgangsbiototyp (Grünland 3 Pkt./m²) angesetzt = 0,3 Punkte. In SO 4 ist eine Grundfläche von 400 m² festgesetzt = 120 Punkte. Die Hinweise zu einem Pflanzgebot sind nicht verbindlich festgesetzt und können in der Bilanzierung somit nicht berücksichtigt werden. Der maximale zusätzliche Gesamtbiotopwertverlust beträgt somit 10.580 Punkte.

Kompensation

Für unvermeidbare Beeinträchtigungen durch bauliche Nutzung, insbesondere durch den Entzug von Lebensräumen, sollen im Bebauungsplan grundsätzlich Maßnahmen zur Kompensation (im Plangebiet oder außerhalb) festgesetzt werden. Innerhalb des Plangebietes können die äußeren Grünbereiche nicht als Kompensationsflächen eingebracht werden, da sie als Anbau- bzw. Auslaufläche dienen.

Zu den durch Festsetzung erzielten Maßnahmen (E1 - E8 und V1 - V4) können anderweitig keine weiteren sinnvollen Kompensationsmaßnahmen erbracht werden. Dies kann nur durch externe Maßnahmen, wie durch noch durchzuführende oder bereits durchgeführte Maßnahmen erfolgen, die als sogenannte Ökopunkte bei der Unteren Naturschutzbehörde verbucht werden. Der Vorhabenträger hat bereits im Rahmen seiner forstwirtschaftlichen Tätigkeit naturschutzrechtliche Maßnahmen durchgeführt und verfügt über Ökopunkte. Aufgrund der o.g. Sachlage soll zur Kompensation des Eingriffes auf das Ökokonto des Vorhabenträgers zurückgegriffen werden. Dadurch wird der Eingriff in Natur und Landschaft mit einem Kompensationsbedarf von 10.580 Punkten vollends kompensiert.

Die bereits gutgeschriebenen Maßnahmen des Vorhabenträgers stehen im räumlichen und sachlichen Zusammenhang mit dem Plangebiet. Die Untere Naturschutzbehörde überwacht die entsprechenden Buchungen auf dem betroffenen Ökokonto. Ein Verfahren zur Erhebung von Kostenerstattungsbeiträgen für naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen nach §§ 135a bis 135c ist nicht erforderlich (siehe Anlagen LBP und ASP I).

7. Hinweise ohne Normcharakter

Abfallbeseitigung

- Hinsichtlich der Abfallbeseitigung gelten die gesetzlichen Vorschriften sowie die Satzung über die Abfallentsorgung im Stadtgebiet Siegen.

Artenschutz

- Bei einem Eingriff in den Baum- und Gehölzbestand, bei dem potenzielle Bruthöhlen oder Nistplätze verloren gehen, wird die Bereitstellung künstlicher Nisthilfen empfohlen. Die Zugriffs- und Verbotstatbestände des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) gelten grundsätzlich. Bei konkreten Bau-, Umbau- und Abrissmaßnahmen sollte frühzeitig, am besten im Vorfeld des Baugenehmigungsverfahrens eine Prüfung erfolgen.
- Nach BNatSchG ist in der Zeit vom 1. März bis zum 30. September das Entfernen oder Aufstocksetzen von Bäumen, von Hecken, lebenden Zäunen, Gebüsch und anderen Gehölzen auf außerhalb gärtnerisch genutzter Grundflächen unzulässig. Zulässig sind schonende Form- und Pflegeschritte zur Beseitigung des Zuwachses der Pflanzen oder zur Gesunderhaltung von Bäumen.
- Für die Beleuchtung der geplanten Gebäude und der Umgebung wird empfohlen insektenfreundliche Leuchtmittel (warmweiße Farbtemperatur zwischen 2.000 K und 3.000 K) zu verwenden. Dies sind u.a. Natrium-Niederdrucklampen (Typ LPS, NAL, SOX), Natrium-Hochdrucklampen (Typ HSP) oder LED-Lampen. Ebenfalls wird die Verwendung von Leuchten mit Richtcharakteristik durch entsprechende Abschirmung empfohlen. Der Lichtkegel der Lampen sollte Richtung Boden gerichtet werden. Eine dauerhafte nächtliche Beleuchtung sollte vermieden werden. Leuchtmittel sollten nur dort angebracht werden, wo sie notwendig sind.

Denkmalpflege

- In der Umgebung des Plangebiets sind Bergbaurelikte und zudem auch Verhüttungsplätze, steinzeitliche, mesolithische, neolithische sowie neuzeitliche Lesefundstellen und eine Lesefundstelle unbestimmter Zeitstellung bekannt. Es kann daher damit gerechnet werden, dass innerhalb des Plangebietes weitere, bisher noch nicht bekannte Bergbaurelikte oder Verhüttungsplätze oder andere Werkstätten vorliegen können. Ein Vorhandensein von steinzeitlichen Funden und Befunden kann ebenfalls nicht ausgeschlossen werden. Aus diesem Grund sollte vor dem Beginn von Bodeneingriffen frühzeitig (mindestens vier Wochen vorher) mit der LWL-Archäologie, Außenstelle Olpe (lwl-archaeologie-olpe@lwl.org, Tel. 02761 93750) eine Abstimmung vorgenommen werden, zwecks archäologischer Begleitung durch Mitarbeiter der LWL-Archäologie. Der Oberbodenabtrag sollte mit einigem Vorlauf vor den eigentlichen Baumaßnahmen durchgeführt werden, damit es nicht zu unnötigen Verzögerungen im Bauablauf und dadurch zu Mehrkosten kommt, wenn archäologische Befunde auftreten und diese entsprechend bearbeitet/dokumentiert werden. Der Oberbodenabtrag ist mit einem Bagger mit Böschungsschaufel im rückwärtigen Verfahren durchzuführen.

Fassaden- und Dachbegrünung

- Die Begrünung von Fassaden- und Dachflächen wird empfohlen, um die Einbindung in das Landschaftsbild zu unterstützen. Fassadenbegrünung kann u.a. mit rankenden oder klimmenden Pflanzen ausgeführt werden.

Kampfmittel

- Es bestehen keine konkreten Hinweise auf das Vorhandensein von Bombenblindgängern/ Kampfmittel. Dennoch sind bei Bodenarbeiten mit entsprechender Vorsicht auszuführen. Ist der Erdaushub bei der Durchführung der Bauvorhaben außergewöhnlich verfärbt oder werden verdächtige Gegenstände beobachtet, sind die Arbeiten sofort einzustellen und unverzüglich die örtliche Ordnungsbehörde oder Polizei zur Inkennntnissetzung des Kampfmittelbeseitigungsdienst Westfalen-Lippe (KBD-WL) zu verständigen.

Niederschlagswasserbeseitigung

- Nach § 44 des Landeswassergesetzes (LWG) für das Land Nordrhein-Westfalen ist Niederschlagswasser von Grundstücken, die nach dem 01.01.1996 erstmals bebaut, befestigt oder an die öffentliche Kanalisation angeschlossen werden, nach Maßgabe des § 55 Abs. 2 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) zu beseitigen. Für die Niederschlagswasserversickerung/-einleitung ist die wasserrechtliche Erlaubnis gem. § 10 WHG (ehem. § 7 WHG) erforderlich. Für weitere bauliche Anlagen ist die wasserrechtliche Erlaubnis im Zuge der Baugenehmigung bzw. im Genehmigungsverfahren zu beantragen.

Niederschlagswassernutzung

- Aus ökologischer Sicht wird die Speicherung und Wiedernutzung von schwach belastetem Niederschlagswasser von Dach- und Terrassenflächen empfohlen. Trinkwasseranlagen einschließlich der dazugehörigen Hausinstallation sind nach § 17 Abs. 2 der zurzeit gültigen Trinkwasserverordnung (TrinkwV) nicht mit Regenwassernutzungsanlagen einschließlich ihrer Leitungen zu verbinden. Die Leitungen der verschiedenen Versorgungssysteme (Trinkwasser/ Regenwasser) sind beim Einbau dauerhaft farbig unterschiedlich zu kennzeichnen und Nicht-Trinkwasserzapfstellen als solche dauerhaft kenntlich zu machen. Die DIN 1988 Teil 4 ist zu beachten. Nach § 13 Abs. 3 der zurzeit gültigen TrinkwV ist eine im Haushalt genutzte Regenwasseranlage der zuständigen Behörde bei Inbetriebnahme schriftlich anzuzeigen.

Empfehlungen für Pflanzmaßnahmen

- Entlang der Straßen „Netphener Straße“ und „Assbergstraße“ wird die Anlegung einer straßenbegleitenden Halballee, bestehend aus mindestens sechs Einzelbäumen empfohlen. Zur Wahrung des Landschaftsbildes wird ebenfalls das Anlegen eines Gehölzstreifens mit Pflanzen an dem nordwestlichen Siedlungsrand (Richtung der Ortslage Breitenbach) im Bereich der geplanten Nutzungen „Ferienwohnen mit Pferden“, falls diese nicht umgesetzt wird bzw. bis zur Umsetzung der Baumaßnahmen. Zudem sollten nach der erfolgten Baumaßnahme die nach Westen ausgerichteten Fassaden begrünt werden.

Sichtfelder im Bereich von Ein- und Ausfahrten

- Im Bereich der Ein- bzw. Ausfahrten sollten Flächen innerhalb der Sichtfelder von allen die Sicht behindernden Anlagen und Nutzungen freigehalten werden. Bepflanzungen und Einfriedungen sollten dabei eine Höhe von 0,8 m Höhe über Fahrbahnoberkante nicht überschreiten. Hochstämmige Einzelbäume sollten vermieden werden, sofern die Sicherheit beeinträchtigt wird.

Telekommunikation

- Der Bestand und der Betrieb der vorhandenen Telekom-Linien sind zu gewährleisten. Es ist sicherzustellen, dass durch mögliche Baumpflanzungen der Bau, die Unterhaltung und Erweiterung der Telekommunikationslinien der Telekom nicht behindert werden. Hinsichtlich geplanter Baumpflanzungen ist das „Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Ausgabe 1989; insbesondere Abschnitt 3, zu beachten. Bestehende Kabel von Unitymedia innerhalb des Straßenraums sind zu schützen. Hinweise zum Schutz von Kabel können der Kabelschutzanweisung der Unitymedia NRW GmbH, Planauskunft, Michael-Schumacher-Straße. 1, 50170 Kerpen entnommen werden. Vor der Aufnahme von Arbeiten am oder im Erdreich ist es notwendig, bei der Planauskunft Unitymedia:
www.unitymedia.de/geschaeftskunden/service/planauskunft/
oder Fax: 0900 / 1111 140 die Bestandspläne abzufordern.

Trink- und Löschwasser

- Die Versorgung mit Trinkwasser obliegt dem Nutzungsberechtigten und wird über die Wassergemeinschaft Breitenbach sichergestellt. Alternativ kann die Trinkwasserversorgung auf Basis einer einzelfallbezogenen, vertraglichen Regelung mit den Siegenern Versorgungsbetrieben GmbH ermöglicht werden. Trinkwasseranlagen einschließlich der dazugehörigen Hausinstallationen dürfen nach § 17 Abs. 2 der zurzeit gültigen Trinkwasserversorgung nicht mit den Regenwassernutzungsanlagen einschließlich ihrer Leitungen verbunden werden.
- Die Versorgung mit Löschwasser ist durch einen Feuerlöschteich am Ende der Assbergstraße, etwa 100 m vom Haus Assbergstraße Nr. 17 entfernt, gesichert. Es handelt sich um einen eingetragenen Feuerlöschteich.

Waldflächen/ Abstandflächen

- Bei Vorhaben in dem ausgewiesenen Schutzbereich ist zum Bauantrag ein gegenüber dem Forsteigentümer vereinbarter Haftungsausschluss (Haftungsverzichtserklärung) inkl. eines Verzichts auf künftige Forderungen vom Bauherren vorzulegen.

8. Rechtsgrundlagen

Das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist.

Baunutzungsverordnung (BauNVO), Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist.

Planzeichenverordnung 1990, (PlanzV), Verordnung über die Ausarbeitung von Bauleitplänen und die Darstellung des Planinhaltes vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist.

Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW), in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. 1994 S. 666), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29. September 2020 (GV. NRW S. 916) geändert worden ist.

Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung 2018 - BauO NRW 2018) in der Fassung vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GV. NRW. S. 1086) geändert worden ist.

Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3908) geändert worden ist.

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), die zuletzt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist.

Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. September 2021 (BGBl. I S. 4458) geändert worden ist.

9. Anlagen

- Umweltbericht zum Bebauungsplan Nr. 431 der Universitätsstadt Siegen „Reitstall Daub“ im Stadtteil Breitenbach, erstellt von Uwe Meyer, Erndtebrück.
- Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP) und Artenschutzvorprüfung (ASP I) zum Bebauungsplan Nr. 431 der Universitätsstadt Siegen „Reitstall Daub“ im Stadtteil Breitenbach, erstellt von Uwe Meyer, Erndtebrück.

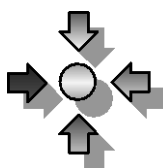
Umweltbericht gemäß § 2a, Satz 2 BauGB

*zum Bebauungsplan Nr. 431 der Universitätsstadt Siegen
„Reitstall Daub“ im Stadtteil Breitenbach*

Uwe Meyer

Dipl. Ing. (FH) Dipl. Ökologe

Landschaftsplanung
Stadtplanung
Ökologie
Forst



Inhaltsangabe

1. Einleitung
 - 1.1 Kurzdarstellung von umweltrelevanten Inhalten und Zielen der Bauleitplanung
 - 1.2 Umweltschutzziele einschlägiger Fachgesetze und Pläne sowie deren Berücksichtigung
2. Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen
 - 2.1 Bestandsaufnahme und Bewertung des Basisszenarios / Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich nachteiliger Umweltauswirkungen
 - 2.1.1 Schutzgut Mensch / Störfallschutz
 - 2.1.2 Schutzgut Tiere und Pflanzen / Biologische Vielfalt
 - 2.1.3 Schutzgut Boden und Flächen
 - 2.1.4 Schutzgut Wasser
 - 2.1.5 Schutzgut Klima und Luft
 - 2.1.6 Schutzgut Landschaft
 - 2.1.7 Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter
 - 2.1.8 Wechselwirkungen
 - 2.1.9 Voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung
 - 2.2 Prognosen zur Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung
 - 2.3 Anderweitige Planungsmöglichkeiten
 - 2.4 Berücksichtigung der Belange des Störfallschutzes
3. Zusätzliche Angaben
 - 3.1 Verfahren und Methoden der Untersuchung
 - 3.2 Überwachungsmaßnahmen bei erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt
 - 3.3 Zusammenfassung
 - 3.4 Quellenangaben

1. Einleitung

Die Universitätsstadt Siegen betreibt die Aufstellung des Bebauungsplanes (BP) Nr. 431 „Reitstall Daub“ im Stadtteil Breitenbach.

Nach den Festsetzungen und der Begründung zu dieser Bauleitplanung soll in einem „Sonstigen Sondergebiet“ der Betriebsfortbestand des Reiterhofes gesichert und zukünftige Betriebserweiterungen ermöglicht werden. Neben der Nutzung „Reiterhof“ soll der touristische Zweig des Betriebes gestärkt werden. Hierzu wird die Zweckbestimmung „Reiterhof mit ergänzenden Nutzungen“ gewählt.

Der § 2 (4) BauGB regelt, dass für die Belange des Umweltschutzes in der Definition des Baugesetzbuches eine Umweltprüfung durchzuführen ist, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt und in diesem Umweltbericht beschrieben und bewertet werden.

Die Gemeinde legt dazu, in Abstimmung mit den zuständigen Fachbehörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, fest, in welchem Umfang und Detaillierungsgrad die Ermittlung der Belange für die Abwägung erforderlich ist. Diese Abstimmung erfolgte im Rahmen des frühzeitigen Beteiligungsverfahrens nach § 4 (1) BauGB. Die von den Fachbehörden abgegebenen relevanten umweltbezogenen Aussagen wurden in die Umweltprüfung einbezogen bzw. in diesen Umweltbericht übernommen. Das Ergebnis der Umweltprüfung ist in der Abwägung zu berücksichtigen.

Die Umweltprüfung bezieht sich auf das, was nach gegenwärtigem Wissensstand und allgemein anerkannten Prüfungsmethoden sowie nach Inhalt und Detaillierungsgrad des Bauleitplans angemessenerweise verlangt werden kann.

1.1 Kurzdarstellung von umweltrelevanten Inhalten und Zielen der Bauleitplanung

Eine allgemeinverständliche Beschreibung des bauplanungsrechtlichen Vorhabens kann der Begründung zum Bebauungsplan (BP) und dem Landschaftspflegerischen Begleitplan (LBP) mit Artenschutzvorprüfung (ASP I) entnommen werden. Aus den Planunterlagen können folgende umweltrelevante Inhalte und Ziele abgeleitet werden:

- Einbeziehung eines bestehenden landwirtschaftlichen Betriebes im städtebaulichen Außenbereich in ein Sondergebiet (Gebäude incl. Nebenanlagen und Einrichtungen mit landwirtschaftlichem Bezug)
- Mögliche bauliche Erweiterungen des Betriebes um etwa 5.230 m²
- Sicherung von 20.450 m² bestehender landwirtschaftlicher Flächen als Weideland
- Gemischte Gebietsnutzung aus Freizeit, Reiten, Touristik und Wohnen
- Umfangreiche Regelungen zu Gebäudehöhen, Dachformen, Dachneigungen, Dacheindeckungen, Materialien und Farben, die gestalterischen Bezug auf den Bestand nehmen
- Festsetzungen zum Schutz hochwertiger Biotope und Habitate planungsrelevanter Tierarten und zur Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen
- Regenwasser wird über das bestehende Entwässerungssystem oder über eine entsprechende Rückhaltung der Versickerung zugeführt und tlws. als Brauchwasser verwendet

- Empfehlungen zur Nutzung von Sonnenenergie und Regenwasser, zur Pflanzung von Bäumen sowie zum Schutz von Tierarten

1.2 Umweltschutzziele einschlägiger Fachgesetze und Pläne sowie deren Berücksichtigung

Regionalplan (RP)

Die Stadt Siegen liegt im Geltungsbereich des Regionalplans Arnsberg, Teilabschnitt „Oberbereich Siegen“ (Kreise Olpe und Siegen-Wittgenstein). Im gültigen Regionalplan ist das Plangebiet größtenteils als Fläche für allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche festgelegt. Ein kleiner Teil im Südwesten des Plangebiets ist als Waldbereich gekennzeichnet. Zudem liegt das Gebiet im Bereich der Freiraumfunktion Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung.

Ziel 13 und Grundsatz 9 (1) RP i.V.m. Grundsatz 7.1-1 LEP mit Bezug auf Ziel 18 und Grundsatz 11 RP: Die Inanspruchnahme von Freiraum ist auf den unbedingt notwendigen Rahmen zu begrenzen, flächensparend auszuführen und landschaftsangepasst zu gestalten.

Folgende Planungsansätze tragen zur Berücksichtigung dieser Ziele/Grundsätze bei:

- Bauliche Erweiterungen sind nur auf 5.230 m² möglich.
- Der Bereich des Sondergebietes und der darin enthaltenen überbaubaren Flächen wurde flächenschonend zentral um die vorhandenen baulichen Strukturen des Reiterhofs Daub konzentriert.
- Eine ländlich-regionaltypische Einpassung neuer Gebäude in das Landschaftsbild soll Ziel des Bebauungsplanes sein.
- Der letztgenannte Punkt lag auch den Ausgleichsmaßnahmen aus vorliegenden Baugenehmigungen zu Grunde. Die hierfür geplanten Flächen werden im Bebauungsplan durch entsprechende Festsetzungen gesichert.
- Der bestehende Charakter einer lockeren Hofstelle mit großzügigen Grünflächen in der Umgebung soll erhalten werden und gestalterisch Bezug auf den Bestand genommen werden. Zudem wird besonders Augenmerk auf die gewünschte Fernwirkung aus Richtung Breitenbach (Ortskern) gelegt.
- Insbesondere regelt der Bebauungsplan umfangreich erlaubte bzw. verbotene Dachformen, Dachneigungen, Dacheindeckungen, Materialien und Farben.

Der textliche Hinweis „Pflanzgebot“ ist ebenfalls dazu angetan, Eingriffe in das Landschaftsbild zu vermindern. Der Bebauungsplan begründet jedoch keine Verpflichtung zur Umsetzung.

Flächennutzungsplan (FNP)

Im wirksamen FNP der Stadt Siegen ist das Plangebiet größtenteils als Fläche für die Landwirtschaft und ein kleiner Teil als Fläche für die Forstwirtschaft gekennzeichnet. Zudem wird das gesamte Plangebiet als Erholungsgebiet deklariert.

Der FNP wird in einem Parallelverfahren geändert.

Landschaftsplan (LP)

Im Landschaftsplan Siegen vom 16.12.2008 (LP) wird für den nicht bebauten Außenbereich, also auch für das Plangebiet, ein großräumiges Landschaftsschutzgebiet (LSG) ausgewiesen. Die Pflege- und Entwicklungskarte sieht die Umwandlung der Mammutbaum-Allee und anderer Nadelholzbestände in Grünland vor (Maßnahme W 27). Außerdem wird die Anpflanzung von

Laubbäumen empfohlen (Maßnahme A 58). Für diese Bereiche sieht die Entwicklungskarte das Ziel „Wiederherstellung“ vor.

Erhaltungsziele und Schutzzwecke von NATURA 2000-Gebiete sind mehr als 300 m entfernt und somit von dieser Planung nicht betroffen.

Fachgesetze

Die in Rechtsnormen (Gesetze, Verordnungen, Satzungen) festgelegten Ziele des Umweltschutzes wurden bereits auf der Ebene der Flächennutzungs- und Landschaftsplanung, so weit wie im Rahmen der Abschichtung auf dieser Planungsebene möglich, beachtet (s.o.).

Für die Umsetzung der allgemeinen Ziele des § 1 (5) Satz 1 BauGB, wonach Bauleitpläne u. a. dazu beitragen sollen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu erweitern, wurden bei dieser Planung insbesondere folgende rechtlichen Regelungen beachtet:

Schutzgut Mensch / Störfallschutz

Baugesetzbuch: Berücksichtigung der Umweltbelange Grund und Boden, Eingriffsregelung i.S.d Bundesnaturschutzgesetzes, Schutz von NATURA 2000-Gebieten, Freizeit und Erholung, Vermeidung von Emissionen etc.

Bundesimmissionsschutzgesetz mit Verordnungen: Schutz des Menschen, der Tiere und Pflanzen, des Bodens, des Wassers, der Atmosphäre sowie der Kultur- und Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen (Immissionen) sowie Vorbeugung hinsichtlich des Entstehens von Immissionen (Gefahren, erhebliche Nachteile und Belästigungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnlichen Erscheinungen).

Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche sowie deren Vorsorge.

Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor Geruchsmissionen sowie deren Vorsorge (i.V.m. VDI-Richtlinien).

Anfälligkeit des Plangebietes für schwere Unfälle oder Katastrophen.

Bundesnaturschutzgesetz: Natur und Landschaft sind aufgrund ihres Wertes als Lebensgrundlagen des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen, zu pflegen, zu entwickeln und - soweit erforderlich – wiederherzustellen.

Schutzgut Tiere, Pflanzen, Biologische Vielfalt

Bundes- und Landesnaturschutzgesetz: Natur und Landschaft sind aufgrund ihres eigenen Wertes im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen, zu pflegen, zu entwickeln und - soweit erforderlich – wiederherzustellen.

Berücksichtigung des allgemeinen und besonderen Artenschutzes.

Baugesetzbuch: Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, zu berücksichtigen.

Berücksichtigung des Vermeidungs- und Ausgleichsgebotes voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes und des Naturhaushaltes i.V.m. dem Bundesnaturschutzgesetz.

Europäische FFH- und Vogelschutzrichtlinie: Sicherung der Artenvielfalt durch Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen; Schutz und Erhaltung sämtlicher wildlebender, heimischer Vogelarten und ihrer Lebensräume

Schutzgut Boden

Bundesbodenschutzgesetz: Langfristiger Schutz des Bodens hinsichtlich seiner Funktionen im Naturhaushalt.

Einwirkungen auf die natürliche Funktion der Böden sind möglichst zu vermeiden. Nach § 7 obliegt dem Grundstückseigentümer die entsprechende Vorsorgepflicht, soweit dies auch im Hinblick auf den Zweck der Nutzung des Grundstückes verhältnismäßig ist.

Baugesetzbuch: Sparsamer und schonender Umgang mit Grund und Boden durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und Innenentwicklung zur Verringerung zusätzlicher Inanspruchnahme von Böden.

Außerdem dürfen landwirtschaftlich, als Wald oder für Wohnungszwecke genutzte Flächen nur im Notwendigen Ausmaß für andere Nutzungen in Anspruch genommen werden. Zusätzliche Anforderungen entstehen zudem durch die Kennzeichnungspflicht für erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastete Böden.

Bundesnaturschutzgesetz: Nach § 14 BNatSchG sind unvermeidbare Beeinträchtigungen auch dieses Schutzgutes auszugleichen.

Schutzgut Wasser

Wasserhaushaltsgesetz und Landeswassergesetz: Sicherung der Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen und deren Bewirtschaftung zum Wohl der Allgemeinheit und zur Unterlassung vermeidbarer Beeinträchtigungen ihrer ökologischen Funktionen.

Ziel der Wasserwirtschaft ist der Schutz der Gewässer vor vermeidbaren Beeinträchtigungen und die sparsame Verwendung des Wassers sowie die Bewirtschaftung von Gewässern zum Wohl der Allgemeinheit.

Baugesetzbuch: Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes bei der Aufstellung der Bauleitpläne sowie Berücksichtigung von wasserwirtschaftlichen Belangen bei den Regelungen zur Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung.

Schutzgut Luft

Bundesimmissionsschutzgesetz mit Verordnungen: Schutz des Menschen, der Tiere und Pflanzen, des Bodens, des Wassers, der Atmosphäre sowie der Kultur- und Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen (Immissionen) sowie Vorbeugung hinsichtlich des Entstehens von Immissionen (Gefahren, erhebliche Nachteile und Belästigungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnliche Erscheinungen).

Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen sowie deren Vorsorge zur Erzielung eines hohen Schutzniveaus für die gesamte Umwelt.

Baugesetzbuch: Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes bei der Aufstellung der Bauleitpläne.

Schutzgut Klima

Baugesetzbuch: Den Erfordernissen des Klimaschutzes soll sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden.

Schutzgut Landschaft

Bundes- und Landesnaturschutzgesetz: Schutz, Pflege, Entwicklung und ggf. Wiederherstellung der Landschaft aufgrund ihres eigenen Wertes und als Lebensgrundlage des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich zur dauerhaften Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswertes von Natur und Landschaft.

Baugesetzbuch: Erhaltung und Entwicklung des Orts- und Landschaftsbildes im Rahmen der Bauleitplanung. Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes bei der Aufstellung der Bauleitpläne und Anwendung der Eingriffsregelung bei Eingriffen in das Landschaftsbild.

Schutzgut Kultur und Sachgüter

Denkmalschutzgesetz: Berücksichtigung von Bodendenkmalen, Denkmalbereichen und Baudenkmalern.

Baugesetzbuch: Schutz von Kultur- und Sachgütern im Rahmen der Orts- und Landschaftsbilderhaltung und -entwicklung.

Aus der nachfolgenden Analyse der Umweltauswirkungen ergibt sich die Art und Weise, wie die oben dargestellten Ziele berücksichtigt werden. Dabei ist festzuhalten, dass die Ziele der Fachgesetze lediglich einen bewertungsrelevanten Rahmen darstellen, während die Zielvorgaben von Fachplänen hierüber hinaus auch konkrete räumlich zu berücksichtigende Festsetzungen vorgeben.

Die übergeordneten Planungen werden durch Abgleich ihrer räumlichen Vorgaben mit den Zielen und Zwecken dieses Bebauungsplanes beachtet.

Die Berücksichtigung der Fachgesetze erfolgt v.a. durch die Auswertung von Umweltdatenbanken, durch Beachtung von Schutzgebietsausweisungen, durch die Bearbeitung der gesetzlichen Eingriffsregelung in einem Landschaftspflegerischen Begleitplan sowie durch Bearbeitung des gesetzlichen Artenschutzes in einer Artenschutzprüfung.

2. Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen

Die Stadt Siegen wird hinsichtlich der zentralörtlichen Gliederung als Oberzentrum mit einer Konzentration überzentraler Einrichtungen deklariert. Daneben wird die Bundesautobahn A 45 und die Schienenstrecke „Dortmund – Gießen“ als großräumige Achse von europäischer Bedeutung (Entwicklungssachse) und die Schienenstrecke Richtung Bonn als überregionale Achse ausgewiesen.

Am 31.08.2018 hatte die Universitätsstadt 102.074 Einwohner, der an das Plangebiet angrenzende Stadtteil Breitenbach hatte 337 Einwohner.

2.1 Bestandsaufnahme und Bewertung des Basisszenarios / Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich nachteiliger Umweltauswirkungen

Die überschlägige Prognose am Ende jedes Unterkapitels erfolgt unter besonderer Berücksichtigung der in der Anlage 1 des BauGB, Punkt 2b, genannten Prüfpunkte.

Die Grundlagen für die Bewertung sind in der Begründung zum BP sowie im artenschutzrechtlichen und landschaftspflegerischen Fachbeitrag (LBP) zusammengetragen worden. Dort ggf. fehlende Angaben zu Bewertungskriterien werden in den nachfolgenden Unterkapiteln ergänzt.

2.1.1 Schutzgut Mensch / Störfallschutz

Für die Betrachtung des Menschen als Schutzgut selbst sind zum einen gesundheitliche Aspekte, in der Bauleitplanung vorwiegend Lärm und andere Immissionen, zum anderen regenerative Aspekte wie Erholungs-, Freizeitfunktionen und Wohnqualität von Bedeutung. Zusätzlich muss die Anfälligkeit des Vorhabens für schwere Unfälle und Katastrophen überprüft werden, da dieser Belang 2018 neu in das BauGB aufgenommen wurde.

Bestand: Das Plangebiet des Bebauungsplans befindet sich östlich des Siegener Stadtteil Breitenbach und liegt etwa 250 m vom Hauptort entfernt.

Potenzielle Emissionen aus dem landwirtschaftlichen Betrieb können in Bezug auf den Stadtteil Breitenbach folgendermaßen umrissen werden:

Geruchsimmissionen: Im Vergleich zu genehmigungsbedürftigen Anlagen (Schweine- und Geflügelbetriebe) ist die Belastung bei Reitbetrieben relativ gering, wenn die entsprechenden VDI - Richtlinien vom Betreiber eingehalten werden. Die zulässige Belastung ist für Wohn- und Mischgebieten vergleichbar, nur in Dorfgebieten ist ein höheres Maß an Geruchsimmissionen zulässig.

Lärmimmissionen: Auch in Bezug auf Lärm hat der Landwirt die entsprechenden Richtlinien einzuhalten. Auch wenn es keine festgesetzten Mindestabstände zu beachten gilt, werden als allgemein anerkannte Erfahrungswerte Mindestabstände zur Wohnbebauung von 100 m empfohlen. Im Bereich Lärm gibt es zu beachtende Richtwerte. Die erlaubten Immissionsbelastungen sind in Misch- und Dorfgebieten höher als in allgemeinen Wohngebieten.

Der bestehende Aussiedlerhof hat bislang keine Beschwerden, z.B. wegen erhöhter Lärm- oder Geruchsbelästigungen, ausgelöst.

Von Kaan-Marienborn führt die K 7 durch das Breitenbachtal bis in den südöstlichen Bereich der Ortschaft Breitenbach. Die K 7 endet nördlich des Reitstalls Daub. Somit ist das Plangebiet an das überregionale Straßenverkehrsnetz angebunden. Es führen keine weiteren Hauptverkehrsachsen in den Stadtteil Breitenbach.

Der kartografischen Abbildung von Betriebsbereichen und Anlagen nach StörfallVO (KABAS)¹ ist zu entnehmen, dass aktuell in einem größeren Umkreis zum Plangebiet keine

¹ www.lanuv.nrw.de/umwelt/industrieanlagen/anlagensicherheit/stoerfallverordnung/

Betriebsbereiche bekannt sind, die im Hinblick auf angemessene Sicherheitsabstände nach § 50 BImSchG zu berücksichtigen wären.

Lufthygienische Daten liegen aus dem Plangebiet nicht vor. Aus den Ergebnissen zurückliegender Luftgüteuntersuchungen des Landesumweltamtes NRW kann abgeleitet werden, dass die Belastung der bodennahen Luftschicht im Plangebiet mit den Luftschadstoffen Schwefeldioxid, Stickoxide, Staubbiederschlag, Ozon und Schwebstaub deutlich unterhalb der gesetzlichen Richt- und Grenzwerte liegt.

Im Flächennutzungsplan wird das gesamte Plangebiet als Erholungsgebiet deklariert.

Bewertung der Planung: Durch die geplante Betriebsvergrößerung und die zusätzlichen Nutzungen „Touristik“ (hier: Beherbergungsgewerbe, Gästezimmer und -wohnungen mit dem Zweck „Ferienwohnen mit Pferden“) und „Freizeit“ (hier: Hofcafe mit Ausschank) ist mit einer lokalen Zunahme der Immissionsbelastung in der Ortslage von Breitenbach durch Ziel- und Quellverkehr zu rechnen. Das Maß dieser Belastungen kann derzeit noch nicht eingeschätzt werden, es ist jedoch nur mit einer geringen Mehrbelastung zu rechnen, da die Nutzung der zusätzlichen Einrichtungen auf Nutzer des Reitstalls und Fußgänger / Radfahrer abgestellt ist.

Der Bebauungsplan trifft keine besonderen Regelungen zum Immissionsschutz zu Gunsten des Stadtteils Breitenbach. Im Plangebiet selbst sind nur Betriebswohnungen und Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonal zulässig.

Ein Flächenverlust für die wohnortnahe Kurzzeiterholung ist in einem geringen Maße durch Bebauung von Grünlandflächen gegeben. Gleichzeitig wird die Attraktivität der landschaftsgebundenen Freizeit und Erholungsnutzung durch Erweiterung des Freizeitangebotes „Reiten“ und zusätzliche Einrichtungen des Segments „Freizeit (Hofcafe mit Ausschank)“ erhöht.

Durch den Bebauungsplan werden keine Vorhaben zulässig, die für schwere Unfälle oder Katastrophen anfällig wären.

Geplante Vermeidungsmaßnahmen: Die Immissionsbelastungen in der Ortslage Breitenbach durch die zusätzliche Nutzungen „Touristik“ bzw. „Freizeit“ ist i.R.d. Baugenehmigungsverfahren zu prüfen.

Hierzu setzt der BP textlich fest: Die Einhaltung des erforderlichen Immissionsschutzes ist bei der genehmigungspflichtigen Errichtung, Änderung und Nutzung von Gebäuden nachzuweisen. Im Zuge dieser Baugenehmigungsverfahren ist die untere Immissionsschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein zu beteiligen.

Überschlägige Prognose der zu erwartenden Umweltauswirkungen: Bei Beachtung und Umsetzung der genannten Vermeidungsmaßnahmen sind voraussichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen zu befürchten.

2.1.2 Schutzgut Tiere und Pflanzen / Biologische Vielfalt

Auf der Grundlage der Naturschutzgesetze sind Tiere und Pflanzen als Bestandteil des Naturhaushaltes in ihrer natürlichen und historisch gewachsenen Artenvielfalt zu schützen, zu entwickeln und ggf. wiederherzustellen. Der Schutz der biologischen Vielfalt wurde als Umweltbelang in das Baugesetzbuch aufgenommen. Der Begriff verbindet drei Ebenen der Vielfalt,

die ineinandergreifen: die Vielfalt an Ökosystemen oder Lebensräumen, die Artenvielfalt und die Vielfalt an genetischen Informationen, die in den Arten enthalten sind.

Bestand: Von den Schutzgebieten des Kapitel 4 BNatSchG ist durch die Planung nur das Landschaftsschutzgebiet Siegen betroffen. Lebensraumtypen des Anhangs I der FFH-RL wurden nicht angetroffen.

Die Bewertung der direkt durch Bebauung betroffenen Biotope erfolgte im Landschaftspflege-rischen Begleitplan durch das LANUV-Verfahren von 2008 „Numerische Bewertung von Bio-toptypen für die Eingriffsregelung in NRW“. In diesem Bewertungsverfahren sind u.a. auch die Kriterien Reichtum, Qualität und Regenerationsfähigkeit von Biotopen berücksichtigt. In der Skalierung von 0 bis 10 Wertpunkten erreichen die betroffenen Biotoptypen einen maxi-malen Grundwert von 3 Punkten (Intensivgrünland). Es ist somit nur die Natürlichkeitsstufe „naturferne Biotoptypen²“ betroffen.

Das durch die Festsetzungen des Bebauungsplanes potenziell betroffene Artenspektrum be-steht im Wesentlichen aus gebäudebewohnenden Fledermäusen und Vogelarten. Die Betrof-fenheit ist auf Bauphasen beschränkt. Betriebsbedingte Wirkfaktoren sind nicht zu befürchten, da diese bislang prägend für das Arteninventar sind und weitgehend beibehalten werden sol-len.

Bewertung der Planung: Die Belastbarkeit der Schutzgüter muss unter besonderer Berücksich-tigung der ihnen zugewiesenen Schutzkategorien (hier: Landschaftsschutzgebiet) beurteilt werden.

Durch die Festsetzungen des Bebauungsplanes können noch etwa 5.230 m² Fläche in den Ein-griffsräumen überbaut werden. Der maximale zusätzliche Gesamtbiotopwertverlust im Plan-gebiet beträgt 10.580 Punkte und ist durch Ökokontomaßnahmen kompensierbar.

Die Artenschutzprüfung kommt zu folgendem Ergebnis: Die vorgesehenen Festsetzungen des Bebauungsplanes treffen nicht auf unüberwindbare artenschutzrechtliche Hindernisse und ste-hen nicht dauerhaft einem rechtlichen Hindernis in Gestalt artenschutzrechtlicher Verboten entgegen. Nur unter Einbeziehung von Vermeidungsmaßnahmen werden keine Zugriffsverbo-te des § 44 (1) BNatSchG ausgelöst. Der Plan ist zulässig sofern die Maßnahmen wirksam sind.

Geplante Vermeidungsmaßnahmen: Durch Festsetzungen im Bebauungsplan werden hoch-wertige Biotope und Habitate planungsrelevanter Tierarten geschützt. Die Eingriffe werden durch entsprechende Steuerung auf naturferne Biotoptypen gelenkt. Auch eine besondere Be-troffenheit von nicht planungsrelevanten Tierarten wird hierdurch vermieden.

Die abschließende Prüfung artenschutzrechtlicher Tatbestände kann erst auf der Ebene der Bau- bzw. Abrissgenehmigung von Gebäuden erfolgen.

Weiterhin werden Hinweise zur Verbesserung der Lebenssituation planungsrelevanter Arten gegeben.

Überschlägige Prognose der zu erwartenden Umweltauswirkungen: Bei Beachtung und Um-setzung der Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen sind voraussichtlich keine erhebli-chen Umweltauswirkungen zu befürchten.

2.1.3 Schutzgut Boden und Flächen

Die Inhalte des Bodenschutzes richten sich einerseits auf die Reduzierung der Flächenversiegelung und andererseits auf die Sicherung der ökologischen Funktionsfähigkeit des Bodens durch den Schutz vor stofflichen und nicht stofflichen Beeinträchtigungen. Daraus ergeben sich für die Bauleitplanung ein Mengenziel (sparsamer Umgang) und ein Qualitätsziel (schonender Umgang). Zielkonflikte zwischen diesen beiden Zielen sind möglich: Flächensparende, hochverdichtete Bebauungskonzepte können durch den hohen Versiegelungsgrad den Boden und seine Funktionen stark belasten oder sogar vollständig zerstören. Die Abwägung hat unter Berücksichtigung der Wertigkeit des betroffenen Bodens und der Kompensationsmöglichkeiten zu erfolgen.

Neu in das BauGB wurde 2018 das Schutzgut „Fläche“, i.S.v. Flächenverbrauch bzw. Flächeninanspruchnahme, aufgenommen. Dies korrespondiert mit den Grundsätzen des § 1 (5) BauGB (die städtebauliche Entwicklung soll vorrangig durch Maßnahmen der Innenentwicklung erfolgen) und des § 1a (2) BauGB (sparsamer und schonender Umgang mit Grund und Boden, Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung). Weiterhin soll die Notwendigkeit der Umwandlung von landwirtschaftlichen Flächen und Wald begründet sein.

Bestand: Im Plangebiet stehen v.a. in ihrer Schutzwürdigkeit nicht bewertete Braunerden des Bodentyps B32i an. Die Bodenwertzahl liegt zwischen 20 und 45. Im nordöstlichen Teil des BP ist eine Braunerde des Bodentyps B34j mit einer Bodenwertzahl zwischen 35 und 60 anzutreffen, die als Wasserspeicher im 2-Meter-Raum mit hoher Funktionserfüllung als Regulations- und Kühlungsfunktion fungiert.

Im Plangebiet sind durch die landwirtschaftliche Betriebsstätte bereits 17.281 m² Fläche versiegelt und teilversiegelt oder weitgehend verändert (Paddocks, Dunglager, Staugewässer, Gärten).

Bewertung der Planung: Mit der Festsetzung von überbaubaren Grundflächen wird eine maximal erlaubte zusätzliche Überbauung von 5.230 m² möglich. Es wird ein mäßig verdichtetes Bebauungskonzept (Mengenziel) und damit ein relativ schonender Umgang mit Boden (Qualitätsziel) gewählt.

Mittelfristig sind sechs Baumaßnahmen mit einer Fläche von 2.548 m² geplant³ und im Bebauungsplan nachrichtlich dargestellt. Darüber hinaus hält der Bebauungsplan für zulässige Nebenanlagen und eine langfristige Flächenreserve 2.682 m² vor.

Es sind ausschließlich landwirtschaftliche Flächen betroffen. Als Prämisse dieser Bauleitplanung muss das ausgewogene Verhältnis zwischen dem benötigten landwirtschaftlichen Gebäudebestand und der Erhaltung ausreichender hofnaher Grünlandflächen, als Grundvoraussetzung für eine landwirtschaftliche Pferdehaltung, gewahrt werden. Dies ist durch die Festsetzungen des Bebauungsplans gewährleistet.

Geplante Ausgleichs-/Vermeidungsmaßnahmen: Der Eingriff in schutzwürdige Bodentypen wird durch eine Zusatzbewertung i.R.d. gesetzlichen Eingriffsregelung berücksichtigt.

Der Bebauungsplan setzt folgende Maßnahmen des Bodenschutzes fest:

Die Vermeidung von überschüssigem Erdmaterial hat Vorrang vor der Entsorgung, d.h. ein

² LANUV NRW (2008): Gruppierungsprinzip der Biotoptypenbewertung

³ Reine Gebäudeflächen ohne zulässige Nebenanlagen.

Massenausgleich ist anzustreben. Sollte dennoch überschüssiger Bodenaushub anfallen, ist dieser in rechtlich zulässiger Weise zu verwerten oder auf einer abfallrechtlich zugelassenen Deponie innerhalb des Kreisgebietes zu beseitigen.

Zum Schutz des Mutterbodens (§ 202 BauGB) ist nicht belasteter Oberboden, der im Rahmen der Bauarbeiten ausgehoben wird, im nutzbaren Zustand zu erhalten und vor Vernichtung und Vergeudung zu schützen; zusätzlich ist die DIN 18915 anzuwenden.

Überschlägige Prognose der zu erwartenden Umweltauswirkungen: Bei Beachtung und Umsetzung der genannten Vermeidungsmaßnahmen sind voraussichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen zu befürchten.

2.1.4 Schutzgut Wasser

Gewässer sind Bestandteil des Naturhaushaltes, Lebensraum für Tiere und Pflanzen und gehören zu den Lebensgrundlagen des Menschen. Bei der Betrachtung dieses Schutzgutes sind somit Einflüsse auf den Grundwasserhaushalt, die Grundwasserqualität sowie der Zustand von fließenden und ruhenden Gewässern von Bedeutung.

Weiterhin ist ein sachgerechter Umgang mit Abwässern (und Abfällen) zu sichern.

Bestand: Im Plangebiet befinden sich keine Gewässer oder Schutzgebiete nach der Definition des Wasserrechtes. Es sind keine grundwasserabhängigen Ökosysteme betroffen.

Nach Angaben des Betreibers werden die meisten Dachflächen in Zisternen und einem Regenrückhaltebecken entwässert. Aus diesen Speichern erfolgt eine Regenwassernutzung, z.B. zur Bewässerung des Reitplatzes und der Reithalle.

Die Entsorgung von Schmutzwasser erfolgt über eine vom Eigentümer der Flächen privat betriebene vollbiologische Kläranlage innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans.

Bewertung der Planung: Durch Bebauung und Versiegelung von Flächen wird der Oberflächenabfluss erhöht und die Grundwasserneubildung reduziert. Die in Kapitel 2.1.3 geschilderte mäßige Bebauung reduziert diesen negativen Effekt.

Durch die festgesetzte Art der baulichen Nutzung wird kein Umgang mit wassergefährdenden Stoffen begründet.

Geplante Vermeidungsmaßnahmen: Das im Bereich des Bebauungsplanes anfallende Niederschlagswasser wird über die belebte Bodezone versickert. Dies entspricht den Regelungen des § 44 LWG i.V.m. § 55 (2) WHG.

Die Nutzung von Systemen zur Regenwassernutzung oder Versickerung wird empfohlen.

Trinkwasseranlagen einschließlich der dazugehörigen Hausinstallation dürfen nach § 17 (2) der zurzeit gültigen Trinkwasserverordnung nicht mit Regenwassernutzungsanlagen einschließlich ihrer Leitungen verbunden werden.

Gemäß § 4 Abfallbeseitigungsgesetz dürfen Abfälle nur auf der dafür vorgesehenen Deponie abgelagert werden. Hierbei ist die Satzung über die Abfallentsorgung der Stadt Siegen in der jeweils gültigen Fassung maßgebend.

Überschlägige Prognose der zu erwartenden Umweltauswirkungen: Bei Beachtung und Umsetzung der genannten Vermeidungsmaßnahmen sind voraussichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen zu befürchten.

2.1.5 Schutzgut Klima und Luft

Verunreinigungen der Luft durch Emissionen (u. a. Industrie, Energie- und Wärmeversorgung, Verkehr und Landwirtschaft) sollten i. R.d. Bauleitplanung beschränkt werden. Dort, wo sie nicht vermeidbar sind, geht es darum, die allgemeinen Anforderungen an gesunde Arbeits- und Wohnverhältnisse zu sichern. Ziel ist die Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität.

Die sparsame und effiziente Nutzung von Energie, sowie die Nutzung erneuerbarer Energien soll gefördert werden. Zusätzlich geht es bei der Reduzierung des CO₂-Ausstoßes um einen zentralen Beitrag zum Klimaschutz.

Beim Schutz des Lokalklimas geht es um die Berücksichtigung klimabedeutsamer Flächen, die aufgrund der Vegetationsstruktur, Topographie und Lage geeignet sind für Luftreinhaltung, Temperatúrausgleich, Lüfterneuerung und Ventilation zu sorgen.

Nicht zuletzt ist dem Klimaschutz durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken sowie durch Anpassungen an den Klimawandel Rechnung zu tragen.

Bestand: Im Plangebiet treten v.a. Emissionen durch landwirtschaftliche Nutzung sowie Energie- und Wärmeversorgung auf.

Die von der Erweiterung betroffenen Grünlandbereiche haben Bedeutung als Kaltluftentstehungsgebiet. Der Abfluss erfolgt nach Osten und Westen in die anschließenden Tallagen, bzw. in die Ortslage von Breitenbach. Der Kaltluftabfluss ist, durch Gehölze und Waldbereiche, jedoch nicht uneingeschränkt.

Bewertung der Planung: Durch die Festsetzungen von Art und Maß der Nutzung sind außergewöhnliche Erhöhungen von Emissionen aus dem Plangebiet ausgeschlossen.

Die sparsame und effiziente Energienutzung ist durch die Beachtung der Energieeinsparverordnung (EnEV i. V.m. DIN V 18599) i. R.d. Baugenehmigungsverfahren gewährleistet.

Das Klimageschehen in Breitenbach wird wahrscheinlich auch zukünftig weitestgehend von den Freiflächen des Außenbereiches bestimmt, eine spürbare Verschlechterung des örtlichen Klimas ist nicht zu erwarten.

Geplante Vermeidungsmaßnahmen: Die Nutzung der Sonnenenergie durch Solaranlagen auf Dachflächen wird empfohlen.

Überschlägige Prognose der zu erwartenden Umweltauswirkungen: Es sind voraussichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen zu befürchten.

2.1.6 Schutzgut Landschaft

Bei der Betrachtung der Landschaft als Schutzgut stehen das Landschaftsbild bzw. die optischen Eindrücke des Betrachters im Vordergrund. Neben dem Erfahren und Erleben der natürlich gewachsenen Landschaften, wie auch der Kulturlandschaften, geht es um deren Informations- und Dokumentationsfunktion in Bezug auf gesellschaftliche und natürliche Veränderungsprozesse.

Bestand: Der ehemalige Aussiedlerhof ist bereits seit 25 Jahren auf Pferdehaltung und -betreuung spezialisiert und seitdem kontinuierlich gewachsen. Der Betrieb ist Bestandteil eines Wald-Offenland-Mosaiks. Als vorbelastende Landschaftsbildstörungen befinden sich eine Hochspannungsleitung und eine Windenergieanlage im Umfeld des Plangebietes.

Bewertung der Planung: Dieses Teilmedium muss unter besonderer Berücksichtigung seiner Lage im Landschaftsschutzgebiet Siegen und in einer Landschaftsbildeinheit mit herausragender Bedeutung für das Landschaftsbild betrachtet werden.

Der Bereich des Sondergebietes und der darin enthaltenen überbaubaren Flächen wurde flächenschonend zentral um die vorhandenen baulichen Strukturen des Reiterhofs Daub konzentriert. Dadurch kann der bestehende Charakter einer lockeren Hofstelle mit großzügigen Grünflächen in der Umgebung erhalten werden.

Geplante Vermeidungsmaßnahmen: Eine ländlich-regionaltypische Einpassung neuer Gebäude in das Landschaftsbild ist Ziel des Bebauungsplanes. Insbesondere werden umfangreich erlaubte bzw. verbotene Dachformen, Dachneigungen, Dacheindeckungen, Materialien und Farben geregelt.

Durch Festsetzungen im Bebauungsplan werden hochwertige Baumstrukturen geschützt, die das Landschaftsbild prägen.

Der textliche Hinweis 8 „Pflanzgebot“ ist dazu angetan, Eingriffe in das Landschaftsbild zu vermindern. Der Bebauungsplan begründet jedoch keine Verpflichtung zur Umsetzung.

Überschlägige Prognose der zu erwartenden Umweltauswirkungen: Bei Beachtung und Umsetzung der genannten Vermeidungsmaßnahmen sind voraussichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen zu befürchten.

2.1.7 Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter

Hierunter sind Güter zu verstehen, die Objekte von gesellschaftlicher Bedeutung als architektonisch wertvolle Bauten (z. B. Gebäude, gärtnerische Anlagen und andere von Menschen geschaffene Landschaftsteile) oder archäologische Schätze darstellen und deren Nutzbarkeit durch das Vorhaben eingeschränkt werden könnte.

Bestand: Das Plangebiet befindet sich aus der Fachsicht Archäologie im Kulturlandschaftsbereich KLB A 31.3 „Steinzeitliche Fundstellenregion und Montanlandschaft Siegerland“. Der LWL gibt hierzu folgende Empfehlung: „Da natürlich zukünftig zur Umsetzung notwendiger Erschließungsmaßnahmen für Bebauung, Infrastruktur oder Windparks, forstwirtschaftlicher Nutzung sowie Bergerkundungs- und Sicherungsarbeiten Bodeneingriffe auch in archäologisch sensiblen Bereichen nicht zu vermeiden sind, ist die Beeinträchtigung der Fundstellen so minimal wie möglich zu halten und diese im Vorfeld archäologisch zu untersuchen.“

Nördlich und westlich des Plangebietes grenzen Waldflächen an. Gegebenenfalls sind Gebäude als sonstige Sachgüter vor umstürzenden Bäumen zu schützen.

Bewertung der Planung: Die Empfehlung des LWL, eine archäologische Untersuchung im Vorfeld der Planung durchzuführen, wird nicht aufgegriffen.

Teile der vorgesehenen Bebauung können u.U. im Sicherheitsabstand zum Wald (30 m) liegen. Durch umstürzende Bäume können, als sonstige Sachgüter, Gebäude beschädigt werden.

Geplante Vermeidungsmaßnahmen: Der Umgang mit archäologischen Funden ist durch Festsetzung folgendermaßen geregelt:

Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Stadt Siegen als Unterer Denkmalbehörde und / oder der LWL-Archäologie für Westfalen, Außenstelle Olpe (Tel.: 02761/ 93750; Fax: 02761/ 937520) unverzüglich anzuzeigen und die Entdeckungsstätte mindestens drei Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten (§§ 15 und 16 Denkmalschutzgesetz NRW), falls diese nicht vorher von den Denkmalbehörden freigegeben wird.

In der Begründung wird folgender Hinweis bei Unterschreitung des Waldabstandes gegeben: Liegen bei Antragsstellung auf Baugenehmigung Bauobjekte im Sicherheitsabstand zum Wald (Sicherheitsabstand 30 Meter), ist der Abschluss eines Haftungsausschlusses (Haftungsverzichtserklärung) inkl. eines Verzichts auf künftige Forderungen zwingend und der Forstverwaltung der Stadt Siegen vorzulegen.

Überschlägige Prognose der zu erwartenden Umweltauswirkungen: Bei Beachtung und Umsetzung der genannten Vermeidungsmaßnahmen sind voraussichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen zu befürchten.

2.1.8 Wechselwirkungen

Die nach den Vorgaben des Baugesetzbuches zu betrachtenden einzelnen Schutzgüter beeinflussen sich gegenseitig in unterschiedlichem Maße. Dabei sind Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern sowie Wechselwirkungen aus Verlagerungseffekten und komplexe Wirkungszusammenhänge unter den in den Kapiteln 2.1.2 bis 2.1.7 beschriebenen Schutzgütern zu betrachten.

Die Anzahl ökosystemarer Wechselbeziehungen in einem Landschaftsraum sind potenziell unendlich. Aufgrund theoretischer (wissenschaftliche Kenntnislücken) und praktischer (unverhältnismäßig hoher Untersuchungsaufwand) Probleme ist eine vollständige Erfassung aller Wechselbeziehungen im Rahmen einer Umweltprüfung im Sinne einer wissenschaftlichen Ökosystemanalyse nicht möglich. Folglich werden nur die Wechselwirkungen erfasst und bewertet, die ausreichend gut bekannt und untersucht sind und die im Rahmen der Umweltprüfung entscheidungserheblich sein können.

- Der Zielkonflikt zwischen den Schutzgütern Boden und Fläche, Mengenziel (sparsamer Umgang mit Fläche) versus Qualitätsziel (schonender Umgang mit Boden), wird bereits in Kapitel 2.1.3 herausgearbeitet.
- Die indirekten Folgen der Bodenversiegelung auf den Wasserhaushalt werden ebenfalls bereits in den Kapiteln 2.1.3 und 2.1.4 behandelt.

Das Wirkungsgefüge zwischen den Bestandteilen des Naturhaushaltes kann in Anlehnung an die Wechselwirkungsmatrix in SCHRÖDTER, W., et al. 2004⁴ (Tabelle 1, Seite 55) beurteilt werden:

⁴ Vhw Hrsg. (2004): Umweltbericht in der Bauleitplanung. Verlag Deutsches Volksheimstättenwerk GmbH, Bonn.

Wirkung von	Mensch	Biotope Pflanzen Tiere	Boden	Wasser	Klima Luft	Landschaft	Kultur- Sachgüter	+-
Wirkung auf								
Mensch		+	o	o	o	+	o	
Biotope, Pflanzen, Tiere	-		o	o	o	o	o	
Boden	-	+		o	o	o	o	
Wasser	-	+	-		o	o	o	
Klima, Luft	o	+	-	o		o	o	
Landschaft	o	+	o	o	o		+	
Kultur-Sachgüter	+	o	o	o	o	o		
- = negative Beeinflussung o = neutrale Wirkung + = positive Beeinflussung								

Tabelle 1: Wechselwirkungsmatrix

Überschlägige Prognose der zu erwartenden Umweltauswirkungen: Eine Verstärkung der erheblichen Umweltauswirkungen durch sich negativ verstärkende Wechselwirkungen ist im Plangebiet nicht zu erwarten.

2.1.9 Voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung

Bei Nichtdurchführung der Planung kann davon ausgegangen werden, dass die derzeitige landwirtschaftliche Nutzung beibehalten wird und die in den vorangegangenen Kapiteln beschriebene Umweltwirkung der Schutzgüter weitgehend unverändert bleibt.

2.2 Prognosen zur Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung

Als mögliche erhebliche Auswirkungen bei Durchführung der Planungen in der Bau- und Betriebsphase konnten in den vorangegangenen Kapiteln keine Punkte analysiert werden.

Bei dieser Prognose wurden die geplanten Vermeidungs-, Verminderungs- und Ausgleichsmaßnahmen berücksichtigt, deren Umsetzung vorausgesetzt wird. Teilweise muss eine abschließende Beurteilung auf die nächst Planungsebene der Baugenehmigungsverfahren verschoben werden. Insbesondere sind von Bedeutung:

- Die Immissionsbelastungen in der Ortslage Breitenbach durch die zusätzlichen Nutzungen ist i.R.d. Baugenehmigungsverfahren zu prüfen.
- Der Trennungsgrundsatz des § 50 BImSchG wird beachtet.
- Im Eingriffs- und Ausgleichsplan zum Bebauungsplan wird nachgewiesen, dass der Pflicht zur Vermeidung- und Verminderung i. R.d. Eingriffsregelung nachgekommen

wird. Übermäßige Umwelteinwirkungen aus der Missachtung dieser gesetzlichen Vorgabe sind somit ausgeschlossen.

- Die abschließende Prüfung artenschutzrechtlicher Tatbestände kann erst auf der Ebene der Bau- bzw. Abrissgenehmigung von Gebäuden erfolgen.
- Eine ländlich-regionaltypische Einpassung neuer Gebäude in das Landschaftsbild.
- Beachtung der Lage des Plangebietes in archäologisch sensiblen Bereichen.

2.3 Anderweitige Planungsmöglichkeiten

Aufgrund der Sicherung des Betriebsfortbestandes des Reitstall Daub am vorhandenen Standort bestehen zu diesem Vorhaben keine Standortalternativen. Die vorhandenen Strukturen, betriebs-spezifische Abläufe sowie Nutzungen (u.a. Flächen für Futteranbau, Auslaufflächen), schließen eine Verlagerung des Hofes aus. Dies würde auch nicht der Zielsetzung des Planung entsprechen.

Alternativen zum jetzt betriebenen Standort mit geringeren Umweltauswirkungen dürften eher nicht bestehen.

Als Alternative zu den Planungsinhalten im Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist eine geringere bauliche Verdichtung denkbar. Im Vergleich zur frühzeitigen Beteiligung wurde die überbaubare Grundflächen herabgesetzt ohne die langfristige Flächenreserve oder die mittelfristigen Erweiterungsplanungen zu gefährden.

2.4 Berücksichtigung der Belange des Störfallschutzes

Es sind keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen nach § 1 (6) Nr. 7 Buchstabe j BauGB zu erwarten. Der Belang des Störfallschutzes ist angemessen berücksichtigt.

3. Zusätzliche Angaben

3.1 Verfahren und Methoden der Untersuchung

Die Erhebung und Bewertung der Umweltschutzbelange erfolgte in Anlehnung an die im Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung vorgesehenen „Kriterien für die Vorprüfung des Einzelfalls“ (Anlage 2 des UVPG) und die hierzu vom RP-Gießen zusammengestellten Erläuterungen „Die UVP in der Bauleitplanung nach dem seit 3.8.01 geltenden Recht“.

Für den Bereich des Naturschutzes und der Landschaftspflege wurden v.a. die Ergebnisse des Landschaftsplanes und verschiedener Umweltdatenbanken verwendet und in einem landschaftspflegerischen Begleitplan zusammengestellt. Die Überprüfung von Arten erfolgte u.a. nach der gemeinsamen Handlungsempfehlung von Landes-Ministerien 2010: „Artenschutz in der Bauleitplanung und bei der baurechtlichen Zulassung von Vorhaben“ und wurde in einer Artenschutzprüfung zusammengestellt.

Aufbau und Struktur dieses Umweltberichtes erfolgt in Anlehnung an die „Arbeitshilfe zu den Auswirkungen des EAG Bau 2004 auf die Aufstellung von Bauleitplänen“⁵.

Fehlende Kenntnisse zu folgenden Bereichen führten zu einer Verlagerung der abschließenden Umweltprüfung in die folgende Planungsebene der Baugenehmigungsverfahren:

⁵ Siehe Fußnote 4

- Immissionsbelastungen in der Ortslage Breitenbach durch zusätzliche Nutzungen
- Abschließende Prüfung artenschutzrechtlicher Tatbestände, v.a. in bestehenden Gebäuden
- Lage des Plangebietes in archäologisch sensiblen Bereichen ohne Untersuchungen im Rahmen der Bauleitplanung

3.2 Überwachungsmaßnahmen bei erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt

Die Umweltüberwachung konzentriert sich auf erhebliche Umweltauswirkungen. Somit ist die Kommune nicht verpflichtet, alle umweltrelevanten Festsetzungen und Auswirkungen der Planung umfassend und regelmäßig zu kontrollieren. Folgende Eingrenzung der überwachungspflichtigen Auswirkungen bietet sich nach den Regelungen des § 4c BauGB an:

In Kapitel 2.2 konnte keine Prognose über erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt i. S. d. UVPG erfolgen. Überwachungsmaßnahmen aufgrund von Prognosen können deshalb nicht formuliert werden.

Um erhebliche Umweltauswirkungen wegen fehlenden Vollzugs einzelner Festsetzungen des Bebauungsplanes zu verhindern, wird die Überwachung folgender Maßnahmen vorgeschlagen:

- Die festgesetzten Vermeidungs- und Verringerungsmaßnahmen werden im Zuge der Umsetzung des Bebauungsplanes durch Abnahmen im Rahmen der Baugenehmigungsverfahren einmalig und danach turnusmäßig stichprobenartig gemäß den Zuständigkeitsregelungen innerhalb der Stadtverwaltung auf Vollzug überprüft.
- Die Festsetzungen zur Beseitigung von Schmutzwasser und Niederschlagswasser werden im Zuge der Umsetzung des Bebauungsplanes durch Abnahmen im Rahmen der Baugenehmigungsverfahren einmalig überprüft.

3.3 Zusammenfassung

Mit diesem Umweltbericht wurde überprüft, ob durch diese Bauleitplanung erhebliche Auswirkungen auf die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, vorbereitet werden. Hierzu gehören:

- Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima und das Wirkungsgefüge zwischen ihnen, Landschaft, biologische Vielfalt
- Erhaltungsziele und Schutzzwecke von Gebieten mit gemeinschaftlicher Bedeutung
- Umweltbezogene Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit, auf die Bevölkerung, Kulturgüter sowie sonstige Sachgüter
- Vermeidung von Emissionen, sachgerechter Umgang mit Abfällen und Abwässern
- Nutzung erneuerbarer Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie
- Darstellungen von Fachplänen
- Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Belangen des Umweltschutzes
- Sparsamer und schonender Umgang mit Grund und Boden sowie Flächenverbrauch
- Wiedernutzbarmachung, Nachverdichtung und Innenentwicklung von Flächen

- Beurteilung von Vermeidung, Verminderung und Ausgleich von Eingriffen in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild (Eingriffsregelung)

Die Gemeinde hat hierzu im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung mit den Fachbehörden den Umfang und Detaillierungsgrad der Ermittlungen festgelegt, welcher sich nach gegenwärtigem Wissensstand und allgemein anerkannten Prüfmethoden als angemessen für diesen Bebauungsplan ergibt.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die mit dem Bebauungsplan einhergehenden Eingriffe und daraus resultierenden (erheblichen) Umweltauswirkungen durch die Kompensationsmaßnahmen vollends ausgeglichen werden.

3.4 Quellenangaben

Die verwendeten Gutachten, Erlasse und Leitfäden sind in Kapitel 3.1 aufgeführt.

Berücksichtigte Fachgesetze und Planungen sind in Kapitel 1.2 aufgelistet.

Auf spezielle Leitfäden, Fachgutachten etc. für die einzelnen Schutzgüter wird in Kapitel 2 hingewiesen.

Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP) und Artenschutzvorprüfung (ASP I)

*zum Bebauungsplan Nr. 431 der Universitätsstadt Siegen
„Reitstall Daub“ im Stadtteil Breitenbach*

Uwe Meyer

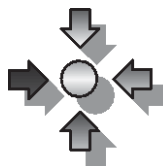
Dipl. Ing. (FH) Dipl. Ökologe

Landschaftsplanung

Stadtplanung

Ökologie

Forst



Stand: Fassung zum Satzungsbeschluss, Januar 2021

Inhaltsangabe

1 Einleitung und Aufgabenstellung	4
2 Bestandserfassung.....	4
2.1 Vorliegende Daten- und Informationsgrundlagen	5
2.2 Biotoptypenkartierung und faunistische Potenzialkartierung.....	7
3 Schutzkategorien	8
3.1 Schutzgebiete.....	8
3.2 Umwelthaftung	8
4 Artenschutz.....	8
4.1 Rechtsgrundlage	8
4.2 Vorprüfung	9
4.2.1 Vorprüfung des Artenspektrums.....	10
4.2.2 Vorprüfung der Wirkfaktoren.....	10
4.2.3 Fazit der Vorprüfung	11
4.3 Einbeziehung von Vermeidungsmaßnahmen und des Risikomanagement	11
4.4 Fazit	11
5 Eingriffsregelung	12
5.1 Rechtliche Würdigung und Prüfung der Eingriffsrelevanz	12
5.2 Eingriffsräume und Bestandsbewertung.....	12
5.3 Herleitung der Eingriffe.....	14
5.4 Auswirkungen des Eingriffs auf die Schutzgüter und Vermeidungsmaßnahmen	15
5.4.1 Teilmedium Naturhaushalt	15
5.4.2 Teilmedium Landschaftsbild und Erholung	15
5.5 Bilanzierung des Resteingriffs.....	16
5.6 Kompensation.....	16

Anlagen

1. Planungsrelevante Arten für Quadrant 2 im Messtischblatt 5114 Siegen
2. Potenzialkartierung mit (2a.) Karte
3. Eingriffsräume
4. Bestand der versiegelten und teilversiegelten Flächen

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Nutzungs- und Biotoptypen.....	8
Tabelle 2: Bestehende Eingriffsflächen.....	13
Tabelle 3: Biotoptypen, die nach entsprechender Festsetzung nicht verändert werden dürfen	13
Tabelle 4: Biotoptypen, auf denen Eingriffe stattfinden können.....	13
Tabelle 5: Herleitung der noch überbaubaren Flächen.....	14

1 Einleitung und Aufgabenstellung

Die Universitätsstadt Siegen betreibt die Aufstellung des Bebauungsplanes (BP) Nr. 431 „Reitstall Daub“ im Stadtteil Breitenbach.

Nach den Festsetzungen und der Begründung zu dieser Bauleitplanung soll in einem „Sonstigen Sondergebiet“ der Betriebsfortbestand des Reiterhofes gesichert und zukünftige Betriebsenerweiterungen ermöglicht werden. Neben der Nutzung „Reiterhof“ soll der touristische Zweig des Betriebes gestärkt werden. Hierzu wird die Zweckbestimmung „Reiterhof mit ergänzenden Nutzungen“ gewählt.

Als Prämisse dieser Bauleitplanung muss das ausgewogene Verhältnis zwischen dem benötigten Gebäudebestand und der Erhaltung ausreichender hofnaher Grünlandflächen, als Grundvoraussetzung für eine landwirtschaftliche Pferdehaltung, gewahrt werden.

Eine Prüfung anderweitiger Planungsmöglichkeiten erfolgt in der Begründung mit folgendem Ergebnis: „Der Ausweisung der Reitanlage Daub als „Sonstiges Sondergebiet für Landwirtschaft und Pferdehaltung“ mit der Zweckbestimmung „Reiterhof mit ergänzenden Nutzungen“ liegen umfangreiche Darstellungen der Eigentümer und somit der Betreiber der heutigen Nutzungen zu Grunde. Die vorhandenen Strukturen werden in ihrem Umfang gesichert und einer nachhaltigen zukunftsweisenden Entwicklung planungsrechtlich zugeführt. Durch die heute schon funktionierenden Nutzungen im Bereich „Pferdehaltung“ und „Reiterei“ scheiden anderweitige räumliche Planungsmöglichkeiten für diesen Bereich aus. Der Bereich des Sondergebietes und der darin enthaltenen überbaubaren Flächen wurde flächenschonend zentral um die vorhandenen baulichen Strukturen des Reiterhofs Daub konzentriert. Auch inhaltlich sind keine anderen Festsetzungsmöglichkeiten, mit denen das beabsichtigte Planungsziel erreicht werden kann, sinnvoll.“

In diesem Fachbeitrag wird die gesetzliche Eingriffsregelung nach § 18 BNatSchG bzw. BauGB, die Berücksichtigung von Schutzkategorien (z.B. nach BNatSchG und USchadG) und der besondere Artenschutz nach §§ 44 ff BNatSchG bearbeitet.

2 Bestandserfassung

Die Reitstallanlage mit Reithalle, Reitplatz, Stallgebäuden, wassergebundenen Flächen und Wohnhäusern liegt östlich von Siegen-Breitenbach auf einer Höhe von etwa 415 m ü. NHN und ist meist umgeben von Grünland. Das Grünland westlich, östlich und südöstlich der Stallgebäude besteht aus intensiv genutzte Fettweiden die teilweise in schmale Pferdekoppeln unterteilt sind. Zum Teil wurden Flächen neu eingesät.

Im Süden grenzt ein Fichtenhochwald an. Nördlich und südöstlich grenzen größere Weide- und Wiesenflächen an.

Am Westrand des großen Sandplatzes befindet sich ein Überlaufbecken für oberflächlich ablaufendes Regenwasser, welches vermutlich zeitweise trockenfällt. Ein Regenrückhaltebecken (RRB) befindet sich im östlichen Plangebiet. Nach Angaben des Betreibers werden die meisten Dachflächen in Zisternen und dieses RRB entwässert. Aus diesen Speichern erfolgt eine Regenwassernutzung, z.B. zur Bewässerung des Reitplatzes und der Reithalle.

Östlich der Stallanlage befindet sich eine Halballee aus alten Stieleichen. Gegenüber der Reithalle steht entlang der Zufahrtsstraße eine Halballee aus Mammutbäumen. Im südlichen Bereich befindet sich eine kleine Weihnachtsbaumkultur.

Der ehemalige Aussiedlerhof ist bereits seit 25 Jahren auf Pferdehaltung und -betreuung spezialisiert. Aktuell werden in Offenstallhaltung 70 Pferde beherbergt. Die angewandte Paddock, Laufstall und Herdenhaltung benötigt weitläufige Weiden, da das Grünland durch Pferdetritt deutlich stärker belastet wird als durch andere Weidetiere. So ist v.a. das hofnahe Grünland durch intensive Weidenutzung und wechselnde Neuansaatflächen geprägt.

2.1 Vorliegende Daten- und Informationsgrundlagen

Zunächst werden die nachfolgend aufgeführten Daten- und Informationsgrundlagen ausgewertet.

Untere Naturschutzbehörde des Kreises

Im Plangebiet befinden sich naturschutzrechtliche Ausgleichsflächen bzw. -maßnahmen, die i.R. von Baugenehmigungsverfahren bestimmt wurden. Die entsprechenden Räume wurden aus den alten Bauakten ermittelt und als Ausgleichsflächen A1-A8 festgesetzt.

Landschaftsplan der Stadt Siegen¹: Im Landschaftsplan Siegen vom 16.12.2008 (LP) wird für den nicht bebauten Außenbereich, also auch für das Plangebiet, ein großräumiges Landschaftsschutzgebiet (LSG) ausgewiesen.

Die Pflege- und Entwicklungskarte sieht die Umwandlung der Mammutbaum-Alle und anderer Nadelholzbestände in Grünland vor (Maßnahme W 27). Außerdem wird die Anpflanzung von Laubbäumen empfohlen (Maßnahme A 58). Für diese Bereiche sieht die Entwicklungskarte das Ziel „Wiederherstellung“ vor.

Naturschutzinformationssystem @LINFOS²: Auch hier werden für das Plangebiet keine weiteren Schutzkategorien ausgewiesen.

Die südlich des Plangebietes angrenzenden Fichtenforste gehören zur Biotopverbundfläche von besonderer Bedeutung VB-A-5014-014. „Laubwälder Rabenhain und Hohe Ley“. Das Schutzziel dieser Einheit lautet: „Erhaltung großflächiger Laubwald-Biotope einschließlich eingelagerter Quellen und Quellbäche als naturnaher ökologischer Ausgleichsraum in direkter Nachbarschaft zum Siegerner Verdichtungsraum.“

In einer Entfernung von 60 m südöstlich des Plangebietes befindet sich die Biotopkatasterfläche BK-5114-073 „Niederwaldreste östlich Breitenbach“. Als Schutzziel ist formuliert: Schutz und Erhaltung von Niederwäldern; Erhaltung der Laubholzbestockung.

Fachinformationssystem ELWAS-WEB³: Schutzgebiete nach Wasserrecht befinden sich nicht im Plangebiet.

Das Fachinformationssystem hält auch die Geobasisdaten NRW 2013 vor: Im Plangebiet stehen v.a. in ihrer Schutzwürdigkeit nicht bewertete Braunerden des Bodentyps B32i an. Die Bodenwertzahl liegt zwischen 20 und 45. Im nordöstlichen Teil des BP ist eine Braunerde des Bodentyps B34j mit einer Bodenwertzahl zwischen 35 und 60 anzutreffen, die als Wasser-

¹ www.siegen-wittgenstein.de/

Kurzmen%C3%BC/Suchergebnis/index.php?La=1&object=tx,2170.482.1&kat=&quo=2&sub=0

² <https://www.naturschutzinformationen.nrw.de/coyo/login>

³ <https://www.elwasweb.nrw.de/elwas-web/index.jsf>

speicher im 2-Meter-Raum mit hoher Funktionserfüllung als Regulations- und Kühlungsfunktion fungiert.

Planungsrelevante Arten für Quadrant 2 im Messtischblatt 5114 Siegen⁴: Die Liste der planungsrelevanten Arten für Quadrant 2 im Messtischblatt 5114 Siegen befindet sich in der Anlage 1.

Landschaftsbild⁵: Der Fachbeitrag „Naturschutz und Landschaftspflege; Teilbeitrag Landschaftsbild, Landschaftsbereiche mit herausragender Bedeutung für den Kreis Siegen-Wittgenstein“ ordnet das weitere Anlagenumfeld der Landschaftsbildeinheit LB 3.1-C (33) Wald-Offenland-Mosaik-Landschaftsbildeinheit „Siegerland - Südliches Siegerer Bergland“ zu. Die Bewertung dieser Einheit ist mit 3,66 von 4,00 möglichen Punkten hoch, sie ist von herausragender Bedeutung. Neben der Erhaltung dieser Einheit wird ein weitgehender Verzicht auf großflächige Erstaufforstungen und Weihnachtsbaumkulturen empfohlen.

In der Beschreibung der Landschaftsbildeinheit bzw. in den allgemeinen Erläuterungen des Landschaftsplanes zum Landschaftsschutzgebiet wird für das Wald-Offenland-Mosaik im Berg- und Hügelland keine landschaftsstrukturelle oder kulturhistorische Besonderheit geschildert. Ebenso fehlen Angaben zu markanten Einzelschöpfungen. Als besonders charakteristische Landschaftselemente werden die zahlreichen extensiv landwirtschaftlich genutzten Fluss- und Bachtäler genannt.

Auch nach der Bewertung der Landschaftsbildeinheiten in NRW durch die LANUV (Stand 09.03.2017)⁶ hat diese Einheit eine herausragende Bedeutung für das Landschaftsbild.

Kulturlandschaft⁷: Das Plangebiet befindet sich aus der Fachsicht Archäologie im Kulturlandschaftsbereich KLB A 31.3 „Steinzeitliche Fundstellenregion und Montanlandschaft Siegerland“. Der LWL gibt hierzu folgende Empfehlung:

„Da natürlich zukünftig zur Umsetzung notwendiger Erschließungsmaßnahmen für Bebauung, Infrastruktur oder Windparks, forstwirtschaftlicher Nutzung sowie Bergerkundungs- und Sicherungsarbeiten Bodeneingriffe auch in archäologisch sensiblen Bereichen nicht zu vermeiden sind, ist die Beeinträchtigung der Fundstellen so minimal wie möglich zu halten und diese im Vorfeld archäologisch zu untersuchen.“

Unzerschnittene, verkehrsarme Räume⁸: Räume mit geringer Zerschneidung, Zersiedlung und Verlärmung (UZVR) stellen eine endliche Ressource dar und können, wenn überhaupt, nur mit großem Aufwand wiederhergestellt werden. Sie bieten für Tierarten mit speziellen Anforderungen an kaum zerschnittene, zusammenhängend störungsarme Räume die benötigte Lebensgrundlage. Die Zerschneidung von Räumen wirkt sich auch auf das Landschaftsbild und damit die historisch gewachsenen Kulturlandschaften aus. Die Landesanstalt LANUV unter-

⁴ <http://artenschutz.naturschutzinformationen.nrw.de/artenschutz/de/arten/blatt>

⁵ LANUV 2005

⁶ http://bk.naturschutzinformationen.nrw.de/bk/web/babel/media/20181005_lbe_internet.pdf

⁷ https://www.lwl.org/@/files/30441081/a0_hochformat-karte-3.pdf

⁸ <http://www.naturschutzinformationen-nrw.de/uzvr/de/einleitung>

teilt und bewertet nach der Größe dieser zusammenhängenden Räume folgende UZVR Größenklassen [km²]:

1-5	5-10	10-50	50-100	>100
-----	------	-------	--------	------

Das gesamte Anlagenumfeld liegt in der in NRW am häufigsten vertretenen Größenklasse zwischen 10 - 50 km² und hat damit nur eine mittlere Bedeutung für dieses Schutzgut.

Biologische Station Siegen-Wittgenstein: Nach mündlicher Information liegen der Biostation keine vertiefenden Daten und Informationen zum Plangebiet vor.

2.2 Biotoptypenkartierung und faunistische Potenzialkartierung

Eigene Bestandserhebungen erfolgten im April 2019 durch Portig-Frede GbR (Anlage 2). Zur Abgrenzung der Biotoptypen wurde das LANUV-Verfahren von 2008 „Numerische Bewertung von Biotoptypen für die Eingriffsregelung in NRW“ verwendet.

Die in Kapitel 2 verbal beschriebenen Biotoptypen im Plangebiet werden nach dem Bewertungsverfahren folgendermaßen codiert und bewertet:

VF0-1	Versiegelte Flächen (Gebäude, Straßen etc.). Regenwasser wird über das bestehende Entwässerungssystem oder über eine entsprechende Rückhaltung der Versickerung zugeführt. Teilweise Verwendung zur Bewässerung der Reitanlagen und damit ortsnahe Rückführung zum Grundwasser.	0,75
VF1	Teilversiegelte Flächen (Schotterwege und -flächen, wassergebundene Decken, offener Reitplatz etc.)	1
VF1	Pferde-Paddocks, stark verdichtetes Grünland mit Materialeintrag (Holzhäcksel etc.); Dunglager	1
FH, wf4	Staugewässer: Regenauffangbecken im Osten und Rückhaltebecken für Oberflächenwasser im Westen, naturfern	2
HJ, ka4 + mc1	Zier- und Nutzgärten, Rasenflächen	2
VB7, stb3	Stark frequentierter Pferdeauslauf auf Rohboden, nährstoffreich	3
EA3	Neueinsaat Feldgras	2
EA, xd3	Intensivmähweide, artenarm	3
EA, xd5	Intensivmähweide, mäßig artenreich	4
HJ7, eh5	Weihnachtsbaumkultur mit Grünlandvegetation	3
HM, xd4	Grünanlage strukturarm, geringer Baumbestand	3
BF, ta1-2	Baumreihe aus nicht lebensraumtypischen Baumarten, Baumholz	4

BF, BF3 ta1-2	Baumreihen, Einzelbäume aus lebensraumtypischen Baumarten, Baumholz Hierzu gehören auch die mit A1 bis A8 im BP festgesetzten Kompensationsmaßnahmen aus bestehenden Baugenehmigungen.	7
---------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---

Tabelle 1: Nutzungs- und Biotoptypen

Die Ergebnisse der faunistischen Potenzialkartierung befinden sich in der Anlage 2 (Text und Tabelle) und 2a (Karte). Die Tabelle der potenziell vorkommenden planungsrelevanten Arten im Plangebiet konkretisiert die LANUV-Artenliste des Messtischblattes (Anlage 1). Die Erkenntnisse dieser Potenzialkartierung werden in der Artenschutzvorprüfung (Kapitel 4.2) aufbereitet.

3 Schutzkategorien

3.1 Schutzgebiete

Landschaftsschutzgebiet: Hier sind alle Handlungen verboten, die den Charakter des Landschaftsschutzgebietes verändern können, dessen Schutzzweck zuwiderlaufen oder die zu einer nachhaltigen Schädigung des Naturhaushalts oder zur Verunstaltung des Landschaftsbildes führen können. Verboten ist insbesondere, bauliche Anlagen im Sinne von § 2 Abs. 1 BauO NRW zu errichten.

Widerspricht der Träger der Landschaftsplanung im Flächennutzungsplanänderungsverfahren nicht dieser Bauleitplanung, treten die o.g. widersprechenden Darstellungen und Festsetzungen des Landschaftsplanes mit dem Inkrafttreten des Bebauungsplanes gemäß § 20 (4) LNatSchG außer Kraft.

Biotopkatasterflächen/Biotopverbundflächen: Die an das Plangebiet angrenzenden Biotopkataster- und Biotopverbundflächen weisen als Schutzzweck und Erhaltungsziel naturnahe Laubwaldbestände aus. Da diese Strukturen im Plangebiet nicht vorkommen, werden die bestehenden Schutzzwecke und Erhaltungsziele der Biotopflächen durch die Planung nicht berührt.

3.2 Umwelthaftung

Aufgrund des Umweltschadensgesetzes können den für einen Umweltschaden Verantwortlichen Informations-, Gefahrenabwehr- und Sanierungspflichten treffen. Als Umweltschaden definiert ist u.a. die Schädigung von bestimmten natürlichen Lebensräumen, z.B. von Lebensraumtypen des Anhangs I der FFH-RL. Entsprechende Lebensräume wurden nicht angetroffen.

4 Artenschutz

4.1 Rechtsgrundlage

Der Artenschutz im Rahmen von Planungs- und Zulassungsverfahren richtet sich nach §§ 44 ff Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG).

Insgesamt konzentriert sich das Artenschutzregime bei Planungs- und Zulassungsverfahren auf die europäisch geschützten FFH-Anhang-IV-Arten und die europäischen Vogelarten. Die

nur national besonders geschützten Arten müssen bei normalen Bebauungsplänen im Rahmen der Eingriffsregelung berücksichtigt werden.

Nach § 44 (1) BNatSchG sind für alle o.g. Arten folgende Zugriffsverbote einzuhalten:

1. Tötungsverbot für besonders geschützte Arten:
Hierzu zählt Nachstellen, Fangen, Verletzen und Töten von wild lebenden Tieren sowie, für ihre Entwicklungsformen, Entnehmen aus der Natur, Beschädigen oder Zerstören (Satz 1).
2. Störungsverbot für streng geschützte Arten und europäische Vogelarten:
Während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten ist es verboten Tiere so erheblich zu stören, dass sich der Erhaltungszustand der lokalen Population verschlechtert. Dies entspricht faktisch einem ganzjährigen Störungsverbot (Satz 2).
3. Lebensstättenschutz für besonders geschützte Arten:
Ebenso dürfen ihre Fortpflanzungs- oder Ruhestätten nicht aus der Natur entnommen, beschädigt oder zerstört werden (Satz 3).
4. Wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten:
In der Aufstellung der geschützten Pflanzen im Kreis Siegen-Wittgenstein (UNB) ist keine der in NRW planungsrelevanten Arten aufgeführt.

Das LANUV NRW hat für Nordrhein-Westfalen eine naturschutzfachlich begründete Auswahl der Arten getroffen, die bei der artenschutzrechtlichen Prüfung einzeln zu betrachten sind. Diese Arten werden in NRW „planungsrelevante Arten“ genannt. Berücksichtigt wurde die aktuelle Liste „Erhaltungszustand und Populationsgrößen der planungsrelevanten Arten in NRW“ (LANUV, 14.06.2018).

Die übrigen in NRW vorkommenden europäischen Vogelarten werden hierbei nicht berücksichtigt. Bei diesen kann im Regelfall davon ausgegangen werden, dass wegen ihrer Anpassungsfähigkeit und des landesweit günstigen Erhaltungszustandes bei vorhabenbedingten Beeinträchtigungen nicht gegen die Zugriffsverbote verstoßen wird.

Dem Plangeber dieses Bebauungsplanes obliegt es im Verfahren der Planaufstellung vorausschauend zu ermitteln und zu beurteilen, ob die vorgesehenen Festsetzungen auf unüberwindbare artenschutzrechtliche Hindernisse treffen würden und von Festsetzungen, denen dauerhaft ein rechtliches Hindernis in Gestalt artenschutzrechtlicher Verbote entgegenstände, Abstand zu nehmen.

Die Artenschutzprüfung erfolgt nach der gemeinsamen Handlungsempfehlung von Landesministerien 2010: Artenschutz in der Bauleitplanung und bei der baurechtlichen Zulassung von Vorhaben.

4.2 Vorprüfung

Die Grundlagen für diese Vorprüfung wurden in den Kapiteln 2 und 3 erarbeitet und dargestellt. Aufgrund dieser Informationen wird durch eine überschlägige Prognose geklärt, ob und ggf. bei welchen Arten artenschutzrechtliche Konflikte auftreten können.

Können die in dieser Potenzial-Risiko-Analyse aufgeführten Vermeidungsmaßnahmen nicht eingehalten werden, sind vor Baubeginn vertiefende Bestandserfassungen vor Ort nötig.

4.2.1 Vorprüfung des Artenspektrums

Bei den beiden Staugewässern handelt es sich um (ab-)wassertechnische Einrichtungen, die in regelmäßigen Abständen geräumt werden müssen und zumindest zeitweise trocken fallen. Die zeitweilige Bedeutung für nicht planungsrelevante Arten (z.B. Bergmolch und Grasfrosch) muss i.R.d. Eingriffsregelung beachtet werden. Sonderhabitate für planungsrelevante Amphibien und Reptilien wurden nicht gefunden.

Feucht-nasses Grünland mit Beständen des Großen Wiesenknopfes befinden sich nicht im Plangebiet. Von einem Vorkommen des Wiesenknopf-Ameisenbläulings kann nicht ausgegangen werden. Sonderhabitate für andere planungsrelevante Wirbellose wurden ebenfalls nicht gefunden.

Essenzielle Nahrungs- und Jagdbereiche, Flugrouten und Wanderkorridore wurden nicht festgestellt. Nicht essenzielle Habitastrukturen dieser Typen fallen grundsätzlich nicht unter den Schutz der Fortpflanzungs- und Ruhestätten. Bei Arten, die als Nahrungsgäste (Jagdgebiet) und Durchzügler gelistet sind, wird somit auch kein Zugriffstatbestand ausgelöst.

Da sich das Plangebiet im direkten Umfeld der bestehenden Gebäudekulisse befindet, können Brutplätze störungsempfindlicher Wiesenbrüter und der Feldlerche ausgeschlossen werden.

Die Eichen der im östlichen Gebietsrand stehenden Baumreihe weisen z.T. potenzielle Baumhöhlen bzw. -spalten für Vögel bzw. Fledermäuse auf. Ein artenschutzrechtlicher Zugriffstatbestand kann bei Fällungen oder Beschädigungen der Bäume nicht ausgeschlossen werden. Der Bebauungsplan setzt deshalb diese Baumreihe als zu erhaltendes Element fest. Weitere strukturgebende Habitate im Plangebiet (Mammutbaum-Baumreihe, Grünanlage und standortheimische Einzelbäume) werden im Bebauungsplan ebenfalls als zu erhaltende Elemente festgesetzt.

Somit reduziert sich das potenziell betroffene Artenspektrum im Wesentlichen auf gebäudebewohnende Fledermäuse und Vogelarten:

Vögel: Mehlschwalbe, Turmfalke, Rauchschwalbe, Feldsperling, Gartenrotschwanz, Waldkauz, Star

Fledermäuse: Kleine Bartfledermaus, Fransenfledermaus, Zwergfledermaus, Braunes Langohr

4.2.2 Vorprüfung der Wirkfaktoren

Eine Beeinträchtigung potenzieller betroffener gebäudebewohnender Arten ist auf Bauphasen beschränkt. Betriebsbedingte Wirkfaktoren sind nicht zu befürchten, da diese bislang prägend für das Arteninventar sind und weitgehend beibehalten werden sollen.

Nicht der Bebauungsplan oder einzelne seiner Festsetzungen, sondern erst deren Verwirklichung stellt ggf. den artenschutzrechtlichen Verbotstatbestand dar. Bei Maßnahmen in einem rechtskräftigen Bebauungsplan dürfen deshalb z.B. Abriss-, Neubau- und Erschließungsmaßnahmen nicht gegen die Zugriffsverbote verstoßen. Der Bebauungsplan sollte daher einen entsprechenden Hinweis für den Bauherren und die bauausführenden Unternehmen beinhalten.

Folgende Wirkfaktoren können i.d.S. erst im Rahmen eines Baugenehmigungsverfahrens abschließend geprüft werden:

- Neuerrichtung baulicher Anlagen in der Fortpflanzungszeit durch Störung, jedoch nur, wenn sich Größe und Fortpflanzungserfolg einer planungsrelevanten Art signifikant und nachhaltig verringert.
- Abbruch alter Gebäude
- Änderung der Nutzungsintensität oder von Betriebszeiten
- Verkehrszunahme

4.2.3 Fazit der Vorprüfung

Es ist möglich, dass im Rahmen von Abrissarbeiten bei europäisch geschützten gebäudebewohnenden Arten die genannten Zugriffsverbote ausgelöst werden.

4.3 Einbeziehung von Vermeidungsmaßnahmen und des Risikomanagement

Im Rahmen der Potenzial-Risiko-Analyse wurden zur Verhinderung artenschutzrechtlicher Tatbestände folgende Vermeidungsmaßnahmen erarbeitet:

Festsetzungen zur Erhaltung strukturgebender Habitatelelemente (Eichen-Baumreihe im östlichen Plangebiet, Mammutbaum-Baumreihe entlang der Erschließungsstraße, kleine Grünanlage zwischen Reithalle und Stall, lebensraumtypische Einzelbäume). Diese Bereiche sind im BP mit der Kennung V1 bis V4 festgesetzt.

Zu berücksichtigen ist, dass diese aus artenschutzrechtlicher Sicht erforderlichen Maßnahmen in den Unterlagen gesondert zu kennzeichnen sind, da diese nicht der planerischen Abwägung des § 1 (7) BauGB zugänglich sind.

Weiterhin werden folgende Hinweise zur Verbesserung der Lebenssituation planungsrelevanter Arten gegeben, die in den Bebauungsplan aufgenommen werden sollten:

- Naturnahe Gestaltung von Außenanlagen mit standortheimischen Pflanzen, Hecken und Bäumen sowie Amphibiengewässern.
- Schaffung von künstlichen Nisthilfen für Vögel (z.B. Haussperling, Rauchschwalbe, Star, Feldsperling, Bachstelze und Hausrotschwanz) und Fledermäuse (z.B. für Zwergfledermaus, Braunes Langohr, Kleine Bartfledermaus und Fransenfledermaus) an bzw. in den alten bzw. neuen Gebäuden.

4.4 Fazit

Die vorgesehenen Festsetzungen des Bebauungsplanes treffen nicht auf unüberwindbare artenschutzrechtliche Hindernisse und stehen nicht dauerhaft einem rechtlichen Hindernis in Gestalt artenschutzrechtlicher Verbote entgegen.

Die abschließende Prüfung artenschutzrechtlicher Tatbestände kann somit auf der Ebene der Bau- bzw. Abrissgenehmigung von Gebäuden erfolgen.

In der abschließenden Prognose der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände wurden die beschriebenen Vermeidungsmaßnahmen mit einbezogen.

Nur unter Einbeziehung der o.g. Vermeidungsmaßnahmen werden keine Verbote durch die Baumaßnahmen ausgelöst. Das Vorhaben ist zulässig, sofern die Maßnahmen wirksam sind.

5 Eingriffsregelung

5.1 Rechtliche Würdigung und Prüfung der Eingriffsrelevanz

Mit dem § 8 BNatSchG (alt) führte die Bundesregierung 1976 die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung und damit das Verursacherprinzip für den Naturschutz ein. Hierdurch wird der Verursacher eines Eingriffs verpflichtet vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen sowie unvermeidbare Beeinträchtigungen durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auszugleichen. Kerngedanke dieser Ordnung ist, einer weiteren Verschlechterung des Zustandes von Natur und Landschaft entgegenzuwirken und unvermeidbare Beeinträchtigungen durch entsprechende Maßnahmen zu kompensieren. Eingriffe in Natur und Landschaft im Sinne des aktuellen BNatSchG (§ 14 Abs. 1) sind Veränderungen der Gestalt oder Nutzung von Grundflächen oder Veränderungen des mit der belebten Bodenschicht in Verbindung stehenden Grundwasserspiegels, die die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen können.

Nach § 18 BNatSchG ist bei Eingriffen in Natur und Landschaft auf Grund einer Bauleitplanung über Vermeidung, Ausgleich und den Ersatz (Verursacherpflichten nach § 15 BNatSchG) nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zu entscheiden (§ 1a Nr. 3 i.V.m. § 135a BauGB).

Nach § 1a (3) Satz 6 BauGB ist ein Ausgleich nicht erforderlich, soweit die Eingriffe bereits vor dieser planerischen Entscheidung erfolgten oder zulässig waren.

Auf Grund dieser Regelungen erfolgt im nachfolgenden Kapitel zunächst die Definition der Eingriffsräume.

5.2 Eingriffsräume und Bestandsbewertung

Auf einer Gesamtfläche des Plangebietes von 56.966 m² sollen Weideflächen auf 20.450 m² unverändert genutzt werden.

Als Eingriffsraum werden die im Bebauungsplan mit Baugrenze und Perlschnur abgegrenzten überbaubaren Teilsondergebietsflächen definiert. Auf dem Luftbild in Anlage 3 ist die derzeitige Nutzung in diesen Bereichen zu erkennen.

Folgende naturfernen Nutzungstypen des Ist-Zustandes aus der Tabelle 1 stellen einen Eingriff, der bereits vor dieser planerischen Entscheidung erfolgte oder zulässig war, dar. Die Größe dieser vorhandenen Überbauung beträgt etwa 15.370 m².

Code	Nutzungstyp	Biotopwert
VF0-1	Versiegelte Flächen (Gebäude, Straßen etc.). Regenwasser wird über das bestehende Entwässerungssystem oder über eine entsprechende Rückhaltung der Versickerung zugeführt. Teilweise Verwendung zur Bewässerung der Reitanlagen und damit ortsnahe Rückführung zum Grundwasser.	0,75
VF1	Teilversiegelte Flächen (Schotterwege und -flächen, wassergebundene Decken, offener Reitplatz etc.)	1

VF1	Pferde-Paddocks, stark verdichtetes Grünland mit Materialeintrag (Holzhäcksels etc.); Dunglager	1
FH, wf4	Staugewässer: Regenauffangbecken im Osten und Rückhaltebecken für Oberflächenwasser im Westen, naturfern	2
HJ, ka4 + mc1	Zier- und Nutzgärten, Rasenflächen	2

Tabelle 2: Bestehende Eingriffsflächen

Durch entsprechende Festsetzungen des Bebauungsplanes sind keine Eingriffe in die folgenden bedingt naturfernen Biotoptypen aus der Tabelle 1 erlaubt:

Code	Nutzungstyp	Biotopwert
HM, xd4	Grünanlage strukturarm, geringer Baumbestand	3
BF, ta1-2	Baumreihe aus nicht lebensraumtypischen Baumarten, Baumholz	4
BF, BF3 ta1-2	Baumreihe, Einzelbäume aus lebensraumtypischen Baumarten, Baumholz; Hierzu gehören auch die mit A1 bis A8 im BP festgesetzten Kompensationsmaßnahmen aus bestehenden Baugenehmigungen.	7

Tabelle 3: Biotoptypen, die nach entsprechender Festsetzung nicht verändert werden dürfen

Innerhalb der Baugrenzen sind Eingriffe in folgende Biotoptypen möglich:

Code	Nutzungstyp	Biotopwert
VF1	Teilversiegelte Flächen (Schotterwege und -flächen, wassergebundene Decken, offener Reitplatz etc.)	1
VB7, stb3	Stark frequentierter Pferdeauslauf auf Rohboden, nährstoffreich	3
EA3	Neueinsaat Feldgras	2
EA, xd3	Intensivmähweide, artenarm	3
EA, xd5	Intensivmähweide, mäßig artenreich	4
HJ7, eh5	Weihnachtsbaumkultur mit Grünlandvegetation	3

Tabelle 4: Biotoptypen, auf denen Eingriffe stattfinden können

Da innerhalb der überbaubaren Flächen noch nicht abschließend feststeht, wo durch ein späteres Baugenehmigungsverfahren die erlaubte Grundfläche verortet wird, erfolgt nachfolgende näherungsweise Herleitung:

Die Verteilung der vier vorzufindenden Grünlandnutzungstypen im Plangebiet wechselt häufig in Lage und Größe. Der bei der Kartierung 2019 vorgefundene Ist-Zustand ist somit nur eine Momentaufnahme der intensiven Nutzung durch Pferdehaltung. Dies kann auch durch Auswertung von Luftbildern verschiedener Befliegungsdaten bestätigt werden. Zur Bewertung

eines zukünftigen Eingriffs kann somit ein gutachterlich ermittelter Durchschnittswert aller Grünland-Biotoptypen des Ist-Zustandes herangezogen werden. Dieser wird mit 3 Punkten / m² beziffert. Dieser Wert gilt auch für den Biototyp „Weihnachtsbaumkultur“ der Tabelle 4. Der Flächenanteil dieser Biotope wird mit 95% angesetzt.

Schotterflächen und -wege werden mit einem Flächenanteil von 5% angesetzt. Der Bestand der versiegelten und teilversiegelten Flächen kann der Anlagenkarte 4 entnommen werden.

Daraus ergibt sich ein geschätzter **Mittelwert der potenziellen Eingangsbiotope von 2,75 Punkten/m²**.

5.3 Herleitung der Eingriffe

Der Bebauungsplan setzt acht Teilsondergebiete (SO1 - SO8) mit überbaubaren Flächen und einer maximal zu bebauenden Grundfläche fest. In der Begründung zum Bebauungsplan wird hierfür eine Flächenbilanz mit folgendem Ergebnis erstellt:

Summe der maximal überbaubaren Grundfläche	20.600 m ²
Bereits bebauter Flächenanteil	15.370 m ²
Fläche, auf der noch Eingriffe möglich sind	5.230 m²

Tabelle 5: Herleitung der noch überbaubaren Flächen

Der Bebauungsplan setzt folgende Regelung zur Niederschlagswasserbeseitigung fest: Regenwasser wird über das bestehende Entwässerungssystem oder über eine entsprechende Rückhaltung der Versickerung zugeführt. Die teilweise Verwendung des gesammelten Niederschlagswasser zur Bewässerung der Reitanlagen und damit ortsnahe Rückführung zum Grundwasser wird, ähnlich wie im Bestand, auch für die Planung angestrebt.

Somit können als Ziel-Nutzungstypen maximal versiegelte oder teilversiegelte Flächen des Typs VF0-1 mit einem Biotopwert von **0,75 Punkt / m²** erstellt werden.

Mittelfristig sind sechs Baumaßnahmen geplant und im Bebauungsplan in einer geschätzten Größe⁹ nachrichtlich dargestellt (von Nordost im Uhrzeigersinn):

• Remise:	240 m ²
• Stall/Lager:	278 m ²
• Wohnhaus:	140 m ²
• Lager:	70 m ²
• Reitplatz/Reithalle/Ferienwohnung:	1.770 m ²
• Hofcafe/Ausschank:	<u>50 m²</u>
Gesamt	2.548 m ²

Darüber hinaus hält der Bebauungsplan, nach der obigen Berechnung, für zulässige Nebenanlagen und eine langfristige Flächenreserve 2.682 m² vor.

⁹ Reine Gebäudeflächen ohne zulässige Nebenanlagen.

5.4 Auswirkungen des Eingriffs auf die Schutzgüter und Vermeidungsmaßnahmen

5.4.1 Teilmedium Naturhaushalt

Schutzgut Biotop- und Artenschutz

Durch Festsetzungen im Bebauungsplan werden hochwertige Biotope und Habitate planungsrelevanter Tierarten geschützt. Die Eingriffe werden durch entsprechende Steuerung auf naturferne¹⁰ Biotoptypen gelenkt. Auch eine besondere Betroffenheit von nicht planungsrelevanten Tierarten wird hierdurch vermieden. Der vorgesehene Eingriff kann kompensiert werden.

Schutzgut Klima/Luft

Da nur mäßige zusätzliche Flächenversiegelungen vorgesehen sind, kann davon ausgegangen werden, dass weder das Klein- und damit das Bioklima gestört noch Frischluftströme vom Umland in bebaute Flächen unterbrochen werden. Emissionen treten, wie auch bisher, durch die landwirtschaftliche Nutzung als Reiterhof auf (v.a. Lärm und Gerüche).

Schutzgut Boden/Wasser

Im Nordosten des Bebauungsplanes befinden sich schützenswerte Böden (vergl. Kapitel 2.1). Es sind keine grundwasserabhängigen Ökosysteme betroffen. Im Plangebiet befinden sich keine natürlichen Oberflächengewässer oder Schutzgebiete nach Wasserrecht.

5.4.2 Teilmedium Landschaftsbild und Erholung

In Bezug auf Landschaft und ihre Wahrnehmung gibt es einen Zusammenhang von objektiver Wirklichkeit (Struktur) und subjektiver Bedürftigkeit (Befindlichkeit, Bedürfnisse, Wünsche) des Betrachters. So reagieren die Menschen im Landschaftserlebnis nicht einfach auf die objektiven Gegebenheiten (Berg, Tal, Wald, Haus, Hecke etc.), vielmehr setzen sie diese zu einer ganzheitlichen Gestalt, dem Landschaftsbild, zusammen¹¹.

Dieses Teilmedium muss unter besonderer Berücksichtigung seiner Lage im Landschaftsschutzgebiet Siegen und in einer Landschaftsbildeinheit mit herausragender Bedeutung für das Landschaftsbild (siehe Kapitel 2.1) betrachtet werden.

Als vorbelastende Landschaftsbildstörungen befinden sich eine Hochspannungsleitung und eine Windenergieanlage im Umfeld des Plangebietes.

Folgende Planungsansätze tragen zu einer Verminderung bzw. Vermeidung der Eingriffe in dieses Schutzgut bei:

- Der Bereich des Sondergebietes und der darin enthaltenen überbaubaren Flächen wurde flächenschonend zentral um die vorhandenen baulichen Strukturen des Reiterhofs Daub konzentriert.
- Eine ländlich-regionaltypische Einpassung neuer Gebäude in das Landschaftsbild soll Ziel des Bebauungsplanes sein.

¹⁰ LANUV NRW: Gruppierungsprinzip der Biotoptypenbewertung

¹¹ AG Dr. K. Adam, Dr. W. Nohl, Dipl.-Ing. W. Valentin (1986): Bewertungsgrundlagen für Kompensationsmaßnahmen bei Eingriffen in die Landschaft. MURL, Düsseldorf Hrsg.

- Der letztgenannte Grundsatz lag auch den Ausgleichsmaßnahmen aus vorliegenden Baugenehmigungen zu Grunde. Die hierfür geplanten Flächen werden im Bebauungsplan durch entsprechende Festsetzungen gesichert.
- Der bestehende Charakter einer lockeren Hofstelle mit großzügigen Grünflächen in der Umgebung soll erhalten werden und gestalterisch Bezug auf den Bestand genommen werden. Zudem wird besonders Augenmerk auf die gewünschte Fernwirkung aus Richtung Breitenbach (Ortskern) gelegt.
- Insbesondere regelt der Bebauungsplan umfangreich erlaubte bzw. verbotene Dachformen, Dachneigungen, Dacheindeckungen, Materialien und Farben.

Der textliche Hinweis 8 „Pflanzgebot“ ist ebenfalls dazu angetan, Eingriffe in das Landschaftsbild zu vermindern. Der Bebauungsplan begründet jedoch keine Verpflichtung zur Umsetzung.

Auch eine Fassaden- und Dachbegrünung trägt zu einer harmonischen Einbindung der Baukörper in die offene Landschaft bei. Der Bebauungsplan begründet jedoch auch hierzu keine Verpflichtung zur Umsetzung.

5.5 Bilanzierung des Resteingriffs

Die Beschreibung der betroffenen Biotoptypen erfolgte in Kapitel 5.2 (Istzustand) und 5.3 (Planungszustand). Die Bewertung der Biotoptypen erfolgt nach dem Biotopwertverfahren LANUV (2008): Numerische Bewertung von Biotoptypen für die Eingriffsregelung in NRW.

Der Bebauungsplan eröffnet eine zusätzliche überbaubare Fläche von 5.230 m². Auf dieser Fläche ist ein maximaler Biotopwertverlust von **2 Punkten/m²** möglich = 10.460 Punkte.

Die Hinweise zu einem Pflanzgebot sind nicht verbindlich festgesetzt und können in der Bilanzierung somit nicht berücksichtigt werden.

Die SO Teilfläche 4 befindet sich in einem schützenswerten Bodenbereich (s. Kapitel 2.1). Nach der Bewertungseinteilung der 2. Auflage der Bodenkarte 2004 ist der Bodentyp in der dreistufigen Einteilungsskala in Stufe 1 (schutzwürdig) eingestuft. Hierfür wird ein Korrekturfaktor von 0,1 zum Ausgangsbiotoptyp (Grünland 3 Pkt./m²) angesetzt = 0,3 Punkte. In SO 4 ist eine Grundfläche von 400 m² festgesetzt = 120 Punkte.

Der maximale zusätzliche Gesamtbiotopwertverlust beträgt somit **10.580 Punkte**.

5.6 Kompensation

Zur Kompensation des Eingriffes wird das Ökokonto der Familie Daub bei der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein belastet. Die dort gutgeschriebenen Maßnahmen stehen im räumlichen und sachlichen Zusammenhang mit dem Plangebiet. Die Untere Naturschutzbehörde überwacht die entsprechenden Buchungen auf dem betroffenen Ökokonto. Ein Verfahren zur Erhebung von Kostenerstattungsbeiträgen für naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen nach §§ 135a-135c ist nicht nötig.

Planungsrelevante Arten für Quadrant 2 im Messtischblatt 5114 Siegen

Art		Status	Erhaltungszustand
Wissenschaftlicher Name	Deutscher Name		in NRW (KON)
Säugetiere			
Myotis brandtii	Große Bartfledermaus	Nachweis ab 2000 vorhanden	U
Myotis daubentonii	Wasserfledermaus	Nachweis ab 2000 vorhanden	G
Myotis mystacinus	Kleine Bartfledermaus	Nachweis ab 2000 vorhanden	G
Nyctalus leisleri	Kleinabendsegler	Nachweis ab 2000 vorhanden	U
Nyctalus noctula	Abendsegler	Nachweis ab 2000 vorhanden	G
Pipistrellus nathusii	Rauhautfledermaus	Nachweis ab 2000 vorhanden	G
Pipistrellus pipistrellus	Zwergfledermaus	Nachweis ab 2000 vorhanden	G
Vögel			
Accipiter gentilis	Habicht	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorh.	G
Accipiter nisus	Sperber	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorh.	G
Aegolius funereus	Raufußkauz	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorh.	U
Alauda arvensis	Feldlerche	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorh.	U-
Alcedo atthis	Eisvogel	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorh.	G
Anthus pratensis	Wiesenpieper	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorh.	S
Anthus trivialis	Baumpieper	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorh.	U
Asio otus	Waldohreule	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorh.	U
Buteo buteo	Mäusebussard	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorh.	G
Carduelis cannabina	Bluthänfling	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorh.	unbek.
Cuculus canorus	Kuckuck	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorh.	U-
Delichon urbica	Mehlschwalbe	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorh.	U
Dendrocopos medius	Mittelspecht	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorh.	G
Dryobates minor	Kleinspecht	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorh.	G
Dryocopus martius	Schwarzspecht	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorh.	G
Falco tinnunculus	Turmfalke	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorh.	G
Hirundo rustica	Rauchschwalbe	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorh.	U-
Lanius collurio	Neuntöter	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorh.	G-
Locustella naevia	Feldschwirl	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorh.	U
Milvus milvus	Rotmilan	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorh.	U
Passer montanus	Feldsperling	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorh.	U
Pernis apivorus	Wespenbussard	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorh.	U
Phoenicurus phoenicurus	Gartenrotschwanz	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorh.	U
Phylloscopus sibilatrix	Waldlaubsänger	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorh.	G
Picus canus	Grauspecht	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorh.	U-
Saxicola rubetra	Braunkehlchen	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorh.	S
Scolopax rusticola	Waldschnepfe	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorh.	G
Serinus serinus	Girlitz	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorh.	unbek.
Strix aluco	Waldkauz	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorh.	G
Sturnus vulgaris	Star	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorh.	unbek.
Schmetterlinge			
Phengaris nausithous	Dunkler Wiesenknopf-Ameisenbläuling	Nachweis ab 2000 vorhanden	S

Portig-Frede GbR
 Dipl. Biol. Sabine Portig & Dipl. Geogr. Michael Frede GbR
 Hinter der Kehr 12
 57339 Erndtebrück
 Tel. : 02753-1747
 e-mail: portig_frede@web.de, s.portig@web.de

28.04.2019

Potentialkartierung im Bebauungsplangebiet Nr. 431 „Reitstall Daub“, Stadt-Breitenbach, Netphenerstr.
 Begehung am: 27.4.2019

Beschreibung des Untersuchungsbereiches (s. Karte 1):

Die Reitstallanlage liegt östlich von Siegen-Breitenbach und ist umgeben von Grünland. Im Süden grenzt ein Fichtenhochwald an. Das Grünland westlich, östlich und südöstlich der Stallgebäude sind intensiv genutzte Fettweiden und tlw. in schmale Pferdekoppeln unterteilt. Zum Teil wurden Flächen neu eingesät. Nördlich und südöstlich grenzen größere Weide- und Wiesenflächen an. Östlich der Stallanlage befindet sich eine Allee aus alten Stieleichen. Am Westrand des großen Sandplatzes befindet sich ein Überlaufbecken für Regenwasser, welches vermutlich zeitweise trockenfällt. Dieses hat vermutlich bei ausreichend lange vorhandenem, genügend hohem Wasserstand zeitweilig Bedeutung als Fortpflanzungshabitat für Molche (v.a. Bergmolch) oder Grasfrösche.

Während der Begehung wurden keine Nester oder Horste von Vögeln entdeckt. Die Eichen weisen z.T. potenzielle Baumhöhlen bzw. -spalten für Vögel bzw. Fledermäuse auf.

Festgestellte Tierarten während der Begehung:

Es konnten während der Begehung (s. Karte 1) einige Vogelarten des Grünlandes, des Waldes bzw. -randes und von Gebäuden festgestellt werden (aufgrund der einmaligen Begehung und des Begehungszeitpunktes nicht vollständig!): Rauchschwalbe (RL NRW 2016: 3), Hausrotschwanz, Haussperling (RL NRW 2016: V), Ringeltaube, Zaunkönig, Amsel, Singdrossel, Mönchsgrasmücke, Kohlmeise, Bachstelze (RL NRW 2016: V), Goldammer, Stieglitz, Grünfink, Bluthänfling (RL NRW 2016: 3).

Das Gelände hat Potenzial als Brut-, Nahrungs- bzw. Jagdgebiet und als Rastgebiet für die in der Tabelle 1 genannten Vogelarten und Fledermäuse.

Empfehlungen:

- Der alte Baumbestand (Eichenallee) sollte erhalten werden.
- Naturnahe Gestaltung der Außenanlage mit heimischen Pflanzen nach Fertigstellung der Gebäude.
- Ausgleichspflanzung z.B. naturnahe heimische Hecken
- Entwicklung bzw. Erhalt von extensivem Grünland.
- Schaffung von künstlichen Nisthilfen für Vögel (z.B. für Haussperling, Rauchschwalbe, Star, Feldsperling, Bachstelze und Hausrotschwanz) und Fledermäuse (z.B. für Zwergfledermaus, Braunes Langohr, Kleine Bartfledermaus und Fransenfledermaus) an bzw. in den alten bzw. neuen Gebäuden.
- Schaffung eines Amphibiengewässers als Ergänzung/ Ausweichlebensraum für/ anstelle das/ des Überlaufbecken/s

Legende zur Karte 1:

Kürzel für Vogelarten: Rauchschwalbe (Rs), Hausrotschwanz (Hr), Haussperling (H), Ringeltaube (Rt), Zaunkönig (Z), Amsel (A), Singdrossel (Sd), Mönchsgrasmücke (Mg), Kohlmeise (Km), Bachstelze (Ba), Goldammer (Ga), Stieglitz (Sti), Grünfink (Gf), Bluthänfling (Hä)

Potentialkartierung:
Tabelle 1: Planungsrelevante Arten NRW

Datum	27.4.2019	Zeichenerklärung:
Gemeinde/Stadt	Siegen	X = Vorkommen sehr wahrscheinlich
Gemarkung/Gebiet	Breitenbach, Netphener Str.	(x) = Vorkommen möglich
Geplante Maßnahme	Bebauung, Reitstall Daub	? = Vorkommen fraglich aber möglich
Kartierer/in	S. Portig, M. Frede	N = Nahrungsgast, r=randlich, J=Jagdgebiet, D=Durchzügler

Säugetiere		
Bechsteinfledermaus Myotis bechsteinii		?N
Braunes Langohr Plecotus auritus		X
Breitflügelfledermaus Eptesicus serotinus		?N
Fransenfledermaus Myotis nattereri		X
Graues Langohr Plecotus austriacus		
Große Bartfledermaus Myotis brandtii		(X)N
Großer Abendsegler Nyctalus noctula		(X)D
Großes Mausohr Myotis myotis		(X)N
Haselmaus Muscardinus avellanarius		?
Kleine Bartfledermaus Myotis mystacinus		XI
Kleiner Abendsegler Nyctalus leisleri		(X)J
Mopsfledermaus Barbastella barbastellus		?
Mückenfledermaus Pipistrellus pygmaeus		
Nordfledermaus Eptesicus nilssonii		?N
Rauhauflfledermaus Pipistrellus nathusii		(X)D
Teichfledermaus Myotis dasycneme		
Wasserfledermaus Myotis daubentonii		(X)J
Wildkatze Felis silvestris		
Wimperfledermaus Myotis emarginatus		
Zweifelfledermaus Vespertilio murinus		?D,N
Zwergfledermaus Pipistrellus pipistrellus		XI
Vögel		
Baumfalk Falco subbuteo		(X)ND
Baumpieper Anthus trivialis		(X)ND
Bekassine Gallinago gallinago		
Braunkehlichen Saxicola rubetra		(X)ND
Eisvogel Alcedo atthis		
Feldlerche Alauda arvensis		XND
Feldschwirl Locustella naevia		
Feldsperling Passer montanus		X
Fischadler Pandion haliaetus		
Flussregenpiefler Charadrius dubius		
Flussuferläufer Actitis hypoleucos		
Gänsesäger Mergus merganser		
Gartenrotschwanz Phoenicurus phoenicurus		?N

Goldregenpiefler Pluvialis apricaria		
Graureiher Ardea cinerea		
Grauspecht Picus canus		?N
Habicht Accipiter gentilis		(X)N
Haselhuhn Tetraestes bonasia		
Heidelerche Lullula arborea		(X)ND
Kiebitz Vanellus vanellus		(X)ND
Kleinspecht Dryobates minor		?N
Knäkente Anas querquedula Rastbestand		
Kormoran Phalacrocorax carbo Rastbestand		
Kranich Grus grus Rastbestand		
Krickente Anas crecca Rastbestand		
Kuckuck Cuculus canorus		?ND
Löffelente Anas dypeata Rastbestand		
Mäusebussard Buteo buteo		XN
Mehlschwalbe Delichon urbicum		XN
Merlin Falco columbarius		
Mittelspecht Dendrocopos medius		
Nachtigall Luscinia megarhynchos		
Neuntötter Lanius collurio		(X)ND
Orpheusspötter Hippobais polyglotta		
Pfeifente Anas penelope		
Pirrol Oriolus oriolus		
Raubwürger Lanius excubitor		?ND
Rauchschwalbe Hirundo rustica		XN
Raufußkauz Aegolius funereus		
Raufußbussard Buteo lagopus		
Rebhuhn Perdix perdix		
Ringdrossel Turdus torquatus		(X)ND
Rohrweihe Circus aeruginosus		(X)ND
Rotmilan Milvus milvus		XN
Saatkrahe Corvus frugilegus		(X)ND
Schleihereule Tyto alba		
Schnatterente Anas strepera		
Schnatterente Rastbestand		
Schwarzkehlchen Saxicola rubicola		(X)ND

Schwarzmilan Milvus nigrans		(X)ND
Schwarzspecht Dryocopus martius		(X)N
Schwarzstorch Ciconia nigra		?N
Silberreiher Casmerodius albus		(X)N
Sperber Accipiter nisus		XN
Sperlingskauz Glaucidium passerinum		?N
Tafelente Arthya ferina		
Tafelente Rastbestand		
Teichrohrsänger Acrocephalus scirpaceus		
Turmfalke Falco tinnunculus		XN
Turteltaube Streptopelia turtur		
Uferschwalbe Riparia riparia		
Uhu Bubo bubo		?N
Wachtel Coturnix coturnix		?ND
Wachtelkönig Crex crex		?ND
Waldkauz Strix aluco		(X)N
Waldlaubsänger Phylloscopus sibilatrix		
Waldohreule Asio otus		(X)N
Waldschnepfe Scolopax rusticola		
Waldwasserläufer Tringa ochropus		
Wanderräuber Falco peregrinus		?N
Wasserralle Rallus aquaticus		
Wendehals Jynx torquilla		?ND
Wespenbussard Pernis apivorus		(X)ND
Wiesenpieper Anthus pratensis		XND
Ziegenmelker Caprimulgus europaeus		
Zippammer Emberiza cia		
Zwergschnepfe Lymnocyrtus minimus		
Zwergtaucher Tachybaptus ruficollis		
Zwergtaucher Rastbestand		
Amphibien und Reptilien		
Geburtsheilerkröte Alytes obstetricans		?
Gelbbauchunke Bombina variegata		
Kammolch Triturus cristatus		
Kleiner Wasserfrosch Rana lessonae		
Kreuzkröte Bufo calamita		

Schlingnatter Coronella austriaca		
Zauneidechse Lacerta agilis		
Wirbellose		
Gemeine Flussmuschel Unio crassus		
Zierliche Tellerschnecke Anisus vorticulus		
Asiatische Keiljungfer Gomphus flavipes		
Große Moosjungfer Leucorrhinia pectoralis		
Eremit Osmoderma eremita		
Heidbock Cerambyx cerdo		
Blauschillernder Feuerfalter Lycaena helle		
Dunkler Wiesenknopf-Ameisenbläuling		?N
Maculinea nausithous		
Heller Wiesenknopf-Ameisenbläuling		
Maculinea teleus		
Nachtkerzen-Schwärmer Proserpinus proserpina		
Schwarzfleckiger Feuerfalter Maculinea arion		
Pflanzen		
Einfache Mondraute Botrychium simplex		
Frauenschuh Cyripedium calceolus		
Kriechender Sellerie Apium repens		
Prächtiger Dünnfarn Trichomanes speciosum		
Schwimmendes Froschkraut Luronium natans		
Sumpf-Glanzkraut Liparis loeselii		

431 "Reitstall Daub"



Anlage 3: Eingriffsräume

s. Kapitel 5.2 + 5.3 des LBP

1-8 SO Nummern

Bebauungsplan Nr. 431 "Reitstall Daub"

Versiegelte und teilversiegelte Flächen vorhanden und in Planung



Zusammenfassende Erklärung
zum
Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“
der Stadt Siegen
im Stadtteil Breitenbach



Universitätsstadt Siegen
AG Stadtplanung

Stand: 08.02.2022



Gemäß § 10a Abs. 1 BauGB ist dem in Kraft getretenen Bebauungsplan eine zusammenfassende Erklärung beizufügen über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem Bebauungsplan berücksichtigt wurden, und über die Gründe, aus denen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurden.



Städtebau +
Stadtplanung

Marburger Tor 4 - 6

57072 Siegen

Tel. 0271 - 67349477

E-Mail: loth@loth-stadtentwicklung.de

www.loth-stadtentwicklung.de

1. Inhalt des Bebauungsplans

Der im Stadtteil Breitenbach liegende landwirtschaftliche Betrieb „Reitstall Daub“, hat sich seit 1958 zu einem auf naturnahe Pferdehaltung und Pferdebetreuung spezialisiert. Der Hof wird als Pferdepension hauptberuflich in der 3. Generation geführt. Der Betrieb „Reitstall Daub“ ist über die Jahre kontinuierlich gewachsen und der Betrieb soll an die nächste Generation übergeben werden, um den Fortbestand des Betriebs für die Zukunft zu sichern und die wirtschaftliche Existenz im Zuge des Generationswechsels zu gewährleisten. Planungsrechtlich bestehen jedoch für den im Außenbereich liegenden Hof Beschränkungen, vor allem zur Schaffung von erforderlichem Wohnraum. Daher hat der Hofbetreiber die Aufstellung eines Bebauungsplans initiiert, um die Hofstelle planungsrechtlich zu sichern und zukünftige Anlagenerweiterungen des Hofes zu ermöglichen. Durch den Bebauungsplan werden zukünftige Vorhaben zur Anlagenerweiterung sowie die Errichtung notwendigen betriebsgebundenen Wohnraums nach den Festsetzungen des Bebauungsplanes geregelt.

Der Bebauungsplan kann aufgrund abweichender Festsetzungen nicht gemäß § 8 (2) BauGB aus dem Flächennutzungsplan der Stadt Siegen (FNP) entwickelt werden, sodass eine Flächennutzungsplanänderung erforderlich ist. Der FNP wird daher im Parallelverfahren gemäß § 8 (3) BauGB als 101. Änderung entsprechend den Vorgaben der Regional- und Landesplanung angepasst.

Die Betriebsflächen des „Reitstall Daub“ werden als Sonstiges Sondergebiet „Reiterhof mit ergänzenden Nutzungen“ festgesetzt und dient hauptsächlich der Unterbringung von Nutzungen, die dem Zweck des Reiterhofes mit Pferdehaltung entsprechen. Die Hauptnutzung wird mit untergeordneten gastronomischen (Hofcafé) und fremdenverkehrlichen Angeboten (maximal 6 Ferienwohnungen) ergänzt. Fernerhin werden weitere Bereiche des Plangebietes als „Flächen für die Landwirtschaft“, insbesondere die angrenzenden Weide- und Auslaufflächen, „Private Grünflächen“ und „öffentliche Verkehrsflächen“ festgesetzt. Daneben werden die überbaubaren Grundstücksflächen mittels Baugrenzen sowie konkreten Grundflächen, die maximale Höhe baulicher Anlagen zur Wahrung des Landschaftsbildes sowie die Bauweise (offene und abweichende) festgesetzt.

2. Berücksichtigung der Umweltbelange

Zur Ermittlung und Bewertung der Umweltbelange wurde eine Umweltprüfung, die in einem Umweltbericht mündet sowie eine landespflegerische Begleitplanung (LBP) und Artenschutzvorprüfung (ASP I) durch das Büro Uwe Meyer, Erndtebrück durchgeführt. Die Ergebnisse liegen der Planung in der Begründung als gesonderter Teil bei.

Im Rahmen einer Umweltprüfung wird ermittelt, ob durch die Bebauungsplanung erhebliche Auswirkungen auf die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, vorbereitet werden. Es wurden folgende Auswirkungen geprüft:

- Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima und das Wirkungsgefüge zwischen ihnen, Landschaft, biologische Vielfalt;

Erhaltungsziele und Schutzzwecke von Gebieten mit gemeinschaftlicher Bedeutung

- Umweltbezogene Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit, auf die Bevölkerung, Kulturgüter sowie sonstige Sachgüter
- Vermeidung von Emissionen, sachgerechter Umgang mit Abfällen und Abwässern
- Nutzung erneuerbarer Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie
- Darstellungen von Fachplänen
- Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Belangen des Umweltschutzes
- Sparsamer und schonender Umgang mit Grund und Boden sowie Flächenverbrauch, Wiedernutzbarmachung, Nachverdichtung und Innenentwicklung von Flächen
- Beurteilung von Vermeidung, Verminderung und Ausgleich von Eingriffen in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild (Eingriffsregelung)

Dazu wurde unter anderem im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung mit den Fachbehörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange der Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung abgestimmt.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten sind. Es werden zur Minimierung des Eingriffs acht Erhaltungsmaßnahmen festgesetzt, die zudem als Kompensationsmaßnahme dazu beitragen, bestehende Grünstrukturen planungsrechtlich zu sichern. Bei der Umsetzung des Bebauungsplans können im Endausbau maximal 5.230 m² zusätzlich überbaut werden. Es wurde ein gering bis mäßig verdichtetes Baukonzept gewählt. Vorhandene Gehölze werden weitgehend erhalten und durch Festsetzungen geschützt.

Zudem den durch Festsetzung gesicherten Maßnahmen können anderweitig keine weiteren Kompensationsmaßnahmen erbracht werden, da die im Plangebiet liegenden und an den Hof angrenzenden Grün- und Freiflächen für den Auslauf bzw. Futteranbau erforderlich sind. Daher kann der durch die Planung ermöglichte Eingriff nur durch externe Maßnahmen, wie durch noch durchzuführende oder bereits durchgeführte Maßnahmen erfolgen, die als sogenannte Ökopunkte bei der Unteren Naturschutzbehörde verbucht werden. Aufgrund dieser Sachlage wird zur Kompensation des Eingriffes auf die durch bereits erfolgte Maßnahmen des Vorhabenträgers erzielten Ökopunkte zurückgegriffen.

Dem Bebauungsplan stehen keine artenschutzrechtlichen Hindernisse entgegen. Im Rahmen der Potenzial-Risiko-Analyse wurden zur Verhinderung artenschutzrechtlicher Tatbestände Vermeidungsmaßnahmen auf der Ebene des Bebauungsplanes erarbeitet. Insgesamt vier Vermeidungsmaßnahmen zielen in erster Linie auf den Erhalt von vorhandenen Grünstrukturen und Baumbeständen ab. Nicht der Bebauungsplan oder einzelne seiner Festsetzungen, sondern erst deren Verwirklichung stellt in diesem Fall einen möglichen konkreten artenschutzrechtlichen Tatbestand dar. Daher können bestimmte Wirkfaktoren erst im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens abschließend geprüft werden, speziell bei Abriss- und Umbaumaßnahmen.

3. Berücksichtigung der Ergebnisse aus der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Bei jeder Bauleitplanung ist die Beteiligung der Öffentlichkeit und von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange ein zentraler Baustein des Verfahrens. Die Anregungen aus den Beteiligungen fließen in die Planung ein bzw. werden in der Abwägung bearbeitet. In der Abwägung werden die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander abgewogen und damit die finale Entscheidung für die Plankonzeption getroffen.

Hierzu werden alle eingegangenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung (gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB) sowie der öffentlichen Auslegung des Planentwurfs (gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB) erfasst und in einer Abwägungsliste zusammengestellt. Die Inhalte werden in dieser Zusammenstellung sachgemäß wiedergegeben, Abwägungsvorschläge formuliert bzw. der Umgang mit den Anregungen und Hinweisen dargelegt. Auf dieser Grundlage erfolgt vom Rat der Stadt Siegen schlussendlich die Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB zum Satzungsbeschluss. Insgesamt sind aus den Beteiligungen 32 Stellungnahmen hervorgegangen, wobei ein größerer Teil davon keine Hinweise oder Anregungen beinhaltete, u.a. aufgrund fehlender Betroffenheit.

3.1. Frühzeitige Beteiligung

Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 1 BauGB)

In der Zeit vom 01.07.2019 bis zum 12.07.2019 wurde die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit durch Bereitstellung der Unterlagen im Rathaus Geisweid durchgeführt. Zudem wurden die Planunterlagen zum gleichen Zeit im Internet auf der Homepage der Stadt Siegen bereitgestellt.

Es gab eine telefonische Eingabe, die sich auf mögliche Lärmkonflikte aus dem geplanten Hofcafé mit Ausschank bezog. Um dem Belang zu entsprechen, wurden die Öffnungszeiten des Hofcafés nach den üblichen „Tagesbetriebszeiten“ im Bebauungsplan als Festsetzung auf 8:00 Uhr bis 22:00 Uhr beschränkt.

Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 BauGB)

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) wurden mit Schreiben vom 28.06.2019 aufgefordert, ihre Stellungnahmen im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB bis zum 12.07.2019 abzugeben. Zudem wurde im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung zusätzlich die Bezirksregierung Arnsberg mit der Bitte um Stellungnahme zum Vorentwurf gebeten. Es sind insgesamt 18 Stellungnahmen eingegangen. Aus diesen Stellungnahmen sind insbesondere folgende Anregungen in der weiteren Planung berücksichtigt worden:

Abwasserbeseitigung

Es wurde auf die Pflicht zur Beseitigung des Abwassers durch die Gemeinde und die dazu notwendig zu erbringenden Kanalanschlussplanungen und -arbeiten hingewiesen, da durch die Planung bisher gültige Ausnahmetatbestände entfallen würden.

Daher wurde ein städtebaulicher Erschließungsvertrag mit dem Vorhabenträger geschlossen, in dem dieser sich verpflichtet einen Anschluss an das öffentliche Kanalnetz herzustellen.

Kompensationsmaßnahmen /Ausgleichspflanzungen

Anregungen der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein zu Kompensationsmaßnahmen sowie Ausgleichspflanzungen aus bereits erfolgten Baumaßnahmen wurden in der Bilanzierung erfasst und als Erhaltungsmaßnahmen in der weiteren Planung festgesetzt. Weiteren Anregungen, wie im Plangebiet vorzusehenden Kompensationsmaßnahmen wurde nicht entsprochen, u.a. da die Grün- und Weideflächen als Auslauf bzw. Futteranbau sowie den Betriebsablauf erforderlich sind. Die Anregung weitere Straßenbäumen vorzusehen wurde ebenfalls nicht entsprochen, da sich städtebaulich keine Erforderlichkeit dafür ergibt und im Plangebiet zahlreiche Baumstandorte durch Festsetzungen (Erhalt von Gehölzen und Gehölzstrukturen) bereits genügend Rechnung getragen wird.

Öffentliche Verkehrsflächen

Die Straße „In der Fludersbach“ wurde als öffentliche Verkehrsflächen festgesetzt. Im Zuge des B-Plan-Verfahrens ist eine Grenzfeststellung durchgeführt worden, da der Ausbau der Straße mit den bestehenden Flurstücksgrenzen in Teilen abwich. Im Rahmen dieser Grenzanpassung wurden die Flurstücksgrenzen an die tatsächlichen Straßenverkehrsflächen angepasst.

Baugebiet / Art der baulichen Nutzung

Die Bezirksregierung brachte insbesondere Anregungen zum ausgewiesenen Baugebiet bzw. der Art der baulichen Nutzung („Sondergebiet, das der Erholung dient“ nach § 11 BauNVO). Es wurde dargelegt, dass den formulierten Zielen des Bebauungsplans eher ein Sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Freizeit, Reiten und Touristik“ entsprechen würde, insbesondere um die betriebsbedingt notwendige dauerhafte Wohnnutzung sowie die der Nutzung Reiterhof ergänzenden Nutzungen zu ermöglichen. Dieser Anregung wurde entsprochen und die Art der baulichen Inhalte im Entwurf des Bebauungsplans angepasst. Darüber hinaus wurde die Festsetzung zur abweichenden Bauweise konkretisiert und die Zweckbestimmung der landwirtschaftlichen Flächen ergänzt. Es lagen keine weiteren Anregungen vor, durch die eine Anpassung der Grundzüge der Planung erfolgen ist.

Zudem wurden zum Thema (Dauer)Wohnen sowie zu den fremdenverkehrlichen und gastronomischen Nutzungen Anregungen vorgebracht, die in der weiteren Planung berücksichtigt wurden, d.h. die Planung wurde angepasst bzw. konkretisiert. Das (Dauer)Wohnen wurde als Wohnnutzung nur für Betriebsangehörige beschränkt und die geplante zusätzliche Nutzung der Ferienwohnungen als dem landwirtschaftlichen Betrieb quantitativ und qualitativ deutlich untergeordnete Nutzung dargelegt (Nebenzweck). Zum einen werden die Ferienwohnung an die Reitnutzung („Wohnen mit Pferden“) funktional geknüpft und zum anderen quantitative auf 6 Wohneinheiten beschränkt.

Als letzten Punkt wurde die Darlegung der Angemessenheit der Planung angeregt. Die Planung sieht geplante Erweiterungsflächen des Hofes um nur ca. ein Drittel der bereits bebauten Flächen, was einer nur auf das notwendige Maß reduzierten Planung gleichkommt und insgesamt eine Angemessenheit der Planung darstellt.

Belange des Artenschutzes

Durch die Bebauungsplanung werden keine artenschutzrechtlichen Belange ausgelöst. Es wurde eine Artenschutzprüfung der Stufe 1 durchgeführt, aus der kein weiterer Handlungsbedarf hervorging. Unabhängig davon erfolgt auf der Ebene der konkreten Umsetzungsebene (Bau-/Abrissvorhaben), eine weitere Prüfung artenschutzrechtlicher Tatbestände.

Weitere Konkretisierung von Festsetzungen

Eine Konkretisierung der Festsetzung „abweichende Bauweise“ wurde vorgenommen sowie die Zweckbestimmung landwirtschaftlicher Flächen mit dem Zusatz „Weideflächen“ konkretisiert. Neben den o.g. Anpassungen sind allgemeine Hinweise zu verschiedenen Thematiken, wie zum Beispiel zur Niederschlagswasserbeseitigung in aufgenommen worden.

3.2. Formelle Beteiligung

Beteiligung der Öffentlichkeit (Öffentliche Auslegung / Offenlage)

(§ 3 Abs. 2 BauGB)

Die Öffentlichkeit wurde am 08. Mai 2021 durch Bekanntmachungen in den lokalen Zeitungen sowie im Internet über die öffentliche Auslegung informiert. Die öffentliche Auslegung fand in der Zeit vom 17.05.2021 bis zum 25.06.2021 statt. Es wurde eine schriftliche Stellungnahme seitens der Öffentlichkeit vorgebracht.

Die Anregung umfasst die Aufnahme eines an den Hof angrenzenden Grundstücks in die Planung zur Arrondierung mittels eines Bauvorhabens (Ferienwohnnutzung). Private Belange können grundsätzlich Eingang in Bebauungsplanungen finden, sofern diese der Planung dienen und den anderen privaten sowie öffentlichen Belangen, dem Ziel und Zweck der Planung oder anderweitigen Vorgaben nicht entgegenstehen. Vor dem Hintergrund dieser Anregung, insbesondere dem Ziel und Zweck der Bebauungsplanung und den regionalplanerischen Vorgaben, kann einer Einbindung des Vorhabens in die Planung jedoch nicht entsprochen werden.

Es bestehen keine städtebaulichen Gründe, warum nicht betriebszugehörige Grundstücke in die Planung aufgenommen werden sollen. Dies würde dem Ziel und Zweck der Planung, die planungsrechtliche Sicherung des Hofes zu gewährleisten, widersprechen. Darüber hinaus bestehen seitens der Regionalplanungsbehörde erhebliche Bedenken bezüglich der Ausweisung von nicht von Betriebsangehörigen genutzten Wohnraums, vor allem um die Entstehung einer Splittersiedlung zu vermeiden. Zudem wurde die mögliche Ausweisung von fremdenverkehrlichen Nutzungen (Ferienwohnungen) nur als quantitativ und qualitativ untergeordnete Nutzung (maximal 6 Wohneinheiten) entsprochen. Eine weitere darüber hinausgehende Bereitstellung von weiterem (auch fremdenverkehrlichen) Wohnraum würde die regionalplanerischen Vorgaben konterkarieren und einen Abwägungsfehler darstellen.

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

(§ 4 Abs. 2 BauGB)

Parallel zur öffentlichen Auslegung wurde die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchgeführt. Insgesamt sind 11 Stellungnahmen daraus hervorgegangen. Es ergab sich aus den Anregungen keine Erforderlichkeit von

Anpassungen hinsichtlich der Plankonzeption, so dass auch keine erneute Offenlage der Planunterlagen notwendig wurde. Es wurden aber redaktionelle Anpassungen in der Begründung sowie Klarstellungen in der Planung, u.a. Anpassung von Hinweisen, vorgenommen. Neben den o.g. Anpassungen erfolgten kleinere redaktionelle Anpassungen und Klarstellungen in den Fachgutachten. Es ergab sich jedoch kein Handlungsbedarf bezüglich einer erneuten Überprüfung oder Bewertung der Sachlage.

4. Berücksichtigung von Planungs- und Standortalternativen

Aufgrund der Sicherung des Betriebsfortbestandes des Reitstall Daubs an der vorhandenen Position bestehen zu diesem Vorhaben keine Standortalternativen. Betriebsspezifische Abläufe sowie Nutzungen (u.a. Flächen für Futteranbau, Auslaufflächen), bedingen, dass großflächige Entwicklungsalternativen nicht dargelegt werden können. Es wurden im Rahmen des Vorentwurfes verschiedene städtebauliche Entwicklungsperspektiven geprüft. Insgesamt wurde ein Ansatz verfolgt nur wirklich für die Zukunft erforderlichen Entwicklungsflächen bzw. „Reserven“ darzulegen und nicht erforderliche „Vorhalteflächen“ zu vermeiden.

Mit den Festsetzungen des Bebauungsplans, insbesondere dem Maß der baulichen Nutzung sowie konkreten Grundflächen, wird dem Vermeidungs- und Minimierungsgebot für baulich bedingte Eingriffe entsprochen. Durch die Nutzung der vorhandenen Vorfelderschließung erübrigt sich der Neubau von Verkehrsflächen außerhalb des Geltungsbereichs (Vermeidung von Versiegelung und CO₂-Ausstoß durch Straßenbau). Durch die Lage des Änderungs-/Plangebietes im Bereich der vorhandenen Hofstelle Reitstall Daub wird eine Zersiedlung des Außenbereichs minimiert und ein Erhalt zusammenhängender Vegetationsflächen erreicht.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4
Bereich: Stabsstelle Klimaschutz
Bearbeitet von: Herr Berge

Siegen, 08.02.2022

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie	15.03.2022
Bauausschuss	16.03.2022
Haupt- und Finanzausschuss	30.03.2022
Rat	06.04.2022

Kurzbezeichnung:

1. Novellierung der Richtlinie zum Klimaschutz- und -anpassungsförderprogramm der Stadt Siegen

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die 1. Novellierung der Richtlinie zum Klimaschutz- und -anpassungsförderprogramm der Stadt Siegen in der vorliegenden Form. Diese bildet fortan die Grundlage für die Bearbeitung der Förderanträge und löst somit die vorherige Version der Richtlinie vom 15.04.2021 ab.

Sachverhalt / Begründung:

In Anbetracht der zunehmenden Extremereignisse, gesehen auch im Jahr 2021, soll der Bereich der Klimaanpassung in der Richtlinie noch mehr Gewicht bekommen, Dies drückt sich darin aus, dass weitere Förderbausteine zum baulichen Objektschutz (Hochwasser- und Starkregenvorsorge) und zum sommerlichen Wärmeschutz in die Richtlinie aufgenommen wurden.

Im Zuge der Antragsbearbeitung der letzten Monate wurde festgestellt, dass bei einigen Förderschwerpunkten gehäuft Nachweise nachgefordert werden mussten, da allgemeine Förderbedingungen von Antragsstellenden übersehen wurden, daher wurden alle Nachweise in den einzelnen Förderbausteinen nun nochmal gesondert aufgeführt. Zur Vereinfachung wurden teilweise die Antragsvoraussetzungen gelockert, wo dies zweckmäßig war (z. B. Entbindung von der Energieberatungspflicht bei Kleinstmaßnahmen, wie

dem Heizungspumpentausch). Ebenso wurde die Bagatellgrenze für Anträge auf 50 € reduziert, um beispielsweise den Tausch einzelner Pumpen oder Türen nicht mehr aus formalen Gründen auszuschließen.

Von den 62 Anträgen im Jahr 2021, konnten 52 bewilligt werden. Häufigste beantragte Maßnahmen, waren die Installation von Stecker-Solar-Geräten sowie Fenstertauschmaßnahmen. Es wurde geschaut, wie attraktiv die übrigen Förderbausteine sind, auch im Hinblick auf die Relation zu den Maßnahmenkosten für deren Umsetzung. Daraufhin wurden die Förderhöhen teilweise überarbeitet (i.d.R. erhöht). Zur Nachvollziehbarkeit der vorgenommenen Änderungen wurde ein zweites Dokument beigelegt, welches diese im Detail aufzeigt und begründet.

Ergänzend soll im Zuge der Fortschreibung die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt werden, um die Antragszahlen weiter zu erhöhen. Wir gehen derzeit davon aus, dass der Haushaltsansatz von 75.000 € für das Jahr 2022, ggf. mit Übertragung von 25.000 € Restmitteln aus 2021, ausreichen werden, um die erwartete Nachfrage zu erfüllen.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer
75.000 € pro Jahr				<input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 75.000 €	Kostenträger/ Investitionscode 14010101 Sachkonto 5318000
---------------------------------------------------	------------------------------------------	-------------------------------	-------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input checked="" type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja

Erläuterung Klimarelevanz

Die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen in den Privathaushalten leistet einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele der Stadt Siegen. Die Realisierung von Maßnahmen im sozialen Umfeld von Menschen hat eine nicht zu unterschätzende Vorbildwirkung, die zu weiteren Maßnahmen inspiriert. Auch lokale Unternehmen bestätigen, dass das Förderprogramm entscheidend für die Investitionsentscheidungen eines Teils der Antragsstellenden ist. Die gewünschte Anreizwirkung wird erzielt.

Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)

In aller Regel werden kleinere Maßnahmen gefördert, sodass hier von einer geringen Emissionsreduktion ausgegangen wird. Bei steigenden Antragszahlen kann in Summe eine erhebliche Reduktion perspektivisch erreicht werden,

Das Teilziel Projektförderung aus dem Zielkonzept wird mit dem Förderprogramm direkt erfüllt, das Teilziel Beratung aber ebenfalls mit unterstützt.

Aus fachlicher Sicht sind die vorgeschlagenen Änderungen der Richtlinie in der vorliegenden Form zweckmäßig und sinnvoll, die Novellierung somit ohne Alternative. Das Förderprogramm wird dadurch attraktiver und die Bearbeitung erleichtert.

i.V.

gez.

Henrik Schumann
Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlagen

220207_Richtlinie zum Klimaförderprogramm der Stadt Siegen_1.Novellierte Fassung
220207_Richtlinie zum Klimaförderprogramm der Stadt Siegen_1.Novellierte Fassung_Änderungen



Richtlinie zum Klimaschutz- und -anpassungsförderprogramm der Stadt Siegen

1. Novellierte Fassung vom 12.01.2022.

Inhalt

1. Förderzweck – Was soll erreicht werden?	2
2. Antragsberechtigte – Wer kann Anträge stellen?	2
3. Übersicht Handlungsfelder.....	3
4. Handlungsfeld Mobilität.....	4
5. Handlungsfeld Bauen und Sanieren	6
6. Handlungsfeld Erneuerbare Energien	8
7. Handlungsfeld Klimafolgenanpassung	10
8. Handlungsfeld Sonstiges	13
9. Allgemeine Förderbestimmungen.....	14
9.1 Was ist zu beachten?.....	14
9.2 Was wird nicht gefördert?.....	14
10. Antrags- und Bewilligungsverfahren – Wie läuft das ab?	15
10.1 Antragsstellung.....	15
10.2 Prüfung und Bewilligung der Zuschüsse – Wie geht es weiter?.....	15
10.3 Pflichten der Antragstellenden - Was muss ich beachten?.....	16
10.4 Auszahlung der Zuschüsse.....	16
11. Datenschutz.....	18
12. Ansprechpartner.....	18
13. Inkrafttreten, Veröffentlichung und Anpassungen	19
Anhang: Informationsblatt „Datenschutz nach DS-GVO“	20

1. Förderzweck – Was soll erreicht werden?

Die Universitätsstadt Siegen ist bereits seit vielen Jahren im Klimaschutz aktiv. Seit 1995 ist die Stadt Mitglied im Klima-Bündnis, welches Vorreiter im globalen und lokalen Klimaschutz ist. Die Mitglieder beschäftigen sich auf lokaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene mit den Themen Klimaschutz, Reduktion von CO₂-Emissionen, Biodiversität und Tropenwaldschutz.

Von 2009 bis 2011 und 2012 bis 2015 hat die Stadt den European Energy Award® (eea) erfolgreich durchlaufen, einem internationalen Qualitätsmanagement- und Zertifizierungsinstrument für den kommunalen Klimaschutz. Die Stadt Siegen hat gleich im ersten Anlauf vorzeitig die Zertifizierung des European Energy Award® geschafft. Ebenso erfolgte 2015-2017 eine Teilnahme am eea-plus, einem Vorläufer des heutigen European Climate Adaptation Award (eca), einem Qualitätsmanagement- und Zertifizierungsinstrument zur Identifikation der Anpassungskapazität und zur Ermittlung und Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen.

Inhalte des seit Mai 2014 vorliegenden „Integrierten Klimaschutzkonzeptes für den Kreis Siegen-Wittgenstein und die Stadt Siegen“ wurden mit den Erkenntnissen aus eea und eea-plus zusammengeführt, um das „Zielkonzept Stadt Siegen Klimaschutz und Klimaanpassung“ zu entwickeln, welches zahlreiche Zielsetzungen und Maßnahmenvorschläge enthält.

Die Universitätsstadt Siegen hat im Hinblick auf den Klimaschutz am 25.09.2019 und 26.02.2020 weitreichende Ratsbeschlüsse getroffen. So sollen unter anderem die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Entscheidungen berücksichtigt werden. Weiterhin sollen erneuerbare Energien ausgebaut werden. Dazu sollen lokal und regional (über die Stadtgrenzen hinaus) Maßnahmen zur Nutzung regenerativer Energien ergriffen werden.

Im Hinblick auf die vorliegenden Ziele der Stadt Siegen, sollen mit diesem Förderprogramm die Privathaushalte dabei unterstützt werden Maßnahmen aus verschiedenen Handlungsfeldern umzusetzen, welche die Zielerreichung unterstützen.

2. Antragsberechtigte – Wer kann Anträge stellen?

- Bürgerinnen und Bürger mit Erstwohnsitz in Siegen
- Mieterinnen und Mieter sowie Eigentümerinnen und Eigentümer von Immobilien in Siegen
- Privatpersonen aus Siegen (keine Unternehmen oder Institutionen)

3. Übersicht Handlungsfelder

Nachfolgend finden Sie eine Übersicht zu den über diese Richtlinie förderfähigen Förderbausteinen aus den fünf Handlungsfeldern. Detailinformationen entnehmen Sie bitte den nachfolgenden Seiten. Sie werden dort auch auf einige weitere Förderprogramme verschiedener Akteure hingewiesen.

Klimaförderprogramm Stadt Siegen				
Mobilität	Bauen und Sanieren	Erneuerbare Energien	Klimafolgenanpassung	Sonstiges
Anschaffung Lastenrad oder E-Lastenrad (bis 25 %, max. 350 €)	Dämmung von Bestandsgebäuden mit Naturdämmstoffen (25 %, bis 1.500 €)	Errichtung solarthermische Anlage auf Bestandsgebäude (Anlage für Warmwasserbereitung 500 € pauschal, Anlage zur Heizungsunterstützung/ Kombi-Anlage 750 € pauschal)	Flächenentsiegelung , ab 12m² (50 %, max. 500 € pro Projekt)	Integrative Klimaschutzprojekte (z. B. Errichtung einer Bürgerenergieanlage, Anlage und anschließende Pflege von Gemeinschaftsgärten) (400 € pauschal) Gründung einer solidarischen Landwirtschaft auf einem Bauernhof/ einer geeigneten innerstädtischen Fläche (1.000 € pauschal)
Anschaffung E-Roller oder E-Motorrad (bis 25 %, max. 750 €)	Türen-/Fenster austausch in Bestandsgebäuden (max. U-Werte W/m²K siehe Richtlinie, 50 € pro Fenster/ Tür, max. 1.000 €)	Installation Stecker-Solar-Gerät bis 0,6 kWp und Anschluss mit einem Wieland-Stecker (150 € pauschal)	Anlage zur Regenwassernutzung ab 2 m³ (20 %, max. 500 €)	
Kauf-Prämie für gebrauchte E-Autos (älter als ein Jahr, pauschal 500 €)	Nachträglicher Einbau von Lüftungsanlagen mit Wärmerückgewinnung (10 %, max. 800 €)	Steuerberatung Photovoltaik (200 € pauschal)	Umwandlung von artenarmen Schotter- und Kiesgärten in hochwertige Lebensräume (ab 5 m², 50 %, max. 500 €)	
Errichtung eines Solarcarports / einer Solargarage (500 € pauschal, bei Kombination mit der Errichtung einer E-Ladesäule 800 € pauschal)	Heizungspumpentausch (50 € pro Pumpe, maximal 200 €)	Erwerb und Errichtung einer neuen Brennstoffzellenheizung (1.000 € pauschal)	Pflanzprämie für das Anpflanzen von mind. 3 Bäumen in privaten Gärten (50 €/Baum, max. 500 €)	
	Durchführung Hydraulischer Abgleich (150 € pauschal)		Abschottungen von Öffnungen in der Gebäudehülle (20 %, max. 800 €)	
	Durchführung Luftdichtheitsmessung in Bestandsgebäuden (150 € pauschal)		Einbau von Rückstausicherungen , (400 € pauschal)	
	Errichtung Passivhaus oder Plusenergiehaus (2.000 € pauschal)		Konstruktive Erhöhung von Lichtschachtoberkanten, Sockelmauern und Türschwellen (20 %, max. 500 €)	
			Erstellen oder Erhöhen von Ablenkmauern und -dämmen , Erhöhen von Hauszugängen , Installation von Schutztoren oder Klappschotten (20 %, max. 1.000 €)	
			Sommerlicher Wärmeschutz (15 %, max. 300 €)	

Es können verschiedene Module kombiniert werden. Die Fördersumme wird auf 3.000 € je Antragssteller und Jahr begrenzt.

Hinweis: Die Förderung der Dach- und Fassadenbegrünung läuft derzeit über ein gesondertes Förderprogramm der Umweltschutzabteilung der Stadt Siegen.

4. Handlungsfeld Mobilität

Der Verkehrssektor hat in den vergangenen Jahrzehnten keinen ausreichenden Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Im Gegenteil sind die Kraftstoffverbräuche und Emissionen u. a. durch größere Fahrzeuge und ein erhöhtes Verkehrsaufkommen sogar gestiegen. Die nötige Mobilitätswende erfordert daher: Weniger Autoverkehr, mehr Rad- und ÖPNV-Nutzung und auch die Nutzung alternativer Antriebe.

Allgemeine Bedingung in diesem Bereich: Die Nutzung von zu 100 % erneuerbar erzeugtem Strom für die Ladung zu Hause (außer Maßnahme Solarcarport), nachweisbar durch zwei mögliche Varianten:

Variante 1: Nachweis für Bezug von Ökostrom mit „Ok Power Label“ oder dem „Grüner Strom Label“ der Umwelt- und Verbraucherverbände (Rechnungskopie) - ein Zertifikat mittels Herkunftsnachweisen reicht nicht aus.

Variante 2: Nachweis einer Anlage zur Erzeugung erneuerbarer Energie, welche am Objekt angebracht ist und über die die Ladung des Fahrzeugs erfolgt – Nachweis mittels Auszug aus dem Marktstammdatenregister.

Maßnahme	Förderhöhe	Bedingungen	Nachweise
Anschaffung Lastenrad oder E-Lastenrad	(bis 25 %, max. 350 €)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Es werden nur Fahrräder gefördert, die serienmäßig fest montierte Vorrichtungen haben, um Kinder oder Gegenstände vorschriftsmäßig zu transportieren und die im zugelassenen Gesamtgewicht mindestens 40 kg zusätzlich zum Fahrer transportieren können. 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Anschaffung ✓ Nachweis Nutzung Ökostrom (nur bei E-Lastenrad) ✓ Technische Daten des Lastenrades (z. B. Technische Ausstattungsmerkmale)
Anschaffung E-Roller oder E-Motorrad	(bis 25 %, max. 750 €)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ersatz regelmäßig stattfindender Fahrten, die sonst mit dem PKW zurückgelegt wurden: mind. 10 km pro Weg. 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Anschaffung ✓ Nachweis Nutzung Ökostrom ✓ Abgabe Erklärung zum Ersatz von PKW-Fahrten
Kauf-Prämie für gebrauchte E-Autos	(pauschal 500 €)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Das gekaufte Fahrzeug ist älter als ein Jahr ➤ rein elektrisch betrieben (keine Hybrid-Fahrzeuge) ➤ dient als <u>Ersatz</u> für ein gebrauchtes Verbrenner-Fahrzeug (E-Auto dient nicht als zusätzliches Fahrzeug) ➤ Maximalverbrauch 20 kWh/100 km (Herstellerangabe WLTP in kWh/100 km) ➤ Verkauf nicht innerhalb der eigenen Familie 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Anschaffung ✓ Nachweis Nutzung Ökostrom ✓ Kopie Zulassungsbescheinigung ✓ Nachweis Abmeldung Alt-Fahrzeug (Kopie Unterlagen der Zulassungsstelle) ✓ Nachweis Folgenutzung, entweder Entsorgung oder Verkauf
Errichtung eines Solarcarports / einer Solargarage	(500 € pauschal; bei Kombination mit der Errichtung einer E-Ladesäule/ Wallbox 800 € pauschal)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Errichtung zur privaten Nutzung (keine öffentlichen Ladestationen) 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Anschaffung und Installation ✓ Foto der Maßnahme

Im Handlungsfeld Mobilität gibt es weitere **externe Förderungen**, auf einige möchten wir hinweisen:

Die SVB bietet ihren Kunden mit dem „**SVB Förderprogramm Energieeffizienz**“ ebenfalls verschiedene Fördermöglichkeiten für Heimpladestationen sowie den E-Bike- oder Pedelec-Erwerb.

<https://www.svb-siegen.de/foerderprogramm>

progres.NRW - Emissionsarme Mobilität. Förderung der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge:

<https://www.bra.nrw.de/energie-bergbau/foerderinstrumente-fuer-die-energiehende/foerderung-der-ladeinfrastruktur-fuer-elektrofahrzeuge>

Ladestationen für Elektroautos – Wohngebäude (KfW-Programm 440):

<https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/Privatpersonen/Bestehende-Immobilie/Foerderprodukte/Ladestationen-fuer-Elektroautos-Wohngebäude>

BAFA-Elektromobilität (Umweltbonus) Kaufprämie für Elektrofahrzeuge:

https://www.bafa.de/DE/Energie/Energieeffizienz/Elektromobilitaet/Neuen_Antrag_stellen/neuen_antrag_stellen.html

Befreiung von der Kfz-Steuer: Reine Elektrofahrzeuge (einschließlich Brennstoffzellenfahrzeuge) sind derzeit von der Kfz-Steuer für zehn Jahre ausgenommen, daran anschließend ermäßigt sich die zu zahlende Kraftfahrzeugsteuer:

https://www.zoll.de/DE/Fachthemen/Steuern/Verkehrssteuern/Kraftfahrzeugsteuer/Steuerverguenstigung/Elektrofahrzeuge/elektrofahrzeuge_node.html

5. Handlungsfeld Bauen und Sanieren

Der Wärmebedarf unserer Wohngebäude muss deutlich sinken und es braucht erneuerbare Wärmequellen. Die Energiewende ist in diesem Sinne auch eine Wärmewende und eine Bauwende.

Allgemeine Bedingungen in diesem Bereich: Eine Vor-Ort-Energieberatung ist vor der Umsetzung einiger Maßnahmen notwendig (mindestens eine Vor-Ort-Beratung z. B. durch die Verbraucherzentrale NRW mit entsprechendem Schwerpunkt. Alternativ eine Beratung gemäß BAFA oder DENA von gelisteten Energieberatern). Nachweis: Beratungsprotokoll bzw. Rechnung der Beratung. Gilt nicht bei „Errichtung Passivhaus oder Plusenergiehaus“, die „Durchführung Hydraulischer Abgleich“, die Durchführung Luftdichtheitsmessung in Bestandsgebäuden und den „Heizungspumpentausch“.

Maßnahme	Förderhöhe	Bedingungen	Nachweise
Dämmung von Bestandsgebäuden mit Naturdämmstoffen [Außenwand, oberste Geschossdecke (OGD), Dach, Kellerdecke und Boden gegen Erdreich, außerdem Innenwand (sofern diese beheizte von unbeheizter Fläche trennt)]	(25 %, bis max. 1.500 €)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Nur für Bestandsobjekte ➤ Folgende U-Werte sind zu erfüllen: Außenwand: 0,22 W/(m²K), Außenwand gegen Erdreich: 0,28 W/(m²K), OGD und Dach: 0,22 W/(m²K), Kellerdecke und Boden gegen Erdreich: 0,28 W/(m²K), Innenwand : 0,28 W/(m²K) ➤ Nur Förderung von NaWaRo (Nachwachsenden Rohstoffen), Mineralwolle (z. B. Steinwolle, Glaswolle) oder recyceltem Material mit mindestens 60 % Recycling-Anteil (gilt nicht für Glaselemente) ➤ Keine Förderung erdölbasierter Neuprodukte 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Fachbetrieb (inkl. Nachweis U-Werte und Benennung vom Dämmmaterial) ✓ bei Eigenleistung/ Nachbarschaftshilfe: Erstattung Materialkosten auf Anfrage (Einzelfallentscheidung) ✓ Nachweis Energieberatung (z. B. Protokoll, Rechnung, etc.)
Türen-/Fenster austausch in Bestandsgebäuden	(50 € pro Fenster / pro Tür, max. 1.000 €)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Gilt nur für Bestandsobjekte ➤ Fenster; Max. Uw-Wert 0,95 W/(m²K) ➤ Als Fenster gilt ein zusammengehöriges Element für eine Öffnung in der Außenwand (nicht nur Verglasung). ➤ Balkon-/Terrassentüren zählen als Fenster (Türen meint hier nur die Hauseingangstüren) ➤ Dachflächenfenster; Max. Uw-Wert 1,0 W/(m²K) ➤ Außentüren beheizter Räume, Hauseingangstüren; Max. Ud-Wert 1,3 W/(m²K) 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Fachbetrieb (inkl. Nachweis U-Werte) ✓ Nachweis Energieberatung (z. B. Protokoll, Rechnung, etc.)
Nachträglicher Einbau von Lüftungsanlagen mit Wärmerückgewinnung	(10 %, max. 800 €)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Gilt nur für Bestandsobjekte ➤ Gilt nicht für Passivhäuser ➤ Wärmerückgewinnung ➤ Der notwendige Effizienzgrad orientiert sich an den technischen Mindestanforderungen der KfW (unter www.kfw.de) ➤ Die Lüftungsanlage wird mit 100 % Ökostrom betrieben (vgl. Beschreibung in Handlungsfeld 4). 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Fachbetrieb ✓ Nachweis Nutzung Ökostrom ✓ Nachweis Energieberatung (z. B. Protokoll, Rechnung, etc.)

Heizungspumpen-tausch	(50 € pro Pumpe, maximal 200 €)	➤ Gilt nur bei Einsatz von Hoch-effizienzpumpen	✓ Rechnung Fachbetrieb
Durchführung Hydraulischer Abgleich	(150 € pauschal)	➤ Nur für bestehende Heizsysteme	✓ Rechnung Fachbetrieb
Durchführung Luftdichtheitsmessung in Bestandsgebäuden	(150 € pauschal)	➤ Nur für Bestandsobjekte ➤ Vorschriften der Messnorm DIN EN 13829 werden eingehalten	✓ Rechnung Fachbetrieb
Errichtung Passivhaus oder Plusenergiehaus	(2.000 € pauschal)	➤ Hochgedämmte Gebäudehülle, Außenwände $U \leq 0,15 \text{ W/(m}^2\text{K)}$ ➤ Wärmerückgewinnung aus der Abluft >75% ➤ Dreifachverglasung $U_w \leq 0,8 \text{ W/(m}^2\text{K)}$	✓ Rechnung Fachbetrieb ✓ Nachweis zur Erfüllung der Standards via Architekt o. ä. ✓ Foto der Maßnahme

Energieberatungsangebote:

Einstiegsberatungen über die Verbraucherzentrale:

<https://verbraucherzentrale-energieberatung.de/beratung/>

Beratungsstützpunkt im Energieverein Siegen-Wittgenstein e.V.:

<https://www.energieverein-siwi.de/energieberatung/>

Ausführliche Beratungen, individuelle Sanierungsfahrpläne, Baubegleitung und Förderantragsstellung können durch in der Energieeffizienz-Expertenliste gelistete Beratende erfolgen:

<https://www.energie-effizienz-experten.de/fuer-private-bauherren/finden-sie-experten-in-ihrer-naehe>

Im Handlungsfeld Bauen und Sanieren gibt es weitere **externe Förderungen**, auf einige möchten wir hinweisen:

Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG):

https://www.bafa.de/DE/Energie/Effiziente_Gebaeude/effiziente_gebaeude_node.html

progres.nrw – Klimaschutztechnik (für Privatpersonen stehen nicht alle Förderbausteine zur Verfügung):

<https://www.nrwbank.de/de/foerderung/foerderprodukte/15645/progresnrw---programm-bereich-klimaschutztechnik.html>

https://www.bra.nrw.de/system/files/media/document/file/Foerderuebersicht%20gesamt_02.08.2021.pdf

Einkommenssteuergesetz - § 35c Steuerermäßigung für energetische Maßnahmen am selbstgenutzten Gebäude:

https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Gesetzestexte/Gesetze_Gesetzesvorhaben/Abteilungen/Abteilung_IV/19_Legislaturperiode/Gesetze_Verordnungen/2019-12-30-G-Umsetzung-Klimaschutzprogramm-Steuerrecht/0-Gesetz.html

Prüfung Solareignung über Solarkataster:

Solarpotenzialkataster Siegen-Wittgenstein: <https://www.solare-stadt.de/siwi/Solarpotenzialkataster>

Energieatlas LANUV: https://www.energieatlas.nrw.de/site/karte_solarkataster

6. Handlungsfeld Erneuerbare Energien

In Zukunft wird Strom zunehmend auch für die Erzeugung von Wärme und die Mobilität genutzt. Daher brauchen wir einen deutlichen Zuwachs an Anlagen zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen, neben mehr Energieeffizienz.

Allgemeine Bedingung in diesem Bereich: Eine Vor-Ort-Energieberatung (mind. durch z. B. Verbraucherzentrale NRW) ist vor Umsetzung der Maßnahmen „Errichtung solarthermische Anlage“ und „Errichtung Brennstoffzellenheizung“ notwendig. Nachweis: Beratungsprotokoll bzw. Rechnung der Beratung.

Maßnahme	Förderhöhe	Bedingungen	Nachweise
Errichtung solarthermische Anlage auf Bestandsgebäude	(Anlage für Warmwasserbereitung 500 € pauschal, Anlage zur Heizungsunterstützung/ Kombi-Anlage 750 € pauschal)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Gilt nicht für Neubauten ➤ kontinuierliche Beobachtung des Energieertrags ➤ im ersten Betriebsjahr Durchführung Solarwärme-Check der Verbraucherzentrale 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Fachbetrieb ✓ Nachweis Energieberatung (z. B. Protokoll, Rechnung, etc.) ✓ Nachweis/ Zusage Solarwärme-Check
Installation Stecker-Solar-Gerät bis 0,6 kWp	(150 € pauschal)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Einhaltung Norm für Photovoltaik-Wechselrichter ➤ Verwendung einer Einspeisesteckdose z. B. Wieland oder Stromerzeugungsgerät einen integrierten NA-Schutz nach VDE-AR-N 4105 ➤ Leistungsgrenze (0,6kWp) auf der Wechselstromseite des Wechselrichters eingehalten ➤ Keine Erweiterungen bestehender Stecker-Solar-Geräte 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Fachbetrieb ✓ Nachweis NA-Schutz nach VDE-AR-N 4105 (falls kein Wieland-Stecker)
Steuerberatung Photovoltaik (erste Steuererklärung nach der Inbetriebnahme einer PV-Anlage durch zugelassene Steuerberatende)	(200 € pauschal)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Empfehlung: Steuerberater sollte Seminar zur steuerlichen Behandlung von Photovoltaik-Anlagen besucht haben oder über Erfahrungen mit eigenen Anlagen verfügen. 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Steuerberater
Erwerb und Errichtung einer neuen Brennstoffzellenheizung	(1.000 € pauschal)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Gilt nicht für Neubauten ➤ Ersatz einer fossilen Heizung 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Fachbetrieb ✓ Nachweis Energieberatung (z. B. Protokoll, Rechnung, etc.)

Energieberatungsangebote:

Einstiegsberatungen über die Verbraucherzentrale:

<https://verbraucherzentrale-energieberatung.de/beratung/>

Beratungsstützpunkt im Energieverein Siegen-Wittgenstein e.V.:

<https://www.energieverein-siwi.de/energieberatung/>

Ausführliche Beratungen, individuelle Sanierungsfahrpläne, Baubegleitung und Förderantragsstellung können durch in der Energieeffizienz-Expertenliste gelistete Beratende erfolgen:

<https://www.energie-effizienz-experten.de/fuer-private-bauherren/finden-sie-experten-in-ihrer-naehe>

Im Handlungsfeld Erneuerbare Energien gibt es weitere **externe Förderungen**, auf einige möchten wir hinweisen:

Mit dem 1.000-Dächer-Programm des Kreises Siegen-Wittgenstein, steht ein Förderangebot für Photovoltaikanlagen in Kombination mit Batteriespeichern zur Verfügung, welches voraussichtlich bis 2023 weiter fortgeführt wird.

<https://www.siegen-wittgenstein.de/Kreisverwaltung/Themen-und-Projekte/1000-Dächer-Programm/>

Die SVB bietet ihren Kunden mit dem SVB Förderprogramm „Energieeffizienz“ ebenfalls eine Fördermöglichkeit für Photovoltaikanlagen.

<https://www.svb-siegen.de/foerderprogramm>

Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG):

https://www.bafa.de/DE/Energie/Effiziente_Gebaeude/effiziente_gebaeude_node.html

progres.nrw – Klimaschutztechnik (für Privatpersonen stehen nicht alle Förderbausteine zur Verfügung):

<https://www.nrwbank.de/de/foerderung/foerderprodukte/15645/progresnrw---programmbereich-klimaschutztechnik.html>

https://www.bra.nrw.de/system/files/media/document/file/Foerderuebersicht%20gesamt_02.08.2021.pdf

Prüfung Solareignung über Solarkataster:

Solarpotenzialkataster Siegen-Wittgenstein: <https://www.solare-stadt.de/siwi/Solarpotenzialkataster>

Energieatlas LANUV: https://www.energieatlas.nrw.de/site/karte_solarkataster

7. Handlungsfeld Klimafolgenanpassung

Hitze, Sturm, Starkregen und Dürre nehmen in Intensität und Häufigkeit zu. Sich darauf einzustellen und die Umgebung entsprechend zu gestalten, mit mehr Grün, mehr Verschattung und mehr Versickerungsmöglichkeiten - darum geht es u. a. in der Klimafolgenanpassung. Auch das Insektensterben ist eine Herausforderung, bei der man mit vielen kleinen Maßnahmen etwas bewirken kann.

Allgemeine Bedingung in diesem Bereich: Eine Doppelförderung / Kumulierung der Maßnahme „Flächenentsiegelung“ und „Umwandlung von artenarmen Schotter- und Kiesgärten“ ist nicht gestattet.

Maßnahme	Förderhöhe	Bedingungen	Nachweise
Flächenentsiegelung	(50 %, max. 500 €)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Fläche größer 12 m² ➤ Die entsiegelte Fläche darf nicht mehr abflusswirksam sein: Lockerung des Bodens oder Bepflanzung und ggf. vorhandenen Kanalanschluss versiegeln (vollständige Entsiegelung, mit Ausnahme kleiner Gehwege) ➤ Ausschluss Neuversiegelung (während Zweckbindungsfrist) 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Fachbetrieb oder Sachkosten ✓ Foto der Maßnahme (Vorher-Nachher-Vergleich) ✓ schriftliche Zusage auf Neuversiegelung zu verzichten
Anlage zur Regenwassernutzung	(20 %, max. 500 €)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Mindestens 2 m³ ➤ Keine Förderung für Anlagen, die in noch unberührten Boden gebaut werden (außer in einem Umkreis von 5 m um das Gebäude) Hinweise: Einbau Zwischenzähler für Berechnung der Kanalgebühren erforderlich! Die Zisterne muss mit einem Überlauf ausgestattet sein, damit überschüssiges Wasser in den Kanal abgeleitet werden kann. 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Fachbetrieb ✓ Foto der Maßnahme ✓ Schriftliche Erläuterung dazu, wo die Zisterne errichtet wurde ✓ Genehmigung (sofern nach den Richtlinien der Stadt Siegen für den Bau und Betrieb von Regenwassernutzungsanlagen genehmigungspflichtig)
Umwandlung von artenarmen Schotter- und Kiesgärten in hochwertige Lebensräume	(50 %, max. 500 €)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Zusammenhängende Fläche von mindestens 5 m² ➤ Einsatz von gemäß Baumschutzsatzung Siegen heimischen und/oder insektenfreundlichen Pflanzen inkl. Bäumen und Sträuchern 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Fachbetrieb oder Sachkosten ✓ Foto der Maßnahme (Vorher-Nachher-Vergleich)
Pflanzprämie für das Anpflanzen von mind. 3 Bäumen in privaten Gärten	(50 € pro Baum, max. 500 €)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Einsatz von heimischen Bäumen gemäß Baumschutzsatzung Siegen ➤ Stammumfang mind. 16 cm ➤ B-Plan schreibt die Pflanzung nicht vor 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Fachbetrieb oder Sachkosten ✓ Foto der Maßnahme (Vorher-Nachher-Vergleich)
Abschottungen von Öffnungen in der Gebäudehülle durch Schutzklappen, Sperren mit Schließmechanismus, Magnetschotte oder drucksicherer Fenster	(20 %, max. 800 €)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Gefährdung durch Starkregen oder Hochwasser gemäß Fachinformationssystem Klimaanpassung NRW vorhanden ➤ Kumulierung mit Maßnahme Türen-/Fensteraustausch in Bestandsgebäuden ausgeschlossen 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Fachbetrieb oder Sachkosten ✓ Foto der Maßnahme (aktivierter Schutz)

Einbau von Rückstausicherungen (Rückstauklappe)	(400 € pauschal)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Gilt nicht für Neubauten ➤ Rückstauverschlüsse nach DIN EN 13564-1, Rückstausicherungsanlagen mit allgemeiner bauaufsichtlicher Zulassung oder automatisch arbeitende Abwasserhebeanlagen mit Rückstauschleife nach DIN EN 12056 ➤ Planung nach DIN 1986-100, Abschnitt 13 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Fachbetrieb oder Sachkosten
Konstruktive Erhöhung von Lichtschachtoberkanten, Sockelmauern und Türschwellen (Außentüren)	(20 %, max. 500 €)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Gilt nicht für Neubauten 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Fachbetrieb oder Sachkosten ✓ Foto der Maßnahme (Vorher-Nachher-Vergleich)
Erstellen oder Erhöhen von Ablenkmauern und -dämmen, Erhöhen von Hauszugängen, Installation von Schutztoren oder Klappschotten vor Garagen und Zufahrten	(20 %, max. 1.000 €)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Gilt nicht für Neubauten ➤ Gefährdung durch Starkregen oder Hochwasser gemäß Fachinformationssystem Klimaanpassung vorhanden 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Fachbetrieb oder Sachkosten ✓ Foto der Maßnahme (Vorher-Nachher-Vergleich)
Sommerlicher Wärmeschutz (nachträglicher Anbau außenliegender Sonnenschutzsysteme)	(15 %, max. 300 €)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Kein Ersatz für bestehende Systeme ➤ Gilt nicht für Neubauten 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Fachbetrieb oder Sachkosten ✓ Foto der Maßnahme (Vorher-Nachher-Vergleich)

Die Stadt Siegen verfügt über ein gesondertes **städtisches Förderprogramm für Dach- und Fassadenbegrünungen** (darüber können auch Garagen begrünt werden).

<https://www.siegen.de/leben-in-siegen/energie-und-klima/klimafolgenanpassung/begruenung-klimafolgenanpassung/>

Baumschutzsatzung Siegen:

<https://www.siegen.de/leben-in-siegen/buergerservice/umwelt/baumschutz/baumschutzsatzung/>

Regenwassernutzungsanlagen sind genehmigungspflichtig, Grundlage ist die Einhaltung der Bestimmungen der vorliegenden "Richtlinien der Stadt Siegen für den Bau und Betrieb von Regenwassernutzungsanlagen":

<https://www.siegen.de/leben-in-siegen/buergerservice/umwelt/gewaesserschutz/regenwassernutzung/>

Gefährdung durch Wasser:

Hochwassergefahrenkarten und Hochwasserrisikokarten sowie Starkregenhinweiskarten sind im Fachinformationssystem Klimaanpassung bei den Fachdaten zum Hochwasserschutz hinterlegt. Damit lässt sich die Betroffenheit einzelne Gebäude prüfen. Allerdings besteht bei den Karten mitunter Interpretationsbedarf (etwa wegen Rückstau bei Durchlässen oder fehlender Berücksichtigung von Schutzbauwerken auf Grund der Modellauflösung), sodass es sinnvoll ist bei den ESi (Entsorgungsbetrieben Siegen) oder der Stabsstelle Klimaschutz der Stadt Siegen nachzufragen, falls etwas nicht plausibel erscheint. Insbesondere bei Starkregen besteht immer ein verbleibendes Betroffenheitsrisiko, auch wenn die Karten ein Gebäude nicht als gefährdet anzeigen.

<http://www.klimaanpassung-karte.nrw.de/>

Vergünstigungen bei der Gebäudeversicherung: Sprechen Sie gern vor Ausführung mit Ihrem Versicherer, wenn Sie vorhaben Maßnahmen zum Objektschutzschutz gegen Hochwasser bzw. Starkregen zu realisieren, oftmals können Vergünstigungen gewährt werden. Teilweise geben Versicherer sogar Zuschüsse für Hochwasserschutzmaßnahmen.

Falls doch ein **Hochwasserschaden** auftritt, ist folgendes zu beachten:

<https://www.verbraucherzentrale.de/wissen/geld-versicherungen/weitere-versicherungen/hochwasserschaden-am-haus-das-sollten-sie-jetzt-tun-62827>

Hilfestellung zum Thema Dachbegrünung finden Sie im Fachinformationssystem Klimaanpassung bei den Fachdaten zum **Gründachkataster** NRW:

<http://www.klimaanpassung-karte.nrw.de/>

Die **Hitzebetroffenheit** einzelner Standorte kann bei der Stabsstelle Klimaschutz der Stadt Siegen angefragt werden, die Ergebnisse der Klimawirkungsanalysen aus dem Projekt Evolving sind derzeit nicht öffentlich verfügbar.

Tipps zum **Hitzeschutz** durch die Verbraucherzentrale:

<https://www.verbraucherzentrale.de/wissen/energie/energetische-sanierung/hitzeschutz-im-sommer-einfache-tipps-fuer-zu-hause-27952>

8. Handlungsfeld Sonstiges

Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung sind integrative Themen: Viele Aspekte greifen ineinander. Einige Fördermaßnahmen bieten größeres Potenzial für eine positive Wirkung, wenn sie im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung „weitergedacht“ werden. Dieses Potenzial soll mit den Sonderförderungen gehoben werden.

Maßnahme	Förderhöhe	Bedingungen	Nachweise
Integrative Klimaschutzprojekte (z. B. Errichtung Bürgerenergieanlage, Anlage und anschließende Pflege von Gemeinschaftsgärten)	(400 € pauschal)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Mind. 5 Personen bilden die Initiative oder Genossenschaft ➤ Beitrittsmöglichkeit muss gegeben sein (Eine Eignung vorausgesetzt.) ➤ Es sollte ein langfristig tragfähiges Konzept vorhanden sein 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Fachbetrieb oder Sachkosten ✓ Foto der Maßnahme (mit Lageangabe) ✓ Kurzbeschreibung der Konzeptidee
Gründung einer solidarischen Landwirtschaft auf einem Bauernhof oder auf einer geeigneten innerstädtischen Nutzfläche	(1.000 € pauschal)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Plausibles Bewirtschaftungskonzept ➤ Nutzung Erstberatung des Netzwerkes Solidarische Landwirtschaft ➤ Wenn zuvor kein Bauernhof mit landwirtschaftlichen Erfahrungen bestand, müssen Neugründungen Fachkompetenz nachweisen (landwirtschaftliche Ausbildung/Studium mit Nachhaltigkeitsschwerpunkt) ➤ Neben der ökologischen Produktion sollen auch soziale Aspekte (z. B. durch Veranstaltungen, Mitmachangebote und Workshops) unterstützt werden 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Vorlage und Erläuterung des Konzeptes ✓ Beratungsnachweis ✓ Foto der Anbaufläche (mit Lageangabe) ✓ ggf. Kompetenznachweis

Beratung für Gründung einer solidarischen Landwirtschaft:

<https://www.solidarische-landwirtschaft.org/solawis-aufbauen/beratung-vom-netzwerk>

Netzwerk Urbane Gärten Siegen-Wittgenstein:

<https://www.lebensmittelteilen.de/urban-gardening-siegen-wittgenstein>

Informationen zum Thema Bürgerenergie:

<https://www.buendnis-buergerenergie.de/>

9. Allgemeine Förderbestimmungen

9.1 Was ist zu beachten?

- Eine Kontaktaufnahme mit der Ansprechperson der Stabsstelle Klimaschutz (z. B. telefonisch oder per E-Mail) bei Unklarheiten/offenen Fragen ist in jedem Fall, vor der Antragsstellung oder im Rahmen der Abwicklung, erwünscht.
- Es gilt ein Förderhöchstbetrag von max. 3.000 Euro pro Jahr und pro Haushalt.
- Mehrere verschiedene Maßnahmen können gemeinsam zur Auszahlung beantragt werden.
- Es wird pro Haushalt und Jahr nur je eine gleichartige Maßnahme gefördert (z. B. Ein E-Roller pro Haushalt pro Jahr).
- Als Neubauten gelten hier alle Objekte, die ab 01.01.2020 errichtet wurden.
- Die „entstandenen Kosten laut Beleg“ können aus Sach- und Materialkosten (inkl. Mieten von Geräten) sowie aus Planungs- und Baukosten von Dienstleistern bestehen. Für die Festlegung der Förderhöhe können nur die „entstandenen Kosten laut Beleg“ anerkannt werden, die eindeutig der förderfähigen Maßnahme zuzuordnen sind und die für die Realisierung dieser Maßnahme erforderlich sind.
- Wenn Rechnungskopien bzw. Nachweise von Verträgen als Nachweise gefordert werden, gilt: Die Unterlagen müssen den Verkaufenden/Anbietenden, den Kaufenden/Nutzenden, die genaue Bezeichnung der Maßnahme/des Objektes und die Anzahl des Produktes/der Produkte sowie den gezahlten Preis enthalten.
- Kumulierungen mit anderen Förderprogrammen sind möglich, sofern diese ihrerseits eine Kumulierung zulassen. Es erfolgt keine Prüfung seitens der Stadt zur Verträglichkeit mit anderen Förderprogrammen und die Stadt übernimmt keine Haftung für durch die städtische Förderung ggf. wegfallende oder gekürzte Fördermittel oder steuerliche Vergünstigungen an anderer Stelle. Tipp: <https://tool.energy4climate.nrw/foerder-navi>
- Der Geltungsbereich ist auf das Stadtgebiet der Stadt Siegen begrenzt. Maßnahmen die in anderen Kommunen umgesetzt werden, werden nicht über diese Richtlinie gefördert.
- Förderfähig sind alle Maßnahmen die im aktuellen Jahr, sowie im jeweiligen Vorjahr umgesetzt wurden. Eine Antragsstellung rückwirkend über diesen Zeitraum hinaus ist ausgeschlossen.
- Für denkmalgeschützte Gebäude ist die Zustimmung der unteren Denkmalschutzbehörde der Stadt Siegen vorzulegen (Abteilung Bauaufsicht).
- Das Förderprogramm verteilt an Privatpersonen ausschließlich städtische Haushaltsmittel als Fördermittel. Das Förderprogramm insgesamt läuft bis 31.12.2023.
- Es besteht kein Rechtsanspruch auf Förderung.

9.2 Was wird nicht gefördert?

- Maßnahmen, die vor dem 01.01.2021 umgesetzt wurden. Ebenso werden keine Maßnahmen gefördert, deren Umsetzung länger zurückliegt, als das Vorjahr der Antragsstellung.
- Maßnahmen, die gegen (bau)rechtliche Belange bzw. Gesetze oder Verordnungen verstoßen. Antragsstellende haben die baurechtliche Zulässigkeit und Rechtmäßigkeit sicherzustellen.
- Maßnahmen, bei denen die Angemessenheit der Kosten nicht zweifelsfrei festgestellt werden kann.
- Eigenleistungen in Form von selbst geleisteter Arbeit. Bei Eigenleistung sind nur Sach-/Materialkosten förderfähig.
- Bäume, Sträucher und andere Gestaltungselemente werden nicht gefördert, wenn die Besitzer durch den dort geltenden B-Plan zu einer Bepflanzung verpflichtet sind.
- Maßnahmen an Gebäuden, bei denen weniger als 50 % der Fläche für Wohnzwecke genutzt wird, sowie Maßnahmen an allen Gebäuden mit mehr als 10 Wohneinheiten.
- Maßnahmen, deren Umsetzung gesetzlich vorgeschrieben ist.

10. Antrags- und Bewilligungsverfahren – Wie läuft das ab?

10.1 Antragsstellung

- Wie stelle ich einen Antrag?

- Die Abwicklung erfolgt vornehmlich digital. Anträge können unter der folgenden Internet-Adresse über ein dort verlinktes Online-Formular <https://www.siegen.de/leben-in-siegen/energie-und-klima/klimaschutz-in-siegen/Klimaförderprogramm/> gestellt werden.
- In Ausnahmefällen kann die Förderung auch schriftlich beantragt werden. Ein Antragsformular stellt die Stadt Siegen auf gesonderte Anfrage in gedruckter Form zur Verfügung.
- Förderanträge sind möglichst vollständig zusammen mit den benötigten Unterlagen einzureichen.

- Wann stelle ich einen Antrag?

- Im Regelfall erfolgt eine Antragsstellung auf Fördermittel nach bereits erfolgter Umsetzung der Maßnahme und Zahlung durch den Antragssteller. Die Förderung ist in diesem Sinne ein „Rechnungszuschuss“.
- Antragsstellungen sind grundsätzlich nur bis zum 30.11. des aktuellen Jahres möglich, sofern keine abweichenden Fristsetzungen seitens der Stabsstelle Klimaschutz der Stadt Siegen bekannt gegeben werden. Danach eingehende Anträge werden entweder nicht angenommen indem das elektronische Antragsformular vorübergehend geschlossen wird oder erst vorbehaltlich der Freigabe von Haushaltsmitteln im Folgejahr bearbeitet.
- Für alle Anträge und zugehörige Unterlagen gilt, dass diese bis zum Ende der Antragsfrist (i.d.R. 30.11. des aktuellen Jahres) vollständig der Stadt Siegen vorliegen müssen, damit die Abwicklung im aktuellen Haushaltsjahr erfolgen kann. Ist das nicht der Fall, wird der Förderantrag abgelehnt.
- Mit Beginn des jeweils nächsten Jahres, bzw. nach Aufstellungsbeschluss des Haushaltes, stehen wieder Fördermittel zur Verfügung. Es können neue Förderanträge gestellt werden, sobald das Online-Antragsformular wieder auf der Internetseite der Stadt Siegen freigeschaltet worden ist (beziehungsweise können Anträge bearbeitet werden, die zuvor bereits eingegangen sind, sofern das Antragsformular offen gelassen wurde).

10.2 Prüfung und Bewilligung der Zuschüsse – Wie geht es weiter?

- Vollständige Anträge werden in der Reihenfolge des Eingangsdatums bearbeitet. Als das „Eingangsdatum“ des Antrags gilt das Datum, zu dem alle erforderlichen Unterlagen vollständig vorliegen.
- Wenn Anträge nicht mit den vollständigen Unterlagen eingereicht wurden, fordert die Stadt diese nach. Der Antrag bleibt weiterhin gültig und ist nicht erneut zu stellen. Die Stadt kann für die Nachreichung von Unterlagen angemessene Fristen setzen, die von den allgemeinen Fristen zur Einreichung der vollständigen Unterlagen abweichen. Halten Antragsstellende diese Frist nicht ein, kann die Stadt Förderanträge auch vor dem 30.11. ablehnen.
- Die fachliche Antragsprüfung und Festsetzung der Zuschüsse wird von der Stabsstelle Klimaschutz der Stadt Siegen übernommen. In Fachfragen zum Thema Erneuerbare Energien sowie Bauen und Sanieren kann einzelfallbezogen ein Energieberater oder eine Energieberaterin der Verbraucherzentrale NRW einbezogen werden.
- Die Anträge sind möglichst vollständig mit allen zugehörigen Nachweisen einzureichen.
- Vollständige Anträge werden in der Reihenfolge des Eingangsdatums bearbeitet. Das Datum, zu dem alle erforderlichen Unterlagen vollständig vorliegen, zählt als das „Eingangsdatum“ des Antrags.
- Die Bewilligung der Zuschüsse erfolgt nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel, inkl. ggf. separater Budgets für besondere Maßnahmen, sowie unter der Voraussetzung,

dass die in den Richtlinien genannten Förderbedingungen erfüllt sind und alle Nachweise vorliegen.

- Sollten mehr Anträge eingehen als Budget vorhanden ist, werden die Antragsstellenden zunächst entsprechend informiert. Sollten wieder Mittel verfügbar sein, z. B. weil derzeit in Prüfung befindliche Anträge negativ beschieden werden, rücken die Anträge in der Reihenfolge des Eingangsdatums nach.
- Ab einem Antragsüberhang von 15.000 Euro über dem Gesamtförderbudget können keine Förderanträge mehr gestellt werden. Das Online-Antragsformular ist dann nicht mehr verfügbar und postalisch eingehende Anträge werden nicht angenommen. Sobald dieser Fall eintritt, wird die Stadt Siegen auf Ihrer Internetseite und in den Medien darüber berichten.
- Nach erfolgter Entscheidung über die Bewilligung werden die Antragssteller zunächst per E-Mail über das Ergebnis der Prüfung informiert, die Auszahlung der Fördermittel wird anschließend in die Wege geleitet.
- Nach Bewilligung der Förderung erhalten die Antragstellenden ggf. von der Stadt Siegen per E-Mail (bzw. per Post) ein Dokument „Bestätigung über den Erhalt von städtischen Fördermitteln im Bereich Klimaschutz“. Dieses Dokument ist dann von den Antragsstellenden unterschrieben zurückzusenden.

10.3 Pflichten der Antragstellenden - Was muss ich beachten?

- Haus- bzw. Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer haben ihre Mieterinnen und Mieter rechtzeitig auf die beabsichtigten Maßnahmen hinzuweisen.
- Sanierungs- und Modernisierungskosten, bzw. der durch dieses Förderprogramm geförderte Anteil dieser Kosten, dürfen nicht als Grundlage für eine Mieterhöhung herangezogen werden. Die gesetzlichen Bestimmungen zu Mieterhöhungen sind zu beachten.
- Bei Veräußerung der bezuschussten Maßnahme gehen die Pflichten auf den neuen Eigentümer oder die neue Eigentümerin über.
- Beschäftigte der Stadt Siegen oder von der Energieberatung der Verbraucherzentrale NRW in Siegen dürfen bei begründetem Bedarf die bezuschussten Grundstücke, Gebäude bzw. Wohnungen für Prüfungen und Messungen nach Voranmeldung betreten, um die Umsetzung der Maßnahmen nachzuvollziehen (für die Dauer der Bindungsfristen).
- Die Stadt Siegen ist berechtigt, Belege und Unterlagen der bezuschussten Maßnahmen einzusehen und zu prüfen bzw. prüfen zu lassen. Die Aufbewahrungsfrist beträgt 5 Jahre.

Ausführung der Maßnahmen

- Die Ausführung der bewilligten Maßnahmen z. B. im Bereich Bauen und Sanieren geschieht in der Regel durch das Fachhandwerk. Die Investitionskosten umfassen Material und Montage. Die Mehrwertsteuer wird berücksichtigt.
- Im Falle von Eigenleistungen werden nur die durch Rechnung belegten Sachaufwendungen bezuschusst. Die Mehrwertsteuer wird berücksichtigt.

Nachweise

- Die je Fördermaßnahme im Kap. 4 bis 8 aufgeführten Nachweise sind vollständig vorzulegen.
- Die Nachweise dienen dazu, die Einhaltung der Bedingungen je Maßnahme sicherzustellen.
- Alle Nachweise sind als Scan/Foto digital einzureichen. Ausnahmen in Form von Papier-Kopien sind möglich, sofern eine digitale Abwicklung für den Antragssteller unzumutbar ist.

10.4 Auszahlung der Zuschüsse

- Pro Haushalt und Jahr werden maximal 3.000 Euro ausbezahlt.
- Es gilt eine Bagatellgrenze für Auszahlungen von 50 Euro pro Antrag.
- Die finanzielle Förderung wird als einmaliger Zuschuss gewährt.
- Bei prozentualer Förderung wird die Förderhöhe auf Basis des Brutto-Betrages ermittelt.

- Die Auszahlung des Förderbetrages an die Antragsstellenden erfolgt mathematisch jeweils entsprechend auf- oder abgerundet auf zwei Stellen hinter dem Komma.
- Die Stadt Siegen behält sich vor, den gewährten Zuschuss komplett bzw. anteilig zuzüglich einer eventuellen Verzinsung nach § 49a VwVfG NRW zurückzufordern, wenn gegen eine Bedingung dieser Richtlinie oder gegen die darin formulierten Verpflichtungen, innerhalb der Zweckbindungsfrist von 5 Jahren verstoßen wird.
- Die Zweckbindungsfrist beginnt mit dem Datum der Auszahlung der Förderung und läuft fünf Jahre. Die Zweckbindung umfasst den grundsätzlichen Erhalt/Weiterbetrieb der geförderten Maßnahmen mit den zugehörigen Bedingungen über die Dauer der Zweckbindungsfrist – die Förderung soll dauerhaft wirken im Sinne des Klimaschutzes und der Klimafolgenanpassung.
- Die Auszahlung erfolgt erst, wenn die unten stehenden Bedingungen erfüllt sind:
 - Alle Unterlagen sind vollständig eingereicht und eine fachliche Prüfung hat stattgefunden, welche positiv ausgefallen ist.
- Bei dem Klimaförderprogramm der Stadt Siegen handelt es sich um eine freiwillige Leistung aus städtischen Haushaltsmitteln.
- Ein Rechtsanspruch auf Bewilligung von Zuschüssen besteht nicht.
- Die Zuteilung erfolgt im Rahmen der haushaltsrechtlich zur Verfügung stehenden Mittel in der Reihenfolge des Eingangs der vollständigen prüfungsfähigen Anträge (einschließlich der erforderlichen Nachweise).
- Wenn die haushaltsrechtlich bereitgestellten Mittel aufgebraucht sind, findet in der Lokalpolitik eine Beratung und Entscheidung über eine etwaige Erhöhung der Mittel statt. Zu einer Erhöhung ist die Stadt Siegen/der Rat jedoch nicht verpflichtet.
- Bei einer gravierenden Änderung der Finanzlage ist die Stadt berechtigt, das Förderprogramm zu stoppen und keine Förderzusagen mehr zu erteilen. Dies ist anzunehmen, wenn die Änderung der Finanzlage zu einer haushaltswirtschaftlichen Sperre oder zu einem Haushaltssicherungskonzept in dem betreffenden Jahr führt oder geführt hat.

11.Datenschutz

Mit Beantragung der Förderung willigen Sie als Fördermittelnehmenden ein, dass die Stadt Siegen Ihre personenbezogenen Daten zum Zwecke der Prüfung des Förderanspruchs, der Rückfrage zu Antragsunterlagen sowie zur Auszahlung der Förderung und einer Evaluation im Zeitraum der Bindungsfrist von fünf Jahren verarbeitet. Die Daten werden nicht an Dritte – mit Ausnahme der Energieberatung der Verbraucherzentrale NRW für den Fall von Vor-Ort-Kontrollen oder zur Unterstützung bei der Antragsbearbeitung – weitergegeben. Die Daten werden nach dem Ablauf der Bindungsfrist gelöscht.

Die Stadt Siegen berichtet gegenüber der Kommunalpolitik über den Erfolg des Förderprogramms in Hinblick auf Klimaschutzeffekte und lokale Wertschöpfung. Zu diesem Zweck werden bei Bedarf anonymisierte Daten zu den gestellten Anträgen, den geförderten Maßnahmen, den Förderhöhen sowie zur Umsetzung in Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmen veröffentlicht.

Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie im Informationsblatt nach Art. 13 und 14 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) im Anhang.

12.Ansprechpartner

Erik Berge – Sachbearbeiter Klimaschutz
Stabsstelle Klimaschutz
Anschrift: Lindenplatz 7, 57078 Siegen
Tel.: 0271/ 404-3213
Email: e.berge@siegen.de

Die Energieberatung der Verbraucherzentrale NRW ist telefonisch Mo - Fr von 9 - 17 Uhr erreichbar.
Hotline: 0211/ 33-996-556

Die Energieberatung der Verbraucherzentrale NRW ist auch über den Energieverein Siegen-Wittgenstein e.V. zu buchen:

Di und Fr von 9 – 13 Uhr: 0271/ 37219903 / info@energieverein-siwi.de

Alle Infos zum Förderprogramm: <https://www.siegen.de/leben-in-siegen/energie-und-klima/klimaschutz-in-siegen/Klimaförderprogramm/>

13. Inkrafttreten, Veröffentlichung und Anpassungen

Diese vorliegende Version der Richtlinie tritt zum 01.05.2022 in Kraft. Sie gilt für laut dieser Richtlinie förderfähige Maßnahmen, die ab dem 01.01.2021 umgesetzt werden (Rechnungsdatum ab 01.01.2021), für die eine Förderung ab dem 01.05.2022 beantragt wurde und die die übrigen Bedingungen erfüllen. Die Richtlinie wird veröffentlicht am 25.04.2021. Die Richtlinie ist bis zum 31.12.2023 gültig, solange die Stadt Siegen keine weitere Änderung der Laufzeit beschließt. Die vorherige Version der „Richtlinie zum Klimaschutz- und -anpassungsförderprogramm der Stadt Siegen“ wird damit zum 30.04.2022 vorzeitig außer Kraft gesetzt.

Eine Änderung der Inhalte der Förderrichtlinie ist nur mit entsprechenden politischen Beschlüssen möglich sowie auf Basis einer erfolgten Evaluation des Erfolgs des Förderprogramms/der Richtlinie durch die Stadtverwaltung. Auf die Richtlinie wird in der örtlichen Presse und auf der Internetseite der Stadt Siegen, sowie in sozialen Medien hingewiesen.

Die Förderrichtlinie und das digitale Antragsformular stehen im Internet unter <https://www.siegen.de/leben-in-siegen/energie-und-klima/klimaschutz-in-siegen/Klimaförderprogramm/> bereit.

Siegen, 07.04.2022

Bürgermeister Steffen Mues

Anhang: Informationsblatt „Datenschutz nach DS-GVO“

nach Art. 13 und 14 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) bei der Stadt Siegen im Zuge der Abwicklung des „Klimaschutz- und -anpassungsförderprogramms der Stadt Siegen“

Die DS-GVO bildet die gesetzliche Grundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten. Diese stärkt die Rechte der betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Die Wahrung der Transparenz bei der Datenverarbeitung ist für die Stadt Siegen von besonderer Bedeutung. Hiermit kommen wir Ihrem Informationsanspruch nach und teilen Ihnen folgendes mit:

Verantwortliche/r:	<p>Bürgermeister der Stadt Siegen Rathaus Siegen Markt 2, 57072 Siegen Telefon: 0271/404-0, Telefax: 0271/21684 E-Mail: info@siegen.de</p> <p>Die Stadt Siegen ist eine Körperschaft des Öffentlichen Rechts. Sie wird vertreten durch den Bürgermeister Steffen Mues. Umsatzsteuer-Identifikationsnummer gemäß § 27 a Umsatzsteuergesetz: DE126569507.</p> <p><u>Verantwortliche Fachabteilung</u> für Bearbeitung von Förderanträgen nach dieser Richtlinie: Stabsstelle Klimaschutz</p>
Datenschutzbeauftragte/r:	<p>Behördlicher Datenschutzbeauftragter der Stadt Siegen</p> <p>Herr Michael Haas, Abt. 2/1 Recht und Versicherungen Rathaus Weidenau Weidenauer Straße 211-213, 57076 Siegen Telefon: 0271/404-3203, Telefax: 0271/404-36-3203 E-Mail: datenschutzbeauftragter@siegen.de</p>
Zweck und Notwendigkeit: (Art. 30 Abs. 1 Buchst. b))	<p>Die Stadt Siegen verarbeitet personenbezogene Daten zum Zweck der Abwicklung der gestellten Förderanträge im Rahmen des „Klimaschutz- und -anpassungsförderprogramms der Stadt Siegen“.</p> <p>Die Stadt Siegen darf nur dann an andere Personen oder Stellen personenbezogene Daten weitergeben, wenn Sie dem zugestimmt haben oder die Weitergabe gesetzlich zugelassen ist.</p>
Rechtsgrundlage:	<p>Die Verarbeitung der Daten erfolgt auf Grundlage: Art. 6 Abs. 1 Buchst. e) DS-GVO (Einwilligung der betroffenen Person)</p>
Empfänger/Kategorien von Empfängern: (Art. 30 Abs. 1 Buchst. d))	<p><u>Interne Stellen:</u> 3/1-2 Stadtkasse: Zur Überprüfung der Zahlungsvorgänge und Erstellung der Mahnungen, Rechnungsprüfungsamt: Zur Überprüfung der ordnungsgemäßen Abwicklung der Prüfung und Auszahlung.</p> <p><u>Externe Stellen:</u> Verbraucherzentrale NRW-Energieberatung Siegen: Zum Zweck der Unterstützung bei Antragsbearbeitung sowie für Kontrollen der bedingungskonformen Umsetzung der geförderten Maßnahmen nach Umsetzung für die Dauer der</p>

	Zweckbindungsfrist von 5 Jahren.
Übermittlung an ein Drittland / internationale Organisation: (Art. 30 Abs. 1 Buchst. e))	Eine Datenübermittlung findet nicht statt und ist auch nicht geplant.
Speicherdauer bzw. – kriterien: (Art. 30 Abs. 1 Buchst. f))	Die Daten werden für die Dauer der Zweckbindungsfrist (5 Jahre) gespeichert und nach Ablauf dieser Frist gelöscht. Die Zweckbindungsfrist beginnt mit dem Datum der Auszahlung der Fördermittel.
Betroffenenrechte:	<p>Auskunftsrecht (Art. 15) Recht auf Berichtigung (Art. 16) Recht auf Löschung (Art. 17) Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18) Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20) Widerspruchsrecht (Art. 21) Ihr Beschwerderecht (Art. 77) können Sie unter anderem bei der/dem Landesbeauftragte/n für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen wahrnehmen.</p> <p><u>Kontaktdaten der Aufsichtsbehörde:</u> Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen, Postfach 20 04 44, 40102 Düsseldorf Hausanschrift: Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf Tel.: 0211 38424-0, Fax-Nr.: 0211 38424-10, E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de</p>



Richtlinie zum Klimaschutz- und -anpassungsförderprogramm der Stadt Siegen

1. Novellierte Fassung vom 12.01.2022.

Inhalt

1. Förderzweck – Was soll erreicht werden?	2
2. Antragsberechtigte – Wer kann Anträge stellen?	2
3. Übersicht Handlungsfelder.....	3
4. Handlungsfeld Mobilität.....	4
5. Handlungsfeld Bauen und Sanieren	6
6. Handlungsfeld Erneuerbare Energien	8
7. Handlungsfeld Klimafolgenanpassung	10
8. Handlungsfeld Sonstiges	13
9. Allgemeine Förderbestimmungen.....	14
9.1 Was ist zu beachten?.....	14
9.2 Was wird nicht gefördert?.....	14
10. Antrags- und Bewilligungsverfahren – Wie läuft das ab?	15
10.1 Antragsstellung.....	15
10.2 Prüfung und Bewilligung der Zuschüsse – Wie geht es weiter?.....	15
10.3 Pflichten der Antragstellenden - Was muss ich beachten?.....	16
10.4 Auszahlung der Zuschüsse.....	16
11. Datenschutz.....	18
12. Ansprechpartner.....	18
13. Inkrafttreten, Veröffentlichung und Anpassungen	19
Anhang: Informationsblatt „Datenschutz nach DS-GVO“	20

1. Förderzweck – Was soll erreicht werden?

Die Universitätsstadt Siegen ist bereits seit vielen Jahren im Klimaschutz aktiv. Seit 1995 ist die Stadt Mitglied im Klima-Bündnis, welches Vorreiter im globalen und lokalen Klimaschutz ist. Die Mitglieder beschäftigen sich auf lokaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene mit den Themen Klimaschutz, Reduktion von CO₂-Emissionen, Biodiversität und Tropenwaldschutz.

Von 2009 bis 2011 und 2012 bis 2015 hat die Stadt den European Energy Award® (eea) erfolgreich durchlaufen, einem internationalen Qualitätsmanagement- und Zertifizierungsinstrument für den kommunalen Klimaschutz. Die Stadt Siegen hat gleich im ersten Anlauf vorzeitig die Zertifizierung des European Energy Award® geschafft. Ebenso erfolgte 2015-2017 eine Teilnahme am eea-plus, einem Vorläufer des heutigen European Climate Adaptation Award (eca), einem Qualitätsmanagement- und Zertifizierungsinstrument zur Identifikation der Anpassungskapazität und zur Ermittlung und Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen.

Inhalte des seit Mai 2014 vorliegenden „Integrierten Klimaschutzkonzeptes für den Kreis Siegen-Wittgenstein und die Stadt Siegen“ wurden mit den Erkenntnissen aus eea und eea-plus zusammengeführt, um das „Zielkonzept Stadt Siegen Klimaschutz und Klimaanpassung“ zu entwickeln, welches zahlreiche Zielsetzungen und Maßnahmenvorschläge enthält.

Die Universitätsstadt Siegen hat im Hinblick auf den Klimaschutz am 25.09.2019 und 26.02.2020 weitreichende Ratsbeschlüsse getroffen. So sollen unter anderem die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Entscheidungen berücksichtigt werden. Weiterhin sollen erneuerbare Energien ausgebaut werden. Dazu sollen lokal und regional (über die Stadtgrenzen hinaus) Maßnahmen zur Nutzung regenerativer Energien ergriffen werden.

Im Hinblick auf die vorliegenden Ziele der Stadt Siegen, sollen mit diesem Förderprogramm die Privathaushalte dabei unterstützt werden Maßnahmen aus verschiedenen Handlungsfeldern umzusetzen, welche die Zielerreichung unterstützen.

2. Antragsberechtigte – Wer kann Anträge stellen?

- Bürgerinnen und Bürger mit Erstwohnsitz in Siegen
- Mieterinnen und Mieter sowie Eigentümerinnen und Eigentümer von Immobilien in Siegen
- Privatpersonen aus Siegen (keine Unternehmen oder Institutionen)

3. Übersicht Handlungsfelder

Nachfolgend finden Sie eine Übersicht zu den über diese Richtlinie förderfähigen Förderbausteinen aus den fünf Handlungsfeldern. Detailinformationen entnehmen Sie bitte den nachfolgenden Seiten. Sie werden dort auch auf einige weitere Förderprogramme verschiedener Akteure hingewiesen.

Klimaförderprogramm Stadt Siegen				
Mobilität	Bauen und Sanieren	Erneuerbare Energien	Klimafolgenanpassung	Sonstiges
Anschaffung Lastenrad oder E-Lastenrad (bis 25 %, max. 350 €)	Dämmung von Bestandsgebäuden mit Naturdämmstoffen (25 %, bis 1.500 €)	Errichtung solarthermische Anlage auf Bestandsgebäude (Anlage für Warmwasserbereitung 500 € pauschal, Anlage zur Heizungsunterstützung/ Kombi-Anlage 750 € pauschal)	Flächenentsiegelung , ab 12m² (50 %, max. 500 € pro Projekt)	Integrative Klimaschutzprojekte (z. B. Errichtung einer Bürgerenergieanlage, Anlage und anschließende Pflege von Gemeinschaftsgärten) (400 € pauschal)
Anschaffung E-Roller oder E-Motorrad (bis 25 %, max. 750 €)	Türen-/Fenster austausch in Bestandsgebäuden (max. U-Werte W/m²K siehe Richtlinie, 50 € pro Fenster/ Tür, max. 1.000 €)	Installation Stecker-Solar-Gerät bis 0,6 kWp und Anschluss mit einem Wieland-Stecker (150 € pauschal)	Anlage zur Regenwassernutzung ab 2 m³ (20 %, max. 500 €)	
Kauf-Prämie für gebrauchte E-Autos (älter als ein Jahr, pauschal 500 €)	Nachträglicher Einbau von Lüftungsanlagen mit Wärmerückgewinnung (10 %, max. 800 €)	Steuerberatung Photovoltaik (200 € pauschal)	Umwandlung von artenarmen Schotter- und Kiesgärten in hochwertige Lebensräume (ab 5 m², 50 %, max. 500 €)	Landwirtschaft auf einem Bauernhof/ einer geeigneten innerstädtischen Fläche (1.000 € pauschal)
Errichtung eines Solarcarports / einer Solargarage (500 € pauschal, bei Kombination mit der Errichtung einer E-Ladesäule 800 € pauschal)	Heizungspumpentausch (50 € pro Pumpe, maximal 200 €)	Erwerb und Errichtung einer neuen Brennstoffzellenheizung (1.000 € pauschal)	Pflanzprämie für das Anpflanzen von mind. 3 Bäumen in privaten Gärten (50 €/Baum, max. 500 €)	
	Durchführung Hydraulischer Abgleich (150 € pauschal)		Abschottungen von Öffnungen in der Gebäudehülle (20 %, max. 800 €)	
	Durchführung Luftdichtheitsmessung in Bestandsgebäuden (150 € pauschal)		Einbau von Rückstausicherungen , (400 € pauschal)	
	Errichtung Passivhaus oder Plusenergiehaus (2.000 € pauschal)		Konstruktive Erhöhung von Lichtschachtoberkanten, Sockelmauern und Türschwellen (20 %, max. 500 €)	
			Erstellen oder Erhöhen von Ablenkmauern und -dämmen , Erhöhen von Hauszugängen , Installation von Schutztoren oder Klappschotten (20 %, max. 1.000 €)	
			Sommerlicher Wärmeschutz (15 %, max. 300 €)	

Es können verschiedene Module kombiniert werden. Die Fördersumme wird auf 3.000 € je Antragssteller und Jahr begrenzt.

Hinweis: Die Förderung der Dach- und Fassadenbegrünung läuft derzeit über ein gesondertes Förderprogramm der Umweltschutzabteilung der Stadt Siegen.




4. Handlungsfeld Mobilität

Der Verkehrssektor hat in den vergangenen Jahrzehnten keinen ausreichenden Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Im Gegenteil sind die Kraftstoffverbräuche und Emissionen u. a. durch größere Fahrzeuge und ein erhöhtes Verkehrsaufkommen sogar gestiegen. Die nötige Mobilitätswende erfordert daher: Weniger Autoverkehr, mehr Rad- und ÖPNV-Nutzung und auch die Nutzung alternativer Antriebe.

Allgemeine Bedingung in diesem Bereich: Die Nutzung von zu 100 % erneuerbar erzeugtem Strom für die Ladung zu Hause (außer Maßnahme Solarcarport), nachweisbar durch zwei mögliche Varianten:

Variante 1: Nachweis für Bezug von Ökostrom mit „Ok Power Label“ oder dem „Grüner Strom Label“ der Umwelt- und Verbraucherverbände (**Rechnungskopie**) - ein Zertifikat mittels Herkunftsnachweisen reicht nicht aus.

Variante 2: Nachweis einer Anlage zur Erzeugung erneuerbarer Energie, welche am Objekt angebracht ist und über die die Ladung des Fahrzeugs erfolgt – Nachweis mittels Auszug aus dem Marktstammdatenregister.

Maßnahme	Förderhöhe	Bedingungen	Nachweise
Anschaffung Lastenrad oder E-Lastenrad	(bis 25 %, max. 350 €)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Es werden nur Fahrräder gefördert, die serienmäßig fest montierte Vorrichtungen haben, um Kinder oder Gegenstände vorschriftsmäßig zu transportieren und die im zugelassenen Gesamtgewicht mindestens 40 kg zusätzlich zum Fahrer transportieren können. 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Anschaffung ✓ Nachweis Nutzung Ökostrom (nur bei E-Lastenrad) ✓ Technische Daten des Lastenrades (z. B. Technische Ausstattungsmerkmale)
Anschaffung E-Roller oder E-Motorrad	(bis 25 %, max. 750 €) 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ersatz regelmäßig stattfindender Fahrten, die sonst mit dem PKW zurückgelegt wurden: mind. 10 km pro Weg. 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Anschaffung ✓ Nachweis Nutzung Ökostrom ✓ Abgabe Erklärung zum Ersatz von PKW-Fahrten
Kauf-Prämie für gebrauchte E-Autos	(pauschal 500 €)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Das gekaufte Fahrzeug ist älter als ein Jahr ➤ rein elektrisch betrieben (keine Hybrid-Fahrzeuge) ➤ dient als Ersatz für ein gebrauchtes Verbrenner-Fahrzeug (E-Auto dient nicht als zusätzliches Fahrzeug)  ➤ Maximalverbrauch 20 kWh/100 km (Herstellerangabe WLTP in kWh/100 km) ➤ Verkauf nicht innerhalb der eigenen Familie 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Anschaffung ✓ Nachweis Nutzung Ökostrom ✓ Kopie Zulassungsbescheinigung ✓ Nachweis Abmeldung Alt-Fahrzeug (Kopie Unterlagen der Zulassungsstelle) ✓ Nachweis Folgenutzung, entweder Entsorgung oder Verkauf
Errichtung eines Solarcarports / einer Solargarage	(500 € pauschal; bei Kombination mit der Errichtung einer E-Ladesäule/ Wallbox 800 € pauschal) 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Errichtung zur privaten Nutzung (keine öffentlichen Ladestationen) 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Anschaffung und Installation ✓ Foto der Maßnahme

Im Handlungsfeld Mobilität gibt es weitere **externe Förderungen**, auf einige möchten wir hinweisen:



Die SVB bietet ihren Kunden mit dem „**SVB Förderprogramm Energieeffizienz**“ ebenfalls verschiedene Fördermöglichkeiten für Heimpladestationen sowie den E-Bike- oder Pedelec-Erwerb.

<https://www.svb-siegen.de/foerderprogramm>

progres.NRW - Emissionsarme Mobilität. Förderung der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge:

<https://www.bra.nrw.de/energie-bergbau/foerderinstrumente-fuer-die-energiewende/foerderung-der-ladeinfrastruktur-fuer-elektrofahrzeuge>

Ladestationen für Elektroautos – Wohngebäude (KfW-Programm 440):

<https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/Privatpersonen/Bestehende-Immobilie/Foerderprodukte/Ladestationen-fuer-Elektroautos-Wohngebäude>

BAFA-Elektromobilität (Umweltbonus) Kaufprämie für Elektrofahrzeuge:

https://www.bafa.de/DE/Energie/Energieeffizienz/Elektromobilitaet/Neuen_Antrag_stellen/neuen_antrag_stellen.html

Befreiung von der Kfz-Steuer: Reine Elektrofahrzeuge (einschließlich Brennstoffzellenfahrzeuge) sind derzeit von der Kfz-Steuer für zehn Jahre ausgenommen, daran anschließend ermäßigt sich die zu zahlende Kraftfahrzeugsteuer:

https://www.zoll.de/DE/Fachthemen/Steuern/Verkehrssteuern/Kraftfahrzeugsteuer/Steuerverguenstigung/Elektrofahrzeuge/elektrofahrzeuge_node.html

5. Handlungsfeld Bauen und Sanieren

Der Wärmebedarf unserer Wohngebäude muss deutlich sinken und es braucht erneuerbare Wärmequellen. Die Energiewende ist in diesem Sinne auch eine Wärmewende und eine Bauwende.

Allgemeine Bedingungen in diesem Bereich: Eine Vor-Ort-Energieberatung ist vor der Umsetzung einiger Maßnahmen notwendig (mindestens eine Vor-Ort-Beratung z. B. durch die Verbraucherzentrale NRW mit entsprechendem Schwerpunkt. Alternativ eine Beratung gemäß BAFA oder DENA von gelisteten Energieberatern). Nachweis: Beratungsprotokoll bzw. Rechnung der Beratung. Gilt nicht bei „Errichtung Passivhaus oder Plusenergiehaus“, die „Durchführung Hydraulischer Abgleich“, die Durchführung Luftdichtheitsmessung in Bestandsgebäuden und den „Heizungspumpentausch“.

Maßnahme	Förderhöhe	Bedingungen	Nachweise
Dämmung von Bestandsgebäuden mit Naturdämmstoffen [Außenwand, oberste Geschossdecke (OGD), Dach, Kellerdecke und Boden gegen Erdreich, außerdem Innenwand (sofern diese beheizte von unbeheizter Fläche trennt)]	(25 %, bis max. 1.500 €)	<ul style="list-style-type: none"> Nur für Bestandsobjekte Folgende U-Werte sind zu erfüllen: Außenwand: 0,22 W/(m²K), Außenwand gegen Erdreich: 0,28 W/(m²K), OGD und Dach: 0,22 W/(m²K), Kellerdecke und Boden gegen Erdreich: 0,28 W/(m²K), Innenwand : 0,28 W/(m²K) Nur Förderung von NaWaRo (Nachwachsenden Rohstoffen), Mineralwolle (z. B. Steinwolle, Glaswolle) oder recyceltem Material mit mindestens 60 % Recycling-Anteil (gilt nicht für Glaselemente) Keine Förderung erdölbasierter Neuprodukte 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Fachbetrieb (inkl. Nachweis U-Werte und Benennung vom Dämmmaterial) ✓ bei Eigenleistung/ Nachbarschaftshilfe: Erstattung Materialkosten auf Anfrage (Einzelfallentscheidung) ✓ Nachweis Energieberatung (z. B. Protokoll, Rechnung, etc.)
Türen-/Fenster austausch in Bestandsgebäuden	(50 € pro Fenster / pro Tür, max. 1.000 €)	<ul style="list-style-type: none"> Gilt nur für Bestandsobjekte Fenster; Max. Uw-Wert 0,95 W/(m²K) Als Fenster gilt ein zusammengehöriges Element für eine Öffnung in der Außenwand (nicht nur Verglasung). Balkon-/Terrassentüren zählen als Fenster (Türen meint hier nur die Hauseingangstüren) Dachflächenfenster; Max. Uw-Wert 1,0 W/(m²K) Außentüren beheizter Räume, Hauseingangstüren; Max. Ud-Wert 1,3 W/(m²K) 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Fachbetrieb (inkl. Nachweis U-Werte) ✓ Nachweis Energieberatung (z. B. Protokoll, Rechnung, etc.)
Nachträglicher Einbau von Lüftungsanlagen mit Wärmerückgewinnung	(10 %, max. 800 €)	<ul style="list-style-type: none"> Gilt nur für Bestandsobjekte Gilt nicht für Passivhäuser Wärmerückgewinnung Der notwendige Effizienzgrad orientiert sich an den technischen Mindestanforderungen der KfW (unter www.kfw.de) Die Lüftungsanlage wird mit 100 % Ökostrom betrieben (vgl. Beschreibung in Handlungsfeld 4). 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Fachbetrieb ✓ Nachweis Nutzung Ökostrom ✓ Nachweis Energieberatung (z. B. Protokoll, Rechnung, etc.)

Heizungspumpen-tausch	(50 € pro Pumpe, maximal 200 €)	➤ Gilt nur bei Einsatz von Hoch-effizienzpumpen	✓ Rechnung Fachbetrieb
Durchführung Hydraulischer Abgleich	(150 € pauschal)	➤ Nur für bestehende Heizsysteme	✓ Rechnung Fachbetrieb
Durchführung Luftdichtheitsmessung in Bestandsgebäuden	(150 € pauschal)	➤ Nur für Bestandsobjekte ➤ Vorschriften der Messnorm DIN EN 13829 werden eingehalten	✓ Rechnung Fachbetrieb
Errichtung Passivhaus oder Plusenergiehaus	(2.000 € pauschal)	➤ Hochgedämmte Gebäudehülle, Außenwände $U \leq 0,15 \text{ W/(m}^2\text{K)}$ ➤ Wärmerückgewinnung aus der Abluft >75% ➤ Dreifachverglasung $U_w \leq 0,8 \text{ W/(m}^2\text{K)}$	✓ Rechnung Fachbetrieb ✓ Nachweis zur Erfüllung der Standards via Architekt o. ä. ✓ Foto der Maßnahme

Energieberatungsangebote:

Einstiegsberatungen über die Verbraucherzentrale:

<https://verbraucherzentrale-energieberatung.de/beratung/>

Beratungsstützpunkt im Energieverein Siegen-Wittgenstein e.V.:

<https://www.energieverein-siwi.de/energieberatung/>

Ausführliche Beratungen, individuelle Sanierungsfahrpläne, Baubegleitung und Förderantragsstellung können durch in der Energieeffizienz-Expertenliste gelistete Beratende erfolgen:

<https://www.energie-effizienz-experten.de/fuer-private-bauherren/finden-sie-experten-in-ihrer-naehe>

Im Handlungsfeld Bauen und Sanieren gibt es weitere **externe Förderungen**, auf einige möchten wir hinweisen:

Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG):

https://www.bafa.de/DE/Energie/Effiziente_Gebaeude/effiziente_gebaeude_node.html

progres.nrw – Klimaschutztechnik (für Privatpersonen stehen nicht alle Förderbausteine zur Verfügung):

<https://www.nrwbank.de/de/foerderung/foerderprodukte/15645/progresnrw---programm-bereich-klimaschutztechnik.html>

https://www.bra.nrw.de/system/files/media/document/file/Foerderuebersicht%20gesamt_02.08.2021.pdf

Einkommenssteuergesetz - § 35c Steuerermäßigung für energetische Maßnahmen am selbstgenutzten Gebäude:

https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Gesetzestexte/Gesetze_Gesetzesvorhaben/Abteilungen/Abteilung_IV/19_Legislaturperiode/Gesetze_Verordnungen/2019-12-30-G-Umsetzung-Klimaschutzprogramm-Steuerrecht/0-Gesetz.html


Prüfung Solareignung über Solarkataster:






Solarpotenzialkataster Siegen-Wittgenstein: <https://www.solare-stadt.de/siwi/Solarpotenzialkataster>

Energieatlas LANUV: https://www.energieatlas.nrw.de/site/karte_solarkataster

6. Handlungsfeld Erneuerbare Energien

In Zukunft wird Strom zunehmend auch für die Erzeugung von Wärme und die Mobilität genutzt. Daher brauchen wir einen deutlichen Zuwachs an Anlagen zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen, neben mehr Energieeffizienz.

Allgemeine Bedingung in diesem Bereich: Eine Vor-Ort-Energieberatung (mind. durch z. B. Verbraucherzentrale NRW) ist vor Umsetzung der Maßnahmen „Errichtung solarthermische Anlage“ und „Errichtung Brennstoffzellenheizung“ notwendig. Nachweis: Beratungsprotokoll bzw. Rechnung der Beratung. 

Maßnahme	Förderhöhe	Bedingungen	Nachweise
Errichtung solarthermische Anlage auf Bestandsgebäude	(Anlage für Warmwasserbereitung 500 € pauschal, Anlage zur Heizungsunterstützung/ Kombi-Anlage 750 € pauschal) 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Gilt nicht für Neubauten ➤ kontinuierliche Beobachtung des Energieertrags ➤ im ersten Betriebsjahr Durchführung Solarwärme-Check der Verbraucherzentrale 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Fachbetrieb ✓ Nachweis Energieberatung (z. B. Protokoll, Rechnung, etc.) ✓ Nachweis/ Zusage Solarwärme-Check
Installation Stecker-Solar-Gerät bis 0,6 kWp	(150 € pauschal)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Einhaltung Norm für Photovoltaik-Wechselrichter ➤ Verwendung einer Einspeisesteckdose z. B. Wieland oder Stromerzeugungsgerät einen integrierten NA-Schutz nach VDE-AR-N 4105 ➤ Leistungsgrenze (0,6kWp) auf der Wechselstromseite des Wechselrichters eingehalten ➤ Keine Erweiterungen bestehender Stecker-Solar-Geräte  	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Fachbetrieb ✓ Nachweis NA-Schutz nach VDE-AR-N 4105 (falls kein Wieland-Stecker) 
Steuerberatung Photovoltaik (erste Steuererklärung nach der Inbetriebnahme einer PV-Anlage durch zugelassene Steuerberatende)	(200 € pauschal)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Empfehlung: Steuerberater sollte Seminar zur steuerlichen Behandlung von Photovoltaik-Anlagen besucht haben oder über Erfahrungen mit eigenen Anlagen verfügen.  	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Steuerberater
Erwerb und Errichtung einer neuen Brennstoffzellenheizung	(1.000 € pauschal) 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Gilt nicht für Neubauten ➤ Ersatz einer fossilen Heizung 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Fachbetrieb ✓ Nachweis Energieberatung (z. B. Protokoll, Rechnung, etc.)

Energieberatungsangebote:

Einstiegsberatungen über die Verbraucherzentrale:

<https://verbraucherzentrale-energieberatung.de/beratung/>

Beratungsstützpunkt im Energieverein Siegen-Wittgenstein e.V.:

<https://www.energieverein-siwi.de/energieberatung/>

Ausführliche Beratungen, individuelle Sanierungsfahrpläne, Baubegleitung und Förderantragsstellung können durch in der Energieeffizienz-Expertenliste gelistete Beratende erfolgen:

<https://www.energie-effizienz-experten.de/fuer-private-bauherren/finden-sie-experten-in-ihrer-naehe>

Im Handlungsfeld Erneuerbare Energien gibt es weitere **externe Förderungen**, auf einige möchten wir hinweisen:

Mit dem 1.000-Dächer-Programm des Kreises Siegen-Wittgenstein, steht ein Förderangebot für Photovoltaikanlagen in Kombination mit Batteriespeichern zur Verfügung, welches voraussichtlich bis 2023 weiter fortgeführt wird.

<https://www.siegen-wittgenstein.de/Kreisverwaltung/Themen-und-Projekte/1000-Dächer-Programm/>

Die SVB bietet ihren Kunden mit dem SVB Förderprogramm „Energieeffizienz“ ebenfalls eine Fördermöglichkeit für Photovoltaikanlagen.

<https://www.svb-siegen.de/foerderprogramm>

Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG):

https://www.bafa.de/DE/Energie/Effiziente_Gebaeude/effiziente_gebaeude_node.html

progres.nrw – Klimaschutztechnik (für Privatpersonen stehen nicht alle Förderbausteine zur Verfügung):

<https://www.nrwbank.de/de/foerderung/foerderprodukte/15645/progresnrw---programmbereich-klimaschutztechnik.html>

https://www.bra.nrw.de/system/files/media/document/file/Foerderuebersicht%20gesamt_02.08.2021.pdf

Prüfung Solareignung über Solarkataster:






Solarpotenzialkataster Siegen-Wittgenstein: <https://www.solare-stadt.de/siwi/Solarpotenzialkataster>

Energieatlas LANUV: https://www.energieatlas.nrw.de/site/karte_solarkataster

7. Handlungsfeld Klimafolgenanpassung

Hitze, Sturm, Starkregen und Dürre nehmen in Intensität und Häufigkeit zu. Sich darauf einzustellen und die Umgebung entsprechend zu gestalten, mit mehr Grün, mehr Verschattung und mehr Versickerungsmöglichkeiten - darum geht es u. a. in der Klimafolgenanpassung. Auch das Insektensterben ist eine Herausforderung, bei der man mit vielen kleinen Maßnahmen etwas bewirken kann.

Allgemeine Bedingung in diesem Bereich: Eine Doppelförderung / Kumulierung der Maßnahme „Flächenentsiegelung“ und „Umwandlung von artenarmen Schotter- und Kiesgärten“ ist nicht gestattet.

Maßnahme	Förderhöhe	Bedingungen	Nachweise
Flächenentsiegelung	(50 %, max. 500 €)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Fläche größer 12 m² ➤ Die entsiegelte Fläche darf nicht mehr abflusswirksam sein: Lockerung des Bodens oder Bepflanzung und ggf. vorhandenen Kanalanschluss versiegeln (vollständige Entsiegelung, mit Ausnahme kleiner Gehwege) ➤ Ausschluss Neuversiegelung (während Zweckbindungsfrist) 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Fachbetrieb oder Sachkosten ✓ Foto der Maßnahme (Vorher-Nachher-Vergleich) ✓ schriftliche Zusage auf Neuversiegelung zu verzichten
Anlage zur Regenwassernutzung	(20 %, max. 500 €)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Mindestens 2 m³ ➤ Keine Förderung für Anlagen, die in noch unberührten Boden gebaut werden (außer in einem  Umkreis von 5 m um das Gebäude) <p>Hinweise: Einbau Zwischenzähler für Berechnung der Kanalgebühren erforderlich! Die Zisterne muss mit einem Überlauf ausgestattet sein, damit überschüssiges Wasser in den Kanal abgeleitet werden kann.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Fachbetrieb ✓ Foto der Maßnahme ✓ Schriftliche Erläuterung dazu, wo die Zisterne errichtet wurde ✓ Genehmigung (sofern nach den Richtlinien der Stadt Siegen für den Bau und Betrieb von Regenwassernutzungsanlagen genehmigungspflichtig) 
Umwandlung von artenarmen Schotter- und Kiesgärten in hochwertige Lebensräume	(50 %, max. 500 €)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Zusammenhängende Fläche von mindestens 5 m² ➤ Einsatz von gemäß Baumschutzsatzung Siegen heimischen und/oder insektenfreundlichen Pflanzen inkl. Bäumen und Sträuchern 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Fachbetrieb oder Sachkosten ✓ Foto der Maßnahme (Vorher-Nachher-Vergleich)
Pflanzprämie für das Anpflanzen von mind. 3 Bäumen in privaten Gärten 	(50 € pro Baum, max. 500 €)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Einsatz von heimischen Bäumen gemäß Baumschutzsatzung Siegen  ➤ Stammumfang mind. 16 cm ➤ B-Plan schreibt die Pflanzung nicht vor 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Fachbetrieb oder Sachkosten ✓ Foto der Maßnahme (Vorher-Nachher-Vergleich)
Abschottungen von Öffnungen in der Gebäudehülle durch Schutzklappen, Sperren mit Schließmechanismus, Magnetschotte oder drucksicherer Fenster 	(20 %, max. 800 €)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Gefährdung durch Starkregen oder Hochwasser gemäß Fachinformationssystem Klimaanpassung NRW vorhanden ➤ Kumulierung mit Maßnahme Türen-/Fensteraustausch in Bestandsgebäuden ausgeschlossen 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Fachbetrieb oder Sachkosten ✓ Foto der Maßnahme (aktivierter Schutz)

Einbau von Rückstausicherungen (Rückstauklappe)	(400 € pauschal)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Gilt nicht für Neubauten ➤ Rückstauverschlüsse nach DIN EN 13564-1, Rückstausicherungsanlagen mit allgemeiner bauaufsichtlicher Zulassung oder automatisch arbeitende Abwasserhebeanlagen mit Rückstauschleife nach DIN EN 12056 ➤ Planung nach DIN 1986-100, Abschnitt 13 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Fachbetrieb oder Sachkosten
Konstruktive Erhöhung von Lichtschachtoberkanten, Sockelmauern und Türschwellen (Außentüren)	(20 %, max. 500 €)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Gilt nicht für Neubauten 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Fachbetrieb oder Sachkosten ✓ Foto der Maßnahme (Vorher-Nachher-Vergleich)
Erstellen oder Erhöhen von Ablenkmauern und -dämmen, Erhöhen von Hauszügen, Installation von Schutztoren oder Klappschotten vor Garagen und Zufahrten	(20 %, max. 1.000 €)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Gilt nicht für Neubauten ➤ Gefährdung durch Starkregen oder Hochwasser gemäß Fachinformationssystem Klimaanpassung vorhanden 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Fachbetrieb oder Sachkosten ✓ Foto der Maßnahme (Vorher-Nachher-Vergleich)
Sommerlicher Wärmeschutz (nachträglicher Anbau außenliegender Sonnenschutzsysteme)	(15 %, max. 300 €)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Kein Ersatz für bestehende Systeme ➤ Gilt nicht für Neubauten 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Fachbetrieb oder Sachkosten ✓ Foto der Maßnahme (Vorher-Nachher-Vergleich)

Die Stadt Siegen verfügt über ein gesondertes **städtisches Förderprogramm für Dach- und Fassadenbegrünungen** (darüber können auch Garagen begrünt werden).

<https://www.siegen.de/leben-in-siegen/energie-und-klima/klimafolgenanpassung/begruenung-klimafolgenanpassung/>

Baumschutzsatzung Siegen:

<https://www.siegen.de/leben-in-siegen/buergerservice/umwelt/baumschutz/baumschutzsatzung/>

Regenwassernutzungsanlagen sind genehmigungspflichtig, Grundlage ist die Einhaltung der Bestimmungen der vorliegenden "Richtlinien der Stadt Siegen für den Bau und Betrieb von Regenwassernutzungsanlagen":

<https://www.siegen.de/leben-in-siegen/buergerservice/umwelt/gewaesserschutz/regenwassernutzung/>

Gefährdung durch Wasser:

Hochwassergefahrenkarten und Hochwasserrisikokarten sowie Starkregenhinweiskarten sind im Fachinformationssystem Klimaanpassung bei den Fachdaten zum Hochwasserschutz hinterlegt. Damit lässt sich die Betroffenheit einzelne Gebäude prüfen. Allerdings besteht bei den Karten mitunter Interpretationsbedarf (etwa wegen Rückstau bei Durchlässen oder fehlender Berücksichtigung von Schutzbauwerken auf Grund der Modellauflösung), sodass es sinnvoll ist bei den ESi (Entsorgungsbetrieben Siegen) oder der Stabsstelle Klimaschutz der Stadt Siegen nachzufragen, falls etwas nicht plausibel erscheint. Insbesondere bei Starkregen besteht immer ein verbleibendes Betroffenheitsrisiko, auch wenn die Karten ein Gebäude nicht als gefährdet anzeigen.

<http://www.klimaanpassung-karte.nrw.de/>

Vergünstigungen bei der Gebäudeversicherung: Sprechen Sie gern vor Ausführung mit Ihrem Versicherer, wenn Sie vorhaben Maßnahmen zum Objektschutzschutz gegen Hochwasser bzw. Starkregen zu realisieren, oftmals können Vergünstigungen gewährt werden. Teilweise geben Versicherer sogar Zuschüsse für Hochwasserschutzmaßnahmen.

Falls doch ein **Hochwasserschaden** auftritt, ist folgendes zu beachten:

<https://www.verbraucherzentrale.de/wissen/geld-versicherungen/weitere-versicherungen/hochwasserschaden-am-haus-das-sollten-sie-jetzt-tun-62827>

Hilfestellung zum Thema Dachbegrünung finden Sie im Fachinformationssystem Klimaanpassung bei den Fachdaten zum **Gründachkataster** NRW:

<http://www.klimaanpassung-karte.nrw.de/>




Die **Hitzebetroffenheit** einzelner Standorte kann bei der Stabsstelle Klimaschutz der Stadt Siegen angefragt werden, die Ergebnisse der Klimawirkungsanalysen aus dem Projekt Evolving sind derzeit nicht öffentlich verfügbar.

Tipps zum **Hitzeschutz** durch die Verbraucherzentrale:

<https://www.verbraucherzentrale.de/wissen/energie/energetische-sanierung/hitzeschutz-im-sommer-einfache-tipps-fuer-zu-hause-27952>

8. Handlungsfeld Sonstiges

Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung sind integrative Themen: Viele Aspekte greifen ineinander. Einige Fördermaßnahmen bieten größeres Potenzial für eine positive Wirkung, wenn sie im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung „weitergedacht“ werden. Dieses Potenzial soll mit den Sonderförderungen gehoben werden.

Maßnahme	Förderhöhe	Bedingungen	Nachweise
Integrative Klimaschutzprojekte (z. B. Errichtung Bürgerenergieanlage, Anlage und anschließende Pflege von Gemeinschaftsgärten)	(400 € pauschal) 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Mind. 5 Personen bilden die Initiative oder Genossenschaft ➤ Beitrittsmöglichkeit muss gegeben sein (Eine Eignung vorausgesetzt.) ➤ Es sollte ein langfristig tragfähiges Konzept vorhanden sein 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Rechnung Fachbetrieb oder Sachkosten ✓ Foto der Maßnahme (mit Lageangabe) ✓ Kurzbeschreibung der Konzeptidee
Gründung einer solidarischen Landwirtschaft auf einem Bauernhof oder auf einer geeigneten innerstädtischen Nutzfläche 	(1.000 € pauschal)	 <ul style="list-style-type: none"> ➤ Plausibles Bewirtschaftungskonzept ➤ Nutzung Erstberatung des Netzwerkes Solidarische Landwirtschaft ➤ Wenn zuvor kein Bauernhof mit landwirtschaftlichen Erfahrungen bestand, müssen Neugründungen Fachkompetenz nachweisen (landwirtschaftliche Ausbildung/Studium mit Nachhaltigkeitsschwerpunkt) ➤ Neben der ökologischen Produktion sollen auch soziale Aspekte (z. B. durch Veranstaltungen, Mitmachangebote und Workshops) unterstützt werden 	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Vorlage und Erläuterung des Konzeptes ✓ Beratungsnachweis ✓ Foto der Anbaufläche (mit Lageangabe) ✓ ggf. Kompetenznachweis

Beratung für Gründung einer solidarischen Landwirtschaft:

<https://www.solidarische-landwirtschaft.org/solawis-aufbauen/beratung-vom-netzwerk>

Netzwerk Urbane Gärten Siegen-Wittgenstein:


<https://www.lebensmittelteilen.de/urban-gardening-siegen-wittgenstein>

Informationen zum Thema Bürgerenergie:

<https://www.buendnis-buergerenergie.de/>

9. Allgemeine Förderbestimmungen

9.1 Was ist zu beachten?

- Eine Kontaktaufnahme mit der Ansprechperson der Stabsstelle Klimaschutz (z. B. telefonisch oder per E-Mail) bei Unklarheiten/offenen Fragen ist in jedem Fall, vor der Antragsstellung oder im Rahmen der Abwicklung, erwünscht.
- Es gilt ein Förderhöchstbetrag von max. 3.000 Euro pro Jahr und pro Haushalt.
- Mehrere verschiedene Maßnahmen können gemeinsam zur Auszahlung beantragt werden.
- Es wird pro Haushalt und Jahr nur je eine gleichartige Maßnahme gefördert (z. B. Ein E-Roller pro Haushalt pro Jahr).
- Als Neubauten gelten hier alle Objekte, die ab 01.01.2020 errichtet wurden.
- Die „entstandenen Kosten laut Beleg“ können aus Sach- und Materialkosten (inkl. Mieten von Geräten) sowie aus Planungs- und Baukosten von Dienstleistern bestehen. Für die Festlegung der Förderhöhe können nur die „entstandenen Kosten laut Beleg“ anerkannt werden, die eindeutig der förderfähigen Maßnahme zuzuordnen sind und die für die Realisierung dieser Maßnahme erforderlich sind.
- Wenn Rechnungskopien bzw. Nachweise von Verträgen als Nachweise gefordert werden, gilt: Die Unterlagen müssen den Verkaufenden/Anbietenden, den Kaufenden/Nutzenden, die genaue Bezeichnung der Maßnahme/des Objektes und die Anzahl des Produktes/der Produkte sowie den gezahlten Preis enthalten.
- Kumulierungen mit anderen Förderprogrammen sind möglich, sofern diese ihrerseits eine Kumulierung zulassen. Es erfolgt keine Prüfung seitens der Stadt zur Verträglichkeit mit anderen Förderprogrammen und die Stadt übernimmt keine Haftung für durch die städtische Förderung ggf. wegfallende oder gekürzte Fördermittel oder steuerliche Vergünstigungen an anderer Stelle. Tipp: <https://tool.energy4climate.nrw/foerder-navi> 
- Der Geltungsbereich ist auf das Stadtgebiet der Stadt Siegen begrenzt. Maßnahmen die in anderen Kommunen umgesetzt werden, werden nicht über diese Richtlinie gefördert.
- Förderfähig sind alle Maßnahmen die im aktuellen Jahr, sowie im jeweiligen Vorjahr umgesetzt wurden. Eine Antragsstellung rückwirkend über diesen Zeitraum hinaus ist ausgeschlossen.
- Für denkmalgeschützte Gebäude ist die Zustimmung der unteren Denkmalschutzbehörde der Stadt Siegen vorzulegen (Abteilung Bauaufsicht).
- Das Förderprogramm verteilt an Privatpersonen ausschließlich städtische Haushaltsmittel als Fördermittel. Das Förderprogramm insgesamt läuft bis 31.12.2023.
- Es besteht kein Rechtsanspruch auf Förderung.

9.2 Was wird nicht gefördert?

- Maßnahmen, die vor dem 01.01.2021 umgesetzt wurden. Ebenso werden keine Maßnahmen gefördert, deren Umsetzung länger zurückliegt, als das Vorjahr der Antragsstellung.
- Maßnahmen, die gegen (bau)rechtliche Belange bzw. Gesetze oder Verordnungen verstoßen. Antragsstellende haben die baurechtliche Zulässigkeit und Rechtmäßigkeit sicherzustellen.
- Maßnahmen, bei denen die Angemessenheit der Kosten nicht zweifelsfrei festgestellt werden kann.
- Eigenleistungen in Form von selbst geleisteter Arbeit. Bei Eigenleistung sind nur Sach-/Materialkosten förderfähig.
- Bäume, Sträucher und andere Gestaltungselemente werden nicht gefördert, wenn die Besitzer durch den dort geltenden B-Plan zu einer Bepflanzung verpflichtet sind.
- Maßnahmen an Gebäuden, bei denen weniger als 50 % der Fläche für Wohnzwecke genutzt wird, sowie Maßnahmen an allen Gebäuden mit mehr als 10 Wohneinheiten.
- Maßnahmen, deren Umsetzung gesetzlich vorgeschrieben ist.

10. Antrags- und Bewilligungsverfahren – Wie läuft das ab?



10.1 Antragsstellung

- Wie stelle ich einen Antrag?

- Die Abwicklung erfolgt vornehmlich digital. Anträge können unter der folgenden Internet-Adresse über ein dort verlinktes Online-Formular <https://www.siegen.de/leben-in-siegen/energie-und-klima/klimaschutz-in-siegen/Klimaförderprogramm/> gestellt werden.
- In Ausnahmefällen kann die Förderung auch schriftlich beantragt werden. Ein Antragsformular stellt die Stadt Siegen auf gesonderte Anfrage in gedruckter Form zur Verfügung.
- Förderanträge sind möglichst vollständig zusammen mit den benötigten Unterlagen einzureichen.



- Wann stelle ich einen Antrag?

- Im Regelfall erfolgt eine Antragsstellung auf Fördermittel nach bereits erfolgter Umsetzung der Maßnahme und Zahlung durch den Antragssteller. Die Förderung ist in diesem Sinne ein „Rechnungszuschuss“.
- Antragsstellungen sind grundsätzlich nur bis zum 30.11. des aktuellen Jahres möglich, **sofern keine abweichenden Fristsetzungen seitens der Stabsstelle Klimaschutz der Stadt Siegen bekannt gegeben werden.** Danach eingehende Anträge werden entweder nicht angenommen in-
dem das elektronische Antragsformular vorübergehend geschlossen wird oder erst vorbehaltlich der Freigabe von Haushaltsmitteln im Folgejahr bearbeitet. 
- Für alle Anträge und zugehörige Unterlagen gilt, dass diese bis zum Ende der Antragsfrist (i.d.R. 30.11. des aktuellen Jahres) vollständig der Stadt Siegen vorliegen müssen, damit die Abwicklung im aktuellen Haushaltsjahr erfolgen kann. Ist das nicht der Fall, wird der Förderantrag abgelehnt.
- Mit Beginn des jeweils nächsten Jahres, bzw. nach Aufstellungsbeschluss des Haushaltes, stehen wieder Fördermittel zur Verfügung. Es können neue Förderanträge gestellt werden, sobald das Online-Antragsformular wieder auf der Internetseite der Stadt Siegen freigeschaltet worden ist **(beziehungsweise können Anträge bearbeitet werden, die zuvor bereits eingegangen sind, sofern das Antragsformular offen gelassen wurde).** 

10.2 Prüfung und Bewilligung der Zuschüsse – Wie geht es weiter?

- Vollständige Anträge werden in der Reihenfolge des Eingangsdatums bearbeitet. Als das „Eingangsdatum“ des Antrags gilt das Datum, zu dem alle erforderlichen Unterlagen vollständig vorliegen.
- Wenn Anträge nicht mit den vollständigen Unterlagen eingereicht wurden, fordert die Stadt diese nach. Der Antrag bleibt weiterhin gültig und ist nicht erneut zu stellen. Die Stadt kann für die Nachreichung von Unterlagen **angemessene** Fristen setzen, die von den allgemeinen Fristen zur Einreichung der vollständigen Unterlagen abweichen. Halten Antragsstellende diese Frist nicht ein, kann die Stadt Förderanträge auch vor dem 30.11. ablehnen.
- Die fachliche Antragsprüfung und Festsetzung der Zuschüsse wird von der Stabsstelle Klimaschutz der Stadt Siegen übernommen. In Fachfragen zum Thema Erneuerbare Energien sowie Bauen und Sanieren kann einzelfallbezogen ein Energieberater oder eine Energieberaterin der Verbraucherzentrale NRW einbezogen werden.
- Die Anträge sind möglichst vollständig mit allen zugehörigen Nachweisen einzureichen.
- Vollständige Anträge werden in der Reihenfolge des Eingangsdatums bearbeitet. Das Datum, zu dem alle erforderlichen Unterlagen vollständig vorliegen, zählt als das „Eingangsdatum“ des Antrags.
- Die Bewilligung der Zuschüsse erfolgt nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel, inkl. ggf. separater Budgets für besondere Maßnahmen, sowie unter der Voraussetzung,

dass die in den Richtlinien genannten Förderbedingungen erfüllt sind und alle Nachweise vorliegen.

- Sollten mehr Anträge eingehen als Budget vorhanden ist, werden die Antragsstellenden zunächst entsprechend informiert. Sollten wieder Mittel verfügbar sein, z. B. weil derzeit in Prüfung befindliche Anträge negativ beschieden werden, rücken die Anträge in der Reihenfolge des Eingangsdatums nach.
- Ab einem Antragsüberhang von 15.000 Euro über dem Gesamtförderbudget können keine Förderanträge mehr gestellt werden. Das Online-Antragsformular ist dann nicht mehr verfügbar und postalisch eingehende Anträge werden nicht angenommen. Sobald dieser Fall eintritt, wird die Stadt Siegen auf Ihrer Internetseite und in den Medien darüber berichten.
- Nach erfolgter Entscheidung über die Bewilligung werden die Antragssteller zunächst per E-Mail über das Ergebnis der Prüfung informiert, die Auszahlung der Fördermittel wird anschließend in die Wege geleitet.
- Nach Bewilligung der Förderung erhalten die Antragstellenden ggf. von der Stadt Siegen per E-Mail (bzw. per Post) ein Dokument „Bestätigung über den Erhalt von städtischen Fördermitteln im Bereich Klimaschutz“. Dieses Dokument ist dann von den Antragsstellenden unterschrieben zurückzusenden.

10.3 Pflichten der Antragstellenden - Was muss ich beachten?

- Haus- bzw. Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer haben ihre Mieterinnen und Mieter rechtzeitig auf die beabsichtigten Maßnahmen hinzuweisen.
- Sanierungs- und Modernisierungskosten, bzw. der durch dieses Förderprogramm geförderte Anteil dieser Kosten, dürfen nicht als Grundlage für eine Mieterhöhung herangezogen werden. Die gesetzlichen Bestimmungen zu Mieterhöhungen sind zu beachten.
- Bei Veräußerung der bezuschussten Maßnahme gehen die Pflichten auf den neuen Eigentümer oder die neue Eigentümerin über.
- Beschäftigte der Stadt Siegen oder von der Energieberatung der Verbraucherzentrale NRW in Siegen dürfen bei begründetem Bedarf die bezuschussten Grundstücke, Gebäude bzw. Wohnungen für Prüfungen und Messungen nach Voranmeldung betreten, um die Umsetzung der Maßnahmen nachzuvollziehen (für die Dauer der Bindungsfristen).
- Die Stadt Siegen ist berechtigt, Belege und Unterlagen der bezuschussten Maßnahmen einzusehen und zu prüfen bzw. prüfen zu lassen. Die Aufbewahrungsfrist beträgt 5 Jahre.

Ausführung der Maßnahmen

- Die Ausführung der bewilligten Maßnahmen z. B. im Bereich Bauen und Sanieren geschieht in der Regel durch das Fachhandwerk. Die Investitionskosten umfassen Material und Montage. Die Mehrwertsteuer wird berücksichtigt.
- Im Falle von Eigenleistungen werden nur die durch Rechnung belegten Sachaufwendungen bezuschusst. Die Mehrwertsteuer wird berücksichtigt.


Nachweise

- Die je Fördermaßnahme im Kap. 4 bis 8 aufgeführten Nachweise sind vollständig vorzulegen.
- Die Nachweise dienen dazu, die Einhaltung der Bedingungen je Maßnahme sicherzustellen.
- Alle Nachweise sind als Scan/Foto digital einzureichen. Ausnahmen in Form von Papier-Kopien sind möglich, sofern eine digitale Abwicklung für den Antragssteller unzumutbar ist.

10.4 Auszahlung der Zuschüsse

- Pro Haushalt und Jahr werden maximal 3.000 Euro ausgezahlt.
- Es gilt eine Bagatellgrenze für Auszahlungen von 50 Euro pro Antrag.
- Die finanzielle Förderung wird als einmaliger Zuschuss gewährt.
- Bei prozentualer Förderung wird die Förderhöhe auf Basis des Brutto-Betrages ermittelt.



- Die Auszahlung des Förderbetrages an die Antragsstellenden erfolgt mathematisch jeweils entsprechend auf- oder abgerundet auf zwei Stellen hinter dem Komma.
- Die Stadt Siegen behält sich vor, den gewährten Zuschuss komplett bzw. anteilig zuzüglich einer eventuellen Verzinsung nach § 49a VwVfG NRW zurückzufordern, wenn gegen eine Bedingung dieser Richtlinie oder gegen die darin formulierten Verpflichtungen, innerhalb der Zweckbindungsfrist von 5 Jahren verstoßen wird.
- Die Zweckbindungsfrist beginnt mit dem Datum der Auszahlung der Förderung und läuft fünf Jahre. Die Zweckbindung umfasst den grundsätzlichen Erhalt/Weiterbetrieb der geförderten Maßnahmen mit den zugehörigen Bedingungen über die Dauer der Zweckbindungsfrist – die Förderung soll dauerhaft wirken im Sinne des Klimaschutzes und der Klimafolgenanpassung.
- Die Auszahlung erfolgt erst, wenn die unten stehenden Bedingungen erfüllt sind: 
 - Alle Unterlagen sind vollständig eingereicht und eine fachliche Prüfung hat stattgefunden, welche positiv ausgefallen ist.
- Bei dem Klimaförderprogramm der Stadt Siegen handelt es sich um eine freiwillige Leistung aus städtischen Haushaltsmitteln.
- Ein Rechtsanspruch auf Bewilligung von Zuschüssen besteht nicht.
- Die Zuteilung erfolgt im Rahmen der haushaltsrechtlich zur Verfügung stehenden Mittel in der Reihenfolge des Eingangs der vollständigen prüfungsfähigen Anträge (einschließlich der erforderlichen Nachweise).
- Wenn die haushaltsrechtlich bereitgestellten Mittel aufgebraucht sind, findet in der Lokalpolitik eine Beratung und Entscheidung über eine etwaige Erhöhung der Mittel statt. Zu einer Erhöhung ist die Stadt Siegen/der Rat jedoch nicht verpflichtet.
- Bei einer gravierenden Änderung der Finanzlage ist die Stadt berechtigt, das Förderprogramm zu stoppen und keine Förderzusagen mehr zu erteilen. Dies ist anzunehmen, wenn die Änderung der Finanzlage zu einer haushaltswirtschaftlichen Sperre oder zu einem Haushaltssicherungskonzept in dem betreffenden Jahr führt oder geführt hat.

11.Datenschutz

Mit Beantragung der Förderung willigen Sie als Fördermittelnehmenden ein, dass die Stadt Siegen Ihre personenbezogenen Daten zum Zwecke der Prüfung des Förderanspruchs, der Rückfrage zu Antragsunterlagen sowie zur Auszahlung der Förderung und einer Evaluation im Zeitraum der Bindungsfrist von fünf Jahren verarbeitet. Die Daten werden nicht an Dritte – mit Ausnahme der Energieberatung der Verbraucherzentrale NRW für den Fall von Vor-Ort-Kontrollen oder zur Unterstützung bei der Antragsbearbeitung – weitergegeben. Die Daten werden nach dem Ablauf der Bindungsfrist gelöscht.

Die Stadt Siegen berichtet gegenüber der Kommunalpolitik über den Erfolg des Förderprogramms in Hinblick auf Klimaschutzeffekte und lokale Wertschöpfung. Zu diesem Zweck werden bei Bedarf anonymisierte Daten zu den gestellten Anträgen, den geförderten Maßnahmen, den Förderhöhen sowie zur Umsetzung in Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmen veröffentlicht.

Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie im Informationsblatt nach Art. 13 und 14 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) im Anhang.

12.Ansprechpartner

Erik Berge – Sachbearbeiter Klimaschutz
Stabsstelle Klimaschutz
Anschrift: Lindenplatz 7, 57078 Siegen
Tel.: 0271/ 404-3213
Email: e.berge@siegen.de

Die Energieberatung der Verbraucherzentrale NRW ist telefonisch Mo - Fr von 9 - 17 Uhr erreichbar.
Hotline: 0211/ 33-996-556

Die Energieberatung der Verbraucherzentrale NRW ist auch über den Energieverein Siegen-Wittgenstein e.V. zu buchen:

Di und Fr von 9 – 13 Uhr: 0271/ 37219903 / info@energieverein-siwi.de

Alle Infos zum Förderprogramm: <https://www.siegen.de/leben-in-siegen/energie-und-klima/klimaschutz-in-siegen/Klimaförderprogramm/>

13. Inkrafttreten, Veröffentlichung und Anpassungen

Diese vorliegende Version der Richtlinie tritt zum 01.05.2022 in Kraft. Sie gilt für laut dieser Richtlinie förderfähige Maßnahmen, die ab dem 01.01.2021 umgesetzt werden (Rechnungsdatum ab 01.01.2021), für die eine Förderung ab dem 01.05.2022 beantragt wurde und die die übrigen Bedingungen erfüllen. Die Richtlinie wird veröffentlicht am 25.04.2021. Die Richtlinie ist bis zum 31.12.2023 gültig, solange die Stadt Siegen keine weitere Änderung der Laufzeit beschließt. Die vorherige Version der „Richtlinie zum Klimaschutz- und -anpassungsförderprogramm der Stadt Siegen“ wird damit zum 30.04.2022 vorzeitig außer Kraft gesetzt.

Eine Änderung der Inhalte der Förderrichtlinie ist nur mit entsprechenden politischen Beschlüssen möglich sowie auf Basis einer erfolgten Evaluation des Erfolgs des Förderprogramms/der Richtlinie durch die Stadtverwaltung. Auf die Richtlinie wird in der örtlichen Presse und auf der Internetseite der Stadt Siegen, sowie in sozialen Medien hingewiesen.

Die Förderrichtlinie und das digitale Antragsformular stehen im Internet unter <https://www.siegen.de/leben-in-siegen/energie-und-klima/klimaschutz-in-siegen/Klimaförderprogramm/> bereit.

Siegen, 07.04.2022

Bürgermeister Steffen Mues

Anhang: Informationsblatt „Datenschutz nach DS-GVO“

nach Art. 13 und 14 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) bei der Stadt Siegen im Zuge der Abwicklung des „Klimaschutz- und -anpassungsförderprogramms der Stadt Siegen“

Die DS-GVO bildet die gesetzliche Grundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten. Diese stärkt die Rechte der betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Die Wahrung der Transparenz bei der Datenverarbeitung ist für die Stadt Siegen von besonderer Bedeutung. Hiermit kommen wir Ihrem Informationsanspruch nach und teilen Ihnen folgendes mit:

Verantwortliche/r:	<p>Bürgermeister der Stadt Siegen Rathaus Siegen Markt 2, 57072 Siegen Telefon: 0271/404-0, Telefax: 0271/21684 E-Mail: info@siegen.de</p> <p>Die Stadt Siegen ist eine Körperschaft des Öffentlichen Rechts. Sie wird vertreten durch den Bürgermeister Steffen Mues. Umsatzsteuer-Identifikationsnummer gemäß § 27 a Umsatzsteuergesetz: DE126569507.</p> <p><u>Verantwortliche Fachabteilung</u> für Bearbeitung von Förderanträgen nach dieser Richtlinie: Stabsstelle Klimaschutz</p>
Datenschutzbeauftragte/r:	<p>Behördlicher Datenschutzbeauftragter der Stadt Siegen</p> <p>Herr Michael Haas, Abt. 2/1 Recht und Versicherungen Rathaus Weidenau Weidenauer Straße 211-213, 57076 Siegen Telefon: 0271/404-3203, Telefax: 0271/404-36-3203 E-Mail: datenschutzbeauftragter@siegen.de</p>
Zweck und Notwendigkeit: (Art. 30 Abs. 1 Buchst. b))	<p>Die Stadt Siegen verarbeitet personenbezogene Daten zum Zweck der Abwicklung der gestellten Förderanträge im Rahmen des „Klimaschutz- und -anpassungsförderprogramms der Stadt Siegen“.</p> <p>Die Stadt Siegen darf nur dann an andere Personen oder Stellen personenbezogene Daten weitergeben, wenn Sie dem zugestimmt haben oder die Weitergabe gesetzlich zugelassen ist.</p>
Rechtsgrundlage:	<p>Die Verarbeitung der Daten erfolgt auf Grundlage: Art. 6 Abs. 1 Buchst. e) DS-GVO (Einwilligung der betroffenen Person)</p>
Empfänger/Kategorien von Empfängern: (Art. 30 Abs. 1 Buchst. d))	<p><u>Interne Stellen:</u> 3/1-2 Stadtkasse: Zur Überprüfung der Zahlungsvorgänge und Erstellung der Mahnungen, Rechnungsprüfungsamt: Zur Überprüfung der ordnungsgemäßen Abwicklung der Prüfung und Auszahlung. <u>Externe Stellen:</u> Verbraucherzentrale NRW-Energieberatung Siegen: Zum Zweck der Unterstützung bei Antragsbearbeitung sowie für Kontrollen der bedingungskonformen Umsetzung der geförderten Maßnahmen nach Umsetzung für die Dauer der</p>

	Zweckbindungsfrist von 5 Jahren.
Übermittlung an ein Drittland / internationale Organisation: (Art. 30 Abs. 1 Buchst. e))	Eine Datenübermittlung findet nicht statt und ist auch nicht geplant.
Speicherdauer bzw. – kriterien: (Art. 30 Abs. 1 Buchst. f))	Die Daten werden für die Dauer der Zweckbindungsfrist (5 Jahre) gespeichert und nach Ablauf dieser Frist gelöscht. Die Zweckbindungsfrist beginnt mit dem Datum der Auszahlung der Fördermittel.
Betroffenenrechte:	<p>Auskunftsrecht (Art. 15) Recht auf Berichtigung (Art. 16) Recht auf Löschung (Art. 17) Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18) Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20) Widerspruchsrecht (Art. 21) Ihr Beschwerderecht (Art. 77) können Sie unter anderem bei der/dem Landesbeauftragte/n für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen wahrnehmen.</p> <p><u>Kontaktdaten der Aufsichtsbehörde:</u> Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen, Postfach 20 04 44, 40102 Düsseldorf Hausanschrift: Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf Tel.: 0211 38424-0, Fax-Nr.: 0211 38424-10, E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de</p>